

80

Inhalt:

1. Besprechung über Massnahmen auf dem Gebiete der
Preisgestaltung und Währung
(24. Januar 1940.)
 2. Arbeitssitzung des Vierjahresplanes
(24. Januar 1940.)
 3. Besprechung über wirtschaftliche Fragen
(1. Februar 1940.)
 4. Wirtschaftstagung
(6. und 7. Juni 1940.)
 5. Sitzung des Wirtschaftsrates
(15. Juni 1940.)
 6. Besprechung über Währungs- und Wirtschaftsfragen
(24. Juli 1940.)
 7. Besprechung mit den Gouverneuren
(11. September 1940.)
 8. Arbeitssitzung über Fragen der Wirtschaft
(20. September 1940.)
 9. Sitzung des Wirtschaftsrates
(31. Oktober 1940.)
-

Besprechung

über Massnahmen auf dem Gebiete der Preisgestaltung
und Währung

24. Januar 1940.

(1 Original mit 2 Durchschlägen angefertigt)

B e s p r e c h u n g

Über sofortige Maßnahmen auf dem Gebiet der Preisgestaltung
und Währung.

K r a k a u, Burg, 21. Januar 1940, 11 Uhr.

Anwesend:

Generalgouverneur Dr. Frank, Reichsminister Dr. Seyß-Inquart,
MinDir. Dr. Bühler, Gen.Maj. Bührmann, Geheimrat Zetzsche,
Obergruppenführer Krüger, Bankdirektor Paersch, OLGR Dr. Weh,
Landesbauernführer Körner.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Ich habe die Herren am
heutigen Sonntag zusammenberufen, um Maßnahmen mit sofortiger
Wirkung auf dem Gebiet der Preisgestaltung und Währung zu be-
raten. Es ist an der Zeit, eine Entwicklung abzuschließen, die
bei längerer Dauer verhängnisvoll werden könnte. Es gilt, ra-
schestens normale Verhältnisse auf dem Gebiet der Preise und
der Währung herbeizuführen.

Landesbauernführer K ö r n e r: Ich habe den Entwurf einer
Durchführungsvorschrift, die Richtpreise und Höchstpreise un-
terscheidet. Richtpreise sind hiernach Preise, die unterschrit-
ten, aber nur insoweit überschritten werden dürfen, als dies

durch besonders, bei der Lieferung notwendig entstehende Kosten gerechtfertigt ist. Solche Kosten müssen jederzeit nachgewiesen werden. Höchstpreise dürfen dagegen nicht überschritten werden. Alle in der Durchführungsvorschrift festgesetzten Erzeugerpreise sind Richtpreise. Höchstpreise sind festgesetzt für Mehl, Brot, Speisekartoffeln, Milch und Butter. Die Preise weisen gewisse Schwankungen je nach der Lage in den einzelnen Distrikten auf. Sie sind entsprechend den Schwierigkeiten in Warschau am höchsten. Im Übrigen darf ich auf die Einzelheiten in der Durchführungsvorschrift verweisen.

Generalgouverneur Dr. Frank: Glauben Sie, daß wir diese Preise durchhalten können?

Landesbauernführer Körner: Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, die Preise für die wichtigen Lebensmittel festzulegen. Wir sind ja jetzt auch dabei, die Währung zu stabilisieren. Wir haben zurzeit auch eine ausgebildete Polizeitruppe zur Verfügung, die die Preisüberwachung durchführen kann. Gegebenenfalls müssen die landwirtschaftlichen Gebiete und Höfe mit Hilfe der Wehrmacht durchgekämmt werden. Derartige Aufreaktionen sind unerlässlich. Ferner ist strikte gegen Beschlagnahmen irgendwelcher Art vorzugehen. Die Zeit drängt; die Situation wird nur schlechter, wenn man zögert.

Generalgouverneur Dr. Frank: Die Polizeiorgane müssen angewiesen werden, acht bis vierzehn Tage lang mit allen Mitteln, unter Heranziehung der polnischen Polizei usw. die Preisentwicklung zu überwachen. Man muß drakonische Maßnahmen treffen. Man darf auch nicht davor zurückschrecken, gegebenen-

falls Juden aufzuhängen. Mit allen Mitteln muß man dem Schleichhandel das Handwerk legen.

Nun scheint es mir allerdings zweckmäßig zu sein, in Zusammenhang mit der Regulierung der Preise für den Lebensbedarf auch die Preise der Industrieartikel zu stabilisieren, die der Bauer braucht.

Geheimrat Z e t z s c h e: Das ist bereits eingeleitet. Die Distriktschefs sind angewiesen, in ihrem Amtsbereich die Gegenstände des täglichen Bedarfs festzustellen, ferner zu ermitteln, welche Preise für diese Gegenstände bisher gezahlt wurden. Die Verhältnisse in den einzelnen Distrikten sind verschieden.

Generalgouverneur D r . F r a n k: Das ist alles Zukunftsmusik. Wir brauchen zunächst eine Liste der Gegenstände, die der Bauer braucht.

Geheimrat Z e t z s c h e: Der Bauer braucht Kleidung, Stiefel, Petroleum, Holz, Kohle, Ackergerät, Handwerksgerät usw. Die Landwirtschaftskammer ist angewiesen, die Gegenstände zusammenzustellen, die der Bauer braucht.

Generalgouverneur D r . F r a n k: In den Zeitungen muß zusammen mit der Preisregulierung für den Lebensbedarf schon angekündigt werden, daß auch die Bedarfsartikel für die bäuerliche und arbeitende Bevölkerung der Regulierung unterworfen werden. Das ist eine wichtige Ergänzung, ohne die die ganze Preisregulierung in der Luft hängt.

4

¶ Obergruppenführer K r ü g e r: Die ¶ und Polizei soll sich ab 1. Februar 1940 in der Lebensmittelversorgung selbständig machen. Nun habe ich mit dem Befehlshaber Ost vereinbart, daß unsere Verpflegung über den 1. Februar hinaus sichergestellt wird. Wenn wir uns selbst verpflegen müssen, dann müssen wir als Großeinkäufer auftreten, Vieh abschlachten usw.

Generalgouverneur D r . F r a n k: Ich hoffe sehr, daß die Wehrmacht auch weiterhin die Polizei versorgt, wenigstens bis zu dem Zeitpunkt, da wir die schwierigen Fragen gelöst haben werden, die uns auf den Nägeln brennen.

Landesbauernführer K ö r n e r: Eine der Hauptursachen der Warenknappheit im Generalgouvernement besteht darin, daß Wehrmacht, ¶ und Polizei als Großverbraucher auftreten. Ich habe StS Backe gebeten, dafür zu sorgen, daß die Angehörigen der Wehrmacht wenigstens bis zum 1. April voll aus der Heimat versorgt werden, damit die Wehrmacht nicht auf dem polnischen Markt als Großkäufer auftritt. Das Reichsernährungsministerium steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Wehrmacht vom Reiche aus zu versorgen ist.

Generalgouverneur D r . F r a n k: Man muß hier mit konkreten Dingen rechnen. Die Wehrmacht steht auf dem Standpunkt, sie müsse soviel wie möglich aus dem Lande hier herausholen. Wir müssen mit der Berliner Vorstellung aufräumen, als ob Polen in Fett, Butter und Eiern schwimmt. Wir müssen mit der Preisregelung für die Lebensmittel sofort herauskommen; sonst schwimmt uns alles weg. Wir brauchen endlich eine feste Un-

terlage; sonst ist die Katastrophe unvermeidlich. Wir werden auf jeden Fall mit einer Warenverknappung rechnen müssen. Es kann der Fall eintreten, daß man, sozusagen unter der Hand, einen gewissen Aufschlag zahlt und genehmigt. Der Presse fällt die Aufgabe zu, die Sache geschickt einzukleiden, die Bevölkerung aufzumuntern und zu beruhigen. Eine unentbehrliche Ergänzung der Preisregulierung ist die brutale Bekämpfung jeder Art Wucher. Dies hat durch einige wenige ganz klare, nüchterne und volkstümlich gehaltene Strafbestimmungen zu geschehen. Die Strafen müssen exemplarisch sein: Zuchthaus und in schweren Fällen Todesstrafe.

4/ Obergruppenführer K r ü g e r: Zuchthaus zieht nicht; es hat den Charakter eines Abschreckungsmittels vollkommen verloren. Die Leute wollen alle ins Gefängnis. Sie erwarten, daß sie dort verpflegt werden und nicht zu frieren brauchen.

Generalgouverneur D r . F r a n k: Nun hängen die Preise entscheidend von der Entwicklung der Zloty-Währung ab. Also müssen auch hier sofortige Maßnahmen ergriffen werden.

Bankdirektor P a e r s c h: Die entsprechenden Maßnahmen sind bereits im Laufe. Die Abstempelung wurde schon im Oktober in Berlin festgelegt. Die Noten wurden sofort in Druck gegeben. Leider ist eine Verzögerung eingetreten, für die wir hier nicht verantwortlich sind. Ich kann die Noten nicht eher herausgeben, ehe ich sie habe.

Generalgouverneur D r . F r a n k: Wir haben nicht mehr die Zeit, hin und her zu salbadern. Ich wünsche eine klare Antwort: Wann kommt die Abstempelung der Noten?

Bankdirektor P a e r s c h: Die kann erst kommen, wenn die Hinterlegungsaktion abgeschlossen ist, also etwa am 31. März. Die Frage ist überhaupt schwierig. Es gibt kein technisches Verfahren, das absolut vor Fälschungen schützt. Es gibt zwei Methoden. Davon hat sich die Abstempelung mit Aufdruck als unzureichend erwiesen.

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Dem muß ich aus meiner eigenen Erfahrung heraus widersprechen. Als der österreichische Staat zusammenbrach, hat ein begabter Tscheche die Abstempelung der Tschechennoten durchgeführt. Das Experiment gelang. Die Tschechenkrone hatte schon nach 14 Tagen den dreifachen Wert der österreichischen Krone.

Bankdirektor P a e r s c h: Dabei sind aber große Fälschungen vorgekommen!

Generalgouverneur Dr. F r a n k: Aber wir müssen etwas tun, um die Zloty-Einfuhr aus Rußland zu unterbinden. Es ist wesentlich leichter, eine ungestempelte Note über die Grenze hereinzubringen, als eine gestempelte. Wie die Dinge heute liegen, kann der polnische Bauer in Sowjet-Polen seine Zloty-Vorräte über den zugefrorenen Bug herüberbringen und einkaufen, was er will. Ist aber die Abstempelung da, so hilft ihm das nichts, sondern er muß erst warten, bis eine Fälscherzentrale ihre Arbeit aufgenommen hat. Schließlich kann ja jede Note nachgemacht werden. Es wird keinem Notenbankpräsidenten einfallen, den Notendruck einzustellen, weil Fälschungen möglich sind. Das ist kein Argument. Schließlich haben wir auch die Fälschungstatbestände

des Strafgesetzbuchs. Jedenfalls muß sofort etwas geschehen. Es dauert immer eine Zeitlang, bis die Fälschungen kommen. Was kann zur technischen Beschleunigung der Abstempelung geschehen?

Bankdirektor P a e r s c h: Die Reichsdruckerei hat ein Verfahren entwickelt, wobei die Noten mit Reagenzfarbe überzogen werden, was Fälschungen erschwert. Nachdem die Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen sind, kann damit in sechs Tagen begonnen werden. Der Vorrat an 50er und 20er-Noten ist genügend. Die 100er Zloty-Noten werden sowieso eingezogen. Gewisse Schwierigkeiten bereitet die Verteilung im Lande, zumal bei dieser Witterung.

Generalgouverneur D r . F r a n k: Trotzdem sollte man sofort darangehen. Die Zeit drängt. Notwendig ist auch eine Art Einfuhrsperre für Zloty-Noten aus dem russischen Gebiet. Jedenfalls muß die Einfuhr von Zloty-Noten in jeder Form und ohne jede Ausnahme beschränkt werden. Das geschieht zweckmäßig durch eine besondere Strafverordnung. Wann erhalten wir die neuen Noten?

Bankdirektor P a e r s c h: Etwa am 15. April. Die Sache ist technisch außerordentlich schwierig durchzuführen. Man kann heute noch nicht die Wirkung der Hinterlegungsaktion übersehen. Die Ausgabe der abgestempelten Noten kann am 15. Februar beginnen. Die neuen Noten kommen am 1. April. Metallgeld ist ausreichend vorhanden. Uebrigens hat sich herausgestellt, daß die Soldaten, z.B. in Tarnow, mit dem Umtausch Geschäfte machen. Sie erwerben von ihren Quartierleuten 100 Zloty-Noten für 80 Zloty,

und versuchen sie dann umzutauschen. Der Umtausch ist eine fruchtbare Arbeit.

Generalgouverneur Dr. Frank: Die Verhältnisse sind absolut anormal. Wir erleben jetzt Polen im Winter und erkennen, wie schwer es früher war, in Polen eine gesamtstaatliche Politik zu treiben. Die Versuchung ist hier immer groß, sich von der Zentralgewalt loszulösen.

Ich darf nunmehr die Maßnahmen zusammenfassen, die sofort zu treffen sind:

- 1) Eine Durchführungsvorschrift des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft über Höchstpreise und Richtpreise für Lebensmittel;
- 2) eine Verordnung zur Bekämpfung von Preistreiberei, Schleichhandel usw.;
- 3) // Obergruppenführer Krüger erläßt an alle Dienststellen Weisungen über die Durchführung der Preisüberwachung;
- 4) Geheimrat Zetzsche wird im Benehmen mit Landesbauernführer Körner möglichst rasch eine Preisregelung für die wesentlichen Bedarfsartikel der Bauern herausbringen. Die Presse hat die Aufgabe, beruhigend, aufmunternd, aber auch warnend auf die Bevölkerung einzuwirken. Vorzusehen ist ferner die Auszeichnungspflicht in allen öffentlichen Verkaufsstellen. Hand in Hand damit geht eine Durchsiebung des ganzen Handels. Jeder Jude oder Pole, der sich Verfehlungen zuschulden kommen läßt, wird aus dem Handel entfernt.

5) Die Abstempelung ist so bald wie möglich durchzuführen. Wegen der Einfuhrsperre und Ueberwachung der Grenzen ergehen

und versuchen sie dann umzutauschen. Der Umtausch ist eine fruchtbare Arbeit.

Generalgouverneur Dr. Frank: Die Verhältnisse sind absolut anormal. Wir erleben jetzt Polen im Winter und erkennen, wie schwer es früher war, in Polen eine gesamtstaatliche Politik zu treiben. Die Versuchung ist hier immer groß, sich von der Zentralgewalt loszulösen.

Ich darf nunmehr die Maßnahmen zusammenfassen, die sofort zu treffen sind:

1) Eine Durchführungsvorschrift des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft über Höchstpreise und Richtpreise für Lebensmittel;

2) eine Verordnung zur Bekämpfung von Preistreiberei, Schleichhandel usw.;

3) // Obergruppenführer Krüger erläßt an alle Dienststellen Weisungen über die Durchführung der Preisüberwachung;

4) Geheimrat Zetzsche wird im Benehmen mit Landesbauernführer Körner möglichst rasch eine Preisregelung für die wesentlichen Bedarfsartikel der Bauern herausbringen. Die Presse hat die Aufgabe, beruhigend, aufmunternd, aber auch warnend auf die Bevölkerung einzuwirken. Vorzusehen ist ferner die Auszeichnungspflicht in allen öffentlichen Verkaufsstellen. Hand in Hand damit geht eine Durchsiebung des ganzen Handels. Jeder Jude oder Pole, der sich Verfehlungen zuschulden kommen läßt, wird aus dem Handel entfernt.

5) Die Abstempelung ist so bald wie möglich durchzuführen. Wegen der Einfuhrsperre und Ueberwachung der Grenzen ergehen

Anweisungen an die Zollbehörden, die mit der Polizei zusammen-
zuarbeiten haben.

(Schluß der Besprechung 12 Uhr 6 Min.)

Arbeitsitzung des Vierjahresplanes

24. Januar 1940

(1 Original mit 2 Durchschlägen angefertigt)

Protokoll
der
A r b e i t s s i t z u n g

am 24. Januar 1940

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung um 17 Uhr 10 Minuten. Er begrüßt zunächst den Oberregierungsrat Dr Sche-
pers in seiner neuen Eigenschaft als Chefreferenten beim Reichsverteidigungskommissar und gibt der Erwartung Ausdruck, daß es zu einer erspriesslichen Zusammenarbeit kommen werde.

Generalmajor B ü h r m a n n gibt dann einen Überblick über die verkehrspolitische Lage. Die Kohlenzüge, so führt er aus, liefen zur Zeit ganz ausgezeichnet. Warschau habe gestern 11 bis 12 Züge bekommen. Insgesamt handle es sich bei diesen Transporten um eine Menge von ungefähr 300 000 t. Auch einige für Oberschlesien bestimmt gewesene Züge seien in das Gebiet des Generalgouvernements hineingeworfen worden, damit hier geholfen werden könne. Man erhalte jetzt täglich Meldung darüber, was über die Grenze gekommen sei, sodaß man einigermaßen die Möglichkeit habe, festzustellen, was im Gebiet vorhanden sei. Dann könne man eingreifen und die Züge entsprechen/leiten. Diese günstige Lage werde voraussicht-
lich bestehen bleiben, weil das Dombrower Gebiet ausgenutzt werden könne, wenn nicht der Frost einen Strich durch die

Rechnung mache. Dadurch, daß jetzt die Zahl der Personenzüge stark eingeschränkt sei, trete eine Erleichterung ein, die infolge des Verbots der Benutzung der Eisenbahn durch Juden noch größer werden werde. Die Dinge kämen also schneller und besser in Schwung als im Reich.

Was den deutsch-russischen Verkehr angehe, so sei gestern ein Getreide- und ein Benzinzug abgegangen, weiter ein Rückwanderertransport und verschiedene andere Transporte, insgesamt fünf Züge, die immerhin eine erhebliche Entlastung brächten.

Er erbitte von dem Herrn Generalgouverneur eine Anweisung für die Aufgaben, die ihm gestellt würden und die dann festzulegen wären. Über alle diese Dinge müßten noch Einzelanordnungen ergehen, die nicht immer die Unterschrift des Herrn Generalgouverneurs zu tragen brauchten, weil oft schnelle Entschlüsse gefaßt werden müßten. Es handle sich ja eigentlich nur um die Grundgedanken, die der Herr Generalgouverneur schon seinerzeit gebilligt habe, also um Aufgaben, die jetzt nochmals engzusammengedrängt festzulegen seien: eine Zusammenstellung von allen Abteilungen des Vierjahresplanes, im einzelnen zusammengefaßt.

Major H a r t o g weist darauf hin, daß auch die Industriebelange berücksichtigt seien, die zu seiner Abteilung gehörten.

Generalmajor B ü h r m a n n bestätigt die Auffassung des Herrn Generalgouverneurs, daß die Dienststellen nunmehr in Gang gebracht seien. Er habe nun den Wunsch, die Sachverständigen aus Lods herüberzuziehen. Leider fehle es noch an Zimmern und Möbeln für sie. Es werde aber eifrig an der Herstellung der erforderlichen Räume gearbeitet.

Was die Grundvoraussetzungen für die Arbeit der Wehrmacht

angehe, so habe er Generalleutnant Barckhausen gebeten, so schnell wie möglich mitzuteilen, welche Fabriken für Rüstungsaufträge in Frage kämen, damit die Regelung der Ernährungsfrage sofort in die Wege geleitet werden könne. Man habe gesagt, daß das unter Umständen Monate dauern werde; er halte das aber für unmöglich; denn es müsse darauf gesehen werden, daß die Fabriken, die zu arbeiten begännen, nicht etwa Rohstoffe für Dinge verbrauchten, die nicht unmittelbar für die Rüstung bestimmt seien. Deshalb sollten auch die Sachverständigen genau kontrollieren, was dort fertig gestellt werde. Zum Teil sprächen auch andere Erwägungen dabei mit. In einigen Fabriken seien zB Granaten für die polnischen Geschütze hergestellt worden. Die deutschen Kanonen hätten aber ein anderes Kaliber und seien nach anderen Grundsätzen aufgebaut. Wenn aber die Zeichnungen fertig seien, dann könne im Großen gearbeitet werden. Jetzt seien alle Vorbereitungen getroffen, und die Direktoren wüßten ungefähr, was geschehen solle, nicht aber, wieviele hunderttausend Granaten hergestellt werden sollten. Die Bilanz für die Rohstoffe usw könne noch nicht aufgestellt werden. Darin liege immerhin ein gewisser Nachteil für eine ersprießliche Hilfe.

Oberregierungsrat Dr S c h e p e r s bemerkt, daß das Straßenbauprogramm der Wehrmacht ausschließlich auf die neuen Übungsmöglichkeiten ausgerichtet sei. Wenn aber in dieses Programm schon Hunderte von Millionen hineingesteckt werden sollten, dann müsse es auch auf die industriellen Belange abgestellt werden.

Major H a r t o g hält es auch für absolut unvertretbar, solche großen Investitionen lediglich für Übungsmöglichkeiten der Wehrmacht zu machen, wenn dabei nicht für Zwecke des Vierjahresplanes etwas erübrigt werde.

Generalmajor B ü h r m a n n bezeichnet es als besonders vordringlich, dafür zu sorgen, daß die Betriebe wieder in Gang kämen, von denen man das wünsche. Andere dagegen müßten wieder zum Stoppen gebracht werden, wenn sie nicht in erster Linie den Belangen des Vierjahresplanes dienten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r betont, daß es nicht den Anschein gewinnen dürfe, als arbeiteten hier zwei verschiedene Dienststellen. Er gebe der Dienststelle des Generalmajors Bührmann die Anweisung, irgendwie zum Ausdruck kommen zu lassen, daß es sich um eine einheitliche Aufgabe der vom Generalgouverneur geleiteten Dienststelle handle. Er erwarte nicht von dem eingesetzten Leiter, daß diese Richtlinie verfolgt werden müsse, wenn der Erlaß vom 30. September durchgeführt werden sollte. Das würde den Anschein erwecken, als wenn er als Generalgouverneur irgendwie eine Vollmacht auslösen würde, wozu er jedoch nicht imstande sei. Andererseits sei er der Generalbevollmächtigte für den Vierjahresplan und werde die Aufgaben, die ihm der Herr Generalfeldmarschall Göring erteilt habe, nach bestimmten Richtlinien erfüllen. Er gebe dem Generalmajor Bührmann als dem Leiter der Dienststelle nunmehr diese Richtlinien bekannt, auf grund deren dann die Arbeit in Angriff genommen werden könne. Jedenfalls sei es auch nicht zweckmäßig, wenn er noch eine Auslegung des Erlasses des Herrn Generalfeldmarschalls gäbe. Im übrigen halte er es für geboten, den Richtlinien eine Einleitung voranzuschicken.

Generalmajor B ü h r m a n n bemerkt, daß er die Wehrmachtstruppenteile - Kompanie, Bataillon, Regiment - ersuchen werde, nicht irgend welche Bestellungen an Wäsche, Hemden usw für sich allein zu machen. Solche Bestellungen müßten über die Rüstungsinspektion auf dem Dienstwege gehen und einheitlich gehandhabt werden, weil sonst an den verschiedensten Orten bestellt werden würde.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält die Errichtung einer zentralen Beschaffungsstelle für notwendig.

Generalmajor B ü h r m a n n weist in diesem Zusammenhange daraufhin, daß S.S. und Polizei genau so eingekleidet werden müßten wie die Wehrmacht. Wenn die alten Soldaten sähen, wie tadellos die Polizeitruppen angezogen seien, während sie manchmal beinahe Lumpen tragen müßten, dann habe das natürlich gewisse Rückwirkungen auf die Stimmung besonders im Grenzgebiet, die unhaltbar seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r ist ebenfalls der Auffassung, daß die Dinge so nicht weiter gingen und hier eine Änderung unbedingt erforderlich sei.

Generalmajor B ü h r m a n n berichtet dann weiter, daß er neuerdings eine Liste der Werke erhalten habe, in der offenbar eine ganze Reihe von Werken aufgeführt sei, die gar nicht in Frage kämen. Begreiflicherweise bestehe der Wunsch, möglichst viele Werke zu haben, um Maschinen hereinzubekommen. Man müsse die Beteiligten aber darauf hinweisen, daß es ein Unsinn sei, so viele Werke in Betrieb zu nehmen, ohne daß die benötigten Rohstoffe zur Verfügung ständen. Er habe Generalleutnant Barchhausen zu bedenken gegeben, daß dieser nicht über die Rohstoffe verfügen dürfe, da sämtliche Rohstoffe dem

Generalgouvernement gehörten. Das sei übrigens auch in der Verordnung gesagt.

Der Herr Generalgouverneur weist Generalmajor Bührmann an, ihm fortlaufend zu berichten. Immer müsse überlegt werden, ob eine Maßnahme durch den Leiter der Dienststelle gebilligt werden könne. Das Gleiche gelte auch für Oberregierungsrat Dr. Schepers.

Generalmajor B ü h r m a n n teilt weiter mit, daß jetzt von der S.S. die Goldsachen an seine Dienststelle abgeliefert würden. Er habe darum ersucht, genaue Bestandsmeldungen einzureichen über die Gegenstände, die gesammelt worden seien.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r hält eine einheitliche Führung in diesen Dingen für unumgänglich notwendig.

B ü h r m a n n
Generalmajor/bemerkt noch, daß das Meiste ja hier geblieben sei, abgesehen von einigen Beständen an Gummi und Baumwolle, die herausgebraucht werden müßten.

Auf Anordnung des Herrn Generalgouverneurs wird den

R i c h t l i n i e n

nunmehr folgende Einleitung gegeben:

Zur Durchführung der Aufgabe, die Wirtschaftskraft des Generalgouvernements im Rahmen des Vierjahresplanes in den Dienst der deutschen Wehrmacht zu stellen, gebe ich als Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan die nachstehenden Richtlinien, welche ich Ihnen zum Zwecke der Durchführung bekannt gebe und nach welchen sich die arbeitende Dienststelle auszurichten hat. Ich bitte Sie, nach diesen Richtlinien die Leitung der Dienststelle zu führen.

Regierungsrat Dr. Bergmann schlägt vor, eine Verordnung über die Errichtung einer Stelle für Eisen und Kohle ins Auge zu fassen.

Generalmajor Bührmann bemerkt, daß die Errichtung einer solchen Stelle schon genehmigt sei.

Es wird dann noch zu der Frage, in welcher Form die Richtlinien herausgegeben werden sollten, Stellung genommen.

Für die Genehmigungspflicht will der Herr Generalgouverneur folgenden Weg eingeschlagen wissen:

Was der Generalbevollmächtigte hier im Wege der Legislative durchsetzen wolle, das möge der Generalgouverneur mit einer Verordnung nach § 5 erreichen; darüber bestehe kein Zweifel. Nur müsse die Durchführung einer solchen Verordnung immer im Apparat des Vierjahresplanes gesichert sein, es dürfe niemals der Eindruck entstehen, daß die Verordnung Sache des Distrikts sei. Auch müsse immer auf die Eigenschaft des Bevollmächtigten des Generalgouverneurs hingewiesen werden. Die legislative Ermächtigung, die für den Generalgouverneur gegeben sei, müsse bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck kommen.

Regierungsrat Dr. Bergmann ist der Auffassung, daß dann diese wirtschaftliche Stelle auf Grund der Verordnung (§ 2) Anordnungen erlassen könne.

Weitere Änderungsvorschläge zu den Richtlinien liegen nicht vor.

Generalmajor B ü h r m a n n teilt dann noch mit, daß er ein Schreiben an den Herrn Generalobersten gerichtet habe, in welchem gebeten werde, daß die landwirtschaftliche Frage auch von der Wehrmacht gefördert werde. General Jänicke habe schon sein Einverständnis erklärt und im übrigen bemerkt, daß es an sich schon geschehe. Weiter sei zu berichten, daß die Fuhrparkkolonnen im Bezirk Radom den Bauern bei der Bestellung geholfen hätten; auch seien zB Eierdammelstellen eingerichtet worden. Er habe ferner gebeten, den Befehl zu geben, daß die Truppenteile nicht noch andere Verpflegungsrationen von sich aus einkauften. Solche Einkäufe von Eiern, Butter usw seien ja an sich begreiflich, aber angesichts der augenblicklichen Lage müßten sie unter allen Umständen unterbunden werden. Der Herr Generaloberst habe auch volles Verständnis für diese Frage und werde einen entsprechenden Erlaß herausgeben. Er werde dann aber auch dafür sorgen, daß es bei der Polizei ebenso gehandhabt werde.

Hierauf wird die Arbeitssitzung geschlossen.

Schluß der Sitzung 17 Uhr 50 Minuten.

B e s p r e c h u n g

über wirtschaftliche Fragen

1. Februar 1940.

Protokoll
der

Besprechung am 1. Februar 1940

10 Uhr 55 Minuten.

An der Besprechung nehmen teil:

der Herr Generalgouverneur

Min. Direktor Dr Bühler

Oberregierungsrat Kadgin

Major Hartog

Regierungsrat Dr Bergmann

Stabsführer Reichard

Präsident Paersch

Reichsbankdirektor Hartlieb.

Der Herr Generalgouverneur gibt zunächst seinem Befremden darüber Ausdruck, daß ein Herr Winkler in Berlin sich offensichtlich in Dinge des Generalgouvernements einmische, die ihn nichts angingen.

Stabsführer Reichard teilt mit, daß dieser Winkler eine Aufbauorganisation für bürgerliche Zeitungen gegründet und auch den Ullsteinverlag in den Deutschen Verlag übergeführt habe. Mit dem Gelde habe er die deutschen Zeitungen in Polen, der Tschechoslowakei usw gestützt und sei vorübergehend Bürgermeister in Bromberg gewesen.

Oberregierungsrat Kadgin ergänzt diese Mitteilung durch den Hinweis, daß Winkler aus dem wirtschaftlichen Volkstumskampf komme und eigentlich die wirtschaftlichen Angelegenheiten dieses Gebietes habe mit bearbeiten sollen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß gewisse Differenzen zwischen der Treuhandstelle Ost und der Haupttreuhandstelle Krakau aufgetreten seien. Durch die Vollmacht, die der Führer ihm gegeben habe, solle die Zuständigkeit des Generalgouvernements nicht irgendwie tangiert werden. Es sei zu hoffen, daß Winkler den Wünschen des ~~Herrn~~ Herrn Generalgouverneurs durchaus gerecht werden würde.

Der Herr Generalgouverneur erklärt mit Nachdruck, daß alle Zuständigkeit im Generalgouvernement zusammengefaßt sei und daher Anordnungen des Herrn Winkler für ihn nicht existent seien. Herr Winkler stütze sich jetzt darauf, daß der Herr Generalfeldmarschall Göring eine Verordnung über die Beschlagnahme des Vermögens erlassen haben solle. Wenn diese Verordnung auch im Reichsgesetzblatt veröffentlicht sei, so habe sie doch für ihn keine Geltung. Die Stellung des Oberregierungsrats Kadgin als Verbindungsmann müsse noch ausgebaut werden. Der Herr Generalfeldmarschall müsse davor gewarnt werden, daß man ihm solche Dinge vorlege. Sollte Herr Winkler in dieser Art weiter arbeiten, dann werde er die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Oberregierungsrat Kadgin ist von der Annahme ausgegangen, daß es sich bei dem Wirken des Herrn Winkler nicht um Maßnahmen

zur Beeinträchtigung der Verwaltung des Generalgouvernements, sondern lediglich um legale Dinge gehandelt habe. Er habe nur die Verordnung im Reichsgesetzblatt gesehen. Materiell habe er sich die Dinge so vorgestellt, daß für das gesamte Gebiet einheitlich eine Rechtsgrundlage für die Verwaltung durch die Treuhänder geschaffen werden sollte, die durch die Treuhandstelle für das Generalgouvernement ausgeführt werden müßte. Es wäre auch widersinnig, wenn von Berlin aus in einzelne Betriebe hineinregiert werden würde.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß man auf dem besten Wege sei, das Mögliche aus diesem Gebiet herauszuholen. Mit solchen Methoden könne man aber nicht arbeiten. Er habe sich zB vorbehalten, Umsiedlungszüge zu stoppen, wenn Güterzüge für den Transport von Material gebraucht würden.

Oberregierungsrat Kadgin nimmt hierauf in längeren Ausführungen zu der

Währungsfrage

Stellung. Er führt aus:

Was ihn nach Krakau geführt habe, sei die Sorge um die Neuordnung der Währungsangelegenheiten. Es sei bereits eine Verordnung ergangen, durch die eine Emissionsbank ins Leben gerufen worden sei - zunächst wenigstens auf dem Papier - , die einen neuen Zloty ausgeben solle. Er habe die Frage in Berlin mit Reichsminister Funk und Staatssekretär Landfried besprochen. Man habe zunächst den Versuch machen wollen, eine Leistungsbilanz dieses Gebietes aufzustellen, um zu sehen, welche Mengen an das Reich abgegeben werden könnten und welche Mengen als Zuschußbedarf hereingegeben werden sollten, wenn unter Aufhebung der bisherigen Methode eine Nutzbarmachung

des ganzen Gebietes für das Reich in Angriff genommen werden sollte. Die Arbeit sei an sich abgeschlossen. Die Sammlung des Materials bereite aber viel Mühe und werde noch einige Wochen in Anspruch nehmen. Bevor man diese Klarheit über die materielle Lage nicht habe, sei es sehr schwierig zu beurteilen, welche technischen Mittel der Güterverteilung man zweckmäßig anwenden solle.

Wenn man versuchen wolle, eine stabile Währung zu schaffen, dann müsse für die gesamte Menge der Bevölkerung eine warenmässige Deckung vorhanden sein. Ob diese in einem solchen Ausmaß geschaffen werden könne, sei ihm zweifelhaft. Die Bevölkerung müste zum mindesten ein Existenzminimum haben. Aber das würde nicht ausreichen, um eine Währung im ganzen zu stabilisieren und Preissteigerungen auszuschließen.

Der Herr Generalgouverneur wolle sich nun dafür einsetzen, eine Währung zu schaffen, die ihren innern Wert und ihre Kaufkraft behalte. Sicher sei es notwendig, daß man eine stabile Währung schon als Wertmesser habe. Andererseits bestehe der Plan, diese neue Währung so zu schaffen, daß die gesamten alten Zloty im Verhältnis von 1 : 1 zu dem neu zu schaffenden Zloty ständen. Das bedeute, daß die Menge des umlaufenden Geldes mit Ausnahme der großen Scheine, die bereits hinterlegt seien, nicht vermindert werde. Jedenfalls sei ihm der Plan in Berlin so dargestellt worden. Es bedeute weiter, daß die Preissteigerung sehr stark sei. Mit Sicherheit sei anzunehmen, daß die Versorgungslage der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern sich kaum bessern werde. Man werde froh sein, wenn man für alle Bevölkerungskreise das Existenzminimum sicherstelle. Den landwirtschaftlichen und Rüstungsarbeitern könnte durch ein Verteilungssystem, dessen Technik in der Währung liege, eine

etwas höhere Quote der vorhandenen knappen Güter sichergestellt werden.

Wenn man generell eine stabile Währung schaffen wolle, brauche man viel mehr Waren. Ohne Warendeckung sei es nicht möglich. Ob nun diese Warendeckung aus dem Reich zur Verfügung gestellt werden könne, sei die erste Frage, ob sie transportiert werden könne, die zweite. Beide Fragen seien, wie die Dinge zur Zeit lägen, jedenfalls zum mindesten nicht mit Sicherheit zu beantworten. Die Deckung könnte sich eventuell aus der Leistungsbilanz ergeben, die hier aufgestellt worden sei, Wenn die Erzeugung so weit gesteigert werden könne, daß die Warenmengen aus dem Lande weitgehend abgegeben werden könnten. Für diese Leistungsbilanz sei trotz großer Bemühungen noch keine volle Klarheit zu gewinnen gewesen.

Jedenfalls sei jetzt noch nicht zu beurteilen, ob und wie eine solche generell stabil gehaltene Währung geschaffen werden könne. Man hätte dann unter Umständen sein Wort für eine Währung gegeben, die praktisch ihrem innern Wert nach nicht zu halten sei, und das Vertrauen auf die großen Möglichkeiten, die sich aus der Stabilität der Währung ergäben, verscherzt. Zu wiederholten Malen könne man solche Experimente nicht machen.

Deshalb richte er die Bitte an den Herrn Generalgouverneur, mit weiteren Maßnahmen auf dem Währungsgebiet zu stoppen. Das sei besonders leicht, weil für die nächsten zwei Monate eine Änderung der Dinge ~~anneh~~nehin nicht beabsichtigt sei. Die Emissionsbank solle ihre Tätigkeit erst im März aufnehmen; die Noten sollten wohl erst Anfang April gedruckt werden. Es würde

also eine gewisse Zeitspanne zur Verfügung stehen, ohne daß nach außen hin dieser Stopp in die Erscheinung zu treten brauchte. Die Verhältnisse könnten dann im einzelnen nachgeprüft und von dem Herrn Generalgouverneur die letzte Entscheidung erbeten werden.

Wenn er einen solchen Stopp erbitte, so müsse er auch sagen können, auf welchem anderen Wege das gleiche Ziel zu erreichen wäre. Eine solche technische Möglichkeit könnte sich ergeben, wenn man neben dem alten Zloty, der seinen Wert kaufkraftmäßig erhalten müßte, eine Währung stellte, die mit der Mark fest verbunden wäre. Durch die feste Verbindung mit der Mark könne eine knapp gehaltene Währung ihre innere Kaufkraft immer auf der Höhe der Mark halten. Das werde ihr im Gegensatz zu dem Umlaufzloty eine feste Notiz geben können. Dieser Umstand würde es ermöglichen, auf die technisch denkbar einfachste Weise die Leute, an deren Arbeit man Interesse habe, besser auszustatten als die anderen. Man könnte diesen rechnungsmäßigen Zahlungsnoten mehr Kaufkraft verschaffen als den anderen, indem man ihnen den Zloty auszahle. Sie könnten sich dafür Umlaufzloty zum Tageskurs besorgen, der immer weichen werde. Das würde bedeuten, daß landwirtschaftliche und Rüstungsarbeiter, die für uns arbeiteten, von den an sich knappen Gütern relativ viel an sich zögen. Dadurch würde dann allerdings die Lage insofern verschärft werden, als für einzelne nichts mehr übrig bliebe. Dann müßte man etwa mit Zuweisung verbilligter Kartoffeln usw. helfen. Auch könnte man an die Einführung eines Marken- und Zuschlagsystems denken. Dieses Projekt sei nur dann ins Auge zu fassen, wenn als feststehend anzunehmen sei, daß die warenmäßige Deckung im allgemeinen auf große Schwierigkeiten stoße, was man zur Zeit befürchte.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Währungsfrage nunmehr ernstlich nachgegangen werde. Wenn er sich in den letzten Wochen auf Theorien verlassen hätte, dann würde man heute überhaupt keine Ware mehr haben, weder für die Deckung der Währung noch für den Vierjahresplan. Alle Maßnahmen auf diesem Gebiete treffen nach wohlweiser Überlegung und stundenlanger Erörterung aller Möglichkeiten. Er habe die Vertreter der Reichsbank, die hier tätig seien, nach Berlin geschickt, um festzustellen, ob man mit diesen Maßnahmen einverstanden sei. Das sei weiter geschehen im Hinblick auf ganz konkrete Notwendigkeiten der Lage und vor allem des Vierjahresplanes. Man habe jetzt nur die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß nicht nur die aus der inneren Struktur des Landes und aus der gegenwärtigen Wirtschaftssituation dieses Landes sich ergebenden Schwierigkeiten, sondern auch diejenigen Schwierigkeiten gemeistert würden, die zusätzlich und neben der Wirtschaftslage zu berücksichtigen seien. So seien Millionenbeträge an Zloty aus dem Deutschen Reich, aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien usw. in das Gebiet des Generalgouvernements hineingeströmt. So habe er denn mit drakonischen Mitteln arbeiten müssen, um dieser Inflation entgegenzuwirken, die auf Gründe zurückzuführen sei, für die dieses Land nicht habe einstehen können, weil es eben unmöglich gewesen sei, die Grenzen hinreichend zu bewachen. Seine Erklärung, daß er sich bemühen werde, den Zloty zu halten, sei unerlässlich notwendig gewesen. Es handle sich für ihn nicht um Währungsexperimente, sondern um die Beseitigung der dringenden Notlage der Regierung eines Landes mit 14 Millionen Einwohnern.

Oberregierungsrat Kadgin bezeichnet es als notwendig und zweckmäßig, daß man die Grenzen gegen das Hereinströmen von Geld dicht mache. Das könne nur auf dem Wege geschehen, daß man die umlaufenden Noten durch Abstempelung oder auf andere Weise kenntlich mache.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß man das ihm gegebene Versprechen für eine Hilfe der Reichsbank nicht gehalten habe. Er habe damals geglaubt, man würde mit einem fertigen Projekt kommen. Man habe dann den Umweg über die Reichskreditkasse gehen müssen, der allerdings durch das schreckliche Versäumnis vorbelastet gewesen sei. Nun sei die Emissionsbank gegründet und auf Vorschlag der Reichsbank mit zwei polnischen Präsidenten besetzt worden, eine Tatsache, die der polnischen Bevölkerung ein gewisses Vertrauen einflöße. Der Erfolg sei doch immerhin gewesen, daß dieser ganz wilde Preiswirbel einigermaßen abgestoppt worden sei. Daß es sogar mit der Warenlieferung nicht ganz so schlecht aussehe, zeige die Tatsache, daß in Krakau kürzlich 300 Schlachtochsen abgeliefert worden seien.

Präsident Paersch ist ebenfalls der Ansicht, daß über die Leistungsbilanz Klarheit herbeigeführt werden müsse. Die Waren und die Dienstleistungen der Arbeiter müssten einigermaßen vergütet werden. Er habe mit Oberregierungsrat Kadgin die Dinge besprochen. Dieser sei der Auffassung, daß die Frage erst dann völlig gelöst werden könne, wenn die Dienststelle für den Vierjahresplan zu voller Wirksamkeit gekommen sei. Im übrigen

sei noch zu bemerken, daß die 20- und 50 Zloty-Noten nicht abgestempelt, aber allmählich neue Noten ausgegeben werden würden.

Der Herr Generalgouverneur erinnert daran, wie man Kritik daran geübt habe, daß er sich verpflichtet hätte, den Zloty einigermaßen stabil zu halten. Die Erklärung habe aber abgegeben werden müssen, und er denke nicht daran, etwas davon zurückzunehmen. Die Autorität des Reiches und die Arbeit in diesem Ostraum verlangten es, daß hier ein klarer Kurs gesteuert werde. In Gesprächen mit den Leitern der Werke sei immer der Wunsch laut geworden, den Lohn, den man den Arbeitern gebe, auch garantieren zu können hinsichtlich seiner Kaufkraft. Die Politik werde aufrechterhalten werden müssen. - Die Forderung nach Abdichtung der Grenzen klinge in der Theorie sehr schön, aber die Praxis zeige ein anderes Gesicht. Eine Zollbewachung der Brücken bringe im Winter keinen Nutzen, da die Flüsse dann zugefroren seien und die Leute jederzeit auf den Flüssen die Grenze überschritten, ohne daran gehindert werden zu können.

Präsident Paersch ist ebenfalls der Ansicht, daß zunächst die erwähnten Maßnahmen hätten ergriffen werden müssen. Die weitere Entwicklung hänge von der Leistungssteigerung ab.

Der Herr Generalgouverneur hält das Nebeneinanderbestehen einer minderwertigen und einer hochwertigen Währung im Rahmen eines Gesamtwirtschaftssystems für untragbar.

Oberregierungsrat Kadgin bittet, nochmals Gelgenheit für einen Vortrag zu erhalten, wenn er mit seinen Mitarbeitern nach Aufstellung der Leistungsbilanz und auf grund der warenmäßigen Möglichkeiten ein Bild darüber gewonnen habe, welche Maßnahme auf dem Währungsgebiete als die zweckmäßigste empfohlen werden könne. Dabei gehe er davon aus, daß für diese Überlegungen noch Zeit bis Ende März sei.

Der Herr Generalgouverneur will, wenn sich die Entwicklung der Preislage einigermaßen übersehen läßt und die Warenlieferung zu diesen Preisen möglich ist, durch die Polizei die Polen zwingen lassen, zu diesen Preisen zu verkaufen.

Präsident Paersch mißt dem Umstand erhebliche Bedeutung bei, wie sich der gegenwärtige Warenfluß im Lande und zwischen Reich und Generalgouvernement regeln werde, wobei sich die Zahlungsbilanz auch in etwa ausgleichen müßte.

Regierungsrat dr Bergmann betont, das setze weiter voraus, daß über die 600-Millionen Szloty hinaus noch Leistungen kämen. Angesichts der Lage im Reich werde man auf Warenlieferungen in großem Umfange nicht rechnen können. In diesem Zusammenhang sei es von Bedeutung, daß man abgesehen von Kohlen wenigstens etwas effektiv erhalte. Die Waren würden ja durch Lieferungen an das Reich bezahlt werden.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß zwar das Reich die Kohlen sicherstellen wolle, im übrigen aber das Generalgouvernement als einen schlechtwilligen Schuldner behandle und gar nicht daran denke, daß das Generalgouver-

nement eine eigene Existenz habe, sondern vielmehr nur einen Teil der Produktionskraft des gesamten Reiches darstelle. Sein Plan sei, daß das Gebiet des Generalgouvernements unter Aufrechterhaltung seines Charakters deutsches Reichsgebiet bleibe, aber ein Teil der Betriebe als Zollausland von Deutschland angesehen werde.

Nach Ansicht des Regierungsrats Dr. Bergmann würde das bedeuten, daß man für die Waren, die an das Reich geliefert würden, überhaupt keinen Gegenposten bekomme und daß man das Gebiet auch ernährungsmäßig erhalten müßte.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß dann das Reich die deutschen Löhne zusätzlich zahlen müßte. Wenn im Gebiet des Generalgouvernements Kohlen gefördert würden, die nach Schweden oder einem anderen Lande als Devisenkohle ausgeführt werden könnten, dann würde das Reich ein Interesse an der Steigerung der Produktion haben und zu einer Verminderung der Produktionskosten beitragen können.

Oberregierungsrat Kadgin bezweifelt, ob man zum Ausgleich der Leistungsbilanz kommen könne und die Güter nach ihrem wirklichen Wert bezahlt werden würden. Der Sinn der Sache sei doch der, daß das Gebiet des Generalgouvernements möglichst viel für die Zwecke des Reiches aus seiner Wirtschaftskraft beitrage, andererseits aber als Gegenleistung soviel erhalte, daß die gesamte Bevölkerung notdürftig, diejenigen aber, die für das Generalgouvernement arbeiteten, erträglich leben sollten.

Der Herr Generalgouverneur hält es für dringend erforderlich, daß man zu einer Gesamtregelung komme. Im Warenaustausch usw müsse ein vernünftiger Ausgleich stattfinden. Alles müsse in den Gesamttraum kommen, und das Ende müsse sein, daß unter Aufrechterhaltung einer gewissen stabilen Ordnung nun dem Reich alle Vorteile zur Verfügung gestellt würden, die sich aus dem Generalgouvernement ergäben. Das sei durchaus kein Zusammenbruch der Wirtschaftsordnung. Das Ganze müsse hier im Auge behalten werden, denn schließlich hänge doch alles vom Reich ab. So schön es auch klingen möge, daß das Generalgouvernement alles bezahle, so unrichtig sei es auf der anderen Seite, und so schwer werde es sein, wenn diese Politik versage. Zunächst sei das Generalgouvernement vollkommen entleert. Jetzt müsse mit einer neuen gesunden Wirtschaft begonnen werden; man müsse auf alles, was noch an Vorräten, Maschinenteilen usw vorhanden sei, zurückgreifen. Aber mit solchen Faktoren allein könne man nicht rechnen, sondern das Land müsse sich jetzt auf eine wiederbeginnende neue Ordnung einstellen, die eines Tages die Einführung der Mark im Gefolge haben müsse.

Oberregierungsrat Kadgib weist darauf hin, daß diese Lösung durch die Teilwährung vorbereitet werden würde. Es sei aber klar, daß im Laufe der Zeit das Nebeneinanderbestehen von Zloty und einer zweiten Währung für das Generalgouvernement eine schlimme Mehrbelastung bedeuten würde. Die Leute wären selbstverständlich nicht in der Lage, Lebensmittel für deutsche Mark zu kaufen.

Der Herr Generalgouverneur meint, daß man sich nun einmal mit dem politischen Gedanken, in diesem Raum ein gigantisches neues Industriezentrum zu schaffen, abfinden müsse. Allmählich werde es sich eben als notwendig erweisen, auch dieses Gebiet in das gesamt-deutsche Reich einschließ-lich der Währung einzugliedern. Selbstverständlich müsse dafür gesorgt werden, daß die Belange des Generalgouvernements berücksichtigt würden.

Major Hartog teilt mit, daß eine Zusammenstellung der Werte, die ausgeführt werden könnten, im großen und ganzen schon vorhanden sei. Man wisse auch, was man aus dem Reiche brauchen könne. Leider wisse man aber nicht, was das Reich geben könne. Gebraucht würden sofort Seife, Textilien, Stiefel. Die Bilanz werde so bleiben, daß eine gewisse Menge ausgeführt werden könne, aber das Reich im Austausch nichts geben könne.

Regierungsrat Dr Bergmann legt besonderen Wert auf die Waren, die die Landwirtschaft braucht und die sie nicht aus eigener Produktion herstellen kann.

Der Herr Generalgouverneur hält es für richtig, zum Zwecke einer Regelung dieser Dinge eine Zentrale stelle aufzubauen; denn hier müsse ein absolut geschlossenes System herrschen. Dieses geschlossene System dürfe auch durch Herrn Winkler nicht durchbrochen werden; er müsse vielmehr veranlasst werden, mit den Stellen des Generalgouvernements zusammenzuarbeiten und nicht über sie hinwegzugehen. Wenn das Staatsvermögen, das ja für das Generalgouvernement alles bedeute, in allen seinen Sparten von Berlin aus verwaltet werden solle, dann müsse man dort auch die Verantwortung für die Exekutive übernehmen.

Oberregierungsrat Kadgin weist darauf hin, daß das polnische Staatsvermögen von Treuhändern verwaltet werde, und die Dinge würden im Ergebnis genau so behandelt, wie es auf grund/Verordnung zu geschehen habe. Materiell bestehe keine Differenz.

Der Herr Generalgouverneur stellt demgegenüber fest, daß die Differenz nur in der Unverschämtheit des Herrn Winkler liege. Für ihn sei es absolut ausgeschlossen, sich irgendwie einem Herrn Winkler zu unterstellen.] - Daß alle diese Verordnungen - auch die letzte - von den Behörden und von der Treuhandstelledurchgeführt würden, sei selbstverständliche Folge der Verpflichtung zum Zusammenarbeiten. Aber bestimmte Weisungen hier zu geben, sei nur der Generalgouverneur befugt.

Min.Direktor Dr Büller nimmt dann zur Frage Stellung, wie sich die allgemeine Preispolitik auswirke. Man werde nicht darauf verzichten können, Fachleute aus dem Reich zu holen. Die abschliessende Besprechung mit Ministerialrat Schmidt stehe noch aus. Er werde wieder herkommen und diesmal Exekutivorgane mitbringen, und zwar 150 Mann für die Preisüberwachung.

Oberregierungsrat Kadgin warnt davor, auf dem Gebiete der Preisüberwachung zu schnell vorzugehen und sich hier ohne weiteres dem Vorbild des Reiches anzuschliessen. Auf einem Teilgebiet eine Preiskontrolle durchzuführen, sei verhältnismäßig einfach, viel schwieriger sei eine Preiskontrolle in einem Lande, in dem noch so und so viel Dinge im Fluß seien. Er habe einen Schreck bekommen, als er gehört habe, daß etwas derartiges jetzt schon unter Verpfändung der Weisung des Herrn Generalgouverneurs unternommen werde. Es wäre vielleicht zu empfehlen, daß man zunächst die Preisbildung beobachte mit vielleicht zwei oder drei Leuten, die in diesen Dingen ver-

siert seien. Ob man zu dem Entschluß kommen werde, die Preisbildung wie im Reiche zu beeinflussen, stehe noch dahin. Die Festsetzung von Richtpreisen, wie sie hier getätigt worden sei, stelle zweifellos das beste und richtigste Verfahren dar.

Präsident Paersch hält es für dringend notwendig, bei der Leistungsbilanz vorzusehen, daß, wenn die Ware geleistet werden könne, dann wenigstens zum Teil in Reichsmark gezahlt werde. Was nicht in Gestalt von Ware her/einkomme, müsse in Reichsmark bezahlt werden. Ferner müsse die Frage geklärt werden, ob die Leistungen nach dem Vierjahresplan und die Umwandlung der 600 Millionen Zloty nicht nacheinander vor sich gehen könnten. Es sei doch einigermaßen gefährlich, wenn man beides sehr schnell hintereinander tue, ohne eine Gegenleistung zu haben. Die 600 Millionen Zloty stellten keine Gegenleistung dar.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bemerkt, daß mit dem Reichsfinanzminister Verhandlungen darüber schwebten, die Leistungen der Rüstungsbetriebe mit den 600 Millionen Zl zu bezahlen.

Direktor Hartlieb weist darauf hin, daß jetzt schon 850 Millionen Zloty-Noten im Umlauf seien. Man habe jetzt die neue Bank gegründet, und es liege nur im Reichsinteresse, daß diese Währung stabil gehalten werde. Wenn man in einem solchen Zeitraum zusätzlich 600 Millionen hineinpumpe, ohne daß Gegenleistungen gegenüberständen, und dadurch nur der Notenumlauf vergrößert werde, dann sei eine solche Währung nicht zu halten.

Oberregierungsrat Kadgin hält es ebenfalls für selbstverständlich, daß man unter gar keinen Umständen von heute auf morgen eine Summe von 600 Millionen Zl in die Wirtschaft hineinpumpen könne. Andererseits sei es wahrscheinlich, daß man die Leistung im Generalgouvernement nicht voll werde ausgleichen können noch wollen, sondern es solle soviel gegeben werden, daß die Verhältnisse zu halten seien, daß das Gebiet des Generalgouvernements gleich arm und gleich reich sei wie vor den Leistungen. Die systematische Einspannung der Wirtschaftskraft bedeute nicht soviel, daß die Leute weiter leben könnten, wie sie sich das vorstellten. Dann bliebe eine Spitzenleistung gütermäßig unbezahlt. Sie müsse genau mit den wirklichen Warenbedürfnissen des Generalgouvernements abgestimmt werden. Diese Spitze könnte man mit den 600 Millionen Zl bezahlen.

Der Herr Generalgouverneur schließt hierauf die Besprechung.

Schluss der Besprechung 11-Uhr 50 Minuten.

Wirtschaftstagung

6. und 7. Juni 1940.

1
Anfang der Sitzung: 10³⁵ Uhr.

Der Herr Generalgouverneur, Reichsminister Dr. Pfank, eröffnet die Tagung mit folgender Ansprache:

Meine Herren!

Ich eröffne eine der wichtigsten Sitzungen, die wir bis jetzt im Generalgouvernement gehabt haben, und heiße Sie herzlich willkommen. Die Gesamtfrage der Wirtschaft im weitesten Sinne ist das Thema unserer heutigen und morgigen gemeinschaftlichen Arbeit. Wir können nunmehr auf 7 Monate gemeinschaftlichen Wirkens im Generalgouvernement zurückschauen. Daher ist nun auch der Zeitpunkt geeignet gewählt, um über die Zusammenhänge der Entwicklung des gesamten Faktors "Wirtschaft" im Generalgouvernement uns gemeinschaftlich Rechenschaft abzulegen und uns die Möglichkeiten der Entwicklung klarzumachen, uns allenfalls auch die Grundzüge gemeinschaftlich zu erarbeiten, an Hand deren wir weiterhin die Wirtschaftspolitik des Generalgouvernements zu führen gedenken.

Ich glaube, alles in allem feststellen zu können, daß die Arbeit dieser nun überwundenen Monate einen klaren Beweis dafür erbracht hat, daß auch im Generalgouvernement wie überall in der Machtzone des Dritten Reiches Männer am Werke sind, die dem ihnen vom Führer gewordenen Befehl zu entsprechen vermögen. Ich möchte daher zunächst Ihnen allen, meine Herren, für Ihren persönlichen Einsatz auf dem Gesamtgebiet der wirtschaftlichen Entwicklung des Generalgouvernements meinen herzlichen Dank sagen. Alle Dienststellen haben sich hier immer mehr zusammengefügt, die reine Verwaltung, wenn ich so sagen darf, ebenso wie die reine Wirtschaftsbetreuung, die Polizei, die Wehrmacht, der Vierjahresplan, der Verkehr, die Rüstungsbetriebe, die Monopolbetriebe, die Arbeitspolitik - alles hat zusammengestanden, um den bestmöglichen Erfolg aus einer völlig chaotischen und zerstörten Position zu erreichen.

Es ist ganz klar: Wenn nicht mit dieser ehernen Entschlossenheit und Härte an diese Probleme herangegangen worden wäre, dann hätten wir nichts anderes gehabt als eine Fortsetzung dieses Chaos. Das Chaos hat nun sein Ende. Sein erster Grund war ja die Fortwirkung

Fortwirkung der eigentlichen polnischen Wirtschaft, also das Vorhandensein aller jener Fehlerquellen, die sich in diesem Wirtschaftsraum auch ausgewirkt hätten, wenn der Krieg nicht gekommen wäre, die ihre zerstörende Tendenz in sich weitergetragen hätten, auch wenn nicht mit dem Krieg jene Zerstörung eingetreten wäre.

Diese erste Gruppe von Fehlern - kurz genannt: polnische Wirtschaft - war sowohl ein Fehler der Organisation des Gesamtaufbaues der polnischen Wirtschaft, wie auch ein Mangel in Gestalt der Menschen und leitenden Persönlichkeiten, die sich innerhalb dieser polnischen Wirtschaft betätigten. Es war das Mißverhältnis der Führung und Wirtschaftsgestaltung in dieser polnischen Republik. Nicht zuletzt war es auch zurückzuführen auf die dem polnischen Charakter entsprechende Quelle des Versagens des polnischen Menschen auf dem Gebiet der Ordnung, Führung, Sauberkeit, Geordnetheit. Immerhin muß hinsichtlich dieses ersten Sektors der nicht kriegsbedingten Schwierigkeiten dieses Raumes doch positiv gesagt werden, daß der Krieg in seiner Wirkung in einem entscheidenden Zeitpunkt langsamer Wiederbesinnung oder endgültiger Strukturänderung dieses Raumes im Sinne einer Entwicklung auf Ordnung und Produktionssteigerung eingetreten ist. Was wir im Lande festgestellt haben, war doch da und dort schon ein starkes Stück von Aufbau- und Unternehmungsarbeit, die die Polen geleistet hatten. Ich erinnere Sie nur an die Industriebetriebe und viele Bereiche der Produktion, wo die Polen zumeist mit interessiertem fremdländischen Kapital schon begannen, sich eine eigene Industrie- und Wirtschaftsstruktur aufzubauen.

Dieser Krieg, so kurz er war und so blitzartig er über das Land hinwegbrauste, hat doch eine Fülle von zerstörenden Momenten mit sich gebracht. Bahnen, Verbindungswege, Fabrikationsstätten, Wohnräume, Städte, Dörfer, alles wurde in weitestem Umfange in diese leidenschaftliche Zerstörung hineingezogen. Und so kann man wohl sagen: Was der Krieg hier in den wenigen Tagen seines Wirkens überhaupt hat erreichen können, hat er erreicht. Freilich, das hätte auch schon früher sein können. Die Kürze des Krieges war gewiß auch seine Würze. Es war jenes charakteristische Merkmal, daß da, wo unsere Waffen gewirkt haben, sie vernichtend gewirkt haben. Gottlob ist aber auch angesichts der Kürze des Krieges nicht all überall diese vernichtende Wirkung eingetreten. Einige Produktionsstätten, einige Städte wurden nicht zerstört. Aber alles in allem kann man

wohl

wohl sagen: Aus diesen beiden Zerstörungsquellen und angesichts des akuten Kriegssereignisses war nun ein Gebilde entstanden, in welchem zunächst weder Gesetz noch Ordnung noch Ziel noch Aufbau möglich schienen. Wenn dieses Gebiet wirtschaftlich überhaupt gehalten wurde, dann nur durch die deutsche Verwaltung dieses Raumes. Die Polen hätten aus eigener Kraft entsprechend den Zeitumständen, unter denen wir jetzt leben, niemals auch nur das geringste erreicht. Mit anderen Worten: Die Feststellung, daß die Wirtschaft dieses Generalgouvernements wieder einigermaßen Ansatzpunkte zu einer eigengesetzlichen Entwicklung zeigt, bedeutet zugleich die Feststellung der Legitimation der deutschen Führung in diesem Raum. Denn wir Deutsche haben die Wirtschaft dieses polnischen Raumes des deutschen Generalgouvernements Polen wieder aufgerichtet, und wir haben damit eine erste, man möchte fast sagen, kulturelle Tat vollbracht im Gebiet dieses Raumes, wir haben damit auch ein Recht erworben, die Führungsaufgabe in diesem Raum fortzusetzen.

Sie haben aus dem Programm für unsere Tagung bereits entnommen oder werden daraus entnehmen können, daß wir uns mit der gesamten Wirtschaftslage beschäftigen werden.

Zunächst ein Wort, meine Herren! Wenn heute im Deutschen Reich der Geschlossenheit des nationalsozialistischen Volkes die Geschlossenheit des von dem einzigartigen Feldherrngenie unseres Führers geführten Wehrmachtbereichs ebenso entspricht wie die völlig autarke Geschlossenheit unseres deutschen Wirtschaftslebens, so sind diese drei Faktoren die Voraussetzung der siegreichen Wiederaufrichtung unseres Volkes. Das Volk mußte wieder seine einheitliche Weltanschauung gewinnen, die Wehrmacht mußte in dem gesamten Schicksalsgefüge unseres Volkes ihre historische Aufgabe erfüllen. Aber auch die Wirtschaft mußte in den Führungsbereich der Gemeinschaft einbezogen werden und durfte nicht selbst unter irgendwelchen Vorzeichen oder Nebennomenten versuchen, sich eine Eigengesetzlichkeit im Sinne der privaten-und liberalistischen Wirtschaftsinitiative sicherzustellen. Es ist klar, daß sich diese drei Fundamente in ihren geballten Ausstrahlungen auf die neuen Gebiete des Reiches bemerkbar machen. Hier kommt die Wehrmacht im Namen des Führers und des Reiches, schlägt den Feind militärisch nieder, besetzt das von dem Feind zurückgehaltene Gelände, sichert es gegen weitere Angriffe und meldet dem Führer den Vollzug des militärisch-kriegerischen

kriegerischen Befehls. Dann kommt die politische Organisation des Einbaues dieses militärisch eroberten Geländes in das Gesamtgefüge des Reiches durch besondere Befehle des Führers, und in Vollzug dieser politischen Organisation als der zweiten Stufe folgt dann der Einbau der wirtschaftlichen Kapazität dieses militärisch eroberten, politisch organisierten Gebietes in die gesamte Wirtschaftsstruktur des Reiches.

So müssen Sie sich, meine Herren, nun immer darüber klar sein, daß sich auch die Wirtschaftsgeschichte des Generalgouvernements in diesen Stufen vollzogen hat. Es ist nicht so, daß man das Wirtschaftliche nun völlig eigengesetzlich herausheben könnte; Das wäre eine liberalistische Anschauung. Immer aber ist es so, daß jeder dieser drei Faktoren, der militärische, der politische, der wirtschaftliche, nun seine eigene Anschauung über die Wirtschaft besitzt, die wiederum nicht ideologisch, sondern zweckmäßig ist. Das heißt: Die militärische Besetzungsperiode wird in demselben Raum eine völlig andere Wirtschaftspolitik machen oder zunächst einmal machen müssen, als das die später kommende, schon mit feineren Mitteln arbeitende politische Führung in diesem Raum tut. Jeder einzelne von Ihnen hat diese drei Stufen erlebt, denn er übernahm ja irgend etwas von irgendeiner militärischen Stelle.

Dann tauchte auch die politische Ordnung auf und suchte zunächst einmal ausschließlich aus den Mitteln dieses Raumes heraus, politisch-wirtschaftlich irgendwie zu wirken. Man organisierte Gesellschaften, Ämter, Verkaufs- und Einkaufsorganisationen usw., und dann kam das Reich mit seiner Wirtschaftspotenz, schaute sich die Dinge kritisch an und sagte nun: Was kann ich aus diesem Gebiet für mich herauswirtschaften? Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese drei Fundamente des Hineinwachsens in das gesamte Reichsgefüge eine der größten Schwierigkeiten gewesen ist. Und wir würden alle ob dieser Erfahrungen noch mehr Schmerzen empfinden, wenn nicht, wozu uns ein neues Schlagwort verholfen hat, das Interesse der Wirtschaftskreise des Reiches gottlob aus der ausschließlichen Blickrichtung des Ostens mittlerweile nach Norden und Westen abgelenkt worden wäre.

So ist denn auch für uns der Zeitpunkt gekommen, uns mit diesen einzelnen Strukturgraden allmählich auseinanderzusetzen. Wir stehen, wie ich das auch schon häufig hervorgehoben habe, nach Ablauf von 6 Monaten im wesentlichen am Abschluß des äußeren Verwal-

Verwaltungsaufbaues des Generalgouvernements. Es hat nun seine Ämter, seine Behörden, seine Dienststellen, es hat seine Struktur, es hat sich auch als Begriff durchgesetzt. Das Generalgouvernement ist heute ein Begriff, den man überall kennt. Man unterläßt es ja schon, überhaupt noch von Polen zu reden. Man spricht von ihm nur noch als von dem Generalgouvernement.

Es ist klar, daß damit nun auch das psychologische Moment des Hineinwachsens in das deutsche Gesamtgefüge vorbereitet wird. Aber mit diesen äußeren Einrichtungen und Verordnungen ist zunächst nur der Apparat geschaffen, der nun der ungeheuren Schwierigkeiten Herr werden soll. Das Militärische spricht von der Beute und muß davon sprechen. Ich kann beim Vorstürmen und bei der Eroberung eines Gebietes von der vorstürmenden Truppe nicht verlangen, daß sie bei jeder Beschlagnahme die wirtschaftspolitischen Grundsätze der Zentrale wahrt, sondern hier geht es nach dem Recht des Stärkeren. Da wird nicht viel gefragt, sondern man sagt einfach: das ist Beute. Schlimmer ist es schon, wenn dieser Beutetrieb nun über das eigentlich Militärische hinaus verlängert wird, wenn die Nachzügler aus der politischen Situation kommen und unmittelbar nach Abschluß der militärischen Eroberungsperiode ihren eigenen Einzug militärisch beutetriebmäßig unterbauen wollen. Schlimm wird es dann schon, wenn diese Leute sagen: Ja, den Teufel nochmal, wenn wir früher gekommen wären, dann hätten wir auch alles mitnehmen können, jetzt, wo wir später kommen, sollen wir nichts mehr erhalten. Das ist nun für jeden Einzelnen ein schwieriges Überlegungs- und Erziehungsproblem, dieses Beuteprinzip irgendwie verständnisvoll in eine einreihbare Haltung innerhalb der Gemeinschaftsordnung umzubiegen. Dieses Fertigwerden mit dem Beutetrieb ist das Problem dieser Monate gewesen, und es ist noch nicht abgeklungen. Fast jeder bekommt heute täglich die Meldung, daß da oder dort dieser Beutetrieb nach wie vor in Einzelaktionen in Erscheinung tritt. Solange der Krieg dauert, wird man das ja nicht völlig unterbinden können. Der Beutetrieb ist ein Urtrieb der Menschheit. Die Freude an der Beute gehört zu den großen Wollustempfindungen des Menschen. Offenbar ist es so, und daher ist es auch klar, daß wir hier nach wie vor mit aller Energie vorgehen müssen. Vor allem wirkt sich dieser Beutetrieb in jener psychischen Steigerung aus, daß man sagt: Der Pole hier im Raum hat überhaupt kein Recht, alles geht nach Deutschland - von Juden reden wir erst garnicht -. Wenn z.B. ein polnischer Bauer auf der
Landstraße

Landstraße fährt und irgendetwas abliefern will, sei es auch einmal ausnahmsweise bei einer Dienststelle unserer Landwirtschaft, dann wird irgendein lustiger Mann, der unterwegs daherkommt und gerade das Bedürfnis empfindet, sein Kasino mit einem Schweinchen aufzufüllen, sagen: runter da, das gehört mir, das ist beschlagnahmt, weg damit! Ich habe leider Gottes aus einer Zone, bei der ich das amtlich nicht vermuten sollte, einen Bericht über ein solches Vorgehen erhalten, das sich vor 3 Tagen an einer unserer Landgrenzen des Generalgouvernements abgespielt hat. Das ist so die letzte Phase dieses innerterritorialen Beutetriebes.

Es gibt aber auch, möchte man sagen, einen Beutetrieb, der sich nicht in dieser mehr harmlosen Form auf der Landstraße mit Waffenhilfe zeigt, sondern in der feineren Form der Gesellschaftsgründung, mit anderen Worten: der Treuhänderei, die in der Einbeziehung von Produktionsstätten in Reichsbelange usw. vor sich geht. Aber es ist im Grunde genommen genau dasselbe, ob man eine Gesellschaft gründet, deren Aufsichtsräte in Deutschland sitzen, deren finanzieller Untergrund sich aber ausschließlich im Generalgouvernement befindet, oder ob man schwer bewaffnet das Schwein auf der Landstraße beschlagnahmt. Dieser Beutetrieb wirkt sich nun schon viel weiter aus. Hier muß ich aber sagen: Nach schwierigsten Verhandlungen und unter Einsatz meiner ganzen Person ist es mir gelungen, diesen generalterritorialen Beutetrieb mancher Berliner Zentrale einigermaßen einzudämmen. Vor allem hat mir dabei immer der Herr Generalfeldmarschall Göring geholfen. Wenn wir überhaupt hier aus dem Eigenen leben können, so ist das auf diesen 6monatigen schweren Kampf zurückzuführen, den ich in Berlin um die Durchsetzung der eigenen Wirtschaftspolitik des Generalgouvernements geführt habe.

Der Gedanke war doch der, daß man die militärische Aktion, also die Besetzungs- plus Beuteperiode zunächst einmal ins Unendliche fortzusetzen gedachte, daß man sagte: das Gebiet ist in unserer Hand, es wird ausgeplündert, es wird herausgeholt, was nicht niet- und nagelfest ist, und was niet- und nagelfest ist, wird auch noch wegzubringen versucht. Aber an den Nachwirkungen dieser Periode leiden wir heute noch, sie ist noch nicht restlos überwunden. Auch in der wirtschaftlichen Ertragsstruktur unseres Generalgouvernements leiden wir unter diesem vollkommen unerträglichen ersten Programm.

Wenn

Wenn wir ein Gebiet wie dieses nunmehr auch endgültig als in den deutschen Machtbereich einbezogen ansehen, dann muß ich beginnen, dieses Gebiet wirtschaftlich so pfleglich zu behandeln, daß für mich daraus der größte Nutzen entsteht, nämlich für mich, das Deutsche Reich. Ich kann es nicht einseitig abtöten, einseitig überbelasten, einseitig aushöhlen, denn es ist ja auch ein Stück der gesamten Ordnung des Reiches. Seit der Führer - das war etwa Mitte Januar - mir gesagt hat, daß er das Gebiet nicht wieder hergeben werde - bis dahin war das noch unklar, bis dahin hatte der Führer öfter gesagt, er werde vielleicht einen polnischen Reststaat oder etwas Ähnliches daraus machen -, seit dieser Zeit wäre diese Aushöhlungswirtschaftspolitik gegenüber dem Generalgouvernement der größte Verstoß gegen die Politik des Führers.

Und das muß uns nun die Richtschnur sein. Wir haben es hier mit einer wachsenden Bevölkerung zu tun. Die Polen, die wir als Arbeiter und Bauern brauchen, werden wir unter allen Umständen so zu behandeln haben, daß sie ihre Kraft für den Wirtschaftsbereich des Deutschen Reiches zur Verfügung stellen oder auch zur Verfügung stellen können. Grundsatz dieser Wirtschaftspolitik ist die deutsche Führung, ist die Wirtschaft als Bestandteil einer Befehlsapparatur, nicht einer eigenkapitalistischen Anschauung, mag sie sich auch noch so sehr in den verschiedensten halbamtlichen und halbstaatlichen Gesellschaften zeigen. Für mich gibt es nur den Führerwillen und die Staatsverwaltung als Inhalt und tragendes System auch der Wirtschaftsführung. Und alle Gesellschaften halb reichsamtlicher Art interessieren mich nur, wenn sie gewillt sind, sich blindlings dieser Befehlsapparatur des Reiches, die wir im Generalgouvernement aufgebaut haben, zu unterstellen. Desgleichen umfaßt nun aber auch angesichts dieser Voraussetzung die Befehlsapparat in Gestalt des Generalgouverneurs, der Gouverneure, der Kreishauptmänner, der Stadthauptmänner als der äußeren Repräsentanten die absolut förderliche Behandlung aller deutschen Unternehmen, aller deutschen Arbeit im Generalgouvernement, sofern sich diese Arbeit als nicht mehr dem Beutetrieb verfallen, sondern in die Gemeinschaftsnotwendigkeiten unseres Reiches eingebaut erkennen lassen. Beutetriebsunternehmungen, und wenn sie noch so getarnt sind durch weiß Gott welche Vollmachten, werde ich zur Strecke bringen. Und die kleinen Treuhänder werde ich genau so behandeln wie diese Gesellschaften, wenn sie sich diesen Notwendigkeiten nicht beugen. In diesem Raum
ist

ist keine Beute zu machen, hier ist ernste Arbeit im Dienste der Gemeinschaft unseres schwer ringenden deutschen Volkes zu leisten. Hier gibt es keinen privaten Vorteil. Dieses Kriegsgewinnlertum, das sich hier unter den verschiedensten Marken tarnt, wird ausgeräumt. Ich dulde auch nicht, daß irgendwelche öffentlichen Instanzen hier dazu übergehen, Ladengeschäfte zu eröffnen oder treuhänderisch zu verwalten, und dies tun in der Form irgendwelcher Körperschaften oder Gliederungen oder weiß der Kuckuk in welcher Form. Ausreden gibt es dafür ja tausende, wenn man so ein Unternehmen aufmacht. Aber mit der Autorität des Reiches ist das nicht vereinbar.

Das Letzte ist nun unser aller Zusammenarbeit auf dem Gebiet der pfleglichen, förderlichen Behandlung dieses feinnervigen Instruments der Wirtschaft des Generalgouvernements. Meine Herren, der größte Fehler, der bei der Beurteilung des nationalsozialistischen Programms häufig gemacht wird, ist der, daß man Stärke und Brutalität sehr oft miteinander verwechselt. Stärke ist etwas völlig anderes als Brutalität, genau so, wie Macht etwas völlig anderes ist als Gewalt. Stärke kann sich auch dem polnischen Arbeiter und Bauern gegenüber sogar in einer förderlichen Behandlung dieser kleinen Arbeiter und Bauern zeigen, die ja nun ihre Kraft im Dienste des deutschen Volkes hergeben. Brutalität ist in jedem Fall vom Übel, da sie einen Mißbrauch der Stärke darstellt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir mit den schärfsten Maßnahmen gegen jeden Versuch der Auflehnung dieses Volkes vorgehen müssen, und wir haben gerade jetzt ein Programm vor uns, das uns in Kürze die gesamte Führungsschicht der Widerstandsbewegung zur Vernichtung anheim gibt. Aber, meine Herren, aus allen Berichten, die ich aus allen Bereichen erhalte, entnehme ich, daß da, wo sich die deutsche Führung stark, aber nicht brutal zeigt, auch wirkliche Erfolge erreicht werden, sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft, und nur diese beiden Dinge haben für uns Interesse. Ich möchte Sie also bitten, daß wir uns alle in dieser Aufgabe vereinigen. Der große wirtschaftspolitische Bereich des Generalgouvernements ist eine Einheit, und innerhalb dieses Gesamtgefüges gibt es keine irgendwie geleiteten Bereiche, die nun mehr Rechte hätten als die anderen, es sei denn, daß die Mehrberechtigung wie etwa in der Rüstungsindustrie gegenüber den anderen Betrieben aus der Zeitlage stammt. Weiter aber: Die Verwaltung dieser Wirtschaft und ihre Führung müssen auf die möglichst einfache Formel gebracht werden. Wenn draußen im Reich ein wildes

wildes Gegeneinander auf dieser und jener Seite herrscht, vielleicht herrschen muß, wenn zwischen Ministerien, Reichsbeauftragten, Wirtschaftsstellen und anderen Dienststellen vielleicht Gegensätzlichkeiten bestehen, so darf sich diese Erscheinung bei uns nicht zeigen. Hier müssen wir, und dazu haben wir alle Vollmachten, verstehen lernen, daß es gilt, uns gegenseitig zu unterstützen, daß einer dem anderen helfen muß, ihm aufgeschlossen zur Seite steht und sich nicht freut, wenn der andere einen Mißerfolg hat, sondern er muß sagen: Dein Mißerfolg ist auch der meine. Wir befinden uns hier alle in der gleichen Lage, hier kann und darf keiner Sonder Vorteile für sich beanspruchen, das sei Wahnsinn. Hier muß sich jeder nach der Befehlsführung ausrichten; und soweit kennen Sie mich, daß ich auch künftig in zunehmendem Maße nicht dulden werde, daß jemand in meine Befehlsautorität im Generalgouvernement hineinredet.

1 M.

Es gibt keine Stelle des Reiches, die hier Befehle geben könnte, es sei denn der Führer und - im Bereich des Vierjahresplans - der Generalfeldmarschall. Alles was hier arbeitet, untersteht meinem Befehl. Ich möchte Sie bitten, nachdem wir so schöne Erfolge erzielt haben, auch weiterhin in dieser Form zu arbeiten.

Deutschland steht vor dem größten Sieg der Weltgeschichte. Der Sieg kann in wenigen Wochen schon vollendet unser sein. Da freut es mich, mitteilen zu können, daß der Führer und der Generalfeldmarschall mit unserer Arbeit voll und ganz einverstanden und zufrieden sind. Sie wissen es aus Ihren eigenen Arbeitsbereichen, daß man im ganzen Reich schon beginnt, auf unsere Arbeit hier zu sehen. Wir haben aus dem Generalgouvernement ein Gebilde gemacht, mit dem man arbeiten kann. Die Wirtschaftspolitik des Generalgouvernements hat keinen Selbstzweck, sondern sie hat nur die eine Aufgabe, dem Deutschen Reich und dem Deutschen Volk zu helfen, allerdings in einer Form, die völlig neuartig ist.

Die Millionen des polnischen Volkes haben wir zu Boden gekämpft. Jeden weiteren Aufstand wird unsere Polizei mit eigenen Kräften verhindern. Wir können uns darauf verlassen, daß wir in Ruhe und Ordnung unseren Aufbau durchführen können. Wir haben einen klaren Blick für die Wirklichkeit; wir sind nüchterne Praktiker. Ich gebe Ihnen folgendes bekannt: Ich habe die gesamte Verordnungstätigkeit des Generalgouvernements auf 2 Monate stillgelegt. Ich werde vor 1. August keine Verordnung unterzeichnen und auch nicht dulden, daß irgend jemand Ausführungsbestimmungen erläßt. Es muß nunmehr von der Zentrale in Krakau aus bis hinaus in die einzelnen Bereiche

M.

reiche des Generalgouvernements festgestellt werden, was eigentlich in unserer Gesetzgebung Wirklichkeit geworden ist und was nicht. Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, zu glauben, daß es schon eine Arbeit ist, wenn man eine Verordnung hat, oder wenn man einen Papierwisch von Zimmer zu Zimmer schickt. Die Arbeit liegt in der unmittelbarsten Bewältigung der Wirklichkeit! Daher ist es gerade für Sie von entscheidender Wichtigkeit, daß Ihr Gremium in regelmäßigen Zeitabständen zusammenkommt, um über diese Beherrschung der Wirklichkeit Rechenschaft abzulegen. Sie sind diejenigen, die dieser Wirklichkeit des Lebens am nächsten stehen, Sie wissen, wie der Pole lebt, Sie kennen das Verhältnis von Lohn und Preis, Sie kennen die Entwicklung der Transportlage, der Kohlenversorgungslage usw. Sie wissen, wo der Schuh drückt und daher müssen wir insgesamt mit diesen Wirklichkeitsproblemen des nüchternen Praktikers und als Kameraden fertig werden. Ressortgesichtspunkte existieren für mich nicht, irgendwelche Eitelkeiten amtlicher Art dulde ich nicht und wo sie aufkommen, werde ich sie brutal ausrotten. Jeder steht hier nur auf Befehl des Führers und ist Soldat im Dienste der Gemeinschaft. Ich bitte Sie, in diesem Sinne auch auf Ihre Dienststellen einzuwirken. Es gibt keine Härte, die nicht angewandt werden muß, um mit den Schwierigkeiten fertig zu werden.

Wir haben die Fiktion einer stabilen Währung aufrechterhalten. Trotzdem wird an den schwarzen Börsen gehandelt und der Schleichhandel blüht wie noch nie. Das alles, obwohl wir riesige Verordnungen mit weiß Gott welchen Strafen haben! Wir müssen feststellen, daß wir hier erst am Anfang einer schwierigen Arbeit stehen.

Entscheidend

Entscheidend ist der Gesamtnutzen des Generalgouvernements. Es ist lächerlich, wenn einer glaubt, er sei mehr als der andere, wenn ein Kreis sich abschließt gegen den anderen oder ein Distrikt gegen einen anderen. Gegen solche Eigensüchteleien territorialer Art werde ich mit jeder Strenge vorgehen, denn sie sind ein schwerer Verstoß gegen den Grundsatz, daß das Generalgouvernement als Einheit in das Reichsgebiet aufgenommen werden soll. Es dürfen daher keine Wertunterschiede territorialer Art gemacht werden.

Sie können sich in Ihrer Arbeit darauf verlassen, daß ich mich blindlings Ihnen zur Verfügung stelle. Sie können sich auch darauf verlassen, daß ich nunmehr, nachdem der Apparat fertig ist, diesen Apparat auch in Anwendung bringen werde. Bis jetzt konnte ich das nicht in der gewünschten Weise tun, aber jetzt fange ich an, mich mit den Detailproblemen zu beschäftigen. Den Beginn soll die Beschäftigung mit Ihrer Materie darstellen.

Im Anschluß an die Eröffnungsansprache des Herrn Generalgouverneurs wurden sodann folgende Referate gehalten:

Geheimrat Zetzsche: „Die Wirtschaftslage des Generalgouvernements“.

General Bührmann: „Die Auswirkungen des Vierjahresplans auf die Wirtschaft des Generalgouvernements“.

Dr. Emmerich: „Die Lage der Öl- und Eisenwirtschaft im Generalgouvernement“.

General Barckhausen: „Der Stand der Rüstungsindustrie“.

Präsident Gerteis: „Die Lage der Deutschen Ostbahn“.

Reichsbahnoberrat
Lorenz: „Der Straßenverkehr im wirtschaftlichen Sektor“.

Präsident

- Präsident Senkowsky: „Die Finanzlage des Generalgouvernements“.
- Direktor Paersch: „Die Währungslage des Generalgouvernements“.
- Direktor Tetzner: „Die Devisenlage des Generalgouvernements“.
- Landesbauernführer
Körner: „Die Versorgungs- und Ernährungslage des Generalgouvernements“.

Die Referate werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

14

Der Herr Generalgouverneur dankt den Referenten für ihre Referate und stellt dabei fest, daß man aus ihnen ein außergewöhnlich eindrucksvolles Bild des Wirtschaftslebens des Generalgouvernements gewonnen habe. Wenn man sich den Inhalt der Referate vor Augen halte, so könne man feststellen, daß man doch schon recht weit mit dem Fortschreiten der Arbeit im Generalgouvernement gekommen sei.

Der Herr Generalgouverneur vertagt hierauf die Sitzung auf Freitag, den 7. Juni 1940 vormittags 10 Uhr mit der Tagesordnung:
Aussprache über die Referate.

Schluß der Sitzung 18⁴⁰ Uhr.

5
7. Juni 1940.

der Sitzung: 10⁰⁰ Uhr.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit folgenden Ausführungen:

Im Anschluß an die gestern gehaltenen Referate bitte ich nunmehr, aus den Distrikten zu den einzelnen Ausführungen Stellung zu nehmen. Ich wäre besonders dankbar, wenn die Herren Gouverneure uns ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der gestern erörterten Probleme vortragen und allenfalls Wünsche gleich zur Sprache bringen würden. Die Herren Referenten bitte ich, sich zu den einzelnen Ausführungen der Diskussionsredner Notizen zu machen und, wenn notwendig, am Schluß der Ausführungen im Zusammenhang aufklärend Stellung zu nehmen. Ich behalte mir auch vor, jeweils zu einzelnen wichtigen Problemen unter Umständen gleich mitten in die Aussprache hinein den einen oder anderen der Herren Referenten um ~~ihre~~ ^{Seine} Stellungnahme zu bitten. Mein Wunsch ist, daß alle Teilnehmer an der Tagung diesen Saal mit dem Gefühl verlassen, daß sie endlich Gelegenheit gehabt haben, alles zu sagen, was ihnen auf dem Herzen brennt. Von morgen an ist das Argument nicht mehr anwendbar, daß jemand sich darauf beruft, er sei hier nicht gehört worden.

Gouverneur Dr. Zörner begrüßt zunächst die Ankündigung des Herrn Generalgouverneurs, daß vor dem 1. August keine neue Verordnung mehr herausgehen werde. Die Kreishauptmänner wollten endlich die Möglichkeit haben, praktisch zu arbeiten. Angesichts ihres vielfach völlig unzureichenden Personals seien sie oft nicht in der Lage, den Anforderungen der Zentrale in Krakau zu genügen. Nun werde man in der Zwischenzeit alles aufarbeiten können und endlich die Hände frei bekommen. In diesem Zusammenhang bitte er, einen Fehler, der von der Krakauer Perspektive aus immer wieder gemacht werde, zu vermeiden, nämlich die zu kurze Fristsetzung. Meistens sei die Frist schon abgelaufen, ehe man an die Erfüllung der Aufgabe herangehen könne. Das hänge eben vor allem mit den schlechten Verkehrsverhältnissen zusammen. Außerdem fehle leider teilweise eine genaue Abgrenzung zwischen den Abteilungen des Amtes des Generalgouverneurs. Von den einzelnen Abteilungen z.B. auf dem Bausektor würden Anforderungen an die Beantwortung von Fragen und Rundschreiben gestellt, die meistens garnicht zu erfüllen seien. Eine Neuerscheinung, die man jetzt beobachten könne, rufe bei ihm gewisse Bedenken hervor,

hervor, und zwar sei das die Methode, mit Schreiben sich direkt an die Kreishauptleute zu wenden und dem Distriktschef lediglich nachrichtlich Kenntnis zu geben. Das habe zur Folge, daß die Distriktschefs die Antwort der Kreishauptleute zu spät erhielten und sich infolgedessen diese Anordnungen erst beschaffen müssen. In dringenden Fällen möge dieses Verfahren angebracht sein, aber in der letzten Zeit sei es leider fast zur Normalform geworden.

Der Distrikt Lublin sei das Rückgrat der Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements. Er könne mit Freude feststellen, daß der Distrikt Lublin den Distrikten Krakau und Warschau doch wesentlich helfen können, besonders in den Wintermonaten. Noch viel günstiger würden die Verhältnisse liegen, wenn die Hauptvoraussetzung der einfachen konstruktiven Verkehrslage gegeben wäre. Zumeist seien die Straßen in sehr schlechtem Zustand, oder es gebe überhaupt keine Straßen. Dasselbe gelte für die Fahrgelegenheiten auf der Ostbahn. Der Südostzipfel des Generalgouvernements verfüge überhaupt über keine Straßenverbindungen. Um nach Lublin zu kommen, müste man sich eines Geländewagens bedienen. Eisenbahnmäßig werde die kurze Reststrecke mit einer Lokomotive, zwei Dutzend Güterwagen und einigen Personenwagen betrieben. Diese Strecke beginne und ende ohne Anschluß. Diese Kalamität würde sofort beseitigt werden können, wenn 12 bis 15 Rollböcke zur Verfügung gestellt werden könnten. Eine Straße von 22 km Länge fehle völlig. Da Präsident Bauder hier nicht helfen könne, sei der Distrikt auf eigene Faust vorgegangen und habe für das Straßenwesen bzw. für den Bau dieser Straße entsprechende Mittel bewilligt.

(Gouverneur Dr. Zörner erläutert an Hand einer Karte die Verkehrsverhältnisse im Distrikt Lublin.)

Gerade in dem Teil des Distrikts, der den besten Boden des Generalgouvernements aufweise, fehle dieses Straßenstück von 22 km Länge, der Ausbau der Straße sei deshalb für das ganze Generalgouvernement von größter Bedeutung.

Weiter seien auch die überaus ungünstigen und langsamen Fahrzeiten auf der Ostbahn zu bemängeln, und es müsse eigentlich möglich sein, durch Verkürzung der Haltezeiten eine Beschleunigung des Eisenbahnverkehrs herbeizuführen.

Für den Bau der genannten Straße ständen genügende Mengen von Klinkern zur Verfügung, auch für die Erdbewegung seien genügend Arbeitskräfte in Gestalt von Juden zu erhalten, und es wäre durchaus möglich, bis zur neuen Ernte diese Straße fertigzustellen. Leider
 fehle

fehle es an dem notwendigen Werkzeug, und er bitte deshalb Generalmajor Bührmann, für die Beschaffung von Spaten, Stemmeisen, Schubkarren und anderen Werkzeugen Sorge zu tragen.

Was die Holzwirtschaft angehe, so habe er den Eindruck, daß die Forstverwaltung des Generalgouvernements, die allerdings den Auftrag habe, ein bestimmtes Quantum Holz nach Deutschland zu schicken, diese Aufgabe so einseitig auffaßt, daß darunter die Belange des Generalgouvernements und indirekt auch diejenigen des Reiches auf anderen Gebieten litten. Es sei sehr schwierig, Holz für Brückenbauten oder andere Zwecke zu bekommen, die unbedingt für die deutschen Belange und die Verwaltung notwendig seien, weil leider die Forstverwaltung nur an die Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben denke, andererseits aber schon so viel geschlagen worden sei, daß die Abfuhr des Holzes auf Schwierigkeiten stoße und das Holz der Gefahr der Fäulnis unterliege. Von Seiten der reichsdeutschen Stellen werde merkwürdigerweise das Holz nur sehr langsam abgenommen und bezahlt. Die Forstverwaltung müsse darauf hingewiesen werden, daß sie zwar ihre Aufgaben dem Reich gegenüber erfülle, andererseits aber auch die Interessen des Reiches berücksichtige.

Zu begrüßen wäre es, wenn Generalmajor Bührmann oder einer seiner Vertreter im Distrikt Lublin vor den Kreishauptmännern und Abteilungsleitern einen Vortrag über die Arbeit des Vierjahresplans halten würde. Leider seien ja die Kreishauptmänner und Abteilungsleiter draußen über diese Dinge noch nicht so im Bilde, wie das vielleicht in Krakau der Fall sei. Die Arbeit, die im Distrikt Lublin für den Vierjahresplan geleistet werden könne, würde noch wesentlich erhöht werden, wenn man den beteiligten Instanzen die notwendige Übersicht gebe.

Von gebrauchten Lastkraftwagen habe er bisher für den Distrikt Lublin noch keinen bekommen. Vielleicht könnte ein Teil der vorhandenen Lastkraftwagen insbesondere auch für die Abfuhr landwirtschaftlicher Produkte ausgenutzt werden. Was die Probleme der Wirtschaft, der Währung, der Preisbildung usw. angehe, so habe er doch in der gestrigen Beratung den Eindruck gewonnen, daß es bei der zuständigen Abteilung Wirtschaft an einer klaren Richtlinie und Ausrichtung für alle beteiligten Stellen fehle. Löhne und Preise liefen nebeneinander her. Im großen und ganzen bestehe das Prinzip, das Lohnniveau auf dem Vorkriegsstand vor August 1939 zu halten. In den Rüstungsbetrieben würden seines Wissens wesentlich höhere Löhne gezahlt. Andererseits habe man in der Landwirtschaft Preise, die vielleicht nur um 20 bis 30 % erhöht seien, während die Preise der Industrie-

Industrie-^{und}Handwerksartikel um 200 bis 300 % gestiegen seien. Zur Beseitigung dieses Mißverhältnisses müsse eine Abstimmung der beiden Preisniveaus gegeneinander erfolgen. Er habe sich schon dagegen gewendet, daß einseitig lediglich die Grundlage des Jahres 1939 genommen werde. Wenn man auf die Textil- und Industrie-Artikel 20 % aufschlage, dann genüge das vollauf. Angesichts der Kriegsverhältnisse und der durch den Krieg herbeigeführten Zerstörungen, angesichts der Tatsache, daß zwei Heere im Distrikt Lublin gewesen seien, könne man sich unmöglich auf den Standpunkt stellen, daß die Preise vom August vorigen Jahres auch heute noch gehalten werden müssen. Dieses Land hat einen Krieg verloren, und das bedeute normaler Weise eine Verteuerung und ein Schlechterwerden der Währung. Man habe, nach seiner Überzeugung, künstlich versucht, die Währung zu halten, desgleichen die Löhne und die Preise niedrig zu halten. Das sei auf die Dauer nicht erträglich, schon aus dem Grunde, weil die Niedrighaltung der Preise einen Riesenapparat erfordere, über den man nicht verfüge. Seines Erachtens ~~ist~~ nach dem für dieses Land verlorenen Kriege eine Verteuerung garnicht zu umgehen. (Natürlich könne man die Löhne nicht ohne jede Rücksicht in die Höhe gehen lassen, gleichwohl müsse man dahin kommen, die Löhne wenigstens um 50 % zu erhöhen. Diese Frage müsse in einem Gremium der beteiligten Stellen im kleinsten Kreise besprochen und durchgearbeitet werden. Andererseits werde es auch Mühe kosten, die industriellen und sonstigen Preise, die um 200 bis 300 % erhöht seien, auf eine erträgliche Quote herunterzudrücken. Man müsse eben den Tatsachen Rechnung tragen. Der Konsum werde naturnotwendig durch die hohen Preise eingeschränkt. Wenn man immer auf die Gefahr einer Inflation hinweise, so sei das garnicht stichhaltig. Es sei möglich, eine vernünftige Preisfestsetzung durchzuhalten. Man könne aber keine utopischen Preise festlegen, die mit der Wirklichkeit nicht in Einklang zu bringen seien. Man tue dem Zloty einen schlechten Dienst, wenn man ihn künstlich hochhalten wolle. Die Folge sei lediglich die Flucht in die Sachwerte, die man heute schon im Generalgouvernement beobachten könne. Es stehe fest, daß der Bauer zur Zeit über viel Geld verfüge, es sei ihm aber leider nicht möglich, für dieses Geld entsprechende Ware zu kaufen. Deshalb müßten die Hamburger- und Bremer Firmen auch im Distrikt Lublin ihre Tätigkeit aufnehmen, denn die von ihnen geführten Artikel würden dort reißenden Absatz finden. Es sei nur zu begrüßen, daß das Reichswirtschaftsministerium den

Firmen

Firmen 10 Millionen freigegeben habe. Man müsse nur dafür sorgen, daß, wenn diese Ware im Werte von 10 Millionen verkauft sei, diese großen Firmen ihre Tätigkeit nicht über die Kriegszeit hinaus ausdehnen. Wenn die Bestände ausverkauft seien, dann müßten die Firmen in die Lage versetzt werden, durch Eigenproduktion Bestände zu erwerben und im Generalgouvernement solche Artikel selber herzustellen.

Das Wichtigste sei also eine Klärung des Verhältnisses der Löhne zu den zwei großen Gruppen der landwirtschaftlichen und industriellen-gewerblichen Erzeugnisse. Hier bestehe offenbar ein großes Mißverhältnis, was z.B. schon daraus hervorgehe, daß der Bauer seine Kleidung mit 100, 200, 300 % höher bezahlen müsse. Der Bauer sei selbstverständlich erbittert darüber, wenn er nur 20 bis 30 % mehr für seine Erzeugnisse erhalte, für sein Schuhwerk, sein Handwerkszeug usw. aber das 2 bis 3fache bezahlen müsse. Hier müsse der Hebel angesetzt werden. Wenn auf diesem Gebiet keine Änderung eintrete, dann gingen die Erzeugnisse des Bauern nach wie vor in den Schleichhandel, und es werde der ganze Wirtschaftsapparat gestört. Er halte es auch auf die Dauer für unmöglich, den polnischen Eisenbahnern die Friedenslöhne zu zahlen. Die Leute brächen vielfach vor Erschöpfung zusammen, und das sei garnicht zu verwundern, da sie mit ihrem Friedenslohn angesichts der ungeheuren Preise mit ihren Familien nicht leben könnten.

20

Freitag, den 7. Juni 1940.

Aussprache über die in der Sitzung vom 6. Juni gehaltenen
Referate.

Der Leiter der Abteilung Wirtschaft im Distrikt Lublin, Dr. Müller, beschäftigt sich zunächst mit dem von Landesbauernführer Körner vorgeschlagenen Tauschsystem und bezeichnet es als nicht durchführbar. Man hat mit diesem System genügend Erfahrungen im Reich gesammelt und dabei seine Nachteile kennengelernt. Wenn man z.B. dem Bauern im Austausch gegen Eier Zucker gebe, so führe das dazu, daß der Jude dem Bauern den überflüssigen Zucker abkaufe und im Wege des Schleichhandels weiter vertreibe. Man müsse vielmehr dem Bauern am Ende des Monats, wenn er seine Ablieferungen vorgenommen habe, Bezugsscheine auf die von ihm benötigten Waren aushändigen. Man dürfe nicht vergessen, daß der polnische Bauer der gleiche Spitzbube sei, wie der Jude selbst, und die Waren verschiebe, bevor er sie noch bekommen habe. Nur das Bezugsschein-System gewährleiste eine richtige Verteilung.

Die ganze Warenverteilung leide daran, daß die geringe Menge an Gütern, die zur Verteilung vorhanden sei, in keinem Verhältnis stehe zu dem, was der Bauer durch seine Schiebergeschäfte an Geld zusammengerafft habe. Er behalte das gehortete Geld bei sich und liefere es nicht bei den Banken ab. Gerade der Kleinbauer bringe dadurch die Wirtschaft in Unordnung. Man sollte ihn zwingen, mit dem zusammengerafften Geld seinen Hof, seine Stallung und seine gesamte Wirtschaft entsprechend zu verbessern und in Ordnung bringen zu lassen, mit anderen Worten, man sollte dafür sorgen, daß der Bauer von seinem gehorteten Geld herunterkomme.

Was die Bekämpfung des Schleichhandels anbelange, so könne man nur dem Vorschlag des Landesbauernführers Körner zustimmen, der dahin gehe, die Juden ins Ghetto zu bringen, damit Juden und Bauern getrennt sind. Auf diese Weise könne man dann die Juden zwingen, gegen Lieferung von Lebensmitteln andere Waren herauszugeben. Ferner sei es notwendig, die Juden in erhöhtem Maße zur Zwangsarbeit heranzuziehen.

Unbedingt notwendig sei es, daß die Landwirtschaft darauf verzichtet, mit Monopolartikeln Geschäfte machen zu wollen.

Auf dem Gebiete der Preisbildung sei im Distrikt Lublin noch keine befriedigenden Erfolge zu verzeichnen. Es müßten Richtpreise herausgebracht werden, um Überspitzungen in der Preisgestaltung zu verhindern. Zweck dieser Richtpreise sei es nicht, kleine Preisdifferenzen zu bekämpfen, sondern sinnlose Preissteigerungen zu verhindern. Wenn man auf dem Gebiet der Preisbildung vorankommen wolle, müsse auch die Lohnfrage in Ordnung gebracht werden. Es gehe nicht an, einfach zu bestimmen, daß der Lohn in der Baustoffindustrie der Friedenslohn sein müsse; dadurch bekäme man ungeheure Schwierigkeiten. Die Leute hätten heute zweifellos überspitzte Löhne. Den niedrigsten Lohn könne man aber erst anordnen, wenn dem Arbeiter ein gewisses Existenzminimum wirklich garantiert sei. Heute müsse er vielfach noch die dringendst benötigten Lebensmittel im Schleichhandel kaufen. Gerade bei der Lohn- und Preisfrage sei es unbedingt notwendig, Mut und Verantwortungsfreudigkeit zu zeigen und tatkräftig zu handeln.

Der Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft

im

Dr. Claus,
im Distrikt Lublin, berichtet aus seinem Distrikt, daß der Stand der Saaten als gut zu bezeichnen sei und daß man eine Mittelernte erwarten könnte. Die Ernteeinbringung erfordere einen entsprechenden Arbeitseinsatz. Es sei nicht einzusehen, warum hierzu die Juden nicht eingesetzt werden sollen. In den Betrieben herrsche Mangel an Arbeitskräften und in den Straßen sehe man die Leute unbeschäftigt herumlaufen. Es müsse etwas unternommen werden, um diese frei herumlaufenden Arbeitskräfte zu erfassen.

Dr. Claus kommt sodann auf die Zuckerfabrik Strychow zu sprechen und betont die Notwendigkeit der Erbauung einer Bahn zur Heranbringung der Zuckerrüben an die Fabrik. Es handle sich bei diesen Transporten um insgesamt 200 000 Doppelzentner Zuckerrüben. Überhaupt sei die Verbesserung und Vervollständigung der Bahn- und Straßenverbindungen die erste Voraussetzung, um die Vorräte an Getreide und Kartoffeln aus dem Land herauszuschaffen und in die Verbrauchszentren hinzubringen. Spätestens bis Oktober müßten diese Dinge in Ordnung sein. Im Distrikt Lublin seien noch erhebliche Vorräte vorhanden, etwa 20 - 25 000 Tonnen Getreide und 50 000 Tonnen Kartoffeln. Es fehle jedoch an Beförderungsmitteln. Er bitte daher, etwa 30 - 40 3 Tonnen-Lastkraftwagen dem Bezirk Hrubieszow zur Verfügung zu stellen. Jetzt sei die Witterung günstig; bei etwaigen Witterungsumschlägen komme man mit den Lastwagen nicht mehr vorwärts.

In der Vorratserfassung seien alle gangbaren Wege beschriftet worden: gütlicher Appell an die Bevölkerung, Verhaftungen, Durchkämpfungsaktionen. Letztere Aktionen wurden in solchen Gemeinden durchgeführt, die vorsätzlich ihrer Ablieferungspflicht

M.

rungspflicht nicht nachkamen. Wenn man die Durchkämpfungsaktion lückenlos durchführen könnte, wäre mit einem Ergebnis von über 100 000 Doppelzentnern zu rechnen.

Generalmajor Bührmann bezeichnet die Frage der Lastkraftwagen als äußerst brennend. Alle Lastkraftwagen seien nach dem Westen abtransportiert worden. Trotzdem habe die Wehrmacht von 7 Lastkraftwagen 2 zur Verfügung gestellt. Polizei und SS seien mit Lastkraftwagen besser gestellt als die nur noch in geringem Umfange vorhandene Wehrmacht.

Der Herr Generalgouverneur fragt Gouverneur Zörner, wieviel Lastkraftwagen benötigt werden und auf welche Zeit.

Auf die Antwort des Gouverneurs Zörner, daß mindestens 10 Lastkraftwagen benötigt seien, die am besten in Hrubieszow stationiert würden, sichert der Herr Generalgouverneur zu, daß diese Frage geprüft würde.

Generalmajor Bührmann wendet sich gegen die Behauptung, daß die für den Außendienst zur Verfügung gestellten Benzinmengen viel zu gering seien. Man müsse streng unterscheiden zwischen dem Benzinverbrauch in der Stadt und auf dem Lande, und es sei tatsächlich zugeben, daß die für die Belange der Landwirtschaft tätigen Persönlichkeiten eine gewisse Beweglichkeit hinsichtlich des Gebrauchs von Kraftwagen haben müssen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r erklärt sich bereit, ein Sonderkontingent für die Landwirtschaft zu bewilligen.

Präsident Gerteis begrüßt den Hinweis des Gouverneurs Dr. Zörner auf die katastrophale Ernährungslage der polnischen Eisenbahner. Wie schon gesagt, sei die Ernährung der 6400 bzw. 7200 deutschen Eisenbahner nur bis zum 30. Juli durch die Wehrmacht sichergestellt. Die Wehrmacht sei auf keinen Fall bereit, über diesen Zeitraum hinaus die deutschen Eisenbahner zu versorgen. Er habe vor kurzem die Mitteilung erhalten, daß die Abteilung für Landwirtschaft und Ernährung auch nicht in der Lage sei, die Ernährung der Eisenbahner zu übernehmen. Was die polnischen Eisenbahner angehe, so sei nur für gewisse Betriebe, z.B. der Ausbesserungs- und Betriebswerke, eine ausreichende Verpflegung durchgeführt. Hier handle es sich um eine zusätzliche Verpflegung zur Grundverpflegung sämtlicher Polen. Es blieben immer noch 20 000 polnische Eisenbahner, deren Verpflegung absolut ungeregelt sei. Dieser Zustand sei völlig unerträglich, und man könne unter solchen Umständen für die sichere Durchführung des Betriebes keine Garantie übernehmen. Eine Aufrechterhaltung der Friedenslöhne sei nur möglich, wenn daneben eine ausreichende Verpflegung bzw. auch Bekleidung gewährt werden könne. Es treffe tatsächlich zu, daß Lokomotivführer und Heizer während der Fahrt oft zusammengebrochen seien.

Zur Zeit sei es noch unmöglich, über die augenblickliche Maximalgeschwindigkeit von 70 km auf den Hauptstrecken und von 40 bis 50 km auf den Nebenzstrecken hinauszugehen. Es handle sich hier vor allem um eine Frage der Lokomotiven. Er müsse die geringe Zahl der augenblicklich betriebsfähigen Lokomotiven - nicht ganz 60 - wahllos für Güter- und Personenzüge verwenden. Mit einer guten Lokomotive hole man hinsichtlich der Fahrzeit eine ganze Menge heraus. Bei den alten polnischen Maschinen sei man aber jedenfalls für dieses Jahr noch nicht in der Lage, den Fahrplan hinsichtlich der Zeiten wesentlich zu verbessern. Allerdings werde ab 15. Juli ein neuer Fahrplan

Fahrplan aufgestellt, der manche Besserungen bringe. Auch sei geplant, ab 1. Oktober einen endgültigen Fahrplan für längere Zeit im Zusammenhang mit dem Reichsbahnfahrplan aufzustellen.

Ein großes Hindernis stellten die zahlreichen Ausfuhrverbote dar. Die Kreishauptmänner und Kreislandwirte ließen häufig Züge anhalten und drohten dem Personal mit entsprechenden Maßnahmen, falls sie es wagen sollten, vor erfolgter Kontrolle weiterzufahren.

Die Einführung von Rollböcken sei zur Zeit noch nicht möglich, bis zu einer Regelung dieser Frage müsse eben die Umladung erfolgen. Der Umschlag auf der Kleinbahn sei auch verhältnismäßig gering.

Der Herr Generalgouverneur richtet an Generalintendanten Heckel die Frage, ob die Heeresverwaltung nicht nach wie vor für die Ernährung der deutschen Eisenbahner aufkommen könne.

Generalintendant Heckel erwidert: Das Oberkommando stehe auf dem Standpunkt, daß die zur Verfügung stehenden Verpflegungsmengen zunächst für das Heer da sind. Die Heeresverwaltung habe gern geholfen und werde auch, wenn das Generalgouvernement angesichts der bestehenden Notlage nicht instande sei, die Ernährung zu übernehmen, weiterhelfen. Es müsse allerdings dafür gesorgt werden, daß die Termine eingehalten würden. Die Ernährung von 16782 Menschen bedeute für die Heeresverwaltung ungefähr 15 % ihres Verpflegungssolls. Wenn man die Zivilarbeiter, die irgendwo tätig seien, zusammenzähle, dann komme man auf eine Anzahl von etwa 125 000 Mann.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß dem Generalgouvernement, das sich in völlig ausgepowertem Zustand befunden habe, geholfen werden müsse. Wenn die Wehrmacht aus diesem Gebiet nichts herausgeholt, wenn sie keinerlei Reserven im Reich auf Kosten dieses Gebietes gesammelt hätte, dann wäre der Anspruch gerechtfertigt, und dann könnte auch das Generalgouvernement wirksame Hilfe leisten. Er könne sogar einen Rechtsanspruch gegenüber der Wehrmacht feststellen, dahingehend, daß sie verpflichtet sei, bis zur nächsten Ernte zu helfen. Man müsse doch berücksichtigen, in welcher Weise durch die Wehrmacht beschlagnahmt, weggenommen und Lager angelegt worden wären. Was von der Wehrmacht gegeben worden sei, könne nicht als Geschenk oder Gabe bezeichnet werden.

Generalintendant

Generalintendant Heckel erklärt sich außer Stande, auf die Dauer die Verpflegung der Eisenbahner zu übernehmen, schon aus dem Grunde, weil ihm die Möglichkeiten des Abtransportes fehlten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r stellt demnach fest, daß die Heeresverwaltung bereit sei, die Verpflegung der Eisenbahner bis zum 1. September zu übernehmen, unter der Bedingung, daß Transportmittel für die Anschaffung der Lebensmittel zur Verfügung gestellt würden. Die Frage müsse von dem Vertreter der Heeresverwaltung mit dem Präsidenten Garteis besprochen werden. Die Maßnahmen, die hier zu ergreifen seien, könnten natürlich nicht für die Massenverpflegung der polnischen Eisenbahner in Betracht kommen.

Geheimrat Dr. Zetzsche weist darauf hin, daß die Lebensmittelpreise seiner Zeit auf Grund von Verhandlungen der beteiligten Stellen im Verordnungswege festgelegt worden seien. Ihm sei gesagt worden, daß die Abteilungsleiter für Ernährung und Landwirtschaft bei den Distrikten mit dieser Preisgestaltung einverstanden seien. Bis heute seien auch keine Einwendungen dagegen erhoben worden. Man habe dann wiederum im Einvernehmen mit den beteiligten Dienststellen bei den Distrikten Umfrage gehalten und sei dazu gekommen, ebenfalls bewegliche Preise zugrunde zu legen. Hier müsse man unbedingt zu einer weitgehenden Übereinstimmung kommen. Der Zloty-Kurs sei an der schwarzen Börse ganz eigenartige Wege gegangen. Erst habe das Verhältnis von 4 oder 5 : 1 bestanden, zur Zeit habe man ein Verhältnis von 2,9 : 1. Es habe sich also eine wesentliche Besserung des Zloty-Kurs gezeigt.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann erinnert diejenigen, die im einzelnen Kritik geübt hätten, daran, daß die Abteilung Preisbildung bekanntlich für die Preise verantwortlich zeichne. Die Abteilung könne eigentlich erst seit dem 12. April, also seit etwa 8 Wochen arbeiten. Mit Recht habe Gouverneur Dr. Zörner als besonders wichtig den Grundsatz der Preisbildung aufgestellt, mit Unrecht aber behauptet, daß die Preisbildungsstelle das Bestreben habe, die Preise der Vorkriegszeit wieder einzuführen. In der Preisbildungsverordnung heißt es, daß diejenigen Preise verlangt werden sollten, die am 31. August gegolten hätten, plus denjenigen Zuschlägen, die aus besonderen wirtschaftlichen Gründen notwendig seien. Er könne nicht annehmen, daß man nicht wirtschaftlich begründete Zuschläge verlange. Er sei auch nicht der Meinung, daß mit einer eventuellen Erhöhung der Preise um 20 bis 30 % das ganze Problem aus der Welt geschafft wäre. Das würde im Grunde genommen gar-

nichts

garnichts anderes bedeuten als die Beibehaltung des Preisstops. Denn der Kampf geht nicht darum, einen absoluten Preis, sondern einen relativ hohen Preis zu erreichen. Wenn man generell 20 bis 30 % aufschlage, dann komme man wieder auf den Standpunkt vom 31. August, den ja wohl keiner will. Erforderlich sei eine Preisgestaltung, die den gänzlich veränderten Verhältnissen im Generalgouvernement Rechnung trage. Es handele sich ja beim Generalgouvernement nicht um das alte Polen, sondern um etwas Neues. Man habe es mit einer völlig neuen Wirtschaftsform zu tun. Diese Gebiete seien von dem alten Polen abgetrennt worden, und deshalb müsse eine neue Preisstruktur herausgearbeitet werden. Es sei aber völlig unmöglich, dieses Ziel in zwei Monaten zu erreichen.

Was das Tauschsystem angehe, so bitte er die Abteilungen für Landwirtschaft und Wirtschaft, aus dieser Frage keine Prinzipienfrage zu machen. Sie werde am besten so gelöst, daß man jeweils dort, wo sich ein entsprechender polnischer Handel schon befinde, diesen polnischen Handel nicht ausschalte, dort aber, wo der Jude diese Funktion überwiegend ausgeübt habe, eine neue Stelle finden müsse. Wenn dann die Abteilung Landwirtschaft bzw. die Zentralgenossenschaft helfend einspringe, so könne das nur begrüßt werden.

Die Frage der Richtpreise sei schon häufig angeschnitten worden. Man habe sich darüber mit den verschiedensten Stellen ausgesprochen. Wenn man einen Richtpreis festsetze, dann müsse man auch überzeugt sein, daß dieser Richtpreis eingehalten werde. Dieses Einhalten des Richtpreises könne man aber von einer polnischen Wirtschaft nicht erwarten. Die Preise müßten so festgesetzt werden, daß sie wenigstens überwiegend eingehalten werden könnten. Dazu gehöre eine Not-Markt-Ordnung, und diese Not-Markt-Ordnung sei man mit den zuständigen Abteilungen, insbesondere denjenigen für Landwirtschaft und Wirtschaft und der Dienststelle für den Vierjahresplan aufzubauen bereit. Weiter müsse eine Kontrolle eintreten, die im Einvernehmen mit allen zuständigen Stellen, vor allem ^{mit} dem Höheren SS- und Polizeiführer, aufgebaut werde. Mit diesen beiden Maßnahmen könne man wenigstens denjenigen Teil der wirtschaftlichen Erzeugnisse, auf den es in erster Linie ankomme, auf ein Preisniveau bringen, das den Ansprüchen genüge.

Gouverneur Dr. Zörner ist nicht der Ansicht, daß die Preise auf dem landwirtschaftlichen Sektor unbedingt erhöht werden sollten, wohl sollten sie sich irgendwie den Preisen für andere Erzeugnisse annähern. Die Preisbildung sei kein Ding an sich, sie könne zwar sehr gut

gut unter einer Kontrolle arbeiten, müsse aber auf dem Boden der tatsächlichen Verhältnisse stehen, sonst habe sie keinen Nutzen. Die Kämpfe um eine angemessene Preisbildung seien ja schon ziemlich alt, und er habe seinerzeit als Stadthauptmann von Krakau manche Erfahrungen auf diesem Gebiet gemacht.

Bankdirigent Paersch glaubt, die Besorgnisse darüber zerstreuen zu können, daß das Umrechnungsverhältnis von 2 : 1 im Verhältnis zum Reich gewisse Unklarheiten in sich berge. Gewiß habe diese Frage einmal zu gewissen Erörterungen Anlaß gegeben. Die Initiative, die das Generalgouvernement zur Festsetzung von Richt- und Höchstpreisen ergriffen und die zum Einsatz einer Zentralpreisbildung geführt habe, sei sehr spät gekommen, wenn auch zum Glück noch nicht zu spät. Dieses Vorgehen habe die Befürchtungen verstummen lassen. Im Anschluß an die gestern gehaltenen Referate könne er sagen, daß der Wert des Zloty im Verhältnis zur Reichsmark ohne Zweifel aufrecht erhalten werde. Die Wirtschaftsbeziehungen zum Reich, die ihren Niederschlag in dem Verrechnungsverkehr fänden, seien so gestaltet, daß der Verrechnungsverkehr in den nächsten Tagen ausgeglichen sein werde und eine Entwicklung bevorstehe, die Überschüsse bringe. Diese Überschüsse dem Lande zuzuleiten, werde währungspolitisch keine leichte Aufgabe sein. Die Besorgnisse wegen des Wertes des Zloty kämen aus zwei anderen Wurzeln, und zwar zunächst aus der Wurzel des Preisniveaus. Diese Dinge könnten in einem Lande, über das der Krieg gegangen und das bis zum Letzten ausgekauft sei, vor der neuen Ernte nicht abschließend entschieden werden, weil es nur vernünftig und zweckmäßig sei, die Auswirkung der neuen Maßnahmen abzuwarten und zu überprüfen. Die andere Wurzel liege in dem finanzpolitischen Sektor. Hier bestehe die Gefahr darin, daß an das Generalgouvernement weitgehende Anforderungen im Reichsinteresse gestellt würden, die die Leistungsfähigkeit des Geld- und Kapitalmarktes übersteigen. Selbstverständlich würden alle Anstrengungen gemacht werden, um diesen Anforderungen zu genügen. Leider sei es aber so, daß die Märkte nur funktionieren, wenn das Vertrauen zu den Kreditinstituten, zu den Kapitalsammelbecken, und zur Währung bestehe. Dieses Vertrauen setze voraus, daß die Bevölkerung auch einigermaßen sicher sei, daß der Wert des Zloty von den maßgebenden Stellen gehalten werde. Aus Gründen der Vernunft und der Zweckmäßigkeit sei es unmöglich gewesen, eine Anpassung an die Warschauer oder sonstigen Preise zu suchen. Sonst wären nämlich Rückwirkungen auf die Neigung der Bevölkerung eingetreten, ihre Kapitalien den Kreditinstituten anzuvertrauen,

anzuvertrauen, und es wäre unmöglich gewesen, diese Gelder für die Finanzbedürfnisse des Generalgouvernements nutzbar zu machen. Es sei deshalb zweckmäßig, die Frage der Preise und Löhne auf der Basis der bisherigen Anschauungen zunächst weiterlaufen zu lassen und abzuwarten, welche Erfahrungen man bei dem Bemühen, das Angebot an Ware zu verstärken, das hoffentlich die neue Ernte auslösen werde, machen werde.

Gouverneur Dr. Fischer weist einleitend darauf hin, daß sich mehr und mehr das Bestreben des Amtes des Generalgouverneurs geltend mache, alle Zuständigkeiten an sich zu ziehen und die Distriktschefs mehr und mehr auszuschalten. Die Kreishauptmänner bekämen unmittelbare Weisungen von der Abteilung Innere Verwaltung im Amte des Generalgouverneurs. Das untergrabe die Stellung des Distriktschefs. Der Distriktschef könne unter diesen Umständen auch nicht mehr die Verantwortung tragen. Die veränderte Sachlage mache sich sogar in einem veränderten Ton der Referenten im Amt des Generalgouverneurs gegenüber den Distriktschefs bemerkbar.

Bedenklich sei auch die Überorganisation auf dem Gebiete der Wirtschaft. Die Anordnungen der verschiedenen Stellen widersprechen sich teilweise. Es wäre notwendig, die Organisation so einfach wie möglich zu gestalten. Das sei das einzige Mittel den Außenstellen die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen.

Die Stadt Warschau stelle nach wie vor ein schwieriges Problem dar. Nach den neuesten Zählungen habe sie 1,8 Millionen Einwohner, wozu aus dem Landkreis Warschau weitere 600 000 kommen, die wirtschaftlich überwiegend nach Warschau orientiert seien. Daraus entwickle sich naturgemäß eine besondere Frage der Versorgung. Warschau sei auf die Hilfe der anderen Distrikte angewiesen. Er müsse leider feststellen, daß Warschau aus dem Distrikt Lublin nicht sehr viel bekomme. Kartoffeln seien nur geliefert worden, weil Warschau die Lastkraftwagen nach Lublin geschickt habe. Das Ernährungsproblem sei für Warschau von ungeheurer Wichtigkeit. Die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft tue alles, was sie tun könne. Der Plan des Landesbauernführers Körner sei zu befürworten; es bestand

M.

stand nur die Befürchtung, daß er zu bauernfreundlich sei, vor allem in der Zuteilung der Tauschartikel.

Auf dem Gebiete der Preisregelung hätten bisher in Warschau alle Versuche fehlgeschlagen. Das Judenproblem sei zur Lösung reif; die Einsperrung im Ghetto stelle die einzige Möglichkeit dar. Die Juden sollen dann nicht mehr aus dem Ghetto herausdürfen und Lebensmittel sollen sie bekommen, wenn sie Waren herausgeben. Ohne diese Maßnahme sei jeder Versuch, auf dem Gebiete der Preisregelung etwas zu erreichen, aussichtslos. Bei einer Zahl von 50 000 Juden nütze keine noch so hohe Zahl von Beamten des Einzeldienstes etwas.

Der Beauftragte des Distrikts für die Stadt Warschau, SA.-Oberführer Leist, bezeichnet die Ernährungslage der Stadt Warschau als katastrophal. Die Stadtverwaltung habe sich bemüht, das möglichste zu tun. Zu verpflegen seien 1 390 000 Polen und Juden, hinzu kommen die Zuwendungen für bestimmte Kategorien von Polen, ferner für Reichsdeutsche und für die Kasinos. Außer den A-Betrieben müßten auch noch die Betriebe der Stadt versorgt werden. Jeden Tag kämen Arbeiter zur Stadtverwaltung und brächten ihre Wünsche vor. Sie wollen keine Lohnerhöhung, sondern nur soviel Lebensmittel, daß sie leben können. Er werde einen Vorschlag für eine Hilfsaktion unterbreiten, wobei es sich nur um eine Sonderaktion für Warschau handle, ohne daß die übrigen Distrikte hereingezogen werden. Lohnerhöhungen seien abzulehnen, auch für die Arbeiter in Warschau. Die Arbeiter müßten jedoch so gestellt werden, daß sie mit ihren Familien leben können. Die polnischen Arbeiter seien zuverlässig und daher müsse man ihnen auch das zum Leben Notwendige geben.

Der

Der Leiter der Abteilung Wirtschaft beim Distrikt Warschau, Dr. Schlosser, begrüße es, daß ein Stop hinsichtlich des Erlasses von Verordnungen eingetreten sei. Die Außendienststellen seien mit der Masse der Verordnungen auf lange Zeit hinaus beschäftigt. Die Durchführung der Erlasse in den Verordnungen liege im Interesse des Ansehens des Generalgouvernements.

Es habe sich gezeigt, daß Waren, die längst beschlagnahmt seien, nicht abgeliefert werden. So habe man ein großes Lederlager gefunden. In Warschau könne alles leicht versteckt werden und wenn es nicht gelinge, die Sachen herauszuholen, bestehe die Gefahr des Schleichhandels. In diesem Zusammenhang sei zu erwägen, ob man nicht die Lederbewirtschaftung, die heute zwischen Vierjahresplan und Abteilung Wirtschaft geteilt sei, in eine Hand legen solle. Die Doppelbewirtschaftung führe zu Schwierigkeiten und habe die Unmöglichkeit zur Folge gehabt, die Preise für Schuhe endgültig festzusetzen. Die Versorgungslage des Distrikts Warschau sei gekennzeichnet dadurch, daß einerseits die bäuerliche Bevölkerung, andererseits aber große Konsumzentren, wie Warschau, vorhanden seien. Die Arbeiten der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft müßten von seiten der Abteilung Wirtschaft in jeder Weise unterstützt werden. Wenn man auch den Plan des Landesbauernführers Körner kritisieren könne, so sei es doch wichtig, daß ein Mann mit festem Willen die Dinge in die Hand nehme. Man müsse sich hinter diesen Plan stellen und die Kreishauptleute im Distrikt Warschau hätten demgemäß bereits Weisung bekommen, Bedarfscheine an Bauern nur auszugeben, wenn die Bauern ihre Ablieferungspflicht erfüllen. Es bestehe auch der Plan, eine Organisation aufzuziehen, in
der

M.

der alle Kaufleute zusammengefaßt werden, um die Waren auf direktem Wege zu erträglichen Preisen der Landwirtschaft zuzuführen. Bei der Aktion mit den Hamburger Kaufleuten sei der Distrikt Warschau stark ins Hintertreffen gekommen. Jetzt heiße es, daß Danziger Kaufleute kämen. Es sei zu wünschen, daß diese Aktion für den Distrikt Warschau in annehmbarer Weise zum Abschluß komme.

Er begrüßt die Auffassung, daß man schon jetzt bemüht sein müsse, sich langsam auf Friedensverhältnisse umzustellen. Man müsse dem polnischen Handel und Gewerbe und den polnischen Unternehmungen behilflich sein, sich über diese Zeit hinwegzuhelfen, und müsse zu diesem Zweck mit allen polnischen Organisationen wie z.B. der Handelskammer und der Handwerkskammer zusammenarbeiten.

Bei der Hebung der Produktion im Generalgouvernement trete vor allem die Frage der Zölle in den Vordergrund. Die Zölle seien im Generalgouvernement auf ein Autonomes Schutzzollsystem aufgebaut, das sich besonders gegen das Deutsche Reich gerichtet habe. Selbstverständlich verlange die Finanzgebarung des Generalgouvernements die Einführung von Zöllen. Andererseits durften aber die Zölle nicht so sehr erhöht werden, daß dadurch unter Umständen der Haushalt des Generalgouvernements gefährdet werde. Man habe deshalb Veranlassung genommen, ein Programm der Ermäßigung der Zölle aufzustellen, und er bitte Präsident Senkowski, hier möglichstes Entgegenkommen zu zeigen.

Was die Eisenbahnfrage angehe, so werde eine generelle Ermäßigung der Eisenbahntarife nicht möglich sein. Man könne nur mit Ausnahmetarifen arbeiten, und es sei auch zu hoffen, daß eine Vermehrung des Verkehrs mehr Einnahmen bringe.

Für den Wiederaufbau der Lagerhäuser und der Häfen von Warschau müsse im Interesse der Hebung der Weichselschifffahrt unbedingt etwas getan werden. Dasselbe gelte für das Gebiet der Elektrizitätswirtschaft. Die Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft führe das große Werk des Ausbaues der Talsperren durch und müsse natürlich für den dort erzeugten Strom Absatz suchen. Vor dem Kriege sei für das große Industriegebiet eine 150 000 Volt-Leitung in Betrieb genommen. Im Interesse einer Kohlenersparnis im Generalgouvernement müsse die Fortsetzung und die Finanzierung dieser Anlage möglichst bald in Angriff genommen werden, damit Warschau und auch die anderen großen Abnahmegebiete der Industrie mit Strom versorgt werden können. Diese Kraftquelle könne dann auch allmählich der Landwirtschaft nutzbar gemacht werden.

Kreisbauernführer Mauermann weist auf die schwierige Ernährungslage der Stadt Warschau hin. Diese Lage werde auch bis zur neuen Ernte nicht besser werden. Eine gewisse Entlastung bringe jetzt das reichlich vorhandene Gemüse. In der Gegend um Warschau werde sehr viel Gemüse angebaut. Infolge des großen Angebots halte sich der Preis für das Gemüse in mäßigen Grenzen, er falle sogar immer weiter,

weiter, sodaß wenigstens auf diesem Gebiet eine erfreuliche Entwicklung festzustellen sei.

Man habe sich in der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft des Distrikts Warschau die Frage vorgelegt, was der Distrikt im Laufe eines Jahres vom 1. August 1940 bis 31. Juli 1941 an Nahrungsmitteln brauche, wenn man bestimmte Bevölkerungszahlen und Versorgungsziffern zugrunde lege, und was die Landwirtschaft des Distrikts Warschau aus eigener Kraft aufbringen könne, damit sich das Generalgouvernement und die anderen Distrikte auf den Bedarf des Distrikts Warschau einstellen könnten. Die vom Gouverneur Dr. Zörner genannten Zahlen schlugen angesichts der riesigen Verbrauchsmengen des Distrikts Warschau überhaupt nicht zu Buche. Man sei davon ausgegangen, daß die Bevölkerung von Warschau und einiger anderer größeren Städte in einem gewissen Umfange unter allen Umständen ernährt werden müsse, weil sonst der Schleichhandel in einer Form blühe, in der ihn die Polizei überhaupt nicht bekämpfen könne. Man habe als erste Gruppe diejenigen der Vollverpflegten zugrunde gelegt, zu ihr gehörten die Wehrmacht, die deutschen Dienststellen usw., als zweite Gruppe diejenigen der sogenannten Zusatzverpflegten. Man habe für jede Woche Ziffern zugrunde gelegt, über deren Höhe man sich natürlich unterhalten könne. Man komme allerdings zu Schätzen, die sehr hoch schienen. Man brauche, wenn man die Mindestsätze zugrunde lege, im Jahre im Distrikt Warschau 268 000 Tonnen Brotgetreide. Zur Feststellung des Bedarfs und der Leistung der Landwirtschaft habe man die Zahlen des Statistischen Amtes über den Eigenverbrauch für die landwirtschaftlichen Betriebe herangezogen und komme da zu einer Menge von ungefähr 100 000 Tonnen, die aus dem eigenen Distrikt gedeckt werden könnten, sodaß also noch aus Lublin und Radom oder aber evtl. aus Süd-Ostpreußen und Posen noch 168 000 Tonnen Brotgetreide pro Jahr eingeführt werden müßten. Das seien sehr hohe Zahlen. Man müsse bedenken, daß auch die Heimat auf dem Gebiet der Brotgetreideversorgung angesichts der Auswinterungsschäden nicht mehr so gesichert dastehe. Wenn man einen solchen Plan vorlege, müsse man aber gewisse Reserven einkalkulieren und andererseits auch die Zahlen klar und deutlich bekannt geben.

Was die Fleischversorgung angehe, so habe man festgestellt, daß man, wenn man auch hier nur einigermaßen eine Mindestversorgung zugrunde legen und durchführen wolle, in Warschau pro Jahr 200 000 Stück Schlachtvieh mit einem Schlachtgewicht von 100 kg. brauche. Nach Feststellungen, die man getroffen habe, könne der Distrikt Warschau 180 000 Stück liefern, und zwar Rinder und Scheine.

Hinsichtlich

Hinsichtlich der Kartoffeln sei die Lage im Distrikt Warschau insofern ungünstig, weil angesichts der Kriegsverhältnisse der Distrikt fast vollständig sämtlicher Saatkartoffeln entblößt sei. Man habe deshalb sämtliche Kartoffeln, die vom Distrikt Lublin geliefert worden seien, für Saatgut Zwecke zur Verfügung stellen müssen. Man sei zu dieser Maßnahme gezwungen gewesen, weil die Saatgutlieferungen aus dem Reich infolge des harten Winters leider ausgeblieben seien. Man habe sich zu diesem Schritt entschlossen, selbst auf die Gefahr hin, daß dieser oder jener Rüstungsbetrieb oder eine Dienststelle keine Kartoffeln erhalte. Man sei sogar mit der Eisenbahnverwaltung in Warschau vor Pfingsten überein gekommen, daß der gesamte Stückgutverkehr mit Kartoffeln beschlagnahmt und gegen Bezahlung den Polen abgenommen werde. Dabei seien beträchtliche Summen herausgekommen. Der Stückgutverkehr nach Warschau habe pro Tag 120 000 Tonnen Kartoffeln betragen, und so habe man doch immerhin eine große Menge Kartoffeln für die Deckung des dringenden Saatgutbedarfs gehabt.

Im übrigen sei die Bestellung im Distrikt Warschau so gut wie restlos durchgeführt. Es fehlten noch 600 Tonnen Saatkartoffeln, die man aber ebenso wie bisher einfach durch Heranziehung der Kartoffellieferungen aus Lublin, aus Radom oder aus der Heimat decken wolle.

Es habe sich herausgestellt, daß beim Transport große Mengen von Kartoffeln verschwinden. Hier müsse unbedingt eine scharfe Überwachung auch seitens der Ostbahn einsetzen.

Die Austauschaktion und alles, was zum Zweck habe, daß die Naturalien in die Hände der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft des Distrikts kämen, müsse unter allen Umständen durchgeführt werden. Gerade der Distrikt Warschau habe das größte Interesse daran, weil er Zuschußgebiet sei und infolgedessen von anderen Distrikten geliefert erhalte.

Generalmajor Bührmann weist darauf hin, daß für gewisse Dinge eine einheitliche Regelung getroffen werden müsse und nicht jeder Distrikt selbständig vorgehen könne. Was die Lederbewirtschaftung angehe, so seien bei der Dienststelle des Vierjahresplans Erwägungen darüber im Gange, ob man hier Änderungen eintreten lassen könne.

Nicht mit Unrecht sei dagegen Stellung genommen worden, daß die Erfassungsstellen der deutschen Firmen sehr viel Geld verdienten. Aber die Erfassung habe andererseits auch sehr gute Ergebnisse gezeigt, und das müsse man doch letzten Endes angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse auch berücksichtigen. Auch er halte eine Verdienstspanne

Verdienstspanne von 15 % für zu hoch, im Höchstfall dürften 7 % verdient werden, wenn dieser Satz auch schon eine gewisse Grenze überschreite. Man werde deshalb die Sätze herabsetzen, und dann würden die Aufwendungen auch geringer werden. Man habe nur eine Lederankaufstelle eingerichtet, weil man befürchtet habe, daß sich mehrere solcher Stellen gegenseitig Konkurrenz machen würden, wobei dann eine Stelle die andere überbiete.

Gegenüber den Klagen, daß Warschau und Krakau von den nord-deutschen Handelsfirmen nicht berücksichtigt würde, weise er darauf hin, daß es sich hier um ein völliges Novum, um einen Versuch handle, wie er in Kolonialländern, z.B. in Afrika, gemacht worden sei. Ursprünglich habe sich Landesbauernführer Körner gegen die Tätigkeit dieser Firmen scharf gewendet und ihre Tätigkeit eingeschränkt wissen wollen. Aber auch Landesbauernführer Körner sei zu der Überzeugung gekommen, daß die Zweckmäßigkeit dieser Unternehmungen nicht zu bestreiten sei. Deshalb sei auch beabsichtigt, ihre Tätigkeit auf die anderen Distrikte auszudehnen.

Für die Energiewirtschaft sei die Anordnung getroffen worden, daß die großen Talsperren ausgebaut werden. Mit der Fortsetzung dieser Bauten sei auch bereits begonnen worden. Es sei aber nicht möglich, eine Leitung von Baranowice nach Warschau auszubauen, weil sie einen Torso darstellen würde. Außerdem verfüge man nicht über genügend Eisen und Stahl für den Ausbau der Leistung. Im übrigen solle die Energiewirtschaft im Generalgouvernement nicht der privaten Initiative überlassen^{werden}, sondern lediglich in den Händen der Ostbahn und der Postverwaltung bleiben.

Damit ist die Aussprache über die Verhältnisse des Distrikts Warschau beendet.

In der Aussprache über die Lage im Distrikt Krakau geht Gouverneur Dr. Wächter zunächst auf die Frage der Organisation ein. Er gibt dabei der Meinung Ausdruck, daß dieses Problem naturgemäß heikel sei und wohl nie völlig gelöst werden könne. Der Herr Generalgouverneur habe in einer der letzten Sitzungen der Abteilungsleiter im Amt des Generalgouverneurs selber die Stelle des Distriktschefs als eine Bruchstelle zwischen horizontaler und vertikaler Gliederung der Verwaltung bezeichnet, bei der natürlich immer gewisse Reibungsmöglichkeiten beständen. Bisher seien allerdings die Reibungen nicht allzu groß gewesen, und Beschwerden insbesondere aus dem Kreise der Abteilungen hinaus seien in diesem Zusammenhang gegen die Distriktschefs kaum in erheblichem Maße vorgekommen. Er bitte weiter

um

um ein kameradschaftliches Verständnis der Stellung, die die Distriktschefs im Auftrage und unter der Vollmacht des Generalgouverneurs einnehmen müßten. Die nun einmal hier vorgesehene und vom Herrn Generalgouverneur angeordnete Organisation müsse durchgehalten werden. Im Rahmen dieser Vollmacht fühlten sich die Distriktschefs für den Gesamtbereich des Distrikts, insbesondere auch für die Arbeit der Kreishauptleute verantwortlich. Darum sei der Hinweis des Gouverneurs Dr. Fischer verständlich, daß der direkte Instanzenzug vom Abteilungsleiter zum Kreishauptmann vielfach durch Übergehung der Distriktschefs diesen unangenehm sein müsse, weil er sie oft der Möglichkeit beraube, für den Gesamtbereich verantwortlich zu zeichnen. Diese Möglichkeit könne nicht bestehen, wenn die Distriktschefs vielfach garnicht in den Stand gesetzt würden, zu erfahren, welche Aufträge von den Fachabteilungen an die Kreishauptleute erteilt würden. Er bitte deshalb, hier eine Ordnung eintreten zu lassen. Es müsse eine Zusammenfassung beim Kreishauptmann, Distriktschef und Generalgouverneur erfolgen. Die Distriktschefs fühlten sich ja, wenn vom Zentralregime gesprochen werde, gerade als ausführende Organe dieser scharfen Zentralisierung, und die Abteilungsleiter könnten sich darauf verlassen, daß die Distriktschefs diesen in der Beziehung in jeder Weise zur Verfügung ständen und darauf bedacht seien, die notwendigen Anordnungen im Rahmen dieser Zentralisierung zu befolgen. Daß eine solche Abgrenzung der Bereiche wirklich wichtig sei, ergebe sich für ihn daraus, daß vielfach zwischen den Abteilungsleitern selber verschiedene Anschauungen herrschen, die vielleicht unten in der Exekutive schärfer zum Ausdruck kämen, wo gerade die Zusammenfassung beim Kreishauptmann und Distriktschef wesentlich sei. Wie notwendig die Unterrichtung der Kreishauptleute von gewissen Dingen sei, zeige z.B. ein Vorfall, der sich in den letzten Tagen ereignet habe. Offenbar habe hier eine Unkenntnis darüber geherrscht, daß es das unbedingte Bestreben des Generalgouvernements, der Distriktschefs und Kreishauptleute sein müsse, die Goralen besonders zu betreuen und darauf bedacht zu sein, daß sie in einen Konflikt mit den Polen kämen. Wenn nun in diesem Verwaltungsbereich eine untere Instanz tätig sei, wenn der Kreishauptmann über die Maßnahmen nicht unterrichtet werde und keine Möglichkeit habe, auf diese Dinge Einfluß zu nehmen, komme es zu solchen unangenehmen Erscheinungen, die eine Verwaltungsarbeit schwer schädigten. Es sei daher nicht irgendwie eine Animosität, wenn die Distriktskommissare hier um Unterstützung bäten, sondern diese Wünsche seien nur im Interesse der Gesamtheit zu begrüßen.

Er bitte weiter, den Leitern der Außendienststellen ihre Initiative zu belassen, denn nur dann könnten sie sich richtig entfalten. Wenn man sie in den Details beschränke, verlieren sie die Freude..Seine Bitte gehe dahin, nicht so sehr in die Details der Exekutive einzugreifen, sondern sich auf die Steuerung und Überwachung zu beschränken. Wenn das so gehandhabt werde, sei die Voraussetzung für eine reibungslose Zusammenarbeit gegeben.

Leider müsse festgestellt werden, daß auf dem Gebiete der Preisbildung und der Ernährung in den vergangenen Monaten nur ein bedingter Erfolg erzielt worden sei. Es erhebe sich die Frage, wie man diesen für das Prestige der deutschen Verwaltung abträglichen Verhältnissen steuern wolle. Es gehe nicht an, Plakate mit der Unterschrift des Generalgouverneurs anzuschlagen, in denen der Schleichhandel unter schwere Strafen gestellt werde und unmittelbar daneben zu sehen, wie die Verordnung, die auf dem Plakat stehe, nicht eingehalten werde. Es gebe hier nur 2 Möglichkeiten: entweder zu versuchen, mit Gewalt einzugreifen und unter Einsatz der Exekutive auf die Durchführung der Verordnungen zu dringen, oder ein neues System zu suchen. In diesem Zusammenhange seien die Pläne von Landesbauernführer Körner und von Oberregierungsrat Schulte-Wissermann zu begrüßen. Es handle sich dabei um das zu Anfang schon geübte Tauschsystem und weiter um das Umlagesystem, das in den Kreishauptmannschaften schon durchgeführt wurde. Der Grundgedanke dieses Systems sei durchaus richtig.

Bei der Durchführung des geplanten Systems erhebe sich allerdings die Frage: haben wir die Ware, die wir auf Grund der Bezugscheine in die Landwirtschaft geben wollen und haben

wir

wir weiterhin das erforderliche Personal für die Bezugsscheinausgabestellen? Das derzeitige Personal reiche nur zur Not aus. Weitere Aufgaben könnten mit dem vorhandenen Personal nicht mehr gemacht werden.

Die Erfahrung, die Landesbauernführer Körner bei der Tauschaktion Zucker gegen Eier gemacht habe, könnte nicht ohne weiteres bei der allgemeinen Aktion verwertet werden. Eier und Zucker seien wertmäßig gleich, was diese Aktion besonders erleichtert habe. Die Klagen der Kreishauptmänner anlässlich dieser Aktion, die dahin gingen, daß der Bauer ein Vielfaches seines Bedarfes an Zucker bekomme und die überflüssige Menge dem Schleichhandel zuführe, sei berechtigt. Es sei tatsächlich so, daß der Bauer ein Vielfaches dessen, was er für die Eier nehmen durfte, auf dem Umweg über den Zucker bekomme. Es empfehle sich wenn man solche Experimente mache, die Kreishauptleute darauf hinzuweisen, daß es sich nur um ein Experiment handle. Wenn Beschwerden gegen Kreishauptleute eingehen, müßten sie an den Distriktschef weitergegeben werden, damit dieser eingreifen könne. Schließlich sei noch zu wünschen, daß Versuche der geschilderten Art nicht pressemäßig ausgewertet werden, bevor sie sich in der Praxis bewährt haben.

Stadthauptmann Dr. Schmidt, Krakau, begrüßt es, daß Gelegenheit gegeben wurde, die Motive kennenzulernen, die zu den Verordnungen und Durchführungsvorschriften des Generalgouverneurs geführt haben. Es sei außerordentlich erfreulich, daß der Herr Generalgouverneur für die Erlassung von Verordnungen eine Stopfrist bestimmt habe, denn in dem bisherigen Tempo könnten die Kreis- und Stadthauptleute nicht mehr mitkommen. Darunter würde die Autorität leiden.

Im

111

Im Brennpunkt des Interesses der Stadtverwaltung standen die Frage der Bekleidung und der Ernährung. Der Beutetrieb, von dem der Herr Generalgouverneur gesprochen habe, sei keineswegs abgeklungen, er habe sich nur in eine etwas legalere Form umgewandelt und äußere sich nunmehr in dem Andrang bei den Bezugscheinstellen. Es müsse von den Beamten dieser Stellen viel Geduld aufgewendet werden, um übertriebene Ansprüche zurückzuweisen. Die Ansprüche stünden tatsächlich in gar keinem Verhältnis zur Möglichkeit der Zuteilung. Allmählich mache sich auch ein sehr starker Bedarf der polnischen Bevölkerung bemerkbar, namentlich in den Kreisen der Arbeiterschaft. Die Arbeiter haben wirklich oft nichts anzuziehen. Wenn es gelinge, von Litzmannstadt Zufuhren zu bekommen, so bitte er, alle Anstrengungen zu machen, damit für Krakau größere Bestände zur Verfügung gestellt werden.

Um das Mißverhältnis zwischen der Möglichkeit der Bedarfsdeckung und den gestellten Ansprüchen zu beseitigen und eine gerechte Verteilung zu erzielen, sei es notwendig, daß die gesamte Verteilung in einer Hand zentralisiert wird. Auch sei es erforderlich, in einzelnen Punkten das Zuteilungsverfahren zu vereinfachen.

Was die Versorgung mit Lebensmitteln anbelange, so sei festzustellen, daß die deutsche Bevölkerung in Krakau ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt werde. Man darf nicht vergessen, daß Leute, die schon anderweitig gepflegt werden, sich auch noch in den Gaststätten und in den Geschäften versorgen können. Mit diesem System der Doppelversorgung müsse aufgehört werden.

In

In der polnischen Bevölkerung nehme die Zahl an Hungern-
den von Tag zu Tag in erschreckendem Maße zu. Die Arbeitslei-
stung gehe bedrohlicher Weise zurück. Eine Erhöhung der Ar-
beitslöhne sei kein Mittel, um diesem Zustand zu steuern. Das
einzige, was man tun könne sei, daß man einzelne Gebiete zu-
sätzlich mit Lebensmitteln versorge. Den Städten müsse die
Möglichkeit gegeben werden, in entfernteren Gegenden zusätzlich
Lebensmittel zu kaufen. Es bestehe noch keine planvolle syste-
matische Erfassung der Lebensmittel im Generalgouvernement und
daher müßten lebenswichtige Betriebe, wie z.B. die Städt. Elek-
trizitäts- und Gaswerke zusätzlich versorgt werden. Brot stehe
der Bevölkerung in ausreichender Menge zur Verfügung. Die ein-
geführten Brotkarten bieten die Gewähr, daß die vorhandene Wa-
re gleichmäßig und gerecht verteilt werde. Brot allein reiche
aber zur Ernährung der Bevölkerung nicht aus. Die Entkräftung
der Menschen sei hauptsächlich auf den Mangel an Fleisch und
Fett zurückzuführen. Auch Milch und Eier seien für die Masse
der Bevölkerung lediglich theoretische Begriffe. Ohne Fleisch
und Fett könne auch die Gemüseanbauaktion nicht zur Wirkung
kommen. Es zeige sich, daß die Masse der Bevölkerung an Gemüse
nicht hinreichend interessiert sei, weil die Voraussetzungen
der Zubereitung fehlten. Es sei dem Distrikt gelungen, auf die-
sem Gebiet einige Besserungen herbeizuführen; die Bemühungen
müßten fortgeführt werden. Es wäre zu wünschen, daß die ver-
sprochenen Schweine aus Lublin eintreffen würden.

Dr. Claus, Lublin weist darauf hin, daß in der Woche
vom 27.5. - 1.6. 152 und in der darauf folgenden Woche 200
Schweine nach Krakau geliefert worden seien.

Dr. Schmidt Krakau, bemerkt hierzu, daß die polnische Be-
völkerung von dieser Zuweisung nichts bekommen habe.

Stadthauptmann Dr. Schmidt weist darauf hin, daß sich die Anlieferung von Lebensmitteln in der nächsten Zeit einigermaßen bessern werde, vor allem hinsichtlich Fleisch und Fett. Dies sei aber auch angesichts der katastrophalen Ernährungslage der polnischen Arbeiter unbedingt notwendig. Was das Tauschsystem angehe, so habe die Stadtverwaltung von Krakau bereits im November 1939 damit begonnen, Lastkraftwagen mit Kohlen und Petroleum aufs Land zu schicken. Der Bauer sei nur geneigt gewesen, so viel Ware abzugeben, als er von den anderen Gegenständen etwas brauche. Bei dem gegenseitigen Austausch müsse eine besondere Zurückhaltung gewahrt werden. Es werde ja immer dazu führen, daß die gewerblichen Erzeugnisse vor allem von den Bauern gebracht würden. Jedenfalls könne der Tausch als eine eigentlich längst überwundene Wirtschaftsmethode angesehen werden. Er schließe sich deshalb auch dem Vorschlage des Landesbauernführers an, den abliefernden Bauern Bedarfsscheine für die Deckung ihrer häuslichen und betriebswirtschaftlichen Bedürfnisse zur Verfügung zu stellen. So ~~beseitigt~~^{beruht} dieser Gedanke nun auch sei, so müsse man doch vor allzu großem Optimismus warnen. Auch dieses System werde große Mängel aufweisen, und es werde sehr schwierig sein, ein Rechtsverhältnis zwischen der Zuteilung von Bezugscheinen und der Ablieferungspflicht des Bauern zu finden. Es werde sich bald zeigen, daß der Bauer dem Bezugschein gegenüber mißtrauisch sei. Alles komme darauf an, ob der Sektor der Wirtschaft wirklich in der Lage sei, den einzelnen Kreisen Ware zur Verfügung zu stellen, sodaß der Bezugschein dann auch sofort eingelöst werden könne. Wenn hier auch nur eine Lücke entstehe, dann würde man bald erfahren müssen, daß der Bezugschein abgelehnt werde. Der Endeffekt würde sein, daß die Bevölkerung vor ausverkauften Läden stehe. Im übrigen könne er als langjähriger Verwaltungsbeamter darauf hinweisen, daß alle diese Maßnahmen einen ungeheuren Verwaltungsapparat in Anspruch nehmen und es daher angesichts des gegenwärtigen Standes des Personals im Generalgouvernement einfach unmöglich sei, diese Maßnahmen durchzuführen. Habe man diesen Plan in die Wirklichkeit überführt, müßten noch manche Fragen geklärt werden. Seines Erachtens werde man darauf hingewiesen sein, die Lebensmittel im großen und ganzen auf dem Wege der Zwangsbewirtschaftung zu erfassen. Nach wie vor würden die zuständigen Stellen des Generalgouvernements den Bedarf der einzelnen Distrikte festlegen, diese würden dann auf die einzelnen Kreishauptmannschaften umlegen, und von dort würde dann wieder auf die einzelnen Gemeinden umgelegt werden. Nach den Erfahrungen, die man im

im Reich gewonnen habe, werde das Schwergewicht der Aufbringung bei den Kreishauptleuten liegen. Die Kreishauptleute müssen sich von vornherein in einer Position fühlen, die ihnen die auftretenden Schwierigkeiten erleichtere.

Wenn nun aber ein solches Umlageverfahren eingeführt und Bezugscheine zugeteilt würden, so werde doch noch ein Recht vorhanden sein, der gutwillig nicht abliefern werde, und hier werde man dann auf die Dauer nicht ohne Zwangsmaßnahmen auskommen, und zwar auf unmittelbarem wie mittelbarem Wege. Die unmittelbare Art werde in Beschlagnahmen und Strafen bestehen, die mittelbare in der Voranmeldung lebensnotwendiger Güter. Eine maßgebende Rolle werde natürlich auch die Bekämpfung des Schleichhandels und des Preiswuchers spielen. Er habe in Krakau schon lange feststellen müssen, daß es unendlich schwierig sei, gegen den Schleichhandel wirksam ankämpfen zu können. Das größte Hindernis einer wirksamen Bekämpfung bestände vor allem in dem Mangel an den notwendigen Kräften. Jetzt stehe aber erfreulicherweise in Aussicht, daß die notwendigen Kräfte in den nächsten Tagen zur Verfügung gestellt werden können. Er habe sich für die Durchführung dieser Aufgaben nun auch des Sonderdienstes bedient und hoffe auf einen Erfolg seiner Tätigkeit. Er beabsichtige jetzt, den Transport vom Erzeugungsort bis zur Stadt sicherzustellen, zum anderen dafür zu sorgen, daß der Absatz der nach der Stadt gebrachten Waren nur noch an kontrollierbaren Plätzen möglich sei. Durch Polizeipatrouillen werde in den frühen Morgenstunden in den Orten, aus denen die Bauern kommen, eine Kontrolle durchgeführt und so dafür gesorgt, daß ihnen ihre Ware nicht von jüdischen Schiebern abgenommen werde. Um zu verhindern, daß der Bauer seine Ware unterwegs absetze, werde in den nächsten Tagen eine polizeiliche Anordnung getroffen, die sich an das bisherige polnische Recht anlehne, des Inhalts nämlich, daß jeder Handel auf der Straße und in Gebäuden verboten sei. Damit hätten dann die Polizeiorgane eine Grundlage für ihr Eingreifen. Die Polizeiorgane klagten bisher mit Recht darüber, daß sie die Inhaber von Fuhrwerken nicht zu Fragen berechtigt seien, wohin sie sich begeben wollten. Jedenfalls müsse man schon radikale Maßnahmen ergreifen, um festzustellen, ob man tatsächlich mit dem Einsatz von Polizei zum Erfolge kommen könne. Er sei jedenfalls überzeugt, daß man damit einen gewissen Erfolg erzielen ~~könne~~ werde. Selbstverständlich müsse man damit rechnen, daß durch eine solche Aktion die Zuführung von Lebensmitteln zunächst gehemmt werde. Das müsse man in Kauf nehmen. Schließlich sei
aber

aber doch der Bauer immer darauf angewiesen, seine Ware dem Städter zuzuführen. Eine planmäßige Unterdrückung des Schleichhandels setze weiter voraus, daß auch der Handel auf der Eisenbahn peinlichst überwacht werde.

Was die Preisbildung anlange, so könne man nach den Beobachtungen gar kein anderes Verfahren einschlagen als dasjenige, das Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann einzuschlagen beabsichtige. Allerdings müßten die Preise wenigstens für die dringenden Lebensbedürfnisse einigermaßen angemessen sein. Der Handelspreis für einen Liter Milch betrage zurZeit 30 Groschen. Man könne aber keinem Bauern zumuten, seine Milch bei diesem Preis 15 bis 20 km weit nach der Stadt zu fahren. Nach seinen Feststellungen könne ein Preis von 50 Groschen hier als angemessen betrachtet werden. Dieser Preis werde von dem Verbraucher gern gezahlt und vom Produzenten auch gern hingenommen werden. Gewiß würden die Bauern zu einem Teil versuchen, die Milch zu verbuttern oder anderwärts abzusetzen. Aber die Butter müsse der Bauer ja schließlich auch absetzen, und da bleibe ihm eben nur die Stadt als Ablieferungsort übrig.

Außerordentlich nachteilig sowohl für die öffentliche Verwaltung wie auch für die Privatwirtschaft und die privaten Haushaltungen habe sich die Entwicklung der Preise auf dem Gebiete der Fuhrwerksunternehmungen gezeigt. Hier scheine sich allmählich eine Monopolstellung dieser Branche herauszubilden, und die Folge sei, daß das 5- bis 7fache dessen verlangt und bezahlt werde, was in der Vorkriegszeit die Regel gewesen sei. Er habe eine Rechnung darüber aufstellen lassen, wie sich etwa der Aufwand für die Fuhrwerke zu dem Aufwand, den ein eigener Lastkraftwagen verursache, verhalte. Danach ergebe sich, daß der Aufwand bei Heranziehung von Fuhrwerksbesitzern 38 000 Zlots betragen würde, während er für den Kauf und die Benutzung eines Lastkraftwagens nur 27 000 Zloty betrage. Es sei daher eine dringende Notwendigkeit, daß möglichst viele Lastkraftwagen vor allem in die Städte gebracht würden. Er bitte Generalmajor Bührmann in dieser Angelegenheit um seine Unterstützung.

Als Stadthauptmann sei er selbstverständlich an der Entwicklung der städtischen Sparkassen lebhaft interessiert. Bekanntlich sei seinerzeit zwischen dem Alt- und dem Neugeschäft unterschieden worden. Nun sei es aber nicht zu verkennen, daß jede Sparkasse eine individuelle Entwicklung aufweise, und daß die Ansprüche nicht nur der Stadt als Gewährsträger, sondern auch der Bevölkerung sehr verschieden seien. Man habe durch eine mühsame intensive Kleinarbeit erreicht, daß die Sparkassen wieder eine Art wirklichen Vertrauens gefunden

gefunden hätten.

Die steuerliche Basis und auch die Vermögenserträge der Städte reichten bei weitem nicht aus, um die notwendigen Maßnahmen durchzuführen. Man rechne deshalb mit verhältnismäßig großen Fehlbeträgen. Die Städte würden genötigt sein, die Kasse des Generalgouvernements in Anspruch zu nehmen. Selbstverständlich seien die Städte besorgt, alle möglichen Einnahmequellen so gut als möglich auszuschöpfen. In Krakau^{seien} die Werktarife erhöht, Hundesteuern und Grundsteuern eingeführt worden. Der Hausbesitz in Krakau sei eigentlich jetzt schon überlastet. Die Grundlage für die Kommunalsteuer sei die Vorkriegsmiete. Er habe feststellen müssen, daß die Vorkriegsmiete bis zu 38 % durch öffentliche Abgaben belastet sei. Daraus ergebe sich also eine Belastung, die nicht mehr gesteigert werden könne. Zu berücksichtigen sei dabei die Tatsache, daß eine große Anzahl von Gebäuden durch deutsche öffentliche Behörden belegt sei, und außerdem zahlreiche Angehörige der Behörden Mietwohnungen in Anspruch genommen hätten. Hier sei übrigens mit Bedauern festzustellen, daß diese Beamten ihrer Pflicht zur Zahlung der Miete nicht nachkämen. Diesem beschämenden Zustand solle dadurch abgeholfen werden, daß das Personalamt mit der Prüfung der Frage beauftragt werde, wer Quittungen über Mietzahlungen vorgelegt habe. Vielfach würden auch nur Mieten von 8 oder 10 RM monatlich gezahlt, entweder aus Bequemlichkeit oder aus Schüchternheit. Die Einführung einer Einwohnerabgabe würde er nicht als zweckmäßig ansehen können.

Der Herr Generalgouverneur weist Stadthauptmann Schmidt an, ihm die Namen solcher Beamten bekannt zu geben. In absehbarer Zeit werde übrigens eine Etatsitzung stattfinden, auf der alle diese Fragen erörtert werden. Zu dieser Sitzung würden auch die Vertreter der Stadt eingeladen werden.

Die Sitzung wird hierauf unterbrochen (Mittagspause).

Dr. Franke - Krakau, beschäftigt sich mit der Frage des Transportsystems und bemerkt hierzu, daß der Distrikt Krakau . seit Februar bemüht sei, in dieser Frage eine Lösung zu finden. Zweifellos würde diese Lösung am einfachsten darin zu finden sein, daß man genügend Lastkraftwagen herstelle. Dann würde das Angebot eine natürliche Regulierung der Preise herbeiführen. Diese Lösung sei jedoch im Augenblick nicht diskutabel. Es bleibe daher nur die andere Lösung, nämlich eine entsprechende Bewirtschaftung zu finden. Hierbei gebe es 2 Möglichkeiten, die beide auf das gleiche Ziel hinauslaufen, nämlich auf die Erfassung des Transportraumes und seine zweckmäßige Auswertung. Die Abteilung Wirtschaft halte es für zweckmäßig, eine Einrichtung zu schaffen, in der das geschäftliche Interesse des Fuhrunternehmers parallel geschaltet werde mit dem staatlichen Interesse. Zu diesem Zweck müßten die Transportunternehmer unter deutscher Leitung in einer wirtschaftlichen Vereinigung zusammengefaßt werden. Die andere Möglichkeit der Lösung werde von der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft in einer ehrenamtlichen Erfassung der Transportunternehmer gesehen, eine Lösung, die erheblich schwieriger sein dürfte, als die von der Abteilung Wirtschaft vorgeschlagene Lösung einer wirtschaftlichen Vereinigung.

Das universelle Problem im Generalgouvernement sei heute das Preisproblem. Dieses Problem habe seinen Grund darin, daß der Wirtschaftskörper des Generalgouvernements absolut krank sei. Das Generalgouvernement habe auf der landwirtschaftlichen Seite seine Überschußgebiete verloren und auf der industriellen Seite alle jene Erzeugungsstätten, die es in den Stand ge-

M.

setzt hätten, eine autarke Wirtschaft zu führen. Jeder Plan, der geeignet sei, aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszuhelfen, müsse begrüßt werden. Es sei heute nicht die Zeit, um sich theoretisch über diese und jene Gesichtspunkte zu unterhalten oder grundsätzliche Auffassungen durchzukämpfen, sondern maßgebend sei die Erzielung des Erfolges. Alle Vorschläge, die in dieser Richtung gemacht worden seien, könnten nur als eine Notlösung angesehen werden. Auch der Durchführung des Planes von Landesbauernführer Körner stünden erhebliche Schwierigkeiten entgegen.

Besondere Schwierigkeiten zeigten sich auf dem Gebiete der Spinnstoffversorgung. Nach den Angaben von Geheimrat Zetzsche sei mit einer Versorgung von 1,3 Kilo pro Kopf zu rechnen. Eine Versorgung in dieser Form wäre denkbar, wenn eine Gleichschaltung der 4 Bedarfsgruppen (deutsche Beamte, industriell tätige Bevölkerung, Volksdeutsche, polnische und sonstige Bevölkerung) einträte. Dem Distrikt Krakau seien bis zum 30. Juni 90 000 Bedarfsscheine für Spinnstoffwaren zugewiesen worden. Die Wünsche der deutschen Volksgenossen überstiegen manchmal das Maß des Vertretbaren. Für 40 000 Industriearbeiter, die sich auf die verschiedenen Rüstungsbetriebe verteilen, seien 25000 Bedarfsscheine zur Verfügung gestellt worden unter dem Gesichtspunkt, daß die Ausstattung dieses Teiles der polnischen Bevölkerung notwendig sei, um die Aufgaben der Rüstungsindustrie zu erfüllen. Die Zahl der Volksdeutschen falle nicht ins Gewicht, es bleiben somit für 3,5 bis 3,7 Millionen Menschen 50 000 Bedarfsscheine, also auf je 75 im Laufe eines Versorgungszeitraumes 1 Bedarfsschein.!

Auf dem Gebiete der Schuhversorgung habe der Distrikt
25000

25000 Paar Schuhe mit Holzsohlen beschaffen können. Bis Ende dieses Monats konnten weitere 25 000 unter gewissen Voraussetzungen beschafft werden. Der Distrikt habe dem Vorschlag, 1000 Paar Schuhe freizugeben, um die Schweinehäuteaktion zu starten, zugestimmt.

An Petroleum werde zur Zeit $3/8$ Liter pro Haushalt zuteilt; im Winter werde die Zuteilung auf 1 - 2 Liter erhöht. Die niederen Zahlen seien darauf zurückzuführen, daß im Interesse der Kriegführung alles irgendwie ersparbare Mineralöl für andere Zwecke verwendet werde.

Die Seifenzuteilung betrage pro Haushalt 250 g Haushaltsseife und 80 g Feinseife.

Zusammenfassend könne gesagt werden, daß die Menge der dem Landwirt zur Verfügung gestellten Güter mengen- und wertmäßig erheblich hinter dem zurückbleibe, was vom Landwirt zur Ablieferung verlangt werde. Die landwirtschaftliche Versorgungslage sei knapp, die industrielle aber noch viel knapper.

Die Durchführung des Planes habe eine energische Kontrolle der Ablieferungen zur Voraussetzung und diese Kontrolle sei wiederum eine Frage der Zurverfügungstellung der entsprechenden Polizeikräfte.

Die Situation, daß der Bauer, wenn er seiner Ablieferungspflicht gerecht wird, bares Geld in der Tasche habe, sei bedenklich, denn dieses Geld werde den Versuch machen, die klaffende Versorgungslücke noch zu erweitern. Die Leute, deren Versorgung unzureichend sei, würden immer wieder den Versuch machen, auf dem Wege des Schleichhandels diese unzureichende Versorgung zu verbessern. Die Meinung, daß im polnischen Volk

das

das Vertrauen in die Währung völlig zerrüttet sei, scheine sich nicht zu bewahrheiten. Es werde Geld auf die Sparkasse gegeben und damit sei bewiesen, daß die Bevölkerung das Geld immer noch als einen sparswerten Gegenstand ansehe. Es sei interessant festzustellen, daß die 24 Sparkassen des Distrikts Krakau in der kurzen Zeit des Funktionierens eine Einlage von 13,3 Millionen Zloty erzielt hätten, gegenüber einem Höchststand vor dem Krieg von 6,9 Millionen. Es handle sich hierbei um flüssige Mittel, die in jedem Fall bereit stünden, gewinnbringend verwertet zu werden.

Das Preisproblem sei nicht als Einzelproblem zu werten und zu lösen. Es stelle vielmehr nur einen geringen Sektor innerhalb der großen Arbeit auf dem Gesamtsektor der Wirtschaft dar. Das ganze Preisgefüge sei in ein heilloses Durcheinander geraten durch die in wirtschaftlicher Beziehung nicht verständliche Zerschneidung des Generalgouvernements. Sämtliche Kalkulationsgrundlagen seien verloren gegangen, Preiserhöhungen eingetreten, Fracht und Bahnsätze gestiegen und Zölle für die Erzeugnisse aus den oberschlesischen Gebieten eingeführt worden. Es handle sich nicht um die Frage, ob man den Preis vom 1. September 1939 zu Grunde legen solle. Man könne aus der gegenwärtigen Preissituation überhaupt nur dann herauskommen, wenn man sich eine Unterlage dafür schaffe, wo heute überhaupt die Kalkulationsgrundlagen der Wirtschaft liegen. Auf diesen Grundlagen aufbauend, wäre dann zu prüfen, ob die Löhne zu halten sind. Diese Frage dürfte wohl zu verneinen sein, denn die eingetretenen Preiserhöhungen werden die Einhaltung des gegenwärtigen Lohnniveaus unmöglich machen. Alle diese Dinge erfordern Vorbereitungen und Zeit. Man werde sich etwa bis September mit den gegenwärtigen Verhältnissen behelfen müssen.

Eine Erleichterung der Situation auf dem Ernährungssektor sei erst mit dem Zeitpunkt der neuen Ernte und mit der dann eintretenden Stabilisierung zu erwarten. Bei allen Bemühungen darf man den Gesichtspunkt nicht aus dem Auge verlieren, daß ein Erfolg nur zu erreichen sei im Zusammenwirken aller an dem Aufbauwerk beteiligten Kräfte.

Der Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Distrikt Krakau, Dr. Garreis, begrüßt es, daß Anerkennung dafür gezollt wurde, daß die Ernährung der Reichsdeutschen in Krakau in Ordnung sei. Vor etwa 3 Wochen sei von der Abteilung Gesundheitswesen angerufen und darauf hingewiesen worden, daß die Ernährungslage der Deutschen katastrophal sei. Das sei zu einer Zeit gewesen, als bereits auf allen Märkten Gemüse in ausreichendem Maße angeboten wurde.

Was die Frage der Doppelversorgung anbelange, so werden von der Personalabteilung Verpflegsausweise ausgegeben, auf Grund deren die Zuteilung der Lebensmittel erfolge. Daneben bestehe für die Deutschen die Möglichkeit, in den Gaststätten zu essen. Ebenso habe einer die Möglichkeit, mittags im Kasino verpflegt zu werden und abends zu Hause zu essen. Dieser Zustand sei bewußt so gelassen worden, weil die Lebensmittel, die auf Karten zugewiesen werden, deshalb weniger seien, weil die Fette fehlen. Die Verpflegsausweise werden in Zukunft dahin abgestimmt, daß unterschieden werde zwischen Vollverpflegern und Halbverpflegern. Um zu einer gerechten Beurteilung und Verpflegungslage der Deutschen zu kommen, sei es angezeigt, die Sätze, die hier zur Ausgabe gelangen, in Vergleich zu ziehen mit den Sätzen des Reiches. Die Höhere Butterrations

von

16/6 M.

von 250 g. gegenüber 100 g im Reich erkläre sich daraus, daß es hier andere Fette nicht gebe. Außer an die einzelnen Reichsdeutschen müßten Lebensmittel noch für 21 Kasinos und 9 Hotels geliefert werden. Wenn über zu hohe Preise in den Gaststätten geklagt werde, so sei zugegeben, daß diese Klagen zum Teil richtig seien. Es sei zu betonen, daß Eier zum Preise von 11 Groschen pro Stück an die deutschen Gaststätten und Kasinos geliefert werden. Es wäre interessant zu prüfen, ob die Preise, die in den Gaststätten gefordert werden, hiermit in Einklang stehen und ich bitte, bei dieser Prüfung beim Grand Hotel anzufangen. Ebenso werden Brot und Fleisch zu Originalpreisen an die Gaststätten geliefert und diese Preise liegen alle unter der Basis des Reiches.

Wenn auf die niedrige Zuteilung an die polnische Bevölkerung hingewiesen werde, so sei zu entgegnen, daß die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft den Auftrag bekommen habe, dafür zu sorgen, daß unter den Polen keine Hungerepidemien ausbrechen. Bis jetzt sei auch kein Pole verhungert. Daß die Ernährung der polnischen Bevölkerung knapp sei, müsse durchaus zugegeben werden. Andererseits müsse man aber auch betonen, daß für die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben, für Gemeinschaftsküchen usw. zusätzliche Lebensmittel geliefert werden.

Die Belieferung mit Fleisch in dem bisherigen Umfang sei nur möglich gewesen durch eine straffe Erfassung der Viehbestände durch die Kreishauptmannschaft. Den niedrigsten Stand der Anlieferung auf den Viehmarkt in Krakau habe man im Februar zu verzeichnen gehabt.

Davon bringe der Distrikt Krakau allein 905 Rinder, 53 Schweine, 240 Kälber auf, der Distrikt Lublin liefere dazu 14 Rinder, 152 Schweine und 17 Kälber. Nun würden in Krakau außer der Wehrmacht, die 73 Rinder und 70 Schweine aus Oberdonau erhalten, noch die deutschen Geschäfte und andere Stellen versorgt. Für die polnische Bevölkerung blieben insgesamt 219 Rinder und 17 Schweine. Man könne also feststellen, daß die 8800 bzw. 14 000 Deutsche in Krakau die doppelte Anzahl Rinder bekämen als die polnische Bevölkerung. Im Wege des Schleichhandels komme natürlich auch verschiedenes herein. Für eine Stadt wie Krakau sei es natürlich höchst unangenehm, daß die arme Bevölkerung und die Schichten der Minderbemittelten die Möglichkeit nicht haben, Schleichhandelspreise zu zahlen. Andererseits halte er es aber für ganz unmöglich, daß man heute schon an einzelne polnische Bewohner Krakaus Legitimationen ausstelle, mit denen sie ins Land hinausgingen und nun von sich aus Butter, Fleisch oder andere Lebensmittel aufkauften. Dieser Anregung sei man jedoch bisher noch nicht gefolgt. Von der Stadt Krakau würden nun Bezugsscheine ausgegeben, die sich nicht allein auf Schuhe und Kleider, sondern auch auf Hufeisen, auf kleinere landwirtschaftliche Bedarfsartikel usw. erstreckten. Wenn man aus den Beskiden-Kreisen den Notschrei höre, daß die Ernte nur schwer eingebracht werden könne, wenn man nicht die benötigten Hufeisen und Nägel bekomme, so seien das Hinweise, an denen man nicht vorübergehen könne. Man könne nicht einfach die Läden schließen und sagen: den Bauern müsse ein Anreiz gegeben werden, ihre Erzeugnisse herzugeben.

Auf dem Gebiete der Viehwirtschaft hätten die Kreishauptmannschaften tatsächlich so gearbeitet, daß eine Erfassung im Wege straffer Anordnungen möglich ist. Es sei aber ihr Wunsch, daß den Landwirten nun auch gewisse Bedarfsartikel gegeben würden.

Hinsichtlich der Milchablieferung sei angeregt worden, den Milchpreis auf 50 Groschen zu erhöhen. Das würde im allgemeinen nicht störend wirken, er gebe aber zu bedenken, daß der Milchpreis im engsten Zusammenhang mit dem Butterpreis stehe, daß man kein Fett habe und schon zufrieden sei, wenn man der deutschen Bevölkerung die 250 gr. Butter pro Woche garantieren könnte. Das sei nur dadurch möglich geworden, daß die Molkereien wieder in Gang gesetzt worden seien und man den Versuch gemacht habe, beispielsweise durch Kleielieferung die Milchlieferrung zu fördern. Vom Standpunkt der deutschen Beamten und Angestellten wie auch der Wehrmacht und der anderen Formationen müsse er daran festhalten, daß die Buttererzeugung im Vordergrund stehe. Wenn man der polnischen Bevölkerung

Milch

Milch für die Kinder garantiere, so müßte das umsomehr genügen, als im Altreich Vollmilch überhaupt nicht an die Bevölkerung abgegeben werde, sondern nur im beschränkten Umfange an Kinder bis zu 10 Jahren.

Auf dem Gebiete der Eierwirtschaft habe man das Experiment des Tausches gemacht. Im Distrikt Krakau sei es gerade durch dieses Tauschgeschäft möglich gewesen, die Eierablieferung in dieser Woche bis zu 20 000 Stück täglich zu erhöhen, sodaß man wenigstens Eier einkalken und einen Eiervorrat schaffen könne. Das Soll sei also in Krakau erfüllt, wie überhaupt seitens der Stadt Krakau die Exportaufgabe durchaus erfüllt worden sei. Es seien entsprechend der Auflage des Amtes des Generalgouverneurs 100 Rinder nach Radom und 40 Rinder in das oberschlesische Industriegebiet wöchentlich geliefert worden.

Nach alledem sei die Durchführung des Planes für die Erfassung der neuen Ernte nicht so schwierig, wie es verschiedentlich hingestellt worden sei. Im Distrikt Krakau bestehe hinsichtlich der Brotversorgung gegenwärtig keine Schwierigkeit, weil man bis einschließlich Juli monatlich 6 000 Tonnendurch die Reichsstelle für Getreide aus dem Altreich erhalte. Die Sorge beginne bei der Erfassung der neuen Ernte, und hier könnten selbstverständlich die Schwierigkeiten nicht ohne weiteres überwunden werden. Wenn der Ernährungsplan am Umlageverfahren festhalte, auf Grund dessen den Gemeinden gewisse Getreidelieferungen auferlegt würden, dann werde sich dieses Verfahren wenigstens in einzelnen Gemeinden durchführen lassen. Manchmal werde es sogar schwierig sein, die Dreschmaschinen zu erhalten; denn die Maschinenausrüstung der polnischen Betriebe sei teilweise katastrophal. In manchen Ortschaften im Nordosten des Distrikts herrschten gegenwärtig so schlechte Straßenverhältnisse, daß man überhaupt keine Dreschsätze in diese Ortschaften bringen könne. Wesentlich sei aber, daß es keine anderen Wege gebe, um zum Ziele zu gelangen. Deshalb wünschten auch die Kreishauptleute, daß an dem Umlageverfahren festgehalten und es dadurch gefördert werde, daß man auf Grund von Bezugsscheinen landwirtschaftliche Bedarfsartikel ausgabe. Der Handel überhaupt solle nicht ausgeschaltet werden, es sei nur notwendig, daß der Handel die Ware auch liefere. Andererseits müsse er dafür sorgen, daß er, wenn er wie beispielsweise jetzt auch die Hamburger Handelsfirmen, solche Bedarfsartikel verkaufe, dafür auch Lebensmittel erhalte.

Für

Schaffung privatmonopolartiger Gebilde zu vermeiden. Verfüge ein Privatunternehmen und nicht der Staat über ein Monopol, so würden solche Monopole leicht dazu führen, Privatinteressen in den Vordergrund zu stellen. Alles, was auf diesem Gebiete getan werde, müsse unter dem Gesichtspunkt geschehen, daß in erster Linie das Interesse des Reiches gewahrt werde.

Der Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt Radom, Schuhmann, bezeichnet als die größte Sorge seiner Abteilung die Beschaffung der Transportmittel zur Erfassung des restlichen Getreides. Man habe immer wieder auf Waggon gehofft, ohne daß jedoch diese in ausreichendem Maße gekommen wären. Größte Schwierigkeiten bereite auch die Saatgutbeschaffung und ebenso die Herbeibringung der Kohle zum Dreschen. Als ein besonders beklagenswerter Zustand hätten sich in letzter Zeit erhebliche Diebstähle auf der Ostbahn herausgestellt. Es wurden erhebliche Mengen von Zucker, Saatgut usw. gestohlen.

Unumgänglich notwendig sei die Instandsetzung der Staatsstraßen und der Kreisstraßen, ebenso die Zurverfügungstellung von Lastkraftwagen und des dafür notwendigen Benzins.

Die Judenarbeitsdienstplicht sei ein Problem, das nunmehr mit Entschiedenheit angegriffen und vorwärts getrieben werden müsse.

Die Beanstandungen hinsichtlich der Verpflegung in den A-Betrieben sei nicht in dem Maße zutreffend, freilich sei die Verpflegung auch in diesen Betrieben knapp, aber man könne sie nicht als völlig unzureichend bezeichnen. Man darf nicht vergessen, daß während des Weltkrieges auch in Deutschland die Verpflegung sehr zu wünschen übrig gelassen habe und daß trotzdem in den Betrieben schwer gearbeitet werden mußte. Es sei festgestellt worden, daß die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben die ihnen zugewiesenen Lebensmittel weiter verkauften.

Die Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt Radom habe alles getan, um die Produktion zu sichern und zu steigern. Es sei dafür gesorgt worden, daß der Bauer nicht nur heute seine Lieferungsspflicht erfülle, sondern auch morgen und daß er nach Möglichkeit diese Lieferungen erhöhe.

Es empfehle sich, die Ergebnisse der erfolgreichen Tagung von gestern und heute auch draußen in den Kreisen bekanntzumachen und durch entsprechende Referate für Aufklärung zu sorgen.

Präsident Gerteis erkennt die Klagen über Diebstähle bei der Ostbahn für berechtigt an, erklärt aber, daß alle Anstrengungen, die bisher zur Bekämpfung dieser Zustände gemacht wurden, zu keiner Besserung geführt hätten. Neben 800 Bahnschutzpolizeibeamten seien noch eine Reihe anderer Beamte zur Diebstahlsbekämpfung eingesetzt. Die Verhältnisse liegen jedoch so, daß eine wirksame Bekämpfung nicht möglich sei. Jeder Transport gehe durch Dutzende von Händen und überall gebe es Möglichkeiten zum Stehlen. Das polnische Eisenbahnpersonal sei nicht unwesentlich daran beteiligt. Das habe seinen Grund zum Teil darin, daß diese Leute in Bezug auf Verpflegung sehr schlecht gestellt seien. Mit scharfen Strafen könne erst vorgegangen werden, wenn das Grundübel, nämlich die unzureichende Verpflegung behoben sei.

Zur Tarifrage sei zu bemerken, daß eine allgemeine Senkung des Gütertarifs nicht in Frage komme und daß auch sonst im Hinblick auf die finanzielle Lage der Ostbahn kein Raum für Tarifiermäßigungen gegeben sei.

Dr. Frauendorfer

Für die Zukunft sei aber eine richtige Erfassung nur dann möglich, wenn gleichzeitig eine entsprechende Preisüberwachung nebenher laufe. So, wie es gegenwärtig sei, gehe es auf die Dauer nicht weiter. Die Preise seien heute festgesetzt. Man verlange keine höheren Preise, wenn die gewerbliche Wirtschaft die Gewähr gebe, daß auch sie mit den festgesetzten Preisen auskomme und nicht gezwungen sei, angesichts der in der Zwischenzeit eingetretenen Verhältnisse höhere Preise zu fordern. Die Bauern verfügten heute über viel Geld, und die Preise seien immerhin so gestellt, daß man damit draußen sehr gut wirtschaften könne. Voraussetzung sei aber, daß auch die Bedarfsartikel, die die gewerbliche Wirtschaft bieten könne, einen entsprechenden Preis hielten. Eine Preisüberwachung sei unbedingt erforderlich. Wenn der Bauer sage, daß er heute jeden beliebigen Preis vom Händler verlangen könne, dann werde er natürlich nicht daran denken, sich an die Vorschriften zu halten.

Was die Frage der Höchst- oder Richtpreise angehe, so warne er nach seinen Erfahrungen davor, ein allzu stark ausgebautes Höchstpreissystem einzuführen. Angesichts der primitiven Verhältnisse in Polen werde man mit den Höchstpreisen, wie man sie im Altreich habe, nicht auskommen können, weil die Möglichkeit der Überwachung fehle. Im Altreich Sorge schon der Ortsgruppenleiter und der Ortsbauernführer dafür, daß die Preise eingehalten würden. Im Generalgouvernement habe aber die Bevölkerung das Interesse, in jeder Beziehung der Verwaltung Schwierigkeiten zu machen. Deshalb müsse der Höchstpreis so kalkuliert werden, daß man ihn auch einhalten könne.

Ihm stehe verschiedenes Material zur Verfügung, aus welchem er zahlenmäßig nachweisen könne, daß auf ganz kurzen Eisenbahnstrecken gestohlen werde. Er habe erst heute vormittag eine Meldung erhalten, daß aus einem Waggon Mehl auf der ganz kurzen Strecke von Krakau nach einem Vorort nicht weniger als 20 Sack Mehl gestohlen worden seien. Weiter seien aus einem nach Sanok rollenden Waggon Waren im Werte von 809 Zloty gestohlen worden. Solche Vorkommnisse würfen natürlich die ganze Kalkulation über den Haufen. Deshalb rechne auch die Hauptgenossenschaft von vornherein mit einem Verlust von 8 % infolge Diebstahl auf der Eisenbahn.

Wenn man auf die katastrophalen Verpflegungsverhältnisse der polnischen Eisenbahner hingewiesen habe, so wolle er die Richtigkeit dieses Hinweises bis zu einem gewissen Grade zugeben. Streifen durch die Züge, insbesondere die Warschauer Züge, hätten erwiesen, daß die polnischen Eisenbahner am meisten an diesen Dingen beteiligt seien.

Aus

Aus der Kriegs- und Inflationszeit im Altreich wisse man ja, daß man sich immer der Eisenbahner bedient habe, um Lebensmittel zu schmuggeln. Wenn man deshalb nicht sofort auf jeden Wunsch eingehe, so sei das zu verstehen. Selbstverständlich habe man auch der Ostbahn gegeben, was nur möglich gewesen sei. Aber man habe eben auch nur beschränkte Möglichkeiten gehabt. Auch bei der Preisüberwachung müsse man selbstverständlich von primitiven Verhältnissen ausgehen, da kein großer Apparat zur Verfügung stehe. Immerhin müßte aber immer wieder auf dem Wege von Stichproben der Bevölkerung klar gemacht werden, daß eine Kontrolle bevorstünde und sie dabei gefaßt werden könne. Auch nach Ansicht der Kreishauptmänner müsse die Preisüberwachung unter allen Umständen durchgeführt werden, mit ihr müsse auch die Erfassung der neuen Ernte Hand in Hand gehen.

Geheimrat Dr. Zetzsche nimmt dann zur Frage der Textilwirtschaft Stellung. Ob die vorhandenen Textilien für den Bedarf der Bevölkerung ausreichen, hänge von den Zurverfügungstellungen ab. Außerdem müsse dabei berücksichtigt werden, welche Mengen die Landwirtschaft für die Durchführung ihres Planes brauche. Die Erörterungen mit der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft hätten noch nicht abgeschlossen werden können, weil erst gestern die Einzelheiten des Planes bekannt geworden seien.

Die Verteilung der Bedarfsscheine und überhaupt die gesamte Bedarfsregelung würde sich leichter durchführen lassen, wenn eine einzige Ausstellungsstelle vorhanden wäre. Bei den Verwaltungen zur Durchführung der gesamten Wirtschaft habe man absichtlich dieses System nicht gewahrt, weil man damit habe rechnen müssen, daß ein sehr großer Teil der Beamtenschaft ständig von der Arbeitsstätte entfernt sei. Deshalb habe man die Bestimmung getroffen, daß auch in den Dienststellen der Beamten eine Ausstellung möglichst gewährleistet werde. Dieses Prinzip habe sich gut bewährt.

Reichsbahnoberrat Lorenz hält den Plan, eine Organisation des gewerblichen Transportwesens ähnlich derjenigen der Reichsverkehrsgruppen zu schaffen, zur Zeit nicht für durchführbar. Man wolle doch die im Generalgouvernement vorhandenen Transportmittel erfassen und ihren Einsatz so natürlich wie möglich unter straffer deutscher Führung regeln. Die Erfassung würde sich zunächst auf die Pferdefuhrwerke erstrecken, bei denen es aber schwierig sei, im einzelnen festzustellen, ob sie lediglich im Transportgewerbe tätig seien oder nicht auch in Verbindung mit der bäuerlichen Wirtschaft arbeiteten. Er müsse sich daher gegen die Bildung eines solchen Zwangsverbandes, wenigstens

wenigstens bis auf weiteres, wenden. Vielmehr bedürfe es zunächst einer örtlichen Erfassung der vorhandenen Transportmöglichkeiten und ihres Einsatzes unter Führung des Kreishauptmanns.

Der Leiter der Abteilung Wirtschaft im Distrikt Radom, Slan, weist zunächst darauf hin, daß die Frage einer Betätigung der Hamburger Firmen für den Distrikt Radom außerordentlich wichtig sei. Man habe deshalb auch schon einen Warenschutz ^{an} vorbereitet. Was die Lastkraftwagen angehe, so solle überlegt werden, ob die dort bestimmt noch vorhandenen unfertigen Wagen zusammengebaut werden könnten. Den Distrikten müßte von der Dienststelle für den Vierjahresplan ein Sonderkontingent von Eisen und Stahl für die Reparatur der vorhandenen Wagen zur Verfügung gestellt werden, die zum größten Teil deswegen längere Zeit stillliegen mußten, weil man keine Ersatzteile erhalten konnte.

Für das Problem der Dezentralisation weise er noch auf folgende Gesichtspunkte hin: Man neige zu leicht dazu, die Verhältnisse im Reich auf das Generalgouvernement übertragen zu wollen, ohne daran zu denken, daß hier doch alles anders liege. Vor allen wichtigen Dispositionen müsse man deshalb zunächst berücksichtigen, wie alles das, was heute im Reich selbstverständlich sei, entstanden sei. Von dieser Warte aus müsse man für jedes Vorhaben die Grundlage suchen, auf der organisatorisch aufgebaut werden könne. Er denke z.B. an die Gründung von Verbänden der verschiedenen Berufszweige, denen von vornherein die Aufgabe eines Dachverbandes gegeben werden solle. Dachverbände im Reich seien aus den Gruppen in in Provinzen und Ländern entstanden, die ihre Berufsinteressen mit ihren Mitgliedern verfolgten. Das lasse sich aber nur in Gruppen von höchstens Distriktsgröße durchführen. Es handele sich nur darum, die bereits gemachten Erfahrungen in einfacher Form in den Distrikten durchzuführen, um möglichst schnell auf Grund dieser Entwicklung wirtschaften zu können. Seine Bitte gehe deshalb dahin, die Gründung von Verbänden, wie z.B. eines Ziegeleiverbandes, vorerst den Distrikten zu überlassen, die am besten in der Lage seien, mit einem solchen Instrument die größte Wirksamkeit zu erzielen. Dachverbände stellten eine Verfeinerung dar, zu der man in ruhigen Zeiten ganz von allein komme. Alle Erfahrungen müßten in gemeinsamer Besprechung erörtert werden, was wieder dazu diene, die Aufstellung der für das ganze Generalgouvernement gültigen Richtlinien und Weisungen zu erleichtern. Dazu gehöre auch, daß Vorschriften über Normen erlassen würden, die der Vereinfachung, Verbilligung oder Materialersparung dienen sollten. Unter allen Umständen sei die Schaffung

Dr. Frauendorfer beschäftigt sich mit dem Problem des Arbeitseinsatzes der Juden. Grundsätzlich sei die Bewirtschaftung der jüdischen Arbeitskräfte Sache der Polizei. Die Dinge liegen so, daß in der Praxis die Abteilung Arbeit im Benehmen mit der Polizei die Juden an den Stellen einsetzen, an denen ihr andere Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen. Dieser Zustand werde sich im Laufe der Zeit noch mehr herausbilden. Man sei im Generalgouvernement mit den Arbeitskräften so ziemlich am Ende, was auch verständlich erscheine, wenn man sich die Bevölkerungsbewegung in den abgelaufenen Monaten, die Zahl der Toten, der Gefallenen usw. vorstelle.

Der Judeinsatz sei also für die Zukunft in der Weise geplant, daß die Erfassung der Juden nach wie vor grundsätzlich Sache der Polizei bleibe, daß aber der Einsatz durch die Abteilung Arbeit im Benehmen mit der Polizei erfolge. Es bestehe die Absicht, die Juden künftig auch in den normalen Arbeitsprozeß einzusetzen; ein Tarif hierfür sei vorbereitet. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Juden, solange sie eben da seien, in irgendeiner Weise versorgt werden müßten. Gebe man ihnen nichts, dann trieben sie eben Schleichhandel.

Der wichtigste Punkt im ganzen Arbeitsproblem sei die Lohnfrage. Die Abteilung Arbeit habe bisher - und zwar auf ausdrückliche Weisung des Herrn Generalgouverneurs und in ständiger Zusammenarbeit mit dem Vierjahresplan - alle Löhne auf dem Standpunkt gehalten, der beim Beginn der Tätigkeit der deutschen Verwaltung vorgefunden worden seien. Zweifellos seien damit für viele Menschen große Härten verbunden, aber ein anderes Prinzip lasse sich auf keinen Fall durchführen.

Das

M.

Das Festhalten an den Löhnen sei die einzige Möglichkeit, ein Abgleiten ins Uferlose zu verhindern. Wenn darauf hingewiesen wird, daß der oder jener Artikel heute das 3 - 4 fache koste, so dürfe man daraus nicht den Schluß ziehen, daß man die Löhne auf das 3 - 4 fache erhöhen müsse. Eine Erhöhung um etwa 10 - 15 % habe praktisch keine Bedeutung, würde aber andererseits das wertvolle psychologische Moment, das in der Beibehaltung der bisherigen Löhne liege, zunichte machen. Überhaupt handle es sich bei der ganzen Frage nicht so sehr um ein Lohnproblem, als vielmehr um ein Versorgungsproblem.

Für die Arbeiter sei die Versorgungsfrage im allgemeinen bereits erledigt. Daß sich gewisse Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Zucker- und Fettversorgung ergeben, müsse man in Kauf nehmen. Nun sei der Vorschlag gemacht worden, die Lohnschwierigkeiten dadurch zu überwinden, daß man für gewisse Arbeitergruppen eine kleine Lohnerhöhung durchführe. Er habe an sich vorgehabt, gewissen Kategorien von ungelernten Arbeitern den Lohn um einige Groschen zu erhöhen. Da sei er auf für ihn nicht überwindbare Schwierigkeiten gestoßen. In Polen bestehe nämlich zwischen den öffentlichen Tarifen und den privaten Grundsätzen eine absolut starre Relation, und zwar so, daß die untersten Kategorien in den Privatbetrieben ebenso gestellt seien wie in den Staatsbetrieben. Wenn irgendwelche Lohnerhöhungen durchgeführt worden wären, dann wäre die ganze Aparatur in Unruhe geraten, weil die öffentliche Verwaltung nicht hätte mitmachen können. Bei der Ostbahn hätte eine Lohnerhöhung für die Arbeiter der untersten Stufen um wenige Groschen ein weiteres Defizit von 40 Millionen Zloty ergeben, also einen Betrag, der finanzmäßig nicht zu verantworten gewesen wäre.

Er gehe davon aus, daß die ganze Arbeit im Generalgouvernement bisher nur unter dem Gesichtspunkt geführt worden sei, daß eines Tages wieder ein polnischer Reststaat in Erscheinung treten werde, der nicht unmittelbar unter der deutschen Verwaltung leben würde. Von diesem Standpunkt aus gesehen sei es natürlich klar, daß man sich sage: uns kann es gleichgültig sein, ob der polnische Reststaat leistungsfähig ist oder nicht. Das ganze Problem verschiebe sich aber in dem Augenblick, in welchem der Führer entschieden habe, daß der ganze Ostraum ein mehr oder weniger mit dem deutschen Reich in Verbindung stehender Annex sein werde. Aus dieser Entscheidung habe sich die Möglichkeit ergeben müssen, die grundsätzlichen Schwierigkeiten in diesem Gebiet weitgehend zu regeln. Wenn man schon auf dem Standpunkt stehe, daß dieses ganze Gebiet für Deutschland zur Verfügung stehe, dann müsse das Generalgouvernement in eine Form gebracht werden, in der es leistungsfähig und lebensfähig sei. Wenn im Warthegau als landwirtschaftliches Überschußgebiet, das eigentlich für den polnischen Staat die Versorgungsbasis bot, unter den Bewohnern weit über 8 Millionen Polen und insgesamt 120 000 Deutsche seien, dann wäre es doch wohl unter dem deutschen Gesichtspunkt denkbar, daß man die Grenzen etwas anders zöge, um den halbwegs lebensfähigen Gesamtkomplex des Generalgouvernements zu schaffen.

Das

Das gleiche gelte für Lodsch und das Industriegebiet. Diese Grenze könnte jederzeit entsprechend dem Fortschreiten der Siedlung verschoben werden.

Bankdirigent Paersch führt aus, daß in Polen auf dem flachen Lande der Warentausch schon früher eine zwar begrenzte, aber doch durchaus allgemeinere Bedeutung gehabt habe. Es sei deshalb nur folgerichtig, wenn im Interesse der Überwindung der Versorgungsschwierigkeiten, anknüpfend an diese Erscheinung, der Weg des Tausches gegenüber dem Angebot landwirtschaftlicher Erzeugnisse stärker in den Vordergrund trete. Er habe für diese Bestrebungen volles Verständnis, aber die Diskussion habe doch auch schon ergeben, daß die wirtschaftliche Betrachtung des Tauschgeschäftes nicht nur aktive Posten, sondern auch passive Posten enthalte. Diese warenwirtschaftliche Passivposten würden aber noch durch einen weiteren Passivposten von der Geldseite her ergänzt. Sicherlich vollziehe sich der Warentausch auf der Grundlage der Preisgestaltung mit amtlich festgesetzten Preisen, sicherlich würden auch diese festgesetzten Preise der Öffentlichkeit gegenüber beim Tauschgeschäft zugrunde gelegt. Wenn aber diese Tauschgeschäfte einen größeren Umfang annehmen, dann könne das leicht dazu führen, daß die preismäßige Grundlage zurück, und die warenmäßige Grundlage in den Vordergrund trete. Es würde bedeuten, daß die Wirtschaft in Polen unter dem Einfluß der Überwindung der Versorgungsschwierigkeiten zurückentwickelt werden würde mit der Tendenz zur Tauschwirtschaft. Diese Entwicklung sei aber gesamtwirtschaftlich nicht erwünscht. Im Gegenteil: so dringend die Überwindung der gegenwärtigen Versorgungsschwierigkeiten sei, so dringend müsse angestrebt werden, auf dem nunmehr für die Überwindung vorgesehenen Wege allmählich zu einer Abkehr von der Tauschwirtschaft zu kommen und die Wirtschaft in Polen zur Geld- und Kreditwirtschaft hinzuführen.

Was in der Aussprache über die warenmäßige Grundlage angeführt worden sei, scheine sich darauf zu stützen, daß in diesem Lande ein Warenmangel bestehe und dieser Mangel zu einer Unterversorgung der polnischen Bevölkerung führe, gegenüber einer noch gerade ausreichenden Versorgung der A- und B-Betriebe. Dieser Warenmangel könne nun nur von zwei Seiten aus erfaßt werden, entweder durch Beschränkung der Nachfrage oder Stärkung des Angebots an Ware. Die Beschränkung der Nachfrage habe man dadurch zu erreichen versucht, daß nur die Stellen, an denen das Reich interessiert sei, ausreichend beliefert würden. Die Beschränkung des Angebots sei bedeutsam ^{von} dem

dem Gesichtspunkt aus, ob es nicht richtig wäre, die ganze theoretische Grundlage der Löhne und Preise aufzugeben und im beschränkten Umfange eine Erhöhung der Löhne zuzulassen. Die Folge wäre gewesen, daß, da ~~nix~~ ja das Geld auch nichts weiter sei als ein Bezugschein auf Güter, hierdurch die Menge der Bezugscheine zu einer vermehrten Nachfrage geführt hätte~~ge~~. Das würde dann wieder zu Preisher^{ab}setzungen führen, und im weiteren Verlauf würde man die Frage aufwerfen, ob die künstliche Festhaltung der Löhne nicht verlassen und eine künstliche Steigerung herbeigeführt werden müßte. Auf diesem Wege sei es also auf keinen Fall möglich. Da die Unterversorgung breiter polnischer Kreise bestehe, versuchten diejenigen, die genügend Zeit hätten, sich diese Ware zu verschaffen, besonders, wenn sie über das notwendige Geld verfügten.

Damit komme er zu einer wirtschaftlichen Betrachtung des Schleichhandels. Der Schleichhandel sei natürlich vom Standpunkt der Regelung des Warenverkehrs etwas außerordentlich unangenehmes, und die Werturteile darüber seien in den Diskussionen im allgemeinen negativ gewesen. Wenn man aber die Grundlagen des Schleichhandels, die Unterversorgung, den Warenmangel, die Schwierigkeiten des Transports usw. kenne, dann gewinne diese Frage doch ein anderes Aussehen. Der Schleichhandel übernehme ja den Transport, er transportiere die Ware von der Erzeugungs- zur Verbrauchsstätte. Die Transportfrage sei nun einmal ein sehr wichtiges Problem, das bei der Behebung des Warenmangels zu lösen sei. Der Warenmangel in diesem Lande sei nach seinem und aller Sachkenner Urteil nur über die Kontingente zu beseitigen. Mit der Kontingentierung werde aber die Transportfrage nicht erleichtert. Darum sollte man mit einer drakonischen Bekämpfung des Schleichhandels und einer zu rücksichtslosen Einsetzung von Polizei- und Verkehrskontrollen vorsichtig sein.

Präsident Senkowski nimmt schärfstens Stellung gegen irgendwelche Lohnerhöhungen. Vom Standpunkt des Haushalts des Generalgouvernements sei eine solche Lohnerhöhung absolut ausgeschlossen, denn sie würde sich ja auf die Dauer nicht allein auf die Arbeiter in den Betrieben beschränken, sondern müßte~~ge~~ sich auch auf alle anderen auswirken, die aus dem Haushalt des Generalgouvernements bezahlt würden.

Er habe bei Besprechungen über die Frage der Monopolbetriebe keinen Zweifel darüber gelassen, daß es mit Rücksicht auf den Haushalt des Generalgouvernements völlig untragbar wäre, hier irgendwelche Änderungen vorzunehmen. Er habe die Erfahrung gemacht, daß die landwirtschaftliche Zentralstelle mit der geringen Handelsspanne zufrieden sei. Er bezweifle übrigens auch, daß 76 % der Bevölkerung

Bevölkerung des Generalgouvernements als landwirtschaftliche Bevölkerung anzusprechen seien, und daher 76 % der Bedarfsartikel für die landwirtschaftliche Bevölkerung bereitgestellt werden müßten, insbesondere auch Gegenstände des Monopols. Es habe sich vielmehr gezeigt, daß zumindest 50 % der Monopolfabrikate in den Städten Krakau, Warschau, Tschenstochau usw. abgesetzt würden.

Was Bankdirigent Paersch über den Tauschhandel gesagt habe, könne er nur bestätigen. Er sehe in den Bezugscheinen praktisch eine Art inflationistischer Maßnahmen. Wenn ein Bauer Bezugscheine für irgendetwas bekomme, was er nicht brauche, dann werde er sie verkaufen oder für einen anderen Bedarfsartikel in Zahlung geben. Das bedeute, daß der Bezugschein damit zusätzliches Zahlungsmittel werde, das aber nicht so leicht einlösbar sei. Man habe auf anderen Gebieten ähnliche Erfahrungen gemacht. Es werde sich ein Marktpreis für Bezugscheine entwickeln, und das Ziel, das erreicht werden solle, nämlich möglichst viel Ware heranzuschaffen, werde bestimmt nicht erreicht.

Für die Frage des Zollschatzes verweise er auf seine gestrigen Ausführungen. Es sei auf die Dauer nicht tragbar, einen Unterschied in der Zollbelastung hinsichtlich der neuen Reichsgaue und der übrigen Gaue zu machen. Für die Übergangszeit sei es ohne weiteres möglich gewesen, auch beim Anschluß der Ostmark und des Sudetengaus seien ähnliche Maßnahmen durchgeführt worden.

Wenn man gesagt habe, daß diese Bekanntmachungen über Zoller-mäßigungen eigentlich von Zollerhöhungen sprechen sollten, so sei das vielleicht auf den ersten Blick gesehen richtig, weil man von der Zollfreiheit abgehe und stufenweise zu einer 15 %igen Zollerhöhung übergehen werde. Man habe seinerzeit einen großen Teil der Zollsätze herunter gesetzt, man habe den polnischen Zollschatz unter den Tisch fallen lassen und einen neuen Zolllarif ab 1. Mai in Kraft gesetzt. Die Einfuhr aus dem Altreich sei mengenmäßig unverhältnismäßig größer als die aus den neuen Reichsgauen. Ein Ausgleich werde sich in den Kalkulationen herbeiführen lassen, insbesondere dann, wenn von den Abteilungen Wirtschaft und Landwirt und den sonstigen Abteilungen angegeben werde, welche Zollschatznotwendigkeiten im Generalgouvernement gegeben seien.

Landrat Dr. Siebert will zu den Ausführungen der beiden Gouverneure über das Verhältnis des Amtes des Generalgouverneurs zu den Distriktschefs keine Ausführungen machen, da diese Frage einer anderen Sitzung vorbehalten bleiben solle. - Wenn heute das Bezugscheinwesen eingeführt werden sollte, so bedeute das von vornherein eine
starke

starke Belastung der Kreishauptmänner. Es sei bekannt, wie sehr die Kreishauptmänner mit Arbeit überlastet seien, und es werde aller Kräfte bedürfen, um den Aufgaben gerecht werden zu können, die die Abteilung Preisbildung erfüllt sehen wolle. Er bitte deshalb Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann und Landesbauernführer Körner, mit allen Mitteln nach einer Vermehrung des Personals zu trachten und auf die starke Belastung der Kreis- und Stadthauptmänner Rücksicht zu nehmen.

Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann nimmt zugleich im Namen der 4 Leiter der Preisbildungsstellen bei den Distrikten zu einigen Fragen Stellung. Wenn gesagt worden sei, daß die Textilpreise 200 % über den Vorkriegspreisen lägen, so sei das teils falsch, teils richtig. Falsch sei es, soweit bewirtschaftete Textilien in Frage kämen. Nachdem die Bewirtschaftung bereits zum großen Teil eingeführt sei, sei anzunehmen, daß jeder, der einen Bezugschein habe, auf diesen Bezugschein auch Ware erhalte, die ihm zu einem immerhin angemessenen Preise geliefert werde. Richtig sei, daß im Schleichhandel hohe Preise gezahlt würden. Aber die Maßnahmen der Preisbildungsstelle würden darauf hinzielen, der Abteilung Wirtschaft immer dann, wenn im Schleichhandel Ware entdeckt würde, diese möglichst schnell zur Verfügung zu stellen.

Eine Regelung der Schuhpreise sei bisher noch nicht erfolgt. Sobald die Verordnungssperre aufgehoben sei, werde man mit einer entsprechenden Verordnung herauskommen. Allerdings werde das gegenwärtige Preisniveau sehr stark davon abhängen, ob es der Dienststelle für den Vierjahresplan gelinge, eine so günstige Organisation zu schaffen, daß möglichst wenig Unkosten innerhalb dieser Organisation entstünden.

Eine Änderung der Milchpreise sei gefährlich; man werde jedoch trotzdem in eine Prüfung dieser Frage eintreten. Das gleiche gelte von den Gaststättenpreisen. Auch hier würden Bemühungen gemacht, um aufgetretene Mißstände abzustellen.

In der Lohnfrage habe sich die Abteilung Arbeit ein außerordentliches Verdienst erworben. Der Standpunkt der Abteilung Arbeit werde vom Standpunkt der Preisbildung und Preisüberwachung aus durchaus geteilt.

Hinsichtlich der Zölle werde die Verordnung, die vor kurzem erschienen sei, die Preise bei einer Reihe von Erzeugnissen, auf deren Bezug aus den neueingegliederten Reichsgebieten das Generalgouvernement angewiesen sei, stark beeinflussen.

Die Dienststellen für Preisüberwachung bei den einzelnen Distrikten seien nunmehr eingerichtet. Was die Ausstattung mit Personal anbelange, so sei zu hoffen, daß die Besetzung dieser Abteilungen bald durchgeführt werde. Vorläufig mangelt es diesen Abteilungen noch an allem möglichen, insbesondere auch an Kraftwagen. Es sei zu wünschen, daß die Gouverneure dafür sorgen, daß die Überwachungsabteilungen sobald wie möglich flott gemacht werden.

Die Preisüberwachungsabteilungen werden die Arbeit auf dem Überwachungsgebiet nicht selbst ausüben können; das Schwergewicht ihrer Tätigkeit werde bei den Kreishauptmännern liegen. Bei allen Maßnahmen würden zuerst die Stadt- und Kreishauptmänner gehört und erst, wenn die Durchführbarkeit einer Maßnahme feststehe, werde an die Durchführung herangegangen. Den Kreis- und Stadthauptmännern werde auf dem Gebiet der

Preisüberwachung

Preisüberwachung eine starke Initiative überlassen. Selbstverständlich sei es unmöglich, daß jeder Stadt und Kreishauptmann seine Maßnahmen nur auf seinen Bereich allein durchführe; die Maßnahmen der einzelnen Kreise und Städte müßten vielmehr auf einander abgestimmt werden.

Die Abteilung für Preisbildung und Preisüberwachung werde es sich besonders angelegen sein lassen, die nunmehr in verhältnismäßig großem Umfange zur Verfügung stehenden Beamten auch entsprechend zu schulen. Die Schulung erscheine im Augenblick wichtiger als die Zurverfügungstellung weiterer Beamter. Beamte, die auf dem Gebiet der Preisüberwachung unerfahren seien, könnten nur einen Bruchteil leisten. Daher sei es notwendig, daß aus dem Polizeiapparat immer wieder dieselben Beamten zur Verfügung gestellt werden und das Personal nicht gewechselt werde, weil sonst eine Schulung nicht möglich ist. Es sei daher zu wünschen, daß der Höhere SS- und Polizeiführer dieser Angelegenheit sein besonderes Augenmerk zuwende.

Die Preisüberwachungsstelle sei in den letzten Wochen mit einer Reihe von Angelegenheiten beschäftigt gewesen, die man als Kleinigkeiten bezeichnet habe. Es sei der Preisüberwachungsstelle nahegelegt worden, sich nicht mit diesen Dingen zu befassen, sondern die großen Probleme anzugreifen. Eine solche Einstellung müsse als falsch bezeichnet werden.

General Barckhausen ersucht die Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft in den nächsten Wochen der Versorgung der Rüstungsbetriebe ihr ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden.

M.

zuwenden. Jeder Rückschlag in der Versorgung dieser Betriebe mache sich sofort in einem Nachlassen der Leistung bemerkbar. Wenn man dazu übergehen müsse, im Interesse einer gesteigerten Produktion dieser Betriebe die Arbeitszeit zu erhöhen und Nachtschichten einzulegen, dann müsse unbedingt auf dem Gebiete der Ernährung alles in Ordnung sein.

Eine ernste Sorge bilde der Facharbeitermangel. In den nächsten Wochen und Monaten dürften unter keinen Umständen Facharbeiter aus der Rüstungsindustrie herausgezogen werden. Es wäre wirtschaftlich ein Wahnsinn, eingearbeitete Kräfte aus ihren Betrieben herauszureißen und in Deutschland wieder anfangen zu lassen. Unter einem solchen System würde die Produktion erheblich leiden.

General Barckhausen berichtet sodann im Hinblick auf den ihm erteilten Befehl zur erheblichen Steigerung der Munitionsarbeiten an die Abteilung Wirtschaft und den Vierjahresplan die dringende Bitte, die von der Rüstungsindustrie benötigten Mengen an Erz und Schrott zur Verfügung zu stellen, damit sämtliche, im Generalgouvernement noch befindlichen Hochöfen in Betrieb gesetzt werden können. Wenn bei allen Dienststellen der Wille zur kameradschaftlichen Zusammenarbeit bestehe, dann werde auch die Rüstungsindustrie im Generalgouvernement zur Erreichung des Endsieges beitragen.

Major Hartog versichert, daß auf dem von Herrn General Barckhausen erwähnten Gebiet alles nur mögliche getan werde.

Generalintendant Heckel erwähnt, daß der Armee der Grundsatz mitgegeben worden sei, möglichst wenig an Verpflegung

O/4 M.

gung aus der Heimat zu verlangen, sondern aus dem Land zu leben. Es müsse jedoch der Meinung entgegengetreten werden, als ob das Heer zu 100 % aus dem Land gelebt habe oder gar Vorräte in die Heimat mitgenommen habe. Die Truppe habe vielmehr Nachschub aus der Heimat bekommen.

72

Generalintendant Heckel weist darauf hin, daß man in Krakau einen Verpflegungssatz von 20 000 Kopf gehabt habe. Wenn in der Aussprache die Doppelverpflegung erwähnt worden sei, so könne er darauf hinweisen, daß man bei der Truppe versucht habe, sie nach Möglichkeit zu unterbinden. Gegenüber den Zivilisten könne er aber irgendeine Kontrolle nicht ausüben. Doppelverpflegung bestehe bei Zivilisten in erhöhtem Umfange.

Was im übrigen die Lieferung von Vieh, Fleisch und Eiern angehe, so müsse er feststellen, daß die Versorgung mit Eiern zufriedenstellend gewesen sei, ebenso die Lieferung von Vieh. Er würde es begrüßen, wenn die Termine möglichst eingehalten würden, denn die Verwaltung müsse mit den Lieferungen rechnen. Erfreulich sei es, daß das Umlageverfahren erweitert werden solle. Er nehme auch an, daß der Umtausch innerhalb des Generalgouvernements noch weiter betrieben werde. Unter den gegebenen Verhältnissen sei mit Rücksicht darauf, daß im Gebiete von Oberost die Verpflegung stark sinken werde, zu hoffen, daß nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern die ganze Wehrmacht erstmalig zu 100 % ab 1. September dieses Jahres aus dem Lande leben könne.

Schließlich bitte er noch, zu erwägen, ob nicht für den Abtransport von Holz zu dem im Betriebe der Monopolverwaltung stehenden Sägewerke Transportmöglichkeiten geschaffen werden könnten, die nach Wegfallen der Kolonnenwagen sehr schlecht geworden seien.

Regierungsrat Dr. Bergmann nimmt zu den Anregungen Stellung, die für ein Zusammenarbeiten mit der Dienststelle des Vierjahresplans gegeben worden seien. Bevor man das Bezugscheinwesen in Kraft setze, müsse man ungefähr ein Bild darüber haben, wieviel Bezugscheine benötigt würden. Zu diesem Zweck müßte das Ergebnis der Besprechungen unbedingt den in Frage kommenden Stellen zugeleitet werden. Unbedingt notwendig sei es auch, in der Personalfrage endlich eine Klarheit zu gewinnen. Hier stehe man vor dem Problem, ob es nicht möglich sei, auch etwas mit polnischem Personal zu arbeiten. In der Stadtverwaltung sei das ja schon vielfach der Fall. Wirtschaftlich gesehen würden daraus manche Vorteile entspringen. - Bei der Bekämpfung des Schleichhandels könne man vielleicht neben anderen Maßnahmen auch an eine Erschwerung des Transports insbesondere durch Panie-Wagen denken. Man müßte vielleicht alle diese Transportmöglichkeiten genehmigungspflichtig machen.

SS-Obergruppenführer Krüger nimmt in längeren Ausführungen zu den Referaten Stellung. Diese ebenso interessanten wie ausführlichen Referate hätten gezeigt, daß die Fragen der Preisbildung und Versorgung

73

Versorgung letzten Endes auch im engen Zusammenhange mit der Frage des Einsatzes der SS und Polizei ständen. Die von den Vorrednern gemachten Ausführungen ließen erkennen, daß der Ruf nach der Polizei sehr groß sei. Es dürfte aber allgemein bekannt sein, daß die Kräfte der SS und Polizei auf einer sehr schmalen Basis arbeiten müßten, und daß man im Hinblick auf die gegenwärtige Lage auch sehr sparsam mit ihnen umgehen müsse. Deshalb habe er zunächst einmal die Bitte, daß die gesamte Leitung aller dieser Dinge zentral geführt werde. Ein Kreishauptmann z.B. könne nicht ohne weiteres der Meinung sein, er müsse Polizeikräfte zur Verfügung haben, die ihm gewissermaßen befehlsmäßig unterstehen. Der Kreishauptmann habe zwar das Recht, über die Polizeikräfte zu verfügen, er als Höherer SS- und Polizeiführer sei aber für den ganzen Sektor Polizei, für den Einsatz und für die Durchführung der polizeilichen Aufgaben verantwortlich. Voraussetzung für ihren Dienst sei vor allem, daß die Sicherheit und Ordnung im Generalgouvernement aufrecht erhalten werde. Daß das Gebiet noch nicht befriedet sei, dürfte wohl allgemein bekannt sein. Er müsse daher für den ganzen Bereich unter Umständen seine Polizei- und SS-Kräfte einsetzen, wie es gerade in den letzten Tagen wieder, wenn auch im kleinen Rahmen, im Distrikt Lublin und in Radom der Fall gewesen sei. Weiter stehe zur Zeit die Bekämpfung der politischen Widerstandsbewegung im Vordergrund, und ferner seien ständig die Banden zu bekämpfen. Das Bandenwesen im Generalgouvernement sei keine Kriegerscheinung, sondern habe schon zu Friedenszeiten bestanden. Ferner falle die Umsiedlung in das Aufgabengebiet der Polizei und SS, ebenso die Frage der Landarbeiterwerbung für das Deutsche Reich. Auch sei ein großer Teil von Polizeikräften für die Wachvorhaben der Wehrmacht abgegeben worden. Weiterhin sei zu bedenken, daß die Wehrmacht in nächster Zeit an Zahl verringert werde, was ebenfalls im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Polizeikräfte von Wichtigkeit sei.

Im Vordergrund stehe die Frage der Preisbildung. Hier müsse man die Frage aufwerfen, wie denn bisher die Preisüberwachung, vom Standpunkt der Polizei aus gesehen, durchgeführt worden sei. Der Herr Generalgouverneur habe im Februar die Forderung aufgestellt, daß sämtliche Polizeikräfte nach Möglichkeit für die Preisüberwachung eingesetzt werden sollten. Erste Voraussetzung einer richtigen Preisüberwachung sei aber, daß der Polizeibeamte überhaupt in der Lage sei, sich mit der Bevölkerung zu verständigen, d.h., er müsse die polnische Sprache beherrschen. Deshalb sei er genötigt gewesen, zunächst die polnische Polizei zum Einsatz zu bringen, die selbstverständlich

74

selbstverständlich unter deutscher Bewachung gestanden habe. Es habe sich herausgestellt, daß dort, wo deutsche Polizeibeamte die Aufsicht gehabt hätten, die polnischen Beamten gut arbeiteten, aber in dem Augenblick, in welchem die Bewachung wegfiel, versagt hätten. Die Ordnungspolizei habe Hunderte und Aberhunderte von Festnahmen durchgeführt, die betreffenden seien in die Gefängnisse eingeliefert worden und hätten ihrer Aburteilung entgegengesehen. Die Gefängnisse seien überfüllt, und es habe oft Monate gedauert, bis die Betreffenden ihrer Strafe zugeführt werden konnten. Wenn unter den jetzigen Verhältnissen nicht mit ganz scharfen Maßnahmen durchgegriffen werden könne, so habe die Preisüberwachung in dieser Form keinen Zweck.

Für die Zukunft ständen ihm zur Verfügung: Kräfte der Ordnungspolizei, Landgendarmen, die polnische Polizei, der Sonderdienst bei den Kreishauptmännern und neuerdings der Einzeldienst. Es habe keinen Zweck, die Polizei mengenmäßig auf die Märkte zu werfen, wenn man nicht über vorgeschulte Polizeiorgane verfüge. Die Preisüberwachung sei überhaupt die Voraussetzung für sämtliche grundsätzlichen Fragen der Ernährung im Generalgouvernement. Die Form der Durchführung sei noch vollkommen lückenhaft. Wenn man die Beamten erhalte, die dann unter seinem Befehl stehen werden, so sei zunächst einmal die Prüfung dieser Beamten auf ihre Eignung die Voraussetzung. Er habe einen Plan entworfen, in welcher Form er sich die Verteilung der einzelnen Beamten vorstelle. Diese Beamten würden in die Standorte gebracht werden, sie würden zunächst auf ihre Eignung geprüft. Auf diesem Gebiete müsse eine engste Zusammenarbeit zwischen dem Höheren SS- und Polizeiführer und der Abteilung Preisbildung stattfinden.

Die Frage nach der Einrichtung von sogenannten Polizeiverwaltungen, wie sie im Reich üblich seien, sei vielleicht noch nicht spruchreif, ihre Lösung werde sich aber im Laufe der Zeit ergeben. Er habe sich auch bereit erklärt, die Frage der Dislozierung einer Prüfung zu unterziehen. Die Regelung dieser Frage richte sich nach den örtlichen Verhältnissen, die in den Distrikten verschieden gelagert seien. Er komme den Kreishauptmännern weitgehendst entgegen, könne das auch umsomehr, als die Polizei durch den Sonderdienst sehr stark entlastet werde.

Mit dem Transportwesen stehe im engen Zusammenhang die Frage der Bahnbewachung. Er sei der Ansicht, daß eigentlich die Bahnüberwachung nicht Sache der SS und Polizei, sondern eine Aufgabe des Bahnschutzes

85

Bahnschutzes sei. Er habe nochmals mit dem Präsidenten der Ostbahn über diese Frage gesprochen und erkläre sich bereit, die Polizei nach wie vor für Zwecke des Bahnschutzes zur Verfügung zu stellen, soweit es die allgemeine Lage gestatte.

Für ein dringendes Erfordernis halte er die Erfassung der Juden. Bekanntlich habe er seinerzeit den Auftrag erhalten, die jüdische Zwangsarbeit zu organisieren. Angesichts des ständigen Wechsels, angesichts der Umsiedlung von Juden und ihrer Bewegung innerhalb des Generalgouvernements sei diese Aufgabe nicht leicht. Um zu einer vernünftigen Art von Zwangsarbeit der Juden zu kommen, wäre es notwendig, daß die nomadisierenden Juden in Städten sesshaft würden. Auf der anderen Seite gehe man jetzt daran, die Juden kartellmäßig zu erfassen. Durch die Einführung der Zwangsarbeit werde der Jude tatsächlich vielfach von der Arbeit abgehalten, und deshalb sei es notwendig geworden, die jüdischen Arbeitskräfte unter bestimmten Kautelen in der freien Wirtschaft unterzubringen. Damit würde dann dieses Gebiet auf den Leiter der Abteilung Arbeit übertragen sein. Übrigens sei es nicht so einfach, die Juden in Lager zusammenzufassen. Im großen und ganzen jedenfalls sei das nicht möglich, da Verwaltung, Bewachung, Ernährungslage und auch Finanzierung eine große Rolle spielten. Im Einvernehmen mit dem Oberbefehlshaber Ost werde jetzt der jüdische Einsatz an der sogenannten grünen Grenze zwischen Bug und San durchgeführt. Hier handele es sich zunächst um einen Versuch, und wie weit man damit komme, werde die Zukunft zeigen.

SS-Obergruppenführer Krüger geht dann auf die Frage des Transportwesens ein und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin eine ganze Anzahl von Lastkraftwagen angeschafft habe. Seit Oktober vorigen Jahres hätten in den großen Städten die Lastkraftwagen unbenutzt dagestanden. Er habe seinerzeit beispielsweise von der Wehrmacht Anträge bekommen, in denen darum gebeten worden sei, die Lastkraftwagen freizugeben, über die er als Höherer SS- und Polizeiführer gar kein Verfügungsrecht gehabt habe. Die Lastkraftwagen seien damals der Zivilverwaltung zur Verfügung gestellt worden. Wenn nun der Höhere SS- und Polizeiführer sich das brauchbare Material herausgesucht habe, so könne man es nur begrüßen, daß es gelungen sei, mit diesem Material wieder arbeiten zu können. Selbstverständlich werde dem Distrikt Lublin durch SS und Polizei geholfen werden, und er werde die Anweisung für eine Sonderaktion geben, in deren Rahmen für die Abfuhr der im Distrikt Lublin noch lagernden Materialien Fahrzeuge der Zivilverwaltung

Zivilverwaltung zur Verfügung gestellt werden.

Für den beabsichtigten Einsatz der Juden im Distrikt Lublin habe er bei der Dienststelle für den Vierjahresplan eine größere Anzahl von Spaten angefordert und auch erhalten. Er habe zunächst gebeten, für den Versuch etwa 1000 Spaten zur Verfügung zu stellen. Das gelte vorerst für die dringendsten Arbeiten. Die Anforderungen würden sich dann im Laufe der Zeit auf 10 000 Spaten erhöhen.

Den schwierigen Aufgaben der SS und Polizei müsse von Seiten der Zivilverwaltung das notwendige Verständnis entgegengebracht werden. Für SS und Polizei sei es in diesem Gebiet nicht leicht, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und die Gewähr dafür zu übernehmen, daß sich die gesamte Wirtschaftsordnung besser und planvoll entwickle. SS und Polizei seien wiederholt eingesetzt worden und hätten auch Blutopfer bringen müssen. Man zähle allein 91 Tote und etwa 87 Verletzte. Es sei wirklich keine Freude, gegen einen getarnten Gegner Tag und Nacht auf der Streife zu sein und zu kämpfen. Wenn bei scharfem Durchgreifen über die Methode gesprochen werde, dann bitte er zu erwägen, daß die Polizei und SS jede Stunde einsatzbereit sein und jeder Zeit gewärtig sein müsse, ihr Leben zu verlieren. Die Verluste hätten sich gerade in der letzten Zeit nach Besserung der Wetterverhältnisse wesentlich erhöht. Er glaube aber, gewährleisten zu können, daß es in diesem Gebiet zu größeren Unruhen nicht kommen werde, und die Polizeikräfte ihrer Aufgabe durchaus gerecht werden würden.

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt Stellung zu der Anregung, daß der Apparat der Zentrale dahin geprüft werden müsse, ob nicht eine Überorganisation vorliege. Diese Anregung decke sich durchaus mit seiner Auffassung, daß der Apparat von Zeit zu Zeit geprüft werden müsse, ob er noch einfach genug sei. Es werde dieser Sache nachgegangen werden und vielleicht könnten in einiger Zeit schon Erfolge gemeldet werden. Erstaunlich sei nur, daß der Vorwurf der Überorganisation ausgerechnet auf die Einrichtung eines eigenen Straßenverkehrsreferats gegründet werde. Die Gründung dieses Referats habe sich aus folgenden Gründen als notwendig erwiesen: mit der Zurverfügungstellung von Lastkraftwagen sei in nächster Zukunft nicht zu rechnen. Die Rohstoffverhältnisse lagen so, daß eine Zuteilung aus dem Reich nicht in Frage käme. Außerdem könne bei den gegebenen Straßenverhältnissen im Generalgouvernement der Kraftwagen nicht als allgemeines Verkehrsmittel angesehen werden. Man habe daher eine Stelle aufziehen müssen, die die landesüblichen Verkehrsmittel zusammenfassen und für die Zwecke der Verwaltung dienstbar machen soll. Hrubieszow und andere Kreise seien ja früher auch nicht vom Verkehr abgeschlossen gewesen; sie müßten sich eben auch jetzt der Panjewagen bedienen.

Hinsichtlich der Frage des Bahnschutzes habe Präsident Gerteis zugesagt, daß Reserven aus dem Sonderdienst zur Verfügung gestellt werden. Es sei zu hoffen, daß dadurch eine Sicherung des Verkehrs erreicht werde.

Bei einer Betrachtung der gesamten Wirtschaftslage im Generalgouvernement darf man nicht vergessen, daß die deutsche Verwaltung die schlechten Grundlagen der Wirtschaft aus dem früheren polnischen Staat übernommen habe. Diese Grundlagen sei-

en nicht dadurch besser geworden, daß Gebiete des früheren polnischen Staates vom Generalgouvernement abgetrennt worden seien und damit wichtigste Industriezentren samt ihren Vorräten aus dem Generalgouvernement herauskamen. Man müsse ferner bedenken, daß die polnische Bevölkerung der deutschen Verwaltung nicht wohlwollend gesinnt sei und daß sie zur Mitwirkung bei allgemeinen Maßnahmen ausscheide. Man werde auch bei Anstrengung aller Kräfte nie zu einem glänzenden Bild der Wirtschaft im Generalgouvernement kommen. Immerhin seien aber in der Debatte Gesichtspunkte herausgestellt worden, die ein Notprogramm ermöglichen. Es sei Gemeingut der Erkenntnis aller beteiligten Kreise geworden, daß mit Lohnerhöhungen und Preisfestsetzungen nichts zu machen sei. Wo keine Ware vorhanden sei, erübrige sich eine Preisfestsetzung. Das Augenmerk werde darauf zu richten sein, daß auf dem gewerblichen Sektor möglichst viel produziert werde. Mit dem steigenden Angebot an Ware sinke dann von selbst der Preis.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft sei es klar, daß die Aufbringung und Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte bewerkstelligt werden müsse. Als Mittel zu diesem Ziel sei vorgeschlagen worden: a) Tausch mit gewerblichen Gütern, b) Gewalt, c) Einschaltung des Handels. Keines der 3 Mittel werde jedoch, für sich allein angewendet, den Erfolg bringen, es bedarf vielmehr einer weisen Mischung dieser Mittel. Die landwirtschaftlichen Bezirke müßten abgegrenzt werden und die Bürgermeister die Auflage bekommen, das für ihr Gebiet vorgesehene Soll aufzubringen. Wenn für die Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten Prämien bezahlt würden, so könnte das den Erfolg nur steigern.

steigern. Daneben müsse natürlich auf die Bekämpfung des Schleichhandels Gewicht gelegt werden. Wenn zusätzlich die An- und Abfahrt von den Märkten überwacht werde und ebenso der Eisenbahnverkehr, so könne man sich auf die Dauer ein erträgliches Aufkommen an landwirtschaftlichen Gütern versprechen. Es handle sich vor allem um die Überbrückung der kommenden 3 Monate. Wenn alle Beteiligten kameradschaftlich zusammenstehen, könne nicht daran gezweifelt werden, daß diese Überbrückung gelinge.

Der Herr General-gouverneur führt abschließend folgendes aus: Der Zweck dieser Tagung war, ein Bild zu schaffen von der Stellungnahme der verschiedenen Dienststellen im Generalgouvernement zu der Regelung der gesamten Wirtschaftsprobleme. Ich habe diese Informationen jetzt von Ihnen in eingehender Weise erhalten und beabsichtige unter Zugrundelegung des Verhandlungsergebnisses dieser beiden Tage, in aller nächster Zeit mit dem engeren Kreis der Beteiligten die Grundsätze für einen Gesamtplan der Wirtschaft herauszuarbeiten. Dabei möchte ich mit aller Schärfe betonen, daß nichts abwegiger wäre, als jetzt in diesem Augenblick an irgend eine Form der Friedenssituation zu denken. Es wäre unerträglich, daß irgend eine energische Anstrengung des Krieges unterbliebe oder auch nur gemildert würde, weil irgendwie und irgendwann der Friede kommt. Ich möchte das unter gar keinen Umständen aufkommen lassen, daß irgend jemand im Generalgouvernement Planungen vorbereitet, die mit der kommenden Friedensordnung in Zusammenhang stehen. Wir haben heute nur eine Aufgabe: unter allen Umständen unter Zurückstellung jeglichen anderen Interesses der kämpfenden Front zu helfen. Daher ist auch dieser Gesamtplan nach diesen

Wertkategorien

Wertkategorien auszurichten. Ebenso wenig darf der Gedanke eine Rolle spielen, ob und wann das Generalgouvernement einmal in das deutsche Reich eingegliedert wird. Wenn ich gesagt habe, daß der Führer dieses Gebiet behält, so mag das interessant sein, aber es ändert im Augenblick nichts an der gegenwärtigen Situation, denn das Reich führt den Schicksalskampf auch für das Generalgouvernement. Daher bitte ich Sie: sparen Sie sich alle auf die Dauer berechneten Überlegungen und sorgen Sie dafür, daß wir die Gemeinschaftsaufgabe des Generalgouvernements meistern.

Es war für mich sehr interessant gestern und heute die verschiedenen Meinungen zu den einzelnen Themen zu erfahren und zu sehen, daß auf jede günstige Meinungsäußerung zu einem Problem sofort ein Gegenargument folgte. Es ist für einen, der die Verantwortung trägt, sehr nützlich, immer wieder zu erfahren, daß es völlig abwegig wäre, zu glauben, man könne aus der unmittelbaren Praxis an sich schon das allgemeine normative Gesetz erkennen. Es ist klar, daß sich die Ergebnisse Ihrer Meinungsäußerungen auf dem Gebiete der Tauschwirtschaft, der Preispolitik, des Bezugscheinwesens, der Lohnfragen, der Währungsfragen, des Schleichhandels usw. als gesetzgeberische Motive verwerten lassen. Ich habe mich sehr gefreut auf das aufleuchtende Bild einer Wirklichkeitserfassung, die aus Ihrer Tätigkeit kommt.

In diesem Zusammenhange möchte ich ganz vorübergehend von dem früher erwähnten Gegensatz zwischen Distrikt und Zentrale sprechen. Dieser Gegensatz existiert für mich nicht. Das Generalgouvernement hat der Führer als Einheit geschaffen. Die

Distrikte

81

Distrikte habe ich mir nach Belieben ausgesucht und ich kann ihre Zahl und ihre Einteilung auch jederzeit nach Belieben ändern. Irgendeine Form von eigen gewachsener Verwaltungspraxis oder aufkommender territorialistischer Bewußtheit der Distrikte gibt es nicht. Ich freue mich sehr darüber, daß die Distriktschefs aus dieser Erkenntnis heraus sich bereit erklärt haben, zum 1. Januar 1941 die Distriktspositionen auszutauschen, um zu zeigen, wie unmöglich es wäre, wenn wir in den neuen Bereichen eine Verwurzelung von territorialen Notwendigkeiten mit einer persönlichen Beziehung zu einem Teilgebiet entstehen lassen. Die Herren Gouverneure haben für diese Notwendigkeit das volle Verständnis als Nationalsozialisten bewiesen und ich erwarte das auch von allen Mitarbeitern in den Distrikten.

Es wurde über die Überorganisation der Wirtschaft geklagt. Ich bitte Sie, zu bedenken: wir sind hier eine Art Versuchsgelände und können uns daher nicht über alle Schwierigkeiten, die auch das Reich organisatorisch besitzt, durch einen kühnen Federstrich hinwegsetzen. Wir sind zwar sehr selbstbewußt und haben eine sehr stolze Aufgabe, aber wir würden uns doch völlig ins eigene Fleisch schneiden, wollten wir hier aus Reformatoren zu reformatorischen Rebellen werden. Sie dürfen nicht vergessen: die Entwicklung zur Überorganisation war sukzessiv eine Notwendigkeit. Es entstanden nach und nach große Zentralen, die nicht nur leben wollten, sondern leben mußten. Wenn wir hier eine Abteilung Wirtschaft haben, so entspricht diese Abteilung dem Wirtschaftsministerium, der Bankdirigent dem Reichsbankpräsidenten, die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft dem Ernährungsministerium usw. Ich möchte Sie bitten, daß wir, wenn wir jemals wieder die große Freude haben sollten, uns so gemütlich

gemütlich zu sprechen wie heute, von vornherein auf derartige nach Überspanntheit riechende gegenseitige Vorwürfe zu verzichten. Es hat das alles keinen Wert und macht auf mich keinen Eindruck, denn hier in Krakau wird ganz ernst, sachlich, hart und präzise gearbeitet. Außerdem sind die Vorwürfe hinsichtlich Überorganisation abwegig, weil mit einem kleinerem Apparat an Menschen und Ämtern überhaupt noch nie ein Gebilde von der Größe des Generalgouvernements regiert wurde. Wir sind in dieser Beziehung ein Unikum in der Verwaltungsgeschichte aller Zeiten und Zonen. Wenn Sie bedenken, daß es sich bei dem Generalgouvernement um ein Gebiet in der Größe von etwa 100 000 qkm mit 14 Millionen Einwohnern handelt und wenn Sie sich fragen, wie viele Dienststellen und Beamte tätig sind, um dieses Gebilde zu verwalten, dann werden Sie zugeben müssen, daß von einer Überbesetzung des Apparates nicht gesprochen werden kann. Wenn dieses Gebiet mit so wenigen Kräften regiert wird, ist naturgemäß der absoluteste Einsatz jedes einzelnen die unbedingte Voraussetzung. Ich weiß, daß jeder sein bestes tut. Es hat sich im Laufe der Zeit jeder ausgeschaltet, dem die Luft hier nicht gedeihlich erschien. Hier müssen wir die echte Kameradschaft zeigen, daß wir nicht in sinnlose gegenseitige Vorwürfe verfallen.

Die Aufgabe dieses Gesamtplanes, wie ich ihn mir vorstelle, wird nun die der Aneinanderreihung von Grundsätzen sein, nach denen sich die einzelnen Dienststellen des Generalgouvernements richten sollen. Der Gesamtplan wird, bevor er seine Formulierung findet, den Teilnehmern der Tagung zur vorherigen Stellungnahme zugeleitet. Ich knüpfe daran die Bedingung, daß jeder seine eigene Stellungnahme darlegt, daß ich mich tatsächlich darauf verlassen kann, daß hier unter allen Umständen voneinander unabhängig die Abteilungen für Landwirtschaft und Ernährung und für Wirtschaft ihre Stellungnahme geben, daß auch der Gouverneur seine eigene Stellung nimmt. Das wird etwa bis zum 10. Juli geschehen können. Ich beabsichtige, dann den Gesamtplan mit Wirkung ab 1. September in Kraft zu setzen.

Neben diesen allgemeinen wirtschaftlichen Problemen der Ernährung, der Preispolitik, der Währungspolitik, des Clearingverkehrs mit dem Reich und seiner Regelung wird die endgültige Fassung des Haushalts des Generalgouvernements in einer vorher abgesonderten Gemeinschaftsregelung gefunden werden. Dieser Haushalt des Generalgouvernements spielt eine große Rolle auch für die gesamte Wirtschaftsordnung. Im Anschluß an diese Tagung wird noch im Laufe des Monats Juni eine große Etatsbesprechung gehalten werden, in der alle Fragen der Haushalte der Distrikte, der Städte, der Steuergesetzgebung usw. zur Sprache kommen sollen. Dabei müssen wir zu einem Abschluß kommen, der das ermöglicht, was der Führer von der Verwaltung des Generalgouvernements verlangt, daß nämlich die Kosten der Verwaltung aus Mitteln des Generalgouvernements selbst gedeckt werden. Was darüber hinaus das Reich vom Generalgouvernement verlangt, muß das Reich bezahlen. Da befinden wir uns in der starken Situation derer, die ein Wort des Führers als starke Brücke hinter sich wissen.

Ich kann selbstverständlich auf alle Einzelfragen jetzt nicht näher eingehen. Ich habe mich sehr über die Offenheit der Aussprache gefreut, und wir können daraus erkennen, daß es auch im nationalsozialistischen Dritten Reich durchaus möglich ist, eine echte Diskussion zu führen. Das Reich soll wissen, daß wir im Generalgouvernement unsere Pflicht tun. Dafür spreche ich auch allen Abteilungsleitern und Distriktschefs meinen Dank aus. Ich gehöre nicht allein nach Krakau, sondern ich wünsche, daß der Generalgouverneur zu jedem Einzelnen von Ihnen genau so gehört, ob Sie draußen in den Distrikten sind, wie er zu denen gehört, die hier in der Zentrale sitzen. Ich will absolut das persönliche Eigenleben sich entwickeln lassen. Das Geheimnis der Zukunft unseres Volkes ist, daß wir starke schöpferische

schöpferische Persönlichkeiten in unserem Volke haben, daß die Möglichkeit gesichert bleibt, daß diese Persönlichkeiten sich für das gesamte deutsche Leben entwickeln und entfalten können. Das Generalgouvernement ist ~~ist~~ ~~fast~~ von einem Teil des Reiches oder einem Teil der Regierung in Pacht genommen, ich stehe hier nicht als Repräsentant irgendeiner Gliederung oder Organisation, sondern ich stehe hier als Vertreter der Einheit, die durch die Wirklichkeit des Führers und die Unsterblichkeit des Reiches repräsentiert wird.

Unser Führer Adolf Hitler: Sieg Heil, Sieg Heil, Sieg Heil!

Schluß der Sitzung: 19¹⁰ Uhr.

Seitdem man sich Anfang des Js. für die konstruktive Lösung der polnischen Wirtschaftsfrage entschieden hatte und den Wiederaufbau betreiben wollte, um ihn Insonderheit der deutschen Wehrwirtschaft nutzbar zu machen, konnte man die polnische Wirtschaft nicht sich selbst überlassen, sondern mußte sie in Bahnen leiten, die dieses Ziel gewährleisten. Zu den Maßnahmen, die deshalb in Angriff genommen worden sind, gehört einmal die Auswahl der zum Wiederaufbau zugelassenen industriellen und kommerziellen Betriebe und einer Anzahl von Verordnungen, wie z.B. die Vorschrift über die Genehmigung zur Wiedereröffnung oder zum Erwerb eines Unternehmens der polnischen gewerblichen Wirtschaft oder die Vorschrift über die Einholung einer Zustimmung zum Erwerb eines zu einem kaufmännischen Betrieb gehörenden Grundstückes oder die Vorschrift über die Einhaltung von bestimmten Preisen beim Erwerb fertiger Verbrauchsgüter der gewerblichen Wirtschaft. Auch die Vorschriften über die Errichtung einer Treuhandstelle, einer Bankaufsichtsstelle oder über den Schutz von Patenten, Mustern und Warenzeichen sind hier zu erwähnen, wie auch die Monopole nicht vergessen werden dürfen, die, wenn sie auch in erster Linie zur Erzielung von Einnahmen des Generalgouvernements erlassen worden sind, doch eine weitgehende Lenkung in der Erzeugung und im Vertrieb der in Frage kommenden Waren mit sich gebracht haben.

Bei den zum Wiederaufbau zugelassenen industriellen und kommerziellen Betrieben mußte einmal darauf Rücksicht genommen werden, ob sie genügend Vorräte an Rohstoffen, Halb- und Fertigerzeugnissen oder Maschinen hatten, oder ob das Fertigerzeugnis für die Wehrwirtschaft des Deutschen Reiches irgendwie von Bedeutung sein könnte. Hierbei spielte auch die Kohlenzuteilung eine gewisse Rolle.

In dieser Richtung ist zu beklagen, daß das Generalgouvernement keine eigene Kohlenbasis besitzt und seinen Kohlenverbrauch von 4,5 Millionen Jahrestonnen - ohne Eisenbahnkohle - in Deutschland decken muß. Um hier eine geordnete Versorgung zu gewährleisten, ist die der Dienststelle für den Vierjahresplan angegliederte Bewirtschaftungsstelle für Kohle geschaffen worden, die in diesem Jahr eine sehr schwere Aufgabe zu erfüllen hat, weil infolge der Notwendigkeit, Dänemark, Norwegen und Holland mit deutscher Kohle zu versorgen, eine prozentuale Kürzung der in das Generalgouvernement zu liefernden Kohlen- und Koksmengen eintreten mußte. Im Generalgouvernement wird man deshalb vielfach auf die Verwendung von Torf als Heizungsmitel zukommen, wie dies bereits im Kreis Lublin geschehen ist.

Eine weitere Bewirtschaftungsstelle ähnlicher Art stellt die Errichtung des Verbandes der Seifenfabriken mit dem Sitz in Warschau dar. Vor dem Krieg bestanden in Polen etwa 40 Seifenfabriken, die ihren Rohstoffbedarf zum Teil im Inland decken konnten, aber auch aus der Slowakei und aus Übersee fetthaltige Materialien einfuhrten. Nachdem das Ausland für die Bedarfsdeckung des Generalgouvernements im wesentlichen ausgefallen ist und das Generalgouvernement nur in sehr geringem Umfang fettsäurehaltige Stoffe den Seifen herstellenden Betrieben des Generalgouvernements zur Verfügung stellen kann, mußte eine wesentliche Einschränkung in der Herstellung und im Verbrauch von Seife und sonstigen fetthaltigen Waschmitteln eintreten. Diese Maßnahme empfahl sich auch um deswillen, weil es nicht hätte verantwortet werden können, im Generalgouvernement andere Bestimmungen über Seifenverordnung gelten zu lassen als im Reich. Es ist deshalb durch die Verordnung vom 1.2.1940 die gleiche Regelung wie im Reich getroffen worden. Zurzeit bestehen im Generalgouvernement 6 Großbetriebe, die der Bevölkerung Feinseife von 28%igem Fettgehalt zuteilen. Auf den Kopf der Bevölkerung gerech-

net entfällt demnach eine Menge von 4 kg je Jahr. Die Preise sind einheitlich geregelt. Da indessen die Rohstoffe des Generalgouvernements für die Seifenherstellung nur noch bis Ende Juli ds.Js. ausreichen und sonstige Quellen nicht zur Verfügung stehen, hat sich das Reichswirtschaftsministerium auf Antrag bereit erklärt, entweder Rohstoffe oder Fertigerzeugnisse in ausreichender Menge dem Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen, wobei insbesondere darauf Rücksicht genommen werden soll, daß wegen der Seuchengefahr den Verbrauchern eine höhere Seifenmenge zugeteilt werden soll als im Reich. Über die Bezahlung dieser künftigen Lieferungen ist noch keine Vereinbarung getroffen worden, weil weder die Lieferungs- menge noch die Lieferzeit feststeht.

Eine in das Wirtschaftsleben des Generalgouvernements tief eingreifende Maßnahme stellt die Bewirtschaftung der Pinnstoffe und Spinnstoffwaren einerseits und die der Häute und Felle anderseits dar.

Die Bevölkerung des Generalgouvernements beträgt etwa 14 Millionen Einwohner. Dazu kommen die Reichsdeutschen, die im Verwaltungsdienst tätig sind, ferner Besatzungstruppen und die verschiedenen Formationen öffentlicher Bedarfsträger. Um eine ständige, wenn auch sparsame Versorgung dieser Kreise zu gewährleisten, muß man in Betracht ziehen, daß drei Quellen zur Verfügung stehen, nämlich

- a) die Versorgung aus vorhandenen Beständen der bestehenden Textil-Einzelhandelsgeschäfte, die im Januar ds.Js. auf Grund von Verwaltungsanordnungen geschlossen worden sind, ferner aus den aus der Sicherstellung dieser Vorräte herrührenden Läger und endlich aus Lägerndes Großhandels und den Lagern der Fabrikationsniederlassungen;
- b) aus der Produktion der im Generalgouvernement noch zugelassenen Textilfabrikationsunternehmen sowie
- c) aus der Einfuhr von Fertigwaren aus dem Warthegau, die im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium und der Verbindungsstelle für Textil-Reichsstellen in Litzmannstadt festgelegt worden sind.

- Zu a) beträgt das Versorgungsquantum auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet 200 Gramm,
- zu b) ist die Versorgungsmenge der im Generalgouvernement noch zugelassenen Textilfabrikationsniederlassungen auf 300 Gramm und
- zu c) bei der Einfuhr aus dem Warthegau etwa 800 Gramm zu veranschlagen.

Auf den Kopf der Bevölkerung des Generalgouvernements gerechnet kommen mithin 1,3 kg Spinnstoffe und Spinnstoffwaren im Jahr, während jeder Inhaber einer Reichskleiderkarte im Reich einen Anspruch auf 2 kg Spinnstoffwaren besitzt. Wenn im Generalgouvernement nur 1,3 kg verteilt werden, so dürfte hierüber keine Klage zu führen sein. Die Kleiderkarte hat im Reich einen Wert von RM 50.-, wozu noch RM 10.- in Rechnung zu treten haben für Waren, die nicht auf der Kleiderkarte verzeichnet sind und die nur gegen besonderen Bezugschein abgegeben werden. Insgesamt kommen mithin auf den Kopf der Bevölkerung im Reich pro Jahr RM 60.-, das entspricht einem Wert von 60.- Zloty bei der Bevölkerung des Generalgouvernements.

Im einzelnen liegen die zur Verfügung stehenden Spinnstoffe und Spinnstoffwaren im Generalgouvernement weder mengen- noch wertmäßig genau fest, weil noch immer in den Distrikten Waren gefunden werden, die bei der ziffernmäßigen Zusammenstellung noch nicht berücksichtigt worden sind. Man kann mithin damit rechnen, daß bei sparsamster Verwendung eine ausreichende, wenn auch knappe Versorgung der Bevölkerung des Generalgouvernements bis Ende des Jahres sich durchführen läßt. Hierbei wird von ausschlaggebender Bedeutung sein, daß auch die im Verwaltungsdienst tätigen Reichsdeutschen in der Anschaffung von Spinnstoffen und Spinnstoffwaren in sparsamster Weise vorgehen, denn das Beispiel der Beamten wird von der Bevölkerung des Generalgouvernements Nachahmung finden.

Auf dem Gebiet der Textilbewirtschaftung ist eine weitere Maßnahme zu erwähnen, die unbedingt in Zukunft eintreten muß. Sie bestimmt die Hanf- und Flachsbewirtschaftung. Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffe

und Spinnstoffwaren hat weitgehende Verhandlungen mit der Dienststelle für den Vierjahresplan eingeleitet, um eine Einkaufsgemeinschaft für Hanf und Flachs bei der Abteilung Wirtschaft entstehen zu lassen. Hoffentlich verwirklicht sich dieser Plan recht bald, damit eine straffe Zusammenfassung der aus Hanf und Flachs herzustellenden Erzeugnisse und ihr Absatz sich erreichen läßt. Wie wichtig diese Neugründung ist, zeigt eine Aufstellung der Bedarfsgegenstände aus diesen beiden Rohstoffen. Es kommen hier Säcke für die Zucker- und Lebensmittelindustrie im Generalgouvernement in Betracht, der Bedarf an Netzgarn für die Fischereien, für die Schuhindustrie, die Sattlerei, Seilerei, für das Feuerlöschwesen und für eine große Zahl von Handwerksbetrieben (Schuster, Schneider usw.). Selbstverständlich wird bei der Neugründung weitgehendst darauf Rücksicht zu nehmen sein, daß, insoweit der Überschuß an Hanf und Flachs nicht im Generalgouvernement benötigt wird, er dem Reich zufließt.

Neuerdings ist angeregt worden, man möchte zum Zwecke der Stabilisierung des Zloty-Kurses und zum Zwecke einer weitgehenden Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, eine Verknüpfung in der Weise eintreten lassen, daß man dem Hersteller landwirtschaftlicher Erzeugnisse einen Berechtigungsschein nach der Ablieferung erteilt, mit dem er Textilien und Schuhe erwerben kann, auch wenn kein unmittelbares Bedürfnis hierzu vorliegt. Hier ist insoferne schon ein Schritt vorwärts getan, als die Textilstelle sich bereit erklärt hat, jedem Lieferanten von 1,3 kg Schafwolle einen Berechtigungsschein auf 1,5 m Textilware zu geben. Es schweben Verhandlungen zwischen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft und Abteilung Wirtschaft, diese Vereinbarung auf das gesamte Gebiet der Ernährungs- und Textilbewirtschaftung auszudehnen und auf diese Weise eine höhere Erfassung landwirtschaftlicher Produkte zu erreichen. Ob diese Erörterungen zu

einem Ziele führen werden, läßt sich in vollem Umfange noch nicht übersehen, weil einmal die von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft zu erfassenden Lebensmittel, die einen Anspruch auf einen derartigen Berechtigungsschein auslösen sollen, in einzelnen noch nicht festgesetzt sind und weil man noch nicht zu übersehen vermag, ob diese für den Austausch in Frage kommenden Textilwaren neben den sonstigen auf Bedarfschein abzugebenden Mengen im Generalgouvernement aufzubringen sind. Es wird dies im wesentlichen davon abhängen, ob die von der Verbindungsstelle für Textil-Reichsstellen in Litzmannstadt an das Generalgouvernement zu liefernden Stoffe in Höhe von 15% der dortigen Produktion eingehalten werden wird oder nicht.

Auf dem Gebiet der Bewirtschaftung von Häuten und Leder sowie der sonstigen Schuh- und Lederwirtschaft bestehen jetzt zwei Bewirtschaftungsstellen, die in ihrer bisherigen Organisation wohl kaum auf die Dauer aufrecht erhalten werden können. Da die Verteilungsstelle nur den monatlichen Bedarf der in den vier Distrikten zu verteilenden Leder- und Schuhmengen zu betreuen hat, während die sonstige Erfassung, Gerbung und Zuteilung der Häute und Felle der Dienststelle für den Vierjahresplan obliegt, läßt sich eine vorsichtige Bewirtschaftung der fertigen Schuh- und Lederwaren durch die Abteilung Wirtschaft nicht durchführen. Erfreulicherweise ist es gelungen, eine Änderung dieses Zustandes mit der Dienststelle für den Vierjahresplan vorzubereiten, die mit 15. Juni 1940 in Kraft treten soll. Die Einigung ist allerdings noch nicht endgültig erzielt. Sie wird aber hoffentlich den Übergang der Bewirtschaftungsstelle für Häute und Felle auf die Abteilung Wirtschaft zur Folge haben und damit für die Gesamtbewirtschaftung des Generalgouvernements große Vorteile bringen. Hierbei wird auch eine Rolle spielen, inwieweit es gelingt, Schuhe mit Holzsohlen in weit größerem Umfang wie bisher der Bevölkerung zuzuführen. Schon jetzt hat die Verteilungsstelle für Leder- und Schuhwaren eine

Menge von monatlich 25.000 Paar Schuhen mit Holzsohlen für die Bevölkerung bereitgestellt und wird diese Menge in Zukunft steigern können. Die Schuhe setzen sich gut ab, wobei auch die Mode eine große Rolle spielt.

Daneben hat die Bewirtschaftungsstelle ein sehr großes Interesse an einer einheitlichen Festsetzung der Schuhpreise, deren Höhe besonders in Warschau Veranlassung zu Beanstandungen gegeben hat. Dort wird für ein Paar mechanisch hergestellte Herrenhalbschuhe 40.- Zloty und für ein Paar handwerksmäßig hergestellte Schuhe 49.- Zloty im Einzelhandel gefordert. Unter Mitwirkung der Abteilung Preisbildung ist in Anregung gebracht, künftighin folgende Preise im Generalgouvernement einheitlich festzusetzen:

1 Paar Herrenschuhe aus Volleder	34.-- Zloty
1 " " " mit Gummisohle	21.-- "
1 " " " " Textileinsatz	
und Holzsohle	13.80 "
Sandalen	12.-- "
Sandalen mit fester Holzsohle	8.50 "

Eine weitere Regelung auf dem Schuhmarkt soll zu einer Bereicherung der Vorräte führen. In Deutschland hat man mit sehr gutem Erfolg die Häutung der Schweine zum Zwecke der Herstellung von Schuhleder durchgeführt. Im Einvernehmen mit den sämtlichen daran beteiligten Dienststellen des Generalgouvernements soll auch die Häutung im Generalgouvernement eingeführt und dadurch gefördert werden, daß man jedem Bauer, der ein Schwein von wenigstens 200 Pfund zum Zwecke der Schlachtung abführt ein Paar Arbeitsschuhe mit Holzsohlen zum Preise von 13.80 Zloty zuteilt, ohne daß eine Nachprüfung darüber stattfindet, ob einem wirtschaftlichen Bedürfnis genügt wird oder nicht. Allerdings muß dafür Sorge getragen werden, daß auf diese Weise der Bauer durch häufige Ablieferung von derartigen Schlachtvieh nicht allmählich zum Schuhhändler wird.

Auch die Bereitsstellung von Schuhen für die ländliche Bevölkerung, die agrarische Produkte aller Art abliefern, wird in dem Kreis der oben erwähnten Verhandlungen mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft eine Rolle spielen.

Weitere Bewirtschaftungsstellen bestehen für Eisen und Stahl und unedle Metalle. Endlich ist hier in diesem Zusammenhang die Erfassung aller Alt- und Abfallstoffe zu erwähnen. Diese ist in der Weise geregelt, daß im Generalgouvernement drei reichsdeutschen Firmen die Erfassung aller Abfallstoffe an Glas, Kork, Gummi, Textilien aller Art, Leder, Metallen, Eisen usw. übertragen worden ist. Die Erfassung der Abfallstoffe erfolgt in der Weise, daß den drei Firmen die Ablieferung der Vorräte an bestimmte Stellen zum tarifmäßig im einzelnen gestaffelten Preis vorgeschrieben worden ist. Diese Bewirtschaftungsmaßnahme wird insbesondere für die Textilwirtschaft und die Papierwirtschaft von Vorteil sein, weil die anfallenden Lumpen und Hadern zur Herstellung von Reißwolle, Zwirn und Garn einerseits sowie von Papier andererseits sich weiter verwenden lassen.

Auf dem Gebiete des Mineralöls wären weitere Maßnahmen zu beachten, die aber hier nicht erwähnt zu werden brauchen, weil, wie ich erst heute festgestellt habe, ein besonderer Vortrag über diese Dinge hier gehalten werden wird.

Eine besondere Bedeutung für die Wirtschaft im Generalgouvernement hat aber der Ein- und Ausfuhrverkehr.

Die Warenbilanz in der Ein- und Ausfuhr ergibt folgendes Bild.

	Einfuhr:	Ausfuhr:	+ -
	in 1.000 RM		
September bis Dezember 1939	1,728	473	- 1,255
Januar 1940	2,795	100	- 2,695
Februar 1940	2,815	131	- 2,684
März 1940	4,224	2,447	- 1,777

Demnach beträgt der Wert der Einfuhr gegenüber der Ausfuhr in den ersten 7 Monaten des Bestehens des Generalgouvernements 8,411 Millionen Reichsmark, ein Bild das keineswegs erfreulich ist, weil diese Mindereinnahme sich in absehbarer Zeit wohl kaum in voller Höhe auflockern lassen wird. Zu den Gegenständen, die auf der Einfuhrseite in das Generalgouvernement hereingebracht worden sind, gehören, von der Kohle abgesehen, in der Hauptsache Chemikalien, Eisen und Eisenwaren, Metallwaren, Papier und Papierwaren und landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Gegenstände der Ausfuhr waren insbesondere Erzeugnisse mineralischen Ursprungs, Chemikalien (Soda) und Holz. Es muß in Zukunft darauf hingewiesen werden, daß die Inlandsproduktion in der Hauptsache die Dinge selbst erzeugt, die sie für die eigene Wirtschaft verbraucht. Läßt sich dies nicht erreichen, so muß tunlichst das Fertigerzeugnis vom Deutschen Reich eingeführt werden. Aus dieser Erwägung heraus habe ich den Versuch unternommen, die Einfuhr notleidender Exportwaren des Deutschen Reiches, insbesondere der Hamburger und Bremer Exporteure zu fördern, jedoch mit der Einschränkung, daß eine solche Tätigkeit dieser Großhändler auf dem Inlandsmarkt auf lange Sicht hinaus nicht etwa die Selbstversorgung des Landes gefährdet. Aus dem gleichen Grunde bin ich dem Wunsche des Gauleiters für Danzig-Westpreußen auf Anknüpfung enger Wirtschaftsbeziehungen mit dem Generalgouvernement gerne entgegengekommen.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Überwachung des Ein- und Ausfuhrverkehrs im Generalgouvernement ist überdies die Kontrolle des Zahlungsverkehrs und die Einführung einer Produktionsstatistik im Generalgouvernement selbst. Auf letzterem Gebiete muß darauf hingewirkt werden, daß die fachlichen Organisationen der Wirtschaft (Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern) tunlichst mit den Abteilungen Wirtschaft der 4 Distrikte Fühlung nehmen und derartige Statistiken aufstellen, wie sie schon heute im Distrikt Krakau bestehen. Naturgemäß wird diese Statistik

eine wesentliche Förderung dann erfahren, wenn über die Industrie- und Handelskammern des Generalgouvernements eine verordnungsmäßige Entschließung getroffen worden ist. Der entsprechende Verordnungsentwurf ist ausgearbeitet.

Auch im Generalgouvernement bedarf die Wirtschaft zur Durchführung ihrer Maßnahmen weitgehendst der Unterstützung durch Versicherungsgesellschaften aller Art. Im Generalgouvernement sind zurzeit 26 Versicherungsunternehmen tätig, die auch durch Rückversicherungen mit dem Reich verbunden sind. Eine von ihnen ist besonders zu erwähnen. Das ist die Pocztowa Kasa Oszeżdności (P.K.O.), die im wesentlichen ihren Geschäftsbetrieb unter Mitwirkung der polnischen Postsparkasse durchführen konnte. Das Lebensversicherungsgeschäft dieses Unternehmens ist vorbehaltlich der Genehmigung der Devisenstelle Krakau auf die Firma "Volksfürsorgeschutz" in Hamburg übertragen worden und wird deshalb für die künftige Versicherungswirtschaft des Generalgouvernements ausscheiden. Dafür besteht der Plan, eine öffentlich rechtliche Lebensversicherungsanstalt mit dem Sitz in Warschau ins Leben zu rufen. Ob sich dieser Wunsch in absehbarer Zeit erfüllen läßt, steht dahin.

Bei einem anderen Teil der Versicherungsgesellschaften besteht der Wunsch wegen mangelnder Liquidität eine Verbindung mit anderen Versicherungsfirmen zu erreichen. Es hängt dies im wesentlichen davon ab, ob Zahlungen aus Bankguthaben aus der Zeit vor dem 30. August 1939 ausgezahlt werden dürfen und damit eine Vergütung von Versicherungsschäden herbeigeführt werden kann. Diese Frage spielt insbesondere eine Rolle bei Hagel, Einbruch und Feuerschäden. Hier wird die Entscheidung der Bankaufsichtsstelle abgewartet. Im übrigen muß bei vielen Versicherungsgesellschaften die Einreichung der Statusübersichten abgewartet werden. Diese Übersichten sind nach einem bestimmten Muster eingefordert und sollen

insbesondere bei der Abwicklung des Versicherungsgeschäftes mit dem Warthegau herangezogen werden. Im Warthegau betreibt die Abwicklung die Haupttreuhandstelle Ost, die indessen schon jetzt einen Teil der Versicherungsbestände auf die öffentliche Hand übertragen hat. Es steht deshalb noch nicht fest, ob wesentliche Summen aus dem Versicherungsgeschäft des Warthegaues dem Generalgouvernement zufließen werden.

Daneben laufen Bestrebungen, Versicherungsunternehmen zusammenzulegen oder sie an reichsdeutsche Firmen käuflich zu übertragen. Hier spielt die Entscheidung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung und des Reichswirtschaftsministeriums dann eine Rolle, wenn die Versicherungsunternehmen in den zum deutschen Reich gefallen Ostgebieten ihre Tätigkeit ausgeübt haben.

Einer kurzen Erörterung bedarf auch noch die Verkehrswirtschaft. Denn die Wirtschaft ist in weitestem Umfang auf die Beförderung von Waren durch Pferdegespanne oder Eisenbahnwagen angewiesen. Auf dem Gebiete der Gespannwirtschaft ist ein Zusammenschluß der Fahrzeughalter um deswillen erwünscht, weil die Gespanndienstplicht nur für bestimmte Fahrten öffentlicher Art geregelt ist, während für privatwirtschaftliche Führen eine derartige Verpflichtung nicht besteht. Hoffentlich gelingt es, hierüber bald eine Einigung mit den in Frage kommenden Stellen herbeizuführen.

Auf dem Gebiet der Eisenbahn-Beförderung hat sich die Zusammenarbeit unter den Abteilungen des Hauses gut bewährt. Es ist ein Ausschuss aus den Abteilungen Forsten, Ernährung und Landwirtschaft und Wirtschaft gebildet, der dem Ausschuss der Verkehrsinteressenten der ständigen Tarifkommission der Deutschen Reichsbahn entspricht. Es ist gelungen, mit der Deutschen Reichsbahn über eine größere Anzahl von Ausnahmetarifen zu einem günstigen Abschluss zu gelangen. Weitere Anträge laufen noch.

Im Verkehr mit der Eisenbahn wird überdies die Einführung der neuen Eisenbahnverkehrsordnung eine wesentliche Rolle spielen, die von der Generaldirektion der Ostbahn ausgearbeitet und demnächst beraten werden wird.

Zum Schluß möchte ich noch die Maßnahmen erwähnen, die von der Abteilung Wirtschaft vorbereitet worden sind oder in Angriff genommen werden sollen:

- 1.) Die Wiederingangsetzung der Baustoffindustrie durch eine der deutschen Ziegel-Konvention entsprechende Verordnung wegen der Bewirtschaftung von Ziegeln;
- 2.) die Beschaffung von Korken für die Flaschen verwendenden Betriebe durch Einfuhr von aus zermahlenden Abfallkorken hergestellte Korkplättchen;
- 3.) die Bewirtschaftung von Papier und Papierwaren im Generalgouvernement;
- 4.) die Einführung einer dem deutschen Energiewirtschaftsgesetz entsprechenden Verordnung zum Zwecke der Zusammenlegung von Elektrizitätswerken und Weiterausbau von Überlandleitungen;
- 5.) Abänderung des polnischen Zollltarifes unter weitgehendster Herabsetzung der Zollsätze für diejenigen Waren, für die nicht ein Schutzbedürfnis im Interesse der Wirtschaft des Generalgouvernements festzustellen ist.

gez. Dr. Dr. Zetzsche

2 X

Die Auswirkungen des Vierjahresplans auf die Wirtschaft
des Generalgouvernements.

(Auszug aus dem Referat des Leiters der Dienststelle,
Generalmajor Bühmann, auf der Wirtschaftstagung der
Abteilungsleiter und Distriktschefs in Krakau
am 5.6.1940.)

Im Dezember 1939 hat der Beauftragte für den Vierjahresplan und Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung, Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, Sie, Herr Generalgouverneur, zum Generalbevollmächtigten für den Vierjahresplan im Generalgouvernement ernannt. Mit dieser Ernennung und der bald darauf erfolgten Einrichtung einer besonderen Dienststelle für den Vierjahresplan im Generalgouvernement, deren Leitung mir übertragen wurde, ist klar zum Ausdruck gekommen, dass die mit dem Vierjahresplan im Reich angestrebten Ziele auch im Gebiet des Generalgouvernements verwirklicht werden sollen.

Der Sinn des Vierjahresplans und der Ernennung Görings zum Beauftragten für den Vierjahresplan waren

a) schnellste Umstellung und Einstellung der Gesamtwirtschaft des Reichs auf das Ziel der Stärkung der deutschen Wehrkraft,

b) Zusammenfassung und gleichmässige Ausrichtung aller Wirtschaftskräfte des Reichs einschliesslich des gesamten Behördenapparates zwecks Erzielung höchster Leistungsfähigkeit der Wehrwirtschaft.

Die gleiche Aufgabenstellung gilt auch für das Gebiet

des

des Generalgouvernements. Das bedeutet für meine Dienststelle: Abkehr von der Zerstörungstheorie, Wiederaufbau ausschliesslich unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten und Stärkung der Lebensfähigkeit des Generalgouvernements, so dass es wirtschaftlich keine Belastung für das Reich darstellt, sondern gleichzeitig in der Lage ist, mit seiner kriegswichtigen Industrie und seiner Arbeitskraft einen wesentlichen Beitrag für die Stärkung des deutschen Kriegspotentials zu leisten.

Bei Beurteilung des bisher Erreichten darf nicht vergessen werden, welche Anfangsschwierigkeiten zu überwinden waren:

1.) die bekannten technischen Schwierigkeiten bei der Einrichtung einer neuen Dienststelle, wie Raumfrage, Personalfrage und die eigentliche Organisation der Dienststelle,

2.) die Umstellung der Wirtschaft des Generalgouvernements auf den neuen Aufbauplan.

3.) Fehlen einer zentral geleiteten Wirtschaftsführung,

4.) Überwindung der rein regional ausgerichteten und bei den einzelnen Distrikten völlig verschieden gehandhabten Wirtschaftspolitik,

5.) Fehlen eines funktionsfähigen Unterbaues der Wirtschaftsverwaltung sowohl bei den deutschen Behörden, als auch bei den früheren polnischen Organisationen,

6.) Warenverknappung und Währungsunsicherheit,

7.) Schwierigkeiten bei der Wiederingangsetzung von Industriebetrieben infolge der Verschleppung von wertvollen Einzelteilen, Zeichnungen, Geschäftsbüchern,

8.) der äusserst harte Winter mit all seinen Folgeerscheinungen und insbesondere der Verkehrsbehinderung,

9. endlich der Zeitpunkt, an dem meine Dienststelle ihre Tätigkeit aufnahm, nämlich erst Mitte Januar 1940, als die übrigen Verwaltungen bereits zum Teil mehrere Monate in Funktion waren.

Die Ausrichtung der Arbeit meiner Dienststelle erfolgte dann auf Grund der schon am 25.1.1940 von Ihnen, Herr Generalgouverneur, herausgegebenen Richtlinien, die auch für die zukünftige Arbeit weiterhin Gültigkeit behalten haben. Der wesentliche Inhalt dieser Richtlinien ist, zunächst keine Wirtschaftspolitik auf lange Sicht zu treiben, sondern die Wehrkraft des Reichs sofort zu stärken aus der Wirtschaftskraft des Generalgouvernements im Hinblick auf die Weisung des Führers, dass das Jahr 1940 das Jahr der Entscheidung ist.

A. Zu diesem Zwecke sahen die Richtlinien folgende Leistungen vor:

- 1) Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion,
- 2) weitgehende Ausnutzung der Forsten,
- 3) Steigerung der Erzeugung industrieller Rohstoffe,
- 4) Ausnutzung der Steigerung der Industriekapazität für Wehrmächtaufträge,
- 5) Aufrechterhaltung der Produktion von Industrie-Erzeugnissen, die notwendig sind
 - a) zur Deckung des dringenden Bedarfs des Reiches,
 - b) zur Inanghaltung des gesamten Wirtschaftsapparates im Generalgouvernement,

6) Aufrechterhaltung der Produktionsfähigkeit von Betrieben, die als Ausweichbetriebe für wehrwirtschaftlich wichtige Fabrikationsstätten des Reiches in Betracht kommen,

7) Ausschachtung und Verschrottung von Betrieben, die für ihre bisherige Verwendung unbrauchbar und ungeeignet sind,

8) Aufbringung einer möglichst grossen Zahl von Land- und Industriearbeitern für das Reich.

Zwecks Erreichung dieser Leistungen sollte insbesondere gesorgt werden:

1) Auf dem landwirtschaftlichen Sektor für Sicherstellung der Saatgut- und Düngemittelversorgung, ausreichende Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Ausbau der Meliorations- und Wasservirtschaft,

2) auf dem Gebiete der Forstwirtschaft für Unterbindung unwirtschaftlichen Holzverbrauches und für Sicherstellung des Abtransportes der ins Reich zu liefernden Holz-mengen,

3) bei der Förderungssteigerung industrieller Rohstoffe, für entsprechende Finanzierung der Unternehmungen, Beschaffung des erforderlichen Förder- und Bohrgerätes, Versorgung der Arbeiterschaft zwecks Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit und für den Abtransport überzähliger Rohstoffe, die im Reich dringend gebraucht oder dort zweckmässiger verarbeitet werden können,

4) bei der Belegung der Industriekapazität für Abstimmung der Reichsaufträge mit der Lage, der Kapazität und der Rohstoffdeckung der Betriebe, für die Versorgung der

Arbeiterschaft

Arbeiterschaft und für den Transport des Rohmaterials und der Fertigerzeugnisse sowie der sonstigen Dinge, die für die Industrie notwendig sind, wie insbesondere Kohle.

Zur Ermittlung und richtigen Ausnutzung der Industriekapazität war es erforderlich, die im Generalgouvernement vorhandenen Betriebe in 4 Klassen einzuteilen, nämlich

- a) kriegswirtschaftlich wichtige Betriebe, die besonders hinsichtlich der Verpflegung der Arbeiterschaft und der Zuteilung von Rohstoffen und Transportmitteln zu bevorzugen sind (A-Betriebe),
- b) sonstige Betriebe, die für das Generalgouvernement lebenswichtig sind, (B-Betriebe),
- c) Ausweichbetriebe (C-Betriebe),
- d) Verschrottungsbetriebe (D-Betriebe).

Diese hier skizzierten notwendigen Massnahmen sind leider nach meiner Feststellung draussen von einer Anzahl von Betriebsführern häufig verkannt worden, die nur ihren eigenen Betrieb sahen und nicht das Gesamtinteresse berücksichtigten. Auch nähere Erläuterungen hierzu können insbesondere den Kreishauptleuten jederzeit gegeben werden, damit eine weitergehende Aufklärung über die Ziele dieser Massnahmen erreicht wird.

5.) Bei der Aufbringung der ins Reich zu übersenden- den Arbeitskräfte war zu sorgen für die Ausgleichung mit dem Arbeiterbedarf des Generalgouvernements, die Sicherstellung des Antransportes, der Entlassung und der Durchgangsverpflegung der für das Reich bestimmten Arbeitskräfte sowie die Sicherung des Transfers ihrer Lohnersparnisse.

Zur Ausrichtung der gesamten Wirtschaft des Generalgouvernements auf die Erfordernisse des Vierjahresplans wurde folgendes veranlasst:

- 1) Erhaltung der Leistungsfähigkeit der

im Interesse der Wehrwirtschaft tätigen Arbeiter, notfalls unter Zurückstellung der übrigen Bevölkerung,

2.) Unterbindung der Produktion unwichtiger Güter, die wichtige Rohstoffe erfordern,

3.) Einführung und Durchsetzung der auch im Reich geltenden Vorschriften zur Rohstoffeinsparung,

4.) Sicherstellung des dringenden Bedarfs an Industrie- und Hausbrandkohle,

5.) Sicherstellung der Erfassung von Schrott, Altmaterial und Leder,

6.) Aufstellung eines Transportplanes und einer Dringlichkeitsliste,

7.) Schaffung stabiler Währungsverhältnisse als unerlässliche Voraussetzung für jede Wirtschaftsplanung,

8.) Aufstellung einer Zahlungsbilanz als Grundlage für die Planung des Geld- und Warenverkehrs mit dem Reich.

Im einzelnen wirkten sich die der Dienststelle für den Vierjahresplan erteilten Richtlinien wie folgt aus:

I. Auf dem Gebiet der Ernährung:

Gemäss den der Geschäftsgruppe Ernährung in meiner Dienststelle von Ihnen, Herr Generalgouverneur, am 16.1.1940 erteilten Anweisungen wird auf sämtlichen Gebieten der Ernährung und Landwirtschaft eine Steigerung der Produktion, die Sicherstellung der Ernährung und die landwirtschaftliche Planung für die Zukunft durchgeführt.

Innerhalb dieser grossen Rahmenaufgaben wurden insbesondere folgende Aktionen erledigt:

1.)

1) Für die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion wurde eine Steigerung der Kunstdünger-Erzeugung in dem Werk Moscice, die Einfuhr von Kalkdüngemitteln und die Bereitstellung von Phosphordünger erreicht.

2) Für die Bodenbewirtschaftung und Erzielung bester Saatgutmengen wurde ein Eisenkontingent für ein Landmaschinen-Bauprogramm, das in einem Vierjahresplan-Erlass aufgestellt wurde, beschafft und die planmässige Versorgung der polnischen Landwirtschaft mit wichtigen Kultur- und Verarbeitungsgeräten sichergestellt.

3) Für die Durchführung des Getreidebevorratungs- und Versorgungsprogramms wurde die Bereitstellung der hierzu notwendigen Druschkohle gewährleistet.

4) Im Rahmen der Saatgutbewirtschaftung und der Getreideerfassung wurde die planmässige Bewirtschaftung der Säcke eingerichtet. Durch Aufbau der Papiersack-Fabrikation wurden die Flachs- und Hanfbestände für andere wichtigere Zwecke der Wirtschaft freigemacht.

5) Zur Gewährleistung eines guten Bodenzustandes wurden Meliorations-Vorhaben und Talsperren-Bauten in einem Vierjahresplanprogramm in Angriff genommen.

6) Die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde durch eine Aktion, die gleichzeitig den Neuaufbau des Grosshandels im Generalgouvernement mit zum Ziele ^{hat} und augenblicklich in einem aus den Kreisen Tarnow, Jaslo und Dobica gebildeten Probewirtschaftsbezirk angelaufen ist, vorgenommen.

7) Zur Durchführung der gesamten Massnahmen wurden die Geldmittel beschafft und für deren Bewirtschaftung und planmässige Verteilung Sorge getragen.

Die

Die für die Zukunft auf dem Ernährungssektor noch zu bewältigenden Aufgaben, insbesondere die Erfassung der Ernte 1940 und die Sicherstellung der Versorgung der Gesamtbevölkerung werden von dem Leiter meiner Geschäftsgruppe, Herrn Landesbauernführer Körner, noch im einzelnen dargelegt werden.

- II. In der Forstwirtschaft ist der vorgesehene Einschlag beim Langholz zum grossen Teil erreicht trotz der Behinderung durch den harten Winter und die Schwierigkeiten in der Verpflegung von Männern und Pferden. Der weitgehende Holzbedarf der Bevölkerung im Generalgouvernement konnte nicht voll gedeckt werden, weil es selbst ja ein Unterchussgebiet ist; die Versorgung der Betriebe ist jedoch im grossen und ganzen sichergestellt. Hier konnte der Vierjahresplan dadurch helfen, dass die Forstbetriebe zu A-Betrieben erklärt und entsprechend unterstützt wurden. Dies wirkte sich besonders bei der Bereitstellung der für die Beschaffung von Werkzeugen und Maschinen erforderlichen Kennziffern für Eisen und bei der Versorgung mit Pferdmaterial aus. Gleichzeitig wurden 900 t Futtergerste für die in der Forstwirtschaft benötigten Pferde zusätzlich beschafft. Ausserdem sind die Holztransporte mit auf die Dringlichkeitsliste gesetzt worden. Immerhin bleibt die Lösung des Transport-Problems auch weiter eine besonders wichtige Frage für die Forstwirtschaft. Soweit etwa in den Distrikten noch reparaturfähige Lastkraftwagen vorhanden sind, sollten diese instand gesetzt werden. Das hierfür unter Umständen erforderliche Eisen würde ich gegebenenfalls zur Verfügung stellen können.

Der Leiter meiner Geschäftsgruppe Forsten, Herr Oberlandesforstmeister Dr. Eißfeldt, wird im übrigen noch selbst nähere Angaben über sein Tätigkeitsgebiet machen.

Auf

III. Auf die Förderung industrieller Rohstoffe hat die Dienststelle für den Vierjahresplan ganz besonders Wert gelegt. Auch hier galt es, besondere Schwierigkeiten zu überwinden, weil der lange Winter die Grubenbetriebe zum größten Teil zum Erliegen gebracht hatte. Es gibt im Generalgouvernement Braun- und Raseneisenerze, Pyrite, Phosphorite und andere Rohstoffe, die für das Reich wichtig sind, wenngleich sie zurzeit kaum als wesentliche Überschüsse dorthin ausgeführt, sondern im Rahmen der hiesigen Rüstungsindustrie selbst verwendet werden können. Die Transportschwierigkeiten waren auch hier groß. Hiermit und mit den sonstigen Schwierigkeiten des Erzbergbaues hat sich in diesen Tagen erneut eine Kommission, in der alle maßgeblichen interessierten Abteilungen vertreten waren, jeweils an Ort und Stelle beschäftigt und Verbesserungsmaßnahmen in die Wege geleitet.

IV. Auf dem Gebiete der Industrie-Gestaltung sind zahlreiche Betriebe wieder in Gang gesetzt worden, die nicht nur die deutsche Wehrwirtschaft zu stärken geeignet sind, sondern auch den lebenswichtigen Bedarf der Bevölkerung des Generalgouvernements im Rahmen der möglichen Rohstoffversorgung sicherstellen. Durch Einteilung der vorhandenen Betriebe in bestimmte Gruppen werden die zur Verfügung stehenden Rohstoffe dorthin gelenkt, wo die Herstellung der für den augenblicklichen Bedarf des Reiches und für die Versorgung des Generalgouvernements notwendigen Fertigwaren in bestmöglicher Qualität gewährleistet ist. Es wird ferner dafür gesorgt, daß mit den vorhandenen Rohstoffen keine Verschwendung getrieben wird. Dabei werden etwaige Rohstoffschwierigkeiten durch Übergang auf einheimische, im Reich seit langen erprobte und bewährte Roh- und Werkstoffe sowie durch bessere technische Ausnutzung der vorhandenen Betriebseinrichtungen überwunden. Die polnische Industrie war auch hier auf vielen Gebieten rückständig.

Im einzelnen ist über die Industrie-Gestaltung folgendes zu sagen:

Die kriegswirtschaftlich unmittelbar wichtigen Betriebe unterstehen zum größten Teil der Rüstungsinspektion des Herrn Gene-

rallent

leutnant Barkhausen. Es ist dies naturgemäß das wichtigste Gebiet. Eine enge Zusammenarbeit mit der Rüstungsinspektion und deren Außenstellen ist absolut notwendig, um im Interesse der Wehrwirtschaft die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen.

Die Festlegung der als A-Betriebe geltenden Betriebe ist abgeschlossen. Ihr verhältnismäßig langsames Anlaufen war durch den entsprechenden Auftragseingang bedingt. Es ist jetzt mit einer regelmäßigen erhöhten Belegung und dadurch bedingten größeren Ausnutzung der vorhandenen Kapazität zu rechnen. Aus diesen Gründen sind für die Versorgung der Arbeiter notwendigen Maßnahmen auch weiterhin entsprechend vorzubereiten und mir zu melden.

Über die im Lande vorhandenen Rohstoffe verfügt der Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan, soweit nicht ausdrücklich eine anderweitige Regelung getroffen ist. Es geht nicht an, daß irgendeine andere Dienststelle von sich aus ohne weiteres über Rohstoffe disponiert, bevor die Rohstoffdeckung der wehrwirtschaftlich wichtigen Betriebe mit den ihnen erteilten Aufträgen in Einklang gebracht ist. Im übrigen möchte ich noch darauf hinweisen, daß eine Auftragserteilung nicht auch gleichzeitig eine Garantie für die Zuteilung der Rohstoffe bedeutet.

Die Frage der Verschiebung von Arbeitern aus Rüstungsbetrieben ist im Einvernehmen mit Dr. Frauendorfer dahin gelöst worden, daß solche Arbeiter zurzeit nicht ins Reich geschickt werden.

Da die Lieferungen in das Reich erst allmählich anlaufen, ist mit größeren Gegenwerten zur Entlastung unserer Zahlungsbilanz erst in den nächsten Monaten zu rechnen. Im Interesse einer Besserung der Zahlungsbilanz und eines schnelleren Zahlungsausgleiches wird hierauf weiterhin großer Wert gelegt.

Für die Zulassung von Unternehmen als B-Betriebe gilt folgendes:

Dadurch, daß durch den Betrieb polnischer, wehrwirtschaftlich unbedeutender Werke dem Reich und der Rüstungsindustrie keine

wichtigen

wichtigen Rohstoffe entzogen werden dürfen, sind der polnischen Privatwirtschaft zurzeit enge Grenzen gezogen. Die Lage wird dadurch kompliziert, daß im Generalgouvernement selbst keine Kohle-Vorkommen mehr vorhanden und dadurch die Zuteilungen begrenzter sind. Es bleibt unerlässlich, daß die Entscheidung über die Inbetriebnahme oder Stilllegung von Werken jeglicher Art vorerst nur in meiner Dienststelle getroffen wird -, weil nur hier der Überblick über die Lage sämtlicher in Frage kommender Rohstoffe und deren Abstimmung vorhanden sein kann. Ich möchte aber betonen, daß alle vertretbaren Wünsche in dieser Beziehung meine volle Unterstützung finden. Trotzdem wird sich aber der Wunsch der meisten Kreishauptleute, einen wirtschaftlich blühenden Kreis zu schaffen, aus Mangelercheinungen auf vielen Rohstoffgebieten leider vorerst nicht verwirklichen lassen. Das muß festgestellt und im Lande verstanden werden, ebenso wie Verständnis dafür aufgebracht werden muß, daß wir hier im Generalgouvernement nicht mit anderen, rohstoffmäßig weniger sparsamen Produktionsprogrammen und Kapazitäten arbeiten dürfen als im Reich.

Eine Übersicht über alle Betriebe, die lediglich zur Versorgung des Generalgouvernements laufen sollen, also der B-Betriebe, liegt im großen und ganzen vor. Einzelne Industriezweige sind vollkommen erfaßt und geordnet wie insbesondere die Elektro-Industrie, die Gummi-Industrie, die chemische Industrie, die Textil-Industrie und die Leder-Industrie.

Bei den Eisen und Stahl weiterverarbeitenden Werken ist bei der Vielheit der Betriebe, die zum Teil sehr klein sind, eine vollständige Erfassung weit schwerer, zumal in einigen Distrikten keinerlei Vorarbeiten hierfür vorhanden waren. Ein gewisser Abschluß der Erfassung und Ordnung wird aber bald erreicht sein, so daß ich hoffe, noch in diesem Monat eine listenmäßige Zusammenstellung der Gesamtindustrie des Generalgouvernements herausgeben zu können, die allerdings auf einigen Sektoren nicht endgültig sein wird.

Auch

Auch die Auswahl derjenigen Werke, die für eine Verschrottung in Frage kommen, ist bereits im Gange. Bei dieser Aktion wird auf das Sorgfältigste geprüft werden, ob die stillliegenden Betriebe nicht für eine neue Ingangsetzung in absehbarer Zeit in Betracht kommen, ob ihre Baulichkeiten nicht für andere wertvolle Zwecke, wie zur Lagerung von Getreide, zur Unterbringung von Umsiedlern oder von Teilen der Wehrmacht benötigt werden können und ob die Menge des anfallenden Schrotts in einem vertretbaren Verhältnis zum Wert des Werkes steht.

- 1) Auf dem Gebiet der Kohleversorgung ist bereits darauf hingewiesen, daß es eigene Reviere im Generalgouvernement in irgendwie nennenswertem Umfange zurzeit nicht gibt. Hier mußte deshalb schnell eingegriffen werden, um die im Januar im Reich infolge der außergewöhnlichen Witterung bestehende Notlage in der Kohlezufuhr zu beseitigen. Im Zusammenwirken mit den maßgeblichen Wirtschaftsstellen und infolge der tatkräftigen Mitarbeit der Ostbahn ist im Endergebnis die Kohleversorgung im Generalgouvernement besser gewesen als an manchen Stellen im Reich. In Zukunft ist allerdings mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse eine Kürzung der Kohlenquote möglich. Vorläufig treffen jedoch noch in allen Bezirken Kohlen in der ursprünglich vorgesehenen Menge regelmäßig ein. Ob es gelingt, die geplante Kürzung der Kohlenquote noch rückgängig zu machen, läßt sich im Augenblick nicht übersehen, weil erhebliche Anforderungen von allen Seiten an die Kohleproduktion im Reich gestellt werden. Übrigens ist der bisherige Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Kohle, Dr. Meyer, jetzt auch in der geradezu für die Versorgung des Generalgouvernements besonders wichtigen ostoberschlesischen Kohlenindustrie tätig, sodaß eine verständnisvolle Berücksichtigung der Verhältnisse des Generalgouvernements auch in Zukunft gewährleistet ist.
- 2) Um zu verhindern, daß große Mengen Eisen und Stahl sowie Metalle in unerwünschte Kanäle der Privatwirtschaft abfließen und dadurch den wehrwirtschaftlich wichtigen Werken entzogen werden

worden, sind die Bewirtschaftungsstellen für Eisen und Stahl und für Metalle errichtet. Mit Rücksicht auf den verhältnismäßig geringen Umfang des dem Generalgouvernement für den Verbrauch an Eisen und Stahl eingeräumten Kontingents mußte eine starke Drosselung des Eisenverbrauchs eintreten -, soweit es sich nicht um A-Betriebe handelt. Andererseits mußte eine Gewähr dafür gegeben werden, daß das übrige, zur Verfügung stehende Eisen, den lebenswichtigen Verbrauchern im Generalgouvernement, insbesondere der Landwirtschaft, der Bahn, der Post und dem Straßenbau zufließt. In letzter Zeit habe ich durch eine Kompensation mit Roheisen erreichen können, daß unser Eisenkontingent etwas aufgebessert wird, womit ich in die Lage versetzt wurde, einige besonders dringende Wünsche befriedigen zu können. Im übrigen ist durch die von mir durchgesetzte Verstärkung des Personals der Bewirtschaftungsstelle auch künftig eine schnellere Erledigung der Anträge gewährleistet. Die Bewirtschaftungsstelle für Metalle führte und führt auch weiterhin neben ihren sonstigen planmäßigen Aufgaben die verschiedenen Metallaktionen durch, die im Generalgouvernement mit den notwendigen Abwandlungen, ähnlich wie im Reich, vorstattengehen und bisher schon sehr beachtliche und in ihrem Ergebnis wirklich überraschende Erfolge hatten. Diese Metallaktion wird auch jetzt fortgesetzt und hat nicht etwa durch die sehr große Beute an Metallen im Westen ihre Bedeutung verloren. Vielmehr ist auch heute noch jede erfaßte Metallmenge hier im Generalgouvernement von erheblichem Wert für die Wehrwirtschaft des Deutschen Reiches.

- 3) Auf dem Gebiete der Lederbewirtschaftung ist ebenfalls Erhebliches erreicht worden. Die Versorgungslage im Reich und im Generalgouvernement verlangte auch hier eine straffe Erfassung der vorhandenen Vorräte und der laufenden Anfälle an Häuten und Pelzen. Durch Ausschaltung unerwünschter jüdischer Kleinbetriebe und durch planmäßige Lenkung der Rohstoffe in leistungsfähige Unternehmungen wurde auch hier

eine

eine allmähliche Besserung der Versorgungslage erreicht. Gleichzeitig wurde die Holzsohlenfabrikation erheblich gefördert, um auf diese Weise eine Entlastung der Lederversorgung zu erzielen.

Ferner ist gleichzeitig eine allgemeine Überprüfung der Preise sowohl für das Rohmaterial wie auch für die Fertigerzeugnisse eingeleitet worden, die sich gleichzeitig auch auf die Gewinnspanne der eingesetzten Häutevertrauens- und Ledervertrauensfirmen erstreckt. Es ist anzunehmen, daß auf diese Weise allmählich eine gesunde Preispolitik auf diesem Gebiete erreicht wird.

4. Auf dem Gebiete der chemischen Industrie wurde im Hinblick auf die besonders gelagerten Verhältnisse keine Bewirtschaftungsstelle eingerichtet, sondern eine Lenkung der Industrie im Rahmen einer Großplanung unter Beschränkung einer eigentlichen Bewirtschaftung auf ganz wenige Produkte vorgenommen. Auch auf diesem Sektor wurden die Betriebe von wehrwirtschaftlicher und lebenswichtiger Bedeutung bevorzugt mit Rohstoffen, Energien und Hilfsstoffen versorgt. Bei einzelnen wurde besonders darauf hingewirkt, die Erzeugungskapazität auszubauen und die Produktionskapazität zu erhöhen, soweit dies schnell und mit einfachen Mitteln möglich war. Dies gilt insbesondere für die Sodaerzeugung, die Stickstofferzeugung und die Aetznatronerzeugung. Das Stickstoffwerk in Moskau wurde weiter ausgebaut und die Stickstoffversorgung des Generalgouvernements sichergestellt. Da die einzelnen Produktionsvorgänge voneinander abhängig sind, war es wichtig, sie miteinander zu verknüpfen und eine einheitliche Regelung durchzuführen. Insbesondere verlangte die Lösung der Rohstofffrage in manchen Fällen auch die Umstellung von Betrieben. Die vorhandenen, die Oberfläche schützenden Anstrichmittel, Beizen und Lacke müssen vorwiegend den wehrwirtschaftlich wichtigen Betrieben vorbehalten bleiben und können der Möbel- und Holzwaren-Industrie ebenso wie der benötigte Tischlerleim nur im be-

ein

schränkter

schränkten Umfange zur Verfügung gestellt werden. Desgleichen ist möglichst sparsamer Umgang mit Seifen- und Papiererzeugnissen eine Selbstverständlichkeit.

VI. Ich muß mir versagen, auf die vielen weiteren Fragen hier noch näher einzugehen, die meine Dienststelle auf dem Gebiet der allgemeinen Wirtschaftsplanung, der Währungsgestaltung, der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, des Zahlungsverkehrs mit dem Reich, der Erdgasversorgung, der Transportmittelbeschaffung usw. bearbeitet hat und weiter bearbeitet. Auf den verschiedensten Gebieten wird sie dauernd angegangen oder schaltet sich von selbst ein, um auftretende Schwierigkeiten, die oft auf nicht vor- auszuahnenden Gebieten liegen, zu beheben. Dabei kann sie die ihr zur Verfügung stehenden Querverbindungen mit allen den vielen Dienststellen des Generalgouvernements und des Reiches in Verwaltung, Wehrmacht und Wirtschaft zum Wohle der Sache nutzbar machen. Sie hält aber naturmäßig auch ständige Fühlung mit der Berliner Dienststelle des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan und kann so ein steter Mittler zwischen den auf wirtschaftlichem Gebiet liegenden Wünschen des Reiches und den Erfordernissen des Generalgouvernements sein und damit in dauerndem Einsatz ihren Beitrag leisten, den die so tapfer kämpfende Front von der Heimat erwarten kann. Sie, meine Herren, darf ich bitten, in diesem Gedanken bei all ihren Maßnahmen und Entschlüssen auf dem Gebiet der Wirtschaft sich stets vor Augen zu halten, daß die entscheidende Richtschnur immer nur die sein kann, alles daran zu setzen, um die Wirtschaftskraft des Generalgouvernements in jeder nur möglichen Weise in den Dienst der deutschen Wehrwirtschaft zu stellen.

Wahlkreis

Die Lage der Rüstungsindustrie im Generalgouvernement.

Vortrag anlässlich der Besprechung mit dem General-
gouverneur am 5. und 6.6.40.

1.) Organisationsfragen.

Die Organisation der Rüstungswirtschaft im Generalgouvernement ist mit dem Aufbau der Inspektion und ihrer örtlichen Dienststellen der Rüstungskommandos und der Industriebeauftragten als abgeschlossen zu bezeichnen. Enge Verbindung mit allen Dienststellen der Verwaltungen des Generalgouverneurs und der Gouverneure besteht. Ebenso ist intensive Zusammenarbeit mit dem neu geschaffenen Reichsministerium für Bewaffnung und Munition aufgenommen, das wiederum im engsten Einvernehmen mit den vorgesetzten Dienststellen der Rüstungsinspektion, dem Oberkommando der Wehrmacht und den 3 Wehrmachts-teilen, seinen wichtigen Aufgaben nachkommt. In den Rüstungsinspektionen sieht der Herr Reichsminister Dr. Todt seine Aussenstellen für die Durchführung der von ihm zu treffenden Massnahmen. Engstes Zusammenwirken und Vorschalten des Wi Rü Amtes und der Waffenämter in Berlin ermöglichen ständige fruchtbare Zusammenarbeit, die auch durch die Person des Bezirksbeauftragten im Ostbezirk des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, des Herrn Reichsamtsleiters Führer, und des Gebietsbeauftragten für das Generalgouvernement, Herrn Präsident Bauder, gewährleistet ist. Der für vorige Woche in Aussicht gestellte Besuch des Herrn Reichsministers Dr. Todt ist verschoben worden.

2.) Anlauf und Belegung der Betriebe.

Die erste Phase der Arbeit der Inspektion im Generalgouvernement erfolgte als unmittelbare Aufbauarbeit, da fast sämtliche Werke durch Teilzerstörungen, Maschinenbeschädigung usw. gelähmt waren. Zudem bestand bis vor wenigen Monaten Unklarheit über die prinzipielle Frage, inwieweit die Rüstungsfertigung im Bereich des Generalgouvernements vorgetrieben werden sollte; man ging in Berlin - wie bekannt - sehr ungern an die rüstungswirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements

heran. Rüdiger Jön Oberost hat vom Beginn ihrer Tätigkeit an den Standpunkt vertreten, die Vorteile, die die Wehrmachts-Fertigung im Generalgouvernement bietet - die luftgeschützte Lage des Gebietes, die Ausweichmöglichkeit evtl. beschädigter und zerstörter Betriebe in Westdeutschland, den vorhandenen Stamm brauchbarer Facharbeiter und die frei stehenden maschinellen Kapazitäten voll für die Rüstungsfertigung einzusetzen. Die Inangangssetzung der Produktion mußte gleichzeitig für das Generalgouvernement selbst sich schon darin positiv auswirken, daß eine beträchtliche Zahl von Arbeitern in Brot gesetzt und dadurch mit befriedigt wurde.

Ende Februar 1940 ist durch Erlass des Generalfeldmarschalls Göring die Ausnutzung aller Fertigungsmöglichkeiten und Kapazitäten der Rüstungsindustrie im Generalgouvernement befohlen worden. Damit ist der Inspektion die eindeutige Richtlinie für ihre weitere Arbeit gegeben, nämlich den Ausbau ihrer Erzeugung bis zum Leistungsmaximum zu steigern. Die Arbeit in mehreren Schichten (meist in 2 Schichten zu je 10 Stunden) wird im Laufe der nächsten Zeit in den meisten Rüstungsbetrieben im Generalgouvernement eingeführt sein. Die infolgedessen notwendige Verlängerung der Arbeitszeit steht mit den im Generalgouvernement geltenden Bestimmungen im Einklang. Bereits seit März/April d.J. ist eine starke Steigerung der Erzeugung der Rüstungsbetriebe erfolgt. Einzelne Werke haben ihre Produktion bereits erheblich über die Maximal-Vorkriegserzeugung in polnischer Zeit gesteigert.

Insgesamt sind von der Rüstungsinspektion auf dem Gebiet des Generalgouvernements 400 Betriebe erfaßt, von denen 60 zu W-Betrieben erklärt sind. In den nächsten Tagen werden weitere Werke zu Wehrmachtsbetrieben erklärt werden.

Die Auftraggeber sind bei den Wehrmachtsstellen verschieden. Während beim Heer das Regreswaffenamt und bei der Luftwaffe der Generalluftzeugmeister die Kriegsaufträge zentral vergeben, ist die Vergabe bei der Marine dezentralisiert. Als Auftraggeber kommen hier verschiedene Instanzen u.a. das

Marinewaffenamt, die Werften, die Torpedoversuchsanstalt, die Sperrwaffeninspektion in Frage. Ausserdem sind noch Auftraggeber für die Rüstungsinspektion Oberost die Armee Oberost und das Luftgaukommando VIII mit ihren Verbänden.

Es folgte ein mündlicher Auszug der wichtigsten Aufträge der 3 Wehrmachtteile aus dem der erhebliche Umfang der Rüstungsaufträge erkennbar ist. Ich bitte den Herrn Generalgouverneur dringend dafür sorgen zu wollen, dass mit den Rüstungsbetrieben betr. Umstellung auf eine spätere Friedensfertigung von keiner Stelle des Generalgouvernements verhandelt wird. Sonst besteht die Gefahr, dass die Betriebsführer ihre jetzige Tätigkeit schon mit privatwirtschaftlichen Interessen belasten, während z.Zt. nur eine Einstellung auf höchste Kriegsfertigung im Jahre 1940 gefordert werden darf.

3.) Fragen der kommissarischen Verwaltung.

Bei den vom Heer betreuten ehemaligen staatlichen Betrieben wird die kommissarische Verwaltung künftig voraussichtlich von der Verwertungsgesellschaft für die Montanindustrie, bei den von der Luftwaffe betreuten ehemaligen staatlichen Betrieben von der Luftfahrt-Kontorgesellschaft ausgeübt werden. Für die übrigen Betriebe - oft mehrere zusammengefasst - werden einzelne kommissarische Verwalter bestellt werden. Für die ausgeräumten Betriebe ist gleichfalls die Bestellung von komm. Verwaltern, und zwar auch für mehrere Betriebe gemeinsam in Aussicht genommen. Die komm. Verwalter werden von der Rüstungsinspektion der Treuhandstelle im Generalgouvernement zur Bestätigung vorgeschlagen. Aufgabe der komm. Verwaltung ist die buchmässige Feststellung der Grundlage für eine evtl. spätere Auseinandersetzung.

4.) Die Ernährungslage.

Die Frage der Ernährung der Arbeiterschaft der Rüstungsbetriebe, die Besonders im Januar und Februar d.J. überaus grosse Schwierigkeiten machte, hat sich in den letzten Monaten nicht zuletzt durch Zusammenwirken der Betriebe und der Dienststellen der Rüstungsinspektion mit den örtlichen Dienststellen der Verwaltung des G.C. etwas gebessert.

Die Lage ist aber noch nicht überall befriedigend, ja gelegentlich sind sogar wieder Rückschläge eingetreten. Die Ernährungsfrage erscheint der Inspektion um so wichtiger als mit der beabsichtigten Verlängerung der Arbeitszeit und dem allgemeinen Übergang zum Mehrschichtenbetrieb die Notwendigkeit einer ausreichenden Versorgung der Rüstungsarbeiter in noch stärkerem Maße als bisher gegeben ist. Die vom Führer geforderte erhebliche Steigerung der Fortigung ist im hohen Maße von der Ernährung der Rüstungsarbeiter abhängig. Ich bitte deshalb die Abteilungen Ernährung des G.G. und der Distrikte, besonders in den nächsten Monaten alles zu tun, um durch ausreichende Ernährungszuweisungen die Arbeitskraft der Rüstungsarbeiter sicherzustellen.

5.) Lohnfrage.

Der gegenwärtige Stand der Lohnfrage erscheint der Inspektion nicht voll befriedigend, zumal die Lohnverhältnisse regional und branchenmässig erhebliche Unterschiede aufweisen. Die derzeit gezahlten Löhne reichen zur Erhaltung der Arbeiter nur dann aus, wenn Lebensmittel zu den festgesetzten Höchstpreisen in annähernd zureichender Menge bereitgestellt werden können. Die überhöhten Preise, die im Schleichhandel verlangt werden, können die Rüstungsarbeiter bei dem derzeitigen Lohnstand nicht bezahlen.

Die Rahmentarifordnung des Leiters der Abt. Arbeit im Amt des Generalgouverneurs vom 23.4.40 gibt eine einheitliche Unterlage der Lohnsätze für öffentliche Betriebe. Die in der eisenverarbeitenden Rüstungsindustrie derzeit gezahlten Löhne, liegen etwas über diesen Tarifen, halten sich aber am Lohnniveau vom 31.8.39, entsprechen also der grundlegenden Verfügung des Generalgouverneurs. In der Textilindustrie sind die z.Zt. gezahlten Löhne meist niedriger als sie die Verordnung vom 23.4. vorschreibt. Die Rüstungsindustrie betont mit allem Nachdruck, dass eine weitere Herabsetzung der Löhne nach ihrem Dafehalten in der Rüstungsindustrie nicht möglich ist und zu einer Gefährdung der Arbeitswilligkeit und damit der Wehrmachtsfertigung im Generalgouvernement

führen muss, besonders in einer Zeit, wo auf Grund der Kriegslage die Fertigung noch im Jahre 1940 auf's Höchste gesteigert werden muss.

6.) Arbeitseinsatz.

Bisher standen im Generalgouvernement Arbeitskräfte, auch gelernte Facharbeiter, für die Rüstungsindustrie in ausreichendem Maße zur Verfügung. Durch die Erfassung und den massenweisen Abtransport polnischer Arbeitskräfte in's Reich scheint in dieser Hinsicht jedoch eine neue Situation gegeben zu sein. Es ist selbstverständlich, dass bei dem zum Teil akuten Facharbeitermangel im Reich freistehende Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement eingesetzt werden müssen. Ein Facharbeitermangel dürfte aber im G.G. schon deshalb eigentlich vorläufig nicht eintreten, weil die angelaufenen Rüstungsbetriebe zum Teil ihren Vorkriegsbestand an Arbeitskräften noch keineswegs erreicht haben, während zahlreiche andere Betriebe zerstört, ausgeräumt und stillgelegt sind. Man muss daher mit Sicherheit annehmen, dass eine grosse Zahl von Facharbeitern - besonders im Distrikt Warschau - als nicht registriert unter den Arbeitslosen versteckt vorhanden sind.

Zwischen der Inspektion und dem Abt. Leiter der Abt. Arbeit im Amt des Generalgouverneurs ist seinerzeit eine Vereinbarung getroffen worden, wonach vermieden werden soll, dass Arbeiter aus der Rüstungsindustrie durch die Aktion der Arbeitererfassung abgezogen werden. Der Herr Generalgouverneur hat dieser Vereinbarung zugestimmt. Die Verordnung des Leiters der Abt. Arbeit vom 15. Mai 1940 trägt dieser Vereinbarung auch Rechnung. Leider wird in der Praxis der unteren Verwaltungsorgane gegen diese grundsätzliche Vereinbarung noch verstossen. Es werden Facharbeiter auch solche, die in der Rüstungsindustrie des G.G. bereits tätig und mit Ausweisen versehen sind, gewaltsam erfaßt und abtransportiert. Ich habe selbst in Zyradow den Abtransport solcher Arbeiter verhindert.

Es erscheint dringend geboten, daß die seinerzeit zwischen dem Inspekteur und dem Leiter der Abt.Arbeit des Generalgouverneurs getroffenen Vereinbarungen und die von Dr.Frauendorfer erlassene sich darauf beziehende Verordnung dem Buchstaben wie dem Sinn nach angewandt werden und daß erforderlichenfalls die lokalen Instanzen mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß sie sich jedes Eingriffs in den Facharbeiterbestand der Rüstungswerke zu enthalten haben, ohne mit den Dienststellen der Rüstungsinspektion vorher Fühlung zu nehmen, da sonst die zeitgerechte Durchführung der Rüstungsaufträge gefährdet ist. Die Rüstungsinspektion bittet daher auch künftig bei der Lenkung des Facharbeitereinsatzes in jeder Weise mit eingeschaltet zu bleiben. Soll die Inspektion die ihr gestellten Aufgaben einer Erhöhung der Wehrmachtsfertigung im Laufe dieses Sommers nachkommen können, so muß sie unbeschadet der Möglichkeit, ja Notwendigkeit des Abzuges entbehrlicher Facharbeiter vor der Gefahr eines Facharbeitermangels, unter dem drei sehr wichtige Werke wie die Rüstungswerke Stalowa-Wola, Skarzysko-Kamienna und die Gewehrfabrik Radom schon leiden, bewahrt bleiben. Es ist kein Zweifel darüber, daß mit dem allgemeinen Übergang zum Mehrschichtenbetrieb der Bedarf an Facharbeitern wachsen wird und daß es geboten ist, Vorsorge zu treffen, damit beim Abtransport von Arbeitskräften ins Reich diese Belange der Rüstungsindustrie in den nächsten Monaten berücksichtigt werden.

Die Inspektion hat von sich aus durch Befehl an die ihr unterstellten Rüstungskommandos und Betriebsleitungen die Frage der Umschulung von Facharbeitern und der Lehrlingsausbildung im Generalgouvernement als besonders wichtig bezeichnet und Maßnahmen gefordert, durch Förderung der Facharbeiterschulung eine zweckmäßige Lenkung des Facharbeitereinsatzes herbeizuführen. Außerdem ist beabsichtigt, Spezialarbeiter für die Luftwaffenbetriebe in besonderen technischen Schulungskursen, die in Warschau voraussichtlich auch in Krakau und anderen Orten eingerichtet werden, auszubilden.

Die Gesamtzahl der derzeit in den W-Betrieben des G.G. beschäftigten Arbeiter beziffert sich auf rund 50.000-60.000 mit etwa 180000 Familienangehörigen, das bedeutet, daß auf Grund der Vereinbarungen mit dem Generalgouvernement rund

200.000 - 250.000 Menschen der Rüstungsbetriebe als vordringlich bei der Belieferung von Lebensmitteln und, sofern möglich, Bekleidungsgegenständen bevorzugt werden müssen.

7.) Schutz der Werke.

Die besonderen Arbeitsvoraussetzungen der Rüstungsinspektion Oberost in einem Gebiet und mit einer Arbeiterschaft allgemein feindseliger Haltung bedingt eine besondere Beachtung der Bewachungs-, Werkschutz- und Abwehrfragen. Es sind hier vier verschiedene Arten des Schutzes der Werke zu unterscheiden:

- a) Die Besetzung der Werke im Falle von Unruhen,
- b) die Bewachung der Werke als äußere Bewachung durch Verbände der Höheren Kommandos der Wehrmacht,
- c) der innere Werkschutz bestehend aus Reichs- und Volksdeutschen und Ukrainern.
- d) Die Abwehr unter Leitung der Abwehrbeauftragten im Zusammenwirken mit den Abwehrstellen der Wehrmacht.

Die äußere Bewachung der Werke ist im wesentlichen geregelt. Der innere Werkschutz ist größtenteils aufgebaut und wird durch Einsatz weiterer Ukrainer und Selbstschutzorganisationen erweitert. Der polnische Werkschutz ist fast überall entlassen worden. Ich wäre dem Obergruppenführer Krüger dankbar, wenn der noch recht schwach ausgestattete innere Werkschutz durch ausgebildete Selbstschutzleute verstärkt werden könnte. Entsprechende Anträge der Rüstungsinspektion liegen bereits vor.

8.) Finanzfragen.

Die Finanzierung der Wehrmachtfertigung im G.G. ist im wesentlichen geregelt, und zwar durch das im ganzen eingespielte Verfahren der Wehrmachtsverpflichtungsscheine, d.h. der Vorschüsse der Wehrmachtteile auf erteilte Kriegsaufträge. Sonstige Mittel, die die hiesigen Betriebe benötigen, werden auf dem Transferwege durch die reichsdeutschen Mutterfirmen überwiesen.

9.) Transportfragen.

Zwar ist die Transportlage im Bereich des G.G. nach wie vor infolge des Güterwagen- und besonders Lokomotivmangels gespannt.

Es kann aber festgestellt werden, daß die Wehrmachtsfertigung im Inspektionsbereich nach Überwindung einiger Schwierigkeiten, die im Winter eingetreten waren, dadurch nicht beeinträchtigt wurde oder wird.

10.) Energiewirtschaft.

Die zur Steigerung der Erdölgewinnung angeordnete und auch notwendige Reduzierung des Erdgasverbrauchs berührt auch eine Reihe von Rüstungsbetrieben. Es sind von den in Frage kommenden Betrieben inzwischen Erfahrungen gesammelt worden und im Laufe der nächsten Tage wird der Dienststelle des Vierjahresplanes auf Grund dieser Erfahrungen ein Bericht erstattet werden.

11.) Maschinenerfassung.

Der Bedarf an Maschinen - besonders an Drehbänken - bei der Rüstungsinspektion - namentlich zur Fertigung von Granaten von 15 & 21 cm ist groß. Ich bitte daher den Vierjahresplan, die Abteilung Wirtschaft im O.G. und die Distrikte dringend, im Zivilsektor nach derartigen Maschinen Nachforschungen anzustellen und das Ergebnis der Inspektion bzw. den zuständigen Rüstungskommandos in Krakau, Radom und Warschau auf schnellstem Wege zuzustellen. Diese Maßnahme ist auf Grund der Forderungen des Führers dringend erforderlich.

12.) Rohstofffragen.

Sofern für die Wehrmachtsfertigung im Bereich des Generalgouvernements Rohstoffe aus dem Reich benötigt werden, soll für die Zukunft mit dem Auftreten von Schwierigkeiten nicht mehr zu rechnen sein, da nach Mitteilung des Reichsministers für Bewaffnung und Munition Dr. Todt nicht nur alle Aufträge künftig mit einer Kontrollnummer vergeben werden müssen, sondern die Kontrollnummer nur dann ausgefolgt wird, wenn tatsächlich die Rohstoffgestellung gesichert ist. Die Inflation von Kontrollnummern und Metallanforderungsscheinen, die leider in den letzten Monaten eingetreten war, wird damit hoffentlich in der Zukunft vermieden werden.

Soweit Rohstoffe aus dem Bereich des Generalgouvernements bezogen werden können, ist die Lage z.Zt. noch befriedigend. Die meisten Rüstungsbetriebe sind jedenfalls für eine Reihe von Wochen noch mit den notwendigsten Rohstoffen versehen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Wehrmachtproduktion in den nächsten Wochen aller Wahrscheinlichkeit nach stark ansteigen wird. Das bedingt, dass die wenigen Hochöfen und Siemens Martin-Öfen, die im Bereich des G.G. vorhanden sind, unbedingt in Betrieb gehalten bzw. gesetzt werden, um der Rüstungsindustrie die erforderlichen Eisen- und Stahlmengen zur Verfügung zu stellen. Es ist daher erforderlich, durch entsprechende Massnahmen der Dienststelle des Vierjahresplans diesen Betrieben Erz- und Schrottmengen aus dem G.G. zur Verfügung zu stellen, weil sonst die schwierige Lage eintreten kann, dass durch Eisen- und Stahlmangel die von höchster Stelle befohlene Steigerung der Erzeugung der Rüstungsindustrie in Frage gestellt wird. Diese Lage könnte z.B. eintreten bei der Eisenhütte und Tschenstochauer Metallwerken "Enro" in Tschenstochau, die neue dringende Aufträge haben auf Fertigung der für die Westkämpfe ganz besonders notwendigen Mörser und s.F.H.-Munition. Alle Rüstungsaufträge in diesem Jahr sind als äusserst dringend anzusehen. Ich darf daher die Bitte aussprechen, dass auch der formelle Weg zur Sicherstellung der Rohstoffe besonders der Eisen und Metalle bei den Bewirtschaftungsstellen die denkbar grösste Beschleunigung erfährt.

13.) Zukunftsaussichten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Entwicklung der Rüstungswirtschaft im Bereich des G.G. trotz der zweifellos nicht kleinen Widerstände und Hemmungen, die sich aus der Struktur der Wirtschaft und den Kriegsfolgen ergeben, gerade in den letzten Monaten recht erfreulich ist. Eine ständige Zunahme der Zahl und der Belegschaften der Werke, eine erhebliche Produktionsausweitung können festgestellt werden. Der Übergang auf den Mehrschichtenbetrieb wird unmittelbar vorbereitet, Ausnutzung aller noch freien Kapazitäten in den Rüstungsbetrieben seitens der Rüstungsinspektion nachdrücklich betrieben. Ich kann der begründeten Erwartung und sicheren Hoffnung Ausdruck geben, daß die noch bestehenden Schwierigkeiten und Reibungen wie sie beispielsweise in der Frage des Arbeitseinsatzes, der Ernährung usw. vorliegen, bald endgültig behoben werden können. Die einzige Voraussetzung dafür scheint mit gegeben zu sein: Der unbedingte Wille sachlicher und kameradschaftlicher Zusammenarbeit zwischen allen Dienststellen und Personen, die für die Betreuung und den Aufbau der Wirtschaft im G.G. verantwortlich eingesetzt sind. Dann wird auch der Rüstungssektor im Generalgouvernement seinen bedeutenden Beitrag geben zum grossen deutschen Endsieg an der Westfront.

Verteiler:

Generalgouvern.	100
Jn/ J	1
ZA	2
H	1
M	1
L	1
V	1
Kdo Krakau	1
Kdo Warschau	1
Kdo Radom	1
	<hr/>
	110

Markhausen

Generalleutnant und
Rüstungsinspekteur Oberost

Wł. Kurpis

Der Leiter der Abteilung Eisenbahnen
im Amt des Generalgouverneurs für
die besetzten polnischen Gebiete

Krakau, im Juni 1940

N^o 4

X

Die Lage der Ostbahn

Die Ostbahn ist die Staatsbahn des Generalgouvernements. Sie ist losgelöst von der Deutschen Reichsbahn und bildet ein Sondervermögen des Generalgouvernements. Sie besitzt Finanz- und Tarifhoheit. Der Präsident der Generaldirektion der Ostbahn ist zugleich Abteilungsleiter im Amt des Generalgouverneurs. Die Aufsicht über die Bahn wird durch den Reichsverkehrsminister ausgeübt.

Das Bahnnetz ist jetzt soweit wiederhergestellt, dass Verkehr und Betrieb ohne wesentliche Behinderung durchgeführt werden können. An grossen Wiederherstellungsarbeiten und Neubauten sind nur noch im Gange:

Elektrifizierung der Warschauer Vorortbahnen

Brücken bei Roswadow und Sandomierz

Umladebahnhöfe Przemysl und Terespol

Erweiterung Bahnhof Zagnanek

Behelfsmässige Fertigstellung von Warschau Hbf

Wiederherstellung des Tunnels Muscina sowie

viele kleinere Kriegsschäden an Bahnanlagen und

beim Fahrzeugpark, die in diesem und im nächsten Jahr noch in soweit beseitigt werden müssen, als das Reichsinteresse oder das Interesse des eingeschränkten Verkehrs im Generalgouvernement es erfordern

Seit der harte Winter vorüber ist, läuft der Betrieb im allgemeinen regelmässig und weist steigende Leistungen auf. Es haben sich erhöht die

Zugkilometer der Gütersüge von Anfang April bis

Ende Mai um 32 %

Zugkilometer der Reisesüge von Anfang April bis

Ende Mai um 9 %

Daneben konnten alle Sonderbewegungen (Wehrmacht, Feldarbeiter, Umsiedler) glatt bewältigt werden.

Der zur Durchführung des Betriebes in Zukunft notwendige Fahrzeugpark wurde ermittelt zu

2 700 Personenzwagen

1 200 Lokomotiven

Dieser Ermittlung ist ein Reparaturstand von 30 % bei Lokomotiven zu Grunde gelegt (z. Zt. wegen der Folgen des Krieges noch 42 %). Mit der Deutschen Reichsbahn bleibt die Zuweisung dieses Fahrzeugparks aus der polnischen Beute noch zu vereinbaren. Bisher war sie noch nicht geneigt, die volle Zahl der erforderlichen Fahrzeuge aus der zu kleinen Gesamtbeute der Ostbahn anzusprechen.

Die zwei Ausbesserungswerke der Ostbahn für Lokomotiven werden auf eine Leistungsfähigkeit von 50 Lokomotiven je Monat (heute 40) bis zum Herbst ausgebaut sein. Um den vorhandenen grossen Schadstand aus dem Feldzug abarbeiten zu können, leistet die Deutsche Reichsbahn z. Zt. Reparaturaushilfe; die Ostbahn unterstützt ihrerseits die Deutsche Reichsbahn durch Abgabe von polnischem Personal an die Reichsbahn-Ausbesserungswerke. Die Leistungsfähigkeit der drei Wagen-Ausbesserungswerke der Ostbahn reicht für den Bedarf aus; die Ostbahn ist sogar schon in der Lage, Wagenausbesserungen für die Deutsche Reichsbahn wie auch für die Wifo vorzunehmen.

Einen eigenen Güterwagenpark besitzt die Ostbahn noch nicht; sie ist eingegliedert in die Güterwagengemeinschaft der Deutschen Reichsbahn. Dieses Übereinkommen hat sich sehr gut bewährt; die Wagengestellung hat bisher sehr befriedigt; die Ausfälle an Wagen waren erheblich kleiner als im Reich.

Auch in der Wagenanforderung im Bereich der Ostbahn ist ein erfreulicher Anstieg zu verzeichnen. Während im März im Durchschnitt 1158 Wagen je Arbeitstag angefordert und gestellt wurden, belief sich die Wagengestellung im Mai immerhin schon auf 1652 Wagen je Arbeitstag. Der Wagenbedarf im ganzen (März 227 800 Wagen, Mai 38 000 Wagen) ist jedoch recht gering im Vergleich zum grossen Bahnnetz (4000 km Vollsparbahn). Die echten Ausfälle bei der Wagengestellung waren verschwindend gering, wenn auch immer Hochbedarf an G-, R- und SS-Wagen besteht.

Der Durchgangsverkehr mit der USSR und Rumänien entwickelt sich in stetig aufsteigender Linie, hauptsächlich über die Übergänge Deutsch-Przemysl und Terespol. Der Gesamtumschlag betrug bisher im Eingang 270 000 to, im Ausgang 130 000 to kriegswichtige Güter.

Betrieb, Verkehr und Verwaltung wurden im Mai geführt von 6 400 Reichsbahnern, 2 000 Volkdeutschen und über 40 000 Polen und Ukrainer. Das Bestreben der nächsten Zukunft muss sein, das reichsdeutsche Personal, soweit irgend mit dem Betrieb und der Sicherheit zu vereinbaren, zu vermindern, weil der gelernte deutsche Reichsbahner bei den getätigten Abverfügungen von Personal nach dem Norden und Westen, einen Seltenheitswert hat und weil die Kosten des deutschen Personals sehr hoch sind. So betragen die Kosten des deutschen Personals bei der Ostbahn (6 400 Mann) 48 % und die Kosten des polnischen Personals (über 40 000) nur 52 % der gesamten Personalausgaben (ohne die Unterstützungsbeiträge für Polen). In Kurzen werden über 1 300 km Strecke, also mehr als 1/3 des Gesamtnetzes nur mit polnischem Personal betrieben werden, sodass dann im wesentlichen nur die Hauptbahnen noch mit deutschem Personal und diese nur in den wichtigsten Dienstzweigen besetzt sein werden.

Das polnische Personal erhält Bestände in der Höhe der Besoldung vor dem 1. September 1939. Diese Lohnhöhe wird aber nur aufrecht erhalten werden können, wenn Ernährung und Bekleidung des Gesamtpersonals in ausreichendem Masse und zu tragbaren Preisen sichergestellt werden können. An einer Lohnerhöhung hat die Ostbahn gar kein Interesse; sie muss aber verlangen, dass das gesamte Personal ausreichend mit Verpflegung und Bekleidung versorgt wird. Zzt ist das in den letzten Tagen erst anerkannt worden für rd 12 000 Arbeiter in den Werkstätten, die die Verpflegungsätze der A-Betriebe erhalten sollen und für weitere 8 000 Polen, die eine Zusatzverpflegung als Schwerarbeiter erhalten sollen zur Grundverpflegung der gesamten polnischen Bevölkerung. Der Erfolg der Zusage bleibt abzuwarten. Mit einem ausgehungerten und leistungsschwachen Personal kann der Betrieb unmöglich geführt werden, daher müssen auch die restlichen 20 000 Polen ab sofort wenigstens eine Zusatzverpflegung erhalten und von der neuen Ernte vom 1. September ab das Gesamtpersonal von über 40 000 Polen samt ihren Angehörigen die Verpflegungsätze der A-Betriebe. Die Erfüllung dieser Forderung ist unerlässlich.

Auch die Verpflegung des reichsdeutschen Personals ist zzt durch die Wehrmacht nur bis zum 30.6. sichergestellt. Oberost erklärte sich nicht bereit, über diesen Zeitpunkt hinaus die Wehrmachtverpflegung weiter durchzuführen, andererseits erklärt sich die Abteilung Ernährung ausserstande, vor dem 1. September die Verpflegung der über 5 000 Reichsdeutschen und 2 000 Volkdeutschen

zu übernehmen. Wenn der Betrieb nicht eingestellt werden soll, muss die Wehrmacht verpflichtet werden, die Versorgung des deutschen Personals noch bis zum 1. September durchzuführen. (Inzwischen von Oberost zugestanden).

Meine deutsche Gefolgschaft ist an fast allen Orten ausgeschlossen von den Wohlfahrtseinrichtungen, die einzelne Distrikte eingerichtet haben, wie deutschen Häusern, deutschen Warenhäusern usw. Dieser Umstand führt zu einer grossen Verbitterung meiner Gefolgschaft. Die Ostbahn wird trotz ihrer schwachen Finanzkraft alles tun, um aus Eigenem ihrer Gefolgschaft ein erträgliches Leben im Generalgouvernement zu gestalten. Sie kann es aber nicht, wenn sie nicht eine tatkräftige Unterstützung der Distrikte und Kreise hierbei findet, von denen sie in der Ausstattung und Versorgung ihrer Wohlfahrtseinrichtungen völlig abhängig sind. Die grosse Zahl meiner Beamten, die immer als ein Hindernis dargestellt wird, darf dabei keine Rolle spielen.

Die wirtschaftliche Situation der Ostbahn ist recht ungünstig. Der Voranschlag für das Jahr 1940 sah vor an

Einnahmen im Personenverkehr	105 Millionen Zloty
in Güterverkehr	202 " "
Sonstige Einnahmen	2 " "
	<hr/> 309 Millionen Zloty

Ausgaben: Persönliche Ausgaben	215 Millionen Zloty
sächliche Ausgaben	198 " "
Vermögensrechnung	11 " "
Kriegsschäden und neue Grenzbahnhöfe	86 " "
Vorratsbeschaffungen	19 " "
	<hr/> 530 Millionen Zloty

Das Ergebnis würde also eine Mehrausgabe von über 200 Millionen Zloty sein.

Nach dem bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres ist voraussichtlich zu rechnen mit Einnahmen im Personenverkehr 150 Millionen und im Güterverkehr 120 Millionen und sonstigen Einnahmen 3,0 Millionen, zusammen 273 Millionen, also einem Weniger von 36 Millionen gegenüber dem Voranschlag. Die Ausgaben werden sich durch Einsparungen und Verschiebungen von Arbeiten auf das nächste Jahr ebenfalls verringern und zwar bei

persönlichen Ausgaben um	41 Millionen
Betriebsrechnung um	42 "
Vermögensrechnung um	2,6 "
Kriegsschäden und Grenzbahnhöfe um	16 Millionen

sodass die Verminderung der Ausgaben insgesamt auf über 100 Millionen sich belaufen wird, wodurch das Defizit sich voraussichtlich auf 150 Millionen Zloty einschränken lassen wird.

Bei der Beurteilung der Lage muss davon ausgegangen werden, dass ein Vergleich mit der früheren PKP völlig unmöglich ist. Die wertvollsten Teile der früheren PKP sind an das Altreich übergegangen (Oberschlesien, Posen, Danzig, Kohlenbahn). Die Restbahnen weisen einen schwachen Verkehr auf, der rechts der Weichsel kaum von Bedeutung ist. Bei dem Mangel von Bodenschätzen ist auch auf die Dauer mit einer grossen Steigerung des Verkehrs nicht zu rechnen. Die Produktionskosten sind dagegen unvergleichlich höher als bei der früheren PKP. Allein die Personalkosten für reichsdeutsches Personal liegen um 70 Millionen Zloty im Jahr höher gegenüber dem Einsatz von nur polnischem Personal. Bei den Sachausgaben hat die Ostbahn beispielsweise für Kohle 28 Millionen Zloty mehr zu bezahlen als die PKP, weil sie alle Kohlen aus dem Reich beziehen muss. Der Eisengrundpreis liegt im Generalgouvernement um 15 % über dem des Reiches. Bei Beschaffungen und Bauten sind bis zu 100 % mehr im Generalgouvernement zu bezahlen als im Reich und noch erheblich mehr im Vergleich zu den früheren polnischen Preisen. So weisen gegenüber dem Reich die bezahlten Preise im Generalgouvernement eine Steigerung auf, bei

Schotter von	300 %
Maschinenöl von	67 %
Erdarbeiten von	72 %
Gleisarbeiten von	42 %

Dass unter diesen Verhältnissen die Tarife der Ostbahn nicht die gleichen sein können, wie bei der früheren PKP, ist selbstverständlich. Die Ostbahn darf eben in keiner Weise mehr mit den früher polnischen Staatsbahnen verglichen werden. Auch sind die für die Tarifpolitik im polnischen Staat massgebenden politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte in Wegfall gekommen und Ausbeugungsmöglichkeiten bei aussergewöhnlich niedrigen Tarifen durch nichttarifizierende Massensendungen für die Ostbahn nicht mehr gegeben während sie bei den früheren polnischen Staatsbahnen in ihrem aus-

gedehnten Netz und mit ihrem dichten Verkehr im Westen des Netzes ähnlich wie bei der Reichsbahn sehr wohl gegeben waren. So war beispielsweise die Betriebszahl der heute reichsdeutschen Kohlenbahn 45 %, d. h. die Ausgaben für den Betrieb dieser Strecken betrugen nur 45 % der Einnahmen.

Gleichwohl ist die Ostbahn bemüht ihre Tarifpolitik nach praktischen und gemeinnützigen Gesichtspunkten zu führen und die Wirtschaftspolitik des Generalgouvernements mit ihrer Tarifpolitik sehr wirksam zu unterstützen, soweit die Wirtschaftslage der Ostbahn es irgend zulässt. Sie verfolgt hierbei den Grundsatz, ihre Tarife nicht höher als die der Deutschen Reichsbahn zu stellen und bleibt in vielen Fällen mit den Tarifen zwischen den früheren Tarifen der PKP und denen der Reichsbahn. Bei allen Tarifen von Bedeutung ist sie zudem wegen der Rückwirkung der Tarifmassnahmen der Ostbahn auf die angrenzenden Reichsgebiete an die Zustimmung des Reichsverkehrsministers gebunden.

Im Personenverkehr tritt am 1. Juli eine Tarifreform ein, bei der die Fahrpreise auf einer Höhe von 82 bis 85 % der deutschen Personentarife gehalten werden und 30 bis 40 % über dem früheren polnischen Tarif liegen werden (7 Groschen je km in der 3. Klasse). Daneben werden Arbeiterkarten allgemein, Sonntagsrückfahrkarten, Urlaubskarten für Deutsche als Sozialmassnahmen eingeführt.

Beim Güterverkehr ist der Normaltarif höher als der polnisch aber niedriger als der deutsche Normaltarif. Bei den Ausnahmetarifen hatte die PKP aus politischen Gründen eine grosse Zahl besonders niedriger Tarife. Die Grundlagen hierfür sind vielfach nicht mehr gegeben. Es ist deshalb geboten von Fall zu Fall über die Höhe der tragbaren Tarife zu verhandeln. Eine Reihe von Ausnahmetarifen für wichtige Güter sind bereits erstellt; weitere werden noch ausgehandelt werden.

Das grosse gesetzgeberische Werk der Ostbahn: Eisenbahnverkehrsordnung, Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung, Fahrdienstvorschriften, Signalordnung konnte erst vorbereitet werden. Zunächst wird nach deutschen Vorschriften gearbeitet, die notfalls bisher in Verordnungswegen den besonderen Verhältnissen im Generalgouvernement angepasst wurden. Nur die EVO ist im Entwurf fertiggestellt und den beteiligten Abteilungen zur Begutachtung zugeleitet worden. Sie enthält zwei Bestimmungen, die wohl hauptsächlich Anlass zu Verhandlungen geben werden: den Ausschluss der Beförderungspflicht den die Ostbahn in der EVO vorgesehen hat, weil die Verhältnisse im Generalgouvernement sich zur Zeit noch nicht übersehen lassen.

Dieser Anschluss ist aber wohl nur theoretischer Natur. Mehr Bedenken wird wohl die Übernahme der Haftung der Eisenbahn nur bei grober Fahrlässigkeit der Bahn erregen. Die Ostbahn handelt hier unter einem Zwang. Die allgemeine Unsicherheit im Generalgouvernement, die nicht von der Ostbahn allein vertreten und bekämpft werden kann, ist noch so gross, dass Diebstähle und Beraubungen von der Bahn übergebenen Güter ein Übergrosses Mass haben. Alle Anstrengungen mit Hilfe einer Bahnschutzpolizei von 800 Reichsbahnern und mit Unterstützung der allgemeinen Polizei dagegen anzugehen, haben bisher zu keinem befriedigenden Erfolg geführt. Die Möglichkeiten, Güter auf der Ostbahn zu stehlen, sind so zahlreich, dass mit einem ausreichenden Schutz durch Polizeieinsatz keinesfalls auszukommen sein wird. Die Bevölkerung muss durch drakonische Strafen abgeschreckt werden, die aber wohl erst verhängt werden können, wenn die Ernährung der Bevölkerung ausreichen wird. Bis dahin sind zweifellos auch polnische Eisenbahner der Ostbahn aus Not an den Diebstählen nicht unwesentlich beteiligt. Als Ausgleich für die abgelehnte volle Haftung der Ostbahn wird den Verfrachtern bei wertvolleren Sendungen eine Begleitung der Transporte zugestanden, bei der die Begleiter auf dem Hin- und Rückweg kostenlos befördert werden sollen. Eine volle Haftung könnte von der Ostbahn nur übernommen werden, wenn eine allgemeine wesentliche Erhöhung der Gütertarife vorgenommen würde.

Grossen Schaden für die Ostbahn und eine völlige Unsicherheit in den Transportvertrag bringen z. Zt. noch die Eingriffe vieler Verwaltungsstellen in den Eisenbahntransport. Die ganz willkürlichen Ausfuhrverbote und Beschlagnahmungen der Kreise und anderer Stellen sind für die Ostbahn unerträglich.

Die Zukunft der Ostbahn hängt aufs Engste zusammen mit der Entwicklung der Wirtschaft im Generalgouvernement.

Im Personenverkehr ist das Höchstmass des Verkehrs vielleicht schon erreicht, weil der unechte, überspannte Handelsverkehr mit einer geregelten Versorgung wohl nachlassen wird. Daher hat die Ostbahn die Wiedersulassung der Juden zum Personenverkehr beantragt, wenn nicht schwerwiegende politische Bedenken dem entgegenstehen.

Im Güterverkehr wird mangels erheblicher Massentransporte die Entwicklung des aus- und eingehenden Verkehrs wohl nur sehr langsam aufwärts gehen. Einige Hoffnung kann noch gesetzt werden auf den Durchgangsverkehr vom Reich zum Reich, bei dem die Ostbahn z. Zt. noch mit der Reichsbahn um ihren Anteil kämpft und von USSR und Rumänien. Auch der Stückgutverkehr scheint noch stark ent-

wicklungsfähig zu sein.

Bei den Ausgaben wird sowohl bei dem Personal wie Sachausgaben alles abhängen von dem Erfolg einer verständigen Preisbildung. Auch der Wegfall der Kriegsschäden, deren Beseitigung im notwendigen Umfange auch das Jahr 1941 noch belasten wird, wird keine übergrosse Entlastung bringen, weil anstelle der Behebung der Kriegsschäden die Erneuerung der Bahnanlagen (Gleisanlagen, Fahrzeuge usw) treten wird, deren Kosten auf 60 Millionen Zloty/Jahr geschätzt wird.

Die Lage der Ostbahn bleibt danach auch weiterhin gespannt. Die Ostbahn ist ohne Betriebskapital finanziell in dem Augenblick verselbstständigt worden, als ihre Anlagen durch die Kriegsfolgen völlig zerstört waren; sie muss zudem einen wesentlich verteuerten Betrieb in einem verkehrsschwachen Restnetz führen.

Gierkeis

5 X 3

Der Strassenverkehr im Wirtschaftssektor.

Referat des Oberreichsbahnrats Lorenz, Referent
für Strassenverkehr im Amte des Generalgouverneurs,
gehalten zur Wirtschaftstagung am 6. Juni 1940
in Krakau.

I. Lage.

Der Strassenverkehr hat seine besondere Bedeutung dadurch, dass er nicht an eine genau vorgeschriebene Strasse oder Linie und damit an Fahrpläne gebunden ist, wie Eisenbahn und Flussschifffahrt. Er wirkt sich nicht, wie diese, nur linien-, sondern flächenmässig aus. Wenn, wie im Generalgouvernement das Schienen- und Wasserstrassennetz im Verhältnis zu anderen gleich stark besiedelten Ländern nur eine geringe Dichte aufweist, ist der Strassenverkehr um so wichtiger, da eine grössere Fläche von ihm allein zu bedienen ist. Daher auch überall hier das Bild der von Fahrzeugen stark belebten Strassen, besonders im Umkreis der Städte. Allerdings sind es überwiegend Pferdefuhrwerke. Das Bild würde sich wohl ändern bei stärkerer Motorisierung im Strassengüterverkehr (3 Gespannfahrzeuge = 1 Lastkraftwagen), doch wäre noch immer ein reger Strassenverkehr vorhanden.

Für den motorisierten Strassenverkehr ist aber ein dichtes Netz guter Strassen unbedingte Voraussetzung. Dass diese im Generalgouvernement fehlen, ist bekannt. Ob unter der Polenherrschaft die Motorisierung des Verkehrs darunter gelitten hat, dass man für den Ausbau der Strassen keine Mittel aufwenden wollte oder konnte, oder dass man höheren Ortes zum Schutze der polnischen Staatsbahn eine motorfeindliche Einstellung hatte und daher keine guten Strassen brauchte, sei dahingestellt. Jedenfalls spricht für die letzte Annahme das Fehlen eigener Automobilfabriken. Es bestanden nur 2 Werke, die Automobile aus importierten Einzelteilen zusammenbauten. Im übrigen wurden fertige Autos eingeführt, wobei ein recht hoher Zoll erhoben wurde.

Durch den Krieg, und zwar durch polnische Beorderungen, kriegsmässige Zerstörungen, deutsche Requisitionen, Verschleppungen und dergleichen ist der Bestand gerade der besten und leistungsfähigsten polnischen Kraftfahrzeuge, insbesondere Lastkraftwagen,

./.

dezimiert worden. Es ist daher kein Wunder, dass zur Zeit im Generalgouvernement trotz des Nachschubs aus dem Reich kaum 300 Lastkraftwagen vorhanden sind, von denen die ehemals polnischen Wagen an Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit viel zu wünschen übrig lassen.

An Pkw sind etwa 2500 vorhanden, die Mehrzahl davon wurde aus dem Reiche während und nach dem Kriege eingeführt.

Soweit Kraftomnibusse brauchbar waren, sind sie von der Post aufgekauft worden, um die notwendigsten Postlinien einrichten zu können. Der Rest ist unbedeutend und kaum betriebsfähig.

Erfreulicher ist das Bild bei den Gespannfuhrwerken. Das Pferdmaterial ist nach Zahl und Güte besser, als man angenommen hatte. Auch gute Fuhrwerke sind genügend vorhanden. Eine wesentliche Verschlechterung der Lage würde durch weitere stärkere Beorderungen von Pferden durch die Wehrmacht eintreten.

II. Aufgaben.

a) Güterverkehr.

Die bekannten Verhältnisse bei der Ostbahn (geringe Dichte des Schienennetzes, Mangel an Lokomotiven, geringe Geschwindigkeit, Unsicherheit) zwingen zu stärkerer Güterbeförderung auf der Strasse, auch auf grössere Entfernungen. Zu bewältigen ist der normale Gütertausch zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Handelsgütern aller Art. Hierbei ist zu bedenken, dass durch die neuen Grenzziehungen die Wirtschafts- und damit auch die Verkehrsstruktur sich geändert haben. Neue Verkehrsbeziehungen treten auf und erfordern zusätzlich Transportmittel, vielfach motorisierte. Hinzu treten neue grosse Anforderungen, die durch die Kriegsaufgaben für das Generalgouvernement bedingt sind. Besonders genannt seien:

- 1.) Die Abfuhr der riesigen Holzmengen (2 Millionen to) aus den Wäldern zu den Sägewerken und zu den Bahnhöfen.
- 2.) Die grossen Materialtransporte für den Strassenbau und militärische Bauten von den Bahnhöfen zu den Baustellen.

./.

- 3.) Die Umstellung der Milch-, Fett- und Eierwirtschaft auf Zentralmolkereien und zentrale Eiersammelstellen.
- 4.) Die Materialtransporte für die wehrwichtigen und Rüstungsbetriebe, deren Zahl und Leistung dauernd erhöht wird.

Bei diesen Aufgaben sind Transportstrecken von 30 - 40 km die Regel. Solche Entfernungen erfordern aber den Einsatz von Kraftwagen, besonders wenn es gilt, diese Entfernungen in kürzester Zeit zu überwinden, wie bei der Beförderung leicht verderblicher Güter (Milch, Eier, Gemüse, Beerenobst und dergleichen).

b) Personenverkehr.

Eine grössere Anzahl bedeutender Industriewerke liegen abseits von Hauptlinien der Eisenbahn. Die Belegschaften sind meist stark vermehrt worden, was nur dadurch möglich war, dass die Arbeitskräfte aus der weiteren Umgebung herangezogen wurden.

Die Bezirke der Kreishauptmannschaften sind wesentlich grösser als die der früheren polnischen unteren Behörden. Das erfordert vielfach weitere Wege für die Bewohner zu den Amtsstellen als bisher. Nicht immer wird dazu die Eisenbahn benutzt werden können.

Die Behörden selbst müssen die ihnen fremden Bezirke bereisen. Das gilt auch von den zahlreichen Dienststellen, die neu geschaffen worden sind (Forst, Landwirtschaft, Preisüberwachung usw.).

Aller dieser Verkehr spielt sich in der Hauptsache auf der Strasse ab. Auch hier zwingen die Entfernungen vielfach zur Benutzung des Kraftwagens.

Die Notwendigkeit einer Motorisierung im Güter- und Personenverkehr auf der Strasse muss anerkannt werden. Der Motorisierung stehen entgegen:

- 1.) Der vielfach mangelhafte Ausbau der Strassen und deren Unterhaltung, die einen hohen Verschleiss und Treibstoffverbrauch bedingen und dadurch die Rentabilität beeinträchtigen. Abhilfe in nennenswertem Umfange ist in absehbarer Zeit nicht möglich. ./.

- 2.) Die kriegsbedingte Einschränkung des Treibstoff- und Reifenverbrauchs. Reifen stehen dem Generalgouvernement nur in beschränkter Anzahl (200 Stück monatlich), und zwar nur für den Ersatz unbrauchbar gewordener zur Verfügung. Für Erstbereifungen dürfen sie auf strikte Anordnung nicht verwendet werden. Das hat dazu geführt, dass etwa 35 neue Lkw ohne Reifen in Krakau standen (Dadurch, dass Interessenten für Lkw diese Wagen in Aussicht gestellt wurden, unter der Bedingung, dass sie sich vorher passende Reifen aus nicht erfassten Beständen verschafften, ist die Zahl auf 19 herabgesunken).
- 3.) Der Mangel an Kraftwagen, insbesondere an Lastkraftwagen. Eine Besserung, etwa durch Hilfe vom Reich, ist für die nächste Zeit nicht zu erwarten, da wegen Rohstoffmangel die Neuproduktion für die Wirtschaft fast völlig eingestellt ist.

III. Lösung der Aufgaben.

Eine restlose Befriedigung des Transportbedürfnisses ist bei dem Mangel an Transportmitteln selbstverständlich unmöglich. Das Augenmerk ist darauf zu richten, wenigstens die Transporte durchzuführen, die zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, zur Erfüllung behördlicher wichtiger Aufgaben und für das Arbeiten der wehrwichtigen Industrie besonders dringlich sind. Auch das ist nur möglich durch rationellen Einsatz der Transportmittel (z.B. im Nahverkehr in erster Linie Gespannfuhrwerke, Kraftfahrzeug für grössere Entfernungen, Verweisen der Transporte auf Eisenbahn oder Wasserweg usw.) und rationelle Ausnutzung des Laderaums (Vermeiden von Leerfahrten, Zusammenlegen von Transporten usw.). Die Lösung dieser Aufgaben ist nicht ohne Einschaltung der behördlichen Autorität möglich, denn es muss vom Standpunkt des allgemeinen Interesses beispielsweise entschieden werden, welche Transporte im Rahmen des Versorgungs- und Kriegswirtschaftsprogramms am wichtigsten und unbedingt zuerst zu erledigen sind. Da diese Fragen lokal auftreten, müssen sie von der örtlich zuständigen unteren Be-

hörde bearbeitet werden. Das ist im Generalgouvernement der Kreis- und Stadthauptmann. Zur Durchführung der Aufgabe bildet er in seinem Amte die Stelle des Fahrbereitschaftsleiters. Dessen Aufgaben sind kurz folgende:

1.) Erfassung der Transportmittel

- a) der motorisierten durch Zulassung, was bereits im wesentlichen geschehen ist. Aus der Zulassungskartei ist der Bestand an Lkw zu ersehen.
- b) Der Gespannfahrzeuge, soweit sie für Lohnfahren in Frage kommen, durch kreisweise Zusammenfassung der Fuhrunternehmer unter einem Obmann, der dem Transportgewerbe angehört und dem Fahrbereitschaftsleiter mit Rat und Tat ehrenamtlich zur Verfügung steht.

2.) Einsatz der Transportmittel im Nah- und Fernverkehr, soweit es das allgemeine Interesse erfordert, nach der Reihenfolge der Dringlichkeit. (Bedienung der Bahnhöfe und Häfen, Lebensmitteltransporte, Bedienung der Rüstungs- und öffentlichen Versorgungsbetriebe)

3.) Ständige Fühlungnahme mit den Dienststellen der Wirtschaft, der Ernährung und Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Eisenbahn, der Post, des Bauwesens usw., mit Betrieben der Wehrwirtschaft und Rüstungsindustrie, um rechtzeitig von Transportschwierigkeiten oder von beabsichtigten Transportanforderungen unterrichtet zu werden.

4.) Vorschläge zur Regelung der Tariff Fragen im Benehmen mit Preisbildungsstellen.

5.) Sorge für die Einsatzbereitschaft der Fahrzeuge. Zuteilung von Treibstoff, Reifen und Futter. Instandhaltung der Transportmittel (Reparaturwerkstätten). Zuleitung von Fachpersonal.

6.) Ueberwachung des Berufsverkehrs.

Die Interessen des Strassenverkehrs im Distrikt werden vertreten durch den Referenten für Strassenverkehr im Amte des Distriktchefs. Dieser arbeitet nach Richtlinien, die vom Referenten für Strassenverkehr im Amt des Generalgouverneurs festgelegt werden.

./.

Eine ganze Anzahl Fragen technischer und verkehrsrechtlicher Art sind noch zu lösen, von denen zum Schluss einige genannt seien:

Sachverständigenwesen, technische Ueberwachungsverschriften für Kraftfahrzeuge, Umstellung auf Ersatztreibstoffe, Kraftfahrerschulwesen, Prüfungskommissionen, Vorschriften über gewerbsmässige Beförderung von Personen und Gütern, Güterfernverkehrsvorschriften, internationaler Kraftfahrzeugverkehr, Versicherungsarten des Kraftverkehrs, Steuern und Gebühren, Erwerb von Kraftfahrzeugen.

IV. Ausblick.

Diese Ausführungen lassen erkennen, dass der Strassenverkehr ein wichtiger Faktor im Rahmen der Gesamtwirtschaft ist, besonders unter den jetzigen Verhältnissen, die die Kriegs- und Wirtschaftsführung vielfach zu einem Verkehrs- und Transportproblem gemacht haben.

Die Kriegsführung aber hat den Vorrang. Das bedeutet für den Strassenverkehr im Heimatgebiet und im Generalgouvernement, dass mit den vorhandenen Transportmitteln ausgekommen werden muss. Es wird nicht einmal immer möglich sein, den unvermeidlichen Ausfall an Nutzkraftwagen durch neue zu ersetzen. Auch die bevorstehende Beorderung von Pferden verschlechtert die Lage. Es muss daher gefordert werden, dass bei Aufstellen von Bauprogrammen und Wirtschaftsplänen nicht nur die Kosten-, Material- und Arbeiterfrage, sondern auch die Transportfrage geklärt wird. Dies wird dazu führen, dass mancher noch so wichtige Plan, der erst nach einem halben Jahr oder später mit Sicherheit einen greifbaren Nutzen verspricht, zurückzustellen ist oder dass auch schon in Durchführung begriffene Projekte eingeschränkt oder eingestellt werden müssen, um andere, dringlichere zu fördern.

Auch mit Beendigung des Krieges wird der Mangel an Lastkraftwagen noch längere Zeit fortbestehen, denn der Rohstoffbedarf zur Heilung der wirtschaftlichen Kriegswunden

./.

ist mindestens ebenso gross wie jetzt für die Kriegswirtschaft. Es wird daher die Automobilindustrie auch dann nur eine beschränkte Menge Rohstoffe erhalten können. Wird aber die Produktion beschränkt, kann auch die Zuteilung neuer Fahrzeuge nur nach dem Grade der Dringlichkeit erfolgen. Dieser wird danach bemessen werden, was für den Wiederaufbau der Wirtschaft des Reiches von unmittelbarem und baldigem Nutzen ist. Denn auch nach dem Kriege heisst die Lösung: Alles für Deutschland!

X Die Finanzlage des Generalgouvernements

R e f e r a t

des Finanzpräsidenten Dr. Sonkowsky
gehalten in der Sitzung über Preisbildungs- und Ernährungs-
fragen am 6. Juni 1940

Wenn ich über die Finanzlage des Generalgouvernements spreche, so möchte ich, einiges über die Einnahmen des ehemals polnischen Staates sagen zu dürfen. Im ehem. polnischen Staat, der wesentlich grösser war als das Gebiet des jetzigen Generalgouvernements brachten die Besitz- und Verkehrssteuern nicht ganz 50% der Steuereinnahmen, während die restlichen über 50% der Einnahmen aus den Monopolen, Verbrauchssteuern und Zöllen geflossen sind. Die Monopole brachten insgesamt 33% der Einnahmen. Es ist dies ein Verhältnis zwischen Besitz- und Verkehrssteuern einerseits und Monopoleinnahmen und Verbrauchssteuern andererseits, wie es in mittel- und westeuropäischen Ländern in diesem Ausmass nicht der Fall ist. Dort bringen Besitz- und Verkehrssteuern einen wesentlich höheren Prozentsatz der Gesamteinnahmen.

Wenn man die Einnahmen des Generalgouvernements betrachtet, muss man darauf Rücksicht nehmen, dass Gebiete, die in Besitz- und Verkehrssteuern hervorragende Erträge brachten, heute nicht mehr zum Generalgouvernement gehören. Schon aus diesem Grunde musste sich das Verhältnis zwischen Besitz- und Verkehrssteuern einerseits und den übrigen Einnahmen andererseits verschieben. Kriegerische Ereignisse bringen es aber mit sich, dass Besitz- und Verkehrssteuern sehr schwer wieder zum Fließen zu bringen sind. Aus diesen Gründen stehen wir vor der Tatsache, dass mindestens mehr als 50% der gesamten Einnahmen aus den Monopolen zu erzielen sind.

Wir erwarten bei vorsichtiger Schätzung
320.000.000,-Zl Einnahmen aus den Monopolen,
135.000.000,-Zl aus Besitz- und Verkehrssteuern,
80-90.000.000,-Zl aus Zöllen und Verbrauchssteuern
und den Rest der gesamten Einnahmen, die insgesamt für

das

das Rechnungsjahr 1940 auf 600.000.000,-Zl veranschlagt sind, aus sonstigen Einnahmequellen. Es sind Anzeichen für eine günstige Entwicklung der Einnahmen aus den Monopolen feststellbar. So ist z.B. der Tabakverbrauch von März auf April um 30% gestiegen. Es macht sich ausserdem ein ausgesprochenes Abwandern von den billigen zu den teureren Sorten bemerkbar, insbesondere auch bei den polnischen Verbrauchern; denn der Verbrauch der hier lebenden Deutschen spielt nur eine ganz untergeordnete Rolle.

Was das Branntweinmonopol anlangt, so ist allgemein bekannt, dass in Polen früher schon Wodka eine grosse Rolle gespielt hat und auch heute noch spielt. Heute ist Wodka zu wenig vorhanden und zwar ist diese Tatsache auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Die Polen haben allein in Krakau 2.000.000 l Feinsprit auslaufen lassen, in Warschau 3.000.000 l, sodass man, wenn man den auf andere Weise zugrunde gegangenen Feinsprit hinzurechnet, auf 6.000.000 l kommt. Unter Zugrundelegung der jetzigen Monatserzeugung mit 600.000 l Feinsprit, ergibt das den Bedarf von 10 Monaten. Der andere Grund für die Knappheit an Trinkbranntwein liegt in der Ernährungslage der vergangenen Monate. Feinsprit wird in der Hauptsache aus Kartoffeln erzeugt. Kartoffel waren in den vergangenen Monaten für die Ernährung wichtiger und es ist daher klar, dass weniger Feinsprit erzeugt wurde als früher. Manche Distrikte erzeugten nur 10% des früheren Kontingents, Lublin dagegen fast 90%.

Wenn man den Verlust durch Krieg und Minderproduktion zusammenrechnet, ergibt sich ein Gesamtverlust an Feinsprit von 10.000.000 l. Es bedeutet das ein Einnahmeentgang von 50.000.000,-Zl. Ich führe diese Ziffern deshalb an, weil die Finanzverwaltung grössten Wert darauf legen muss, dass in der kommenden Erzeugungsperiode, die Ende September anlaufen wird, der Spriterzeugung grösste Aufmerksamkeit gewidmet wird, und zwar nicht nur aus dem Grund der Erzielung von Einnahmen, sondern auch deshalb, weil für wichtige industrielle und wirtschafliche Zwecke Sprit gebraucht wird.

Daraus

Daraus geht hervor, dass in Zukunft mit wesentlich höheren Erträgen aus dem Branntweinmonopol gerechnet werden kann, wenn es tatsächlich gelingt, die Rohspriterzeugung aus Kartoffeln und Melasse zu vervielfachen.

Eine Erhöhung der Spriterzeugung wirkt sich aber frühestens erst im Februar 1941 aus. Wir müssen daher bei der vorhin angeführten vorsichtigen Schätzung der Gesamteinnahmen bleiben. Diese 600.000.000,-Zl hofft die Finanzverwaltung erreichen zu können. Es ist das ein Ergebnis, das noch vor Monaten von den Fachleuten für unmöglich gehalten wurde. Die Ziffer von 600.000.000 Zl ist auch für die Ausgabenseite wichtig, denn über diese 600.000.000 Zl. kann im ordentlichen Haushalt nicht hinausgegangen werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, dass der Herr Generalgouverneur die Abteilung Finanzen ermächtigt hat, zur Finanzierung des ausserordentlichen Haushalts bis zu 200.000.000 Zl Kredite aufzunehmen, die zuerst kurzfristig und dann später in langfristige Obligationen umgewandelt werden sollen. Aus dem ausserordentlichen Haushalt sollen folgende Ausgaben bestritten werden: 130.000.000,-Zl für Strassenbauten, 57.000.000 Zl. für Wasserwirtschaft, insbesondere Meliorationen und Fertigstellung von Talsperren, 13.000.000 Zl. für Hochbauvorhaben.

Ich muss nun eine für verschiedene Stellen vielleicht betrübliche Mitteilung machen. Nach den bisher eingegangenen Anmeldungen für den Haushaltsvoranschlag ergibt sich, dass die angemeldeten Ziffern nicht bewilligt werden können. Die Abteilung Finanzen wird bestrebt sein, die dringendsten und berechtigten Anforderungen zu erfüllen. Es zeigt sich aber schon, dass voraussichtlich die Anforderungen wesentlich über den vorhin genannten Einnahmenbetrag hinausgehen und dass daher Kürzungen unvermeidlich sein werden. So hat z.B. die Abteilung für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 103.000.000 Zl angefordert. Das ist selbstverständlich unmöglich. Die Anforderungen des Polizeihaushalts übersteigen den Betrag von 200.000.000 Zl, betragen also rund ein Drittel der Gesamteinnahmen. Auch das ist ausgeschlossen. Es

2./ Devisenanfall durch Dienstleistungen ist ebenfalls nur in geringem Umfange zu erwarten. Gewiß werden einzelne Grenzgänger im Protektorat oder in der Slowakei Arbeitsverdienste erzielen und diese hier zur Ablieferung bringen. Im allgemeinen ist aber hierbei ebenfalls beabsichtigt, wie es bereits schon geschieht, Arbeitserlöse zur Einfuhr von Lebensmitteln freizugeben, weil die Grenzgebiete auf diesen Zuschuß angewiesen sind. Aus dem neutralen Ausland sind vereinzelt Devisen eingegangen für Patentgebühren, für Transportleistungen, für Unterstützungen und Geschenkkzahlungen, sie spielen aber im großen ^{und} ganzen ebenfalls keine Rolle.

3./ Der Aufruf vorhandener Auslandsguthaben ist, soweit er überhaupt durchführbar und kontrollierbar ist, beendet. Nennenswerte Devisenbestände dürften in der Hand der Bevölkerung nicht mehr vorhanden sein. Es ist zwar bekannt, daß jüdische Schieberkreise einen illegalen Handel mit Devisen, insbes. Dollarnoten, betreiben. Die Erlöse aus evtl. Aufgriffen bei Razzien usw. dürften hier und da beachtenswert sein, sind aber in der Vergangenheit zum größten Teile über die Reichskreditkasse an die Reichsbank abgeflossen. Heute verfügt die Emissionsbank aus dem Erbe der Reichskreditkasse über geringe Devisenbestände, die auf einem freiem RM - Konto bei der Reichsbank in Berlin angelegt sind. Der Fonds beträgt heute etwa 1/2 Million Zloty. Er erhöht sich monatlich um rund 100.000.- Zloty.

Durch die Anlage dieser geringfügigen Devisenreserve bei der Reichsbank ist einmal unserem Interesse Genüge getan, da wir über dieses freie Konto jederzeit

für

8

für notwendige Zwecke verfügen können. Andererseits stehen die Devisen selbst der Reichsbank für die Kriegsfinanzierung zur Verfügung. Ein Bedarf an Devisen ist im Generalgouvernement bisher auch nur vereinzelt aufgetreten. Soweit er berechtigt und dringend erforderlich war, wurde ihm Rechnung getragen. Daß im Generalgouvernement für eine Devisenzuteilung, sei es an Behörden, an Firmen oder Private, dieselben strengen Grundsätze Anwendung finden müssen wie im Reich, dürfte selbstverständlich sein. Noch nicht zu überblicken ist heute, wieweit das Generalgouvernement bilanzmäßig gegenüber dem Ausland als aktiv oder passiv anzusehen ist, da z.Zt. weder eine Auseinanderrechnung aller Kapitalverpflichtungen zwischen den, wenn man so sagen darf, polnischen Nachfolgestaaten untereinander, noch zwischen dem Generalgouvernement und dem neutralen Ausland, geschweige denn dem feindlichen Ausland möglich ist. Daß im übrigen infolge dieser nur bescheidenen Ausmaße eines Devisenanfalles und Devisenverbrauches die Devisenbewirtschaftung kein unnötiger Luxus ist, ergibt sich schon daraus, daß der Begriff "Devisenbewirtschaftung" viel umfassender ist, als eigentlich aus seinem Namen hervorgeht. Es gehört zu dem Aufgabenkreis der Abteilung Devisen in erster Linie, die Bewirtschaftung und Kontrolle des unbaren Zahlungsverkehrs mit dem Ausland, abgesehen von der notwendigen Beschützung der Binnenwährung sowohl ^{der} des Generalgouvernements wie auch der des Deutschen Reiches.

Durch die Grenzziehung zwischen Reich und Generalgouvernement ist das Reich für uns Devisenausland geworden, seine Währung, die RM, daher ebenfalls Devisen. Der Begriff

Reichs-

Reichsmark als ausländ. Zahlungsmittel hat sich hier vor allem bei den Reichsdeutschen nur außerordentlich schwer einbürgern lassen. Selbst wenn man annehmen kann, daß er allmählich den hier monatelang tätigen Verwaltungsstellen voll und ganz eigen geworden ist, so darf man nicht vergessen, daß in einem großen Teil der hier befindlichen Reichsdeutschen ein ständiges Kommen und Gehen herrscht. Zum Beispiel jede Wehrmachtseinheit, die neu in das Generalgouvernement als Ersatz der abgezogenen Truppen verlegt wird, muß von neuem mit den Devisenbestimmungen des Generalgouvernements vertraut gemacht werden, jedem einzelnen Wehrmachtsangehörigen muß hierüber immer wieder Belehrung zuteil werden.

Da die RM für uns Devisen ist und sich der Außenhandel des Generalgouvernements nahezu ausschliesslich mit dem Deutschen Reich abwickelt, andererseits sich der Reiseverkehr ebenfalls nahezu ausschließlich und nicht drosselbar auf das Reichsgebiet erstreckt, ist die Bewirtschaftung der RM wichtiges Erfordernis. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß das Generalgouvernement nur dann in der Lage ist, seinen Verpflichtungen gegenüber dem Reich für eingeführte Waren, für vorgelegte Gehälter, für erworbene RM - Noten usw. nachkommen kann, wenn alle Zahlungen, einerlei in welcher Richtung, über das Verrechnungsinstitut geleitet werden. Es sind lediglich für die Deutsche Post Osten und für die Ostbahn Ausnahmen vorgesehen in der Form, daß diese beiden Institute mit der Reichspost und der Reichsbahn zunächst in einem eigenen Verrechnungssystem abrechnen und daß nur die sich dabei ergebenden Spitzen über das Verrechnungsinstitut geleitet werden. Weil der Grundsatz der Ausschließlichkeit des Verrechnungs-

verkehre in den letzten Monaten durch das Reichsfinanzministerium durchbrochen wurde, ist es dazu gekommen, daß heute eine Verschuldung des Generalgouvernements gegenüber dem Reich bis zu einem Betrage von rund 125 Mill. Zloty aufgelaufen ist. Die Lage wäre tröstlos und würde zu einer Drosselung jeglicher Einfuhr aus dem Reich führen, ebenso zur Einstellung des Reiseverkehrs, wenn nicht eine Forderung der Emissionsbank in Höhe von etwa 120 Mill. Zl., die durch Bevorschussung der Wehrmachtsbedürfnisse zugunsten des Reiches entstanden ist, jetzt eingesetzt werden könnte. Nachdem nunmehr in den nächsten Tagen eine Verständigung mit dem Herrn Reichsfinanzminister über diesen Punkt, den ich jetzt nicht mehr weiter erläutern möchte, bevorsteht, kann angenommen werden, daß sich der Verrechnungsverkehr mit dem Deutschen Reich in Zukunft ausgleichen wird. Darüber hinaus ist zu hoffen, daß über die seit 1.6. gegründete Treuhand- und Verwertungsgesellschaft nicht unerhebliche Überweisungen eintreffen werden, sodaß sogar mit einem Überschuß im Clearing gerechnet werden darf. Dieser Überschuß wird sich vergrößern, wenn es gelingt, noch mehr als bisher, polnische Arbeiter im Deutschen Reich einzusetzen. Für den Fall, daß die Einzahlungen vom Reich nach hier die Überweisungen von hier nach dem Reich im längeren Zeitlaufe wesentlich übersteigen sollten, ist auch Vorsorge getroffen durch den Plan, bei dem Verrechnungsinstitut Krakau auf einem Interimskonto den Betrag einzahlen zu lassen, der dem Herrn Reichsfinanzminister auf Grund des Entgegenkommens des Herrn Generalgouverneurs in Folge der erwähnten Verständigung überwiesen werden wird. Sollte eines Tages mangels grösserer Einzahlungen die Auszahlung der von Berlin überwiesenen Beträge nicht möglich sein, so wird aus dem

dem Interimskonto ausbezahlt werden können, ohne daß die Aufnahme eines Kredites nötig ist. Dadurch ergibt sich eine gewisse Automatik und erhebliche Beschleunigung des Verrechnungverkehrs, die von allen Seiten begrüßt werden wird.

Durch die gespannte Lage des Verrechnungsinstituts war es in der letzten Zeit nicht mehr möglich, von der Reichsbank RM - Noten zu kaufen. Es war daher vorgesehen, den gesamten Reiseverkehr mit dem Reich auf Zloty umzustellen. Vor der endgültigen Beseitigung der Noten der Bank Polski konnte diese Absicht nicht durchgeführt werden, weil sonst die Gefahr bestand, daß, als angebliche Reisesahlungsmittel, erhebliche Mengen dieser alten Noten eingeströmt oder zur Einlösung präsentiert worden wären. Nachdem nunmehr nur noch die Noten der Emissionsbank gesetzliches Zahlungsmittel sind, besteht diese Gefahr nicht mehr.

Wenn auch nach der zu erwartenden Klärung der Lage des Verrechnungsinstituts weiterhin der Kauf von RM-Zahlungsmitteln leicht gewesen wäre, so ergeben sich doch für das Generalgouvernement aus der Umstellung des Reiseverkehrs auf Zloty erhebliche Vorteile, die die geringen etwa auftretenden Schwierigkeiten bei weitem aufwiegen. Durch die Vermeidung von RM bei der Ausstattung der Urlauber und Dienstreisenden, der Wehrmachtsangehörigen und Grenzgänger erübrigt sich die Unterhaltung von größeren RM-Betriebsfonds bei den Behördenkassen und Firmen des Generalgouvernements sowie bei der Emissionsbank und den Devisenbanken. Schon allein durch diese Maßnahme ist eine zeitliche Entlastung der Devisenlage eingeleitet. Darüber hinaus wird es im Reichs-

Interesse

interesse vermieden, daß die RM hier auf illegale Weise in die Hände der Bevölkerung gerät und schließlich bei den Juden versickert. Auch die taktische Lage der Emissionsbank gegenüber der Reichsbank ist bei weitem günstiger, wenn sie nicht, wie bisher, bei den RM - Käufen als der Bittende auftreten muß, sondern künftig der Reichsbank gegenüber, die unsere Noten drüben aufgenommen hat, als der Einlösung Gewährende.

Ich darf meine Ausführungen damit schließen, daß nach den Ergebnissen der letzten Monate, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten sollten, mit einer Stabilität der Devisenlage durchaus gerechnet werden kann.

Es ist eine Besorgnis der Abteilung Finanzen, wenn sie, weil sie eben nicht mehr hat, an den Ausgaben Abstriche vornimmt.

Staatliche Haushaltsansätze sind bedingt nicht nur durch die Haltung des bisherigen Preisniveaus, sondern durch eine Herabminderung desselben. Innerhalb der Ausgabenansätze spielen die Sachausgaben eine erhebliche Rolle. Aber auch die Personalausgaben können nur dann niedrig gehalten werden, wenn die Möglichkeit besteht, dass die Leute mit ihren Einkommen ein halbwegs annehmbares Leben führen können. Die Abteilung Finanzen kann daher nur die dringende Bitte vorbringen, alle Massnahmen, die auf eine Herabsetzung des Preisniveaus abzielen, zu unterstützen und zu fördern.

Wenn in diesem Zusammenhang vielfach darauf hingewiesen wird, dass die Abteilung Finanzen selbst mit ihren Massnahmen preissteigernd wirkt, so muss ich diesen Vorwurf zurückweisen. Die in der letzten Zeit vorgenommene Erhöhung der Trinkbranntweinpreise geschah deshalb, um durch diese Erhöhung bei dem grossen Bedarf an Branntwein auf den Verbrauch etwas restriktiv zu wirken. Es ist nicht gesagt, dass diese Preise für alle Zukunft gehalten werden müssen, insbesondere dann, wenn einmal wieder Überschuss vorhanden ist. Es ist auch vielfach darüber geklagt worden, dass durch zollpolitische Massnahmen preissteigernd gewirkt werde. Die Abteilung Finanzen hat im Einvernehmen mit den Abteilungen Wirtschaft und Ernährung und Landwirtschaft zwei miteinander zusammenhängende Massnahmen durchgeführt. Sie hat die Einfuhr nicht mehr auf den autonomen Zolltarif abgestellt, sondern auf den Vertragzolltarif. Dadurch sind umfangreiche und einschneidende Zollerleichterungen gewährt worden. Sie ist ferner dazu übergegangen, die Zollfreiheit für die Einfuhr von Waren aus den ehem. polnischen und jetzt zu den neuen Reichsgauen gehörenden Gebieten stufenweise abzubauen. Diese Zollfreiheit hatte zu verschiedenen Beschwerden geführt. Es ist auf die Dauer nicht möglich, für dieselbe Ware Zoll zu erhalten, wenn sie aus Beuthen eingeführt wird, und sie zollfrei zu belassen, wenn sie aus Kattowitz stammt. Verschiedene Beschwerden darüber aus dem Altreich liegen vor. Ausserdem richten sich die Preise, was für die Preisüberwachung

Preisüberwachung von Belang ist, erfahrungsgemäss nicht nach der niedrigsten, sondern nach der höchsten Belastung, sumal die Einfuhr aus dem Altreich mengenmässig ein Vielfaches der Einfuhr aus den ehemals polnischen Gebieten beträgt. Die Abteilung Finanzen kann auf die Einnahmen aus den Zöllen bei der derzeitigen Finanzlage nicht verzichten.

Ich darf meine Ausführungen damit schliessen, dass ich bitte, in allen Ausgaben möglichst sparsam zu sein und insbesondere bei der Fassung von Entschlüssen, die Geld kosten, daran zu denken, dass nicht alles in einem Jahr gemacht werden muss, sondern dass die Verteilung von Vorhaben auf mehrere Jahre zweckmässig ist, und zwar auch deshalb, um auch auf anderen Gebieten (Facharbeitereinsatz, Materialbeschaffung) keine allzugrosse Anspannung hervorzurufen. Die Abteilung Finanzen wird im nächsten Jahr weit höhere Beträge für die Ausgaben zur Verfügung stellen können als ihr das im laufenden Jahr möglich ist.

Vertraulich !

Herr Generalgouverneur, meine Herren !

Ich habe über die Devisenlage des Generalgouvernements zu referieren. Zu diesem Thema ist zur Zeit allgemein nicht viel zu sagen. Devisen, also ausl. Zahlungsmittel jeder Art, können in einem Lande auf verschiedene Weise anfallen. In erster Linie durch die Bezahlung getätigter Exporte, dann durch die Bezahlung von Dienstleistungen und letzten Endes durch die Einziehung vorhandener Bestände im Inland oder Abziehung von Anlagen im Ausland. Von diesen drei Möglichkeiten, Devisen zu beschaffen, kann im Generalgouvernement nur in geringem Umfange Gebrauch gemacht werden. Andererseits besteht auch im Generalgouvernement für reine Devisen kein allzu großer Bedarf. Über die Reichsmark als Devisen vom Standpunkt des Gen.Gouv. möchte ich mich erst später weiter verbreiten.

1./ Waren kann das Generalgouvernement, weil es international nicht als eigenes autonomes Wirtschaftsgebiet aufgetreten ist, nur in beschränktem Umfange ausführen. Andererseits ist alles das, was im Generalgouvernement nicht unbedingt benötigt wird, dem Reich für seine Kriegswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Ein Devisenanfall aus Exporten kommt demnach nur in ganz geringem Umfang vor. Er wird, sozusagen grundsätzlich, wieder dazu benutzt, Einfuhren zu bezahlen. Auf diesem Gebiete wird sich in Zukunft vielleicht eine gewisse Geschäftsausdehnung ergeben durch Warentausch mit der Slowakei seitens unserer Grenzgebiete, die transportmäßig zum Reich ungünstig liegen.

Devisen-

Von Reichsbankdirektor a.D. Dr. Dr. P a e r s c h,
Bankdirigent der Emissionsbank in Polen.

Das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete wurde Ende Oktober 1939 errichtet. Die alte Notenbank - die Bank Polski - war damals nicht mehr tätig. Die ihre Arbeit fortsetzenden Reichskreditkassen bewirtschafteten die von der Bank Polski ausgegebenen Noten, und damit ein fremdes Notenbankkontingent. Auf dem Gebiet der Währung des Generalgouvernements erhob sich damals als vordringlichst zu lösende Frage

1/ die Feststellung des Geldumlaufs im Generalgouvernement. Zu entscheiden war wieviel von dem Geldumlauf des ehemaligen Staates Polen auf das Generalgouvernement entfiel. Zuverlässige Schätzungen standen nicht zur Verfügung. Bekannt war nur, dass Ende März 1937 - also zu dem Zeitpunkt zu dem der Notenumlauf der Bank Polski im Generalgouvernement noch als normal anzusehen war - der Notenumlauf im Gebiet des damaligen Polen etwa 1,5 Milliarden Zloty betrug. Dieser Betrag erhöhte sich bis zu den Mobilmachungstagen - im August 1939 - auf etwa 2,5 Milliarden und stieg während der Kriegshandlungen auf 3 bis 4 Milliarden Zloty. Die Kriegshandlungen selbst vernichteten grosse Beträge. Weitere grosse Bestände gingen mit den Flüchtenden ins Ausland. Wir schätzten dass mindestens 2,5 Milliarden Zloty als verbleibender Umlauf angenommen werden konnte. Welcher Anteil hiervon auf das Gebiet des Generalgouvernements kam, war naturgemäss nicht genau bekannt. Die Schätzungen bewegten sich zwischen 35 bis 40% des vorstehenden Gesamtumlaufs. Auf die vorbezeichneten mindestens 2,5 Milliarden Zloty bezogen, ergab dies einen Umlauf von 0,87 bis 1 Milliarde Zloty.

Nach dieser Feststellung war

2/ über die Kennzeichnung des Geldumlaufs im Generalgouvernement zu entscheiden. Die Noten der Bank Polski waren neben dem Gebiet des Generalgouvernements auch noch in den an das Reich, Russland und an Litauen gefallen Gebieten im Umlauf. Ausserdem waren namhafte Beträge mit den Flüchtlingen ins Ausland/nach Rumänien, Ungarn und Litauen/gegangen. Es war notwendig durch geeignete Massnahmen den Rückstrom vorstehender Noten in das Gebiet des Generalgouvernements zu verhindern.

Daneben galt es den Geldumlauf im Generalgouvernement zu kennzeichnen und nach Möglichkeit festzustellen. Zwei Wege standen zur Verfügung, und zwar zunächst

a/ die Abstempelung des Notenumlaufs im Generalgouvernement. Sie wurde abgelehnt, weil nicht genügend Notenbestände vorhanden waren um die Abstempelung technisch mit einiger Zuverlässigkeit unter Erschwerung von Fälschungen durchzuführen. Nach Lage der hiesigen Verhältnisse - das graphische Gewerbe war weitgehend in jüdischer Hand - versprach ein einfaches Abstempelungsverfahren über den Ladentisch keinen Erfolg. Hinzu kam dass bei dieser Sachlage Bedenken bestanden die Bevölkerung bei der schwierigen Verkehrslage des Gebietes mit den Unbequemlichkeiten des Umtausches zu belasten. Infolgedessen wurde als zweckmässigste Massnahme

b/ die Errichtung einer gebietseigenen Notenbank beschlossen. Auf diese Weise war es möglich durch die Neuausgabe von Noten ein gebietseigenes Geld zu schaffen, das vor Fälschungen wirksam geschützt war.

Durch Verordnung vom 15. Dezember 1939 /Verordnungsblatt GGP S.238/ trat die Emissionsbank in Polen ins Leben. Die Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit konnte nicht gleich erfolgen. Als erste Massnahme gab die Emissionsbank die neuen Noten in Druck. Ehe die neuen Noten vorlagen und die Notenbank ihre Tätigkeit aufnehmen konnte, mussten zur Kennzeichnung des Geldumlaufs

c/ behelfsmässige Massnahmen vorgenommen werden. Um die Jahreswende wurde in dem an Russland gefallenem Gebietsteil des ehemaligen Polen der Zloty über Nacht für wertlos erklärt. Die dort wohnenden Zlotybesitzer versuchten nunmehr in zunehmendem Umfang ihre Notenbestände - insbesondere an grossen Noten - offen oder heimlich ins Generalgouvernement einzubringen. Um diesem Bestreben entgegenzuwirken, wurden die Noten der Bank Polski über 500 und 100 Zloty mit Verordnung vom 10. Januar 1940 /Verordnungsbl. GGP T.I S.3/ innerhalb einer sehr kurzen Zeit aufgerufen und für kraftlos erklärt. Die Massnahme war hart, weil sie in die Winterzeit fiel, mehr als die Hälfte des gesamten Geldumlaufs der Bank Polski erfasste und die Notenbesitzer persönlich zur Vorlage ihrer Noten zwang. Sie konnte wirksam durchgeführt werden und hatte den Erfolg, dass sie nicht nur den vorstehend angeführten Einstrom der Noten aus Russland verhinderte, sondern daneben

15
daneben auch auf die in Verfolg der Kredit- und Vertrauenskrisen der Jahre 1938 und 1939 gehorteten Notenbeträge auflockernd wirkte. Diese bisher zurückgehaltenen Noten kamen heraus, flossen den Kreditinstituten zu und fanden auch zu Steuerzahlungen weitgehend Verwendung.

Im Hinblick auf den hohen Anteil der grossen Noten am Gesamtgeldumlauf war es notwendig dem Verkehr wieder die für die Wirtschaftsumsätze benötigte grosse Note zu geben. Zu diesem Zweck wurden die Noten über 100 Zloty abgestempelt und wieder ausgegeben. / Verordnung vom 29. Januar 1940 Verordnungsbl. GGP T. I S. 39/. In Berücksichtigung der früher angeführten Bedenken gegen die allgemeine Abstempelung erfolgte diese in dem vorliegenden Falle unter besonderen Vorsichtsmassnahmen. Sie wurde nicht hier im Lande, sondern in Berlin durchgeführt. Ein Schutz war in doppelter Richtung vorgesehen - durch die Anbringung von Guillochen und Zierleisten und durch die Benutzung einer besonderen Farbe, die den Fälschern nicht erkennbar die Fälschung nach entsprechender Behandlung aber ersichtlich werden lässt. Ausserdem wurde noch die Ausgabe der abgestempelten Noten soweit als möglich beschränkt. Die Erfahrungen waren aber trotzdem nicht erfreulich. Im zunehmenden Umfang kamen nach einiger Zeit Fälschungen vor, deren Ausführung zum Teil sehr gut war. Starke Anzeichen deuten darauf hin, dass die besten Fälschungen aus dem Auslande kamen. Es war kein leichtes Problem diese Fälschungen nicht zu einer Schwierigkeit für den Zahlungsverkehr werden zu lassen.

Danach folgte

3/ die Arbeitsaufnahme der Notenbank am 8. April 1940. Sie begann zunächst

a/ mit Ergänzungsmassnahmen auf dem Gebiet des Kleingeldumlaufs. Das Kleingeld wurde seit längerer Zeit von der ländlichen Bevölkerung - nach Errichtung der Emissionsbank in zunehmendem Masse - zurückbehalten, weil die ländliche Bevölkerung die Mühe des Umtausches der Noten scheute. Daneben begann eine starke Abwanderung des Kleingeldes in die Reichsgaue. Dort lagen für das Generalgouvernement die Erzeugungsstätten für Textilien. Das polnische Kleingeld war dort aus Zweckmässigkeitsgründen bis auf Weiteres noch für den Geldumlauf zugelassen. Die mit Verordnung vom 23. April 1940 /Verordnungsbl. GGP T.S. 160/ erfolgte Neuausgabe der Ersatzmünzen aus Stahl zu 50 Groschen und aus Zink zu 20 und 10 Groschen milderte den Kleingeldmangel und wird ihn mit zunehmender Ausgabt: gänzlich beseitigen.

Leider wandern auch die Ersatzmünzen in die Reichsgaue ab, obwohl sie dort als Zahlungsmittel nicht zugelassen sind. Ein Beispiel dafür, wie sehr Wert darauf gelegt wird für Einkäufe in den Reichsgauen dort umlaufsfähiges Geld zu haben, bildet der der Emissionsbank in Polen bekannt gewordene Versuch die Stahlmünzen zu 50 Groschen durch einen Nickelüberzug dort umlaufsfähig zu machen.

Hinzu kamen

b/Massnahmen zur Vereinheitlichung des Notenumlaufs. Die Noten der Bank Polski wurden durch die Verordnung zur Vereinheitlichung des Geldumlaufs im Generalgouvernement vom 27. März 1940 / Verordnungsbl. GGP T. I S. 119/ aufgerufen und nach Ablauf der Einreichungsfrist für wertlos erklärt. Der Umtausch ist inzwischen abgeschlossen. Es kommen nur noch einige Nachzügler, aber gerade hier ist es bemerkenswert, dass sich hierunter eine hohe Anzahl von Anträgen auf nachträglichen Umtausch der im Januar d. J. aufgerufenen Noten der Bank Polski zu 500 und 100 Zloty befindet. Der nach Durchführung des Umtausches festgestellte Gesamtumlauf an Noten der Bank Polski hält sich unter 1 Milliarde Zloty. Die Ende Oktober v. J. vorgenommene, eingangs angeführte Schätzung des Notenumlaufs im Generalgouvernement findet hierdurch ihre Bestätigung. Der Anteil der Noten zu 100, 50 und 20 Zloty im Gesamtumlauf beträgt 28, 24, und 28%, der der Noten zu 10, 5, 2 und 1 Zloty 10, 6, 3 und 1%. Die 500 Zlotynote, die aus Sicherheitsgründen in Stahlstich ausgeführt wird, dürfte Ende des Monats gleichfalls vorliegen.

Der Notenumlauf der Emissionsbank mit weniger als 1 Milliarde Zloty ist im Hinblick darauf, dass früher in diesem Gebiet zu dem eingangs angeführten Geldumlauf noch ein zum Teil eine Zahlungstätigkeit ausübender Wechsel hinzukam, als nicht zu hoch anzusehen. In Anbetracht der - wie in allen Kriegswirtschaften so auch im Generalgouvernement - schwindenden Warenbestände ist eine Verringerung jedoch gesamtwirtschaftlich erwünscht. Hieraus ergibt sich das z. Zt. bestehende Problem.

c/der Zurückführung des Notenumlaufs. Die Durchführung verlangt zunächst die Verhinderung einer weiteren Erhöhung des Geldumlaufs. Im Hinblick darauf, dass bei einer Notenbank die Kreditgewährung im allgemeinen nur im Wege einer Erhöhung des Notenumlaufs durchführbar ist, verfolgt die Emissionsbank gegenwärtig eine zurückhaltende Kreditpolitik.

Hinzu treten Massnahmen zur Erreichung einer unmittelbaren Zurückführung des Notenumlaufs. Die Notenbank hat hier für sich allein schon wirksame Arbeit geleistet. Die aus der Wirtschaft abgeschöpften sich bei ihr auf Girokonto ansammelnden Guthaben betragen über $3/4$ Milliarden Zloty. Von diesem Betrag entfällt auf die Zeit von Anfang Januar bis jetzt etwa 60%. Diese Ziffer zeigt in welchem Umfang die Notenbank bestrebt gewesen ist den früher angeführten Aufruf der grossen Noten der Bank Polski im Januar d.Js. und den Umtausch des restlichen Geldumlaufs der Bank Polski für die Verminderung des Geldumlaufs zu benutzen.

Ergänzt werden muss die Tätigkeit der Notenbank durch entsprechende Massnahmen der Kreditinstitute. Sie sind an dem vorbezeichneten Girokonto etwa zu ein Drittel beteiligt. Auch bei ihnen beträgt die Steigerung seit Januar d.Js. etwa 80%. Hier muss auf dem Gebiet der Erfassung unbenutzter Kaufkraft im Lande noch mehr geschehen. Die Schwierigkeit besteht darin, dass einmal die Bevölkerung des Gebiets - insbesondere auf dem Lande - an den Bankverkehr nur in sehr geringem Umfang gewöhnt ist. Hier ist noch weitere Aufklärungs- und Erziehungsarbeit zu leisten. Daneben ist aber auch das Netz der Kreditinstitute noch nicht dicht genug, um die - insbesondere auf dem flachen Lande - zum Teil reichlich vorhandenen Überschussbeträge wirksam zu erfassen. Ich wäre dankbar, wenn die Distriktschefs hierauf ihr Augenmerk richten würden. Vorschläge zur Ausdehnung des Netzes der Kreditinstitute wären an die von mir geleitete Bankaufsichtsstelle für das Generalgouvernement zu richten.

Eng damit zusammen hängt die Entwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Bisher war er in diesem Lande sehr gering. Soweit möglich ist seine Ausdehnung vorangetrieben worden. Es ist erfreulich, dass die Abt. Finanzen in einem Erlass vom 22. Mai d.Js. darauf hingewiesen hat, dass die Oberkasse bei allen Anschaffungen bargeldlos bezahlen wird. Ich darf die Bitte aussprechen, dass dieser Erlass auch bei den Distrikten entsprechende Anwendung findet und alle Anschaffungen vornehmende Abteilungen grundsätzlich die bargeldlose Zahlung anstreben. Regelmässige Lieferanten müssen ein Bankgiro haben, notfalls sind sie zur Errichtung eines solchen zu veranlassen.

Eine weitere Massnahme zur Abschöpfung der Kaufkraft liegt schliesslich auf dem Gebiet der Steuerpolitik. Die hier bestehenden Möglichkeiten sind erkannt.

Auch besteht das Bestreben im Rahmen des Möglichen hierdurch die Tätigkeit der Notenbank zu unterstützen. Weitere Wege die bei der ländlichen Bevölkerung vorhandenen Überschussbeträge zu erfassen, werden geprüft.

Zu behandeln ist nun noch schliesslich

4/ die Währungslage selbst:

a/ Der Aussenwert der Währung wird vorwiegend durch den Verrechnungsverkehr bestimmt. Er regelt den Zahlungsverkehr mit dem für die Wirtschaftsbeziehungen des Generalgouvernements wichtigsten Lande - dem Deutschen Reich - . Nach anfänglich leidlicher Entwicklung arbeitet der Verrechnungsverkehr in der letzten Zeit nicht recht zufriedenstellend. Das Guthaben des Reiches ist auf 127 Mill. Zloty angestiegen. Feuerdings ist aber durch geeignete Massnahmen Vorsorge getroffen, dass dieser Zustand aufhört und der Verrechnungsverkehr zum Ausgleich kommt. Darüber hinaus wird sich - der Wirtschaftsbilanz des Generalgouvernements entsprechend - wahrscheinlich bald ein Guthaben bei der Deutschen Verrechnungskasse in Berlin ergeben. Irrendwelche Gefahren für die Währung bestehen vom Verrechnungsverkehr her nicht.

Etwas anders ist dies im Hinblick auf die nunmehr zu behandelnden Gebiete. Zunächst sind es

b/ die Finanzen, die auf die Währung zurückwirken. Mein Herr. Vorredner wies darauf hin, dass an ausserordentlichen Statandforderungen über 200 Millionen Zloty zur Finanzierung angemeldet seien. Der Herr Präsident der Ostbahn hat in seinem Referat eine Anforderung von 250 Millionen Zloty geltend gemacht. Die Befriedigung dieser beträchtlichen Ansprüche fällt in eine Zeit, in die Ernteerfassung und - Einlagerung bereits - mit Anforderungen von 50 bis 100 Millionen Zloty - ihre Schatten wirft.

Die Beschaffung dieser Beträge wird dadurch erschwert, dass die Anforderungen z.T. längerfristige Laufzeit haben. Die Finanzierung muss daher . . . über den Geld- bzw. Kapitalmarkt versucht werden. Beide Märkte haben in Polen in den letzten Jahren nicht richtig gearbeitet. ^x Geeignete Massnahmen zur Entwicklung und zum Ausbau dieser Märkte sind getroffen. Die erste Begebung von Schatzwechseln des Generalgouvernements konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die Leistungsfähigkeit der Märkte steigt mit zunehmendem Vertrauen. Vorerst ist sie noch beschränkt. Zur Vermeidung unerwünschter Rückwirkungen auf die Notenbank / Notenumlauf/ muss daher in den Finanzierungsanforderungen Mass gehalten werden.

x/ Die Einlagen bei den Kreditinstituten, die Ende 1937 etwas über 1,7 Milliarden Zloty betrugen, gingen im Zusammenhang mit den früher angeführten Kredit- und Vertrauenskrisen der Jahre 1938 und 1939 zurück und betrugen zum Zeitpunkt unserer Besetzung - Ende September 1939 - 1,2 Milliarden Zloty. Wird die Ausgangsziffer gleich 100 gesetzt, so beträgt die Verhältnisziffer für Ende September 1939 70% und der Einlagenverlust danach 30%. Hierbei handelt es sich um eine Gesamtziffer. Bei einzelnen Kreditinstituten stellte sich der Rückgang der Einlagen sogar bis zu 50%. Durch geeignete Massnahmen konnten inzwischen die Einlagenverluste zum Teil wieder aufgeholt werden. Z.Zt. beträgt die Gesamthöhe der Einlagen bei den Kreditinstituten 1,35 Milliarden Zloty.

Als letztes bleibt schliesslich

e/ der Binnenwert der Währung zu behandeln. Er drückt sich in den Preisen aus. Ihre Entwicklung ist wegen des seit der Errichtung des Generalgouvernements festzustellenden Preisanstiegs nicht befriedigend. Die zur Bekämpfung dieser Entwicklung seit Jahresbeginn eingeleiteten planmässigen Massnahmen - insbesondere die neugeschaffene zentrale Preisbildungsstelle - hat die Notenbank sehr begrüsst. Sie lassen - bei richtiger Durchführung - einen Erfolg erhoffen. Für die gesamtwirtschaftlich besonders dringende Regelung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird allerdings die von der neuen Ernte kommende Erhöhung des Warenangebots abgewartet werden müssen.

Die Notenbank hat für die Preisangleichung durch die mit der Ausgabe ihrer Noten nunmehr erreichten Vereinheitlichung und Feststellung des Goldumlaufs im Generalgouvernement eine wesentliche Voraussetzung geschaffen. Einen weiteren wichtigen Beitrag hierzu leistet sie durch das Festhalten des Goldumlaufs, durch die Absaugung der entbehrlichen Kaufkraft und durch das Bestreben den Goldumlauf nach Möglichkeit zurückzuführen. Von der Währung her sind daher alle Voraussetzungen geschaffen, um nunmehr auch auf dem Gebiet der Preise den Schlussstein unter die auf dem Währungsgebiete geleistete Arbeit zu setzen.

Amt des Generalgouverneurs
für die besetzten polnischen Gebiete

Abteilung
Ernährung und Landwirtschaft

Der GENERALGOVERNEUR
für die besetzten polnischen Gebiete
KANZLEI BUREAU

Eing. 11. JUNI 1940 2. 11.

Buch Nr. 2055/40

Ernährungsplan 1940/41.
=====

R e f e r a t

des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im
Amt des Generalgouverneurs, Landesbauernführer K ö r n e r,
auf der Wirtschaftstagung beim Generalgouverneur am 6.6.1940.

als

B e r i c h t Nr.5

über die Lage der Ernährungs- und Landwirtschaft
im Generalgouvernement.

Herausgegeben am 10. Juni 1940.

R e f e r a t
des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft
im Amt des Generalgouverneurs,
Landesbauernführer K ö r n e r,

auf der Wirtschaftstagung beim Generalgouverneur
am 6. Juni 1940.

Herr Generalgouverneur!
Meine Herren!

Ich möchte mich heute nicht mit den zahlreichen Arbeitsgebieten meiner Abteilung im einzelnen beschäftigen, nicht über die wirklich gut gelungene Frühjahrsbestellung, die Anbaupläne für den Herbst 1940, die bereits fertig vorliegen, die wasserwirtschaftlichen Aufgaben usw. sprechen, sondern ich möchte mich nur mit dem Haupt- und Kernproblem beschäftigen, das ich als den E r n ä h r u n g s p l a n für das Wirtschaftsjahr 1940/41 bezeichnen möchte.

Die Aufgabenstellung ist klar. Der Herr Generalgouverneur hat in meiner Gegenwart am 12. Februar 1940 in Karinhall Herrn Generalfeldmarschall G ö r i n g zugesichert, daß wir im Generalgouvernement alles tun werden, um das Generalgouvernement möglichst restlos aus eigener Scholle zu ernähren.

Ernährungsplan 1940/41.

Teil I

Die Lage.

Die Bevölkerungsdichte im Gebiet des Generalgouvernements ist ziemlich ähnlich der des Reichsgebietes, wobei aber berücksichtigt werden muß, daß hier 76 % der Bevölkerung auf dem Lande leben und im wesentlichen als Selbstversorger anzusehen sind. Zur Versorgung steht je Kopf der Bevölkerung eine geringere landwirtschaftliche Nutzfläche zur Verfügung als im Reich. In Deutschland reicht aber diese landw. Nutzfläche nicht aus, um die Lebensmittelversorgung restlos aus eigener Scholle sicherzustellen. Durch eine Reihe planmäßiger, sehr schwieriger und einschneidender Maßnahmen des Reichsnährstandes hat dieser in jahrelanger Arbeit dem Reich die Voraussetzungen geschaffen für die totale Erfassung und gerechte Verteilung der erzeugten und eingeführten Agrarprodukte.

Diese Voraussetzungen sind im Gebiet des Generalgouvernements nicht gegeben und können auch nicht in kurzer Frist und ohne den guten Willen der Landbevölkerung in kurzer Zeit geschaffen werden. Die Zerstörung und Vernichtung von Lebensmittelvorräten durch den Krieg und die Tatsache, daß wir mitten im Versorgungsjahr unsere Arbeit einsetzen müssen, brachte es mit sich, daß die Erfassung trotz größter Anstrengung der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft und ihrer Genossenschaften immer schwieriger wurde, zumal das Vertrauen der Bevölkerung zum Zloty immer mehr und mehr schwand. Die Flucht in die Sachwerte, die in allen kriegführenden Ländern festzustellen ist, setzte auch hier ein. Verschiedene Bedarfsstoffe wie Schuhe, Lederwaren, Textilien, waren für die Landbevölkerung durch Sperrung der Läden nirgends mehr legal zu kaufen. Da sie aber unbedingt benötigt wurden, war das Landvolk angewiesen, seine Bedarfsstoffe durch den meist jüdischen Fhleichhandel, der diese Produkte besaß, zu beschaffen. Hierdurch schloß sich der Kreis des Schleichhandels. Der Bauer mußte seine Bedarfsstoffe meist für den zehnfachen Preis vom Juden kaufen und erhielt die Ware nur, wenn er dem jüdischen Schleichhändler gleichzeitig größere Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse abliefern konnte, die der Jude, der früher

beinahe eine Monopolstellung in Agrarprodukten hatte, wieder zu den ungeheuerlichsten Wucherpreisen verkaufte. Für die Bevölkerungskreise mit geringem Einkommen bedeutete dieser Kreislauf natürlich größten Druck.

Als Mitte Januar 1940 die Preisfestsetzung für die wichtigsten Agrarprodukte erfolgte, habe ich bereits schärfste Maßnahmen gegen Wucher, Schleichhandel, Schiebertum und Preisüberschreitung zur Ergänzung dieser Preisfestsetzung für unbedingt notwendig erklärt. Geschultes Preisüberwachungspersonal ist bis heute leider noch nicht eingetroffen. Da nach den Erfahrungen der letzten Monate auch Polizeikräfte und Sonderdienst immer nur in beschränktem Umfange zur Verfügung stehen werden, ergibt sich nunmehr die Notwendigkeit, den Ernährungsplan für das Wirtschaftsjahr 1940/41 von diesen Tatsachen ausgehend auf Methoden abzustellen, die von mir bereits im Januar als unbedingt notwendig hingestellt wurden, die jedoch nur durch eine zentrale Anweisung an alle Abteilungen im Amt des Generalgouverneurs zu erreichen sind.

Meine Abteilung hat daher in der letzten Zeit diesbezügliche Besprechungen mit den Abteilungen Wirtschaft, Preisbildung, der Monopolverwaltung sowie mit der Dienststelle für den Vierjahresplan und der Bankenaufsichtsstelle geführt.

Selbst wenn man die Notwendigkeit einer rohstoffmäßig im Generalgouvernement verankerten Industrie berücksichtigt, ist das Generalgouvernement ein Agrarstaat. Alle Maßnahmen im Generalgouvernement müssen sich daher nach dieser Tatsache richten!

Das Hauptproblem ist die Erfassung sowohl der agrarischen als auch der gewerblichen Produktion. Dabei muß ich zunächst wissen, welche Mengen an agrarischen Produkten benötigt werden und wieviel Menschen versorgungsberechtigt mit Nahrungsmitteln sind:

Wehrmacht,
SS und Polizei,
Reichsdeutsche, Volksdeutsche,
Rüstungsarbeiter und ihre Angehörigen,
die Arbeiter in sonstigen A- und B-Betrieben,
bei Post, Bahn, Straßenbau und Forst beschäftigte
Polen,
usw.

Die genauen Zahlen liegen vor, ändern sich jedoch laufend, sodaß sie jetzt hier außer acht bleiben können.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß nach den Erfahrungen des letzten Winters eine Teilversorgung der städtischen Bevölkerung (der Städte Warschau, Krakau, Tschenstochau, Petrikau, Radom, Lublin, Tarnow, Chelm und Kielce) sowie der Bevölkerung des Gebirgsgürtels der Beskiden und Tatra, und gegebenenfalls der Handwerker, mit Brot, Kartoffeln, Zucker bzw. Süßstoff und etwas Fleisch unbedingt notwendig ist.

Für alle Versorgungsberechtigten und die für die Versorgung geschaffenen Einrichtungen wie Ernährungsämter, Kantinen, Konsumvereine, werden zentrale Weisungen von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft herausgegeben.

Entsprechend dem Prinzip der Einheit der Verwaltung muß der Grundsatz der zentralen Lenkung der Versorgung aufgestellt werden. Es ist falsch und macht eine Erfassung und geordnete Verteilung an die Versorgungsberechtigten unmöglich, wenn die nunmehr für die Erfassung der neuen Ernte aufzustellenden zentralen Richtlinien durch Einzelaktionen in der mittleren oder unteren Verwaltungsinstanz abgeändert oder ihre Durchführung verhindert wird. Auf die Dauer ist es auch nicht tragbar, nur mit Beschlagnahmen und polizeilichen Durchkämpfungsaktionen zu arbeiten, weil damit die Freude an der Mehrerzeugung besonderer agrarischer Produkte verloren gehen kann und dann ein Produktionsrückgang eintritt.

Nachdem nunmehr von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft alle Methoden versucht worden sind, wie z.B. Umlagen auf Dörfer und Kreise, militärische Durchkämpfung von Dörfern im Distrikt Radom, Einsatz von Polizei und Selbstschutz im Distrikt Lublin, Einsperren von Pfaffen, Verhaftung von Woiws, und nachdem alle diese Maßnahmen allein nicht zum Ziele geführt haben, wurde von mir die Großtauschaktion Zucker gegen Eier eingeleitet. Nach dem bereits jetzt vorliegenden Ergebnis und trotz mancher Kritik ist der Beweis erbracht, daß mit dieser Methode tatsächlich die gewünschte Erfassung erreicht wird. Daß durch diese Aktion hier und da mehr Zucker in die Hände der Verbraucher kommt, als diese verbrauchen können, ist ein Schönheitsfehler, dem zu einem gewissen Teile bei dem neuen Vorschlag des Ernährungsplanes gesteuert werden wird. Bereits bei dieser Aktion

ist in den an die Herren Kreishauptleute heran­ge­gan­ge­nen Anweisungen auch das neue Prinzip der Vorratsabhaltung in die Tat umgesetzt worden. Zu Beginn der neuen Versorgungsperiode werden in jeder Kreishauptmannschaft die Zahlen der Versorgungsberechtigten für Nahrungsmittel festgelegt. Mit entsprechenden Tagesrationen multipliziert, ergibt das diejenigen Mengen an Nahrungsmitteln, die der Kreishauptmann in seinem Kreise selbst von der erfaßten Ware erhält und zu verteilen hat. Darüber hinaus werden in den Kreishauptmannschaften noch größere Mengen von Agrarprodukten für die Versorgung von Städten und Industrie­gebieten gelagert werden.

Ebenso wie durch Befehl des Generalgouverneurs die für Deutschland arbeitenden Polen als versorgungsberechtigt mit Nahrungsmitteln erklärt worden sind, muß nunmehr die Lebensmittel abliefernde Landbevölkerung als versorgungsberechtigt mit gewerblichen und industriellen Produkten erklärt werden. Diese für das Landvolk und sonstige Versorgungsberechtigte benötigten Produkte der Industrie, des Gewerbes und des Handwerks müssen daher ebenso wie bei den Monopolartikeln total erfaßt und für die Großtauschaktion zur Verfügung gestellt werden. Bei industriellen und gewerblichen Betrieben ist das leicht möglich durch ein Verbot des Direktverkaufs und eine Anlieferungs­pflicht, bei Handwerkern durch Zusammenschlüsse, wie sie die Abteilung Wirtschaft schon plant. Eine Feststellung der Mengen und Werte ist durch Melde- und Kontrollsysteme, Rohstoffzuteilungen usw., unschwer möglich.

Ernährungsplan 1940/41.

Teil II

Erfassung der Agrarprodukte der Ernte 1940.

1. Gruppe.

a) E i e r:

Die Tauschaktion Eier gegen Zucker hat bis jetzt ca 35 Millionen Eier erbracht. Entsprechend dem aufgestellten Plan wird die Erfassung und Einlagerung der Eier für die Zeit vom 1. Oktober bis 1. März fortgesetzt. Der für die Erfassung von 200 Millionen Eiern benötigte Zucker = 12.000 to, ist zur Verfügung gestellt und entspricht der bisherigen Verteilungsquote für einen Zeitraum von 2 Monaten. Die Aktion wird in dem Augenblick abgeschlossen bzw. die Zuckermenge herabgesetzt, in welchem eine genügend große Menge von Eiern in den Kühlhäusern und Kalkbecken eingelagert ist und nur noch die Tagesverpflegung der Versorgungsberechtigten bis zum 30. September sichergestellt werden muß,

Ein ähnliches Verfahren ist zur Gewinnung von H o n i g bereits in diesem Frühjahr mit den Bienenzüchtern festgelegt worden, wonach ein Imker für die Winterfütterung eines Bienenvolkes 5 kg gelben Zucker gegen Rücklieferung von 5 kg Honig erhält.

b) Z u c k e r:

Da die Preise für Zuckerrüben für die Herbstlieferung 1939 nur entsprechend dem Zuckerpreis festgelegt werden konnten und Zuckerrüben bekanntlich nur in der Fabrik zu Zucker verarbeitet werden können, während Kartoffeln sich sehr gut verschieben lassen und Wucherpreise brachten, war die Propaganda für die Ausdehnung des Zuckerrübenanbaues im Interesse der Steigerung der Zucker- und Futtererzeugung außerordentlich schwierig. Die Steigerung der Anbaufläche um durchschnittlich 25 % ist nur gelungen durch die Zusicherung von 180 kg Zucker je ha Anbaufläche, die zur Hälfte bei Vertragsabschluß, zur anderen Hälfte bei Lieferung der Zuckerrüben, ausgegeben werden. Die Rüben-erzeuger, die einen Vertrag abschließen, sind verpflichtet worden,

ihren Landarbeitern Zucker abzugeben.

Die totale Erfassung der Zuckerproduktion 1940 und die zentrale Verteilung ist durch die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft gesichert. 1939 erzeugten wir jedoch nur 45 % des früheren polnischen pro-Kopf-Bedarfs an Zucker. Diese Menge wird sich entsprechend der Verstärkung der Anbaufläche und der besseren Düngung auf etwa 60 % erhöhen. Die fehlende Zuckermenge wird durch das Süßstoffmonopol ausgeglichen. Die Verteilung des eingeführten Süßstoffes ist von der Monopolverwaltung der Landwirtschaftlichen Zentralstelle übertragen worden.

c) M i l c h . B u t t e r . F e t t .

M i l c h :

Der Zustand des polnischen Molkereiwesens ist katastrophal. In jedem Distrikt gibt es nur 4-6 Molkereien mit Dampftrieb. Die übrigen Molkereien haben Handtrieb. Die Frischmilchversorgung der Städte erfolgt daher ausschließlich über sogenannte Selbstmarkter. In Krakau z.B. werden jetzt täglich ca. 42.000 L Milch verkauft von 4.417 Einzelerzeugern und Händlern. Die verschiedentlich angeordnete Ablieferungspflicht wird nur von den meiner Weisung unterliegenden Großbetrieben eingehalten. Eine Kontrolle der Milchzufuhr und Beschlagnahmen, wie verschiedentlich durchgeführt, schreckt die Erzeuger lediglich ab, Milch in die Städte hereinzubringen.

B u t t e r :

Eine Erfassung der Landbutter vom Einzelerzeuger war bisher nur beschränkt möglich, da sie fast vollständig im Schleichhandel verschwand. Die auf dem flachen Lande und in kleinen Städten in Gang gebrachten sogenannten Molkereien wurden angewiesen, ihre Butter wöchentlich zweimal zur Abholung bereitzuhalten. Leider fehlt es dabei, besonders für die warme Jahreszeit, an den nötigen Kraftwagen. Die Ablieferung der Milch an die Molkereien auf dem Lande läßt ebenfalls außerordentlich zu wünschen übrig.

Die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft wird daher anordnen, daß ab Ernte 1940 die anfallenden Futtermittel wie Kleie, sowie ein Teil Ölkuchen und Melasse, nur an die Milchlieferanten der Molkereien und an die Frischmilchlieferanten der Städte ausgegeben

werden. Es stehen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft dafür bei den von ihr kontrollierten Mühlen und auf Grund der Erntevorschätzung leicht feststellbare Mengen an Kleie, Ölkuchen usw. und Melasse zur Verfügung.

Da die Zahl der Kühe nach der neuesten Viehzählung 1,963.000 Stück beträgt, deren Ablieferungsmenge höchstens 500 Liter pro Stück und Jahr beträgt (40 % der Gesamtjahreserzeugung einer Kuh) ist die Quote der Futtermittel, die auf 100 Liter Milch entfällt, leicht zu berechnen.

Zur Kontrolle der Molkereien und ihrer Arbeit sind in zwei Distrikten bereits polnische Molkereirevisoren von den Molkereiverbänden angestellt. In jedem Distrikt wird jetzt ein Molkereiverband gebildet, der aus Gebühren der Molkereien für jeden Kreis mindestens einen derartigen Revisor anstellt.

Die Ausgabe von Futtermitteln an die Milchlieferanten erfolgt auf Grund der Ablieferungsbescheide der Molkereien.

Der Erfolg dieser Tauschaktion ist durch eine Anzahl von Versuchen erwiesen.

Ölsaaten:

Auf Grund der vorhandenen Zahlenunterlagen habe ich festgestellt, daß die Fettbilanz des Generalgouvernements nur eine 18%ige Selbstversorgung gewährleistet. Infolge der Kriegsschäden wird diese Fettleistung aus den Betrieben sich erst nach jahrelanger Arbeit verbessern lassen und durch Einfuhr von wertvollem deutschen Zuchtvieh (Bullen, Ferkel, Sauen, Zuchtläufer), sowie durch die Einführung einer zwangsweisen Milchkontrolle auf den Großgütern.

Die einzige Möglichkeit, ab Ernte 1941 zu einer höheren Futtererzeugung zu kommen, ist die Steigerung des Rapsbaues. Es wird daher durch eine besonders intensive Propaganda die Ausdehnung des Rapsbaues auf das Drei- bis Vierfache der diesjährigen Anbaufläche angestrebt.

Die Erfassung der Ölsaaten wird schon jetzt für die Ernte 1940 nach einem genauen Plan vorbereitet. Neben dem entsprechenden noch festzusetzenden guten Preis erhalten die Anbauer 50 % der anfallenden Ölkuchen zurück und denjenigen Ölanteil, der über 33 % der Ölausbeute liegt. Es werden dann je 100 kg etwa 3 - 4 Liter Öl zurückgegeben werden können.

Da der größte Teil der im Lande verstreut liegenden kleinen Ölmühlen nicht in der Lage ist, einwandfreies Speiseöl herzustellen und die Gefahr besteht, daß die Ölsaaten sich unten verzetteln und zudem noch schlecht ausgebeutet werden, werden sämtliche kleinen Ölmühlen geschlossen, die Maschinen verschrottet. Es bleiben in jedem Distrikt nur 2-3 größere Anlagen bestehen. Die Hauptmenge der Ölsaaten wird jedoch laut Vertrag mit der Hauptvereinigung der Deutschen Milch- und Fettwirtschaft in ostoberschlesischen Ölmühlen geschlagen gegen Rücklieferung der vollen Menge Margarine und Ölkuchen. Die Ausbeute bei diesen modernen Anlagen ist außerdem wesentlich höher als selbst bei den ausgesuchten polnischen Ölmühlen.

Leider sind hier Auswinterungsschäden in Höhe von ca. 50 % der Anbaufläche entstanden.

Die Erfassung von Rindertalg und Schweineflomen auf den Schlachtviehhöfen der Städte ist ebenfalls angeordnet. Der Anfall wird jedoch wegen des schlechten Futterzustandes der Tiere nur gering sein.

Trotz der geplanten Maßnahmen zur Sicherung der Fettversorgung wird die Masse der polnischen Bevölkerung im kommenden Versorgungsjahr kein Fett erhalten können.

Die Versorgung der Wehrmacht wird aus der Heimat durchgeführt werden müssen, damit die vorhandenen Fettmengen für die reichsdeutschen Beamten und Angestellten, für die Volksdeutschen und für die versorgungsberechtigten Polen eingesetzt werden können.

Gartenbauerzeugnisse, Obst, Marmelade, Konserven.

Eine Erfassung der Gartenbauerzeugnisse im Generalgouvernement ist nicht geplant. Die leichte Verderblichkeit der Ware und das große Risiko beim Transport haben auch in Deutschland noch nicht zu einer völlig geordneten Form geführt. Auch die Einwinterung von Gemüse wie Kraut, Möhren, Rote Rüben usw., ist sehr schwierig und nur in kleinen Partien vom Fachmann durchzuführen. An die deutschen Gaststätten, Kasinos, an die Kantinen der versorgungsberechtigten Betriebe ist daher bereits vom Herrn Generalgouverneur der Appell ergangen, sich zur Selbstversorgung entsprechende Möglichkeiten zu schaffen. Die Wehrmacht hat ebenfalls im ganzen

Lande Verträge mit Gärtnereien abgeschlossen.

Im Herbst wird dann noch einmal ein allgemeiner Appell der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft mit Vorschlägen für die Konservierung von Wintergemüse erfolgen.

Infolge des starken Frostes im letzten Winter sind sehr viele Obstbäume erfroren. Man muß bei Süskirschen und Birnen mit 80 - 90 %, bei Äpfeln und Pflaumen mit 50 % Frostschäden rechnen. Es wird daher nur eine geringe Obsternte im Generalgouvernement zu erwarten sein.

Eine Einfuhr aus dem Reich kommt wegen der dortigen Frostschäden nicht in Frage.

Groß wird wahrscheinlich lediglich der Anfall an Beerenobst und Waldbeeren sowie an Pilzen sein. Es ist von uns bereits ein Merkblatt fertiggestellt, das an deutsche Gaststätten und Kasinos, sowie an die Kantinen der versorgungsberechtigten Betriebe herausgehen wird und in welchem erläutert wird, wie trotz des Mangels an Einweckgläsern und Konservendosen sich diese Betriebe behelfsmäßig Vorräte schaffen können, z.B. an Heidelbeeren, Preiselbeeren, Johannisbeeren, Himbeeren, in Flaschen, die versiegelt werden; Bohnen, Gurken, Sauerkraut, in Töpfen und Fässern, usw.

Sämtliche Marmelade- und Konserven-Fabriken, Gemüsedarren, Obstsafterhersteller, sind erfaßt und durch Fachleute bereist. Ein entsprechendes Produktionsprogramm ist aufgestellt. die erforderlichen Rohstoffe wie Zucker usw. werden diesen Verarbeitungsbetrieben zur Verfügung gestellt; desgleichen Dosen aus Weißblech, das erst vor wenigen Tagen in großen Mengen aufgefunden wurde und vom Vierjahresplan zur Freigabe angefordert ist. Die Verteilung der Waren erfolgt dann zentral nach den Ziffern der Versorgungsberechtigten.

Es wird wie im Reich eine einfache Marmelade hergestellt, die an die versorgungsberechtigten Polen gegebenenfalls statt mangelnder Fettversorgung ausgegeben werden wird. Die Wehrmacht erhält ihren Anteil, wenn der Obstanfall und die Produktionsmenge dies zulassen.

e) Sonstige Veredelungsprodukte.

Für die Erzeugung von Schokolade und Süßwaren, Teigwaren usw., sind bis ins einzelne gehende Produktionsprogramme aufgestellt. Die benötigten Rohstoffe sind sichergestellt und werden nach erfolgter Erfassung verteilt. Es bleiben im Generalgouvernement nur 5 Schokoladefabriken, 14 Süßwarenfabriken, 9 Dauerbackwarenfabriken, bestehen. Bei den übrigen Verarbeitungsbetrieben werden dauernde Schließungen notwendig sein.

Die Verteilung der anfallenden Produktion erfolgt nach der Quote der Versorgungsberechtigten an die Abteilungen Ernährung und Landwirtschaft in den Distrikten.

Ebenso ist für Brauereien ein Produktionsplan aufgestellt und die Verteilung geregelt. Bis Oktober sieht es dabei allerdings anders aus als von dem Zeitpunkt an, an dem wir neue Rohstoffe aus neuer Ernte haben.

Für künstliche und natürliche Wasser wird ebenfalls, wie in einzelnen Gebieten schon geschehen, ein ebensolcher Plan aufgestellt.

2. Gruppe.

a) G e t r e i d e.

Der voraussichtliche Bedarf an Brotgetreide für das Wirtschaftsjahr 1940/41 ist aus der Anzahl und den Verpflegungssätzen der Versorgungsberechtigten zu errechnen. Da die Zahlen sich dauernd ändern, sind bestimmte Reserven von uns mit veranschlagt. Die Endsummen stehen noch nicht fest. Heute morgen meldeten auch schon einige Abteilungsleiter in ihren Referaten neue Ansprüche an. Man muß jedoch nach den Erfahrungen dieses Jahres damit rechnen, daß mehr als 500.000 to Brotgetreide im ganzen nicht umgelegt werden können. Ich nannte diese Zahl bereits im März d.Js. in einer Warschauer Besprechung.

Der Bedarf an G e r s t e für Malz, Graupen und Kaffee beträgt zusammen 160.000 to.

Auch den Bedarf an H a f e r für Wehrmacht, SS und Industrie werden wir feststellen.

Die Erfassung dieses Getreides wird durch folgende Maßnahmen durchgeführt:

- 1.) Umlage von Lieferungskontingenten, entsprechend der Getreide-Anbaufläche, auf die Kreise. Ohne Rücksicht auf die Versorgungslage des kleinen Erzeugers wird das Ablieferungssoll so festgesetzt, daß im Durchschnitt ca 25 % des Gesamtertrages der Brotgetreideernte ausgeschrieben werden. Die Umlagen sind gemeindeweise zu unterteilen. Die Ablieferungsanweisung an die der Landwirtschaft und Liegenschaftsverwaltung unterstehenden Großbetriebe ist bereits ergangen.
- 2.) Entsprechend den in den einzelnen Distrikten und Kreisen durchgeführten Versuchen wird ein Mühlenplan durchgeführt, der vorsieht, daß die kleinsten Mühlen zum Teil geschlossen und ihre Apparaturen arbeitsunfähig gemacht werden. Zum Teil wird ihnen der Getreideaufkauf verboten, und sie werden nur für Lohn- und Umtauschmüllerei zugelassen. Alle Mühlen werden verpflichtet, bei der Lohn- und Umtauschmüllerei einen Prozentsatz der angelieferten Getreidemengen abzuliefern. Die Mühlen müssen dies durch Mahlkarten und Mahlbücher belegen. Die Mühlen werden kreisweise zusammengeschlossen in Mühlenverbände, die Revisoren und Instruktoren anstellen, wie sie bereits in einigen Kreisen mit Erfolg eingesetzt sind. Die abzuliefernden Teilmengen werden den Müllern zum festgesetzten Preise bezahlt und der Kreisgenossenschaft angedient. Für die abgelieferten Getreidemengen sollen diese Mühlen ebenso gewisse Bezugsscheine als Ablieferungsprämie erhalten. Es gibt schwere Strafen und Schließung der Mühlen bei Nichtbefolgung. Außerdem werden einheitliche Mahlkarten eingeführt, damit die Selbstversorger wirklich nur das mahlen lassen, was sie für sich selbst benötigen.

Die großen und mittelgroßen Mühlen werden gezwungen, Mahlgut für einige Monate einzulagern, damit eine gleichmäßige Versorgung gewährleistet ist.

Die Kleie muß von diesen Mühlen restlos abgeliefert werden.

- 3.) Mit Hilfe von Lohndrechsätzen aus dem Reich und mit neuen, im Landmaschinenbauprogramm vorgesehenen Großdreschmaschinen werden dorfweise Dreschaktionen durchgeführt, und zwar gleich nach der Ernte, gegebenenfalls mit einem gewissen Zwang.

Für die Kohlenbestellung ist eine entsprechende Aktion bereits seit Anfang Mai eingeleitet, damit es dann nicht wieder an der Durschkohle mangelt.

- 4.) Die Ablieferung der Umlage bei den Kreisgenossenschaften und ihren Aufnahmestellen im Kreise wird durch ein Bezugsscheinsystem geregelt. Der abliefernde Erzeuger erhält für einen noch festzusetzenden Prozentsatz des Wertes bei der Bezugsscheinstelle die Berechtigung zum Ankauf von Bedarfsartikeln zu normalen Preisen.

Ob alle diese Maßnahmen die benötigten Mengen erbringen werden, hängt von der jetzt laufenden Anbauflächenerhebung und von dem Ertrag der diesjährigen Ernte ab und kann frühestens mittels Probedrusch während der Ernte ermittelt werden. Eine entsprechende Bilanz für die Brotgetreideversorgung wird dann aufgestellt werden. Davon hängt dann der Grad der Selbstversorgung ab.

b) V i e h.

Für die Erfassung des Viehs sind entsprechend den Zahlen der Viehzählung für die einzelnen Kreise und Gemeinden U m l a g e n festgelegt. Es sind 130 Kreisviehmärkte und 9 Schlachtviehmärkte eingerichtet. Für die Kreisviehmärkte sind polnische Marktleiter, zumeist polnische Tierärzte, eingesetzt, für die Schlachtviehmärkte Deutsche. Handelsfirmen und Genossenschaften sind für die Erfassung des Viehs eingeschaltet.

Obwohl die Auftriebe auf den Kreisviehmärkten und Schlachtviehmärkten laufend zunehmen, ist es für die Landwirtschaft eine dauernde Versuchung, Vieh schwarz zu schlachten und das Fleisch im Schleichhandel zum 3-4 fachen Preise zu

verkaufen. Die Ablieferung von Vieh wird daher ebenfalls durch Ausgabe von Bezugsscheinen, deren Höhe im Verhältnis zum Wert des abgelieferten Viehs noch festgelegt wird, unterstützt werden müssen. Hierbei ist nach Rücksprache mit der Abteilung Wirtschaft besonders an die Herausgabe von Lederwaren für schwere Schweine, die sich zur Schweinehäutung eignen, usw., gedacht.

e) K a r t o f f e l n.

Die Aufstellung eines Versorgungsplanes für Kartoffeln kann erst erfolgen, wenn die Anbaufläche des Jahres 1940 und der voraussichtliche Ertrag genau überblickt werden kann. Wenn, wie gemeldet, die Landwirtschaft der Parole zur Ausdehnung des Kartoffelanbaues um 100 - 150.000 ha gefolgt ist, wird die Speisekartoffelversorgung und die Versorgung der Kartoffelverarbeitenden Industrie wie Brennereien, Stärkefabriken, Syrupfabriken, keine Schwierigkeiten bereiten. Wir werden der Monopolverwaltung auf diese Art einen Ausgleich für die Melassebrennerei verschaffen, da wir die Melasse als Futtermittel dringend benötigen.

Bei keinem Produkt spielen die Fracht und die sonstigen mit dem Transport zusammenhängenden Unkosten eine so große Rolle wie bei der Kartoffel. Es werden daher Preis und Fracht so geregelt werden müssen, daß der nötige Anreiz zur Ablieferung durch den Bauern an die Großverbraucherplätze besteht.

Außerdem werden die versorgungsberechtigten Betriebe und Städte große bewachte Kartoffelmieten nach einem noch aufzustellenden Plan anzulegen haben, damit die Winterkartoffelversorgung gesichert wird.

Eine Ausgabe von Bezugsscheinen für abgelieferte Kartoffeln wird zunächst nicht in Frage kommen.

d) W o l l e, F l a c h s, H a n f, S e i d e.

Von der Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffe und Spinnstoffwaren ist bereits zugesagt, daß für die Ablieferung von Wolle, Flachs und Hanf sowie von Seidenkokons entsprechend den Maßnahmen im Reich Bezugsscheine für Spinnstoffwaren ausgegeben werden. Die Erfahrungen im Reich sind ausgezeichnet. Bei der Knappheit

der Textilien wird auch der polnische Bauer und Landwirt die Produkte gern an die Sammelstellen abliefern, um dafür einen guten Preis und entsprechende Bezugsscheine einzulösen, während ihm früher der Jude diese Produkte abgekauft hat.

Voraussetzung ist jedoch, daß bestimmte Mengen an Spinnstoffen für diese Aktion besonders zur Verfügung gestellt werden. In diesem Sinne ist die Angelegenheit auch mit den zuständigen Stellen abgesprochen.

e) Sonstige Agrarprodukte.

Je nach Bedarf werden Einzelaktionen durch Ausgabe von Bezugsscheinen für die Ablieferung von Sämereien, Schlachtgeflügel, Fischen, Häuten usw. notwendig werden.

Ernährungsplan 1940/41.

Teil III

Die Bezugsscheinstelle
beim Kreishauptmann.

Wie bereits erwähnt, ist das Landvolk, genau so wie die Arbeiter der A-Betriebe für Lebensmittel, als versorgungsberechtigt für gewerbliche Produkte anzusehen. Die Belieferung von Reichsdeutschen, Volksdeutschen und versorgungsberechtigten Arbeitern mit gewerblichen Produkten wird hier außer acht gelassen, da sie die Erfassung der Agrarprodukte nicht unbedingt berührt.

Voraussetzung für die Propagierung der Zucker-Eier-Tauschaktion war die Bereitstellung der gesamten benötigten Zuckermenge. Die gemeinsam mit dem Vierjahresplan veranstalteten Versuche zeigen das gleiche Bild.

Wenn jetzt also im großen die Aktion „Agrarprodukte gegen Bezugsscheine für eine Reihe von gewerblichen Produkten“ als Anreiz für die Ablieferung gestartet werden soll, so müssen diese einzutauschenden gewerblichen Produkte auch tatsächlich vorhanden sein und in bestimmten Mengen zur Verfügung gestellt werden können.

Voraussetzung ist auch, daß die erfaßten gewerblichen Produkte nicht mehr im freien Handel zu kaufen sind, sondern einzig und allein durch Bezugsscheine.

Wenn bei unseren Revisionen jetzt draußen festgestellt wurde, daß hier und da der Eieranfall bei den Sammelstellen nicht den Sollzahlen entsprach, war der Grund immer darin zu suchen, daß Zucker außerdem irgendwie aus alten Beständen oder gar durch amtliche Stellen verteilt und die verhängte Zuckerausgabesperre nicht eingehalten worden war.

Um zu vermeiden, daß Abliefernde bei großen Mengen mehr Tauschware erhalten, als sie selbst verbrauchen können, muß eine Bezugsscheinstelle ins Leben gerufen werden bzw. entsprechend ausgebaut werden.

Die Großgüter, die viel abliefern, werden durch Sondermaßnahmen gezwungen werden, ihren Arbeitern von den Bezugsscheinen bestimmte Mengen abzugeben.

Es gilt zunächst zwei Voraussetzungen zu klären:

- 1.) Das Landvolk umfaßt 76 % der Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements und muß daher von der Gesamtproduktion des Generalgouvernements an gewerblichen Artikeln und an Monopolartikeln mindestens den gleichen Prozentsatz zur Verfügung gestellt bekommen.

Für die unter der Gruppe 1) aufgeführten Agrarprodukte benötigt die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft keine industriellen oder gewerblichen Produkte, denn die Tauschartikel stammen aus dem Agrarsektor.

Entsprechend dem Bedarf der Versorgungsberechtigten ergeben sich bestimmte Ablieferungssummen der unter der Gruppe 2) erfaßten Produkte, für die dann ein entsprechender Prozentsatz Industrie-Produkte zur Verfügung gestellt werden muß.

- 2.) Welche Waren kommen nun als bezugsscheinberechtigt in Frage?

Salz, Petroleum, Tabak, Schnaps, Streichhölzer,
Kleineisenwaren, Textilien, Leder und Schuhe,
sonstige Waren der Hamburger Kaufleute,
Seife, Kohle, Ziegelsteine, Zement, Bauholz.

Entsprechend dem Bevölkerungsanteil der Landbevölkerung und dem Wert der gegen Bezugsschein abgelieferten Agrarprodukte müssen jetzt von den oben angeführten Produkten entsprechende Prozentsätze zur Verfügung gestellt und auf die Kreishauptmannschaften entsprechend deren Ablieferungssolls, die von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft festgelegt sind, verteilt werden. Hierbei ist besonders Rücksicht darauf zu nehmen, daß der Verschleiß von Kleidungsstücken und Schuhen beim Landvolk besonders groß ist. Jeder Kreis erhält die entsprechenden Mengen zugewiesen, die je nach Bedarf und der Möglichkeit der Lieferung in Raten bei den Produzenten abgerufen werden. Die Ausgabe von Bezugsscheinen muß dann immer im Verhältnis zu den vorgeschriebenen Ablieferungsquoten gehalten werden, d.h. es muß darauf geachtet werden, daß der Bezugsscheinberechtigte immer

mindestens unter 10 Produkten die Wahl hat, welche er beziehen möchte. Bei Textilien und Schuhen wird man trotz der Knappheit des Rohmaterials darauf achten müssen, daß das dringendste Bedürfnis befriedigt werden kann.

In jedem Kreishauptmannschaftsbezirk werden, um eine unnütze Zentralisierung zu vermeiden, mehrere Annahme- und Ausgabestellen eingerichtet, wie dies praktisch schon erprobt ist. Es ist erwünscht, die Ausgabe von Bezugsscheinen und Waren ebenfalls auf diese Plätze zu verlegen, da sich bei der Zucker-Eier-Tauschaktion herausgestellt hat, daß die Sache am besten klappt, wenn Sammelstelle und Ausgabestelle am gleichen Ort sind.

Die Bezugsscheinstelle beim Kreishauptmann erhält ihre fachlichen Weisungen von den betreffenden Fachabteilungen. Diese Weisungen müssen die Abteilungen Ernährung und Landwirtschaft, Wirtschaft, die Monopolverwaltung und die Preisbildungsstelle, gegenseitig aufeinander abstimmen.

Das nötige Personal, sowie die Sachkosten für die Bezugsscheinstellen usw., muß die Verwaltung des Generalgouvernements zur Verfügung stellen.

Die Hamburger Kaufleute nehmen auch einen großen Teil der Arbeit ab, wie der Versuch in Tarnow zeigt.

Gewisse Produktionsmittel der Landwirtschaft, wie größere Landmaschinen, Kunstdünger und Hochzuchtsaatgut, haben jetzt noch keine Tauschwirkung, denn die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft wünscht um jeden Preis die Vermehrung der Anwendung dieser Produktionsmittel, weil sie die Voraussetzung für die dauernde Ertragssteigerung darstellen. Erst wenn im Laufe der Zeit Bauern und Großgüter feststellen, daß sie alle mehr erzeugten Agrarprodukte zu dem festgesetzten Preise absetzen können, wird allmählich auch der Tauschwert für diese Produkte wachsen.

Die Gesamtmengen der gewerblichen und industriellen Produkte sind durch Produktionsprogramme, wie bei den meisten Produkten bereits vorhanden, allmonatlich festzulegen und zu verteilen.

Für die Erfassung handwerklicher Produkte werden gegebenenfalls Nahrungsmittelbezugsscheine ausgegeben.

Ernährungsplan 1940/41.

Teil IV

Lageraktion und Finanzierung
der Getreide-Erfassung und Vorratshaltung.

Lageraktion:

Entsprechend der Eier-Einlagerungsaktion ist es notwendig, für die zur Winterversorgung der Versorgungsberechtigten erfaßten Mengen L a g e r r ä u m e in großem Umfange zu beschaffen. In erster Linie kommen die Lagerräume für Getreide, Ölsaaten, Saatgut usw. in Frage. Auf Grund der Feststellungen der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft ist ein Einlagerungsprogramm aufgestellt worden. Danach sind alle größeren Lagerräume über 1.000 to Lagermöglichkeit der zentralen Weisung der Landwirtschaftlichen Zentralstelle unterstellt. Die Hälfte des gesamten, etwa 100.000 to umfassenden Großlagerraumes ist einwandfrei. Die andere Hälfte muß durch Aufwendungen in Höhe von 3-4 Millionen Zloty, die bei der Abteilung Finanzen angefordert werden, in Ordnung gebracht werden.

Ein Speicher-Neubau-Programm wird ebenfalls vorbereitet und sieht den Bau von 32.000 to Speicherraum mit einer Gesamt-Bausumme von 8-10 Millionen Zloty vor.

Über diese zentral zu bewirtschaftenden sogenannten Ausgleichslager verfügt ausschließlich die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Amt des Generalgouverneurs durch die Landwirtschaftliche Zentralstelle. Alle diese Speicher sind für die Getreidewirtschaft beschlagnahmt.

Darüber hinaus haben nun die Abteilungen Ernährung und Landwirtschaft in den Distrikten Anweisung erhalten, die kleineren Lagerräume kreisweise zu erfassen, zu beschlagnahmen und in Ordnung zu bringen. Die Kreishauptleute und Stadthauptleute werden verpflichtet werden, auf ihre Kosten weitere Lagerräume behelfsmäßig herzustellen.

Die Lagerungs-Kostenfrage wird noch mit den Abteilungen Finanzen und Innere Verwaltung besprochen.

Da die Großgüter über 50 ha bezüglich der Ablieferung sowie unseren Weisungen unterliegen, werden bestimmte Getreidemengen auf diesen Großgütern erst ausgedroschen werden, wenn die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft entsprechende Weisung erteilt. Die Güter werden dafür bestimmte Lagerprämien, die dem Schwund und Zinsverlust entsprechen, erhalten.

Finanzierung der Getreide-Erfassung und Vorratshaltung.

Mit der Banken-Aufsichtsstelle sind bereits Verhandlungen über die Bildung eines Bankenkonsortiums zur Finanzierung des Getreideaufkaufs eingeleitet. Die Kreisgenossenschaften werden entsprechende Kreditkontingente zugeteilt erhalten.

Teil V

Sonstige Notwendigkeiten
zur Durchführung des Ernährungsplanes 1940/41.

a) Preisfestsetzung für gewerbliche Produkte.

Die Preisfestsetzung für die gewerblichen Waren und Produktionsmittel der Landwirtschaft muß nunmehr entsprechend den von der Abteilung Preisbildung aufgestellten Richtlinien beschleunigt durchgeführt werden, damit die Bezugsscheinberechtigten nicht im Verhältnis zu den Agrarproduktenpreisen über-
teuert werden. Wenn die Waren auch nur in beschränktem Umfange zur Verfügung stehen, so müssen sie doch wenigstens zu den festgesetzten Agrarpreisen im richtigen Verhältnis stehen. Auch die Preise für Monopolartikel müssen in dieses Verhältnis eingepaßt werden. Das gleiche gilt für Frachten.

b) Preisüberwachung.

Da noch immer ein Teil industrielle Waren und Nahrungsmittel nicht der Erfassung unterliegen, muß die gesamte Preisgestaltung der Agrarprodukte, insbesondere bei der Abgabe an den Verbraucher, genauestens und mit geschultem Personal überwacht werden. Ohne Preisüberwachung wird auch der Wucher und der Schleichhandel nicht wirksam bekämpft werden können. Zur Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels müssen ganz besonders radikale Maßnahmen ergriffen werden. Das Einsperren der Juden in eingezäunte Ghettos scheint dabei nur eine Methode zu sein, die allerdings den Nachteil für uns hat, daß wir diese Ghettos dann mit Nahrungsmitteln versorgen müssen. Besser ist es, die Arbeitspflicht für die Juden straff durchzuführen und nunmehr auch Barackenlager zu errichten, denn die Arbeiten in der Nähe der Städte werden bald beendet sein. Die Abteilung Forsten wird in dieser Frage nachgeben müssen, zumal das Deutsche Reich jetzt ja durch Holzlieferungen aus Norwegen entlastet wird.

Außerdem werden den Juden die Waren, die sie noch haben und mit denen sie schieben können, weggenommen und den Bezugsscheinstellen und Großhandelsfirmen übergeben.

Böswillige Juden müßten, wie ein Kreishauptmann vorschlug,

in ein Konzentrationslager gesperrt werden, wo sie meinetwegen Ziegel streichen können. - Man hätte mit diesen Methoden gemeinsam wohl den größten Erfolg.

e) Einsatz von Sonderdienst, Polizei und SS.

Bei den Kreishauptleuten müssen, falls die geplanten Erfassungsmaßnahmen für das eine oder andere Produkt nicht zu dem gewünschten Erfolg führen, der Sonderdienst sowie Polizei und SS zur Verfügung stehen, damit gegebenenfalls die Durchführung der Verordnungen erzwungen und exemplarische Bestrafungen umgehend erfolgen können. Das gleiche gilt für Verkehrskontrollen, die jedoch nicht soweit führen dürfen, daß sich niemand mehr traut, Produkte abzuliefern.

f) Löhne und Versorgung der A- und B-Betriebe.

Immer wieder muß festgestellt werden, daß die Löhne hier und da nicht festgehalten werden. Damit wird selbstverständlich das ganze Preis- und Währungsgebäude erschüttert. Viele versorgungsberechtigte Betriebe benützen die Belieferung mit Lebensmitteln dazu, ihren Arbeitern indirekte Lohnerhöhungen zu gewähren bzw. Arbeiter damit zu werben. Die Verschiebung der Lebensmittel, die die Betriebe ihren Arbeitern mit nachhause geben, bietet die Möglichkeit, Wucherpreise dafür zu erhalten. Derartige Vorkommnisse müssen auf jeden Fall durch Errichtung von Werkskantinen abgestellt werden.

g) Lastautobeschaffung.

Bei den schlechten Verkehrsverhältnissen im Generalgouvernement ist ein geordneter Abtransport der erfaßten Ware an die vorbereiteten Lagerstätten, eine geordnete Verpflegung der Rüstungsarbeiter usw. nur möglich, wenn jeder Kreisgenossenschaft mindestens 2 Lastwagen, den Abteilungen Ernährung und Landwirtschaft in den Distrikten aber eine Fuhrkolonne von je 10 Lastwagen, zur Verfügung stehen. Diese Lastwagen sind auch nötig, um die bezugsscheinberechtigten Waren an die Ausgabestellen zu transportieren.

Disziplin der deutschen Dienststellen und Formationen.

Wie bereits ausgeführt, ist die Versorgung des Generalgouvernements mit Lebensmitteln eine Aufgabe, die nur nach zentralen Weisungen und unter strengster Disziplin der nachgeordneten Dienststellen durchgeführt werden kann. Es ist daher nicht angängig, daß mittlere und untere Behörden die gegebenen Weisungen inhibieren oder ändern. Dies muß im Gegenteil zu einem Autoritätsverschleiß führen, der für den Generalgouverneur und seine verantwortlichen Abteilungsleiter nicht tragbar ist.

Es ist z.B. bei der Eier-Zucker-Tauschaktion vorgekommen, daß Kreishauptleute die angeordneten Tauschsätze nicht eingehalten und sich dadurch Zuckerreserven geschafft haben. Beispiele dieser Art ließen sich in beliebiger Zahl vermehren.

Solche besonderen Maßnahmen waren sicher bis jetzt oft nötig, müssen aber nunmehr einer geordneten Wirtschaft weichen.

Ebenso müssen die Absperrungen der Kreise gegeneinander strengstens untersagt werden, weil das völlig unorganisch ist und unnütze Kräfte bindet. Wenn in Zukunft jeder Kreishauptmann die für seine Versorgungsberechtigten benötigten Mengen an Agrarprodukten bekommt, die ihm zustehen, muß er dann auch der höheren Weisung folgen, die besagt, daß wir nicht verpflichtet sind, alle Menschen im Generalgouvernement von Staats wegen zu versorgen.

Ernährungsplan 1940/41.

Teil VI

Zusammenfassung.

Zum Schluß muß nochmals betont werden, daß dieser Plan nicht die Absicht hat, anderen Abteilungen ihre Arbeit völlig zu durchkreuzen, sondern daß im Gegenteil dieser Plan mit einer Reihe von Abteilungen besprochen ist und sich weitestgehend mit deren eigenen Gedanken und Plänen deckt. Der Plan kann nur gelingen, wenn ein einheitliches Zusammenwirken aller beteiligten Abteilungen, ausgerichtet auf das Hauptproblem der Erfassung der agrarischen Produkte, gewährleistet ist.

Folgende Maßnahmen sind also für das Versorgungsjahr 1940/41 zu veranlassen:

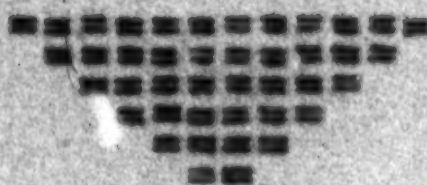
- 1.) Die vorgeschlagenen Erfassungsmaßnahmen für Eier, Zucker, Milch, Butter, Fett, Ölsaaten, werden durchgeführt; ebenso die Produktionspläne für die be- und verarbeitenden Industrien.
- 2.) Für Getreide, Vieh, Wolle, Flachs, Hanf, Seide und sonstige Agrarprodukte wird neben den geplanten Erfassungsmaßnahmen die Ablieferung gegen Bezugsschein auf gewerbliche und industrielle Produkte sowie Monopolartikel durchgeführt. Das Landvolk erhält denjenigen Prozentsatz der Gesamt-erzeugung dieser Produkte, der seinem Bevölkerungsanteil entspricht.
- 3.) Die geplante Lageraktion wird wie vorgeschlagen durchgeführt. Die Stadthauptleute und Kreishauptleute haben entsprechende Lagerräume behelfsmäßig herzustellen.
- 4.) Bezugsscheinstellen werden eingerichtet. Das erforderliche Personal für die Bezugsscheinstellen bei den Kreishauptleuten wird sofort eingestellt und in einer gemeinsamen Schulung durch die in Frage kommenden Abteilungen ausgerichtet.

- 5.) Alle für den Tausch vorgesehenen gewerblichen und industriellen Produkte und Erzeugnisse der Monopole werden ab sofort in der Ausgabe nur gegen Gold gesperrt und dann nur noch gegen Bezugsschein verausgabt. Die Gesamtproduktionsmengen aller Produkte werden auf die Kreishauptmannschaften und Städte, Werkskonsumvereine usw., entsprechend dem Bevölkerungsanteil und der Zahl der Versorgungsberechtigten, verteilt. Der Verkauf an Kleinhändler und Einzelpersonen wird den Industrien untersagt. Lieferung erfolgt nur noch an bezugsscheinpflichtige Großhändler.
- 6.) Noch nicht bewirtschaftete gewerbliche und industrielle Produkte werden allmählich erfaßt, besonders durch Zusammenschluß und Ablieferungsverpflichtung der Handwerker.
- 7.) Die Preise für die bezugsscheinpflichtigen Waren von Monopol und Wirtschaft werden entsprechend der Festsetzung der Agrarpreise festgelegt.
- 8.) In allen Städten werden Maßnahmen für die Beschäftigung der Juden ergriffen, Arbeitslager, Konzentrationslager und Ghettos eingerichtet, damit die Juden sich nicht frei bewegen können. Alle sonstigen Maßnahmen gegen Schieber, Wucherer und Preistreiber sind durch Ausbau der Preisüberwachungs-Organisation zu gewährleisten.
- 9.) Sonderdienst, Polizei, Gendarmerie, SS und Wehrmacht stehen als Exekutiv-Organ und zur Brechung von Widerstand bei der Erfassung der Waren den Kreishauptleuten zur Verfügung. Übergriffe, auch von Reichsdeutschen, müssen aufs strengste untersagt werden. Verkehrskontrollen müssen durchgeführt werden.
- 10.) 80 - 100 Lastautos und der dazugehörige Betriebsstoff müssen unter allen Umständen bereitgestellt werden. Die Benzinfrage wird allmählich das Hauptproblem für unsere Arbeit im Generalgouvernement überhaupt. Die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft kann ihre Aufgabe niemals im Büro erfüllen, sondern sie muß auf jeden Fall hinausfahren.

- 11.) Eine genaue Feststellung der Einwohnerzahlen der 9 großen Städte und der Kreisstädte des Generalgouvernements muß erfolgen, da sonst eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel niemals möglich wird.
- 12.) Die Reichsbahn stellt wie bisher bevorzugt Waggon zur Verfügung, wobei allerdings die Sicherheitsfrage auf jeden Fall positiv gelöst werden muß.

Dieser Plan mag radikal klingen. Aber ich stelle fest, daß dies keine Theorie ist, sondern alle Maßnahmen sind dank der Unterstützung der Herren Distriktschefs und einzelner Kreishauptleute, dank der Dienststelle für den Vierjahresplan und dank der Arbeit meiner Abteilungsleiter Ernährung und Landwirtschaft in den Distrikten und meiner Mitarbeiter in der hiesigen Abteilung ausprobiert, gewogen und für recht befunden.

Es gibt außer dieser vorgeschlagenen Methode dann nur noch einen Weg: Es ist der Weg der rohen Gewalt, der aber die Lust, mehr zu erzeugen, völlig erschlägt. Wir würden dann zum letzten Male eine freudige Mitarbeit des polnischen Landvolkes, wie sie bei der Frühjahrsbestellung vorhanden war, erlebt haben,



Amt des Generalgouverneurs
die besetzten polnischen Gebiete
Abteilung Preisbildung

Krakau, den 14. Juni 1940.
Kossakaplatz 3
Fernruf 123 70.

Tgb.Nr. I/8-975.

No 10

Die Preisbildung im Generalgouvernement

(Auszug aus dem Vortrag von Oberregierungsrat Dr.
Schulte-Wissermann in der Sitzung am 6./7. Juni 1940).

Die mit Beginn des Krieges einsetzende Aufwärtsentwicklung der Preise hat sich mit kurzen Unterbrechungen bis in das Frühjahr 1940 fortgesetzt und zu einer völligen Zerrüttung geführt, so daß die Preise in den einzelnen Wirtschaftszweigen sowohl wie in den verschiedenen Landesteilen in keiner Weise mehr aufeinander abgestimmt sind. Angesichts des völligen Durcheinanders blieb nur die Möglichkeit einer Lösung durch eine straffe, zentral geleitete Preisbildungsorganisation, deren Grundlage durch die Preisbildungsverordnung vom 12. April 1940 (G.G.P. I S. 131) geschaffen wurde. Mit dieser Verordnung ist auch ein einheitlicher Grundsatz für die Preisbildung aufgestellt (Vorkriegspreis plus unvermeidbare Kostenerhöhungen) und ein Ordnungsstrafrecht für alle Verstöße gegen Preis- und wichtige Bewirtschaftungsvorschriften geschaffen.

Auf der Grundlage dieser Verordnung ist die Preisorganisation in ihren Grundzügen bereits fertiggestellt. Außerdem sind erste preisliche Maßnahmen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft bereits durchgeführt. So sind die Textilhandelsspannen festgelegt und Schritte zur Begrenzung der Tex-

tilfabrikationspreise unternommen. Auch die Handels-
spannen für Schuhe sind festgelegt, eine Regelung
der Schuhfabrikationspreise steht unmittelbar bevor.
Ferner ist eine Rohholz- und eine Schnittholzpreis-
regelung für die nächste Zeit zu erwarten, ebenso
auch eine Regelung der Kohlenpreise und eine Rege-
lung der Preise im Fuhrgewerbe. Diese Maßnahmen wa-
ren möglich, weil auf allen vorgenannten Gebieten
schon weitgehend für eine zweckentsprechende Bewirt-
schaftung Sorge getragen war.

In der Ernährungs- und Landwirtschaft sind Preis-
regelungen auf Grund der Preisbildungsverordnung bis-
her in größerem Umfang unterblieben, da hierfür großen-
teils noch die Voraussetzungen fehlen. Eingehende Prü-
fungen der Abteilung Preisbildung im gesamten General-
gouvernement, zahlreiche Besprechungen mit Dienststel-
len aller Instanzen und vor allem eine unmittelbare
Fühlungnahme mit der Wirtschaft selbst haben die Ab-
teilung Preisbildung zur Aufstellung eines "Allgemei-
nen Versorgungsplanes 1940/41" (vergl. Anlage!) ver-
anlaßt. (In den weiteren Ausführungen wurde der all-
gemeine Versorgungsplan 1940/41 eingehend erläutert).

Der Erfolg der Maßnahmen auf dem Preis- und dem
Versorgungsgebiet hängt in hohem Maße ab von den
Verhältnissen auf anderen Gebieten. Neben der selbst-
verständlichen Voraussetzung einer weitgehenden all-
gemeinen Befriedung ist auch eine Ordnung des Waren-
und Zahlungsverkehrs des Generalgouvernements mit
dem Deutschen Reich und eine straffe Führung der
Zloty-Währung erforderlich. Außerdem muß an eine weit-
gehende Beschränkung der öffentlichen Ausgaben zum
Zwecke einer möglichst geringen Belastung der Wirt-

schaft mit öffentlichen Abgaben gedacht werden. Daneben ist eine möglichst rasche und radikale Lösung des Judenproblems unbedingt geboten.

Da alle vorgeschlagenen Maßnahmen nur Zweck haben, wenn ihre Durchführung kontrolliert werden kann, ist es in Zusammenarbeit mit dem Höheren SS- und Polizeiführer und dem Befehlshaber der Ordnungspolizei gelungen, den Reichsführer SS zu veranlassen, 400 Beamte des Einzeldienstes in das Generalgouvernement abzuordnen. Neben der damit eingetretenen zahlenmäßigen Verstärkung ist eine weitgehende Schulung aller zum Einsatz bereiten Kräfte als Hauptaufgabe in Angriff zu nehmen.

Drei Vorschläge sind daher abschließend dem Herrn Generalgouverneur zu unterbreiten:

- 1.) die möglichst schnelle Aufstellung und Bekanntgabe eines einheitlichen Versorgungsplanes,
- 2.) die Abwehr aller die Ausführung dieses Planes störenden Einflüsse und
- 3.) die stärkste personelle und materielle Konzentration aller Kräfte auf die Durchführung des Planes.

gez. Dr. Schulte-Wissermann
Oberregierungsrat

Beglaubigt:


Reg. Insp.

Abteilung Preisbildung
II/101-629

K r a k a u, den 28. Mai 1940
Kossakaplatz 3
Fernruf 123-81

Plan zur Versorgung des Generalgouvernements Polen mit den wichtigsten Bedarfsgegenständen zu angemessenen Preisen für das Wirtschaftsjahr 1940/41.

(Allgemeiner Versorgungsplan 1940/41)

Die Versorgung der deutschen militärischen und zivilen Besatzung und der Bevölkerung des Generalgouvernements mit den wichtigsten Gegenständen des täglichen Bedarfs zu angemessenen Preisen hat schon von den ersten Tagen des Krieges an die Verwaltungsarbeit im Generalgouvernement überschattet und sich in den Winter- und Frühjahrsmonaten zu einem überragenden Probleme der Gesamtverwaltung entwickelt. Da das Grundübel, der Mangel an Erzeugnissen, voraussichtlich erst in jahrelanger Arbeit beseitigt werden kann, muss in der Zwischenzeit mit dem Vorhandenen so haushälterisch wie nur möglich umgegangen werden. Dieser Notwendigkeit kann in vollem Umfange nur Rechnung getragen werden, wenn die Vorräte und die laufend anfallenden Erzeugnisse einer staatlichen Lenkung unterworfen werden, die böswillige oder eigensüchtige Elemente an einem unwirtschaftlichen Verbrauch hindert und für eine gerechte Verteilung sorgt. So sehr hierbei darauf Rücksicht zu nehmen ist, dass die für die Lenkung erforderlichen staatlichen Massnahmen sich nur auf das Allernotwendigste beschränken, so darf doch nicht übersehen werden, dass das Ziel der notdürftigsten Versorgung nur erreicht werden kann, wenn die staatlichen Massnahmen alle wichtigen Gebiete erfassen und sowohl von vornherein wie auch während ihrer Abwicklung immer wieder aufeinander abgestimmt werden.

H i e r z u b e d a r f s s e i n e s P l a n e s, d e r d i e n o t w e n d i g e n M a s s n a h m e n a u f z e i g t u n d f ü r a l l e a n d e r D u r c h f ü h r u n g b e t e i l i g t e n D i e n s t s t e l l e n v e r b i n d l i c h i s t ./.
ist ./.

:

ist. Der Sinn des Planes besteht darin, alle Erzeugnisse, die für die Lebenshaltung besonders wichtig sind, an ihrer Erzeugungsstätte oder unmittelbar hinter ihr unter staatliche Aufsicht zu nehmen (Erfassung) und die Verteilung der Erzeugnisse, gegebenenfalls bis zum letzten Verbraucher, einer staatlichen Kontrolle zu unterwerfen (Rationierung).

Für die Erfassung und Rationierung kommen sowohl Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft wie der gewerblichen Wirtschaft in Betracht. Nichtsdestoweniger werden die Massnahmen zur Erfassung und Rationierung auf beiden Wirtschaftsgebieten sehr verschieden sein.

A. Erfassung.

I. Ernährungs- und Landwirtschaft.

In der Ernährungs- und Landwirtschaft müssen folgende Erzeugnisse einer staatlichen Bewirtschaftung (Erfassung und Rationierung) unterworfen werden:

Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Vieh, Milch
Eier, Geflügel und alle Weiterverarbeitungsprodukte aus diesen Erzeugnissen.

Zur Erfassung dieser Erzeugnisse bedarf es einer Reihe von Massnahmen:

1.) Ablieferungssoll:

Die Erzeuger müssen verpflichtet werden, diese Erzeugnisse nur noch an bestimmte Stellen abzuliefern. Zu diesem Zweck müssen die landwirtschaftlichen Betriebe rechtzeitig, d.h. bei pflanzlichen Erzeugnissen mindestens 4 Wochen vor Beginn der Ernte, bei tierischen Erzeugnissen möglichst sofort, wissen, wieviel Erzeugnisse an welche Ablieferungsstellen und in welchen Ablieferungszeiten sie zu liefern haben. Da insbesondere die Bestimmung der Menge der abzuliefernden Erzeugnisse (Ablieferungssoll) Schwierigkeiten bereitet, muss zwischen Grossbetrieben

(Betriebe ./.).

(Betriebe überha) und mittleren und kleinen Betrieben (Betriebe unter..... ha) unterschieden werden. Bei Grossbetrieben wird jedem einzelnen Betrieb das Ablieferungssoll im einzelnen mitgeteilt. Für die mittleren und kleinen Betriebe wird das Gesamtablieferungsoll dem jeweiligen Woid mit der Auflage übermittelt, die einzelnen in seinem Verwaltungsbezirk gelegenen Betriebe dazu anzuhalten, das Gesamtablieferungsoll zu erfüllen. Der Umfang des Ablieferungsolls muss so bemessen werden, dass jeder Betrieb alles abzugeben hat, was er nicht für seinen eigenen Bedarf einschließlich der Deputate benötigt. Soweit dabei genaue Zahlen über das voraussichtliche Ablieferungsoll nicht vorliegen, muss das Ablieferungsoll im Wege einer überschläglichen Schätzung ermittelt werden, wobei jedoch in Zweifelsfällen eher etwas höher als zu niedrig zu schätzen ist. Die überschlägliche Schätzung ist einer zeitraubenden genauen Ermittlung deswegen vorzuziehen, weil alles darauf ankommt, den landwirtschaftlichen Erzeuger so rechtzeitig wie nur möglich zur Ablieferung zu verpflichten, da sonst die Gefahr der Abwanderung grosser Mengen von Erzeugnissen in den unkontrollierten Handel besteht.

Die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist am vordringlichsten in denjenigen Gebieten, die mehr als ihren eigenen Bedarf erzeugen (Überschussgebiete). Hier muss daher die Erfassung bindend angeordnet werden. Aber auch in denjenigen Gebieten, deren Erzeugung gerade für den eigenen Bedarf ausreicht (Eigenversorgungsgebiete) oder die weniger als ihren eigenen Bedarf erzeugen (Zuschussgebiete), wird die Erfassung der eigenen Erzeugnisse im Interesse einer gerechten Verteilung unter Umständen zweckmässig sein. Es ist daher den Distriktschefs (Abteilung Ernährung und Landwirtschaft) und den Kreishauptmännern anheimzustellen, je nach Lage der Verhältnisse die Erfassung einzelner oder aller der Bewirtschaftung unterliegenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse auch dann anzuordnen, wenn der infrage kommende Bezirk nicht als Überschussgebiet anzusprechen^{ist}. Um aber die Zuschussgebiete und Eigenversorgungsgebiete von vornherein wissen zu lassen, in welchem Umfang sie für ihren Bedarf selbst zu sorgen haben, wird man auch für diese Gebiete ein Aufbringungssoll feststellen müssen, ohne aber die tatsächliche Aufbringung des Solls bindend vorzuschreiben ./.

schreiben.

2.) Preise.

Da die Anordnung über die Ablieferung der der Bewirtschaftung unterliegenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse überwiegend freiwillig erfolgen muss, wenn sie überhaupt praktisch durchführbar sein soll, wird alles darauf ankommen, dem Erzeuger wenigstens soviel Anreiz zur freiwilligen Ablieferung seiner Erzeugnisse zu bieten, wie unter Berücksichtigung aller anderen wirtschaftlichen Verhältnisse möglich ist. Hierzu gehört vor allem die Festsetzung eines Preises, der das vor dem Beginn dieses Krieges bestehende Missverhältnis zwischen den Preisen der gewerblichen Wirtschaft und der Ernährungs- und Landwirtschaft beseitigt d.h. den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse ein verhältnismässig stärkeres Steigen gestattet als den Preisen für gewerbliche Erzeugnisse und das seit Kriegsbeginn völlig durcheinander gewirbelte Preisgefüge wieder in Ordnung bringt. Es wird erforderlich sein, unter diesen Gesichtspunkten sämtliche bereits bestehende amtliche Preise einer umgehenden Prüfung zu unterziehen und sie, soweit erforderlich, abzuändern oder zu ergänzen. Allerdings wird mindestens in der ersten Zeit auch dafür Sorge getragen werden müssen, dass die amtliche Preisfestsetzung eine gewisse Beweglichkeit behält. Die Preisfestsetzungen werden daher nicht stets in der Form von im Verordnungsblatt des Generalgouverneurs zu veröffentlichen den Anordnungen erfolgen können. Es wird sich häufig als notwendig erweisen, die Anordnungen lediglich in der Presse oder gar nur durch eine Anweisung an bestimmte Stellen bekanntzumachen.

3.) Tauschsystem :

Einer der wesentlichsten Gründe für die augenblicklichen Versorgungsstörungen ist darin zu erblicken, dass der landwirtschaftliche Erzeuger, wenigstens zur Zeit, seine Erzeugnisse ungern gegen Geld abliefern, weil er häufig nicht in der Lage ist, mit dem empfangenen Betrag sich diejenigen Gegenstände zu erwerben, deren er in seiner eigenen Wirtschaft bedarf. Es wird daher grosser Wert darauf gelegt werden müssen, dem freiwillig abliefernden Erzeuger Gelegenheit zu geben, alle möglichen Bedarfsgegenstände zu angemessenen Preisen zu beziehen. Zu den wichtigsten Gegenständen dieser Art gehören:

-Schuhe ./.

Sehne und Leder, Textilwaren, Kohle, Brennholz, Salz, Petroleum, Branntwein, Tabakwaren, Zucker, Zement, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Düngemittel und Saatgut.

Diese Erzeugnisse müssen entweder bei derjenigen Stelle, bei der der landwirtschaftliche Erzeuger seine Produkte abzuliefern hat, zur Verfügung stehen, oder aber es muss ihm bei Ablieferung seiner Erzeugnisse eine schriftliche Bezugsberechtigung für bestimmte Erzeugnisse ausgehändigt werden, von der er bei einer möglichst nahe gelegenen Bezugsquelle Gebrauch machen kann. Ein Teil der vorgenannten Tauscherzeugnisse (vielleicht aber auch von Erzeugnissen ganz anderer Art) wird durch Bezug aus dem Deutschen Reich erhältlich sein. Andere Erzeugnisse werden die Monopol- und die Forstverwaltungen zur Verfügung stellen können. Der Rest von Tauscherzeugnissen muss durch Bewirtschaftung auch dieser Erzeugnisse (vergl. unter II) sichergestellt werden. Der Bezug der Tauscherzeugnisse muss dem landwirtschaftlichen Erzeuger möglichst bequem, und seine grossen Vorteile müssen durch eine geeignete Propaganda weitgehendst bekanntgemacht werden. Die Handhabung des Tauschsystems muss sehr beweglich gestaltet werden, d.h. es muss dem Kreishauptmann innerhalb eines grossen Rahmens überlassen bleiben, wieviel Tauscherzeugnisse er für eine bestimmte Menge ablieferungspflichtiger Ware zur Verfügung stellt. Da die Tauscherzeugnisse vielfach noch knapper sind, als die ablieferungspflichtigen Erzeugnisse, wird es völlig verfehlt sein, mit den Tauscherzeugnissen irgendwie verschwenderisch umzugehen. Vielmehr müssen bei ihrer Freigabe 2 Gesichtspunkte fortgesetzt im Auge behalten werden: 1.) der Ablieferer soll grundsätzlich nicht mehr an Tauscherzeugnissen erhalten, als er in seiner eigenen Wirtschaft verwenden kann, und 2.) der Ablieferer soll an den Tausch nicht gewöhnt, sondern nach und nach wieder dazu gebracht werden, seine Erzeugnisse gegen Geld abzuliefern. Ein Teil des gegenwertes seiner Erzeugnisse soll ihm also grundsätzlich in Geld gewährt werden. Im übrigen wäre zu bemerken, dass es sich ja auch bei dem vorgesehenen System gar nicht um ein "Tausch"-System im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern um ein normales "Verkaufs"-System verbunden mit dem Erwerb einer Bezugsberechtigung, von der wiederum durch "Kauf"

Gebrauch ./.

Gebrauch gemacht wird.

4.) Strafandrohung:

Um die ländliche Bevölkerung von vornherein darauf aufmerksam zu machen, dass die Durchführung des Versorgungsplans mit aller Energie verfolgt werden wird und infolgedessen die Nachteile, welche demjenigen drohen, der sich dem Plan nicht fügt, viel grösser sein werden, als die Vorteile, welche möglicherweise im Schleichhandel winken, muss bei der Mitteilung des Ablieferungssolls darauf hingewiesen werden, dass schwerste Strafen demjenigen drohen, der sein Ablieferungssoll nicht erfüllt. Es wird zweckmässig sein, von vornherein auch die Höhe der drohenden Strafe mitzuteilen, die man allgemein wohl mit dem zehnfachen Wert des nicht gelieferten Ablieferungssolls begrenzen kann. Bei mittleren und kleinen Betrieben, für die dem zuständigen Woid lediglich ein Gesamtablieferungssoll angegeben wird, muss darauf hingewiesen werden, dass im Falle der Nichterfüllung des Ablieferungssolls die Gesamtheit aller in Betracht kommenden Betriebe (gemäss § 6, Abs. 4 der Preisbildungsverordnung vom 12. April 1940) mit einer Ordnungsstrafe in Höhe des zehnfachen Wertes des nicht abgelieferten Ablieferungssolls belegt wird.

5.) Ablieferungsstellen:

Mit der Ablieferung der bewirtschafteten Erzeugnisse bei bestimmten Ablieferungsstellen treten diese an die Stelle des freien Handels, d.h. einer Vielzahl von kleineren und grösseren Händlern. Es ergibt sich daher die Frage, ob bei den Ablieferungsstellen genügend grosse und geeignete Lager bestehen und ob die Ablieferungsstellen in jeder Hinsicht die nötige materielle und personelle Ausstattung besitzen, um ihre neue Aufgabe bewältigen zu können. Bei der Prüfung dieser Frage ist, soweit die Lager in Betracht kommen, davon auszugehen, dass grundsätzlich alle ablieferungs-pflichtigen Erzeugnisse, mindestens vorübergehend, auf Lager genommen werden müssen. Nur dort, wo wirklich sichere Aufbewahrungsmöglichkeiten beim landwirtschaftlichen Erzeuger selbst bestehen, kann eine Einlagerung beim landwirtschaftlichen Erzeuger gestattet werden, nachdem Art, Menge und Qualität des Erzeugnisses genau festgestellt sind und der Erzeuger über seine Verpflichtung zur ordnungsgemässen Überwachung und Pflege der Erzeugnisse unter Strafandrohung schriftlich belehrt worden ist.

6. Transportwesen: ./.

6.) Transportwesen:

Die gleichen Gründe, welche für eine besondere Beachtung und einen weitgehenden Ausbau des Lagerwesens sprechen, bedingen auch eine sorgsame Prüfung der Transportverhältnisse. Hierbei ist davon auszugehen, daß in weitgehendem Umfang die Transportmöglichkeiten auf der Eisenbahn ausgenutzt werden müssen. Wo diese aber nicht ausreichen, muß das private Transportgewerbe, gegebenenfalls unter Einbeziehung des bäuerlichen Fuhrwerks, als Ersatz einspringen. Die Abteilung Wirtschaft ist bemüht, einen Zusammenschluß des privaten Transportgewerbes, zunächst probeweise im Distrikt Krakau, später gegebenenfalls auch in den anderen Distrikten herbeizuführen. Daneben werden überall dort, wo es erforderlich erscheint, auch örtliche Organisationen ins Leben gerufen werden müssen. Auf die Verordnung über die Verpflichtung der Fuhrhalter und bäuerlichen Fuhrwerksbesitzer zu Gespanndiensten vom 23. Januar 1940 (J.G.P.IS.16) und die Erste Durchführungsvorschrift zur Verordnung vom 23.I.40 vom 24.I.40 (G.G.P.IIS.63) in der Fassung des § 9 Buchst. c) und d) der Verordnung über die Preisbildung im Generalgouvernement vom 12.IV.40 (G.G.P.IS.131) wird verwiesen.

II. Gewerbliche Wirtschaft.

Aus dem Bereich der gewerblichen Wirtschaft werden der Bewirtschaftung nach diesem Plan folgende Erzeugnisse unterworfen:

Schuhe und Leder, Textilwaren, Seife und Kohle.

Die Bewirtschaftung sämtlicher genannter Erzeugnisse im Sinne des Plans ist bereits in die Wege geleitet. Es kann daher von weiteren Erörterungen an dieser Stelle Abstand genommen werden. Im übrigen wird es hier darauf ankommen, die Maßnahmen soweit zu fördern, daß ein möglichst großer Anteil der genannten Erzeugnisse als Tauschware für die landwirtschaftlichen Erzeuger zur Verfügung steht. Dabei werden sich die zur Bewirtschaftung dieser Erzeugnisse zuständigen Stellen in weitem Umfange derjenigen Stellen bedienen müssen, die zur Annahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse eingerichtet sind. Bei der Abgabe von Tauscherzeugnissen an den landwirtschaftlichen Erzeuger muß, wie bereits unter A I 3 erwähnt, größter Wert darauf gelegt werden, daß dem landwirtschaftlichen ./.

wirtschaftlichen Erzeuger nicht mehr an Tauscherzeugnissen ausgehändigt wird, als er in der eigenen Wirtschaft verwenden kann, da er sonst gezwungen wird, diejenigen Tauscherzeugnisse, die er nicht selbst benötigt, weiterzuveräußern, was im Zweifel nur dazu beiträgt, dem Schleichhandel weitere Ware in die Hand zu spielen.

B. Rationierung.

Neben die möglichst weitgehende Erfassung aller wichtigen Erzeugnisse muss eine ebenso genaue Rationierung des Verbrauchs treten. Es versteht sich von selbst, dass angesichts der Schwierigkeit der Verhältnisse, insbesondere auf dem flachen Lande, eine Rationierung nicht für sämtliche Einwohner des Generalgouvernements in Betracht kommt. Notwendig aber ist die Rationierung für die deutsche militärische und zivile Besatzung und für diejenigen Teile der Bevölkerung, die eines besonderen Schutzes bedürfen. Zu den letzteren gehören die Volksdeutschen, die Rüstungsarbeiter, die Arbeiter in den lebenswichtigen Betrieben und die Einwohner der Städte Warschau, Krakau, Radom, Lublin, Tschenschau, Tarnow und Chelm. Diese Personenkreise müssen alsbald namentlich und zahlenmässig erfasst und mit Bezugsausweisen versehen werden. Die Versorgung dieser Personenkreise erfolgt mit denjenigen Erzeugnissen, die amtlich erfasst worden sind. Die Belieferung anderer Personenkreise, insbesondere weiterer Gemeinden, mit den erfassten Erzeugnissen muss neben einer allgemeinen Prüfung des Bedürfnisses für die Notwendigkeit einer solchen Belieferung auch davon abhängig gemacht werden, dass für den Personenkreis oder die Gemeinde eine Rationierung nach namentlicher und zahlenmässiger Erfassung des Personenkreises eingeführt worden ist. Es versteht sich von selbst, dass die Rationierung im Generalgouvernement nicht in der gleichen Weise wie im Reich erfolgen muss. Vielfach werden die örtlichen Verhältnisse die denkbar einfachste Form der Rationierung vorschreiben. Für einzelne Erzeugnisse (z.B. Textilien) ist bereits das Bezugsscheinsystem angeordnet, für andere Erzeugnisse haben die Kreishauptmänner aus eigenem Antrieb bereits ein vereinfachtes Kartensystem eingeführt. Beide Methoden scheinen sich zu bewähren.

C. Kontrollen

C Kontrollen.

I. Verkehrskontrollen:

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß vor allem der mittlere und kleinere landwirtschaftliche Erzeuger seiner Verpflichtung nicht oder doch nicht in vollem Umfange nachkommen will, da die amtlichen Preise beträchtlich unter den Schleichhandelspreisen liegen werden und der verhältnismäßig geringe Preis auch nicht durch die Möglichkeit, billige Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft zu erstehen, voll wett gemacht werden kann. Überdies wird der berufsmäßige Schleichhandel mit allen Mitteln versuchen, sich eine möglichst große Menge an bewirtschafteten Waren zu verschaffen. Es wird daher unbedingt erforderlich sein, alles aufzubieten, um wenigstens soweit wie irgend möglich den Abzug der Waren in den Schleichhandel zu verhindern. Dies ist am besten durch eine möglichst genaue Kontrolle des Verkehrswesens möglich.

Soweit der Straßenverkehr in Betracht kommt, wird aber eine wirksame Beaufsichtigung nur möglich sein, wenn der Straßenverkehr selbst einer gewissen Ordnung unterworfen wird. Als sehr zweckmäßig haben sich in dieser Hinsicht erwiesen: ein Verbot des Straßenverkehrs über die Grenzen eines bestimmten Bezirks hinaus in Verbindung mit der Erteilung besonderer Passierscheine in allen unbedenklichen Fällen und einer Beschränkung des Straßenverkehrs innerhalb des Bezirks auf gewisse Marktzeiten. Diese Maßnahmen dürfen sich selbstverständlich nur auf den Transport von Erzeugnissen erstrecken, die der Bewirtschaftung unterliegen. Um diese Maßnahmen nur dort zur Anwendung zu bringen, wo sie unbedingt erforderlich sind, werden sie bindend nur für folgende Landkreise vorgeschrieben:

Warschau, Radzymin, Miesk, Garwolin, Grojec,
Elonie, Sochaczew,
Krakau, Miechow, Tarnow, Neusandez, Neumarkt,
Tschienstochau.

Soweit der Transport auf der Eisenbahn in Betracht kommt, ist erforderlich, daß die Ostbahn Eisenbahnwagen zum Transport von der Bewirtschaftung unterliegenden Erzeugnissen nur zu Verfügung

stellt ./.

stellt und Stückgüter nur befördert, wenn der Kreishauptmann, in dessen Bezirk die Verladung erfolgen soll, oder aus dessen Bezirk das infrage kommende Erzeugnis stammt, die Unbedenklichkeit der Verladung und des Verladeziels bescheinigt. Eine Abänderung des Verladeziels darf nur mit Genehmigung des gleichen Kreishauptmanns oder der ihm vorgesetzten Dienststellen erfolgen.

II. Preiskontrollen.

Es versteht sich von selbst, dass alle Erzeugnisse, die unter amtlicher Kontrolle gekauft oder verkauft werden, nur zu den amtlichen Preisen gehandelt werden dürfen. Treten aus diesem Grunde Schwierigkeiten auf, so sind diese auf schnellstem Wege an die jeweils zuständigen Stellen, in erster Linie an den Kreishauptmann, in wichtigen Fällen aber an die Preisüberwachungsabteilungen oder an die Preisbildungsabteilung zu melden. Darüber hinaus aber werden alle nur verfügbaren Kräfte aufgeboten werden müssen, um den allenthalben spürbaren Bestrebungen, die amtlichen Preise zu überschreiten, durch sich immer wiederholende Kontrollen entgegenzuwirken. Da ein wesentliches Moment des Erfolges bei dieser Arbeit in der Überraschung liegt, wird von den zuständigen Stellen darauf geachtet werden müssen, dass die Kontrollen in unregelmässigen Abständen und mit immer neuen Methoden erfolgen und dass neben häufigen Kontrollen durch uniformierte Beamte auch immer wieder Prüfungen durch polnisch sprechende, in Zivilkleidung auftretende Personen erfolgen.

D Übergriffe.

So dringend erforderlich ständige Kontrollen durch die zuständigen Stellen sind, so schallig wirken sich die immer wiederkehrenden Übergriffe unzuständiger Stellen aus. Da es sich dabei fast ausnahmslos nicht um solche Übergriffe handelt, die aus der Unkenntnis der eigenen Zuständigkeit und aus einem an sich guten Willen hervorgehen, verdienen diese Übergriffe die allerstrengste Ahndung. Da leider erwartet werden muss, dass diese Übergriffe auch in Zukunft nicht völlig aufhören, muss im Amt des Generalgouverneurs eine Dienststelle eingerichtet oder damit beauftragt werden, Meldungen über Übergriffe entgegenzunehmen, sie ohne Rücksicht auf die Person des Täters zu bearbeiten und nach Aufklärung des Sachverhalts

verhalts dem Herrn Generalgouverneur: Vorschläge über die Bestrafung des Täters zu unterbreiten. Alle Dienststellen, denen derartige Übergriffe bekannt werden, sind verpflichtet, der infrage kommenden Dienststelle von den Übergriffen Meldung zu machen.

E. Ordnung des Waren- und Zahlungsverkehrs mit dem Deutschen Reich und anderen angrenzenden Gebieten.

Der Versorgungsplan 1940/41 gründet sich auf die Auffassung, dass die Bevölkerung des Generalgouvernements mit dem Aufkommen an Erzeugnissen innerhalb der Grenzen des Generalgouvernements und mit den Einnahmen aus der Arbeitskraft der Bevölkerung zu leben imstande ist, wenn die Bevölkerung selbst friedlich ihrer Arbeit nachgeht und die Verwaltung alles tut, um eine Störung dieser friedlichen Arbeit zu verhindern. Im weitesten Sinne gehört hierzu auch eine Ordnung des Waren- und Zahlungsverkehrs des Generalgouvernements mit dem Deutschen Reich und anderen angrenzenden Gebieten. Im Hinblick auf die grossen Gefahren, die die vergangenen Monate deutlich aufgezeigt haben, muss in dieser Hinsicht vor allem das Einströmen neuer Zlotynoten und das Abströmen von Waren ohne materielle Gegenleistung verhindert werden.

F Judenfrage.

Es würde verfehlt sein, einen Versorgungsplan für ein ganzes Wirtschaftsjahr aufzustellen, ohne dabei zu bedenken, dass die Verteilung der Waren im Generalgouvernement vor diesem Kriege und grossenteils bis in die heutige Zeit hinein eine Aufgabe war, deren sich in erster Linie das Judentum bemächtigt hatte. Der Jude wird auch jetzt nicht gewillt sein, seine Stellung als Warenvermittler und als Verdienner aufzugeben. Alle Bestrebungen, ihn mit wirtschaftslenkenden Massnahmen aus dieser Stellung zu verdrängen, werden nur teilweise Erfolg haben. Es ist ausgeschlossen, ohne radikale Massnahmen gegen das Judentum eine Ordnung zu schaffen, die nicht Tag für Tag Gefahr läuft, dank seiner Angriffe völlig in sich zusammenzubrechen. Man muss daher neben das

Verbot

./.

Verbot des jüdischen Handels Massnahmen setzen, die den Juden schon rein Musserlich daran hindern, seinem Gewerbe nachzugehen. Ob man sich dabei entschliesst, den Juden völlig im Ghetto einzuschliessen, wie in Litzmannstadt, oder einen jüdischen Arbeitszwang einzurichten, oder gar beides miteinander zu vereinen, dürfte von den örtlichen Verhältnissen abhängen. In jedem Falle scheint es erforderlich zu sein, auch diese Massnahmen mit grosser Beschleunigung durchzuführen, so dass spätestens gegen Ende des Sommers d. Js. die wesentlichsten Quellen des jüdischen Schleichhandels verstopft sind.

gez. Dr. Schulte Wissermann

Beglaubigt:

Reg. Insp.

Sitzung des Wirtschaftsrates

15. Juni 1940.

1 Original mit 2 Durchschlägen gefertigt.

S i t z u n g

des

Wirtschaftsrates

am 15. Juni 1940, 10 Uhr

1

Sitzung des Wirtschaftsrates am Samstag,
den 15. Juni 1940, vormittags 10 Uhr.

Der Herr Generalgouverneur führt einleitend aus:]

Ich habe Sie heute zusammengebeten, um mit Ihnen über die Gesamtplanung der Wirtschafts-, Ernährungs- und Preispolitik zu sprechen. Ich habe in der großen Sitzung der vorigen Woche erklärt, daß ich noch im Laufe des Monats Juni einen engeren Kreis als Wirtschaftsrat konstituieren wolle, der die Aufgabe habe, eine Art Grundplanung des gesamten Wirtschaftslebens im Generalgouvernement mit Wirkung vom 1. September 1940 ab in Kraft zu setzen.

Es ist klar, daß die Frage der Lohnpolitik, Ernährungs- politik, Preispolitik, des Bezugscheinwesens, des Transportwesens und alle die damit zusammenhängenden Kleinigkeiten von uns überhaupt nur gemeistert werden können, wenn wir auf Grund einer vielmonatigen Erfahrung uns über gewisse Grundlinien autoritär verständigt haben.

Zweck der heutigen Sitzung ist nicht so sehr der Inhalt dieses Wirtschaftsplanes als vielmehr zunächst seine Methode. Der Inhalt soll das letzte sein, was erarbeitet werden soll. Die Methode stelle ich mir wie folgt vor: Ich möchte dieses Wirtschaftsgremium unter meinen unmittelbaren Vorsitz heute konstituieren und möchte zum Generalreferenten den Leiter der Abteilung Wirtschaft, Herrn Dr. Emmerich, berufen. Ich würde Sie bitten, Herr Dr. Emmerich, mit den Herren im Laufe der kommenden Zeit in regelmäßigen Abständen Sitzungen abzuhalten, wobei von vornherein jeweils über die zu behandelnden Punkte eine Verein-

barung getroffen werden soll.

Der Gesamtplan, den wir aufstellen wollen, soll natürlich nicht ein eisernes Schema sein, von dem in gar keinem einzelnen Fall abgewichen werden kann. Er soll sich mit Fragen beschäftigen wie etwa folgende: Sollen Lohnerhöhungen stattfinden oder nicht? Wenn ja, in welchem Rahmen? Sollen die deutschen Bauern hier angesiedelt werden, oder sollen wir den polnischen Großgrundbesitzern ihren Besitz lassen? Solche Fragen sollen systematisch aneinandergereiht werden und auf den verschiedenen Gebieten Klarheit schaffen. Daß das weit über den Rahmen des alten Begriffes Wirtschaft hinausgeht, ist selbstverständlich. Wir leben hier in einem neuen Gebiet, das sich nach neuen Grundsätzen und vor allem mit neuer Zielsetzung aufbaut. Wichtig ist, daß nicht nur von oben her, von der Zentrale, irgendwelche grundsätzlichen Anweisungen gegeben werden, sondern daß aus der Erfahrung des Lebens heraus wesentliche Ergänzungen dieser allgemeinen Grundsätze stattfinden. Das Entscheidende aber ist, daß ich dann alle verantwortlichen Männer des Generalgouvernements ohne Rücksicht auf ihre persönliche oder amtliche Eigenschaft oder ihre ressortmäßige SpezialEinstellung auf diese allgemeine Linie verpflichtet werde.

Ich will Ihnen eine bestimmte Anlaufefrist geben und wir wollen den ganzen Plan in Ruhe ausarbeiten. Wir haben Zeit bis Ende August. Wenn dann die neue Ernte eingebracht ist und wenn die kriegerischen Ereignisse im Westen völlig abgeschlossen sein werden und man grundsätzlich weiß, was aus diesem Gebiet werden wird, dann will ich diesen Gesamtplan erst in Kraft setzen. Aber auch dann, wenn die Entscheidung im Westen noch

nicht

nicht gefallen sein sollte, müssen wir trotzdem zu einer Arbeitsgrundlage kommen. Bis dorthin soll nur das Notwendigste geschehen. Irgendwelche Gesamtplanungen von Einzelstellen haben keinen Wert, denn sie können eines Tages von dem endgültigen Plan überrannt werden.

Freilich wird es nicht möglich sein, alles in diesen Plan hineinzubringen. Es werden viele Fragen der Initiative des einzelnen überlassen bleiben. Aber es muß gelingen, daß wir eine Gemeinschaftslinie herausarbeiten, die uns sagt, wie es mit der Preispolitik, mit der Bekämpfung des Schleichhandels, der Versorgung der Bevölkerung usw. steht.

Ich würde Sie also bitten, Herr Dr. Emmerich, daß Sie sozusagen als mein Chefreferent die Dinge in die Hand nehmen und in verschiedenen Verhandlungen die eine oder andere Frage behandeln, ordnen und durch Ihre Verhandlungsführung zu einem gewissen Ergebnis bringen. Das soll nun nicht bedeuten, daß die Abteilung Wirtschaft bevorrechtigt ist vor den anderen Abteilungen, oder daß sie eine andere Mission hat, die von den anderen abweicht und die sie den anderen Abteilungen überordnet. Den Vorsitz und die Entscheidung in diesem Gremium habe ausschließlich ich. Ich vertraue Sie gewissermaßen nur mit den Funktionen meines technischen Beraters.

Es ist vor allem notwendig, daß wir nun die in der letzten Sitzung gehaltenen Referate durcharbeiten und uns ein Bild darüber machen, wie die Situation von unserem Standpunkt aus aussieht. Wir haben eine ausgeprägte kriegswirtschaftliche Situation und werden sie noch lange Zeit haben. Wenn der Friede eintritt, werden im Reich viele Erleichterungen spürbar werden

aber

aber bis sich das in das Generalgouvernement auswirkt, wird es noch lange dauern. Das weitere Problem, das wir lösen müssen, besteht darin, daß wir zu einer Klarstellung des Verhältnisses zur polnischen Bevölkerung kommen müssen. Wir müssen uns klar werden: sollen wir die gesamte polnische Bevölkerung als völlig enteignet ansehen und bestimmen, daß kein Pole Privateigentum erwerben und vermehren darf, soll der Pole Hausbesitzer und Geschäftsinhaber bleiben und soll er überhaupt noch irgendeine Aktivität auf dem wirtschaftlichen Sektor entfalten können. Wenn wir diese Frage bejahen, kommt sofort die weitere Frage: soll mit dem Treuhänderschlendrian fortgefahren werden, oder soll zu einer Klärung dieses Treuhänderdaseins geschritten werden? Wie soll diese Klärung aussehen? Soll die Treuhänderei völlig beseitigt oder nur mehr unter gewissen Voraussetzungen geduldet werden? Wie soll die Versorgung der polnischen Bevölkerung vor sich gehen? Soll für die polnische Bevölkerung im steigendem Umfang Massenverpflegung zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt oder soll die Versorgung im Einzelhaushalt in den Vordergrund gestellt werden? Wie sollen wir uns verhalten gegenüber all den Fragen, die mit dem Verhältnis von Preis und Lohn zusammenhängen, gerade auch gegenüber der polnischen Bevölkerung? Wie sieht es mit dem jüdischen Handel aus? Sollen die jüdischen Geschäfte bleiben? Alle diese Fragen sollen entschieden werden. Wir können nicht in dem Zwielfelt der Anwendung nationalsozialistischer Rechtsgrundsätze und der Aufrechterhaltung polnischer Rechtsgrundsätze dauernd hin- und herschillern. Hier muß Klarheit geschaffen werden. Wir müssen uns fragen: wie weit können wir gehen in der Anwendung der nationalsozialistischen

sozialistischen Prinzipien gegenüber den Polen und wie weit müssen wir sie in ihrer eigenen Wirtschaft weiter bestehen lassen. Aus der Beuteperiode müssen wir jetzt in eine geregelte Form des Wirtschaftens kommen. Das ist umsomehr notwendig, weil diese Regelung ein wichtiger Bestandteil des Wirtschaftsplanes ist und im Verhältnis zum Reich große Bedeutung besitzt. Auch hier muß gesagt werden: wenn das Reich dauernd nur vom Generalgouvernement verlangt und nichts dafür vergüten will, so wird das einen absoluten Zusammenbruch der geregelten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Reich und Generalgouvernement zur Folge haben. Es wird notwendig sein, daß man vom Reich mit dem Beutecharakter Schluß macht und daß man sagt: hier ist eine geregelte Wirtschaft im Aufbau begriffen und infolgedessen muß nach geregelter Wirtschaftsauffassung auch eine Gegenleistung des Reiches stattfinden. Gerade der Gesichtspunkt der Abhängigkeit dieses Wirtschaftsgebietes vom Reich ist außerordentlich beachtlich, denn er ist das Alpha und Omega unserer ganzen Wirtschaftsweisheit. Das Generalgouvernement hat nur den Zweck, in neuen und meist unverständenen Formen dem Reich zu dienen.

Die gesamte Wirtschaftsplanung, die wir vornehmen müssen, ist auf weite Sicht bestimmt. Um nur einige Aufgaben zu nennen: eine durchgreifende Geländebereinigung, eine großzügige Regulierung der Weichsel in Verbindung ^{mit} der Schaffung des Kanals vom Bug zur Weichsel, und schließlich ein ausgedehntes Meliorationsprogramm. Zu all diesen Aufgaben kommt dann noch eine dauernde steigende Inanspruchnahme von Gelände im Generalgouvernement für völlig unfruchtbare Zwecke wie Truppenübungsplätze usw.

Bei dem Plan, der von uns nunmehr aufgestellt wird, soll es sich nicht handeln um den Entwurf einer Verordnung, sondern

um die Aufstellung von allgemeinen Richtlinien, die sozusagen mit normativer Kraft ausgestattet die Verhandlungsmaxime für alle verantwortlichen Dienststellen im Generalgouvernement darstellen soll.

Kreishauptmann Kundt - Tarnow, berichtet über seine Erfahrungen in dem von ihm als Probewirtschaftsgebiet geführten Kreis Tarnow. Er hält im Interesse einer reibungslosen Durchführung der Arbeiten in den Kreisen die Zurverfügungstellung von zahlreichen Polizeikräften für die Zwecke der Kreishauptleute für notwendig.

Der Herr Generalgouverneur erkennt die Berechtigung des Wunsches nach Dislozierung der Polizeikräfte an. Es handle sich nicht darum, mehr Polizeikräfte in das Generalgouvernement zu bekommen, sondern lediglich darum, die vorhandenen Kräfte entsprechend zu verteilen, statt sie auf einen Punkt zusammenzudrängen. Er bittet den Höheren SS- und Polizeiführer zu erwägen, eine entsprechende Aufteilung der Polizeikräfte vorzunehmen.

Landesbauernführer Körner weist auf die Notwendigkeit hin jetzt schon alle Vorbereitungen für die bevorstehende Ernte zu treffen. Es müßten insbesondere die Waren bereitgestellt werden, die den Bauern bei der Ablieferung des Getreides gegen Bezugsscheine ausgehändigt werden. Zu diesem Zwecke müßten weitere Kräfte für die Bezugsscheinsteller zur Verfügung gestellt werden.

Der Herr Generalgouverneur hält die Aufstellung eines Sofortprogrammes für notwendig. Dieses Sofort-

programm

programm, das die zur Erfassung der neuen Ernte notwendigen Maßnahmen enthalten müsse, müßte bis 1. Juli aufgestellt sein.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich teilt mit, daß er die nächste Sitzung des Wirtschaftsrates für Freitag, den 21. Juni, 10 Uhr, in Aussicht genommen habe.

Schluß der Sitzung 12 Uhr

Besprechung

über Nahrungs- und Wirtschaftsfragen

24. Juli 1940.

1 Original mit 2 Durch-
schlägen gefertigt.

Herschel.

15

Arbeitssitzung

am Mittwoch, dem 24. Juli 1940.

Thema: Clearing-Verkehr mit dem Reich,
Ausfuhr und Einfuhr,
Warenverkehr,
Devisenbewirtschaftung und
Fragen wirtschaftlicher Art.

Beginn der Sitzung: 11³⁵ Uhr.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur,
Staatssekretär Dr. Bühler,
Präsident Kehrl (Reichswirtsch.Min.),
Gesandter von Wühlisch,
Gesandter von Rühmelin,
Landesbauernführer Körner,
Ministerialdirektor Dr. Emmerich,
Ministerialrat Plodeck,
Bankdirigent Paersch,
Reichsbankdirektor Tetzner,
Assessor Loebbecke
und einige Abteilungsreferenten.

Der Herr Generalgouverneur heißt zunächst den Präsidenten Kehrl vom Reichswirtschaftsministerium herzlich willkommen. Er gibt dann einen Überblick über die wirtschaftliche Lage des Generalgouvernements und führt dabei aus:

Die heutige Sitzung habe den Zweck, eine Reihe von Fragen grundsätzlicher Bedeutung zu klären. Nachdem man im Generalgouvernement manche Erfahrungen habe machen müssen, sei man nunmehr zu einer erfreulichen Besserung der Gesamtlage gekommen. Während man früher noch sinnlos aus dem Generalgouvernement an Erzen und sonstigen Rohstoffen herausgeholt habe, was nur irgend möglich gewesen sei, sei man nun mittlerweile besonders auf Grund der Entscheidung des Führers zu der Überzeugung gekommen, daß das Generalgouvernement als Bestandteil des Reiches behandelt werden müsse.

Präsident Kehrl dankt dem Herrn Generalgouverneur für die lebenswürdige Begrüßung. Er habe in den letzten Monaten Gelegenheit gehabt, mit einigen führenden Beamten des Generalgouvernements Fühlung zu nehmen, und es sei gelungen, in jedem Fall bei Behandlung von wichtigen Fragen zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Wenn es jetzt notwendig werde, noch weitere Probleme zu erörtern, so könne diese Erörterung in einer durchaus angenehmen Atmosphäre vor sich gehen, da man auch in Berlin gewillt sei, alle etwa bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen.

Das Hauptproblem, das man schon mit Bankdirigenten Paersch besprochen habe, sei die Gestaltung des Warenverkehrs des Generalgouvernements mit dem Reich und die daraus resultierenden Zahlungsprobleme, die an sich zwar keinen beherrschenden Charakter trügen, aber

aber doch immerhin sehr wohl als Barometer dienen könnten. Es habe sich gezeigt, daß die Praxis den Erwartungen ganz entgegengesetzt gelaufen sei. Die Lieferungen des Reiches an das Generalgouvernement seien sehr bedeutend gewesen und durch die Lieferungen des Generalgouvernements keineswegs ausgeglichen worden. Daraus habe sich zunächst eine zunehmende Verschuldung des Generalgouvernements ergeben, der man wieder durch eine Bevorschussung gerecht zu werden suchte. Der augenblickliche Stand sei an sich scheinbar sehr zu Ungunsten des Generalgouvernements. Die wesentliche ⁵⁵⁴Beziehung der Bra-
industrie sei dann wieder dem Zahlungsverkehr zugute gekommen, leider aber nicht in ausreichendem Maße. Bei der Betrachtung des Warenverkehrs als des entscheidenden Merkmals für den Stand der wirtschaftspolitischen Entwicklung habe man oberflächlich festgestellt, daß die wiederkehrenden Posten etwa auf dem Gebiete der Agrarprodukte nur einen sehr bescheidenen Umfang hätten. Etwas günstiger stehe es mit der Ausfuhr chemischer Produkte. Nun gebe es noch eine Ausfuhr des Generalgouvernements, die aber in der Zahlungsbilanz und im Zahlungsverkehr nicht ihren Wiederhall finde, vermutlich aus Gründen, die auch wirtschaftlichen Charakter hätten, weil es sich nämlich um Betriebe handle, die wehrwirtschaftlichen oder kriegswirtschaftlichen Zwecken dienen, die teils für die Wehrmacht, teils für Werke im Reich arbeiteten. Man sei nun überein gekommen, baldmöglichst eine detaillierte Untersuchung einzuleiten und festzustellen, was an Ware produziert werde und welchen Wert die Produktionen besäßen. Damit wolle man dann einen Überblick über die Höhe der Leistungen gewinnen. Diesen Überblick sollte man auch über die Leistungen in der Vergangenheit haben, um so das Leistungsbild des Generalgouvernements gegenüber dem Reich erkennen zu lernen. Man könnte sich angesichts der Höhe der Produktion vorstellen, daß die daraus resultierenden Zahlen verhältnismäßig bedeutend seien und eine gewisse Einfuhr ermöglichen. Nun habe Dr. Emmerich erneut darauf hingewiesen, daß ganz unabhängig von der Möglichkeit des Einkaufs im Rahmen des Zahlungsverkehrs gewisse Einkäufe unter allen Umständen erfolgen müßten, und zwar als Tauschgegenwert gegen die Ablieferung der Ernte. Maßgebend für diesen Gedankengang sei die Befürchtung, daß die Landwirte nur ungern, wenn überhaupt, gewillt seien, ihre Produkte abzuliefern, wenn sie dafür keinen Gegenwert erhielten, bzw. sich für den Erlös nichts kaufen könnten. Dr.

Emmerich

Emmerich argumentiere folgendermaßen: Der Schade, der dadurch entstehen könne, daß man vorübergehend den Verkehr mit dem Reich überziehe, werde geringer sein als der Schade, der entstehen würde, wenn der Bauer seine Lieferungen einstellen müßte; jede Maßnahme, die geeignet sei, die Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte zu erhöhen, diene also der Wirtschaft sowohl des Generalgouvernements wie des Reiches. So sei die Frage entstanden, inwieweit hier gewisse Möglichkeiten eines Ausgleichs zur Verfügung gestellt werden könnten. So sei man auf den Gesichtspunkt der Einfuhr gekommen. Maßgebend sei die Erwägung gewesen, daß die Einfuhr gegenwärtig angesichts des vorhandenen Apparats in soweit unkontrolliert verlaufe, also auch ohne Devisenbescheinigung die Möglichkeit der Einfuhr bestehe. Im Reich sei das nicht der Fall, dort würden an der Grenze von den Zollbeamten alle Waren, die aus dem Ausland kämen, angehalten, wenn der Betreffende nicht den Nachweis führen könne, daß er über entsprechende Devisen verfüge. Man sei nun allerdings der Ansicht, daß das vom Standpunkt des Generalgouvernements als großes Übel angesehen werden müsse. Man habe den Firmen, die aus dem Reich nach dem Generalgouvernement einführen wollten, geraten, dafür zu sorgen, daß die Importeure im Generalgouvernement Devisenscheine hätten, da sie anderenfalls nicht auf Bezahlung der Ware rechnen könnten. Daß es trotzdem geschehe, beruhe darauf, daß im Generalgouvernement, um überhaupt Ware zu erhalten, Preise gezahlt würden, die weit über denen lägen, die im Reich zugelassen seien. Man könne deshalb auch eine starke Tendenz feststellen, eine möglichst hohe Quote von Waren nach dem Generalgouvernement zu geben, nur weil die Preise dort so viel höher seien, als man sie im Reich erhalten könne, und oft das Mehrfache der Reichspreise ausmachten. Das werde dazu führen, daß man, sofern das verwaltungsmäßig überhaupt möglich sei, jedenfalls bei den wichtigsten Posten baldmöglichst eine Art von Kontrolle einführen werde, um Überspannungen hintanzuhalten. Man werde nicht so weit gehen können, daß man die Preise bei allen Einfuhrwaren auf das Preisniveau des Reiches senken, weil immerhin ein gewisser Anreiz vorhanden sein müsse. Dieser Anreiz müsse sich aber in gewissen Grenzen halten. Für die Zukunft sehe er die Dinge wesentlich optimistischer an. Er glaube, daß das Generalgouvernement
ohne

ohne Rücksicht auf die staatliche oder politische Form, die es später erhalte, die Möglichkeit haben werde, angesichts der zahlreichen hier vorhandenen Arbeitskräfte eine Veredelungsindustrie zu betreiben. Bei dem starken Arbeitermangel, der im Reich auch noch nach dem Kriege bestehen werde, werde ein gewisser Anreiz für alle möglichen Firmen bestehen, einen Teil ihrer Produktion im Generalgouvernement herstellen zu lassen, in welchem ja billige Arbeitskräfte in genügender Anzahl vorhanden seien. Man werde deshalb geneigt sein, gewisse Investitionen vorzunehmen, und werde so zu einem industriellen Aufbau kommen.

✓ Der Herr Generalgouverneur verweist auf die am 8. Juli 1940 vom Führer und Reichkanzler getroffene Entscheidung, wonach nunmehr das Generalgouvernement Bestandteil des Deutschen Reiches bleibe und ab sofort die Bezeichnung "Das Generalgouvernement" führe. Die Gesamtentwicklung des Generalgouvernements gehe also nicht mehr in der Richtung, daß es sich beim Generalgouvernement um ein infolge eines Kriegsereignisses besetztes fremdsprachiges Gebilde handle, sondern sie gehe in Richtung auf die Schaffung eines zum Reich gehörenden Gebietes. Entscheidend sei auch, daß jetzt der Generalgouverneur nicht mehr als Bindeglied zwischen dem Deutschen Reich und einem kommenden polnischen Reststaat dastehe, sondern in seiner Eigenschaft als Generalgouverneur diene er ausschließlich der Förderung der Interessen des Deutschen Reiches. Das Generalgouvernement werde nunmehr als Bestandteil des Reiches geführt. Der Generalgouverneur habe die alleinige Autorität in diesem Gebiet. Die Militärbehörde habe auch sofort aus dieser Entscheidung des Führers die Schlußfolgerung gezogen. Die Bezeichnung "Oberost" sei nunmehr durch die Bezeichnung "Militärbefehlshaber im Generalgouvernement" ersetzt worden. Damit sei also das Gebiet des Generalgouvernements nicht mehr erobertes fremdes Gebiet, sondern es sei eingereiht in das gesamte Reichsgefüge. Weiter werde nunmehr die Judenverschickung aus dem Reich in das Generalgouvernement aufhören, denn für die Juden sei ein besonderes Gebiet bestimmt, voraussichtlich Madagaskar. Aus alledem ergebe sich, daß nunmehr die Möglichkeit bestehe, zu stabilen Verhältnissen zu gelangen. Weiter habe der Führer genehmigt, daß das Amt des Generalgouverneurs mit sofortiger Wirkung in eine Regierung umgebildet wird.

Bisher

Bisher sei das frühere polnische Staatseigentum treuhänderisch verwaltet worden. Nunmehr könne es in das Eigentum des Staates, d.h. des Generalgouvernements, überführt werden, um dann später einmal in die gesamte Totalität des Reiches eingegliedert zu werden. Das sei besonders wichtig für die Frage der Rüstungs- und Industriewerke. Der Erlaß vom September 1939 sei demnach völlig überholt. Heute komme es darauf an, der Wirtschaft des Generalgouvernements die pfleglichste Behandlung zuteil werden zu lassen, und dieser Grundsatz müsse für die Industrie genau wie für die Ernährungswirtschaft unbedingte Geltung haben.

In diesem Zusammenhang sei es sehr erfreulich festzustellen, daß sich das Reich nunmehr dem Ausbau des gesamten Weichselllaufes von der Quelle bis zur Mündung widmen wolle und auch bereit sei, sich finanziell an dieser großen Aufgabe zu beteiligen. Vorläufig habe es eine Summe von 7 Millionen zur Verfügung gestellt. Der Ausbau der Weichsel sei wirtschaftlich von der größten Bedeutung, ermögliche er doch den Anschluß Oberschlesiens an das Generalgouvernement, den Transport der schlesischen Erze auf dem Wasser, wie auch den Transport der Kohle und endlich den Anschluß an das zentralrussische Kanalnetz. Gerade im Hinblick auf diese wichtigen Ereignisse sei der Besuch des Herrn Präsidenten Kehrl für das Generalgouvernement sehr aktuell.

Ministerialdirektor Dr. Emmerich führt aus, daß er nunmehr die Kontrolle des Verrechnungsverkehrs, die im wesentlichen bisher beim Reich gelegen habe, jetzt sofort übernehmen werde. Über die Form, in der diese Kontrolle durchzuführen sei, werde man sich leicht verständigen können. Natürlich könne es nicht in Frage kommen, etwa den großen Apparat des Reiches auf das Generalgouvernement zu übertragen. Schon rein personell würde man diese Aufgabe nicht erfüllen können. Es werde deshalb darauf ankommen, mit einfachen Mitteln den Zweck zu erreichen.

Bei der Einfuhr solle es so gehandhabt werden, daß die Devisenbescheinigung bei der Devisenstelle verbleibe, während der eigentliche Apparat der Einfuhrkontrolle bei den Bewirtschaftungsstellen liege und diese Bewirtschaftungsstellen nunmehr als Gutachter in Tätigkeit treten. Der Devisenstelle gegenüber solle das in einer Form geschehen, die es der Verrechnungsstelle ermögliche, auch schon gewisse Vorausdispositionen zu treffen. Man werde der Devisenstelle eine Wertgrenze von 1 Million bzw. mehr oder weniger für

für den kommenden Monat zur Verfügung stellen, und es könnten dann Wünsche hinsichtlich der Firmen, die zugelassen würden, geäußert werden. So komme man zu einem Voranschlag, aus dem ersichtlich werde, was im übernächsten Monat noch an Rechnungen vom Reich nach dem Generalgouvernement gehen werde. Allmählich werde dieses System erfolgreich werden. Die Ausstellung der Bescheinigungen lasse sich aber nicht in die Bewirtschaftungsstellen selbst legen, die noch ^{zu} überwenig Personal verfügten.

Hinsichtlich der Ausfuhr müsse ein klares Verfahren ausgearbeitet werden, welches zunächst über die Ausfuhrmöglichkeiten im großen und ganzen einen Überblick verschaffe und jede einzelne Transaktion rechtzeitig bei einer Zentralstelle registrieren lasse. In diesem Zusammenhang seien die Zustände bei der Rüstungsindustrie von besonderem Interesse. Bisher sei es tatsächlich so gewesen, daß nur eine Art Lohnarbeit im Generalgouvernement geleistet worden sei. Das Heereswaffenamt habe den Hermann Göring-Werken in Deutschland einen Auftrag erteilt. Ein Teil des Produktionsvorganges sei ins Generalgouvernement verlegt worden. Die endgültige Abrechnung erfolgte nach dem letzten Veredelungsvorgang im Reich. Was dafür hereingekommen sei, sei kaum mehr gewesen als das Entgelt für die Löhne und einige Regiekosten. Bei den demnächst im Industriegebiet stattfindenden Besprechungen werde er besonderes Gewicht darauf legen, daß der Veredelungsvorgang im Generalgouvernement weitgehend verselbständigt werde, damit auch ein gewisser Gewinn nach dem Generalgouvernement fließe.

Ministerialrat Plodeck weist darauf hin, daß er mit dem Präsidenten Spindler über diese Fragen und die verschiedenen Probleme, die auch die Treuhandverwaltung angingen, im Benehmen mit der Rüstungsinspektion verhandelt habe. Dabei seien überraschende Momente aufgetreten. Es habe sich herausgestellt, daß die Rüstungsinspektion in Übereinstimmung mit der Ansicht des OKW. die Auffassung vertrete, daß die Rüstungsbetriebe, soweit sie früher polnisches Staatseigentum gewesen seien, nunmehr in das Eigentum der Heeresverwaltung übergegangen seien. Die Heeresverwaltung lehne die andere Ansicht ab, daß diese Betriebe Eigentum des Generalgouvernements seien. Die Beschlagnahmeverordnung vom 15. November 1939 habe zwar die Beschlagnahme ausgesprochen, aber den Begriff des Eigentums

Eigentums offen gelassen. Die Heeresverwaltung gehe bei ihrem Standpunkt von der Auffassung aus, daß die Wehrmacht seinerzeit in das Land eingezogen sei, es in Besitz genommen und die Betriebe sichergestellt habe, und daß sie deshalb mit dieser Sicherstellung das Eigentumsrecht an diesen früher staatlichen Betrieben, die dem polnischen Heer zur Verfügung gestanden hätten, beanspruchen könne. Aus dieser Einstellung zum Eigentumsbegriff würden nun zwangsläufig Folgerungen gezogen, die auf dem Gebiete der Treuhandverwaltung dahingingen, daß die Heeresverwaltung erkläre: Als Eigentümer dieser Betriebe bestimme sie, wie und in welchem Umfange die Betriebe unter kommissarische Verwaltung genommen werden sollten. Sie wolle deshalb auch über die Verpachtung dieser Betriebe z.B. an die Montan-Industrie-G.m.b.H. bestimmen. Wenn die Heeresverwaltung sich damit abfinde, wie sie sage, eine kommissarische Verwaltung bestimmen zu lassen, so sei darin lediglich zum Ausdruck gebracht, daß ein enges Zusammenarbeiten zwischen dem Amt des Generalgouverneurs und der Heeresverwaltung für wünschenswert gehalten werde. Daraus dürfe aber nach Ansicht der Heeresverwaltung nicht der Schluß gezogen werden, daß sie sich irgendwie in ihrem Eigentumsrecht beeinträchtigen lassen wolle. Daraus ergebe sich nun, daß die sämtlichen Probleme, die bisher hinsichtlich der Rüstungsinspektion bestanden hätten, auf eine vollkommen neue Grundlage gestellt würden. Auch was die Rüstungsbetriebe angehe, so halte General Schindler eine Einigung mit dem Amt des Generalgouverneurs für möglich, aber führend und verantwortlich sei nach Ansicht des Generals Schindler auf diesem Gebiet seine Dienststelle. Aus alledem ergeben sich also weitgehende Konsequenzen auch in der Frage des Abschlusses von Pachtverträgen. Wenn Generaldirektor Rabe von den Hermann-Göring-Werken den Abschluß von Pachtverträgen mit dem braunschweigischen Stahlwerk anregt, so würde ein vom Generalgouvernement bestellter General-treuhänder im Auftrage des Generalgouverneurs als Eigentümer dieser Staatswerke einen Pachtvertrag als Verpächter mit dem braunschweigischen Stahlwerken als Pächter abschließen. Wenn aber die Auffassung des Generals Schindler richtig wäre, so würde das bedeuten, daß Generaldirektor Rabe überhaupt grundsätzlich abgelehnt werde, weil er nicht mit sich selber kontrahieren könne; denn er sei nicht Exponent der Hermann Göring Werke. Er, Ministerialrat Bodeck, habe
sich

sich mit General Schindler dahin geeinigt, daß über diese Frage unter Zuziehung der Abteilung Wirtschaft verhandelt werden solle. Vielleicht würde es sich auch empfehlen, die Rechtsabteilung in diese Besprechungen einzuschalten.

Der Herr Generalgouverneur lehnt grundsätzlich die Ansicht ab, als ob eine Sonderverwaltung des Reiches Eigentum erwerben könne. Es komme hier nur ein Eigentum des Deutschen Reiches in Frage, dessen Rechte dann nur von gewissen Spezialbehörden ausgeübt werden würden. "Wehrmachteigentum" bedeute, daß es sich um Reichseigentum handle, das lediglich von der Wehrmacht verwaltet werde, wie das ja auch bei den Behörden der Finanz- und Justizverwaltung der Fall sei. Natürlich werde dieses Eigentum, das sich im Gebiet des Generalgouvernements befinde, später einmal Reichseigentum; das könne aber heute das Reich noch nicht so offen deklarieren, und infolgedessen müsse man eben eine Zwischenform in der Konstruktion des Eigentums des Generalgouvernements finden. General Schindler wolle sich offenbar gewissermaßen als Eigentumsfanatiker der Wehrmacht betätigen. Er kämpfe aber gegen Windmühlen, wenn er behaupte, er müsse dafür sorgen, daß die Wehrmacht das Eigentum erhalte. Wehrmachteigentum sei Reichseigentum, das lediglich im Zeichen des Generalgouvernements durch die Wehrmacht verwaltet werde.

Präsident Kehrl betont, daß die Frage eigentlich keiner weiteren Erörterung bedürfe. Er glaube aber nicht, daß die Wehrmacht die Frage von diesem Standpunkt aus ansehe, sondern für sie lediglich praktische Gesichtspunkte in Betracht kämen. Ihr gehe es hauptsächlich darum, die Betriebe mit Persönlichkeiten oder Firmen zu besetzen, die sie für geeignet halten. Es sei ja bekannt, daß gewisse Firmen schon seit langen Jahren mit der Wehrmacht zusammenarbeiteten, und diese Firmen beschwerten sich heute vielleicht darüber, daß sie zu kurz gekommen seien. Die Rüstungsinspektion glaube eben, Einfluß darauf nehmen zu müssen, wer einen Betrieb betreibe.

Der Herr Generalgouverneur will nur das Interesse gewahrt sehen, daß aus dieser Sachlage nicht etwa eine Fortsetzung des Ausplünderungssektors entstehe. Auch für ihn könne es nur erfreulich sein, wenn die Werke arbeiteten und richtig betrieben würden. Es würde sich vielleicht empfehlen, wenn sich Präsident Kehrl mit General Schindler über diese Frage ins Benehmen setzten. Eine Klärung der Sachlage müsse jedenfalls unter allen

Umständen angestrebt werden. Das gelte z.B. auch für das Stickstoffwerk Moczicze.

Präsident Kehrl ist der Auffassung, daß an sich, wenn das Generalgouvernement Reichsgebiet werde, letzten Endes der Reichsfinanzminister zu bestimmen habe, von welchem Ressort ein solches Werk zu verwalten sei.

Ministerialdirektor Dr. Emmerich gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß heute schon die Rüstungsbetriebe im gewissen Umfange genötigt seien, sich auf die Friedensproduktion umzustellen.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß General Schindler von den besten Absichten geleitet sei, allerdings nur wenig Kenntnis von den polnischen Lebensbedingungen und Verhältnissen habe, in die er sich offenbar erst einleben müsse. Das Generalgouvernement müsse jedenfalls bei seinem Standpunkt bleiben. Er erinnere in diesem Zusammenhang an die Frage der Ölquellen, auf die plötzlich die Beakidengesellschaft Ansprüche geltend gemacht habe. Auf seine Beschwerde habe der Führer entschieden, daß dem Generalgouvernement die Werte belassen werden müssen, aus denen es sein Eigenleben schöpfen könne. Das Generalgouvernement sei ja verpflichtet, die Kosten seines Eigenlebens aufzubringen.

Reichsbankdirektor Teztner geht dann auf die Frage des Clearing ein und hebt hervor, daß das Clearing vor einiger Zeit soweit ausgeglichen gewesen sei, daß man eine Gefahr nicht mehr zu befürchten brauchte, allerdings unter der Voraussetzung, daß sich nichts wesentliches ereignete. Ein wesentliches Moment, das Gefahren in sich berge, sei die Anmeldung der Schulden von Seiten der Abteilung Finanzen gewesen, die das Generalgouvernement für die Beamtengehälter auf sich habe nehmen müssen. In den letzten Monaten sei eine Summe von 80 Millionen Mark aufgelaufen, zu der dann noch laufend Ausgaben von etwa 20 Millionen hinzugekommen seien. Die Frage, ob diese Schulden bezahlt werden könnten, sei wohl infolge der neuen Führerentscheidung eigentlich auch schon gelöst. Denn wenn das Generalgouvernement ein Teil des Deutschen Reiches sei, müßte die ursprünglich vertretene Ansicht, daß das besetzte Gebiet die Kosten der Verwaltung zu tragen habe, auch in irgendeiner Form gemildert werden. Damit wäre dann diese Gefahr im großen und ganzen gebannt. Ob man diese Schulden des Generalgouvernements zu einer fundierten Schuld werden lasse, sei eine Frage der Zukunft. Jedenfalls habe man bisher sagen können, daß das Clearing, wenn vielleicht auch mit einigen Stockungen, im großen und ganzen weiterlaufen

weiterlaufen könnte, wenn man wie bisher von der Hand in den Mund lebe und auf die künftige Entwicklung hoffe. Angesichts der erhöhten Truppenverlegungen würden gewisse Posten mehr ausgegeben, und man lebe hier gewissermaßen von einer Art Fremdenindustrie in Gestalt des Reiseverkehrs. Es sei auch dem nicht widersprochen worden, daß diese Posten nicht laufend abgedeckt würden. Er halte selbstverständlich eine Klärung dieser Frage für unbedingt notwendig. Man könne auf dem Standpunkt stehen, daß eingeführt werden müsse, was notwendig sei und was das Reich abgeben könne, unabhängig davon, ob das Generalgouvernement es bezahlen könne. Dann müsse aber diese Bestellung in einer anderen Form sichergestellt werden.

Bankdirigent Paersch weist darauf hin, daß sich das Reich verpflichtet habe, die Anforderungen der Wehrmacht im Wege der Grünen Schecks zu decken. Es wolle aber, wenn Vorschüsse anliefen, keine Zinsen bezahlen. Nun sei ein verhältnismäßig hoher Betrag angelaufen, der am 8. Juli auf 120 Millionen Zloty gestiegen sei. Es sei dann ein Rest von 41 Millionen Zloty geblieben, und diese Summe sei am 9. Juli von der Emissionsbank sofort angemahnt worden. Diese Summe sei bis heute noch nicht da. Daraufhin habe der Herr Generalgouverneur den Herrn Reichsfinanzminister gebeten, wenn schon nicht der Wille bestehe, für die Anforderungen die Deckung zu übernehmen, dann wenigstens die zinsfreie Bevorschussung auf 20 Millionen Zloty zu beschränken; was 20 Millionen übersteige, solle mit einem Zinssatz von 3 % verzinst werden, damit die Stellen des Reiches gehalten würden, pünktlich ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Die Frage der Wareneinfuhr habe eine warenpolitische und verrechnungsmäßige Seite. Über die warenpolitische Seite bestehe wohl überall Übereinstimmung dahin, daß es erwünscht sei, in das Generalgouvernement Waren zu möglichst nicht zu hohen Preisen hereinzulassen. Der Herr Generalgouverneur habe eben erreicht, daß sich das Reich bereit erklärt habe, noch einen Vorschuß von 100 Millionen Zloty auszuwerfen, über dessen nähere Bedingungen bisher die abschließende Stellungnahme des Herrn Reichsfinanzministers noch ausstehe. Vielleicht sei es möglich, mit Hilfe dieses Vorschusses eine gewisse zusätzliche Wareneinfuhr nach dem Generalgouvernement zu finanzieren. Aus der bisherigen Entwicklung des Clearing lasse sich ziemlich eindeutig bereits jetzt das feststellen: Die Hoffnungen, daß das Generalgouvernement verhältnismäßig schnell einen kräftigen Überschuß und damit einen Aktivsaldo erreichen würde, seien

seien noch nicht erfüllt. Es sei weniger Ausfuhr angefallen, als man erwartet habe, und die Einfuhr sei höher gewesen, als man vorgesehen habe. Auch seien die Leistungen ausgeblieben, die man aus den Ersparnissen der Wanderarbeiter erhofft habe. Die Bemühungen, die Wareneinfuhr und Ausfuhr einer Beeinflussung zu unterwerfen, würde aber dazu führen, daß das Clearing einigermaßen ausgeglichen werde. Die polnischen Landarbeiter verdienten im Reich etwa 25.- RM monatlich neben freier Beköstigung, was etwa 70 bis 80 % des deutschen Landarbeitertarifs entspreche. Für das ihnen verbleibende Geld kauften sie sich zur Zeit Näschereien. Andere, nützlichere Gegenstände wie etwa Fahrräder, könnten sie zur Zeit im Reich nicht kaufen. Im übrigen werde von dem 25.- RM übersteigenden Betrag den polnischen Landarbeitern noch eine Abgabe auferlegt.

Präsident Kehrl ist der Ansicht, daß man auch devisenmäßig betrachtet bestrebt sein müsse, eine gewisse Einfuhr zuzulassen, um von den Bauern die Ware hereinzubekommen. Der 50-Millionen-Reichsmark-Kredit sei sich eine geeignete Grundlage dafür. Man müsse noch darüber reden, wie diese 50 Millionen Reichsmark zu verwenden seien, ob sie tatsächlich sofort in das Clearing hineingegeben oder als Reservefonds des Clearing behandelt werden sollten.

Der Herr Generalgouverneur hält es für notwendig, in absehbarer Zeit diese Fragen endgültig zu klären. Für alle Beteiligten handele es sich jetzt darum, daß bis zum Augenblick des Friedensschlusses die Dinge einigermaßen durchgehalten würden. Erst dann könne es zu einer Gesamtvereinbarung kommen. Die 50 Millionen müßten als außerordentliche Reserve für außerordentliche Einkäufe der Wirtschaftsabteilung zur Verfügung stehen.

Ministerialdirektor Dr. Emmerich gibt zu bedenken, daß in einem Agrarstaat eine saisonale Anspannung der Einfuhr zur Zeit der Ernte die Regel bilde.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß die Situation wesentlich einfacher wäre, wenn nicht die durch das Generalgouvernement getätigten Lieferungen von Seiten des Reiches vollkommen unbeachtet geblieben wären. Z.B. seien die von der Dienststelle des Generals Bührmann getätigten Schrottlieferungen dem Generalgouvernement nicht mit einem Groschen gutgeschrieben worden. In dieser Frage müßte sich der Herr Reichsfinanzminister mit

mit der Treuhandstelle Ost in Verbindung setzen. In dem Schreiben des Herrn Winkler werde selbst zugegeben, daß die vorgeschlagene Regelung manche Härten in sich schließe, die sich aber nicht vermeiden ließen. In diesem Schreiben werde auch von einer Pauschalregelung gesprochen.

Präsident Kehrl vermag nicht zu entscheiden, ob diese Pauschalregelung für das Generalgouvernement vorteilhaft oder unvorteilhaft sei, weil die beiderseitigen Forderungen nicht abgerechnet worden seien.

Bankdirigent Paersch betont, daß man gegenwärtig eine Verordnung vorbereite, durch die eine Anmeldepflicht herbeigeführt werden solle, um klare Verhältnisse zu schaffen. Aus dem Banksektor heraus sei klar ersichtlich, daß das Generalgouvernement große Forderungen an das Reich habe. Nun werde gewiß der Einwand gemacht: Ein Teil der Gegenforderungen sei nicht vorhanden, weil das Bargeld und die Wertpapiere verschleppt worden seien.

Ministerialrat Plodeck bemerkt, daß mit der Treuhandstelle Ost eine eingehende Besprechung stattgefunden habe. Herr Winkler habe dabei behauptet, daß er das ganze Problem mit dem Herrn Generalgouverneur durchgesprochen habe und in allen grundsätzlichen Fragen Einverständnis bestehe. Diese Einigung hätte Winkler nach seinen Angaben in einem an den Herrn Generalgouverneur gerichteten Schreiben niedergelegt.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es als notwendig, daß zwischen Generalgouvernement und Treuhandstelle Ost ein Ausgleich gefunden werde. Ferner bedürfe es einer Auseinandersetzung zwischen Generalgouvernement und Reich auf dem gesamten Sektor der als Beute betrachteten Werte. Wann und ob diese Auseinandersetzung möglich sein werde, sei ungewiß. Das Generalgouvernement habe jetzt schon insofern eine außerordentlich schwere Aufgabe erfüllt, als es monatelang weit über die eigentlichen Kriegshandlungen hinaus ununterbrochen wertvolle Güter aller Art an das Reich abgegeben habe. Waggonladungen mit wertvollsten Rohstoffen, Rohgummi, Kupfer, Goldwaren, hochwertige Qualitätsmaschinen, ferner Waggon, Lokomotiven usw. seien ununterbrochen ins Reich abgerollt. Endlich sei neben der Beute noch eine Art militärisch qualifizierter Wirtschaftsbetrieb gelaufen, und zwar in Gestalt der Dienststelle des Generals Bührmann. Monatelang seien gewaltige Werte durch diese Organisation ins Reich gebracht worden. Auch dafür müßte

vom Reich eine Entschädigung gezahlt werden. Endlich müsse man in zunehmendem Maße dafür sorgen, daß eine reguläre Auseinandersetzung zwischen Reich und Generalgouvernement stattfinde. Zahlungs- und Warenbilanz würden nie ganz übereinstimmen. Dieses Kapitel teile sich wieder in viele Unterkapitel. Eine müsse aber über allem stehen: Wenn auf dem Gebiete der regulären Wirtschaftsbeziehungen irgend- eine Verpflichtung von meiner^{Sache} übernommen werden solle, dann müsse sie auch unter allen Umständen erfüllt werden. Wenn er sich als Generalgouverneur verpflichte, eine Art Handelsvertrag zwischen Reich und Generalgouvernement zu schließen, dann müsse er sich auch persönlich für die Durchführung eines solchen Planes verbürgen.

Assessor Dr. Loebbecke ist der Ansicht, daß man die Summen, die bei einer Auseinandersetzung für das Generalgouvernement herauskommen könnten, zweifellos stark überschätze. Das Reich habe sich gleich von vornherein auf einem anderen Standpunkt gestellt, weil es diese Lieferungen niemals habe anerkennen wollen. Es sei von dem Standpunkt ausgegangen, daß die Kriegsbeute von diesem Betrag abgezogen werden müsse. Von einem Betrag von 75 Millionen, der in Betracht käme, müßten nach Ansicht des Reiches noch die Kosten abgezogen werden, die durch die Abtransporte entstanden seien. Zum großen Teil seien die Waren auch bezahlt worden, in den letzten Monaten habe man dafür entsprechende Beträge gutgeschrieben. Von dem Betrag von 75 Millionen würden deshalb zur Zeit wohl nur noch einige 20 Millionen übrig bleiben.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r will nach alledem das wichtige Problem gelöst sehen, wie man zu einem geregelten Wirtschaftsleben zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement kommen könne. Es müsse endlich ein normaler Verkehr einsetzen. Wenn der Bauer sein Getreide abliefere, dann müsse er auch in die Lage versetzt werden, sich mit dem Erlös Kleidung, Schuhe und sonstige Bedarfsartikel zu kaufen.

Präsident Kehrl sieht die Schwierigkeiten, die einem solchen normalen Wirtschaftsverkehr zwischen Reich und Generalgouvernement entgegenständen, nicht für groß an. Die Verhältnisse würden sich sofort bessern, wenn man zu Investitionen komme und die Friedensindustrie anlaufen lassen könne. Diese Investitionen müßten nur langfristig vom Reich kreditiert werden.

Reichsbankdirektor

Reichsbankdirektor Tetzner sieht eine Möglichkeit der Erleichterung des Wirtschaftsverkehrs darin, daß das Reichswirtschaftsministerium die Devisenstellen mit der Anweisung versehe, alle Anträge auf Überweisung von Geld, auch von privaten Geldern, Reisekosten usw. in großzügiger Weise zu genehmigen. Das gleiche könnte für Kapitalüberweisungen gelten. Es gebe Evakuierte, die im Reich über Guthaben verfügten. Es sei nicht einzusehen, weshalb diese Guthaben nicht in das Generalgouvernement gebracht werden könnten.

Präsident Kehrl hat keine Bedenken devisenrechtlicher Art, solchen Anträgen zu entsprechen.

Der Herr Generalgouverneur Will diese Überweisungen auf den Stichtag des 25. Oktober 1939 abgestellt sehen.

Was das Gebiet der Preisbildung angehe, so halte er es nicht für notwendig, den deutschen Exporteur durch höhere Warenpreise zur Lieferung von Waren anzureizen. Innerhalb des Reiches werde ja schon durch die verschiedenen Reichsstellen für eine Kontrolle gesorgt, und auch im Generalgouvernement werde eine Kontrolle durchgeführt werden können.

Der Herr Generalgouverneur wirft dann die Frage auf, wie es mit den Wirtschaftsbeziehungen zu Ungarn, zu der Slowakei und anderen Ländern stehe.

Gesandter von Rümelin erwidert, daß man augenblicklich mit der Sammlung von Material beschäftigt sei. Diese Arbeiten würden natürlich einige Wochen in Anspruch nehmen.

Auf eine weitere Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Landesbauernführer Körner, daß man mit einer ^{ital}Mi~~der~~nte rechne. Die Ernte wäre besser geworden, wenn nicht die lange Trockenheit gekommen wäre. Man rechne im Distrikt Warschau mit einem Durchschnittsertrag der letzten 6 Jahre, während man im Süden eine gute Mittelernte haben werde. Die Hackfrüchte ständen ganz ausgezeichnet. Zu den ersten Getreideablieferungen werde es voraussichtlich Anfang August kommen. Im übrigen hoffe er, daß die erneut ergriffenen Maßnahmen von erheblichem Einfluß auf die Bereitwilligkeit der Bauern zur Ablieferung ihrer Produkte sein werden. Beabsichtigt sei weiter, allen Nicht-Selbstversorgern ab 1. September eine bestimmte Menge Brotgetreide, Fleisch, Zucker und Kartoffeln zuzuteilen, und zwar auf Grund einer Art Kundenliste, wobei Schwer- und Schwerstarbeiter besonders berücksichtigt werden sollen.

Präsident

Präsident Kehrl bezeichnet es als notwendig, sowohl hinsichtlich der Einfuhr wie der Ausfuhr eine weitergehende Kontrolle einzuführen, als sie bisher bestanden habe. Hier werde die Mitarbeit ~~Mei-~~ner Organisation in Form einer selbstverwaltenden Kammer in den Distrikten sehr wertvolle Hilfe leisten können.

Ministerialdirektor Dr. Emmerich hält es für richtig, im Gebiet des Generalgouvernements ein Kammersystem zu schaffen, das den besonderen wirtschaftlichen Erfordernissen des Generalgouvernements Rechnung trage. Es werde sich empfehlen, für jeden Distrikt eine Kammer zu errichten, in der die verschiedenen Sparten und Gruppen der Wirtschaft vertreten seien. Darüber hinaus müßte vielleicht eine Zentralkammer in Krakau geschaffen werden, deren besondere Aufgabe darin liegen würde, den Wirtschaftsverkehr mit dem Reich zu betreuen. Hierfür könnte die frühere deutsch-polnische Handelskammer den Kern abgeben. Mit Hilfe des schon bestehenden Apparats werde man in der Lage sein, den Aufgaben zu entsprechen. Die Schwierigkeit, eine endgültige Organisation zu schaffen, liege vor allem auf personellem Gebiet. Man werde in sehr viel höherem Maße als gegenwärtig Deutsche hereinholen müssen, die in den Kammern der Distrikte und in der Zentralkammer tätig würden. So könnte man einen deutschen Selbstverwaltungsapparat schaffen. Bis zur Erreichung dieses Zustandes werde ein Provisorium eintreten müssen.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratungen dahin zusammen, daß es vor allem das Ziel sein müsse, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Reich und Generalgouvernement möglichst zu kontrollieren, und zwar im Hinblick auf die Entscheidung des Führers vom 8. Juli, nach welcher das Generalgouvernement in zunehmendem Maße als Gemeinschaftsbereich des Reiches anzusehen sei. Eine ganz klare devisenpolitische Behandlung der beiderseitigen Wirtschaftspolitik müsse dabei die Grundlage bilden, doch müßten beiderseits die Dinge großzügigst behandelt werden. Zur Unterstützung dieser Bestrebungen werde eine Anleihe von 50 Millionen Reichsmark gegeben, die zu möglichst günstigen Ankäufen von Waren verwendet werden sollten. Dadurch wolle man dann wieder die Erntepolitik unterstützen. Ferner sei er bereit, deutschen Firmen, die ihm vom Reichswirtschaftsministerium empfohlen würden, besondere Förderung zuteil werden zu lassen, wenn sie sich im Gebiet des Generalgouvernements niederlassen wollten. Er erklärte sich auch bereit,

das

das bisher nur treuhänderisch verwaltete Gut in das Eigentum solcher Firmen zu überführen.

Schluß der Sitzung: 13⁴⁵ Uhr.

Besprechung mit den Gouverneuren

11. September 1940.

1 Original und 2 Durchschläge
gefertigt.

Herschel

16

1 Durchschlag erhält StS. Dr. Bühler.

Arbeitsitzung

am Mittwoch, dem 11. September 1940

im Haus Kressendorf.

Anwesend: Staatssekretär Dr. Bühler,
SS-Obergruppenführer Krüger,
Bevollmächtigter Dr. Heuber,
Gouverneur Dr. Wächter,
Gouverneur Dr. Zörner,
Gouverneur Dr. Lasch,
Gouverneur Dr. Fischer,

am Nachmittag außerdem:

Finanzpräsident Spindler,
Präsident Bander,
Landesbauernführer Körner,
SS-Brigadeführer Stöckenbach,
Ministerialdirigent Dr. Emmerich,
Oberregierungsrat von Streit.

Betr.: Aussprache mit den Gouverneuren über die gegenwärtige
Lage im Generalgouvernement.

1

an der Sitzung: 10²⁰ Uhr.

i Aussprache mit den Gouverneuren über die gegenwärtige Lage im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur gibt einleitend einen ausführlichen Bericht über die gegenwärtige Lage im Generalgouvernement.

Er könne zu seiner Genugtuung feststellen, daß weder bei der Ostbahn noch bei der Postverwaltung nach den letzten Feststellungen ein Defizit vorhanden sei. Mit dieser erfreulichen Feststellung verbinde er den Dank an die Gouverneure. Was sie geleistet hätten, sei ein Vorbild an politischer Verwaltungsarbeit und Führungskraft. Das Generalgouvernement genieße jetzt hohes Ansehen im Reich, was ja auch die ihm gewordene Auszeichnung beweise. Man gehe im Osten großen Aufgaben entgegen, der Raum des Generalgouvernements werde mit gewaltigen Mitteln des Reiches eine große Bevorzugung erfahren. Das Reich werde etwa 1/2 Milliarde Reichsmark bis etwa 1. Juni 1941 in das Generalgouvernement bringen. Mit dieser gewaltigen Summe würden die Straßen ausgebaut, das Postwesen auf den gleichen Stand gebracht wie im Reich usw. Alle jene Belastungen, die er gefürchtet habe, habe das Reich übernommen. Die Tatsache, daß drei Armee-Oberkommandos nach Warschau, Krakau und Radom kämen, daß der Generalfeldmarschall Kluge seinen Sitz in Warschau nehmen werde, werde alle leitenden Beamten des Generalgouvernements verpflichten, ihre Arbeit auf das intensivste fortzusetzen. Die heutige Besprechung solle über alles, was den Gouverneuren irgendwie am Herzen liege, Klarheit bringen.

Wenn man die Entwicklung seit November vorigen Jahres betrachte, so habe sich, abgesehen von einigen Ernährungs- und Produktions-schwierigkeiten und abgesehen von der Gesamtlage der polnischen Bevölkerung, die noch immer außerordentlich schlecht sei, vieles gebessert. Was den deutschen Lebensstandard und die deutschen politischen Möglichkeiten angehe, so sei eine gewaltige Verstärkung der deutschen Position möglich geworden. Das sei mit einem Minimum an Verwaltungsapparat geglückt. Vielleicht sei es auch eine der Voraussetzungen gewesen, daß man nur ganz wenige wirklich brauchbare und harte Persönlichkeiten auf die Dauer hier gehalten habe. Er sei den Gouverneuren vor allem dafür dankbar, daß sie ihre eigene Position

so gefestigt hätten. Bei jeder Besprechung mit dem Führer werde gesagt: Repräsentation - das Erscheinungsbild der deutschen Führung muß entsprechend sein. Der Begriff des Generalgouvernements wie des Generalgouverneurs wie auch die autoritäre Funktion des Verwaltens in diesem Gebiet hätten sich durchgesetzt.

Die Probleme lägen ja auch in den Ausstrahlungen der Problematik des Reiches. Das Verhältnis zur Wehrmacht sei im ganzen gut. Die Wehrmacht habe eingesehen, daß sie doch nicht bis ins letzte gehen könne, und sich eben mit dem Erscheinungsbild des Generalgouvernements abgefunden. Er wisse jedenfalls, daß die maßgebenden militärischen Persönlichkeiten Weisung erhalten hätten, die Einrichtungen des Generalgouvernements peinlichst zu achten und die Autorität der Verwaltung zu pflegen.

Ein zweites Problem aus dem Reich sei das Verhältnis von Verwaltung und Polizei. Hier bestehe immer noch eine Schwierigkeit hinsichtlich der Dislozierung und der Möglichkeit, Polizeikräfte für einzelne Aktionen freizumachen, überhaupt die Ordnungspolizei für ihre eigentlichen polizeilichen Aufgaben auszunutzen. Diese Schwierigkeit könne nur durch die strikteste Unterstellung der Polizei unter die Verwaltung beseitigt werden. Die Polizei sei eben nun einmal das Vollzugs- und Exekutionsorgan, das einzige Machtorgan der Verwaltung, und infolge dessen müsse die Polizei in diesem Rahmen tätig werden. Es werde mehr und mehr darauf ankommen, das Bild der exerzierenden Polizeikolonnen verschwinden zu lassen. Man brauche vor allem Einzelpolizeidienstbeamte. Wenn sie dem Generalgouvernement nicht in genügender Zahl zur Verfügung gestellt würden, dann werde er sich gezwungen sehen, den Sonderdienst auszubauen. Hier stehe also die Polizei selbst vor einem Problem. General Dalneg wolle ja auch den Notwendigkeiten des Gebietes entsprechen.

Ein weiteres Problem sei die allgemeine Ernährungslage. Mit der Gesamternte im Generalgouvernement werde man vielleicht erreichen können, aus eigener Kraft die Ernährung des Gebietes sicherzustellen. Die Vorratslage lasse hoffen, daß man etwa bis Ende dieses Jahres ungefähr 1/4 Million Tonnen im Lager haben werde. Die Schwierigkeit, die mit der Ernährung zusammenhänge, sei bekannt. Im Distrikt Radom habe man den Fall gehabt, daß die Arbeiten in zwei Fabriken niedergelegt worden seien, weil die Arbeiter erklärt hätten,

sie

sie seien nicht instande, weiterzuarbeiten. Etwas derartiges dürfe nicht einreißen, es dürfe dadurch nicht zu irgendwelchen Produktionsstörungen kommen. Reichsminister Darré habe ihm gegenüber es als gänzlich ausgeschlossen erklärt, daß das Deutsche Reich auch nur ein Körnchen liefern könne. Höchstens würde das Generalgouvernement vielleicht einmal etwas von dem Russengetreide erhalten, und zwar für die Arbeiter, die in den wichtigen Betrieben tätig seien, vielleicht auch einen gewissen Anteil am Fettvorrat des Reiches zur Schließung der Fettlücke im Generalgouvernement. Inwieweit diese Lücke durch das neue Bauvorhaben geändert werde, sei kaum zu sagen.

Er habe dem Generalleutnant Schindler und dem Vertreter der Hermann-Göring-Werke erklärt, daß die Werke des Generalgouvernements bis zum 1. Oktober 1940 zu Staatswerken des Generalgouvernements gemacht werden und ohne Ausnahme als im Eigentum des Generalgouvernements stehend erklärt werden würden. Im übrigen sei er bereit, je nach der Notwendigkeit, diese Werke der Eisen-, Stahl-, Öl-, und Textilindustrie pachtweise abzutreten oder der Wehrmacht für die Kriegsdauer zur Verfügung zu stellen. Wenn man sich schon in Oberschlesien Gedanken darüber mache, welche Werke des Generalgouvernements man für seine Zwecke ausnutzen könne, so werde er sich auf das entschiedenste dagegen wehren. Er sei zu der Erkenntnis gekommen, daß man hier endlich durchgreifen müsse, weil der günstige Zeitpunkt dafür gekommen sei. Vor einem halben Jahr sei man noch nicht so stark gewesen. Wie anders es heute sei, zeige der Führer-erlaß über den Ausbau des Generalgouvernements. Wenn man den diesen Anforderungen genügen wolle, könne es nur von einer Zentrale aus geschehen. Neben der Auflösung der Dienststelle für den Vierjahresplan habe er mittlerweile auch die Eingliederung des Generalgouvernements in das Reich in die Wege leiten können, sodaß also alle Voraussetzungen gegeben seien, um diese Dinge zu bereinigen. Ihm komme es vor allem darauf an, dem Führer melden zu können, daß das, was vom Generalgouvernement als Eigentum übernommen worden sei, demnächst in das Eigentum des Reiches überführt werden könne.

Bei der Durchführung des Otto-Programms werde man eine Fülle von Arbeitern beschäftigen müssen. Man werde Werke bauen müssen und einen gewaltigen Auftrieb in allen vier Distrikten gleichzeitig bekommen. Es werde sich ein gewaltiger Bedarf an Zement, Baumaterialien und vor allem Eisen ergeben. Er habe dem Generaldirektor Rheinländer gegenüber erklärt, daß die Produktion der Werke ganz ohne Rücksicht auf

4

auf die Preise auf eine Höchstform zu bringen sei. Erfreulicherweise habe er erreicht, daß die Tschenstochauer Gruben, obwohl sie künftig außerhalb der neuen Grenze liegen, zollfrei ihre Erze nach Tschenstochau liefern dürfen. Die beiden Hochöfen in Tschenstochau würden auch wieder in Betrieb genommen werden.

Was die Sowjettransporte angehe, so die Tatsache von großer Wichtigkeit, daß das Generalgouvernement einen Personenverkehr mit Sowjetrußland nur über die Linie Warschau-Malkinia haben, also Malkinia der einzige Grenzbahnhof sein werde. Die Russen seien nicht gewillt, Proszemysl zum Grenzbahnhof zu machen, jedoch sei es auch für das Generalgouvernement günstig, wenn es nur einen Grenzbahnhof für Personenverkehr gebe. Der Güterverkehr mit Sowjetrußland sei nicht nur allgemein politisch - zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion -, sondern vor allem auch vom Standpunkt des Generalgouvernements von höchster Wichtigkeit. Die Sowjetrussen hätten über den Bahnhof Proszemysl Getreide und Öl in Marsch gesetzt, was eine gewaltige Einnahmequelle für die Ostbahn bedeute. Der Ostbahn bringe dieser Güterverkehr größere Einnahmen als der gesamte übrige Verkehr. Er habe auch einen Brief vom Staatssekretär Landfried erhalten, in welchem der Erwartung Ausdruck gegeben werde, daß das Generalgouvernement das Reich an diesem Gewinn werde teilnehmen lassen. Er habe auf dieses Schreiben erwidert, er würde auch grundsätzlich bereit sein, sich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, nehme aber als selbstverständliche Voraussetzung an, daß das schwer um seine Existenz ringende Generalgouvernement dadurch einen Ausgleich erhalte, daß das Reich die aus dem Generalgouvernement weggeführten Lokomotiven, Eisenbahnwaggons, Speisewagen usw. dem Generalgouvernement zurückvergüte. Darauf habe er bisher keine Antwort erhalten.

Daß das Generalgouvernement den Betrieb der Ostbahn habe, sei auch für das Clearing von großer Wichtigkeit. Hier habe es eine Zeitlang sehr besorgniserregend ausgesehen: die Schuld des Generalgouvernements gegenüber dem Reich habe etwa 170 Millionen Zloty betragen. Das sei umso bedenklicher, wenn man sich vor Augen halte, daß für alle Beamten die Gehälter an das Reich zurückvergütet werden müssen, und das devisenpolitische Verfahren jede Einfuhr von einer Genehmigung abhängig mache. Zur Zeit stehe es jedoch mit dem Clearing sehr günstig, das Generalgouvernement habe keine gefährliche Belastung, und außerdem habe das Reich einen Kredit von 50 Millionen Zloty eingeräumt.

Ein wunder Punkt sei die Treuhandstelle Ost. Winkler habe sich beim Reichswirtschaftsministerium darüber beschwert, daß die Behörden des Generalgouvernements seine Lage rigoros verschlechterten und ihm keine Auskünfte erteilt würden. Das sei aber korrigiert worden, umsomehr, als durch die Berufung des Herrn Dr. Emmerich die Beziehungen zum Reich sehr gut seien.

Daß nunmehr 3 AOK mit einem Generalfeldmarschall in das Gebiet des Generalgouvernements kämen, bedeute an sich eine Bestätigung dieses Gebietes als Reichsgebiet. Es bedeute darüber hinaus aber auch, daß das Generalgouvernement in absehbarer Zeit infolge der Ungunst oder auch einer besonderen Gunst der weltpolitischen Lage Aufmarschgebiet werden könne. Das Otto-Programm habe ja auch den Sinn, daß man diese halbe Milliarde in das Gebiet hereinbringe, um den Aufmarsch in jeder Weise zu ermöglichen. Auf Befehl des Führers sei auch die Arbeit an den Truppenübungsplätzen eingestellt, auch die Hallen würden nicht weitergebaut. Die Wehrmacht habe auch die Weisung erhalten, sich in keiner Weise mehr auf diesem Gebiet zu betätigen.

(Der Herr Generalgouverneur gibt hierauf das Schreiben an die Dienststellen des Generalgouvernements betreffend die Durchführung des Otto-Programms bekannt.)

In der Aussprache nimmt zunächst Gouverneur Dr. Wächter das Wort. Er führt aus, ~~was~~ es erfreulich sei festzustellen, wie es auf allen Gebieten vorwärts gehe. Langsam zeige sich jetzt der Erfolg einer 7-monatigen Arbeit.

Die Hauptschwierigkeit liege nach wie vor in der Ernährungsfrage, die gerade im Zusammenhang mit dem Hereinströmen von Militär und Arbeitskräften sehr brennend werden würde. Leider sei die Getreideernte in diesem Jahr sehr schlecht, und nach den Erfahrungen des vorigen Winters sei man in größter Sorge, wie die Bevölkerung im kommenden Winter mit Brot versorgt werden solle. Auch bei einer weitgehenden Herabsetzung der Brotration für die Polen werde es unmöglich sein, ohne eine entsprechende Hilfe des Reiches auszukommen. Besser stehe es mit dem Vieh. Hier werde man mit dem vorhandenen Bestand auskommen, wenn man auch große Eingriffe vornehmen müssen. Die Kreis- und Stadthauptmänner führten Klage darüber, daß sie kaum die Solls, die man ihnen auferlegen müsse, erfüllen könnten, um die Ernährung der Stadtkreise und der Deutschen sicherzustellen.

6

sicherzustellen. Man müsse schon an die Viehbestände als solche herangehen und vielfach Milchkühe und Jungvieh schlachten. Man sei aber gezwungen, so vorzugehen, wenn man nicht auch hier einen entsprechenden Zuschuß erhalte. Eine besondere Schwierigkeit biete der große Mangel an Milchkannen.

Sehr mangelhaft sei die Versorgung mit Schweinen. Dagegen sei die Versorgung mit Eiern recht gut. Es seien wesentlich mehr Eier aufgebracht worden, als man erwartet habe, auch sei die Einlagerung gut vor sich gegangen.

Die Mitarbeit der Bevölkerung auf dem Lande sei eigentlich überraschend gut gewesen. Die Kreishauptmänner hätten ihre Woiws zusammengerufen, hätten sie aufgeklärt, und die Bauern hätten dann auch durchaus guten Willen gezeigt.

Große Sorgen bereite ihm die Beamtenfrage. Unter der Beamenschaft herrsche in zunehmendem Maße eine gewisse Unruhe, und man finde vielfach bei den Beamten die Einstellung: sie seien zwar in der unmittelbaren Kriegssituation außerhalb des Reiches gewesen, würden jetzt aber wieder ins Reich zurückgehen. Von maßgeblichem Einfluß auf die Stimmung der Beamten sei vor allem die Unsicherheit über die kommende Entwicklung, über die Möglichkeit, im Generalgouvernement zu bleiben, über die Einstufung in den Stellenplan usw. Die Gouverneure seien aufgefordert worden, für diesen Stellenplan Vorschläge zu machen. Das geschehe, und inzwischen werde ja auch die bekannte Kommission zusammentreten. In diesem Zusammenhang weise er auf den Runderlaß des Stadtrats Lederle hin, der in den interessierten Kreisen einiges Aufsehen erregt habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt sein Befremden über die Herausgabe dieses Runderlasses Ausdruck und stellt in Aussicht, daß er bei der morgigen Abteilungsleitersitzung den Runderlaß entsprechend korrigieren werde.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet dann über die Tätigkeit des polnischen Baudienstes. Zur Zeit seien 4 000 Mann in diesem Baudienst beschäftigt, und man dürfe wohl annehmen, daß gerade im Hinblick auf die Durchführung des Otto-Programms der polnische Baudienst ausgebaut werden müßte.

Der Herr Generalgouverneur hält eine Förderung des polnischen Baudienstes nicht für geboten. Es dürfe für die Polen sich nicht die Möglichkeit ergeben, beim Marsch zur Arbeitsstätte polnische Lieder zu singen. Er halte die Zahl von 4 000 Mann

für

für völlig ausreichend und sei der Meinung, daß man im übrigen einer weiteren Entwicklung des polnischen Baudienstes mit größter Vorsicht gegenüberstehen müsse. Der Führer habe sich auch sehr scharf gegen den tschechischen Arbeitsdienst ausgesprochen. Solche politischen Fragen zu beurteilen, seien die Arbeitsführer nicht imstande, da sie keine Politiker seien. Es sei doch ganz klar: je mehr die Polen gedrillt seien, um so gefährlicher seien sie. Politisch gesehen stelle also diese Art von Ausbildung der Polen eine gewisse Gefahr dar.

Wächter führt Gouverneur Dr. Lasch an:

Auf dem Gebiete der Polizei sei eine wesentliche Besserung eingetreten, insofern, als doch wesentlich mehr Einzeldienst als bisher geleistet werde.

Die Judenabwanderung aus Krakau habe offenbar leider nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. Es lasse sich eben nicht vermeiden, daß Teile der jüdischen Bevölkerung wieder nach Krakau zurückkämen. Nach Einführung von Kennkarten werde eine bessere Kontrollmöglichkeit gegeben sein. Es müsse aber andererseits auch festgestellt werden, daß sich die Kreishauptmänner vielfach über eine starke jüdische Zuwanderung beklagten.

Abschließend bittet Gouverneur Dr. Wächter, dafür Sorge zu tragen, daß die Polizei besser mit Motorfahrzeugen ausgestattet werde.

Gouverneur Dr. Lasch kann ebenfalls berichten, daß sich die Verhältnisse im Distrikt Radom wesentlich gebessert hätten. Die Arbeit gehe in allen Städten und auch auf dem flachen Lande voran. Was die Ernährungsfrage angehe, so sei man im Distrikt Radom bemüht, seinen Beitrag nach Möglichkeit zu leisten. Leider ergeben sich aber gewisse Schwierigkeiten besonders im Hinblick auf den Waggonmangel beim Transport von Saatgut und Düngemitteln. Im übrigen herrsche auf dem Gebiete der Ernährung im Distrikt Radom dasselbe Verhältnis wie im ganzen Generalgouvernement. Die Verteilungsdecke sei sehr knapp, das Volk habe nicht viel zu essen, auch beklagten sich die Volksdeutschen über ungenügende Rationen.

Man bemühe sich, die Textilfabriken im Distrikt wieder voll in Betrieb zu nehmen. Man müsse nun allerdings zu seinem Befremden feststellen, daß gewisse Monopolfirmen in Litzmannstadt als Aufkäufer für das Generalgouvernement auftreten. Diese ehemaligen Exportfirmen aus Bremen und Hamburg kauften in Litzmannstadt Textil-

waren

für völlig ausreichend und sei der Meinung, daß man im übrigen einer weiteren Entwicklung des polnischen Baudienstes mit größter Vorsicht gegenüberstehen müsse. Der Führer habe sich auch sehr scharf gegen den tschechischen Arbeitsdienst ausgesprochen. Solche politischen Fragen zu beurteilen, seien die Arbeitsführer nicht imstande, da sie keine Politiker seien. Es sei doch ganz klar: je mehr die Polen gedrillt seien, um so gefährlicher seien sie. Politisch gesehen stelle also diese Art von Ausbildung der Polen eine gewisse Gefahr dar.

Wächter führt Gouverneur Dr. Waschter:
Auf dem Gebiete der Polizei sei eine wesentliche Besserung eingetreten, insofern, als doch wesentlich mehr Einzeldienst als bisher geleistet werde.

Die Judenabwanderung aus Krakau habe offenbar leider nicht den gewünschten Erfolg gezeitigt. Es lasse sich eben nicht vermeiden, daß Teile der jüdischen Bevölkerung wieder nach Krakau zurückkämen. Nach Einführung von Kennkarten werde eine bessere Kontrollmöglichkeit gegeben sein. Es müsse aber andererseits auch festgestellt werden, daß sich die Kreishauptmänner vielfach über eine starke jüdische Zuwanderung beklagten.

Abschließend bittet Gouverneur Dr. Waschter, dafür Sorge zu tragen, daß die Polizei besser mit Motorfahrzeugen ausgestattet werde.

Gouverneur Dr. Lasch kann ebenfalls berichten, daß sich die Verhältnisse im Distrikt Radom wesentlich gebessert hätten. Die Arbeit gehe in allen Städten und auch auf dem flachen Lande voran. Was die Ernährungsfrage angehe, so sei man im Distrikt Radom bemüht, seinen Beitrag nach Möglichkeit zu leisten. Leider ergeben sich aber gewisse Schwierigkeiten besonders im Hinblick auf den Waggonmangel beim Transport von Saatgut und Düngemitteln. Im übrigen herrsche auf dem Gebiete der Ernährung im Distrikt Radom dasselbe Verhältnis wie im ganzen Generalgouvernement. Die Verteilungsdecke sei sehr knapp, das Volk habe nicht viel zu essen, auch beklagten sich die Volksdeutschen über ungenügende Rationen.

Man bemühe sich, die Textilfabriken im Distrikt wieder voll in Betrieb zu nehmen. Man müsse nun allerdings zu seinem Befremden feststellen, daß gewisse Monopolfirmen in Litzmannstadt als Aufkäufer für das Generalgouvernement auftreten. Diese ehemaligen Exportfirmen aus Bremen und Hamburg kauften in Litzmannstadt Textil-

waren

Textilwaren aller Art für das Generalgouvernement. Sie lehnten den Abschluß von Geschäften zum Teil ab, weil sie für sie keinen Gewinn brächten. Diese Geschäfte seien aber für den Distrikt notwendig, denn für ihn sei jeder Anzug von Wichtigkeit. Die Bremer und Hamburger Firmen hätten überdies erklärt, daß sie mit Kriegsende das Gebiet wieder verlassen würden. Die Litzmannstädter Kaufleute legten aber Wert darauf, dauernde Geschäftsbeziehungen mit solchen Firmen zu unterhalten. Alles in allem müsse man zu dem Schluß kommen, daß nicht alle Geschäfte nur über diese Monopolfirmen getätigt werden dürfen.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Eigenproduktion des Generalgouvernements so stark wie möglich gemacht werde. Vor allem brauche man ein einfaches, aber doch brauchbares und derbes Arbeitsgewand.

Gouverneur Dr. Lasch vermittelt dann ein Bild von der Tomaschower Textilindustrie, die er kürzlich besichtigt habe. Die Textilindustrie liege vorwiegend in Händen von volksdeutschen Familien, die z.B. schon 150 bis 170 Jahre in dieser Gegend wohnten. Es handle sich um ungefähr 20 volksdeutsche Großunternehmen mit etwa 2 000 volksdeutschen Arbeitern. Die volksdeutsche Landbevölkerung müsse die Gegend ganz ohne Rücksicht auf die Grenzziehung verlassen, da sie sich von dem kärglichen Boden nicht ernähren könne; aber die volksdeutschen Inhaber der Textilbetriebe sollten doch wohl in Tomaszow bleiben. Die Aufrechterhaltung des Betriebes sei nur mit den volksdeutschen Arbeitern möglich.

Die Verhältnisse in Tschenschow hätten sich etwas gebessert. Insbesondere sei er dankbar dafür, daß die Zeche wieder arbeite und eine ganze Reihe von Arbeitslose in Lohn und Brot gekommen sei.

Die Stimmung der polnischen Bevölkerung im Distrikt Radom sei nicht so schlecht wie vielleicht in anderen Teilen des Landes. Die Landarbeiter und überhaupt die Landbevölkerung seien im allgemeinen ziemlich zufrieden. Hier müsse allerdings auch mit einer Schulung begonnen werden. Bei der Aufbringung des Solls würden oft tausende von Doppelzentnern nachts bei Müllern oder auf dem Wege zu den Mühlen beschlagnahmt. Auch hinsichtlich der Aufbringung des Viehes beständen eigentlich keine Schwierigkeiten. Die Polizei stehe jederzeit zur Verfügung, sie greife schlagartig zu und biete so den Kreishauptmännern eine wirksame Hilfe.

Eine

Eine ganze Reihe von Städten habe inzwischen ein ganz anderes Gesicht bekommen. Auch der Straßenbau zeige ganz erhebliche Fortschritte.

Auf den Gebieten der Gesundheitspflege, des Veterinärwesens, der Forstwirtschaft und der sozialen Arbeit seien die Verhältnisse ungleich besser als jemals in Polen. Der Abtransport von Hölzern begegne allerdings erheblichen Schwierigkeiten. Was die Vermittlung von Arbeitskräften nach dem Reich angehe, so stehe der Distrikt Radom wohl an zweiter Stelle. In Bezug auf die allgemeine Sicherheit scheine sich in letzter Zeit wieder eine Organisation bemerkbar zu machen. Man habe deshalb auch eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Jedenfalls werde aber der Sicherheitsdienst scharf durchgeführt, wie man überhaupt sehen müsse, daß im Distrikt Radom die Polizei und vor allem auch der Sicherheitsdienst tatkräftiger sei als die Abwehrstellen des Heeres.

Eine Hauptaufgabe sei die Schaffung von Wohnungen für Beamte und Angestellte. Er bitte zu genehmigen, daß in der Stadt Radom ein Wohnzentrum für die Deutschen errichtet werde, und halte es für richtig, daß die Ostbahn und die Postverwaltung eigene Siedlungen errichte. Die Errichtung dieses Wohnzentrums mit einer deutschen Schule und einem deutschen Krankenhaus werde natürlich viele Millionen kosten. Er habe darüber bereits mit Finanzpräsidenten Spindler gesprochen. In dieses neue Wohnviertel solle eine große breite Straße führen, die nach Herstellung der Brücke durch Pioniere der Wehrmacht zum 1. November fertiggestellt sein werde. Weiter bedürfe es eines Kasernenbaues für die Polizei.

In diesem Zusammenhang stellt der Herr G e n e r a l g o u - v e r n e u r die grundsätzliche Forderung, daß alle Bauten, die mehr als 20 000 Zloty kosteten, der Finanzabteilung mitgeteilt werden müßten.

Gouverneur Dr. Lasch bemerkt, daß er zwei Bauten habe in Angriff nehmen lassen, bei denen er Finanzpräsidenten Spindler gebeten habe, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Baupläne erst später eingereicht werden. Es handele sich da um das Theater und den Ausbau des Dienstgebäudes. In allen anderen Fällen sei er natürlich stets bereit, die Pläne vorher vorzulegen. Die allgemeine Wirtschaftslage sei so, daß die Unternehmungen sehr viel zu tun hätten. Jetzt sei wieder ein neues Programm aufgestellt worden. Der Distrikt

Radom

Radom wäre auch in der Lage, für die Ostbahn Eisenbahnoberbaumaterial herzustellen. Präsident Gerteis berufe sich allerdings darauf, daß er dieses Material aus dem Reich billiger beziehen könne.

Bei einem Betriebsappell habe er den Beamten gesagt, daß sie im Generalgouvernement keineswegs schlechter gestellt seien als im Reich. Ein großer Teil der Beamten habe sich nunmehr auch entschlossen, im Dienste des Generalgouvernements zu bleiben. Selbstverständlich müsse der Stellenplan für die Beamten gewisse Vorteile bieten.

Die Wehrmacht stehe auf dem Standpunkt, daß sie auf den Trupperübungsplätzen absolut souverän sei, auch hinsichtlich der landwirtschaftlichen und forstlichen Nutzung. Er habe vorbehaltlich der Zustimmung des Herrn Generalgouverneurs den General Brauner gebeten, die Mengen, die auf diesen Flächen geerntet würden, dem Distrikt auf das Gesamtkontingent anzurechnen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt dazu, daß die Leiter der Abteilungen Ernährung und Forsten sich sehr scharf gegen diese Auffassung gewendet hätten. Er, der Generalgouverneur, werde auch die Erlaubnis dazu nicht geben, daß die Wehrmacht eigene landwirtschaftliche und forstliche Nutzungen ziehe. Allerdings gebe es im Reich Heeresforstämter und landwirtschaftliche Unternehmungen des Heeres, worauf man sich offenbar bei seinen Ansprüchen stütze. Man werde also vielleicht veranlaßt werden, nachzugeben, jedoch nur unter der Bedingung, daß das, was auf diesen Übungsplätzen geerntet werde, dem Generalgouvernement restlos angerechnet werde.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet über die Lage im Distrikt Warschau.

Die Verwaltung des Distrikts stehe nunmehr gefestigt da. Die Wirtschafts- und Ernährungslage verschlechtere sich eigentlich dauernd, und gerade in Warschau sei in dieser Beziehung kein Fortschritt festzustellen. Die Stadt Warschau selbst mache jetzt einen besseren Eindruck: die Läden hätten schöne Auslagen, die Fensterscheiben seien wieder eingesetzt, aber die Preise seien noch immer enorm hoch, sodaß sich von der Bevölkerung eigentlich niemand etwas kaufen könne. In Wirklichkeit sei also kein normales Geschäftsleben

11

Geschäftsleben vorhanden. Das hänge eben mit der allgemeinen Lage der Stadt Warschau zusammen: die Industrie sei zum großen Teil zum Stillstand gekommen, Arbeitsmöglichkeiten für die Bevölkerung seien kaum vorhanden. Auch der Abbruch zerstörter Häuser könne mangels Transportmöglichkeiten vorläufig noch nicht in großem Maße vorgenommen werden. Auch seien die finanziellen- und die Eigentumsfragen noch nicht geklärt. Die Stadt leide unter großen finanziellen Schwierigkeiten, für die auch die Finanzabteilung keine Abhilfe wisse. Man rechne mit einem Fehlbetrag von 18- bis 20 Millionen Zloty.

Der Herr Generalgouverneur befürchtet trotz alledem keine absolute Katastrophe. Über ein Defizit von 20 Millionen lasse sich leichter reden als über ein solches von 200 Millionen. Dieses Defizit werde eben gedeckt werden.

Gouverneur Dr. Fischer macht dann Mitteilungen über die gegenwärtige Einwohnerzahl der Stadt Warschau. Die Schätzungen seien sehr verschieden. Er halte jedenfalls eine Einwohnerzahl von 1,8 Millionen für zu hoch. Man nehme vielmehr an, daß die Stadt Warschau 1,5 bis 1,6 Millionen Einwohner, davon 500 000 Juden, zähle. Wie sich die Bevölkerung ernähre, sei ihm nicht klar. Die meisten Menschen lebten offenbar von trockenem Brot und Kaffee, Gemüse könnten sie sich wegen des hohen Preises kaum kaufen. Es gebe allerdings auch noch wohlhabende Kreise, die auf Schleichwegen sich Nahrungsmittel mit Hilfe der jüdischen Schieber zu verschaffen wüßten. Große Schwierigkeiten bereite die Behandlung der Juden. Er beabsichtige, die Juden, die den Nachweis führen könnten, daß sie irgendwo in der Stadt beschäftigt seien, aus dem Ghetto herauszulassen. Das gelte vor allem für die jüdischen Handwerker. Im übrigen müsse das jüdische Element natürlich nach Möglichkeit zurückgedrängt werden, und hier komme alles darauf an, daß die Polizei tatkräftigst einschreite. Die Juden müßten um 20 Uhr in ihren Häusern sein, für die übrige Bevölkerung sei die Polizeistunden auf 22 Uhr festgesetzt.

In diesem Zusammenhang ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß die Polizeistunde einheitlich für das Generalgouvernement auf 23 Uhr festgesetzt werde. Für die Juden solle jeweils eine besondere Regelung nach Lage der Verhältnisse in den Distrikten getroffen werden.

Gouverneur

Gouverneur Dr. Fischer spricht nun über die Sicherheitslage im Distrikt Warschau. Leider seien viele Verhaftungen auch von Beamten erfolgt, die im Dienst des Distrikts bzw. der Stadt Warschau ständen. Es gehe nicht an, daß ein Pole, der im Dienst des Distrikts stehe, im Vollzug einer allgemeinen Verhaftungsaktion verhaftet werde, es sei denn, daß ein Verdacht gegen den Betreffenden vorliege. In Warschau habe man sogar den Bürgermeister verhaftet.

SS-Obergruppenführer Krüger teilt mit, daß sich die Widerstandsbewegung wieder einigermaßen verstärkt habe. Auf Grund von Festnahmen und Vernehmungen sei festzustellen, daß sich auch weitere polnische Kreise in der Bewegung betätigten. Daß Polen, die bei deutschen Behörden beschäftigt seien, unter Umständen auch festgenommen würden, lasse sich nicht verhindern. Sie würden ja auch freigelassen, wenn später festgestellt werde, daß gegen sie kein Verdacht vorläge.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß, wenn ein im Dienst des Generalgouvernements stehender polnischer Angestellter seinen Ausweis vorzeige, die Polizei die vorgesetzte Behörde auf schnellstem Wege zu verständigen habe, warum der Betreffende verhaftet sei und wie lange das Verfahren gegebenenfalls dauere.

Gouverneur Dr. Fischer nimmt dann weiter auf eine Äußerung des Stadtrats Lederle Bezug, nach welcher die Zuständigkeit der Verwaltungspolizei auf den Höheren SS- und Polizeiführer übergehen solle.

Sodann betont Gouverneur Dr. Fischer die Notwendigkeit des Wiederaufbaues der zerstörten Kreisstädte. Dieser Aufbau werde einen Anreiz auf die Bewohner Warschaus ausüben, diese Stadt zu verlassen. Er habe deshalb angeordnet, daß eine entsprechende Planung für den Wiederaufbau ausgearbeitet werde.

Gouverneur Dr. Zörner berichtet über die Lage im Distrikt Lublin. Auch in diesem Distrikt beständen im großen und ganzen die gleichen Probleme wie in den anderen Distrikten. Für die Frage der Ernährung sei es von großer Bedeutung, daß sich jetzt im Bezirk Lublin 120 000 Mann der Wehrmacht befänden. Augenblicklich sei es so, daß von den monatlich abgelieferten 3600 Rindern die Wehrmacht allein 2400 Rinder erhalte. Die Getreideablieferung sei bis jetzt zufriedenstellend gewesen: bis jetzt seien 40 000 Tonnen Brotgetreide abgeliefert worden. Es würde auch noch mehr abgeliefert

abgeliefert werden, wenn die Ostbahn die notwendigen Fahrzeuge stellen könnte. Der Schleichhandel habe neuerdings wieder einen großen Umfang angenommen, und dabei werde vielfach mit gefälschten Frachtbriefen gearbeitet. Hier müßte der Polizei eine entsprechende Kontrollmöglichkeit gegeben werden.

Gouverneur Dr. Lasch bemerkt, daß im Distrikt Radom 2 Bahnhöfe bestimmt worden seien, wo die Polizei die Genehmigung habe, eine Kontrolle durchzuführen.

SS-Obergruppenführer Krüger hält eine genaue Kontrolle der Frachtbriefe und eine Feststellung der Zielstation für unbedingt notwendig. Darin liege die einzige Möglichkeit, die Bestimmungen der Ostbahn zu lockern.

Der Herr Generalgouverneur will für diese Regelung eine Norm geschaffen sehen, damit sie für das ganze Generalgouvernement Geltung habe.

In diesem Zusammenhang bringt Gouverneur Dr. Zörner Wünsche nach einer Verbesserung des Fahrplanes der Ostbahn zum Vortrag.

Weiter führt Gouverneur Dr. Zörner Beschwerde über eine mangelhafte Bewachung des Straßenverkehrs besonders in der Nachtzeit. Gerade der Verkehr mit Panje-Wagen müsse durch die Ordnungspolizei mehr als bisher überwacht werden. - Für die Ergreifung von Polen, die polnische Polizeibeamte überfallen oder erschossen hätten, habe er Belohnungen bis zu 100 Zloty ausgesetzt; er habe auch dafür Sorge getragen, daß die Ausschreibung dieser Belohnungen unter der Bevölkerung bekannt gemacht werde. - Der Bau einer Polizeikaserne in Lublin sei unbedingt notwendig, da die Unterbringung der Polizeimannschaften in den Privathäusern auf die Dauer unzweckmäßig sei.

Zörner
G Gouverneur Dr. Wächter nimmt dann zur Währungsfrage Stellung und gibt dabei seiner Meinung Ausdruck, daß der Zloty zu hoch bewertet sei.

Der Herr Generalgouverneur geht nun auf die Frage ein, ob die Gouverneure ab 1. Januar 1941 gegeneinander ausgetauscht werden sollen.

Gouverneur Dr. Wächter bittet, diesen Plan nicht durchzuführen, da man jetzt mitten im Aufbau stehe. Man habe sich in monatelanger mühevoller Arbeit die einzelnen Mitarbeiter erzogen, die

14

die gerade in den wichtigeren Positionen ständen. Eine Änderung in der Leitung des Distrikts würde eine neue Unsicherheit mit sich bringen.

Auch Gouverneur Dr. Lasch ist der Meinung, daß dieser Wechsel zur Zeit noch nicht eintreten könne. Auftragsgemäß sei im Distrikt Radom eine ganze Reihe von großen Bauvorhaben in Angriff genommen, und es würde nicht förderlich für die Entwicklung sein, wenn er jetzt aus dieser Arbeit herausgerissen würde.

Gouverneur Dr. Fischer stellt sich auf den gleichen Standpunkt.

Gouverneur Dr. Zörner hat sich zwar mit dem Gedanken eines Wechsels in der Leitung der Gouvernements vertraut gemacht, würde es aber auch sehr begrüßen, wenn er vorläufig noch im Distrikt Lublin bleiben könnte.

Staatssekretär Dr. Bühler glaubt angesichts der Entwicklung der letzten Monate ebenfalls feststellen zu können, daß eine Stabilität in der Personalbesetzung eine Gewähr für ein gutes Fortschreiten der Arbeiten gibt. Er halte deshalb eine "Wachablösung" nach einem Jahr für verfrüht.

SS-Obergruppenführer Krüger ist auch der Ansicht, daß von der personellen Zusammensetzung einer Behörde sehr viel abhängt. Ihn interessiere diese Frage vor allem im Zusammenhang mit der Arbeit der SS- und Polizeiführer, auf deren Mitarbeit die Gouverneure genau so wenig verzichten wollen wie auf die Mitarbeit ihrer Amtschefs.

Der Herr Generalgouverneur vertagt hierauf die Regelung dieser Frage auf den 1. Juli 1941.

Bevollmächtigter Dr. Heuber weist darauf hin, daß seine Dienststelle den Distrikten doch eine gute Hilfe z.B. hinsichtlich der Beschaffung von Personal, von Material usw. geleistet habe. Leider kämen immer noch aus den verschiedenen Gebieten Personen ins Reich und würden dort Arbeitskräfte und setzten auch Anzeigen in die Zeitung. Die Folge sei, daß man niemals den wahren Personalbestand beurteilen könne, daß bei der Werbung auch Versprechungen gemacht würden, die nicht gehalten werden. Besonders
von

von der Abteilung Landwirtschaft würden Schoffeuere, Stenotypistinnen, landwirtschaftliche Rechnungsführer, Verwaltungsbeamte usw. gesucht. Hierfür müßte vielleicht eine Zentrale geschaffen werden.

Weiter weist Bevollmächtigter Dr. Heuber auf die Notwendigkeit hin, eine Regelung in der Frage der Beschaffung von Automobilen für das Generalgouvernement zu treffen. In Berlin sei darüber bereits eine Einigung erzielt worden. Mit Hilfe des Nahverkehrsbevollmächtigten werde ein Kontingent aufgestellt werden, das in Zukunft für Fahrzeuge und Bereifung maßgebend sein solle.

Gouverneur Dr. Fischer führt Beschwerde darüber, daß Treuhänder im Gebiet des Generalgouvernements Wagen aufkauften und sie dann ins Reich brächten. So würden auch von der Treuhandverwaltungsgesellschaft in Warschau alte Wagen ausgeschlachtet und das Material nach dem Reich geschafft.

SS-Obergruppenführer Krüger bemerkt dazu, daß die Dienststelle des Generals Bührmann die alten Warschauer Fahrzeuge für den Vierjahresplan in Anspruch genommen habe. Sie seien dann von der Wehrmacht ausgeschlachtet und wieder in Gebrauch genommen worden.

Der Herr Generalgouverneur will dafür Sorge getragen wissen, daß solche Wagen für das Generalgouvernement Verwendung finden. Vor allem gelte das für Lastwagen.

Bevollmächtigter Dr. Heuber geht dann auf die Frage der Berufung von Rechtsanwälten in das Generalgouvernement ein. Zahlreiche Anwälte aus dem Reich bestürmten seine Dienststelle mit Anträgen nach einer Betätigungsmöglichkeit im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur verweist auf eine von ihm unterzeichnete Verordnung über die Zulassung von deutschen Anwälten.

Gouverneur Dr. Fischer führt Klage über das Gebaren mancher Treuhänder, die im Generalgouvernement viel Geld verdienten und deren Haltung in den Kreisen der Beamtenschaft Unruhe hervorrufe.

Auch SS-Obergruppenführer Krüger hat ähnliche Beobachtungen gemacht: Manche Treuhänder hätten sich tatsächlich sehr unliebsam aufgeführt. Sie verdienten große Geldsummen, um dann aus dem Generalgouvernement zu verschwinden.

Bevollmächtigter

Bevollmächtigter Dr. Heuber berichtet weiter über die Tätigkeit seiner Dienststelle und gibt dabei dem Wunsche Ausdruck, nach Möglichkeit auch von den Distriktschefs über die Verhältnisse in den Distrikten unterrichtet zu werden. In seiner Berliner Dienststelle herrsche ein lebhafter Besucherverkehr; man wolle alles mögliche wissen, wolle Auskunft haben über Zollfragen, Wirtschaftsfragen, Einreisemöglichkeiten usw.

In diesem Zusammenhang wird die Zollfrage behandelt.

Gouverneur Dr. Zörner hebt dabei hervor, daß die Schaffung eines neuen Zolltarifs umfangreiche Vorarbeiten voraussetzen würde.

Brigadeführer Streckenbach nimmt zu der Frage Stellung, ob bei Verhaftungen von polnischen Beamten die zuständige Behörde unverzüglich verständigt werden könne, und weist darauf hin, daß diese Verständigung erst nach vollzogener Festnahme stattfinden könne.

Was die allgemeine politische Lage angehe, so seien ernste oder bedenkliche Einzelfälle zur Zeit nicht festzustellen. Die Lage sei verhältnismäßig unverändert: die Bevölkerung sei ruhig, die Ernährungslage allerdings schlecht, auch die Stimmung in der Industrie sei nicht besonders zufriedenstellend. Unverkennbar sei der Ansatz zu einer neuen Organisation der polnischen Widerstandsbewegung, und zwar diesmal weniger in Gestalt einer festen Organisation, sondern einer Organisation, die es sich zur Aufgabe mache, zunächst den geistigen Boden für die Bewegung vorzubereiten. Die Reaktion der Bevölkerung auf diese Propaganda sei ebenfalls unverkennbar. Was zur Zeit wieder an Flugblättern und Aufrufen durch die Bevölkerung gehe, sei zahlenmäßig nicht gering. Leider habe man die Quellen noch nicht gefunden. Die Tendenz der Flugblätter sei sehr einheitlich, trotzdem offenbar die Flugblätter in verschiedenen Städten hergestellt würden.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, ob man nicht sämtliche Druckereien ausheben solle.

Gouverneur Dr. Fischer weist darauf hin, daß die Druckereien sämtlich unter Kontrolle ständen, es sei denn, ~~daß es sich~~, daß es sich, wie es bei solchen Druckereien, die gefälschte Banknoten herstellten, der Fall sei, um Geheimdruckereien handele.

Es wird dann kurz zur Frage der Festsetzung der Polizeistunde Stellung genommen. Allgemeines Einverständnis herrscht darüber, daß für Polen die Polizeistunde auf 23 Uhr, für Juden auf 20 bzw. 19 Uhr festgesetzt werden solle.

Die von Gouverneur Dr. Lasch erwähnte Tatsache, daß an gewissen Denkmälern Blumen niedergelegt werden, veranlaßt den Herrn Generalgouverneur, anzuordnen, daß abgesehen von Denkmälern wie etwa dem des unbekannten Soldaten solche zu entfernen seien, die dem Andenken an Aufständische gewidmet sind.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Brigadeführer Streckenbach, daß er seinerzeit eine Vorlage über die nach dem Reich verschickten polnischen Arbeiter gemacht habe. Mittlerweile sei er zu der Überzeugung gekommen, daß die Arbeiter vorläufig aus dem Reich nicht herauskommen würden. Schon die gegenwärtige Wirtschaftslage im Reich lasse das völlig unmöglich erscheinen. Auch müsse man bedenken, daß durch die in das Generalgouvernement zurückkehrenden polnischen Arbeiter eine gewisse Unruhe ins Land gebracht würde, dies umsomehr, als man habe feststellen können, daß die Polen im Reich vielfach einen Unruheherd darstellten. Deshalb habe man auch im Reich für einzelne Großbetriebe besondere Arbeitslager eingerichtet, so bei den Hermann-Göring-Werken, bei den Hydrier-Werken in Stettin. Sonst könne man über das Verhalten der polnischen Arbeiter im Reich nicht klagen, besonders was die Landarbeiter angehe. Auch seien Sabotageakte kaum vorgekommen. Anders lägen die Dinge allerdings dort, wo große polnische Arbeitermassen zusammengeballt seien, wie z.B. beim Bau der großen Schleuse in Wilhelmshafen, bei dem 22 000 Polen und 15 000 Tschechen beschäftigt seien, oder bei den Hermann-Göring-Werken in Salzgitter, in denen sogar 48 000 Polen und 14 000 Tschechen arbeiteten.

(Hierauf tritt eine Mittagspause ein.)

Nach der Mittagspause wird zunächst zur Ernährungsfrage Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur teilt einleitend mit, daß er einen Brief vom Reichsminister Darré erhalten habe, nach welchem angesichts der Ernährungslage des Reiches und der besetzten Gebiete das Reich völlig außerstande sei, dem Generalgouvernement zu helfen.

Landesbauernführer Körner gibt nunmehr einen eingehenden Bericht über die Ernährungslage des Generalgouvernements.

Was zunächst die Getreidewirtschaft angehe, so habe man von Seiten der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft eine große Getreideumlage ausgeschrieben. Darauf sei von den Distrikten und Kreisen darüber Beschwerde geführt worden, daß diese Umlage auf Grund der früheren Erträge ohne Berücksichtigung der schlechteren Ernteerträge dieses Jahres ausgeschrieben worden sei. Ihm seien diese Beschwerden gegen die zentrale Festsetzung von Kontingenten auch auf dem Gebiete der Viehwirtschaft bekannt. Selbstverständlich könne man nicht auf jeden Rückschlag in den einzelnen Gebieten Rücksicht nehmen. Man habe eben die Kontingente genau so roh aufstellen müssen, wie es im Reich geschehen sei. Die Kontingente seien aber nicht so hoch ausgeschrieben worden, daß nicht auch die verlangten Mengen unter allen Umständen 100 %ig aufgebracht werden könnten. In diese Kontingente seien Reserven eingebaut. Im laufenden Jahre habe er einen Getreideumlagebedarf von etwa 700 000 Tonnen Brotgetreide. Die Menge, die man ausgeschrieben habe, beliefe sich aber ^{auf} weit über 1 Million ~~den~~ Tonnen. Der Umstand, daß sich die Getreideernte verspätet habe, habe zur Folge, daß man nicht die verlangten 30 % bis zum Ende August hereinbekomme, sondern genötigt sein werde, die Frist bis Mitte November zu verlängern. Heute habe man 80 000 Tonnen bereits in den Speichern, 30 000 Tonnen in den Mühlen. Er beurteile die Lage nicht als schlecht und hoffe, bis 15. September etwa 150- bis 160 000 Tonnen Brotgetreide an der Hand zu haben. Damit würde er schon zusätzliche Versorgungsmaßnahmen treffen können. Alles in allem glaube er annehmen zu können, daß man nicht in besondere Schwierigkeiten mit dem Brotgetreide kommen und nicht schlechter dastehen werde als im vergangenen Jahre.

Von

19

Von dem bis jetzt aufgebrauchten Getreide in der Gesamtmenge von 100 000 Tonnen sei allerdings ein Teil Hafer und Gerste. Er habe aber die Verabredung getroffen, daß Hafer und Gerste in Brotgetreide umgetauscht werde. Eine Streckung des Brotmehls ^{mit} oder Kartoffelmehls habe man in Betracht gezogen, doch könne man darüber erst disponieren, wenn man die Erträge der Ernte überblicken könne. Das Kartoffelmehl würde vom Reich zur Verfügung gestellt werden.

Er bitte, dafür Sorge zu tragen, daß die Textilien, die noch vorhanden seien, möglichst rasch an die Landbevölkerung gegeben würden. Schwierigkeiten seien dadurch aufgetreten, daß die Bauern nicht genügend Waagen haben und deshalb das Getreide nicht abgewogen werden könne. Das Getreide werde deshalb oft in feuchtem Zustand abgeliefert, wodurch dann wieder Lagerungskosten entstünden. Immerhin sei festzustellen, daß die Bauern tatsächlich ablieferten. Bauern, die bösen Willen zeigten, habe man in Haft genommen. Auch sonst täten die Kreishauptmänner alles, um diese Aktion möglichst zu fördern.

Was die Abgabe von Textilien angehe, so habe er festgestellt, daß immer noch ein gewisser Unterschied zwischen den Textilien, die gegen Bezugschein ausgegeben würden, und den Textilien gemacht werde, die gegen Ablieferungsbescheinigungen ausgegeben würden. Man lege dem Ablieferungsschein nicht den Wert bei, den man einem Bezugschein des Kreishauptmannes gebe. Es müßte nochmals eine Anordnung erlassen werden, in welcher auf die Notwendigkeit der schnellen Herausgabe von Textilien hingewiesen werde, bevor noch der Winter eintrete. Die Textilien, die jetzt an die Geschäfte abgegeben würden, beständen zumeist aus Sommerstoffen, die zum Teil durch die Hamburger Kaufleute hereingebracht worden seien. Was aber in den Lägern liege, seien Reste alter polnischer Stoffe, die für den Winter geeignet seien.

Was die Portionen für die Verbraucher angehe, so wolle man vorläufig an der einheitlichen Herausgabe festhalten. Sollte mehr Getreide erfaßt werden, als man ursprünglich habe annehmen können, dann könnten die Portionen erhöht werden.

Gouverneur Dr. Wächter betont, daß es für das Gebiet des Distrikts Krakau weniger auf die Höhe des Solls ankomme; denn es werde dafür gesorgt, daß es hereinkomme. Aber selbst wenn das Gesamtsoll erfüllt werde, so habe der Distrikt Krakau immer noch ein Defizit von ungefähr 90 000 Tonnen Brotgetreide. Deshalb müsse da-
für

dafür gesorgt werden, daß im Wege eines allgemeinen Ausgleichs die fehlenden Getreidemengen herbeigeschafft würden.

Landesbauernführer Körner zerstreut diese Bedenken mit dem Hinweis darauf, daß man sich zu diesem Zwecke die zentralen Läger geschaffen habe. Er habe sich einige 100 000 Tonnen zurückgelegt, mit denen er diesen Ausgleich herbeiführen könne. Die ganze Preisgestaltung hänge ja auch davon ab, daß er gleichmäßig Ware ausgeben könne. In der Wegnahme von Getreidemengen in den Kreisstädten gehe er rigoros vor. Er wende sich mit Entschiedenheit gegen die Auffassung der Kreishauptleute, sie müßten das Getreide in Speichern lagern. Er sei dagegen der Auffassung, daß die Aufspeicherung des Getreides nur zentral durchgeführt werden könne.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r wirft die Frage auf, ob es notwendig sei, für die Stadt Warschau ein besonderes Versorgungsgebiet zu schaffen. Der Distriktchef wolle für diesen Zweck einen Kredit von 3 Millionen RM bewilligt haben. Auch wünsche er Auskunft darüber zu erhalten, wie es zur Zeit mit dem Schleichhandel in Warschau stehe.

Landesbauernführer Körner bemerkt, daß die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft mit allen beteiligten Abteilungen, insbesondere der Polizei, der Ostbahn, der Post usw. im Anschluß an die letzte Wirtschaftsratsstagung lange Besprechungen gehabt habe. Man habe einen gemeinsamen Weg gefunden, auf dem nun an alle Polizeieinheiten, an die Ostbahn und die Postverwaltung ein Befehl herausgegeben worden sei. In Radom habe die zuständige Abteilung schon mit großem Erfolg die Bekämpfung des Schleichhandels aufgenommen. Auch in Warschau habe man schon beachtliche Erfolge erzielt. Auch gehe man jetzt energisch gegen die Mühlen vor, die vielfach den Schwarzhandel unterstützen, auch sehr schlecht ausmahlten und überhaupt für die moderne Volkswirtschaft kaum noch einen großen Nutzen brächten.

Die Ernte dieses Jahres sei schlecht gewesen. Während der Durchschnittsertrag in Polen bei Roggen 11,7 Doppelzentner je ha und bei Weizen 11 Doppelzentner betragen habe, werde man in diesem Jahr einen Ertrag von etwa 8,7 Doppelzentner im Durchschnitt erzielen. Die diesjährige Ernte liege etwa 25 % unter einer Durchschnittsernte der letzten Jahre.

Gouverneur

Gouverneur Dr. Fischer weist darauf hin, daß in der Gegend um Minsk und Lowitzsch die Ernte viel besser gewesen sei als im vorigen Jahr.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob nach Ansicht des Landesbauernführers aus dem Reich Getreide zu bekommen sei, verneint Landesbauernführer Körner. Er hebt weiter hervor, daß nach Besprechungen, die in der vorigen Woche stattgefunden hätten, für die Truppe ein Gesamtbedarf von etwa 68 000 Tonnen angemeldet worden sei. Solchen Anforderungen gegenüber müsse man natürlich eine gewisse Zurückhaltung an den Tag legen.

Der Herr Generalgouverneur weist auf seine Verpflichtung gegenüber dem Reich hin, für die Ernährung des Generalgouvernements aufzukommen. Dieses Versprechen habe er dem Reichsmarschall gegeben. Allerdings könne das Generalgouvernement nicht für zusätzliche Lieferungen an die Wehrmacht verantwortlich gemacht werden, sondern hier müsse das Reich helfen.

Landesbauernführer Körner bemerkt, daß die Wehrmacht einen Wochenbedarf von 525 Tonnen Fleisch habe, der aber aus dem Generalgouvernement nicht geliefert werden könne. Er könne sich auch unmöglich auf die dauernden Truppenverschiebungen einrichten, sondern müsse der Armeeintendantur bestimmten Mengen zu, wenn wieder eine Vermehrung des Truppenkörpers stattfinde. Andererseits habe man allerdings die volle Brotgetreideversorgung der Truppe übernommen. Er lasse sich allmonatlich von den Kreis- und Distriktstädten melden, wieviel Tonnen die Wehrmacht erhalten habe. Hinsichtlich der Versorgung mit Brotgetreide beständen also gegenüber der Truppe keine Schwierigkeiten.

Was die Versorgung der Truppe mit Fleisch angehe, so beständen im Distrikt Lublin besondere Verhältnisse. Hier erhalte die Wehrmacht die geforderten 20 % = 100 Tonnen in der Woche. Da aber der Distrikt Lublin gegenwärtig die besten Möglichkeiten für Fleischlieferungen biete, werde der Anteil der Wehrmacht auf etwa 60 % erhöht. Die Wehrmacht ersetze diese Menge durch Lieferungen für Warschau und Krakau. Man erhalte jetzt von der Wehrmacht z.B. Schweinefleisch in einer Menge, daß im Durchschnitt nicht mehr als die genannten 100 Tonnen in der Woche herauskommen.

Der

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß im Zuge des Otto-Programms eine Fülle von Arbeitern und Unternehmern neu in das Gebiet des Generalgouvernements einströmen werde.

Landesbauernführer Körner bemerkt, daß man schon für die Arbeiter des Straßenbaues und der Forsten Reserven eingesetzt habe. Im übrigen finde demnächst in Berlin eine Besprechung statt, in der die Frage erörtert werden solle, ob gewisse Zusatzleistungen an die Rüstungsbetriebe in Form von Fett und Fleisch gegeben werden können. Generalleutnant Schindler habe übrigens das Zugeständnis erhalten wollen, für einen Betrieb im Lande einen Zuschuß an Nahrungsmitteln kaufen zu können.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich ganz entschieden gegen solche Absichten. Die Leistungen des Landes müßten von einer einheitlichen Stelle ausgehen.

Landesbauernführer Körner geht dann auf die Frage der Viehwirtschaft über. Daß gegenwärtig in die Milchviehbestände stärker eingegriffen werde, liege in der Natur der Sache. An sich halte überhaupt jeder Bauer viel zu viel Vieh. Er dürfte statt 3 Kühe vielleicht nur 2 haben. Wenn der Bauer das Futter, das er bisher für 2 Kühe verwendet habe, an eine Kuh gebe, dann müßte sie täglich die doppelte Menge Milch geben. Er beabsichtige deshalb, überhaupt stark in die Viehbestände der Bauern einzugreifen, um auf der anderen Seite bessere und stärkere Bestände zu erzielen. Aus diesem Grunde werde ja auch Zuchtvieh eingeführt. Aus dem Reich seien eingeführt worden: 1395 Kühe, 96 Zuchtochsen, 674 Eber, 9817 Sauen, 48 000 Läufer und 31 000 Ferkel, 126 Schafböcke, 6016 Mutterschafe und 3200 Weideschafe. Mit der Schweineinfuhr hoffe man den Sauenbestand um 44 000 Stück^{zu} erhöhen und damit eine gewaltige Ausdehnung der Schweinehaltung herbeizuführen.

Das Gebiet der Eierwirtschaft zeige ein sehr günstiges Bild. Bis heute habe man 190 Millionen Stück Eier erfaßt, und zwar im Distrikt Krakau 97,5 Millionen, im Distrikt Lublin 56,5 Millionen, im Distrikt Radom 28,5 Millionen und im Distrikt Warschau 7,5 Millionen. Bis jetzt seien 97 Millionen Stück Eier eingelagert, in Krakau lägen 52 Millionen, in Lublin 6 Millionen, in Radom 20,5 Millionen und in Warschau 18,5 Millionen. Ins Reich seien 35 Wagons Eier mit einem Gesamtwert von 600 000 Zloty ausgeführt worden. Bettfedern seien im Werte von 2,9 Millionen Zloty ausgeführt worden. Die Eierbewirtschaftung sei also im allgemeinen gesichert,

und

23

und man habe in den Ernährungsplan eine Versorgung der Deutschen mit 5 Eiern in der Woche eingesetzt. Der Schleichhandelspreis für Eier sei im Frühjahr noch sehr hoch gewesen, es sei aber mittlerweile wohl schon gelungen, auch den Schleichhandelspreis auf 20 bis 25 gr. herabzudrücken. Die Eier seien nur mit dem Lebensmittelausweis des Stadthauptmanns zu kaufen.

Gouverneur Dr. Wächter wirft die Frage auf, wann wieder Zucker an die städtische Bevölkerung ausgegeben werde. Seines Wissens sei bereits vor 6 Wochen angeordnet worden, daß alle Städte über 10 000 Einwohner wieder die ihnen zustehenden Mengen an Zucker erhalten sollten.

Die Gouverneure Dr. Fischer und Dr. Zörner haben keinen Anlaß, über eine ungenügende Versorgung mit Zucker Klage zu führen.

Landesbauernführer Körner weist zunächst darauf hin, daß die Landbevölkerung Zucker nur gegen Lieferung von Eiern und Geflügel erhalten solle. - Die Zuckerproduktion werde in diesem Jahr ganz wesentlich besser sein als im vorigen Jahr. Im vorigen Jahr seien 800 000 Tonnen produziert worden, in diesem Jahr würden es 1 Million Tonnen sein. Man gehe auch mit einem gewissen Vorrat ins neue Jahr hinein. Aller Voraussicht nach werde die Zuckerrübenernte sehr gut werden.

Die Kartoffelbilanz stehe einigermaßen günstig. Die Kartoffel sei das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung. Man habe damit gerechnet, daß je Person in der Stadt ein Kilo Kartoffeln am Tage verabreicht werde. Die Kartoffelernte werde ausreichen, denn die Anbaufläche sei etwas größer geworden. Leider biete auch hier wieder das Transportproblem Schwierigkeiten. Man habe deshalb schon bei der Ostbahn auf die Notwendigkeit einer genügenden Wagengestellung hingewiesen. Jeder Kreis habe eine Aufbringungsumlage bekommen und erhalte gegebenenfalls Überschüsse aus anderen Kreisen. Die Auflage sei listenmäßig gemeindeweise aufgestellt. Vorgesehen seien 2 bis 3 Doppelzentner. Die Distrikte versorgten sich nach einem eigenen Haushaltsplan, und innerhalb dieses Planes trage der Distrikt selbst die Verantwortung. Jeder Distrikt schaffe sich eine Reserve. Außerdem sei aber noch in den Plan eine besondere Reserve von 150 000 Tonnen eingebaut. Sehr schwierig sei die Frage der Bewegung dieser Mengen. Im Herbst müßten 750 000 Tonnen transportiert werden.

Der endgültigen Einführung der Brotkarte stehe nun nichts mehr im Wege. Bis zum 1. Januar 1941 solle das Verfahren auf das neue

24

neue Einheitssystem umgestellt werden. Die Brotkarte, die auf Veranlassung einzelner Kreishauptmänner schon gedruckt worden sei, könnte noch aufgebraucht werden.

Gouverneur Dr. Zörner hält es für richtig, daß die Brotkarten nur an einer Stelle hergestellt werden.

Demgegenüber weist Landesbauernführer Körner darauf hin, daß es sich bei diesem Kartensystem um eine allgemeine Lebensmittelkarte handle, die nach Buchstaben und Nummern geordnet sei. In ihr seien auch die Abschnitte für Brot und Mehl enthalten.

Im Zusammenhang mit der Frage der Bekämpfung des Schleichhandels hebt Gouverneur Dr. Zörner hervor, daß oft ganze Waggon mit Hilfe gefälschter Frachtbriefe verschoben würden. Diese Frachtbriefe seien in Warschau für 1 000 Zloty das Stück zu kaufen. Leider lehne die Ostbahn jede Unterstützung in der Bekämpfung dieses Mißstandes ab.

Landesbauernführer Körner gibt zu bedenken, daß angesichts des geringen deutschen Personals die Ostbahn kaum in der Lage sein werde, auch noch die Aufgabe der Bekämpfung des Schleichhandels zu übernehmen.

Andererseits weist SS-Obergruppenführer Krüger darauf hin, daß die Polizei auch nicht wirksam eingreifen könne, wenn z.B. das Vieh schon in einem Waggon mit einem bestimmten Ziel verladen sei. Auch müßten die Polizeiorgane für eine solche Aufgabe erst regelrecht geschult werden. Die Verstärkung der polizeilichen Nachforschungen biete natürlich große Schwierigkeiten.

Der Herr Generalgouverneur wünscht unter allen Umständen eine Intensivierung der für eine Bekämpfung dieses Schleichhandels erforderlichen Maßnahmen. Hier müßten eben sämtliche beteiligten Stellen zusammenwirken.

Landesbauernführer Körner wendet sich dann der Frage der Wollebewirtschaftung zu. Die Wolle werde erfaßt und der Abteilung Wirtschaft zur Verarbeitung in geeigneten Betrieben angeboten.

Gouverneur Dr. Lasch bittet um eine Erhöhung des Wollkontingents für die Textilfabriken seines Distrikts.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich bemerkt, daß alles, was an Wolle von der Landwirtschaft abgegeben werde, nach einem Schlüssel von der Wirtschaftsstelle für Spinnstoffwaren verteilt werde.

Landesbauernführer

Landesbauernführer Körner teilt mit, daß im Einverständnis mit der Abteilung Wirtschaft eine Anordnung erlassen worden sei, nach welcher die Schafschur in den Gemeinden genau überwacht werden soll. Man habe sich auch mit der Wehrmacht über die Schafhaltung auf den Truppenübungsplätzen geeinigt. Man werde dort Schafherden weiden lassen. Die von den Schaffern gewonnene Wolle werde der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Landesbauernführer Körner kann weiter berichten, daß zur Zeit ein reiches Angebot an Frishgemüse vorhanden sei. Im Distrikt Warschau habe man sehr scharf in den Markt eingegriffen und die Anbauer unter eine strenge Kontrolle genommen.

Gouverneur Dr. Lasch sieht eine Möglichkeit der Entlastung der allgemeinen Ernährungslage in der Versorgung mit Fischen. Im Distrikt Radom habe man z.B. mit dem Verkauf von Karpfen und Hechten gute Erfolge erzielt.

Landesbauernführer Körner beurteilt die Aussichten für eine Karpfenproduktion nicht besonders günstig, weil es vor allem an Satzkarpfen fehle, aber auch an den notwendigen Futtermitteln, vor allem Lupinen. Man werde etwa 14 000 Doppelzentner ~~Karpfen~~ ^{Karpfen} produzieren, und diese Menge werde ausreichen, um die reichsdeutsche Bevölkerung mit Fisch zu versorgen. Im übrigen habe man ein Abkommen mit dem Reich über die Lieferung von 5000 Tonnen Klippfisch geschlossen. Die ersten Mengen dieser Fischart seien auch bereits eingetroffen, neue Mengen seien wieder im Anrollen. Leider wissen die Polen vorläufig noch nicht, wie sie diesen Fisch zubereiten sollen.

Die Konservenfabrikation sei leider noch nicht recht in Gang gekommen, da es an Weißblech fehle. Die hergestellten Mengen würden gerade für die Belieferung der deutschen Kasinos ausreichen.

Abschließend glaubt Landesbauernführer Körner die Feststellung treffen zu können, daß im allgemeinen die Lage auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung befriedigend sei. Was er vor allem wünsche, sei, daß die Qualität der Tauschartikel für die Landwirtschaft in Gestalt von Textilien, Lederwaren usw. verbessert werden möge. Die Versorgung der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit dauerhaften Stiefeln, guter Winterkleidung, Arbeitshosen usw. sei von größter Wichtigkeit. Weiter wünsche er eine gerechte Preisrelation zwischen landwirtschaftlichen Produkten und Tauschartikeln.

Tauschartikeln. Ferner wolle er gerne eine Reihe von landwirtschaftlichen Produkten in die Tauschaktion einbezogen wissen, insbesondere Qualitätsvieh. Die Ablieferung solchen Viehs könnte man mit gewissen Prämien in Gestalt von guten gewerblichen und industriellen Produkten wie Leder usw. belohnen. Sorge machten ihm endlich noch das Lagerraum- und das Transportproblem. Die Wehrmacht habe ihm noch kürzlich Lagerraum x für 125 500 Tonnen Getreide weggenommen.

Gouverneur Dr. Wächter weist nochmals auf den Mangel an Milchkannen hin und bittet die Abteilung Wirtschaft, nach Möglichkeit für die Beschaffung solcher Kannen zu sorgen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich bemerkt, daß man bereits im Begriff sei, diesem Mangel abzuhelpfen.

Landesbauernführer Körner kann darauf hinweisen, daß 25 000 Milchkannen zur Zeit angefertigt und etwa 80 000 Kannen aus dem Reich bis zum Februar beschafft werden können würden.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich nimmt dann zur Frage der Textilwirtschaft Stellung. Er führt aus, daß die Industrie des Generalgouvernements nur in beschränktem Maße in der Lage sei, für die Bedürfnisse der Bevölkerung zu arbeiten. Man sei auf Einfuhren aus dem Reich, insbesondere aus Litzmannstadt, angewiesen. Nach einem mit dem Reichswirtschaftsministerium getroffenen Abkommen sollten 15 % der Lodscher Produktion an das Generalgouvernement abgegeben werden. Man stehe jetzt vor der Notwendigkeit, die gewerblichen Erzeugnisse, insbesondere für die Ernteerfassungsaktion, zur Verfügung zu stellen. Er sei davon ausgegangen, daß es vollständig zwecklos sei, eine Wirtschaftspolitik für das nächste Jahr zu betreiben, wenn nicht die Ernährung sichergestellt sei. Der Verteilung der anfallenden Mengen, die sich aus Beständen jüdischer Geschäfte, aus einer gewissen Produktion des Generalgouvernements und aus der Einfuhr vom Reich zusammensetzten, habe man nunmehr ein Bezugscheinsystem zugrunde gelegt. Die ausstellenden Behörden seien die Kreishauptleute und Stadthauptleute. In diesem Bezugscheinsystem hätten natürlich die Deutschen und gewisse öffentliche Bedarfsträger bevorzugt behandelt werden müssen. Aber all diese Dinge hätten nun einmal gegenüber der Versorgung der Landbevölkerung zurücktreten müssen. Bei der Aktion der Ernteerfassung sei es wesentlich darauf angekommen, dem Bauern die Gewissheit zu geben, daß

daß er sich für den Zloty-Schein auch etwas kaufen könne. Es müsse möglich sein, der landwirtschaftlichen Bevölkerung Textilwaren etwa im Betrage von 60 Millionen Zloty zur Verfügung zu stellen. Für diesen Zweck habe man die noch in treuhänderischer Verwaltung befindlichen Lager eingesetzt und weiter aus der Produktion des Generalgouvernements herausgeholt, was nur herauszuholen war. Schließlich habe man auch noch mit dem Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen mit dem Ergebnis geführt, daß eine Sondereinfuhr aus Lodsch über die normale Quote hinaus zugestanden worden sei. Um auf einen Einzelhandelswert von 60 Millionen Zloty zu kommen, sei es vorteilhaft, einen größeren Teil der Ware in Konfektion zu geben. Die Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffe und Spinnstoffwaren habe ihm die Zusicherung gegeben, daß dieses Programm in der angegebenen Zeit durchgeführt werde. Es habe sich allerdings gezeigt, daß noch beim Anlaufen dieser Aktion gewisse Schwierigkeiten vorhanden waren. Der volle Erfolg habe auch noch nicht erreicht werden können, weil vor allem die große Verteilungsaktion in den einzelnen Distrikten noch nicht so stand, wie sie hätte stehen müssen. Die Ware habe ja nicht nur bereitgestellt, sondern auch verteilt werden müssen. Man habe darauf Bedacht nehmen müssen, daß die Textilwaren nicht in unzuverlässige Hände kamen, sondern nur zuverlässige Großhändler zur Verteilung herangezogen würden. Man habe den Grundsatz aufgestellt, daß keine polnischen Großhändler, sondern nur deutsche Firmen eingeschaltet werden sollten, die z.B. aus den Hansestädten, ^{z.B. aus} ~~z.B. aus~~ Danzig herangezogen worden seien. Im Distrikt Radom habe es am meisten Schwierigkeiten gegeben, weil dort große Widerstände gegen die Zulassung dieser Hamburger und Bremer Firmen geherrscht hätten. Bei der Abwicklung dieser Aktion hätten sich auch vom Standpunkt der Textilienverteilung gewisse Schwierigkeiten dadurch gegeben, daß die anderen Bedarfsträger nicht einsehen wollten, daß hier einmal die Landwirtschaft bevorzugt werden müsse. Hier müsse unbedingt Disziplin gewahrt werden. Man sei eben leider nicht in der Lage, außerhalb dieser Aktion auch die anderen Bedarfsträger entsprechend zu beliefern. Wenn aber diese Textilien im Werte von 60 Millionen Zloty ausgegeben seien, würde auch wieder der gewerbliche Sektor bedacht werden.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß gerade aus diesem Grunde die Textilfabriken des Generalgouvernements angekurbelt werden sollen. Die Fabriken in Thomaczow müßten jetzt arbeiten. Er habe deshalb auch dem Direktor Baier alle Vollmachten gegeben.

Gouverneur Dr. Lasch hebt hervor, daß 15 % noch garnicht in Anspruch genommen worden seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt entschieden seinem Wunsche Ausdruck, daß auf diesem Gebiet unbedingt etwas geschehen müsse. Die Arbeiter liefen zur Zeit in schrecklichen Lumpen herum, und für eine wetterfeste Kleidung des landwirtschaftlichen Arbeiters und Bauern im Winter müsse unbedingt Sorge getragen werden.

Gouverneur Dr. Lasch bemerkt, daß die Thomaczower Kunstseidenfabrik an das Reich liefere, und zwar auf Grund eines Abkommens, das mit Präsidenten Kehrl abgeschlossen worden sei.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, warum ans Reich geliefert werde, wenn die so dringend benötigte Ware im Generalgouvernement selbst nicht vorhanden sei, erwidert Ministerialdirigent Dr. Emmerich, daß die Spinnstoffe im Generalgouvernement nicht bearbeitet werden könnten, weil es an Spinnereien fehle. Auch könne in einer Wollspinnerei keine Kunstseide verarbeitet werden. Die Abteilung Wirtschaft habe zunächst die Politik verfolgt, alles hereinzuholen, was überhaupt hätte hereingeholt werden können, selbst auf die Gefahr hin, daß es zuweilen sehr schlechte Ware gewesen sei.

Gegenüber dem Hinweis des Landesbauernführers Körner, daß vor allem für die arbeitende Bevölkerung Hosen und warme Kleidungsstücke gebraucht würden, bemerkt Ministerialdirigent Dr. Emmerich, daß zur Zeit solche besonderen Wünsche keine Berücksichtigung finden könnten.

Gouverneur Dr. Lasch betont, daß für die 12 Millionen Reichsmark, die über die Dresdener Bank durch die Hamburger und Bremer Exportfirmen finanziert worden seien, jeder beliebige Stoff aus Lodsch bezogen werden könne.

Ministerialdirigent

Ministerialdirigent Dr. Emmerich sieht nur einen Weg, um auf diesem Gebiet weiterzukommen, daß man nämlich mit dem Reichswirtschaftsministerium neue Verhandlungen aufnehme, damit eine neue Wertgrenze zur Verfügung gestellt werde. Heute liege die Wertgrenze dessen, was man aus dem Reich erhalten können, fest, und sie werde bis zum letzten Pfennig ausgenutzt. Mit der Textilhandels-gesellschaft, einer Monopolgesellschaft für die gleichmäßige Erfassung und Verteilung, seien Verhandlungen geführt worden, und die Textilfachleute hätten die Ware an die Stellen geleitet, bei denen ein besonderes Bedürfnis geherrscht habe. Besonders seien Sortimente für Arbeiterkleidung bestellt worden, und zwar in einer Qualität, die man in die Konfektion bringen könne. Wenn nun diese Ware einlaufe, dann solle sie nach einer bestimmten Quote, und zwar etwa im Verhältnis von 25 % des Getreideaufkommens, verteilt werden. Eine richtige Verteilung sei angesichts der Transportverhältnisse unbedingt geboten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r stellt als Ergebnis dieser Aussprache fest, daß

1. die Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium unverzüglich aufgenommen werden sollen,
2. die Produktion in Thomaczow wesentlich gefördert wird, und
3. der Versuch gemacht wird, billige Waren möglichst bald hereinzubekommen.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich hebt hervor, daß die Getreideaktion laufe. Die Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium hätten sich lediglich darauf zu erstrecken, daß eine neue Wertgrenze von vielleicht wieder 10 Millionen Reichsmark festgesetzt wird. Dann könne man eine neue Aktion für die Versorgung der Rüstungsarbeiter in Angriff nehmen. Seiner Überzeugung nach werde man bis zum 1. Oktober diese Textilwaren im Betrage von 60 Millionen Zloty restlos ausgegeben haben.

Gouverneur Dr. Lasch gibt zu bedenken, daß die Thomaczower Textilindustrie nicht voll in Gang kommen könne, wenn nicht die Verhandlungen über die Beschaffung der Rohstoffe abgeschlossen seien.

Der

Der Herr Generalgouverneur macht dann Mitteilung von der demnächst bevorstehenden Gründung der "Werke des Generalgouvernements". Es handele sich hier um die Werke, die früher im Eigentum des polnischen Staates gestanden hätten. Sie würden als solche festgelegt, und dann würden von diesen Werken aus Verträge abgeschlossen, sowohl mit der Wehrmacht wie mit anderen Stellen wie z.B. den Hermann-Göring-Werken, den Reichling-Werken usw., wo dann genau festgestellt werde, welche Pflichten und Rechte der einzelne hat.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist darauf hin, daß vor der Besprechung mit Generalleutnant Schindler die Treuhänder in diesen Betrieben das Wort geführt hätten. Nachdem nun festgestellt worden sei, daß nunmehr das Generalgouvernement das Eigentum an diesen Betrieben haben werde, der Wehrmacht also lediglich die Verfügungsgewalt zustehe, sei die Folgerung daraus gezogen worden, daß die Treuhänder der Haupttreuhandstelle zur Zeit in diese Betriebe nicht mehr hineinzureden hätten. Generalleutnant Schindler lege offenbar die seinerzeit auf der Burg getroffene Abrede so aus, daß er jetzt von sich aus berechtigt sei, neue Treuhänder einzusetzen.

Als davon gesprochen worden sei, daß das Munitionsprogramm der Rüstungswerke des Generalgouvernements wesentlich eingeschränkt werden solle, sei man in erheblicher Sorge um die Aufrechterhaltung dieser Betriebe gewesen. Bei einer ganzen Reihe dieser Unternehmungen sei man nämlich nicht in der Lage gewesen, in absehbarer Zeit eine Umstellung auf den Friedensbedarf durchzuführen. Insofern habe das neue Rüstungsprogramm eine große Erleichterung mit sich gebracht. In der Zwischenzeit bemühe man sich, die Umstellungsmöglichkeiten für diese Betriebe im einzelnen zu erforschen. Dazu komme, daß die Wehrmacht diese Betriebe heute beschäftige, ohne nach den Preisen für die Produktion zu sehen, während man, wenn man die Betriebe auf eine Friedensproduktion hätte umstellen müssen, um eine Erhöhung der Preise nicht herumgekommen wäre.

Der Herr Generalgouverneur legt größten Wert darauf, daß das ~~Exat~~ Staatsinteresse durch die Beaufsichtigung der Werke des Generalgouvernements in den einzelnen Betrieben repräsentiert wird. Dazu könnten die örtlichen Abteilungsleiter der Abteilungen Wirtschaft in den Distrikten im Einzelfall bestimmt werden. Den Ausdruck "Treuhänder" wolle er allmählich beseitigt

beseitigt wissen. ✓

Ministerialdirigent Dr. Emmerich berichtet dann über die "Schrottaktion". Es seien zwei sachverständige Kommissionen, bestehend aus Abbruch- und Schrotthändlern, gebildet worden, die prüfen sollten, inwieweit durch Abbruch von Fabriken noch etwas an Schrott zu gewinnen sei. Mit dem Reichswirtschaftsministerium sei die Abrede getroffen worden, daß im Oktober die Lieferungen aus dem Generalgouvernement ins Reich völlig aufhören sollten. Dann könne das Generalgouvernement über jeden Schrottanfall selbst verfügen. Bei der Besichtigung dieser Fabriken, die verschrottet werden sollten, habe sich ergeben, daß einige nach Ansicht der Dienststelle für den Vierjahresplan abbruchreife D-Betriebe wieder arbeiteten, besonders in der Stadt Warschau. Die Betriebsleiter hätten sich selber geholfen, hätten die Fabriken mit neuen Dächern versehen lassen und den Betrieb wieder in Gang gebracht. Es bestehe natürlich keinerlei Anlaß, solche Betriebe der Verschrottung zuzuführen. Im Übrigen verlasse jetzt keine einzige Maschine mehr das Generalgouvernement, ohne daß die Abteilung Wirtschaft vorher gehört worden sei. Übrigens habe ja auch die ganze Aktion des Vierjahresplans im Generalgouvernement ihr Ende gefunden.

Große Schwierigkeiten bereite das Kohlenproblem. Die dem Generalgouvernement zugestandenen Mengen sollten wiederum um 20 % gekürzt werden. Dieser Kürzung stehe eine wesentliche Steigerung der industriellen Erzeugung im Generalgouvernement gegenüber. Die Bewirtschaftung der Gesamtmenge erfolge nach einem zentralen Plan. Das Generalgouvernement könne sich nicht nur ~~aus~~^{aus} den angrenzenden Bezirken versorgen, weil es auch Koks haben müsse. Es müßten eben sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft werden, auch unter Heranholung von Braunkohle aus dem Reich. Wie überall, so biete auch hier das Transportproblem große Schwierigkeiten. Die Abteilung Wirtschaft habe eine Bewirtschaftungsstelle für Kohle. Er habe im übrigen Dr. Gstöttenbauer beauftragt, bei seinen Reisen durch die einzelnen Distrikte als Verbindungsmann zur Abteilung Wirtschaft hinsichtlich der Kohleversorgung alles zu tun, damit nicht ein Bezirk benachteiligt werde.

Der Herr Generalgouverneur ist der Meinung, daß der normale Kohlenbedarf für die Industrie doch nicht als Wertmesser für die allgemeine Bedarfsquote angesehen werden dürfe.

Ministerialdirigent

Ministerialdirigent Dr. Emmerich Will über das Kohlenproblem mit Generalleutnant Schindler noch Verhandlungen führen. Man werde aber damit rechnen müssen, daß man sich in diesem Winter etwas einzuschränken habe.

Während Landesbauernführer Körner darauf hinweist, daß die Zuckerfabriken in Warschau noch nicht genügend mit Kohle versorgt seien, können die Gouverneure Dr. Fischer und Dr. Wächter nicht eigentlich über einen Kohlenmangel klagen.

Gouverneur Dr. Zörner teilt mit, daß in seinem Distrikt erst ein Bruchteil des Bedarfs gedeckt sei.

Gouverneur Dr. Lasch gibt zu, daß die industriellen Werke seines Distrikts einigermaßen eingedeckt seien, hat aber die Befürchtung, daß demnächst Schwierigkeiten eintreten werden.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich kann dem Herrn Generalgouverneur weiter mitteilen, daß der vor kurzem gegründete Wirtschaftsrat bereits seine Arbeit aufgenommen habe. - Was die Zusammenarbeit der Abteilung Wirtschaft des Generalgouvernements und der einzelnen Wirtschaftsabteilungen bei den Distrikten angehe, so sei die Lage mittlerweile so geworden, daß die gesteigerten Aufgaben mehr und mehr eine Entscheidung der zentralen Stelle erforderlich machen. Für Probleme der Energiewirtschaft z.B. könne nur eine zentrale Planung die richtige Linie bringen.

Um Fragen, die für die Zukunft der industriellen und Versorgungswirtschaft des Generalgouvernements von Bedeutung seien, zu klären, habe er für einzelne Gebiete Sachverständige aus dem Reich berufen, die auf Grund ihrer relativen Unparteilichkeit ein Gutachten erstellen sollten, wobei er diese Gutachten durch Gegengutachten erhärten lassen werde. Er bitte die Gouverneure, diese Sachverständigen in ihrer Arbeit zu unterstützen, weil man nur auf diese Weise auch die Interessen der einzelnen Distrikte wahrnehmen könne.

Gouverneur Dr. Lasch bezeichnet die Zusammenarbeit seiner Abteilung Wirtschaft mit den Bewirtschaftungsstellen im allgemeinen als ausgezeichnet. Diese vorzügliche Zusammenarbeit sei leider nicht mit der Bewirtschaftungsstelle für Eisen festzustellen, deren Leiter die Beaufsichtigung des Distrikts in völlig unsachgemäßer Weise behandle.

Ministerialdirigent

Ministerialdirigent Dr. Emmerich erklärt sich bereit, für eine Abstellung solcher Mißstände zu sorgen, gibt aber zu bedenken, daß aus naheliegenden Gründen keine Bewirtschaftungsstelle solchen Zulauf habe wie gerade diejenige für Eisen und Stahl.

Gouverneur Dr. Wächter führt Klage darüber, daß einige an sich sehr nebensächliche Angelegenheiten nur in der Abteilung Wirtschaft entschieden werden könnten. Wenn z.B. ein Kramladen geschlossen werden solle, dann müsse ein entsprechender Antrag an die Abteilung Wirtschaft gehen, von dort gehe der Antrag an die Distriktsverwaltung, die dann wieder bei dem Kreishauptmann anfrage. Es würde doch wesentlich einfacher sein, wenn der Kreishauptmann stets von vornherein die Entscheidung treffen könnte und dann vielleicht ein Beschwerdeverfahren zugelassen würde.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich bemerkt, daß er eine entsprechende Anweisung für diesen Einzelfall gegeben habe. Die Abteilung Wirtschaft habe sich vorbehalten, für die Zulassung von Großhandelsbetrieben und deutschen Firmen die Entscheidung zu treffen. Sie gehe dabei von dem Bestreben aus, eine Übersetzung mit solchen Betrieben nach Möglichkeit zu verhindern. So aber habe man die Gewähr, daß der zugelassene Betrieb auch wirklich sein Auskommen habe. Hinsichtlich des Einzelhandels erkläre er sich allerdings damit einverstanden, daß die Entscheidung in die Distrikte verlegt werde. Allerdings werde es sich als zweckmäßig erweisen, hierfür gewisse Richtlinien zu erlassen.

Gouverneur Dr. Wächter ist der Auffassung, daß auch der Stadthauptmann von Krakau in der Lage sein werde, zu beurteilen, ob eine solche Firma wirklich leistungsfähig sei. Gerade der Stadthauptmann von Krakau bemühe sich fortgesetzt, tüchtige deutsche Geschäftsleute heranzuziehen. Wenn aber das Genehmigungsverfahren so lange Zeit in Anspruch nehme, dann werde der Betreffende unter Umständen wieder seinen Plan einer Übersiedlung nach Krakau aufgeben.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich teilt mit, daß er einen Sachverständigen aus dem Protektorat herangezogen habe, der sich dem Stadthauptmann von Krakau für diese Aufgabe gern zur Verfügung stelle. Der Widerstand gegen die Schließung eines Ladengeschäftes gehe vielfach von dem Hausbesitzer aus, der natürlich nicht auf seine Miete verzichten wolle.

Finanzpräsident

Finanzpräsident Spindler berichtet hierauf über die allgemeine Finanzlage.

Die Einnahmen hätten sich, so führte er aus, etwas besser entwickelt, als man ursprünglich gedacht habe. Aber auch die Ausgaben seien stärker angestiegen, als man habe voraussehen können. Es bestehe noch kein abschließendes Bild über die Gesamtlage, weil immer noch eine größere Anzahl von Haushaltsmeldungen ausstehe. Man könne jedoch bereits feststellen, daß es nicht gelingen werde, den Haushalt zu balancieren. Man müsse also ein Defizit in Kauf nehmen und könne nur das Bestreben haben, das Defizit niedriger zu halten, als es zunächst in seiner Größe zu befürchten sei. Die Tatsache, daß man mit einem Defizit zu rechnen habe, sei nicht beunruhigend. Jedenfalls sei man nicht in der glücklichen Lage, wie es bei der Postverwaltung und der Ostbahn der Fall zu sein scheine, zu einem einigermaßen ausgeglichenen Etat zu kommen. Man müsse deshalb darauf bedacht sein, die Ausgaben nicht ins ungemessene ansteigen zu lassen.

Zur Einnahmesteigerung habe man alles mögliche getan, man habe auch Steuererhöhungen durchgesetzt. Es würden die alten polnischen Steuern mit einigen Erhöhungen erhoben. Eine eigentliche Kriegssteuerpolitik habe man noch nicht geführt. So erhebliche Zuschläge wie im Reich würde man jedenfalls nicht erheben können. Die Grundsteuer sei gegen den Widerspruch der Abteilung Landwirtschaft erhöht worden. Auf dem Gebiet der direkten Steuern werde man nicht mehr zu große Erhöhungen vornehmen können. Man hoffe nur, daß infolge des allmählichen Anlaufens der Wirtschaft eine Steigerung eintreten und vielleicht 20 % an direkten Steuern mehr einkommen würden, als man ursprünglich angenommen habe. Man werde auf etwa 140- bis vielleicht 160 Millionen Zloty im Jahre kommen.

Die Einnahmen an Zöllen entwickelten sich recht erfreulich. Statt eines Aufkommens von 8 bis 10 Millionen Zloty werde man auf etwa 30 Millionen Zloty kommen. Beim Monopol werde man auf eine Einnahme von vielleicht 360 Millionen Zloty kommen. Wenn die Brenneisen genügend mit Kartoffeln beliefert werden würden, werde man im nächsten Jahr annähernd 100 Millionen Zloty mehr Einnahmen haben.

Die Ausgaben seien größer geworden, als man ursprünglich angenommen habe. Dem Haushalt komme es zustatten, daß bei Post und Eisenbahn kein Defizit bestehe.

Alles

Alles in allem müsse unbedingt eine straffe Finanzverwaltung durchgeführt werden. Die Vorschriften der Haushaltsordnung müßten unbedingt eingehalten werden. Leider seien Fälle zu verzeichnen, in denen besonders bei großen Bauvorhaben diese Vorschriften nicht beachtet worden seien. Bauvorhaben seien ohne Genehmigung oder doch jedenfalls auf eine etwa mündlich gegebene Grundsätzliche Zusage hin begonnen worden. Später seien die Kostenanschläge nicht eingereicht worden.

Gegenüber dem Hinweis des Herrn Generalgouverneurs, daß die Verwaltung der Stadt Warschau einen Kredit von 20 Millionen Zloty erbitte, weist Finanzpräsident Spindler darauf hin, daß die Stadt Warschau schon vor allen anderen Städten außerordentlich bevorzugt sei. Warschau erhalte aus dem steuerlichen Aufkommen wesentlich höhere Anteile, als dieser Stadt nach dem Gesetz zustehen würden. Die Vereinbarung hinsichtlich der Besserstellung der Beamten sei für die Stadt Warschau ebenfalls ein erheblicher Vorteil.

Gouverneur Dr. Fischer weist dem gegenüber darauf hin, daß die für die Bestreitung der Polizeikosten, für die Fürsorgelasten und für die Seuchenbekämpfung ausgesetzten Mittel vollkommen unzureichend sind.

Finanzpräsident Spindler bemerkt, daß über diese Frage bereits mit den Vertretern der Stadt Warschau verhandelt worden sei, kann aber im übrigen nicht anerkennen, daß die Lage der Stadt Warschau eine besondere Hilfe notwendig erscheinen lasse, umsoweniger, als schon das möglichste für diese Stadt getan worden sei. - Der Stadt Krakau habe man auch aus dem Ausgleichstock erhebliche Zuwendungen in Aussicht stellen können. Eine finanzielle Katastrophe sei nicht zu befürchten; man müsse und werde mit den vorhandenen Mitteln auskommen, da man vom Reich keinen Pfennig erhalte.

Gouverneur Dr. Zörner weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß in den Städten des Distrikts Lublin zu 3/4 fertige Häuser nicht zuende gebaut werden könnten. Die Bank wolle neue Sicherungen haben, die kaum zu beschaffen seien. Dadurch werde die Durchführung des Projektes sehr erschwert.

Finanzpräsident Spindler bezeichnet es als dringend notwendig, daß der Hypothekarkredit wieder in Fluß komme. Hier rechne er auf die Hilfe der Emissionsbank.

Der

Der Herr Generalgouverneur will vor allem die Frage des Wohnungsbaues in den Vordergrund gestellt werden wissen und wünscht deshalb Klarheit darüber, mit welcher konkreten Summe für den Wohnungsbau im Interesse der Beamten und Angestellten des Generalgouvernements gerechnet werden könne. Man werde den deutschen Menschen im Generalgouvernement nur halten können, wenn man ihm eine den Lebensgewohnheiten deutscher Menschen entsprechende Wohnung sicherstellen könne, vor allem auch in den kleinen Städten. Er habe auch den Präsidenten Gerteis und den Präsidenten Lauxmann gebeten, ihre Überschüsse für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Finanzpräsident Spindler betont, daß selbstverständlich die Ausgaben für den Wohnungsbau nicht vom örtlichen Haushalt getragen werden könnten. Andererseits handele es sich hier um eine außerordentlich wichtige Frage, und man werde dem Bankdirigenten Paersch nahelegen müssen, daß er auf dem Kreditmarkt einspringen müsse. Er halte es für möglich, daß in den nächsten, am 1. April 1941 beginnenden Haushalt eine Summe von 50 Millionen für den Wohnungsbau eingesetzt werde.

Gouverneur Dr. Fischer bemerkt, daß das Bedürfnis nach Wohnungen in Warschau nicht übermäßig groß sei. Er brauche lediglich für die Reinigung und Instandsetzung dieser Wohnungen eine Hilfe. Zur Zeit müßten wieder 200 Beamte in Wohnungen untergebracht werden. Die Beschaffung der Möbel sei bereits genehmigt.

Gouverneur Dr. Wächter gibt bekannt, daß für die Fertigstellung von Rohbauten in Krakau und im Distrikt Krakau eine Summe von etwa 4 Millionen Zloty benötigt werde.

Finanzpräsident Spindler sieht eine Möglichkeit in einer kurzfristigen Zwischenfinanzierung für 6 Monate, worauf dann im Frühjahr durch Hergabe von Hypotheken ein Ausgleich geschaffen werden müsse.

Landesbauernführer Körner weist darauf hin, daß die Beamten vielfach den Wunsch hätten, Einfamilienhäuser zur Verfügung gestellt zu erhalten.

Der Herr Generalgouverneur hält das vorläufig für unmöglich. Man müsse zufrieden sein, wenn zunächst überhaupt

überhaupt anständige Wohnungen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Gouverneur Dr. Lasch wünscht Gewährung von Baudarlehen für Wohnungsneubauten und schätzt das Bedürfnis auf ungefähr 50 Millionen Zloty.

Der Herr Generalgouverneur hält es für richtiger, wenn zunächst die halbfertigen Häuser ausgebaut werden. Mit einer Summe von 2 Millionen Zloty würde man schon einen guten Erfolg erzielen können. Wenn man dann weiter darauf hinweise, daß in den nächstjährigen Etat eine ansehnliche Summe eingestellt werde, dann werde das wesentlich zur Beruhigung der Beamten beitragen. Er sei aber bereit, die Summe von 4 Millionen auf 10 Millionen Zloty zu erhöhen, sodaß ohne Rücksicht auf das größere Bauvorhaben, das am 1. April 1941 anlaufe, die dringendsten Bauten fertiggestellt werden könnten.

Finanzpräsident Spindler bittet die Gouverneure, im einzelnen wenigstens einigermaßen genau darzulegen, wie sich die Beträge, die für diesen Zweck gefordert werden, zusammensetzen.

Landesbauernführer Körner meint, daß die Durchführung solcher Pläne sehr davon abhängen, was die Bauwirtschaft in diesem Winter leisten könne. - Die Befürchtung des Gouverneurs Dr. Fischer, daß mit Kriegsende 90 % der Beamten aus Warschau fortgehen werde, wenn ihnen nicht ein bestimmter Anreiz geboten würde, glaubt Finanzpräsident Spindler mit dem Hinweis zerstreuen zu können, daß man bis dahin schon ganz bestimmte Zusagen machen könne.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß er für die Abteilung Inneres einen ganz hervorragenden Verwaltungsjuristen gewonnen habe, dessen Aufgabe es sein werde, die speziellen beamtenrechtlichen Fragen und vor allem auch das Problem des Stellenplans in Angriff zu nehmen. Ministerialrat Westerkamp sei ihm aus dem Innenministerium als hervorragender qualifizierter Fachjurist empfohlen worden. Er, der Generalgouverneur, werde ihm den besonderen Auftrag erteilen, sich mit den Gouverneuren in Verbindung zu setzen und vielleicht auch einmal Beamtenversammlungen einzuberufen, in denen diese Dinge besprochen werden, um so eine Beruhigung in den Beamtenkreisen herbeizuführen.

Staatssekretär

Staatssekretär Dr. Bühler bittet den Herrn Generalgouverneur, dafür Sorge zu tragen, daß die zum Generalgouvernement abgeordneten Beamten in ihrer weiteren Laufbahn gegenüber den Beamten des Reiches nicht benachteiligt werden. Das gelte auch vor allem für die mittleren Beamten.

Finanzpräsident Spindler geht dann auf das Rundschreiben des Stadtrats Lederle ein, in welchem darauf hingewiesen werde, daß im Stellenplan eine Anlehnung an die Grundsätze des Reiches verfolgt und eine gewisse Anpassung gesucht werden müsse, weil eine große Zahl von Beamten nur für eine beschränkte Dauer von etwa 5 Jahren im Generalgouvernement bleiben und dann wieder zur Heimatbehörde zurückgehen wolle.

Oberregierungsrat von Streit gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß gerade der mittlere Beamte vielmehr als der höhere Beamte sich ausrechne, ob und wann er für eine Beförderung in Frage komme. Die Zeit, die der mittlere Beamte im Generalgouvernement verbringe, betrachte er sozusagen als Kriegszeit, die doppelt angerechnet werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß in einem Rundschreiben solche Gesichtspunkte betont würden, bevor der zuständige Ausschuß überhaupt zusammengetreten sei. Bis spätestens 31. März nächsten Jahres müsse aber die Frage unbedingt geklärt werden.

Gouverneur Dr. Fischer wirft dann die Frage auf, ob die Distrikte finanziell nicht selbständiger gestellt werden könnten und man sie vielleicht als Selbstverwaltungskörper betrachten müsse.

Finanzpräsident Spindler muß die Frage angesichts der gegenwärtigen Finanzlage verneinen. Die gespannte Finanzlage erfordere unbedingt die Aufrechterhaltung einer straffen Zentrale. Zunächst müsse es noch bei der einheitlichen Finanzverwaltung bleiben, im Laufe der Zeit könnte sich dann ein Selbstverwaltungskörper entwickeln. Jedenfalls gehe es nicht an, daß ohne Einreichung von Kostenanschlägen und ohne Festlegung des Bauplanes große Bauten, wie das Gebäude der Distriktverwaltung in Radom, in Angriff genommen werden würden. Das gleiche gelte übrigens auch für den Theaterbau in Radom.

Der

Der Herr Generalgouverneur billigt den Standpunkt des Finanzpräsidenten Spindler vollauf. Gerade die Gouverneure müssen ein Vorbild in der Präzision bei der Erfüllung dieser notwendigen Klärungsvoraussetzungen sein. Nur auf diesem Wege würde man später vielleicht zu einer gewissen finanziellen Selbständigkeit der Distrikte kommen können.

Präsident Bauder berichtet hierauf über das neue große Straßenbauprogramm. Auf Grund einer Anordnung des Führers sei Anfang August mit der Durchführung eines in seinen endgültigen Ausmaßen völlig unbegrenzten zusätzlichen Bauprogramms begonnen worden, und zwar für eine Strecke von 2500 km. Finanziell sei das Generalgouvernement an diesem Projekt in keiner Weise interessiert. Zur Verfügung ständen rund 400 000 Zloty. Aus den verschiedensten Gründen müßten die Arbeiten in einem außerordentlich schnellen Tempo vorangetrieben werden. Die Durchführung des Programms stehe nach einer Anordnung sowohl des OKW wie auch des Herrn Generalgouverneurs vor allen Dringlichkeitsstufen, also auch vor allen Bauten der Wehrmacht wie der ~~Ministerverwaltung~~ Zivilverwaltung, vor den Truppenübungsplätzen wie vor dem Ostwall. Die Kapazität der Transportmittel wie der Baumaterialien, der Steinbrüche usw. sei für die Durchführung dieser Maßnahme völlig ausgeschöpft. Also irgendeine Möglichkeit, zusätzlich Baumaterialien zu transportieren, bestehe schon aus diesem Grunde nicht. Für dieses große Bauvorhaben habe man das Stichwort "Otto-Programm" gewählt. An die Ostbahn würden ganz außerordentliche Anforderungen gestellt werden. Es handele sich um insgesamt 3,5 Millionen Tonnen, die in Kürze in das Gebiet des Generalgouvernements transportiert werden müßten. Er bitte die Gouverneure um ihre tatkräftige Mitarbeit bei der Durchführung dieser ungeheuren Aufgabe, damit es gelinge, den Befehl des Führers innerhalb des befohlenen Zeitraumes auszuführen. Am Ende des Ausbaues werde ohne Inanspruchnahme finanzieller Mittel des Generalgouvernements das Straßennetz in diesem Raum etwa den Stand im Reich westlich der Elbe erreicht haben. Ebenso werde die Ostbahn völlig ausgebaut, viele eingleisige Strecken würden zu zweigleisigen Strecken erweitert werden, kurz, die technischen Einrichtungen der Ostbahn würden so modernisiert werden, daß sie auch größten Beanspruchungen genügen könnten. Auch für die Postverwaltung würden sich auf Grund dieses Programms einschneidende Änderungen ergeben. Es würden neue Kabel gelegt, Telegrafeneinrichtungen und technische Apparaturen vervollkommen werden. Erfreulich sei

sei die Feststellung, daß etwa 65 bis 70 % der für diese Bauten aufgewendeten Summe als Löhne, als Materialkosten usw. im Generalgouvernement bleiben. Von besonderer Wichtigkeit seien im Rahmen dieses gewaltigen Projekts das Arbeiterproblem und die Lohnfrage. Der Tarif für die Arbeitskräfte im Generalgouvernement sei von der Abteilung Arbeit im Einvernehmen mit dem von ihr eingesetzten Treuhänder festgelegt. Nun scheine aber wieder eine typische Unsitte einreißen zu wollen, daß nämlich jede Stelle die andere zu überbieten suche. Man müsse feststellen, daß in einzelnen Fällen die Arbeiter zu streiken anfangen, und zwar mit der Begründung, daß ~~er~~ an einer anderen Stelle ein höherer Lohn gezahlt werde. Wolle man das Generalgouvernement vor den schwerwiegendsten Folgen auf dem Gebiete der Tarif- und Preispolitik, die leider im Bau-sektor des Reiches eingerissen seien, bewahren, so bitte er, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß solche Übergriffe im ganzen Generalgouvernement unterbunden würden. Ihm selbst als dem Leiter der Bauabteilung des Generalgouvernements würde es ein Leichtes sein, seine Arbeitslöhne zu erhöhen, stehe ihm doch eigentlich ein unbegrenzter Kredit zur Verfügung. Er sehe aber die Verantwortung dem Generalgouvernement gegenüber und denke nicht daran, von der bisher von ihm für richtig gehaltenen Politik abzuweichen. Wenn man das Lohnniveau heben wolle, so müsse es einheitlich geschehen und in einer Weise, die dem Gesamtwohl diene.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, über die Lohnfrage nochmals eingehende Verhandlungen unter Leitung des Abteilungspräsidenten Frauendorfer stattfinden zu lassen. Vor allem müsse auch mit den einzelnen Distriktsarbeitsämtern Fühlung genommen werden. Dem Präsidenten Bauder müsse in jeder Weise geholfen werden, und was unter "Otto-Programm" laufe, müsse unter allen Umständen allem anderen voran-gehen. Man stehe hier im Osten vor außergewöhnlich schweren Entscheidungen des Führers. Für die Durchführung des Otto-Programms sei es unbedingt notwendig, daß die Regelung der Lohn- und Ernährungsfrage sofort großzügig in Angriff genommen werden müsse. Es handele sich hier um einen zusätzlichen Auftrag des Reiches, und das Reich müsse deshalb dem Generalgouvernement hinsichtlich der Ernährung der Armee usw. helfen. Auch die Militärverwaltung müsse auf gewisse Dinge Verzicht leisten, wenn es sich um die Durchführung dieser großen Aufgabe handele. Maßgebend sei, daß die Durchführung dieses Programms nicht in den Händen der Wehrmacht, sondern

49
sondern in den Händen der Behörden des Generalgouvernements, der Ostbahn, der Postverwaltung und der Abteilung Bauwesen liege. Selbstverständlich müßten die Gouverneure von der Inangriffnahme der einzelnen Bauvorhaben rechtzeitig verständigt werden. Eine der ersten Voraussetzungen sei auch ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Zentrale und Distrikte. Zuständigkeitsfragen dürften bei Durchführung dieses Programms absolut keine Rolle spielen. Andererseits gehe es aber auch nicht an, die Gouverneure vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Am Schluß der Sitzung gibt der Herr Generalgouverneur seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß das Zusammenarbeiten der Gouverneure mit der Regierung des Generalgouvernements vorbildlich gewesen, und daß man infolgedessen schon zu schönen Erfolgen gekommen sei.

Die nächste Tagung der Gouverneure solle in den Tagen kurz vor Weihnachten stattfinden.

Schluß der Sitzung 18³⁰ Uhr.

ARBEITSSITZUNG

über Fragen der Wirtschaft

20. September 1940.

A r b e i t s s i t z u n g

Freitag, den 20. September 1940
auf der Burg.

Betr.: Berichterstattung der Leiter der Bewirtschaftungsstellen
in der Abteilung Wirtschaft.

Anwesend:

Ministerialdirigent Dr. Emmerich,
Oberführer Dr. Gstöttenbauer,
Industriebeauftragter Ingenieur Dr. Goebel,
Sonderbeauftragter für die Erdölwirtschaft
Dr. Will,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für
Spinnstoffe und Spinnstoffwaren Dr. Krause,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Eisen
und Stahl Dr. Fischer,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für
Leder Dr. Wohlfahrt,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für
Metalle, Baer,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für
Kohle Dr. Jehne,
Leiter der Bewirtschaftungsstelle für
Chemie Dr. Schüle,
Senatsrat Dr. Bergemann.

1

an der Sitzung: 16⁴⁵ Uhr.

Der Herr Generalgouverneur weist zunächst darauf hin, daß es der Führer angesichts der Entwicklung der welt-politischen Situation für notwendig gehalten habe, dem Generalgou-vernement seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Bis zum Juni 1941 solle die gesamte technische Transportapparatur auf einen Stand gebracht werden, der etwa dem für das Deutsche Reich maßgebenden entspreche. Das Otto-Programm bedeute eine ungeheure Intensivierung des Gesamtaufbaues im Generalgouvernement. Selbstverständlich würden sich daraus gewisse Auswirkungen nicht nur wohltuender, sondern auch schmerzlicher Art ergeben. Im ganzen gesehen werde diese Entwicklung aber eine günstige Note zeigen.

In das Gebiet des Generalgouvernements komme eine gewaltige Armee, die viele Divisionen umfasse. Von ihr würden große Anforde-rungen gestellt, große Räume würden gebraucht werden, auch territo-rial würden sehr große Belastungen eintreten. Das werde selbstver-ständlich auf jeden Sektor der Wirtschaft seine Wirkung haben. Gleich-wohl müsse es Aufgabe der beteiligten Stellen bleiben, die Wirtschaft in diesem Gebiet zu steuern, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken, vor allem aber den immer steigenden Anforderungen der deut-schen Menschen in diesem Raum gerecht zu werden. Das nunmehr zum Be-standteil des Deutschen Reiches gewordene Generalgouvernement dulde keinen Vergleich mit dem Protektorat. Vorläufig sei auch nicht daran zu denken, daß die Wirtschaftsgrenzen zwischen Reich und General-gouvernement fallen werden. Das Generalgouvernement sei also auf seine eigene Kraft angewiesen. Die alte Beutetheorie sei völlig über-wunden und dürfe auch keine Rückwirkungen mehr zeigen. Weitere Um-siedlungen fänden nicht mehr statt. Der Plan, nach welchem noch in diesem Jahre über 350 000 Juden aus Deutschland in das Generalgou-vernement aufgenommen werden sollten, sei ebenfalls aufgegeben wor-den.

Der Herr Generalgouverneur spricht den Leitern der Bewirt-schaftungsstellen für ihre vorbildliche Arbeit seinen Dank aus und gibt ihnen die Versicherung, daß er ihnen auch weiterhin in jeder Weise helfend zur Seite stehen werde. Man könne jetzt nicht mehr dar-an denken, daß in absehbarer Zeit die Überführung der Wirtschaft in eine Friedenswirtschaft möglich sein werde. Vielmehr bleiben Kriegs-wirtschaft,

Kriegswirtschaft, Planwirtschaft und absolute Autarkiewirtschaft wie die Regelung von Produktion und Konsumption mit starken Mitteln aufrechterhalten. Was darüber hinaus an sogenannter freiwirtschaftlicher Betätigung des Schutzes Wert sei, könne nur insoweit gefördert werden, als, wiederum ausstrahlend aus dieser Betätigung, die Interessen des Kriegspotentiells des Reiches gewahrt würden. Die Leiter der Bewirtschaftungsstellen, insbesondere derjenigen, die mit der Produktion zu tun hätten, hätten dafür zu sorgen, daß alles andere hinter dieser großen Aufgabe zurückzutreten habe.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich gibt hierauf einen Überblick über Struktur und Aufgaben der Bewirtschaftungsstellen. Sie seien zum größeren Teil aus der Dienststelle für den Vierjahresplan hervorgegangen. Die Bewirtschaftungsstellen seien nunmehr sämtlich bei der Abteilung Wirtschaft zusammengefaßt. Für die Verwaltung sei es eine wichtige Aufgabe gewesen, eine einheitliche organisatorische Form für die Bewirtschaftungsstellen zu finden und das ihnen Gemeinsame in geeigneter Weise in den Vordergrund zu stellen.

In Analogie zu der Aufgabe der Überwachungsstellen im Reich hätten die Bewirtschaftungsstellen 3 Aufgabenkreise zu betreuen:

1. Kontrolle der Einfuhr,
2. Aufgaben, die im Zuge des Vierjahresplan anfallen,
3. Kriegswirtschaftliche Aufgaben.

Güter Hierbei stehe nun das Problem der Bewirtschaftung der knappen ~~Waren~~termengen im Vordergrund. Was insbesondere die Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffe und Spinnstoffwaren angehe, so seien in ihrem Rahmen auch Organisationen geschaffen worden, die den Handel selbst in die Hand genommen hätten. Neben der Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffe sei eine Textilhandelsgesellschaft gegründet worden, weil ein zuverlässiger Handelsapparat dem Lande nicht zur Verfügung gestanden habe. Es habe gegolten, die Bestände zusammenzufassen und für das, was aus dem Reich zu erhalten war, ein Sammelbecken zu schaffen. Diese Textilhandelsgesellschaft sei eine Gesellschaft des Generalgouvernements, und ihre Entstehung bedeute nicht etwa, daß grundsätzlich neue Wege beschritten würden. In dem Augenblick, in welchem es einen zuverlässigen Handelsapparat gebe, könne man daran denken, diese Gesellschaft wieder aufzulösen.

Für die Bewirtschaftung des Leders seien sogenannte Häutezentralen oder Lederkontore für einen bestimmten Distrikt geschaffen worden, die eine Monopolstellung inne hätten. Auch hier werde man

an

an eine Auflösung denken können, sobald zuverlässige Händler vorhanden seien.

Die Rechtsform der Bewirtschaftungsstellen sei derjenigen der Überwachungsstellen im Reich angeglichen worden. Man sei mit der Finanzabteilung übereingekommen, die Bewirtschaftungsstellen als Außenstellen der Abteilung Wirtschaft anzusehen, ihnen aber eine größere Bewegungsfreiheit zu geben; sowohl in finanzieller Hinsicht, insofern sie ein eigenes Einkommen hätten, als auch hinsichtlich der Einstellung von Personal seien sie nicht streng an die Bestimmungen der Verwaltung gebunden. Außer den bereits bestehenden Bewirtschaftungsstellen sei noch die Errichtung einer Stelle für Chemie und verwandte Gebiete geplant; praktisch werde die Arbeit heute bereits von Dr. Schüle geleistet. Überdies finde in der Abteilung Wirtschaft eine allgemeine wirtschaftspolitische Betreuung aller dieser Gebiete statt, und zwar der Gestalt, daß grundsätzliche Fragen in der Abteilung Wirtschaft behandelt werden.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß demnach zwischen den Bewirtschaftungsstellen und der eigentlichen Abteilung Wirtschaft unterschieden werde. Die Bewirtschaftungsstellen seien nach Analogie der Überwachungsstellen des Reiches als eigene Gebilde anzusehen.

Hierauf nimmt zunächst der Sonderbeauftragte für die Erdölwirtschaft, Rittmeister Dr. Will, das Wort. Er führt aus, daß die Produktion der Erdölwirtschaft noch im Aufbau begriffen sein. Die Rechte des Monopols würden berücksichtigt, das Monopol arbeite selbständig, und dieser Zustand habe sich auch bisher durchaus bewährt, abgesehen vielleicht von einer zuweilen auftretenden Verschiedenheit der Ansicht. Aber aus dem Zwang heraus, daß eben nicht mehr vorhanden sei, als produziert werden könne, und man sich mit den gelieferten Mengen begnügen müsse, habe man sich beim Monopol dieser Sachlage gefügt.

Dr. Will macht dann Angaben über die Produktion von Erdöl, die ständig im Steigen begriffen sei, und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Bedarf der Wehrmacht zur Zeit etwa 800 000 kg betrage. Angesichts des Umstandes, daß gewisse Reserven vorhanden gewesen seien, habe man bislang den Ansprüchen der Wehrmacht genügen können.

können. Für die Luftwaffe müsse Benzin aus dem Reich eingeführt werden, weil der von ihr verwendete Stoff im Generalgouvernement nicht gewonnen werden könne. An das Reich seien bisher 20 000 Tonnen aus den angesammelten Beständen ausgeführt worden.

Angesichts der Tatsache, daß die alten Felder sehr schnell erlahmten, müsse man jetzt die Bohrtätigkeit forcieren. Auch die Meteorologischen Arbeiten nähmen ihren Fortgang. Die Tiefbohrungen mit deutschen Geräten hätten infolge des zerklüfteten Geländes vorübergehend unterbrochen werden müssen, sodaß man mit größeren Ergebnissen vor Ende des Jahres nicht rechnen könne. Doch habe sich bisher kein Umstand gezeigt, der dagegen spreche, daß Fünde in größeren Tiefen gemacht werden könnten.

Die Erdgasbewirtschaftung sei seinerzeit eingeführt worden, um einer Erschöpfung der Vorkommen entgegenzuwirken. Man habe auch die Erdgasproduktion im Sommer soweit drosseln können, daß man eine gewisse Reserve für den Winter zur Verfügung habe. - Die Monopolverwaltung kaufe das Erdöl von den Produktionsgesellschaften zu einem festen Preis, der die Unkosten dieser Gesellschaft decke. Dieser Preis werde halbjährlich festgesetzt. Man werde ihn etwas verringern können, was sich dann wieder auf den Monopolpreis auswirken werde. Die Erdölwirtschaft sei in der Lage gewesen, sich selbst zu finanzieren, und werde auch in Zukunft ohne fremde Hilfe durchhalten können.

Er habe eine Aufstellung über den früheren polnischen Staatsbesitz gemacht und dabei auch das große Gasleitungsnetz berücksichtigt, das einen wichtigen Faktor darstelle. Dem Abteilungspräsidenten Dr. Frauendorfer sei ein Bericht überreicht worden, in welchem dargetan werde, wie dieser Staatsbetrieb weitergeführt werden könnte.

Endlich kann Dr. Will noch mitteilen, daß die Beskidengesellschaft sehr gut arbeite und ihr der kapitalistische Einschlag vollkommen fehle. Bei der Arbeit dieser Gesellschaft handele es sich lediglich um eine Kriegsaufgabe.

Abschließend bemerkt Dr. Will, daß in seiner Dienststelle einschließlich der treuhänderischen Verwaltung 16 reichsdeutsche Beamte und Angestellte beschäftigt seien.

Der

Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Kohle, Dr. Jehne beginnt seinen Bericht mit der Feststellung, daß sich die Versorgung des Generalgouvernements mit Kohle und Koks zur Zeit etwas verschlechtert habe. Das sei vor allem auf den Umstand zurückzuführen, daß die Transporte insbesondere von Truppenteilen ein gewaltiges Ausmaß angenommen hätten. Deshalb habe man in den Monaten Juli und August etwa 150 000 Tonnen Kohle weniger erhalten können. Auch habe das Reich weitere Verpflichtungen für die Versorgung anderer Länder übernehmen und infolgedessen im Reiche selbst eine straffere Bewirtschaftung eintreten lassen müssen. Die Industrie sei im Reich nicht vollauf versorgt, auch die Landwirtschaft habe nicht rechtzeitig versorgt werden können, und ebenso entstanden beim Hausbrand erhebliche Schwierigkeiten.

Was die Versorgung des Generalgouvernements angehe, so habe man eine Transportstelle für Kohle geschaffen. Die Landwirtschaft habe weiter bevorratet werden können. Im übrigen sei die Versorgung eine reine Mengenfrage geworden. Einem Bedarf von rund 485 000 Tonnen stehe für den Monat Oktober nur eine Menge von 393 000 Tonnen gegenüber.

(Dr. Jehne überreicht eine Tabelle, aus der der Verbrauch der Rüstungsbetriebe, der Industrie, der Gas- und Elektrizitätswerke sowie der Landwirtschaft einschließlich Brennereien, Brauereien usw., ferner der öffentlichen Einrichtungen und der Wehrmacht ersichtlich ist.)

An Koks ständen dem Generalgouvernement monatlich nur 25- bis 30 000 Tonnen zur Verfügung, wie denn überhaupt die Koksversorgungslage in ganz Europa zur Zeit außerordentlich gespannt sei. Das gelte auch besonders für Oberschlesien, da dort noch nicht genügend Kohle produziert werde.

Die Hausbrandversorgung des Generalgouvernements sei so gedacht, daß je Kopf der Bevölkerung und je Monat 10 kg ausgegeben würden. An sich erscheine diese Menge sehr gering, doch müsse man bedenken, daß in den polnischen Haushaltungen zu Heizzwecken fast gar keine Kohle, sondern zumeist nur Holz verwendet werde. Darüber hinaus würden aber den Arbeitern der Rüstungsbetriebe und der Industrie zusätzliche Mengen zur Verfügung gestellt. Für die Reichsdeutschen müsse eine Sonderregelung getroffen werden. Er hoffe, daß für das Generalgouvernement vom Reichskohlenkommissar die in diesem Winter noch fehlenden Kohlenmengen zugewiesen werden könnten. Erfreulich

Erfreulich sei die Tatsache, daß die zur Verfügung stehenden Kohlenmengen im Generalgouvernement ohne Schwierigkeiten von der Ostbahn transportiert werden konnten. Es sei auch nicht zu befürchten, daß das Otto-Programm in Gefahr gerate.

Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Spinnstoffe und Spinnstoffwaren, Dr. Krause berichtet über die Textilienwirtschaft im Generalgouvernement. Ihr unterlägen sämtliche Textilien und Hanfgespinste bis zur Konfektion. Das Generalgouvernement werde in erster Linie von der Textilindustrie in Litzmannstadt, Bieliz und Bialystok versorgt. Demzufolge sei der eigentliche Produktionsapparat des Generalgouvernements ziemlich klein. Dem Generalgouvernement ^{vorhanden} sei vornehmlich die Hanf und Flachs verarbeitende Industrie, die ihren Sitz in Warschau, Sieradow und Oslow hatte, die Wollindustrie in Thomachow, endlich die Wirk- und Strickwarenerzeugung in Warschau. Die Betreuung durch die Betriebe von Litzmannstadt, Bieliz und Bialystok habe erhebliche Schwierigkeiten mit sich gebracht. Man habe zwar vom Reich ein Kontingent aus Litzmannstadt in einer Menge von 15 % der Produktion der dortigen Industrie zugewilligt erhalten; dieses Kontingent sei aber sehr mäßig, wenn man bedenke, daß die Produktion von Litzmannstadt auf etwa 15 % der Vorkriegsproduktion zurückgegangen sei. Das seien für das Generalgouvernement insgesamt Waren im Betrage von 200- bis 300 000 Zloty je Monat gegenüber einer Summe von 2 bis 2,5 Millionen Zloty vor dem Kriege.

Die Produktion der Hanf und Flachs verarbeitenden Industrie des Generalgouvernements sei von der Wehrmacht beschlagnahmt worden, weil sie einen großen Bedarf an diesen Erzeugnissen habe. Er habe der Wehrmacht vorgeschlagen, dem Generalgouvernement 50 % der Produktion zu belassen, doch wolle sich die Wehrmacht zu diesem Vorschlag erst äußern, wenn feststehe, mit welchem Aufkommen an Hanf und Flachs zu rechnen sei. Von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft würden zur Zeit darüber Berechnungen angestellt.

In diesem Zusammenhang weist Ministerialdirigent Dr. Emmerich darauf hin, daß die Abteilung Wirtschaft als Nachfolgerin der Dienststelle für den Vierjahresplan gewisse Dinge liquidieren müsse. Von den ursprünglich von der Wehrmacht an die Flachsfabrikation erteilten Aufträgen gehe zur Zeit noch etwas ein. Nun habe Generalleutnant Schindler, ohne die Abteilung Wirtschaft zu fragen, die Betriebe

Betriebe darauf aufmerksam gemacht, daß sie immer noch beschlagnahmt seien, und ihnen die Frage gestellt, was sie aus ihren Reserven und aus dem mutmaßlichen Anfall noch produzieren könnten. Generalleutnant Schindler stelle sich also offenbar auf den Standpunkt, daß diese Betriebe immer noch der Verfügungsgewalt der Wehrmacht unterlägen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden gegen diese Auffassung und betont, daß diese Betriebe zur Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben der Wehrmacht dienen sollten, was aber mit dem persönlichen Geltungsbedürfnis gewisser Wehrmachtsdienststellen nichts zu tun habe. Er sei jedenfalls entschlossen, dafür zu sorgen, daß diese Fabriken in die Lage versetzt würden, ihre Produktion aufrecht zu erhalten, da der dringende Bedarf des Generalgouvernements jetzt gedeckt werden müsse.

^{Krause}
Dr. ~~Jaune~~ berichtet weiter, daß die Arbeit seiner Bewirtschaftungsstelle im April eingesetzt habe, und zwar im Rahmen der Abteilung Wirtschaft. Bis zu ihrer Auflösung habe die Dienststelle für den Vierjahresplan darüber zu bestimmen gehabt, welche Rohstoffmengen in den Fabriken zu verarbeiten seien, wie groß der Anfall aus den Fabriken sei. Insbesondere seien von dieser Dienststelle die von den Tuchfabriken verarbeiteten Mengen Agona und Textra festgesetzt worden.

In der Bewirtschaftungsstelle sei man grundsätzlich davon ausgegangen, die Einfuhr aus dem Reich nach Möglichkeit einzuschränken. Erstens beständen dagegen in devisentechnischer Hinsicht erhebliche Bedenken, und zweitens sei nicht einzusehen, weshalb das zur Verfügung stehende Gut mit den hiesigen Arbeitskräften nicht ausgeschöpft werden sollte. Er habe deshalb vorgeschlagen, der Thomaczower Kunstseidefabrik erheblich größere Mengen zur Verfügung zu stellen.

Die Erzeugung von baumwoll- und ~~baumwoll~~wollartiger Zellwolle ~~mit~~ sei vor dem Kriege sehr gering gewesen, weil sich der polnische Staat um diese Fabrikation nicht gekümmert habe. Von der in der Thomaczower Fabrik produzierten Kunstseide seien nur 28 % im Gebiet des jetzigen Generalgouvernements verbraucht worden. Die Produktion an Zellwolle habe sich in den Monaten März, April bis Mitte Mai auf etwa 500 000 kg je Monat belaufen. Die Rohstoffabteilung der Dienststelle für den Vierjahresplan habe seinerzeit für das Generalgouvernement 63 000 kg zur Verfügung gestellt, die in den Wirkwarenfabriken

8

Wirkwarenfabriken und den Thomaczower Fabriken verarbeitet werden sollten. Die Abteilung Wirtschaft habe dann den Nachweis geführt, daß diese Menge zu gering sei, als daß die Fabriken damit auch nur einigermaßen ausgenutzt werden könnten.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich gibt zu bedenken, daß mit der Inbetriebnahme dieser Fabriken das Textilproblem für das Generalgouvernement nicht gelöst werde. Vom Reich müßten vielmehr große zusätzliche Mengen an Textilwaren gegeben werden. Er habe Präsident Kehrl die Betriebe in Thomaczow besichtigt. Man stehe jetzt vor einem neuen Problem. Seinerzeit sei man von der Formel ausgegangen; alles, was man an Zellwolle und Zellgarn im Generalgouvernement herstelle, gehe ins Reich, damit die dortigen Textilfabriken im Interesse der deutschen Arbeiter ihren Betrieb aufrecht erhalten könnten; dafür erhalte das Generalgouvernement geeignete Bestände aus Litzmannstadt. An der Aufstellung dieser Formel sei er vollkommen unschuldig, er sei der Ansicht, daß sie im Sinne einer Steigerung der Produktion im Generalgouvernement umgestellt werden müßte. Maßgebend müsse die Frage sein, wieviel die Betriebe des Generalgouvernements selbst zur Versorgung des Gebietes beitragen könnten und auf wie große Mengen man vom Reich angewiesen sei.

Der Industriebeauftragte Dr. Goebel bemerkt; daß bei Aufstellung der genannten Formel die Monatsproduktion von Thomaczow 500⁰⁰⁰ Tonnen betragen habe und seit August auf etwa 750⁰⁰⁰ Tonnen gesteigert worden sei. Der Betrieb in Chottakow habe bei der Aufstellung der Formel 165⁰⁰⁰ Tonnen produziert, er produziere jetzt 250⁰⁰⁰ Tonnen, könne aber die Produktion x auf 400⁰⁰⁰ Tonnen steigern. Wenn diese Textilbetriebe voll ausgenutzt würden, dann werde der Mehrbedarf an Zellwolle ohne eine Verminderung der Lieferungen ans Reich in den beiden Werken erzeugt werden können. Die Fabrik in Chottakow könne übrigens die Zellwollproduktion auf Kosten der Kunstseideproduktion erheblich steigern.

Der Herr Generalgouverneur glaubt danach feststellen zu können, daß, wenn man die Kunstseideproduktion um etwa 20 % ~~erhöht~~ herabsetze, die Zellwollproduktion um etwa 10 % gesteigert werden könne.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist dem gegenüber jedoch darauf hin, daß diese Fabriken unter Leitung des Reichswirtschaftsministeriums vielleicht Verträge mit Werken im Reich abgeschlossen und dort ihre Produktion schon gebunden hätten. Je mehr aber das

Generalgouvernement

Generalgouvernement dem Reich gegenüber gebunden sei, desto mehr sei andererseits auch das Reich dem Generalgouvernement gegenüber gebunden. Auf weite Sicht gesehen, müßte man sich allerdings sowohl vom Standpunkt des Reiches wie auch des Generalgouvernements sagen: es ist überflüssige Arbeit, wenn die Rohstoffe aus dem Generalgouvernement hinausgebracht und dann wieder mühselig in anderer Gestalt ins Generalgouvernement hereingeholt werden.

Zu den Textilrohstoffen übergehend bemerkt Dr. Krause, daß das Flachsaufkommen jetzt auf 1000 bis 3000 Tonnen geschätzt werde. Diese unsichere Schätzung sei dadurch bedingt, daß die Bauern, die keine billige Baumwollware erhielten, ihren Hanf und Flachs selber zuhause bearbeiteten, wodurch selbstverständlich viel für die allgemeine Wirtschaft verloren gehe. - Die Wollerzeugung belaufe sich auf etwa 4000 Tonnen. Man hoffe jedoch, die Produktion schon im nächsten Frühjahr um 30 % steigern zu können. Weitere Zellstoffe könnten in Zellwolle usw. umgewandelt werden.

Der Herr Generalgouverneur legt das größte Gewicht darauf, daß die Produktion auf allen diesen Gebieten wesentlich erhöht wird.

Auch Ministerialdirigent Dr. Emmerich ist der Auffassung, daß die Arbeit in der Textilindustrie gesteigert und hier alle Möglichkeiten ausgenützt werden müßten. Der Gedanke, daß das Generalgouvernement über eine eigene Produktion verfüge, müsse unbedingt in den Vordergrund gestellt werden.

Dr. Krause bemerkt, daß es sich gerade bei dem Werk in Sieradow um einen vielseitigen Betrieb handle, der durchaus ausbaufähig sei. Die Textilhandelsgesellschaft könnte sofort den dringendsten Bedarf feststellen, und dann wäre es möglich, die Produktion anlaufen zu lassen. Leider beständen auch auf diesem kleinen Sektor gewisse Devisenschwierigkeiten. Wünschenswert wäre es, wenn man etwas Baumwolle aus dem Reich bekäme. Zu Gunsten dieser Produktion müßte dann die Produktion von Kunstseide etwas eingeschränkt werden.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob aus gewissen Verpflichtungen dem Reich gegenüber Schwierigkeiten zu befürchten wären, beantwortet Ministerialdirigent Dr. Emmerich mit dem Hinweis darauf, daß die Belieferung der Fabriken registriert werde.

Der

Der Herr Generalgouverneur hält danach eine Prüfung der Frage für notwendig, ob solche Verpflichtungen irgendwie der Produktion im Wege ständen. Sollte es nicht der Fall sein, dann müßte doch sofort die Umstellung der Produktion von Kunstseide auf Zellwolle möglich sein.

Dr. Krause geht sodann auf die Frage der Wollproduktion ein. Man sei darauf angewiesen, Mischware herzustellen, weil man verhältnismäßig wenig Schafwolle habe. Dieser Zustand werde noch etwa 1 1/2 Jahre dauern, und deshalb müsse die fehlende Wolle durch Zusatz von Reißwolle (Lumpen usw.) ersetzt werden. Daraus erhalte man ein ausgezeichnetes haltbares Tuch, das nicht nur für die bauerliche Bevölkerung, sondern auch für die Arbeiter in den Rüstungsbetrieben durchaus geeignet sei. In den Thomaczower Produktionsstätten könnten 2/3 bis 3/4 des Bedarfs gedeckt werden. Für den Rest müsse der Baumwollsektor eingespannt werden. In Thomaczow könne das Material für 3 Millionen Anzüge hergestellt werden.

Der Industriebeauftragte Dr. Goebel teilt in diesem Zusammenhang mit, daß an das Reich 760 000 kg Flachs, 450 000 kg Wolle und etwa 300 000 kg Baumwolle geliefert worden sei.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist darauf hin, daß von den im Westen noch reichlich vorhanden Beuteuniformen usw. Bestände in das Generalgouvernement gebracht werden könnten.

Dr. Krause hebt hervor, daß von dem Zusatzkontingent im Werte von 12 Millionen Reichsmark Ware im Werte von etwa 6 Millionen Reichsmark ins Generalgouvernement hineingekommen sei. Hier handele es sich nicht um konfektionierte Sachen, sondern um Meterware, die laufend verteilt werde.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich betont, daß insgesamt Werte in Höhe von 60 Millionen Zloty in Betracht kämen. Das entspreche etwa 25 % des Getreideaufkommens. Die Bauern erhielten einen Bezugsschein und könnten sich dann im Textilwarengeschäft die Ware kaufen. Dazu trete ferner noch ein Sondersortiment aus Litzmannstadt in fertiger Ware. Die hereinkommende Ware werde von der Textilhandels-gesellschaft aufgenommen und zur Verteilung gebracht. Der Schleichhandel könne nur beim Bauern selbst einsetzen. Man habe also sämtliche Bestände in Anspruch genommen und verfüge nun eigentlich über keine Ware mehr.

Dr. Krause

1 / 11
Dr. Krause stellt fest, daß nach Versorgung der Landwirtschaft bis Dezember 1940 noch 1,1 Millionen besonders versorgungsberechtigter Arbeiter des Straßenbaues, des Verkehrswesens, ~~an~~ (Post, Eisenbahn und dergl.) verblieben, darüber hinaus dann noch 2,5 Millionen Bauern, die nicht der Ernteerfassungsaktion unterlägen, weil sie nichts ablieferten, endlich noch eine Zahl von 1 bis 2 Millionen Städtern, die aber zunächst noch auf ihre Reserven zurückgreifen könnten.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß ihm alle diese Zahlenunterlagen in tabellarischer Form zur Verfügung gestellt werden.

Über die Lage auf dem Gebiet der Leder- und Pelzwirtschaft berichtet der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Leder, Dr. Wohlfahrt. Er führt aus: Wenn die Bewirtschaftungsstelle mit einem verhältnismäßig geringem Personal arbeite, so deshalb, weil das Erfassen der Rohware und des Leders durch die Häutezentralen und die Lederkontore zumeist in den Distrikten vor sich gehe. Von den früheren polnischen Lederfabriken müsse eine ganze Anzahl stillliegen, weil sie nicht leistungsfähig genug seien. Die Gesamtmenge des anfallenden Rohleders betrage zur Zeit etwa 600 000 kg, wovon ~~auf~~ auf den Distrikt Krakau 120 000 kg, auf den Distrikt Lublin 60 000 kg entfielen; der Rest verteile sich auf die Distrikte Warschau und Radom. Aus 600 000 kg Rohhaut könnten 300 000 kg Leder für die Weiterproduktion und den Bedarf hergestellt werden. Diese 300 000 kg würden zwangsläufig durch die 4 Lederkontore aufgefangen.

Die Schuhfabrikation habe aus verschiedenen Gründen sehr im argen gelegen, sie habe in den Monaten Juni und Juli nur 50 000 Paar betragen und müsse deshalb unbedingt gesteigert werden. Der friedensmäßige Bedarf würde sich bei einer Bevölkerung von etwa 12 Millionen Menschen auf 500 000 Paar im Monat belaufen. Für die kriegsmäßige Versorgung brauchte man etwa 250 000 Paar Schuhe im Monat. In den Werkstätten von Radom, die sich am schnellsten hätten umstellen können, sei die Produktion im September auf 80 000 Paar gestiegen und werde im Oktober auf 100 000 Paar gesteigert werden können. 20 bis 30 Schuhfabriken mittleren und kleineren Umfanges, die zum Teil in Krakau oder Radom, zum größeren Teil in Warschau lägen, würden demnächst wieder in Betrieb gekommen. - Für die Holzsohlenfabrikation fehle es leider an dem guten harten Buchenholz. Ferner müßten geeignete Maschinen aus dem Reich beschafft werden, wozu wieder Devisengenehmigungen erforderlich seien. Diese letzteren Schwierigkeiten
seien

seien beseitigt, das Problem liege jetzt in der Beschaffung geeigneten Holzes. Holz sei zur Zeit nur für eine monatliche Produktion von 30- bis 50 000 Paar vorhanden, und diese Produktion laufe auch bereits. Geplant und notwendig sei aber die Produktion von 112 000 Paar im Monat. Die Maschinen würden voraussichtlich mit Ablauf des September stehen. Dann beginne jedoch die Schwierigkeit der Beschaffung des Holzes. Offenbar gebe es aber noch z.B. in Krakau Bestände, die noch gefunden werden müßten; auch von der Abteilung Forsten könnte gewiß noch Holz zur Verfügung gestellt werden. - Die Fabrikation von Gummi- und Kernlederschuh beuge auch erheblichen Schwierigkeiten.

Ein weiteres Problem sei die Beschaffung von technischem Leder. Er habe mit Berlin Geschäfte abschließen müssen, bei denen für 1000 kg Riemenleder 8000 kg Rohhaut verlangt worden seien. Solche Geschäfte seien natürlich äußerst ungünstig, und er habe deshalb das nächste Geschäft mit dem Prodektorat gemacht.

Dr. Wohlfahrt schildert dann eingehend die Verhältnisse auf dem Gebiet der Pelzwirtschaft. Er weist darauf hin, daß bereits verschiedenen Pelzgeschäfte in den letzten Wochen wieder eröffnet worden seien. Mit dem 1. Oktober werde im Generalgouvernement der Pelzverkauf einsetzen, und zwar zunächst für die Restbestände. Für die deutsche Beamtenschaft werde ein brauchbarer, kurz geschorener Lammfellpelz hergestellt werden. Die Hauptbedarfsträger, Wehrmacht, Post, Eisenbahn, Forsten, seien aufgefordert worden, ihren Bedarf anzumelden. Für die ^{en} Zivilbedarf ständen zur Verfügung Kanin- und Lammfellpelze, außerdem Fohlen- und Kalbpelze.

Der Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Chemie Dr. Schülle gibt einen Überblick über Organisation und Tätigkeit seiner Dienststelle. Sie habe vornehmlich die Aufgabe, die Produktion so zu führen und zu lenken, daß sämtliche anderen Bewirtschaftungsstellen mit den genügenden Roh- und Fertigprodukten versorgt werde. So hänge z.B. der Leder- und Textilsektor mehr oder weniger mit dem Sektor Chemie zusammen.

Dr. Schülle geht sodann auf die Frage der Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln ein. Er weist darauf hin, daß die noch vorhandenen Phosphate und Superphosphate im Laufe dieses Jahres aufgebraucht sein würden und man dann auf Lieferungen aus dem Reich angewiesen sei. Von den Lieferungen aus Rußland könne ein Teil für das Generalgouvernement abgezweigt werden, sodaß man in der Lage sein werde,

werde, der Landwirtschaft weitere Mengen zur Verfügung zu stellen. Man habe sich auch besonders dafür eingesetzt, daß die anfallenden Knochen gesammelt und der Leinwirtschaft zugeführt werden. Aus den entleimten Knochen werde dann ein Substrat hergestellt, das der Landwirtschaft zugeführt werden könne. - Weiter sei die Bewirtschaftungsstelle an der Lederwirtschaft insoweit beteiligt, als sie für die Herstellung von Gerbstoff für die Lederbearbeitung Sorge trage. - Hinsichtlich der Produktion von Terpentin, Zellulose, Kunstharz, arbeite man auf dem Umwege über die Papier- und Lackfabriken mit der Forstabteilung zusammen. Kolophonium werde man jetzt in einer Menge von etwa 200 Tonnen je Monat in das Reich liefern können, ebenso auch eine gewisse Menge Terpentin.

Für die Seifenindustrie ständen die nötigen Rohstoffe überhaupt nicht mehr zur Verfügung, sodaß man hier restlos auf die Zuweisungen vom Reich angewiesen sei. Die von der Reichsstelle für Fette zur Verfügung gestellten 2000 Tonnen würden auf die 6 Seifenfabriken im Generalgouvernement verteilt. Selbstverständlich werde nur Kriegesseife hergestellt, daneben eine Kernseife mit einem Fettgehalt von immerhin noch 38 bis 42 %. Davon könne allmonatlich ein Stück ^{pro Kopf} abgegeben werden. - Jedenfalls sei man auf dem Gebiete der Chemie in technischer Beziehung bisher in der Lage gewesen, den größten Teil dessen zu liefern, was für das laufende Geschäft nötig gewesen sei. Bei einer weiteren Steigerung des Bedarfs werde man auf Einfuhren vom Reich angewiesen sein. Andererseits habe man aber auch einen großen Teil von Waren in das Reich liefern können, sodaß auf Seiten des Generalgouvernements ein absolutes Minus im Ausgleich mit den Lieferungen des Reiches nicht bestanden habe. - Das Stickstoffwerk Moczice sei in der Lage, die benötigten Stickstoffmengen restlos zur Verfügung zu stellen und außerdem allmonatlich 1500 bis 1800 Tonnen Stickstoff für die Landwirtschaft des Reiches abzugeben.

Der Herr Generalgouverneur spricht den Leitern der Bewirtschaftungsstellen seinen Dank aus und ersucht sie, ihm das von ihnen gebrachte Zahlenmaterial zur Verfügung zu stellen.

Schluß der Sitzung: 19²⁰ Uhr.

Sitzung des Wirtschaftsrates

31. Oktober 1940.

1 Original mit
3 Durchschlägen gefertigt

Krafczyk, Herschel

1 Durchschlag erhält
Herr St.S.Dr. Bühler,

1 Durchschlag
Herr Min.Dir.Dr. Emmerich

1. V o l l s i t z u n g

des Wirtschaftsrats für das Generalgouvernement

am Donnerstag, dem 31. Oktober 1940

im Regierungsgebäude, Krakau.

1

Beginn der Sitzung 10⁰⁰

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Tagung mit folgender Ansprache:

Meine Herren! Ich freue mich, daß ich das 2. Jahr des Generalgouvernements gleich mit einer Sitzung eröffnen kann, die uns mitten in die praktischen Probleme des Lebens des Generalgouvernements führen soll. Ich habe vor geraumer Zeit den Wirtschaftsrat des Generalgouvernements geschaffen und glaube, damit ein Instrument sichergestellt zu haben, das angesichts der ungeheuren unberechenbaren und von vielen außerordentlichen Umständen bedingten Schwierigkeiten dieses Gebietes die Möglichkeit gibt, jeweils im Vordergrund stehende Einzelprobleme oder die Gesamtplanung auf weite Sicht betreffende Fragen in gemeinschaftlicher Aussprache und Erörterung zu erledigen.

Dieser Wirtschaftsrat des Generalgouvernements ist kein parlamentarischer Ausschuß, er ist auch keine theoretische, wissenschaftliche Kongregation, sondern er ist ein von den verantwortlichen Männern des Generalgouvernements und den verschiedenen Sektionen des gesamten Wirtschaftslebens getragener Arbeitsgrad.

Meine Herren, ich möchte Ihnen dafür danken, daß Sie sich nun in mühevoller Arbeit zu einer grundsätzlichen Klarheit über die Methode und das Ziel durchgearbeitet haben. Wenn wir daran denken, wie sehr das Leben des Generalgouvernements vom staatlichen Sektor her beeinflusst werden muß, so bedeutet das ja eigentlich unter dem Begriff „Wirtschaftsleben“ Zusammzufassende als Inhalt der völkischen Gemeinschaft dieses Raumes nichts anderes als eine besondere Fürsorgeaufgabe der staatlichen Faktoren. Denn außerhalb dieses staatlichen Machteinflusses bewegt sich das eigentliche urtümliche, aus Privateigentum und Privatinitiative aufsteigende Wirtschaftsleben des Generalgouvernements noch in außerordentlich engen Grenzen. Sie haben allerdings nicht nur einen Zusammenhang mit den Folgen des Krieges, sondern Ausgangspunkt sind hier vor allem auch die engen Grenzen der Zielsetzung der Bevölkerung dieses Landes an sich.

Es ist nun klar: wenn Sie sich die Wirtschaftsführung von staatlicher Seite einmal einen Augenblick aus dem Generalgouverne-

ment

2

ment wegmöchten, wenn alles das, was wir an Regulativen einführt, an Ordnungsnormen und Organisationen für die Überwachung des Wirtschaftsprozesses geschaffen haben, dann würden Sie auf eine müde, ohnmächtige, vollkommen ziel- und planlos herumnomadisierende Dumpfheit, ja eine Unbewegtheit stoßen. Wenn wir nicht in dieses Land gekommen wären, dann wäre es heute die Heimatstätte des grauenhaftesten Elends, das sich überhaupt denken läßt. Insofern können wir also schon heute von einem ganz überragenden Erfolg dieser nüchternen Wirtschaftsführung durch die staatliche Seite des Generalgouvernements sprechen.

Die Schwierigkeiten, die wir hier vorgefunden haben, sind Ihnen allen bekannt. Wir haben uns, weiß Gott, reichlich überlegt, wie wir vorgehen sollten, um ihrer Herr zu werden. Es ist nun einmal so, daß wir Nationalsozialisten eine Mischung von himmelstürmendem Idealismus, zugleich aber auch von ungeheuerstem, sachlichkeitsdurchdrungenen Realismus sind. Das ist die Totalität der Staatsauffassung, wie wir sie besitzen. Und nur, weil diese beiden Eigenschaften in jedem einzelnen von Ihnen, meine Herren, lebendig waren, ist auch dieses Werk geglückt.

Das eine möchte ich gleich noch vorweg betonen: Im 2. Jahr des Generalgouvernements stelle ich mir unsere Arbeit als eine absolut realistische vor. Wenn wir im 1. Jahre bis jetzt sozusagen aus dem großen Wurf heraus nach dem grandiosen historischen Geschehen apothetisch eine großlinige Bewegung mit Raumbeherrschung, als im Vordergrund stehend, eingeleitet haben, so wird jetzt im 2. Jahre die ziselierende Kleinarbeit beginnen. Wir werden Stück um Stück unseres Werkes einmal auf seine Geeignetheit, auf seine Zusammengehörigkeit mit den anderen Stücken der Verwaltung ansehen, und wir werden so im Laufe dieses 2. Jahres ganz zweifellos sowohl zu einer Verfeinerung der Methoden wie auch zu einer Vertiefung aller Problemlösungen kommen. Wir haben bis jetzt aus dem vollen gewirtschaftet; das will heißen: wir haben uns bis jetzt bemüht, von der Hand in den Mund zu leben und irgendwie mit den Dingen fertig zu werden. Aber von jetzt ab müssen wir auch die Einzelheiten nach einem großen System ausrichten. Hier sind schon ganz hervorragende Ansätze auf allen Gebieten vorhanden. Ich erinnere daran, daß wir in jeder Weise

schon

schon darangehen, die Fundamente für eine eigene Wirtschaftsorganisation auf allen Gebieten, für den Ausgleich der verschiedenen Spannungselemente zwischen Fertigwaren und Landwirtschaft usw. zu legen, daß wir alle diese zahllosen Probleme lösen wollen, die sich wirtschaftlich jetzt gebildet haben, daß wir uns bemühen müssen, vor allem das Bauproblem dieses Gebietes vorwärts zu treiben, daß wir bestrebt sein müssen, mit dem Preisproblem fertig zu werden, daß das alles aber wieder nur einen kleinen Ausschnitt darstellt gegenüber den großen, sich auch wirtschaftspolitisch auswirkenden Aufgaben dieses Bereiches.

(Was hilft alles Planen hier aus dem Generalgouvernement heraus, wenn durch kriegerische oder kriegsplanmäßige Vorhaben - ich erinnere nur an das Otto-Programm - plötzlich die Verkehrssituation überlastet wird, plötzlich die Kohlsituation drohend zu werden beginnt und die Ernährungslage durch Ausbleiben jeglicher Zufuhr aus dem Reich sich sehr schwer gestalten sollte. Trotz aller Versuche, eine Art planmäßiger Verwaltung in die Wirtschaftsgestaltung dieses Gebietes zu bringen, wird auch im 2. Jahr der Primat des Reiches und der Reichsnotwendigkeiten als erste Voraussetzung für unsere Gesamtarbeit anerkannt werden müssen. Gewiß kann das Generalgouvernement auf dem Gebiete der Wirtschaft eine gewisse Selbständigkeit beanspruchen, es wird diese Selbständigkeit auch aufrechterhalten; aber wir dienen hier nur dem Reich und sind nur ein Appendix der Reichswirtschaft.)

Der Führer hat mir in der Reichskanzlei auf meinen Vortrag hin seine Meinung über dieses Gebiet bekanntgegeben. Sie kennen sie aus vielen Berichten, die ich Ihnen schon gegeben habe. Noch nie aber hat der Führer einige Gesichtspunkte so klar wie vor kurzem herausgegriffen. Zunächst hat der Führer dem Generalgouvernement den Charakter als Nebenland des Deutschen Reiches gegeben. Der Führer wollte damit sagen, daß das Generalgouvernement in weithin absehbare Zeiträume hinein ein Eigenleben neben dem des Deutschen Reiches führen wird. Insbesondere hat er meine Frage wegen einer Zollunion zwischen dem Generalgouvernement und dem Deutschen Reich absolut in eindeutiger Weise dahin beantwortet, daß er sagte: eine Zoll- oder Währungsunion, eine

Gemeinschaftsebene

Gemeinschaftsebene der gesamten Lohnverhältnisse in beiden Bereichen wäre gerade das Gegenteil von dem, was dem Generalgouvernement an Aufgaben zugefallen ist. Denn das ist nun der 2. sehr wesentliche Gedanke des Führers gewesen: das Generalgouvernement soll die große Heimstätte der polnischen Arbeitskraft im Dienste der deutschen Gesamtwirtschaft werden. Diese Arbeitskraft der Menschen in diesem Raum in jedem Jahre systematisch der deutschen Gesamtwirtschaft zur Verfügung stellen zu können, ist die Hauptaufgabe der Menschenführung im Generalgouvernement. Je mehr wir dem Reiche Arbeiter für alle Zwecke der Landwirtschaft, der Industrie usw. jeweils zur Verfügung stellen können, desto mehr werden wir als Generalgouvernement unsere Aufgabe, arbeitspolitisch gesehen, erfüllen können.

Weiter hat der Führer auf meine Argumentation, daß das allen bekannt wäre, daß aber die Praxis des Reiches doch wesentlich anders aussehe, mit ungeheurer Schärfe - meine Herren, Sie kennen den Führer, wenn er über etwas ergrimmt ist, - mir Recht gegeben, als ich ihm sagte, daß dann aber die Art und Weise, in der das Deutsche Reich heute diese polnische Arbeiterfrage zu lösen suche, unmöglich ist. Der Führer sagte: wenn z.B. jetzt die ~~maximalen~~ Finanzverwaltungsbehörden des Reiches die Beträge, die die polnischen Arbeiter im Reich verdienen, nicht an das Generalgouvernement abführt, sondern unter einem Decknamen im Reich selbst verwendet, so ist das ein absolut unmöglicher Zustand. Und es ist ja auch justament der schärfste Verstoß gegen die wirtschafts- und arbeitspolitischen Absichten des Führers. Der Führer hat dafür 2 Beispiele gebraucht. Er hat einmal an die Italiener erinnert, die zu der Zeit, als der Führer noch jung war, nach Österreich kamen und dort als Saisonarbeiter in den Ziegeleien arbeiteten. Diese italienischen Arbeiter haben in Österreich einen gewissen Lohn bekommen, der aber das Lohnniveau des inner-italienischen Arbeitsmarktes soweit überstieg, daß der Ertrag dieser Saisonarbeit der Italiener in Österreich genügte, um der in Italien gebliebenen Familie eine genügende finanzielle Hilfe zu gewährleisten. Der Führer sagte: das ging so durch die Jahre hindurch, den Vorteil davon hatten sowohl die österreichischen Ziegeleiunternehmungen wie auch die italie-

nische

nische Nationalwirtschaft den Vorteil; denn diese war nicht im Stande, die Arbeiter so zu entlohnen, daß sie von diesem Lohne hätten existieren können, und die österreichischen Unternehmer erhielten Arbeitskräfte zu verhältnismäßig billigen Löhnen.

Der Führer gebrauchte noch ein 2. Beispiel, das mir gänzlich neu war, er sprach von den Deutschen in Gotsched, einer jener Sprachinseln in Siebenbürgen. Dort gibt es Orte, in denen sogar deutsche Menschen nur davon leben, daß sie außerhalb ihres Heimatlandes in Arbeit gehen.

┌ Wenn Sie nun die Praxis des Reiches bezüglich der polnischen Arbeiter in den ersten 12 Monaten des Generalgouvernements mit diesen Ausführungen des Führers vergleichen: welche Diskrepanz der Wirklichkeit mit den Absichten des Führers! Der Führer hat auf meinen Wunsch auch anderen zufällig in der Reichskanzlei anwesenden Persönlichkeiten diese seine Ansicht bekanntgegeben, er hat seine Auffassung apodiktisch absolut klar gelegt. Das ergibt sich auch aus der Entscheidung des Führers vom 2. Oktober. Die ganze Systematik der Behandlung der Polen drüben im Reich ist unmöglich. Es geht nicht an, daß wir die Polen ins Reich hinausschicken, daß drüben die Gelder eingesteckt werden oder daß man den Polen nur geringe Löhne zahlt und die Staatsfinanzen des Generalgouvernements dann dafür herhalten müssen, die im Generalgouvernement zurückgebliebenen Arbeiterfamilien zu ernähren.]

Ferner sagte der Führer: Die innere Lage des Generalgouvernements wird sich demnach in 2 große Sektionen teilen: 1. Sektion - eigene Wirtschaft des Generalgouvernements mit eigenen Arbeitern, eigenen Werken, eigener Rohstoffproduktion usw.; 2. Sektion - Sicherstellung der Arbeitslage und Arbeitsmengen für das Reich.

[Es müßte dafür gesorgt werden - so meinte der Führer - daß diesen Arbeitern, die bestimmt sind, sozusagen Berufssaisonarbeiter im Reich zu sein, die Sicherheit des Lebens ihrer Familie und auch der Bestand ihres kleinen Gütlehens oder Gärtchens, das sie hier haben, gewährleistet wird. Der Führer hat interessanterweise ausdrücklich von der Wahrnehmung der Interessen dieser Familienangehörigen der Arbeiter durch das Generalgouvernement gesprochen. Es ist eine der Hauptaufgaben, dafür zu sorgen, daß diese Familien befriedet und ruhig sind, daß der Mann draußen das Gefühl hat, er könne seinen Arbeitsertrag in die Heimat schicken und gewiß sein, daß die Familie auch diesen Betrag erhält.]

Wenn wir uns nun einmal den Krieg mit allen seinen Einwirkungen wegdenken, wenn wir uns auf weite Sicht in die Zukunft hinein diese Technik der Beziehungen zwischen Reich und Generalgouvernement auf dem Gebiet der Arbeiterpolitik ansehen, dann kommt das Ganze praktisch auf ein Übereinkommen zwischen Deutschem Reich einerseits und Generalgouvernement andererseits zum Zwecke der Sicherstellung des Systems hinaus, von dem der Führer gesprochen hat.

Meine Herren, Sie müssen sich auch darüber klar sein, daß diese Arbeiterbeschaffungspolitik in der Geldbilanz des Generalgouvernements eine entscheidende Rolle spielen wird; denn das Hereinströmen dieser erarbeitenden Löhne in das Generalgouvernement wird in zunehmendem Maße sich auch in der Zahlungsbilanz des Generalgouvernements spürbar zu machen haben. Wenn wir in der Sektion der Eigenwirtschaft des Generalgouvernements unsere Erträge errechnen können, so müßte sich auf diesen beiden Fundamenten das Wirtschaftsleben des Generalgouvernements, wenn man von allen Kriegsfaktoren absieht, absolut erträglich und selbstsicher gestalten.

Wenn wir so auf weite Sicht hin angesichts der Erklärungen des Führers vom 2. Oktober in gewissem Umfange in Ihnen eine Grundlage für die Richtigkeit unserer Wirtschaftspolitik sehen, so müssen wir, rückstrahlend aus diesen Zukunftsvorhaben, auch mit den Einzelproblemen hier im Gebiet fertig werden können. Es ist ganz klar: hergegeben wird das Generalgouvernement nie mehr von Deutschland. Der Führer betrachtet es als Nebenland des Deutschen Reiches. Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich unsere Entwicklung.

Ein Land, das dann auch in diesem Sinne die Möglichkeit hat, seine innere autonome Ordnung im Interesse des Reiches auszubauen, kann sich natürlich auch wirtschaftspolitisch in ganz großem Maßstabe autark entwickeln. Mit einer der Erfolge unserer heutigen Sitzung wird es sein, daß nunmehr ein jeder von Ihnen mit seinem heimatlichen Ministerium auf dieser Grundlage verhandeln wird. Ich erwarte insbesondere von den Präsidenten der Abteilung Arbeit, Wirtschaft und Finanzen, daß sie sich um die systematische Sicherstellung der Arbeiterpolitik im Verhältnis von Reich zum Generalgouvernement bemühen werden. Wir wollen alles verzeihen, was bisher gewesen ist; wir sind ja das Verzeihen auf Grund unserer 12-monatigen Erfahrungen gewöhnt. Jetzt müssen endlich einmal

mal holde Träume der Wirklichkeit weichen, und die Wirklichkeit zeigt uns die Notwendigkeit, zu einem vernünftigen Abkommen zwischen Reich und Generalgouvernement zu gelangen.

Sie selber, meine Herren, können aber in Ihren weiteren Funktionen ebenso gewiß sein, daß der Führer nicht daran denkt, an der Selbständigkeit der Regierungsbildung dieses Gebietes rütteln zu lassen. Die Vollmachten des Generalgouverneurs sind in keinem Punkt bedroht, für dieses Gebiet ist eine klare Machtsituation geschaffen. Daher können wir uns in seltener Glückseligkeit, frei von inneren Macht- und Ehrgeizkämpfen, hier entfalten und entwickeln. Dann wird vielleicht damit nicht nur an uns selber eine Erziehung geleistet, sondern auch eine Erziehung im Hinblick auf die Anschauungen im Reiche, -und das scheint mir sehr wichtig.

Was nun das heutige Programm angeht, so werden wir zunächst ein Referat des Geschäftsführers Ministerialdirigenten Dr. Emmerich über die Tätigkeit des Wirtschaftsrates hören. Mein Wunsch ist es vor allem, daß in der heutigen Tagung des Wirtschaftsrates irgendwelche nennenswerten Probleme nicht unbesprochen bleiben.

Ich erteile nun zunächst das Wort dem Geschäftsführer des Wirtschaftsrates, Herrn Ministerialdirigenten Dr. Emmerich.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich:

Herr Generalgouverneur! Am 15. Juni 1940 erteilten Sie in einer Sitzung der Abteilungsleiter und der an der Wirtschaftspolitik interessierten Persönlichkeiten den Befehl zur Errichtung eines Wirtschaftsrates und stellten dem zu gründenden Wirtschaftsrat gleichzeitig die Aufgabe, eine Wirtschaftsplanung für das Generalgouvernement in Arbeit zu nehmen. Am 31. Juli erging auf meinen Vorschlag ein förmlicher Erlaß über den Wirtschaftsrat für das Generalgouvernement, in welchem der Wirtschaftsrat als das oberste Beratungsgremium für die wirtschaftspolitische Führung definiert wurde. Der Wirtschaftsrat besteht aus den Abteilungsleitern im Amte des Generalgouverneurs und sonstigen Mitgliedern, die für die Wirtschaftsführung besonders in Betracht kommen.

Der Wirtschaftsrat ist inzwischen an die Arbeit gegangen. Er sah 2 Arbeitskomplexe vor sich. Der eine Arbeitskomplex lag in der Richtung einer Planung, der zweite Arbeitskomplex hatte sich mit Sofortmaßnahmen zu befassen. Es war nun selbstverständlich, daß sich die Sofortmaßnahmen in den Vordergrund schoben. Entsprechend der klaren Zielsetzung, die ihm ausdrücklich gegeben worden war, kann es nicht Aufgabe des Wirtschaftsrates sein, sich an Zukunftsplänen zu betrauen, sondern der Arbeit des Tages absolut den Vorrang zu geben. Für die Planungsaufgabe waren gewisse technische und personelle Voraussetzungen zu schaffen. Technische Voraussetzungen mußten zunächst einmal in der Abteilung Wirtschaft geschaffen werden. Ein Plan ist ja nicht dadurch ein Gewinn, daß er als Plan zu Papier gebracht wird, sondern dadurch, daß er auch Substanz besitzt. Diese Substanz muß zunächst einmal erarbeitet werden. Ich war der Auffassung, daß es keinen Zweck habe, Ideen vor einem großen Gremium zur Diskussion zu stellen, bevor nicht im Kreise der unmittelbar beteiligten Abteilungen eine gewisse Übereinstimmung über grundsätzliche Fragen erzielt worden war. Für die Aufstellung eines solchen Wirtschaftsplanes würde etwa die de facto-Ausschaltung der Juden u. eine allgemeine Sanierung der Wirtschaft, etwa durch Lösung des Problems der Altschulden, in Betracht kommen, um die Schaffung einer soliden Kredit-

grundlage

grundlage, die Ablösung des Treuhänderwesens und was noch sonst im einzelnen in dieser Richtung liegen möge, zu erreichen. Wie wichtig für die Lösung dieser Probleme eine vernünftige Auseinandersetzung mit den zuständigen Ressorts im Reich ist, ist bekannt. Die nächst beteiligten Ressorts wie z.B. die Treuhandstelle und andere werden bestätigen können, daß die Vorarbeiten noch nicht weit genug gediehen waren, um diese Planung vor dem großen Gremium des Wirtschaftsrates zur Diskussion zu stellen.

Umsomehr hatten wir nun Veranlassung, uns mit den Sofortmaßnahmen zu befassen. Hier gab es ein großes Problem, das im Sommer gestellt war, nämlich das Problem der Ernteerfassung, das Problem, wie die Ernährung für das kommende Wirtschaftsjahr sichergestellt werden könnte. Alle anderen Probleme treten gegenüber diesem in den Hintergrund. Das Reich hatte eindeutig erklärt, daß es nicht in der Lage sei, uns ernährungspolitisch zu helfen. So mußte denn im Zusammenwirken aller beteiligten Stellen die dem Landesbauernführer Körner gestellte Aufgabe einer Lösung zugeführt werden. Der Wirtschaftsrat hat sich mit diesen Dingen in seinen Sitzungen vom 22. Juni, 5. Juli und 20. August befaßt, und in der Sitzung vom 20. August war auch die Frage der zur Verteilung kommenden Ernährungsrationen mit zur Diskussion gestellt worden. Der Wirtschaftsrat hat sich in der Behandlung dieser Dinge - das glaube ich, sagen zu können - bewährt. Er hat aber auch mit seinen Arbeiten Kritik gefunden, und die Kritik richtete sich dagegen, daß, wie es der Natur solcher Probleme der Ernteerfassung und der Ernährungslage entspricht, der Kreis etwas weiter gezogen wurde. So wurden zunächst bei der Sitzung vom 20. August auch Vertreter der Distriktverwaltung zugezogen. Die Abteilungsleiter brachten Sachbearbeiter mit, weiter wurden auch Vertreter der Rüstungsinspektion beteiligt. So ergab sich dann ein sehr großes Gremium, und es war natürlich schwieriger, alle Mitglieder dieses Gremiums über die Absichten der Ernährungsführung zu unterrichten. Deshalb verdichtete sich doch der Vorwurf, daß ein so großes Gremium eigentlich nicht arbeitsfähig sei und gewissermaßen das Odium eines Parlaments auf sich nehme. Ich habe mir darauf gesagt, daß es nicht zu verantworten wäre, durch ein

Weiterschreiten

Weiterschreiten auf dieser Linie den Wirtschaftsrat zu diskreditieren. Infolgedessen bin ich dazu übergegangen, die Arbeitstechnik dieses Gremiums zu überprüfen. Das Ergebnis ist der Entwurf einer Geschäftsordnung, die ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, in den nächsten Tagen vorlegen werde. Ich schlage daher vor, daß die Aufgabe des Wirtschaftsrates zunächst in doppelter Hinsicht definiert wird, einmal, wie es in der grundlegenden Verordnung schon umrissen war, die Aufgabe der wirtschaftlichen Führung, daneben die Aufgabe, eine einheitliche Behandlung der wirtschaftlichen Frage zu gewährleisten. Ich habe dann ferner vorgeschlagen, daß für die Festsetzung des Arbeitsprogramms und die Vorprüfung von Verhandlungsgegenständen ein kleineres Gremium für die Verhandlungen des Wirtschaftsrates gebildet wird, welches ich „Ständigen Ausschuss“ benennen möchte. Mitglieder dieses „Ständigen Ausschusses“ sollen die Abteilungsleiter der Ressorts sein, die für die wirtschaftliche Zielsetzung unmittelbar verantwortlich sind. Demnach würde das Gremium aus 6 - 8 Personen bestehen. Aus dieser Verteilung ergibt sich schon eine weitere Zweckmäßigkeit, nämlich zwischen ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern des Wirtschaftsrates zu unterscheiden. Herr Generalgouverneur, Ihre Aufgabe wird es sein, die Berufung der einzelnen Persönlichkeiten als ordentliche oder außerordentliche Mitglieder des Wirtschaftsrates vorzunehmen.

Für die Arbeitstechnik schlage ich folgende Formulierung vor: An den Hauptsitzungen nehmen die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder teil, während die Teilnahme an den Arbeitstagungen auf den Kreis der ordentlichen Mitglieder beschränkt sein soll. Zu allen Sitzungen des Wirtschaftsrates können aber auf Grund einer besonderen Ladung auch Nichtmitglieder, insbesondere Mitarbeiter des Wirtschaftsrates zugezogen werden, die an einem Verhandlungsgegenstand unmittelbar interessiert sind, oder über bestimmte Fragen auf Grund besonderer Sachbearbeitung berichten können. Ich bin der Auffassung, daß eine solche Geschäftsordnung die Grundlage für eine fruchtbare Weiterarbeit des Wirtschaftsrates schafft und daß die Kritik, die im Laufe der bisherigen Tätigkeit des Wirtschaftsrates aufgekommen ist, damit ausgeschaltet werden kann.

Es werden dann die Berichte der Abteilungspräsidenten entgegengenommen:

Ernährung und Landwirtschaft.

Landesbauernführer Körner erinnert daran, daß er in der ersten großen Wirtschaftstagung am 6. Juni 1940 den Ernährungsplan für das Wirtschaftsjahr 1940/41 bekanntgegeben habe. In zahlreichen Ausschußsitzungen sei über die Versorgungslage, über die Frage der Erfassung usw. mit allen beteiligten Ressorts verhandelt und gesprochen worden. Die letzte Besprechung wie die vorbereitende Sitzung seien außerordentlich stürmisch verlaufen; denn es habe sich um die Frage gehandelt, was jede einzelne Abteilung für die ihr anvertrauten Deutschen in Polen im nächsten Jahr an Nahrungsmitteln erhalten solle. In einer weiteren Sitzung des engeren Ausschusses für Ernährungsfragen, hätten dann die Dinge einer Lösung nähergebracht werden müssen. Er habe an diese ganzen Fragen mit der Sorgfalt eines ordentlichen Hausvaters herangehen müssen. Am 20. August habe sich beim besten Willen noch nicht übersehen lassen, wie die Erfassungsaktion überhaupt laufen werde. Das schlechte Wetter habe die Gesamternte um 3 Wochen verzögert. Mit dem Drusch des Getreides habe erst etwa am 25. August begonnen werden können.

Man habe seinerzeit noch keine einheitliche Lebensmittelkarte für das ganze Generalgouvernement vorlegen können, und so sei dann auch vom Generalgouverneur bestimmt worden, daß die alten Lebensmittelkarten, die es bisher gegeben habe, noch aufgebraucht würden und neue in der Staatsdruckerei des ehemaligen polnischen Staates gedruckt würden. Das habe den großen Vorteil, daß technische Unvollkommenheiten und Unterschiede vermieden werden. Der weitere Vorteil sei, daß man mit dieser Einheitlichkeit allmählich Fälschungen weit besser zu Leibe gehen könne. Im Reich seien diese Lebensmittelkartendruckereien besonders gesichert, und auch für die Warschauer Druckerei werde es einer besonderen Überwachung bedürfen. Die Lebensmittelkarten seien mit einem Rundschreiben an die Kreishauptleute und Stadthauptleute am 17. August hinausgegangen und ab 1. Oktober zur Einführung freigestellt worden. Die endgültige Einführung werde mit dem Stichtag
des

des 1. Januar 1941 beginnen. Diese Übergangszeit sei notwendig gewesen, weil viele Kreis- und Stadthauptleute sich bereits gute Kartensysteme vorbereitet hatten und ihre einstweilige Beibehaltung wünschten. Allerdings habe die Einführung des Lebensmittelkartensystems manche Schwierigkeiten im Gefolge; denn es fehle in den Großstädten noch immer an einer genauen Übersicht über die Zahl der Bevölkerung. Es werde also einer stark verfeinerten Bevölkerungsstatistik bedürfen, um hier zu genaueren Feststellungen zu kommen. Er habe zwar im Juli dieses Jahres die Kreis- und Stadthauptleute aufgefordert, Bevölkerungsstatistiken einzureichen. Er habe auch Zahlen erhalten, die aber offenbar viel zu klein gewesen seien. Im Distrikt Warschau allein habe sich die Zahl der Bevölkerung seit Juni 1940 angeblich um 350 000 erhöht, und so verlange der Distriktchef des Gouvernements Warschau für die Versorgung 350 000 Lebensmittelkarten mehr, als man auf Grund der statistischen Erhebungen vom Juli dieses Jahres eigentlich notwendig gehabt hätte. Jedenfalls brauche man für die Lebensmittelkartenausgabe, die demnächst stattfinden werde, absolute Klarheit über die Verbraucherzahl, damit man die Mengen erreichen könne, die tatsächlich aufgebracht werden müssen.

Wenn er sich auch dessen bewußt sei, daß die Rationen für die deutsche Bevölkerung und für einen Teil der Arbeiterbevölkerung größer sein könnten, so sei er doch zunächst auch nach einer 2-monatigen Erfassung des Getreides und einem weiteren guten Fortschreiten der Erfassung aller übrigen Produkte nicht in der Lage, höhere Rationen zur Verfügung zu stellen. Die Rationen seien nach 10 verschiedenen Verbrauchergruppen eingeteilt und in einem Rundschreiben den einzelnen Dienststellen mitgeteilt worden. In diesem Rundschreiben seien die einzelnen Sätze und die gesamten technischen Einzelheiten angegeben.

Landesbauernführer Körner macht dann Angaben über die bereits erfaßten Mengen an Brot- und Futtergetreide und weist ~~darauf~~ darauf hin, daß man einen Getreidevorrat von 150 000 Tonnen in den Lägern habe. Man sei gleichwohl bemüht, die weitere Erfassung nach Möglichkeit zu steigern und gebe von

den

den in den Lägern vorhandenen Mengen möglichst wenig heraus, um sie als Reserve für das Frühjahr zurückzubehalten. Der Gesamtbedarf des Generalgouvernements betrage ungefähr 700 000 Tonnen Getreide. Nach den jetzt täglich anfallenden Mengen hoffe er, in den Monaten November und Dezember zusammen etwa 180 000 Tonnen zu erfassen, außerdem die auf den sog. großen Gütern vorhandenen Mengen, die aber erst in der Zeit vom Januar bis Mitte Februar hereinkommen würden, und zwar in ~~Gestalt~~^{grobe Menge} von etwa 100 000 Tonnen. Von den Mühlen könnten ebenfalls noch etwa 100 000 Tonnen hereingebracht werden. Damit seien im allgemeinen die Mengen erfaßt, die nach den vorhandenen Schätzungen für die Ernährung der Bevölkerung gebraucht würden. Schwierigkeiten bereite allerdings die Belieferung der Wehrmacht. Man habe der Wehrmacht 340 000 Tonnen Hafer in Aussicht gestellt, es sei aber ungewiß, ob man diese Menge werde liefern können. Brotgetreide werde an die Wehrmacht nicht geliefert. Angesichts der neuerlichen Truppenverschiebungen sei überhaupt hinsichtlich der Belieferung der Wehrmacht eine neue große Schwierigkeit entstanden. Wenn das der Wehrmacht zur Verfügung gestellte Getreide nicht ausreiche, dann müsse eben der Rest aus der Heimat besorgt werden.

Landesbauernführer Körner macht dann weitere Angaben über die Versorgung der Wehrmacht mit Heu, Futter- und Brotgetreide. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Kosten für die Instandsetzung der behelfsmäßigen Läger durch die Beschlagnahmen seitens der ~~Läger~~^{Wehrmacht} wieder gestiegen seien.

Wenn sich die Brotgetreide-Erfassung auf der einen Seite nicht bessere und andererseits die Anforderungen der Städte noch größer würden, als der ursprüngliche Plan vorgesehen habe, dann werde man voraussichtlich dazu übergehen, dem Brot Kartoffelmehl zuzusetzen. Leider fehle es im Generalgouvernement an diesem Kartoffelweißmehl, weil keine geeigneten Betriebe dafür vorhanden seien. Interessant sei übrigens die Feststellung, daß auch Ungarn, das Land des Getreideüberschusses, bereits in diesem Jahre dem Brot Kartoffelmehl zusetze, weil der Ernteausfall an Getreide sehr

groß

groß gewesen sei. Selbstverständlich werde man auch die Kartoffelbrennereien mit Rohware beliefern; denn es bestehe ein großes Interesse daran, wieder für das Prämien-System von der Monopolverwaltung Schnaps für die Bauern zu erhalten.

Für jede Stadt über 10 000 Einwohner sei eine Kartoffelbilanz aufgestellt worden. Man sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Versorgung fast aller Städte ohne Schwierigkeiten aus dem Gebiet des Generalgouvernements vor sich gehen könne. Für Krakau sei ein Zuschußbedarf in Höhe von 74 000 Tonnen errechnet worden, davon seien bereits 24 000 Tonnen ausgeladen, und weitere 10 000 Tonnen lagern noch in den Waggonen. Warschau habe einen Zuschußbedarf von etwa 200 000 Tonnen, davon rollten bereits 80 000 Tonnen. Man könne der Ostbahn sehr dankbar sein, daß sie für den Transport täglich 600 Waggonen zur Verfügung stelle. Diese Wagenstellung müsse allerdings noch für etwa 30 Tage aufrechterhalten werden. Nach der Stadt Warschau seien übrigens große Mengen mit ~~W~~arkolonnen gebracht worden. Die Kartoffelversorgung habe natürlich infolge des Frostes der letzten Tage einen erheblichen Rückschlag erlitten. Nach Aufhören dieser Frostperiode müsse erneut sofort mit der Verladung begonnen werden. Nach den bisherigen Berechnungen entfalle für den Winterbedarf auf den Kopf der Bevölkerung 1 Doppelzentner. In Warschau sei die entsprechende Menge als Vorrat eingelagert. Man werde also in dieser Beziehung ganz wesentlich besser dastehen als im vergangenen Jahre und brauche keine Befürchtungen zu haben.

Was die Eierfrage angehe, so seien bis zum 17. Oktober 280 Millionen Stück erfaßt worden. Eingelagert seien 100 Millionen Stück. Angesichts der Neufestsetzung der Eierpreise hoffe man, auch im Winter frische Eier, zum mindesten für die deutsche Bevölkerung des Generalgouvernements, zur Verfügung stellen zu können. Im nächsten Jahre werde es voraussichtlich möglich sein, mit dieser Aktion 450 Millionen Stück zu erfassen. Ins Reich seien etwa 11 Millionen Eier exportiert worden; wahrscheinlich würden auch noch einige Millionen Kalkeier im Laufe des Winters exportiert.

Von

Von Geflügel seien bis jetzt 20 000 Magergänse exportiert worden. Das Angebot an Geflügel sei zur Zeit sehr stark, sodaß man nicht wisse, wohin man die Vorräte bringen solle. Man habe sich deshalb an Litzmannstadt um Zurverfügungstellung eines Kühlhauses gewendet, da die in Warschau und Kielce vorhandenen Kühlhäuser für den Bedarf absolut nicht ausreichen. Das Kühlhaus in Litzmannstadt sei dann auch gemietet worden.

Interessant sei, daß 440 000 Hühner für den Gesamtbetrag von 2,5 Millionen Zloty ins Reich exportiert worden seien.

Was die Viehwirtschaft angehe, so seien die Auftriebe auf den Schlachtvieh- und Kleinviehmärkten von Woche zu Woche gestiegen und in den letzten Wochen so stark gewesen, daß man sich für den Winter habe Reserven zurücklegen können. Die Lage auf dem Gebiete der Fette sei sehr ungünstig. Immerhin sei es gelungen, 4⁰⁰⁰/Tonnen Raps zu erfassen. Man habe einen Teil des Rapses zu Öl schlagen lassen und den A-Betrieben der Rüstungsindustrie für ihre Küchen zur Verfügung gestellt. Außerdem laufe mit Bielitz ein Verarbeitungsvertrag des Inhalts, daß man jeden Monat 100 Tonnen Margarine erhalte. 800 Tonnen habe man bereits bekommen, sodaß man hinsichtlich des Fettes für die arbeitende polnische Bevölkerung jedenfalls nicht die großen Schwierigkeiten zu befürchten habe, die im vergangenen Jahre geherrscht hätten.

Die Anlieferung von Milch sei dauernd im Steigen. An dem Umfange der Ablieferung, die im Juli wegen der guten Futterernte die Spitze dargestellt habe, habe sich noch nichts geändert. Das sei in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Molkereien wesentlich vermehrt werden. Auch würden Pflichtablieferungen angeordnet, und das Kontrollsystem sei gut ausgebaut worden. In jedem Kreis überwache ein Revisor die polnischen Molkereien. Bedauerlich sei allerdings, daß die einzelnen Molkereien in ihrer Pflichtablieferung nachlassen, weil in die Überschußgebiete der Molkereien

neue Truppenteile gekommen sind. Er habe sich deswegen auch mit Oberstleutnant von Tschammer und Osten in Verbindung gesetzt, damit diese Mißstände beseitigt werden könnten. Weiter sei selbstverständlich auch eine Butterreserve geschaffen worden.

Die vorjährige Zuckerproduktion habe 800 000 Doppelzentner betragen. In diesem Jahre werde sich die Produktion auf 1,2 Millionen Doppelzentner steigern. Dieser Erfolg sei weniger auf eine Vermehrung der Anbaufläche als auf eine erhöhte Düngung zurückzuführen.

In steigendem Maße gewinne die Fischwirtschaft für das Generalgouvernement an Bedeutung. Leider sei die Karpfenproduktion in diesem Jahr sehr zurückgegangen, weil man nicht über die zur Fischnahrung erforderlichen Mengen an Sojabohnen verfüge, die früher als Futter verwendet worden seien. Außerdem seien infolge des strengen Winters zahlreiche Satzische eingegangen, und weiter leide die Karpfenproduktion sehr unter den Fischreihern. Über alle diese Probleme habe man bereits verhandelt, und man hoffe, im nächsten Jahre mit besseren Ergebnissen rechnen zu können. Seit Juli dieses Jahres seien 50 Waggon Seefische eingeführt worden, in den letzten 10 Wochen 1 Million 200 000 Kilo Klipp- und Stockfische.

Zur Herbstbestellung sei zu sagen: Die Roggenbestellung ist überall beendet, bei Weizen sind $\frac{4}{5}$ der Bestellung geschafft. Die Vieheinfuhr habe insbesondere bei Zuchtvieh in den letzten Monaten einen erheblichen Umfang angenommen. Leider sei in letzter Zeit, insbesondere durch Einfuhr von Schlachtvieh, die Maul- und Klauenseuche eingeschleppt worden. Im Einvernehmen mit der Veterinärabteilung sei daraufhin die Vieheinfuhr aus Schleswig Holstein verboten worden.

An künstlichem Dünger seien für Herbst und Frühjahr gewaltige Steigerungen festzustellen. Bei Stickstoff sei allerdings die Steigerung nicht so erheblich, was daran liege, daß die Produktion des Werkes Moscice nicht mehr nachkomme. Das Werk sei verpflichtet, eine große Menge Stickstoff für Rüstungszwecke abzugeben und diese Menge fehle dann für die Düngung. Moscice müsse ausgebaut werden, damit die Produktion

verdoppelt

verdoppelt werden könne. Auch die Preise für Stickstoff könnten nicht auf der gegenwärtigen Höhe gehalten werden; sie lägen über den Reichspreisen, was nicht möglich sei, wenn man den Absatz derart steigern wolle.

Die Kohlenversorgung der Landwirtschaft und der verwandten Betriebe mache Schwierigkeiten, die durch die Transportlage bedingt seien. Die Zuckerfabriken hätten einen Restbedarf von 22%, die Kartoffelindustrie von 50 % und die Mühlen von 60 %. Besonders günstig sei die Belieferung der Landwirtschaft mit Druschkohle, weil damit schon im Sommer begonnen worden sei; es fehlen hier nur noch 10 %. Hausbrand für die Landwirtschaft sei nur zu 4% geliefert. Schwierig sei auch die Koksversorgung für Mühlen und Zuckerfabriken.

Die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte sei nun durch die Methoden der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft und dank der Unterstützung durch die Abteilung Wirtschaft im wesentlichen so geregelt, daß keine Schleichhandelspreise mehr genommen werden. Andererseits aber bringe das auch mit sich, daß die Geldeinnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe immer geringer werden und der Anreiz zur Produktionsteigerung und zur Intensivierung der Betriebe durch Ankauf von Maschinen, Zuchtvieh, Saatgetreide und Düngemittel immer mehr zurückgehe. Es fehle an dem richtigen Verhältnis zwischen Agrarpreisen und Industrie-Preisen. Es sei an der Zeit, daß die beteiligten Stellen gemeinsam an diese Aufgabe herangehen. Eine Erhebung bei einer Reihe von Betrieben über Preise und Kaufkraft habe ergeben, daß der Schleichhandel nachlasse, aber andererseits die Preisschere außerordentlich klaffe. Die Agrarpreise betragen ungefähr 70% des Reichspreises, die Produktionsmittelpreise etwa 110 %, es klaffe also eine Spanne von 40%. Im Reich betrage diese Spanne nur 16%. Es müsse alles getan werden, um diese Spanne nach Möglichkeit zu verringern. Die landwirtschaftlichen Preise seien gegenüber den Preisen im Vorkriegspolen um 40 %, die industriellen und gewerblichen Preise um 100 % gestiegen. Sämtliche Stellen, die sich mit dieser Frage befaßten, seien sich darüber einig, daß der Schlüssel in einer Reihe von Rohstoffpreisen liege und daß an einer entsprechenden Senkung dieser

Preise schon gearbeitet werde. Ebenso seien die Arbeiten für die Senkung der zu hohen Unkosten überall im Gange. Das Ziel sei, das Preis- und Lohnniveau gegenüber dem Reich in ein gewisses Verhältnis zu bringen. Ebenso müsse bei den Löhnen ein entsprechender Schlüssel gefunden werden. 10 bis 15% unter dem Reichsniveau sei wohl das richtige. Die Naturalleistungen müßten selbstverständlich mit einkalkuliert werden, denn sonst gebe es keine Klarheit. Abschließend könne gesagt werden, daß das Gebiet des Generalgouvernements nur dann zu Wohlstand komme und Leistungen hervorbringen könne, wenn seine Landwirtschaft gut in Gang komme. Hierfür sei die Herbeiführung der richtigen Relation zwischen Agrarleistung und industriellen Preisen und Löhnen eine wesentliche Voraussetzung.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich beginnt seine Ausführungen über die Lage der gewerblichen Wirtschaft im Generalgouvernement mit einem Rückblick auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, die der Wirtschaft in diesem Gebiet durch den in der ersten Zeit geübten planmäßigen Abzug der Rohstoffe erwachsen seien. Nunmehr, nach Abschluß dieser ersten Periode, sei die Wirtschaft in eine Phase der Konsolidierung eingetreten. Selbstverständlich gebe es aber auch jetzt noch eine Fülle von Problemen; denn noch immer befinde sich die Wirtschaft stark im Umbruch, jüdische Positionen werden geräumt und deutsche Kräfte kommen herein, Besitzverhältnisse verändern sich usw.. Allerdings seien diese Dinge nicht von sehr großer Bedeutung, weil eine straff geleitete Kriegswirtschaft bestehe.

Vor 1 bis 2 Monaten habe die Wirtschaft im Generalgouvernement eine neuerliche Belastung erfahren durch die außerordentliche Verstärkung der Wehrmacht im Generalgouvernement und durch die Durchführung der großen Bauprogramme. Diese Bauprogramme seien andererseits natürlich sehr zu begrüßen, denn sie bringen nicht nur Geld und Arbeit, sondern sie schaffen auch die verkehrsmäßigen Grundlagen für einen Ausbau der Wirtschaft, wie sie in einem Friedensprogramm nur in einer Reihe von Jahren erstellt werden könnten. Das was heute geschehe, sei bereits eine Vorwegnahme des Friedensprogramms, die uns die Aufgabe außerordentlich erleichtern werde, denn

jede

jede industrielle und gewerbliche Erschließung und jede Rationalisierung der Landwirtschaft hänge zum wesentlichen Teil davon ab, daß das Verkehrsnetz in Ordnung sei. Die Bauprogramme haben in ihren Ausstrahlungen einen zusätzlichen Bedarf auf allen möglichen Gebieten zur Folge, sie berühren insbesondere auch die Arbeitskraft des Landes. Um diese Arbeitskraft zu erhalten, müssen bessere Voraussetzungen für die Versorgung der Arbeiter mit Bekleidung, Schuhen usw. geschaffen werden. Das Reich habe zwar den guten Willen, uns zu helfen, aber es habe eben auch nicht die Möglichkeit, uns von heute auf morgen das zu liefern, was wir brauchen. Es bedürfe ständiger Verhandlungen und eines ständigen Druckes, um das Nötige herauszuholen.

In der gegenwärtigen Phase komme es vor allem darauf an, die Schwierigkeiten des kommenden Winters zu meistern und dabei zu leisten, was vom Generalgouvernement sowohl an Erschließungsarbeit wie auch an kriegswirtschaftlichen Transporten nach dem Reich gefordert werde. Es habe sich als zweckmäßig erwiesen, die Arbeit in der gegenwärtigen Mangelwirtschaft darauf abzustellen, daß man die Kräfte nicht verzettele, sondern lieber unter Zurückstellung einzelner Kategorien von Bedürfnissen einige Aufgaben vernünftig anpacke und dann, wenn diese Aufgaben erledigt seien, die nächsten in Angriff nehme. Dieses Prinzip habe die Abteilung Wirtschaft bei der Ernteerfassung verfolgt und die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft werde zugeben müssen, daß auf dem Gebiet der Versorgung mit Textilwaren die Abteilung Landwirtschaft das gehalten habe, was sie versprochen hat. Nunmehr rücke in der Dringlichkeitskala der Belieferung mit Textilien das Otto-Programm an die erste Stelle; denn die Aufgaben dieses Programms können nicht erfüllt werden, wenn die Arbeiter keine entsprechende Bekleidung und keine guten Schuhe haben und dadurch der Gefahr ständiger Erkrankungen ausgesetzt sind. Es müsse hier zu einer Sonderregelung gegriffen werden und man könne diese Verteilung von Bekleidung und Schuhen nicht einfach vornehmen über die normalen Kanäle des Einzelhandels. Es müßten zunächst einmal den Bedarfsträgern (z.B. Abteilung Bauwesen, Eisenbahn usw.) bestimmte Mengen zur Verfügung ge-

stellt

stellt werden und es werde dann Aufgabe dieser einzelnen Bedarfsträger sein, die zur Verfügung gestellten Mengen an diejenigen Arbeiterkategorien zu verteilen, die diese Waren am nötigsten brauchen.

Was die Maßnahmen zur allgemeinen Industrieförderung anlange, so sei es das Bestreben der Abteilung Wirtschaft gewesen, zunächst einmal zu erfassen, was an industrieller Kapazität im Land vorhanden sei und was an Rohstoffen für die Ausnutzung dieser Kapazität herbeigeschafft werden könne. An Arbeitskräften fehle es ja nicht. Er habe einen seiner Mitarbeiter beauftragt, für ein Jahr einen Plan aufzustellen für die Leistungssteigerung der Industrie auf allen Gebieten und überall dort einzugreifen, wo es an Rohstoffen fehle. Jetzt schon zeige sich, daß diese planvolle Tätigkeit gute Früchte zeitige. Allerdings könne nicht darauf verzichtet werden, daß die Wirtschaft selbst mithelfe. Zu dieser Mithilfe der Wirtschaft könne man großes Vertrauen haben. Wenn hinsichtlich der Leistungssteigerung systematisch vorgegangen und der Wille zur Selbsthilfe in jeder Weise ermutigt werde, werde das Bild der Industrie in kurzer Zeit wesentlich anders aussehen als vor einem halben Jahr. Daß die Kostenfrage natürlich sehr schwierig ist, brauche nicht eigens erwähnt zu werden. Neben den geschilderten Gegenwartsaufgaben sei von der Abteilung Wirtschaft im Zusammenwirken mit dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit auch eine umfassende Planungsarbeit in Angriff genommen worden.

Die Kohlenlage des Generalgouvernements bereite nach wie vor Schwierigkeiten. Im Monat November sei einer Anforderung von 4 Millionen Tonnen nur ein Kontingent von 350 000 Tonnen gegenüber gestanden. Die Lage habe sich durch die Forderungen der Wehrmacht bedeutend verschlechtert. Der Reichskohlenkommissar sei darauf hingewiesen worden, daß die Leistungen an die Wehrmacht den gesamten Kohlenhaushalt des Generalgouvernements über den Haufen werfe; er habe jedoch auf diese Vorhaltungen nur erklärt, daß es eben nicht anders möglich sei, sodaß sich das Generalgouvernement wohl oder übel mit der derzeitigen Situation abfinden müsse. Es werde nun naturgemäß ein sehr hartes Rangieren zwischen den einzelnen

Dringlichkeiten

Dringlichkeiten einsetzen und er richte daher an alle Ressorts die Bitte, hier auf das engste zusammenzuarbeiten, damit nicht einfach das Recht des Stärkeren sich durchsetze, sondern alle Belange in gerechter Weise eine Berücksichtigung finden. Am bedrohtesten sei der Hausbrandsektor. Im Vorschlag sei für den Hausbrand eine Monatsmenge von 10 Kilo pro Kopf vorgesehen. Das sei an sich sehr wenig, aber man müsse berücksichtigen, daß bei der ländlichen Bevölkerung das Heizen mit Holz weitgehend in Übung sei. Wie es mit dem Hausbrand in den Städten gemacht werde, hänge im wesentlichen davon ab, wie es gelinge, die Kohlenlenkung regional vorzunehmen.

In der Frage der Textilversorgung habe er vor 14 Tagen in Berlin mit dem Reichswirtschaftsministerium verhandelt. Es handle sich darum, die hiesige Erzeugung möglichst zu steigern und die rohstoffmäßigen Voraussetzungen für eine solche Steigerung zu schaffen, daneben aber Hereinzuholen, was hereinzuholen ist. Für das Ottoprogramm seien aus dem Reich bestimmte Lieferungen in Aussicht gestellt und unter Umständen müsse auch aus dem Litzmannstadter Bezirk ein entsprechendes Kontingent hereingeholt werden.

In der nächsten Zeit werde für die beteiligten Ressorts und die öffentlichen Bedarfsträger eine besondere Sitzung einberufen werden, die sich mit der Frage der Textilversorgung befassen werde.

Auf dem Gebiete der Schuhherzeugung sei im Generalgouvernement eine erhebliche Steigerung erreicht worden. Im Monat November würden rund 370 000 Paar Schuhe hergestellt, und zwar Schuhe mit Holz-, Gummi- und Ledersohlen. Da gerade bei den öffentlichen Bedarfsträgern die Schuhe mit Holzsohlen nur begrenzt in Verwendung gekommen seien, habe er Gewicht darauf gelegt, daß auch Schuhe mit Gummisohlen bereitgestellt würden. Die Fabriken seien hauptsächlich darauf eingestellt worden. Von den 370 000 Paar Schuhen würden 220 000 Paar Schuhe mit Leder- und Gummisohlen geliefert, außerdem 150 000 Schuhe mit Holzsohlen. Die Schuhe mit Holzsohlen würden jetzt bezugscheinfrei abgegeben, sie eigneten sich auch nicht für viele Arbeiter. Besonders Arbeiter, die im Wasser stehen müßten, brauchten hauptsächlich Schuhe mit Gummisohlen.

Bei der Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft sei es hauptsächlich darauf angekommen, dem Juden nicht nur die Läden zu schließen, sondern auch die Geschäfte in vertrauenswürdige Hand zu bringen. Aus diesem Grunde seien auch aus dem Reich Großhandel- und Ausfuhrfirmen hinzugezogen worden, die sich im Zuge der Ernteerfassungsaktion durch aus bewährt hätten. Entscheidend sei gewesen, daß man in jeden Kreis eine vertrauenswürdige Großfirma setzte, die dafür bürgte, daß die Textilwaren nicht von vornherein auf dem Schleichhandelsweg abgeschoben würden. Es werde darüber hinaus eine Aufgabe sein, neben diesen kreisweise angesetzten Firmen allmählich an den Aufbau eines Großhandels zu denken, dessen Arbeitsgebiet hauptsächlich in Warschau und Krakau liegen werde. Dieser fachlich ausgerichtete Großhandel werde dazu beitragen, sämtliche Hilfsquellen des Reiches zu erschließen, umsomehr, als die verrechnungsmäßigen Voraussetzungen besonders günstig seien. Vor allem werde es auch darauf ankommen, deutsche Firmen im Generalgouver-

nement anzusetzen und Vorsorge zu treffen, daß der Handelsverkehr zwischen Reich und Generalgouvernement vorzugsweise in deutschen Händen liege. Die Einfuhr aus dem Reich darf nicht von vornherein zersplittert werden. Man könne nicht jedem einzelnen polnischen Handwerker die Möglichkeit geben, seine notwendigen Bedarfsartikel von den Lieferanten aus dem Reich selbst zu beziehen, weil dadurch die Zahlungs- und Handelsbilanz ungünstig beeinflusst werden würde. Sehr viele Kleingeschäfte würden zu teuren Preisen abgeschlossen, als wenn der Import in der Hand einer beschränkten Zahl von großen leistungsfähigen Firmen liege.

Die Entscheidung des Führers, daß das Generalgouvernement als Nebenland des Deutschen Reiches zu betrachten ist, sei geeignet, für die Wirtschaft des Generalgouvernements eine gesunde Grundlage zu schaffen. Es habe große Schwierigkeiten gekostet, bei den einzelnen Instanzen des Reiches die besondere Lage des Generalgouvernements darzulegen und diese Instanzen zu überzeugen, daß die Dinge hier nicht mit dem gleichen Maße gemessen werden könnten, wie etwa im Protektorat oder gar in der Ostmark. Das Reichswirtschaftsministerium habe den Auftrag, die künftige mitteleuropäische Wirtschaft vorzubereiten und auf eine große Linie einzustellen. Gewissen Kreisen, die es als eine Selbstverständlichkeit angesehen hätten, daß das Generalgouvernement die Zollgrenzen niederlegen müsse und sozusagen alles in einen Topf zu werfen sei, sodaß für eine selbständige Wirtschaftspolitik dieses Raumes nicht eigentlich mehr Platz sei, habe er immer auf das energischste entgegengehalten, daß dieser Raum verelenden müsse, wenn man ihm nicht ein Eigenleben ließe, daß dieser Raum eben nur leben könne, wenn ein Gefälle gegenüber dem Reich bestehe. Wenn die Grenzen niedergelegt würden und eine nicht rationalisierte Landwirtschaft in den Genuß der hohen Reichsnährstandspreise komme, dann würde sich erneut die ganze Schwere des Ostproblems zeigen. Es habe ja dazu geführt, daß sich im Osten eigentlich nie eine Industrie halten können, es sei denn mit künstlichen Mitteln. Dieses Problem würde im Generalgouvernement in ganz besonderem Maße auftreten. Eine wirtschaftliche Erzeugung könnte nicht ge-

schaffen

schaffen werden, auf die beschäftigungslosen Massen der industriellen Arbeiterschaft würde ein großer Druck ausgeübt werden, nach dem Westen zu gehen, wo man ihnen entsprechend höhere Löhne und Beschäftigungsmöglichkeiten gebe. Das widerspreche aber vollständig der großen politischen Zielsetzung, die erheische, daß dieser Raum zunächst auch völkisch vom Reich isoliert werde. Die Entscheidung des Führers schaffe die Voraussetzung, daß das Aufbauwerk im Generalgouvernement nur nach ganz klaren Richtlinien bestimmt und gelenkt werden könne.

Ostbahn.

Präsident Dr. Gerteis führt aus, daß die Lage der Ostbahn ausschlaggebend durch die Forderung der Reichsverteidigung bestimmt sei. Das Programm der Ostbahn für den Ausbau der Strecken sehe eine Gesamtsumme von 180 Millionen Reichsmark vor. Es sei natürlich ausgeschlossen, dieses Programm in der von der Wehrmacht gestellten Frist durchzuführen. Die Arbeiten seien aber jetzt schon voll in Gang gekommen, doch seien sie ihrer Natur nach völlig anders gear- tet als etwa die Straßenbauten. Bei der Eisenbahn handle es sich um die Errichtung zahlreicher schwieriger Bauwerke, Eisenbauten, Förderanlagen, Wasserbehälter usw., deren Materialien vom Reich bezogen werden müßten.

Die Finanzierung des Otto-Programms sei noch nicht voll gesichert. Der Reichsfinanzminister stehe auf dem Standpunkt, daß die Arbeiten für das Otto-Programm zur Verteidigung des Generalgouvernements erforderlich seien und infolgedessen das Generalgouvernement auch einen Teil dieser Kosten zu tragen habe. Es sei aber undenkbar, daß aus Mitteln des Generalgouvernements hierfür ein Zuschuß gegeben werden könne; denn weitere Bauten der Ostbahn, die selbstverständlich auch im Interesse des Verkehrs lägen und der Erschließung des Landes dienten, erforderten ohnehin im nächsten Jahre große Aufwendungen. Zudem müsse man bedenken, daß die Inanspruchnahme des Eisenbahnbetriebes im Interesse der Landesverteidigung und der Durchführung des Otto-Programms, das

ja im Vordergrund stehe, außerordentlich groß sei. Ebenso wie die Straßen werde auch die Ostbahn bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht.

Weiter sei zu bedenken, daß die Wehrmacht im Generalgouvernement um ein Vielfaches vermehrt worden sei. Daraus ergebe sich, daß der Bedarf an Transportmitteln außerordentlich groß sei. Man sei deshalb auch schon gezwungen gewesen, um den Forderungen der Landesverteidigung gerecht zu werden, den Personenzugverkehr wesentlich einzuschränken. Die Einbringung der Ernte, die zur Zeit im Vordergrund des Interesses stehe, stelle ebenfalls die größten Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Ostbahn. Bisher sei es gelungen, den Anforderungen der Abteilung Landwirtschaft und Ernährung zu genügen; ob sich aber die Waggongestellung in der bisherigen Weise aufrechterhalten lasse, stehe noch dahin. Die Beantwortung dieser schwierigen Frage hänge nicht allein von ihm ab, sondern im wesentlichen von der Gesamtsituation im Deutschen Reich. Die Ostbahn habe eine gewisse Sonderstellung eingenommen. Er habe noch kürzlich 2 Aussprachen mit Staatssekretär Kleinmann gehabt, und das Ergebnis sei gewesen, daß die Lokomotivfrage im wesentlichen geklärt sei.

Auf dem Gebiete der Kohlenversorgung beständen nach wie vor Schwierigkeiten. Die Lage in Oberschlesien sei auch im Hinblick auf die Gestellung der notwendigen Waggons nicht sehr günstig. Auf der Süd- und Mittelstrecke sei es zu Betriebsschwierigkeiten gekommen. Deshalb denke man hier an eine gewisse Kontingentierung der Zahl der Wagen und hoffe dann, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Eine Besserung der Wagengestellung herbeizuführen, werde wahrscheinlich vorläufig nicht möglich sein. Man erhoffe eine Besserung vom Winter, in welchem die Bauarbeiten stark zurückgingen und die Wagengestellung vermindert werden würde.

Abschließend bittet Präsident Dr. Gerteis darum, neue uferlose Planungen für absehbare Zeit zurückzustellen, weil sie angesichts der Transportschwierigkeiten unter keinen Umständen durchgeführt werden könnten.

Straßenwesen.

Straßenwesen.

Präsident Bauder weist in seinem Bericht darauf hin, daß es nicht möglich sein werde, alle Forderungen nach Ausbau der Straßen zu erfüllen. Was die Durchführung des Otto-Programms auf dem Gebiete des Straßenbaues angehe, so habe er eindeutig erklärt, daß das Generalgouvernement unmöglich die Kosten, die durch diese zusätzliche Arbeit entstünden, tragen könne. Im übrigen hoffe er, wenn der Winter keine zu ungünstige Witterung bringe, mit den Straßenbauarbeiten im Zuge des Otto-Programms zu den befohlenen Terminen fertig werden zu können.

Postwesen.

Präsident Dr. Lauxmann greift aus der Fülle des Materials einige Punkte heraus und betont, daß zur Beurteilung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Postwesens 3 Abschnitte in Betracht kommen:

- 1) Der eigentliche Postverkehr,
- 2) der Fernsprechverkehr,
- 3) der Zahlungsverkehr.

Beim Postscheckamt Warschau habe der Umsatz im Februar 1940 3 Millionen, im September 140 Millionen betragen und zeige ein ständiges Anwachsen. Der Umsatz im Postanweisungsverkehr innerhalb des Generalgouvernements habe im Januar 1940 7 Millionen, im September 29 Millionen betragen. Dieser Verkehr habe sich von den großen Postanweisungen auf die kleinen Postanweisungen verlagert, der Betrag sei um das Vierfache, die Stückzahl jedoch um das Neunfache gestiegen. Das sei ein Zeichen dafür, daß sich die breiten Schichten der Bevölkerung immer mehr der staatlichen Einrichtung bedienten. Interessant sei weiter die Feststellung, daß die Zahlungen an das Reich zugenommen hätten. Im April dieses Jahres habe die Deutsche Post Osten noch eine Schuld an das Reich von 650 000 Zloty für Zahlungen gehabt, die aus dem Reich in größerem Umfang ins Generalgouvernement gegangen seien. Im Dezember sei die Verschuldung bereits auf 5 Millionen Zloty gestiegen. Der Postanweisungsverkehr gehe eben

mehr

mehr ins Reich als aus dem Reich ins Generalgouvernement.

Ein etwas trübes Kapitel stellten die Überweisungen der polnischen Landarbeiter dar. Man habe den im Reich befindlichen polnischen Landarbeitern empfohlen, ihre Zahlungen nach dem Generalgouvernement zu überweisen. Davon werde aber wenig oder gar kein Gebrauch gemacht. Die Zahlen bleiben sich auch etwa immer gleich. Im Juli sei es eine Summe von 1,08 Millionen Zloty, im September von 1,16 Millionen Zloty gewesen.

Was den allgemeinen Postverkehr angehe, so habe man sich bemüht, die Gebühren denen des Reiches anzugleichen, also möglichst niedrige Gebühren festzusetzen. Das gleiche gelte für die Fernsprechgebühren. Die Telegrammgebühr betrage zur Zeit noch $\frac{4}{3}$ der Reichsgebühr, werde aber im Dezember auf die Höhe der im Reich geltenden Gebühr gebracht werden.

Für den Verkehr auf den Straßen, für den das Bedürfnis im Generalgouvernement sehr groß sei, seien zur Zeit 29 Kraftpostlinien eingerichtet. Die erforderlichen Kraftomnibusse habe man überall zusammengekauft und in den Werkstätten in Stand gesetzt. Im September seien auf den Linien 75 000 Personen befördert worden.

Die Postzustellung auf dem flachen Lande sei weiter ausgebaut worden, wenn auch die ländliche Bevölkerung noch nicht so bedient werde, wie das im Reich der Fall sei. In den kleinen Dörfern fänden höchstens 2 oder 3 mal in der Woche Bestellungen statt.

Die Zahl der Postanstalten betrage zur Zeit im ganzen 1121 gegenüber 1442 Postanstalten, die früher von den Polen betrieben wurden.

Die eingegangenen Briefsendungen seien im Juli und September gezählt worden, bei den Postanstalten seien im Juli 5,9 Millionen, im September 6,8 Millionen Postsendungen eingegangen. Wesentlich größer sei allerdings die Zahl der aus dem Reich nach dem Generalgouvernement beförderten Briefe. Aus dem Reich seien im Juli 6,8, im September 8,8 und

im

im letzten Monat 10,4 Millionen Briefsendungen eingegangen. In diese Zahl seien die Briefsendungen der Feldpost und der SS-Feldpost nicht einbegriffen, sondern es handle sich lediglich um Behörden- und Zivilpost.

Im Paketverkehr zeige sich ebenfalls eine wesentliche Steigerung. Im Juli seien 116000, im September 174000 Pakete befördert worden. Eine große Schwierigkeit für den Betrieb biete immer noch die Tatsache, daß viele Pakete an der Grenze angehalten würden, weil sie als Auslandspakete nicht befördert werden dürften. Zu dem beeinflusse die ungenaue Ortsbezeichnung den Postverkehr außerordentlich ungünstig. Deswegen schlage er vor, daß die Abteilung Raumordnung im Benehmen mit den anderen zuständigen Abteilungen darangehe, endlich einheitliche Ortsbezeichnungen einzuführen.

Sehr interessant sei der große Anteil Warschaus am Fernmeldewesen. Es gebe heute im Generalgouvernement 38 000 Fernsprechteilnehmer, von denen allein 30 000 auf die Stadt Warschau entfielen. Von den übrigen 8 000 zähle Krakau 3 000 Fernsprechteilnehmer. Im allgemeinen hätten die Juden auf dem Land die meisten Fernsprecher gehabt, die natürlich jetzt weggefallen seien. Immerhin sei doch eine allmähliche Steigerung der Zahl der Fernsprechanschlüsse festzustellen. Man müsse auch bedenken, daß im alten Polen der Fernsprecher eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle gespielt hat. - Von den Vermittlungsstellen seien am 1. Januar 50 wieder in Betrieb gewesen, heute sei ihre Zahl wieder auf 650 Betriebe gestiegen. Die Fernsprechleitungen seien wieder instand gesetzt, teilweise seien auch neue Leitungen gebaut worden. Im Januar seien es 95 gewesen, gegenwärtig 1280. Die frühere polnische Postverwaltung habe im Generalgouvernement im ganzen 250 km Fernkabel verhältnismäßig guter Qualität unterhalten. Bis zum 1. April 1941 müßten weitere 575 km gebaut werden. Bis zu diesem Termin müßten auch andere notwendige technische Einrichtungen getroffen werden, so z.B. seien 15 neue Verstärker-Ämter zu errichten. Hinsichtlich der Aufbringung der Kosten für diese Anlagen beständen keine Schwierigkeiten.

rigkeiten. Die Bezahlung wolle die Wehrmacht bzw. das Reichspostministerium voll übernehmen. Er habe nur die Befürchtung, daß, wenn alle diese Kosten von anderer Seite getragen würden, er dann nicht mehr über den ihm zustehenden Teil frei verfügen könne. Deshalb halte er es doch für richtig, wenn ein Teil dieser Kosten vom Haushalt getragen werde, um so das Verfügungsrecht für das Generalgouvernement sicherzustellen.

Den Telegraphen-Betrieb suche man, soweit eben möglich, zu modernisieren. Den Polen sei kaum der Fernsprecher bekannt gewesen. Sie hätten in der Hauptsache Morseleitungen und die alten Hughes-Apparate benutzt. Im Rahmen des Otto-Programms würden nun weitere Telegraphenverbindungen aufgestellt, im ganzen etwa 150 und zwar hauptsächlich in den größeren Orten. Die neuen Fernschreiber würden den Behörden und Privatbetrieben auch mietweise abgegeben. - Die Telefonfabrik in Warschau sei etwa zu 2/3 wieder in Betrieb, das restliche Drittel sei zerstört. Aufträge seien für lange Zeit vorhanden, und zwar einmal von seiten der Wehrmacht bzw. der Rüstungsbetriebe und dann auch von seiten der Firma Siemens und der Firma Telefunken. (Mittagspause)

Nach Wiederaufnahme der Beratung berichtet Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt über die

Forst- und Holzwirtschaft im Generalgouvernement.

Das erste Jahr der forstwirtschaftlichen Arbeit habe, so führt er aus, ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Kriegswirtschaft gestanden. Alle Momente einer normalen Wirtschaft seien zurückgestellt worden, und die für die Kriegswirtschaft notwendige Holzbeschaffung habe im Mittelpunkt der Organisation gestanden. Der Beitrag der Forst- und Holzwirtschaft des Generalgouvernements zur deutschen Kriegswirtschaft sei immerhin recht erheblich gewesen. Im Vordergrund habe die Versorgung der oberschlesischen Bergbaubetriebe mit Grubenholz gestanden. Für Oberschlesien sei im Versorgungsprogramm des Reiches überhaupt nichts vorgesehen gewesen. So habe denn das Generalgouvernement 57 000 Festmeter Grubenholz nach Oberschlesien geliefert. Man sollte dieses Moment bei Verhandlungen über Kohlelieferungen ins Generalgouvernement in die Wagschale werfen.

Über 1 Million Festmeter Stammholz im roh eingeschnittenen Zustand seien ins Reich geliefert worden, außerdem andere Sortimente, im ganzen über 2 Millionen Festmeter, die einen Wert von 150- bis 160 Millionen Zloty haben. Der größte Teil des Holzes sei auch schon abgeliefert, ein geringer Teil sei noch nicht abtransportiert worden. Der Gesamteinschlag im Generalgouvernement habe 7 Millionen Festmeter betragen, und mit dieser Menge habe man die vorgesehene Planung voll erfüllen können.

Für die Holzwirtschaft seien von den Sägewerken, jenem Produktionszweig, der zahlenmäßig am meisten vertreten sei, 500 wieder in Gang gebracht worden.

Aus der Holzwirtschaft, aus der Holzindustrie und dem Holzhandel seien sämtliche Juden entfernt worden, sodaß fürderhin jegliche Schiebergeschäfte unterbunden seien. Die Holzverteilung sei in Angriff genommen und ihre Regelung mit Hilfe von Einkaufsscheinen durchgeführt worden, sodaß die Versorgung der wichtigsten deutschen Bedarfsträger sichergestellt wurde. Für den Aufbau der Wirtschaft des Generalgouvernements sei eigentlich verhältnismäßig wenig hergegeben worden.

Was die Leistung auf dem Gebiete der Holzwirtschaft angehe, so seien ungefähr 200 bis 250 % Holzeinschlag als einmalige Maßnahme übernommen worden. Der polnische Wald erbringe im Durchschnitt

des

des Jahres pro ha eine Menge von nur 2 Festmetern, während 4 Festmeter ein normales Ergebnis wären.

Auf dem Gebiete der forstlichen Nebennutzung sei vor allem die Produktion von Harz in Gang gebracht worden. Insgesamt habe man eine Fläche von 12 000 ha abgeharzt, während im Gesamtreich nur eine Fläche von 9000 ha abgeharzt worden sei. Der Ertrag sei etwa eine halbe Million kg. Man behalte 50 % des Harzes im Generalgouvernement, der Rest werde ins Reich geliefert. Von dem verbleibenden Harz würden 70 % zu Kolophonium verarbeitet, der Rest zu Terpentinöl. Wichtig sei hier auch die Stock-Extraktion. Der Gesamtwert der Harzgewinnung betrage schätzungsweise 10 Millionen Zloty. Auch Holzsteer und Holzkohle könnten gewonnen werden.

Im vergangenen Jahre habe man sich besonders der Torfnutzung angenommen. In Betracht dafür kämen schätzungsweise 4000 ha Sumpfgelände. Eine Produktion im Großen sei bisher noch nicht aufgenommen worden. Für das nächste Jahr sei die Einsetzung von Maschinen in Aussicht genommen.

Auch die forstliche Nebennutzung der Beeren- und Pilzernte verdiene Erwähnung. Man beabsichtige, deutsche Fachmänner ins Generalgouvernement zu berufen, die die Beeren und Pilze sammeln lassen, damit sie ins Reich gebracht werden könnten.

Allgemein seien die forstlichen Nebennutzungen im Laufe der Jahre noch bedeutend steigerungsfähig.

Der Holzeinschlag sei für das bevorstehende Jahr auf 130 % des Normaleinschlages festgesetzt. Das entspreche dem Satz, der auch im Reiche gelte. Vorgesehen sei der Einschlag von 3 Millionen Festmetern Nutzholz und 1,5 Millionen Festmetern Brennholz.

Eine Besserung sei für das Generalgouvernement insofern eingetreten, als kein Bauholz mehr ins Reich geliefert werden. Für die Durchführung einer ordentlichen Holzwirtschaft bedürfe es vor allem einer zweckmäßigen Lösung der Arbeiter- und Abfuhrfrage. Die Arbeiter seien zum Teil schon mit zweckmäßigem Schuhwerk versorgt worden. Ein besonderes Augenmerk müsse der Frage der Löhne zugewandt werden. Hier lägen die Verhältnisse ähnlich wie in der Landwirtschaft. - Die Holzabfuhr funktioniere verhältnismäßig gut, und zwar sei das dem Forstschutzkommando zu danken, deren Haupttätigkeit sich schon seit einigen Monaten auf die Organisation der Holzabfuhr konzentriere. Große Schwierigkeiten biete aber der Weitertransport auf der Bahn. In Anbetracht der Tatsache, daß der

größte

größte Teil des Holzes im Generalgouvernement gebraucht werde, werde es dringend notwendig sein, für eine rechtseitige Transportierung des Holzes nach den Stellen zu sorgen, an denen es vor allem gebraucht werde. Die nächste Aufgabe werde darin bestehen, die einheimische Versorgung bis zum Frühjahr nächsten Jahres sicherzustellen und dann zu prüfen, wieviel Holz noch für die Bedarfsträger benötigt wird. Angesichts der gesteigerten Aufgaben, deren Auswirkung man noch nicht voraussagen könne, werde man im Laufe des Jahres vielleicht doch auf den Import vom Reich zurückgreifen müssen.

Was die Brennholzversorgung angehe, so könne Brennholz nicht beliebig in großen Mengen hergestellt werden. Es handle sich hier um ein Nebenprodukt, das bei dem Nutzholzanfall abfalle. Wenn man die Menge von 1,5 Millionen Festmetern auf die Zahl der Haushaltungen verteile, dann entfielen etwa 1 bis 1,5 Raummeter auf den Haushalt des flachen Landes, während für die Städte höchstens $1/2$ Festmeter für die Zwecke zusätzlicher Feuerung in Betracht käme. Diese Menge sei an sich sehr gering, und er warne davor, sich bei einem etwa auftretenden Kohlenmangel damit zu trösten, daß den Haushaltungen die Verfeuerung von Brennholz empfohlen werden könne. Das Holz müsse zudem getrocknet werden, es sei jedenfalls in diesen Riesenmengen nicht vorhanden.

Es sei eine gewisse Tragik, daß der Rohstoff Holz in einer Zeit knapp werde, in welcher neue Erfindungen gemacht würden. Deshalb müsse auf die Dauer das Augenmerk allgemein darauf gerichtet sein, die Wirtschaft zu intensivieren. Man müsse eine höhere Wirkung aus dem Walde herausholen; alle Flächen, die brach lägen, müßten aufgeforstet werden, auch bedürfe es der Aufstellung eines Programms für die nächsten 20 Jahre. Die Holzproduktion, die jetzt 3,5 Millionen Festmeter im Jahre betrage, könne im Laufe einiger Jahre auf 4,5 Millionen Festmeter gesteigert werden, und wenn man entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiete der Holzwirtschaft treffe, sei eine Steigerung auf 9,6 Millionen Festmeter möglich. Ein Ausbau der Holzwirtschaft sei auch vorgesehen, dies umso mehr, als die Holzwirtschaft im früheren Polen völlig unzureichend gewesen sei. Vielleicht könne auch die Brückenstellung des Generalgouvernements insofern ausgenutzt werden, daß aus Rußland kommendes Holz hier verarbeitet werde und dann ins Reich geschickt werde. - Die Durchführung des

Aufforstungsprogrammes

Aufforstungsprogrammen werde einen Kostenaufwand von annähernd 1 Milliarde erfordern, einschließlich der Rohstoffe, die man dafür benötigt. Man habe mit den Vorarbeiten bereits begonnen und werde bestrebt sein, hierbei neue Methoden auszuprobieren.

Treuhandverwaltung.

Der Leiter der Abteilung Treuhandstelle, Ministerialrat Plodeck, berichtet, daß etwa 2500 Betriebe im Generalgouvernement unter treuhänderische oder kommissarische Verwaltung genommen worden seien. Im Dienste dieser Aufgabe ständen etwa 1200 Treuhänder. Zur Nachprüfung der Handhabung der Geschäfte dieser Treuhänder seien umfassende Revisionen eingesetzt worden, die zur Zeit in der Durchführung begriffen seien. In der Zentralstelle lägen bereits 500 fertige Revisionsberichte vor, die überprüft seien und einen Einblick in die Verhältnisse bei den einzelnen Betrieben gäben, besonders im Hinblick auf die finanzielle Seite und eine eventuelle Verschuldung. Weitere Revisionen seien im Gange, und man könne damit rechnen, daß spätestens mit Beginn des nächsten Jahres die gesamten in Verwaltung genommenen Betriebe revidiert sein werden. Dann werde man im Besitz einer für die Abteilung Wirtschaft sehr wertvollen vollständigen Kartothek für die wichtigsten wirtschaftlichen Unternehmungen des Generalgouvernements sein, die ein vorbildliches Nachschlagewerk für die Verhältnisse in den 2600 bis 2800 revidierten Betrieben darstelle. Die Einrichtung dieser Kartothek und der Registratur sei zur Zeit in vollem Gange. Zur Bewältigung dieser Arbeit habe er eine größere Anzahl Arbeitskräfte neu einstellen müssen.

Was die Auswirkung der kommissarischen Verwaltung selbst angehe, die in den vergangenen Monaten einer starken Kritik unterzogen worden sei, so hätten die Revisionen bis jetzt ergeben, daß die kommissarisch verwalteten Unternehmungen im Durchschnitt mit Gewinn arbeiteten. Man habe festgestellt, daß im Distrikt Krakau die treuhänderisch verwalteten Unternehmungen zur Zeit Betriebsgewinne in Höhe von 12 Millionen ausweisen, und man könne darüber hinaus damit rechnen, daß die kommissarisch verwalteten

verwalteten Unternehmungen im Gesamtdurchschnitt des Generalgouvernements mit Ablauf des Bilanzjahres einen Überschuß von etwa 50 Millionen Zloty erbringen werden. Man beabsichtige, diese Betriebsgewinne rücklaufend in die Wirtschaft zu leiten, und über den dafür einschlagenden Weg habe man bereits mit der Abteilung Wirtschaft und der Bankaufsichtsstelle Erörterungen gepflogen. Man hoffe, daraus einen befruchtenden Einfluß auf die Gesamtentwicklung der Wirtschaft nehmen zu können.

Was die vielbesprochene Kriminalität der Treuhänder angehe, so sei durch Ermittlungen in den vier Distrikten festgestellt worden, daß die Zahl der Fälle, in denen Treuhänder wegen kriminellen Verhaltens abgesetzt werden mußten, im Jahr mit etwa 2 % der gesamten in der Treuhandverwaltung beschäftigten Personen angegeben wird.

Was die Frage der Wiederinangasetzung zerstörter Betriebe angehe, so habe es wohl gerade im Rahmen der Entwicklung der Treuhandverwaltung gelegen, nach Schluß des Krieges dafür zu sorgen, daß die zerstörten und stillgelegten Betriebe nach Möglichkeit wieder der Wirtschaft zugänglich gemacht würden. Die dafür eingesetzte kommissarische Verwaltung habe sich im allgemeinen gut bewährt. Daß es möglich gewesen sei, diese zerstörten Betriebe so schnell in Gang zu bringen und für die Wirtschaft wieder nutzbar zu machen, sei im großen und ganzen auf die Tätigkeit tüchtiger und bewährter kommissarischer Verwalter zurückzuführen.

Hinsichtlich der Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft sei noch manches nachzuholen. Deshalb sei man auch in der Abteilung Wirtschaft in den letzten Wochen energisch an die Lösung dieses Problems herangegangen. So habe er unter anderem der Abteilung Gesetzgebung in den letzten Tagen den Entwurf einer Verordnung über die Entbindung des Grundbesitzes im Generalgouvernement zugeleitet. Gleichzeitig sei die Gründung einer Grundstücksverwaltungsgesellschaft in die Wege geleitet worden, die wohl angesichts des Potentials der zu erfassenden Objekte als die größte Grundstücksverwaltungsgesellschaft Europas werde bezeichnet werden können. Nach Schätzungen betrage der Wert des in jüdischen Händen befindlichen Grundbesitzes in Warschau allein rund 2 Milliarden Zloty. Im ganzen Generalgouvernement werde

werde diese Grundstücksverwaltung über Vermögensobjekte in Höhe von mehreren Milliarden zu verfügen haben. Die Form, in der dieser Plan zur Durchführung gelangen sei, sei das Enteignungsverfahren. Es werde vorgeschlagen, den gesamten jüdischen Grundbesitz zu enteignen und der Gesellschaft zur Verwaltung und Verwertung zu übertragen. In die dafür vorgesehene Verordnung sei eine Entschädigungsverfahren eingebaut, das allerdings sehr vorsichtig formuliert sei und die Möglichkeit gebe, den Juden nach einem von seiner Abteilung festgesetzten Taxwert den Gegenwert als Entschädigung in Amortisationsquoten zu geben. Die Zahlung dieser Tilgungsraten solle spätestens am 1. Januar 1945 beginnen. Den dazwischen liegenden Zeitraum müsse man sich freihalten, weil zunächst Mittel für diesen Zweck nicht vorhanden seien. Die Rechte Dritter an dem enteigneten Grundbesitz ruhten nicht, auch gebe es kein Erlöschen von Rechten Dritter. Man sei auch bestrebt, unter ganz bestimmten Voraussetzungen ein Wiederaufleben von Rechten Dritter vorsuchen. Die dafür bestimmte Verordnung liege zur Zeit der Abteilung Gesetzgebung vor, und er würde es sehr begrüßen, wenn sich der Herr Generalgouverneur für diese außerordentlich wichtige und entscheidende Frage persönlich interessieren wollte.

In der Frage des Entschuldungsproblems sei man in Verhandlungen mit den Berliner Stellen gut vorwärts gekommen. Das Problem der gegenseitigen Verflechtung von Forderungen und Schulden zwischen Generalgouvernement und den Ostgebieten sei eingehend erörtert worden. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, daß für den Ausgleich von Schulden und Forderungen Reichsdeutscher und Volksdeutscher der Weg freigemacht werde und im Übrigen auch die Möglichkeit bestehe, sonstige Einzelheiten dieses Entschuldungsproblems in den nächsten Monaten zu regeln. Von beiden Seiten werde ein Saldo aufgestellt, entsprechende Erhebungen seien veranlaßt worden, und das Ergebnis werde voraussichtlich Ende November vorliegen. Dann werde man vor der wichtigen Frage einer Auseinandersetzung mit dem Reich stehen, und zwar hinsichtlich eines gegebenenfalls für das Generalgouvernement sich errechnenden Aktivaaldos. Es handele sich nach überschläglichen Berechnungen um einen Aktivaaldo von 750 Millionen, die dann mit Hilfe der Haupttreuhandstelle Ost beim Reichsfinanzministerium locker gemacht werden müßten.

Die vielumstrittene Treuhandverwertungs-G.m.b.H. habe sich in der letzten Zeit durchaus bewährt. Sie arbeite jetzt in einer Form, die es ihm in diesen Tagen ermöglicht habe, anzuordnen, daß der Oberkasse der Finanzabteilung ein vorläufiger erster Betrag von 5 Millionen Klotz überwiesen werde. Was es bedeute, in diesem Chaos von Beschlagnahmen und wilden Verwaltungen ein bewegliches Vermögen in Geldwert umzusetzen, könne nur derjenige ermessen, der sich täglich mit dieser Materie befassen müsse.

Auf Grund der letzten Verhandlungen mit der Haupttreuhandstelle Ost habe man jetzt die Mitteilung erhalten, daß als erste a-Kontozahlung für die Lieferung von Rohstoffen und Halbfabrikaten nach dem Reich eine Summe von 5,3 Millionen überwiesen werde, und man auch weiter noch auf bescheidene Zahlungen rechnen könne. Er habe in der letzten Zeit in telefonischen Gesprächen mit den Berliner Stellen zum Ausdruck gebracht, daß man diese Summe zwar hereinnahme, aber unter einem starken Vorbehalt ihrer Erhöhung in den nächsten Monaten. Daraufhin sei ihm jetzt eine umfassende Berechnung zugestellt worden, mit der Bitte, er möge sich dieser Berechnungsmethode anschließen und theoretisch und praktisch sein Einverständnis damit erklären. Er habe durch die Bewirtschaftungsstelle für Metalle diese Aufstellung nachprüfen lassen, und das Gutachten liege ihm bereits vor. Mit einem gewissen Vorbehalt könne man die Berechnung zunächst für einen Teil der Lieferungen als verhältnismäßig richtig anerkennen. Nach alledem sei er bereit, die 5,3 Millionen jetzt hereinzunehmen, benutze aber die Anwesenheit des Regierungsrats Dr. Bergmann dazu, ihn zu bitten, er möge unter Bezugnahme auf frühere eingehende Verhandlungen die Bemühungen wieder aufnehmen, auf diesem Gebiet doch noch eine gewisse obere Grenze zu erreichen. Man habe von 500 Millionen langsam auf 5 Millionen heruntergehandelt, und diese Differenz sei doch wohl etwas zu groß.

Finanzlage des Generalgouvernements.

Finanzpräsident Spindler führt aus, daß das Arbeitsgebiet seiner Abteilung zum Teil in die Hoheitsverwaltung falle und zum anderen Teil, z.B. hinsichtlich des Monopols, eng mit der Wirtschaft verflochten sei. Die wirtschaftlichen Ressorts werde vor allem die Frage interessieren, ob evtl. noch im Laufe dieses Jahres die Steuerschraube werde angezogen werden müssen. Die Beantwortung dieser Frage werde davon abhängen, wie sich das Ergebnis des Haushalts gestalte. Er werde erst in 14 Tagen in der Lage sein, eine Abschlußziffer über den Haushalt zu geben, da erst jetzt die letzten Voranschläge vorgelegt würden. Man werde damit rechnen müssen, daß der Haushalt nicht ausballanciert sei, sondern mit einem Fehlbetrag abschließe. Man werde dann vor die Frage gestellt werden, ob etwa durch eine einmalige Steuererhebung auf dem Gebiete der Grundsteuer oder der Einkommensteuer noch einige Beträge hereingeholt werden müßten. Die Einnahmen hätten sich recht erfreulich entwickelt. Die Einnahmen aus Steuern und anderen Abgaben seien im zweiten Vierteljahr um 6 Millionen gegenüber den Einnahmen des ersten Vierteljahres gestiegen. Der Anteil der direkten Steuern habe sich von 39 Millionen auf 53 Millionen Zloty erhöht, die Lohnsteuer sei von 7,8 Millionen auf 13,1 Millionen, die Umsatzsteuer von 11 Millionen auf 17,4 Millionen gestiegen. Wenn diese Entwicklung weiter anhalte, könne man mit weiteren Steigerungen rechnen. Recht erfreulich sei das Wachsen der Zolleinnahmen: sie hätten im ersten Vierteljahr 6 Millionen, im zweiten Vierteljahr 11,8 Millionen Zloty betragen. Man werde entsprechend dem Auftrage des Generalgouverneurs an eine Durchprüfung des Zolltarifs herangehen. Die Verbrauchssteuern, Bier- und Zuckersteuern, hätten sich mit etwa 20 Millionen Zloty auf der gleichen Höhe gehalten. Die Monopoleinnahmen bewegten sich um 100 Millionen Zloty im Vierteljahr und erbrächten mehr als die Hälfte der Gesamteinnahmen. Im übrigen zehre man immer noch von einer gewissen Reserve, indem alte Steuern eingezogen würden, die vor dem 1. September 1939 gestanden haben. Man stehe deshalb in Verbindung mit der Abteilung Treuhandstelle hinsichtlich der Abwicklung von Steuerschulden von treuhänderisch verwalteten Betrieben.

Gegenüber

Gegenüber dem Hinweis des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s , daß Treuhänder sich vielfach ihren steuerlichen Verpflichtungen zu entziehen suchten, stellt Ministerialrat Plodeck fest, daß er die Treuhänder auf ihre steuerlichen Verpflichtungen mit Nachdruck hingewiesen habe.

Finanzpräsident Spindler gibt der Hoffnung Ausdruck, daß von Seiten der Treuhändstelle noch weitere erhebliche Zahlungen im Laufe der kommenden Monate erfolgen würden. - Das Reichsfinanzministerium stelle sich auf dem Standpunkt, daß man, da das Generalgouvernement nunmehr Bestandteil des deutschen Machtbereiches sei, dazu übergehen sollte, die Lieferungen für das Heer umsatzsteuerlich als Exportlieferungen zu behandeln. Das würde bedeuten, daß sie dann nicht mehr umsatzsteuerfrei seien. Er habe sich in dieser Frage mit dem Wirtschaftsressort in Verbindung gesetzt.

Gestreift werden sei auch die Frage der Aufbringung der Kosten des Otto-Programms. Er werde in Berlin in dem Sinne vorstellig werden, daß eine Beteiligung des Generalgouvernements an den Kosten des Otto-Programms nicht in Frage komme.

Für die Finanzierung von Wohnungen und Behördenbauten werde man ein Kreditprogramm aufstellen. Den Anleihemarkt habe man bereits mit 100 Millionen Zloty in Anspruch genommen, darüber hinaus wolle man noch im Laufe des Rechnungsjahres weitere 100 Millionen aufnehmen. Es sei zu hoffen, daß man mit diesem Betrage auskomme.

Zoll-Verwaltung.

Präsident Sankowski geht zunächst auf die Frage des Zolltarifs ein. Er sei sich schon vor einem Jahr darüber klar geworden, daß es unmöglich sein werde, den alten polnischen Zolltarif in seiner ursprünglichen Form auf die Dauer aufrecht zu erhalten. Andererseits sei es aber nicht von heute auf morgen möglich, grundlegende Änderungen am Zolltarif, soweit er schutzzöllnerischer Art sei, durchzuführen. Deshalb sei er an den früheren Leiter der Abteilung Wirtschaft und ebenso an die Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft mit der Bitte herantreten, in Besprechungen mit den Interessentengruppen festzustellen, welche Schutzzölle für die Wirtschaft des Generalgouvernements notwendig seien. Vor Januar
bzw.

bzw. Februar nächsten Jahres sei mit einer praktischen Durchführung einer Zollltarifreform nicht zu rechnen. Man habe aber andererseits durch einzelne Entscheidungen, die dann für andere Fälle gleicher Art maßgebend gewesen seien, dieser Reform laufend vorgearbeitet, sodaß man bereits jetzt einen gewissen Überblick habe und die faktische Reform des Zollltarifs zum Teil schon durchgeführt sei. In verschiedenen Fällen sei festgestellt worden, daß sich Zollermäßigungen von 70 bis 80 % keineswegs im Preisniveau ausgewirkt, sondern lediglich zu einer Erhöhung des Handelsgewinnes geführt hätten.

Die Zollbefreiungsverordnung vom 7. Januar habe sich im allgemeinen gut bewährt; in dieser Hinsicht seien auch keine Mißbräuche festgestellt worden. In den letzten Wochen und Monaten seien von sogenannten deutschen Gaststätten ähnliche Wünsche gegenüber der Zollverwaltung geäußert worden, wie dies bei den Casinos der Fall sei, die eine bestimmte Mitgliederzahl hätten. Diese Gaststätten wünschten, beim Bezug von Waren, insbesondere Getränken und anderen Genußmitteln, den Casinos gleichgestellt zu werden. Hier über den Kreis der Casinos hinauszugehen, sei für die Zollverwaltung und die Abteilung Finanzen praktisch fast undurchführbar, und er habe deshalb diese Anträge bisher auch immer ablehnen müssen.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Senkowski an, sich in dieser Frage mit den Abteilungsleitern ins Benehmen zu setzen, um festzustellen, welche Betriebe unter den Begriff "Casino" fallen

Monopolverwaltung.

Auf dem Gebiete der Staatsmonopole ist, wie Präsident Senkowski ausführt, nach einer einjährigen Tätigkeit, ein gewisser Überblick möglich. Ministerialdirigent Dr. Emmerich habe beim Salzmonopol einen gewissen Produktionsrückgang gegenüber der polnischen Zeit festgestellt. Noch im November vorigen Jahres sei das Bedürfnis nach Salz ungeheuer groß gewesen. Das sei auch erklärlich gewesen; denn die Salinen hätten, soweit sie im Generalgouvernement gelegen waren, 3/4 des gesamtpolnischen Bedarfs mit

einer

einer Jahreskapazität von 270 000 Tonnen gedeckt. Sie hätten dann schon Anfang September ihre Produktion eingestellt, und das übrige Polen habe bis in den November hinein von den Vorräten gelebt. Die erste Folge sei gewesen, daß große Überpreise für das noch vorhandene Salz bezahlt wurden. Seinem Ratschlage folgend, sei dann möglichst viel Salz auf den Markt gebracht worden, und etwa um die Jahreswende habe kein Mensch mehr nach Salz verlangt. Schieber und Schleichhändler wären auf ihren großen Vorräten sitzen geblieben.

Präsident Senkowski gibt dann eine Aufstellung über die Produktion und den Absatz von Salzungen im vergangenen Jahre und weist dabei darauf hin, daß die Kapazität der Werke nicht voll ausgenutzt sei. Er stehe vor dem Abschluß eines ganz großen Exportgeschäftes von Salz zu den Preisen, die man bisher verlangt habe. Für den Absatz ergäben sich angesichts der ungünstigen Frachtlage gegenüber den Absatzländern große Schwierigkeiten. Auch mache sich die Konkurrenz der deutschen Salzindustrie sehr bemerkbar.

Was das Tabakmonopol angehe, so seien die in den ersten Monaten vielfach gezahlten Überpreise für Tabakwaren fast vollkommen weggefallen, obwohl man aus verschiedenen Gründen auch heute noch nicht in der Lage sein werde, den Bedarf voll zu befriedigen. Das sei unter anderem darauf zurückzuführen, daß der Maschinenpark zum Teil veraltet und zum Teil sehr stark beansprucht worden sei. Man habe aber bereits in erheblichem Umfange neue Maschinen gestellt, seit einem halben Jahr liefen auch im Tabakwerk Krakau 5 neue moderne Zigarettenmaschinen. Trotz großer Schwierigkeiten sei es auch gelungen, in Krakau ein bisher im Generalgouvernement überhaupt fehlendes Zigarrenwerk zu eröffnen. Die Zigarrenproduktion sei nur für Deutsche gedacht. Man werde auch für die Soldaten eine Zigarre herstellen, die nur 20 Groschen koste. Bei den abschließenden Verhandlungen habe die deutsche Zigarrenindustrie einen Vorstoß unternommen, um zu verhindern, daß überhaupt im Generalgouvernement eine Zigarrenproduktion ins Leben gerufen wurde. Zigarren würden aber im Generalgouvernement nur in einer Menge von 10 000 Stück im Jahre produziert, und diese Produktion würde für den deutschen Bedarf, wenn die Wehrmacht nicht zuviel beanspruche, ohne weiteres ausreichen.

Die Verwaltung arbeite zur Zeit am Ausbau des Branntweinmonopols. Durch eine vernünftige Vorratswirtschaft und durch Zukauf von Spirit sei es möglich gewesen, im Laufe des September die Produktion von Triakbranntwein um 100 % zu steigern. In Warschau werde in der Fabrik zur Zeit in drei Schichten gearbeitet, und auch

41

in Krakau seien die maschinellen Einrichtungen vollkommen ausgenutzt. Man sei schon frühzeitig an die Schaffung eines neuen Werkes in Lublin gegangen und hoffe, daß dieses Werk im Januar in Betrieb genommen werden könne. Die Produktionssteigerung habe sich in verschiedener Hinsicht günstig ausgewirkt: Der Ertrag aus dem Branntweinmonopol sei im September und Oktober erheblich gestiegen, die zum Teil im Schleichhandel gezahlten Überpreise für Wodka seien von etwa 40 auf 15 Zloty heruntergegangen. Beim Trinkbranntwein werde sich wahrscheinlich eine ähnliche Entwicklung zeigen, wie man sie vor einem Jahre beim Salz beobachten konnte.

Man sei weiter bestrebt, auf dem Gebiete der Liköre usw. in die Versorgung eine Ordnung zu bringen. Die Erzeugung von Likören sei zwar in Polen berührt gewesen, aber nur deshalb, weil niemand die Erzeugungstätten gekannt habe. 80 % der berührten polnischen Liköre sei in jüdischen Betrieben erzeugt worden, die vor Schmutz starrten. Diese Betriebe seien zum größten Teil heute stillgelegt, schon aus dem Grunde, weil die Rohstoffgrundlage für die Betriebe in der Zeit des Mangels einfach nicht zu schaffen gewesen seien. Nun habe die Monopolverwaltung eine eigene Produktion aufgenommen, die an verschiedenen Stellen laufe. Die Abteilung Finanzen werde außerdem in der nächsten Zeit noch den Entwurf einer Verordnung zur Ergänzung der Monopolgesetzgebung für Spiritus zur Genehmigung vorlegen.

Das Mineralölmonopol habe sich über alle Erwartungen günstig entwickelt. Diese Entwicklung sei noch nicht abgeschlossen. Die verschiedenen Sicherheitsventile, die eingebaut worden seien, um Absatzstockungen durch schlechte Preiskalkulation zu vermeiden, hätten eine so günstige Wirkung gezeigt, daß noch erhebliche Steigerungen der Einnahmen auf diesem Wege erzielt werden können. Die Vertriebsgesellschaft habe in den ersten 7 Monaten 3,5 Millionen Zloty Reingewinn gehabt, der nach dem Gesellschaftsvertrag in die Kasse des Generalgouvernements fließe. Auf dem Gebiete der Mineralölversorgung seien in den letzten Monaten im Hinblick auf die Wärmacht große Schwierigkeiten entstanden. Es sei aber nunmehr gelungen, dieser Schwierigkeiten, die durch den erhöhten Bedarf hervorgerufen waren, Herr zu werden. Bei Verhandlungen, die er Anfang des Monats ^{Oktober} in Berlin geführt habe, sei es gelungen, nicht nur gewisse Mengen zur Auffüllung der Vorräte zu erhalten, sondern es wurden außerdem noch aus der Einfuhr des Reiches Mengen abgezweigt, um den erhöhten Bedarf des Generalgouvernements zu decken.

Es seien sogar Aussagen, die in Berlin Ende August gemacht wurden, und nach denen eine ausreichende Versorgung sichergestellt werden sollte, aus unerklärlichen Gründen widerrufen worden. Allerdings sei es dann im Oktober gelungen, doch noch einen Erfolg zu erreichen. Eine gewisse Meinungsverschiedenheit habe darüber bestanden, wie weit das Monopol sich erstrecken solle. Einige hätten auf dem Standpunkt gestanden, daß sich das Monopol lediglich auf die eigene Produktion des Generalgouvernements erstrecke, während nach dem klaren Wortlaut der Verordnung die gesamte Mineralölwirtschaft des Generalgouvernements, ob sie nun durch eigene Produktion oder Einfuhr gedeckt werde, über das Monopol zu leiten sei. Maßgebend sei die Frage gewesen, in wessen Tasche der Zwischengewinn fließen solle. Nunmehr könne man aber damit rechnen, daß auch der Zwischenhandelsgewinn dem Generalgouvernement zugute komme.

Auf dem Gebiete des Süßstoffmonopols hätten sich gewisse Absatzschwierigkeiten ergeben, die darauf zurückzuführen seien, daß künstliche Süßstoffe bis zur Einführung des Monopols in Polen überhaupt für den Handel verboten gewesen seien. Im Benehmen mit der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft habe man in Aussicht genommen, daß der Süßstoff über die Organisationen der landwirtschaftlichen Zentralstelle vertrieben werde. Diese Organisationen hätten aber auch nicht in dem erwünschten Maße ihrer Aufgabe gerecht werden können.

Über das Glücksspielmonopol könne er heute noch keine bindenden Erklärungen abgeben, da es noch ungewiß sei, wie es sich auf die Dauer entwickeln werde. Jedenfalls sei es zunächst einmal erstaunlich, daß in Warschau an der Spielbank große Umsätze gemacht würden. Die Zahl der Besucher sei so groß, daß viele keinen Einlaß fänden. Der Betrieb könnte ohne weiteres erweitert werden, was aber angesichts des Personalmangels vorläufig nicht möglich sei. Man denke daran, Arbeitslose flämische Crappliers in Warschau einzustellen und so den derzeitigen Betrieb zu erweitern, evtl. sogar einen zweiten Spielbetrieb in Warschau zu eröffnen. Wenn man in dem derzeitigen Betrieb noch einige Tische aufstellen könnte, werde man vielleicht 300 000 bis 400 000 Zloty aus ihm herausholen.

Glücksspielautomaten seien in allen Orten aufgestellt. Zur Zeit sei sein Sachbearbeiter in Berlin, um mit dem Oberfinanzpräsidenten wegen Überlassung geschulten Personals zu verhandeln. Auch in dieser Beziehung könne das Glücksspielmonopol noch ausgebaut werden.

Ein Überblick über die Einnahmen aus den Monopolen für den Zeitraum vom 1. Oktober 1939 bis 30. September 1940 habe ergeben, daß in dieser Zeit 325 Millionen Zloty an die Oberkasse abgeführt werden konnten, und daß dann noch ein Kassenbestand, der für den laufenden Betrieb notwendig sei, in Höhe von 90 Millionen Zloty vorhanden war.

Bankwesen - Währung.

Bankdirigent Dr. Paersch geht in seinem Bericht von der Feststellung aus, daß das ordnungsmäßige Arbeiten der Währung die Grundlage für die Fortentwicklung der Wirtschaft bildet. Der sichtbarste Ausdruck dafür sei zunächst die Entwicklung der Währung im Verhältnis zum Ausland. Der Verrechnungsverkehr, der für die Währungslage von Bedeutung sei, habe in der Vergangenheit nicht immer befriedigend gearbeitet. In der letzten Zeit seien aber erfreuliche Änderungen eingetreten, die im wesentlichen auf 2 Momente zurückgehen: einmal auf die Hereinnahme der Gegenwährte für die geldlichen Versorgungsbeträge der Truppen, zum andern auf die neu in Angriff genommenen großen Vorhaben, die namhafte Überweisungen nach dem Generalgouvernement brächten. Die Gegenüberweisungen aus dem Generalgouvernement erreichten die Beträge, die hereinkamen, nicht mehr. Um nun die Auszahlung der aus dem Reich kommenden Beträge zu ermöglichen, habe erstmals entsprechend dem Abkommen ein Teil des Guthabens zum Ausgleich eingesetzt werden müssen. Dieser Betrag belaufe sich auf eine Summe von 60 Millionen Zloty. Wenn auch das Guthaben selbstverständlich nach der Zweckbestimmung loyal eingesetzt werde, so liege es natürlich im großen Interesse des ^{Geldverkehrs} Betriebes, daß dieser Einsatz wohl erwogen werde. Denn bei den damaligen Verhandlungen sei ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß er mit einer gewissen Ausbreitung des Geldumlaufs verbunden sei und dieser nur sehr vorsichtig erfolgen könne. Im Hinblick darauf sei es zunächst einmal zweckmäßig, nachdem die Überweisungen für die Truppenlöhnung nicht irgendwie in ihrer Höhe beeinflusst werden könnten, daß die Anforderungen für das Otto-Programm auf das notwendige gegenwärtig benötigte Maß beschränkt würden. Außerdem sei es in diesem Zusammenhang notwendig, daß über Beträge, die für Beschaffungen im Reich benötigt würden, zuerst disponiert werde. Beträge, die nicht benötigt wurden, seien bereits zurücküberwiesen.

Für

Für den Binnenverkehr sei zunächst der Zusammenhang zwischen Währung und Finanzen von Bedeutung. Die Finanzierung des außerordentlichen Etats sei im Rahmen der von dem Generalgouverneur gegebenen Ermächtigung erwartungsgemäß angelaufen. Etwa 110 Millionen Zloty seien dem Markt entnommen worden. Die Entnahme sei sehr vorsichtig erfolgt, weil ja in einem Gebiet gearbeitet werde, in welchem die Bevölkerung solche Maßnahmen nicht unterstütze. Die Entwicklung sei aber im allgemeinen günstig gewesen, sodaß man auch dem 2. Ansturm, der stärker sein werde, beim Schluß des Etatjahres werde widerstehen können. Man hoffe, daß sich irgendwelche Schwierigkeiten nicht ergeben würden. Man werde auch die Lage benutzen, um nicht nur mit kurzfristigen, sondern auch versuchsweise schon mit mittelfristigen Anleihen an die Märkte heranzutreten. Naturgemäß sei die Entwicklung auf diesem Gebiet noch nicht voll zu übersehen, weil der Bedarf sehr groß sei. Der außerordentliche Etat stelle ja nur die eine Seite des Bedarfs da, dazu kommen noch andere namhafte Bedarfsträger, zunächst die Gemeinden. Hier kenne man nur ein Vorgehen wie im Reich, in dem man die Forderungen nach der Dringlichkeit abstufe. Also nur Vorhaben, die gesamtwirtschaftlicher dringlicher Natur seien, könnten zum Zuge kommen. Daneben sei ein gewisser Bedarf auf dem Gebiete der Landwirtschaft aufgetreten, den man auch zu befriedigen versuchen werde. Besonders groß sei der Bedarf auf dem Gebiete des Verkehrs. Die Ostbahn allein habe 100 Millionen Zloty angefordert. Es liege auf der Hand, daß die Erfüllung solcher Forderungen nur nach Lage der gegebenen Möglichkeiten berücksichtigt werden könne.

Weiter sei für die Bewertung der Währung das Preisniveau im Inland von Wichtigkeit. Hier seien dank der erfolgreichen Arbeit der Abteilung Preisbildung in den letzten Monaten sehr gute Fortschritte erzielt worden. Sie stellten zwar noch nicht das Optimum dessen dar, was erreicht werden müsse, aber es zeige sich doch schon jetzt, daß die beschrittenen Wege und die angewendeten Methoden, soweit er es übersehen könne, richtig seien und bei zielbewußter Arbeit zum Ziele führen würden. Irgendwelche Schwierigkeiten hätten sich

auch

auch auf diesem Gebiete nicht ergeben. In den Städten bestehe der allgemeine Notstand, da die Beschäftigungslosigkeit stark anwachse. Was habe, zumal die früher vorhandenen Reserven mehr oder minder aufgezehrt seien, dazu geführt, daß keine Kapitalien mehr vorhanden seien. Auf dem platten Lande habe die Durchführung der Maßnahmen zum Zwecke der Preisbeeinflussung und der Ablieferung der Ernte, die aus der Schleichhandelskonjunktur der ersten Monate des Jahres angesammelten Beträge weitgehend vermindert. Die Kaufkraft der Landwirtschaft sei stark gesunken.

Die Notenbank habe zur Zeit und hoffentlich für immer hinsichtlich des Problems der Währung keine Besorgnisse. Vordringlich sei zunächst für sie das Problem des Zahlungsverkehrs. Aus dem Zahlungsverkehr seien die alten Noten der Bank Polski verschwunden. Die Notenbank habe etwa 2 Milliarden vereinnahmt, die sich in Warschau befänden. Zu diesem Bestand gehörten auch die 500.-Zloty-Noten. Nun befände sich noch ein erheblicher Teil alter Banknoten in den Händen der Bevölkerung. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß die Einziehung der großen Noten im Januar stattfand, als die Polen noch stärker auf einen glücklichen Ausgang des Krieges im Westen hofften. Als aber die Emissionsbank zu arbeiten begann und immer mehr Vertrauen gewann, habe man mit allen Mitteln versucht, diese Noten unterzubringen. Selbstverständlich habe diesem Verlangen nicht stattgegeben werden können.

An Fälschungen habe man solche der 50.-, 10.- und 5.-Zloty-Noten feststellen können. Fälschungen der 20.- und 2.-Zloty-Noten seien bisher noch nicht aufgetreten. Für die Unterdrückung solcher Fälschungen seien geeignete Schritte unternommen worden. Die Bestrebungen nach Entwicklung eines bargeldlosen Zahlungsverkehrs würden mit aller Energie fortgesetzt. Es sei gelungen, die Zahl der Girokunden um 1000 % zu steigern. Interessant sei aber die Feststellung, daß sich die Umsätze im Durchschnitt nur um etwa 250% gesteigert hätten. Die Ursache hierfür liege darin, daß in Polen der bargeldlose Zahlungsverkehr nicht besonders entwickelt

war.

war. Die breite Masse der Bevölkerung sei nur wenig an den bargeldlosen Zahlungsverkehr gewöhnt.

In seinem Bericht geht Bankdirigent Paersch weiter auf den Notenumlauf ein, der sich jetzt der Summe von 1/2 Millionen nähere, aber wohl für das Gebiet des Generalgouvernements zu hoch sei. - Das Kreditgeschäft laufe jetzt allmählich an. Die Notenbank kenne nur 2 Hauptformen, und zwar einmal in Gestalt des Beleihungsgeschäftes, zum anderen in Gestalt des Wechselgeschäftes. Das Wechselgeschäft setze voraus, daß geeignete Lieferkunden vorhanden seien. Dieses Geschäft sei aber sehr erschwert, weil man die Mehrzahl der polnischen Käufe heute noch nicht finanzieren könne. Das habe seinen Grund darin, daß die im Lande befindlichen Betriebe aus früherer Zeit ihre Liquiditätsreserven bei der Bank Polska gehabt hätten. Die Wertpapiere des Staates seien praktisch nicht mehr käuflich, weil die Auseinandersetzung über die Rechtsverhältnisse nicht erfolgt sei. Weiter sei zu berücksichtigen, daß die Pfandbriefinstitute nur sehr beschränkt Zinsen zahlten. Die deutschen Treuhänder erfüllten ihre Verpflichtungen kraft Gesetzes. Soweit sie sich aber in Ausland befinden, sei es nicht möglich, etwas herauszuholen. Soweit sie sich im Reich befänden, spielten Verhandlungen mit der Haupttreuhandstelle Ost eine entsprechende Rolle. Soweit die Betriebe in Händen von Treuhändern seien, erhielten diese eine Aufforderung, sofort ihre Verbindlichkeiten zu erfüllen. Weiter würden von ihnen Steuerleistungen verlangt.

Die Polen hätten etwa 2000 Kreditinstitute gehabt, die sich vor allem auf die Genossenschaften gestützt hätten. Die Lage der Kreditinstitute sei vor dem Kriege im allgemeinen gut gewesen. Infolge des Krieges und der Zerrüttung der Wirtschaft seien aber dann große Veränderungen eingetreten. Bankdirigent Dr. Paersch geht dann auf die Frage der Regelung der Altguthaben ein. Nach den Feststellungen des Leiters der Treuhandstelle hätten die wilden Beschlagnahmen aufgehört, aber die organisierte Beschlagnahme gehe noch weiter. Man gehe jetzt dazu über, Teile des Grundbesitzes zu beschlag-

nahmen

nahmen und in eigene Bewirtschaftung zu nehmen. Das habe zur Folge, da die Treuhandverordnung vom 24. Januar 1939 noch bestehe, daß zunächst einmal für alle Betriebe die Zahlungssperre eintrete. Die Zahl der beschlagnahmten Großbetriebe betrage etwa 600. Dringend notwendig sei eine Regelung der Rechtsverhältnisse der Treuhänder einerseits und die Einleitung von Verhandlungen mit der Haupttreuhandstelle Ost andererseits. Für die Aufrechterhaltung des Vertrauens zu den Kreditinstituten sei es unerlässlich, daß mit der beschränkten Ausgabe der Altguthaben möglichst aufgehört werde. Diese Institute arbeiteten im ländlichen Sektor, der durch die Kriegsfolgen verhältnismäßig wenig berührt worden sei. Hier finden sich Ansätze zu einer erfolgreichen Entwicklung. Etwas schwieriger lagen die Dinge bei den Sparkassen. Hier habe man noch keine Übersicht, weil mehrere Monate erst vergangen seien, in denen man angesichts gewisser Gegensätzlichkeiten nicht weiter gekommen sei. Er hoffe aber, daß es auch hier möglich sein werde, in verhältnismäßig kurzer Frist aus eigener Kraft die Schwierigkeiten zu beseitigen.

Was die Aktienbanken angehe, so lasse sich feststellen, daß die Kapitalien zum Teil oder ganz verloren seien.

Die Postsparkasse werde jetzt gehalten werden können. Bisher habe man von den Einlagen 10 % ausgeschüttet. - Ob die Agrarbank gehalten werden könne, werde noch geprüft werden müssen. Noch größere Schwierigkeiten beständen bei der Landeswirtschaftsbank.

Devisenbewirtschaftung.

Dr. Becker führt aus, daß im Vordergrund der Devisenbewirtschaftung die Aufrechterhaltung eines ordnungsmäßigen Zahlungsverkehrs mit dem Reich stehe. Vor etwa 4 Wochen sei der Verrechnungsverkehr noch passiv gewesen. Man habe die Folgen der Passivität kennengelernt. Angesichts dieser starken Reichsmarküberweisungen sei die Passivität beseitigt worden, und der Verrechnungsverkehr sei nunmehr sogar aktiv. Das Guthaben werde für kurze Zeit noch dazu dienen, die

großen

großen Reichsmarküberweisungen auszugleichen. Besorgnisse bestünden immer noch hinsichtlich des Ausgleichs des Clearings. Das könne nur durch erhöhte Wareneinfuhr geschehen. Man wisse, wie schwierig es sei, Ware zu bekommen, aber vom Devisenstandpunkt aus sei es zu begrüßen, wenn Waren, die nicht lebensnotwendig seien, eingeführt würden. Es gebe immer noch Dinge, die in Polen gebraucht würden. Dieser Tage habe die Abteilung Volksaufklärung und Propaganda einen Antrag auf Einführung von Gebetbüchern, Rosenkränzen und ähnlichen Dingen abgelehnt. Die Devisenabteilung würde es begrüßen, wenn auch solche Gegenstände für die Einfuhr freigegeben würden. Im übrigen bestehe heute die Möglichkeit, Waren z.B. auch aus Ungarn und Italien zu beziehen, So Obst, Südfrüchte und Wein.

Die Reichsmarkzuflüsse würden eines Tages aufhören. Man müsse im Interesse der Aufrechterhaltung eines geordneten Clearings einen Apparat ausbauen. Man habe durch eine Bekanntmachung vom 14. August zunächst bestimmt, daß Anträge auf Erteilung von Devisen der Genehmigung bedürften. Gleichzeitig sei im Zusammenhang mit der Abteilung Wirtschaft die gesamte Wareneinfuhr kontingentiert worden. Man habe Kontingente für die einzelnen Warengattungen aufgestellt, in deren Rahmen Zahlungsgenehmigungen erteilt würden. Als Abschluß dieser Entwicklung sei am 25. Oktober die 4. Devisenverordnung ergangen. Auch durch diese Verordnung werde es möglich sein, die gesamte Einfuhr von Waren zu dirigieren und, wenn eine Devisennot eintrete, die Einfuhr zu drosseln und nur solche Waren zuzulassen, die lebensnotwendig seien.

Arbeit.

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer berichtet, daß ~~sehen~~ zum Frühjahr dieses Jahres 330 000 polnische Arbeiter für die Verschickung nach dem Reich erfaßt worden seien. Daraus ergebe sich schon, in welchem Umfang die Arbeitskraft des Generalgouvernements in Anspruch genommen worden sei. - Große Schwierigkeiten seien durch die Maßnahmen entstanden,

die

die mit dem sog. Globocnik-Graben zusammenhängen, bei dessen Bau vornehmlich Juden beschäftigt würden.

Die Sozialversicherung habe sich sehr günstig entwickelt, die Renten seien erhöht worden, sodaß man sie als ausreichend bezeichnen könne. Trotzdem man diese Aufgabe erst im Laufe dieses Winters in Angriff genommen habe, habe man doch schon einen Betrag von 30 Millionen Zloty angesammelt, wovon wurden 10 Millionen Zloty an die Abteilung Finanzen als Kredit gegeben.

Das Wohnungsbauprogramm sei bereits in Angriff genommen worden. Vielerorts habe man mit Bauarbeiten begonnen. Die Meldungen der Kreishauptleute seien entgegen den Erwartungen nicht so zahlreich eingelaufen, wie man ursprünglich gedacht habe. Nach den Erhebungen seiner Dienststelle seien 4000 Wohnungen im halbfertigen Zustand, die jetzt zu Ende gebaut werden müssen. Nach einer allerdings sehr vorsichtigen Berechnung werde man für jeden Bau eine Summe von 50000 Zloty, insgesamt also 200 Millionen Zloty gebrauchen.

Die soziale Betrauung der Betriebe laufe seit längerer Zeit. Man habe eine Feststellung darüber getroffen, welche Betriebe als B-Betriebe in Zukunft eine gewisse Bevorzugung erfahren sollen. Leider müsse festgestellt werden, daß in dieser Beziehung noch mancherlei im argen liege. Vielfach besäßen die Arbeiter außerordentlich schlechtes Schuhzeug, keine Strümpfe und keine ausreichende Bekleidung.

Die Löhne hätten im großen und ganzen auf dem Stand der Vorkriegszeit gehalten werden können, was leider von den Preisen nicht gesagt werden könne. Dieser Druck auf die Löhne sei selbstverständlich eine Zeitlang nötig, er sei aber als Dauerzustand nicht aufrechtzuerhalten. Bei den jetzigen Einkaufsverhältnissen seien die Belegschaften sämtlicher Werke einfach nicht in der Lage, sich Schuhe oder Kleidung neu anzuschaffen, sondern sie seien darauf angewiesen, ihre vorhandene Kleidung aufzutragen. Wenn man höre, daß z.B. die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnwerkstätten ganz außerordentlich zurückgegangen sei, dann könne man sich nicht der Notwendigkeit verschließen, daß eine Angleichung der Tarife und

Löhne

Löhne der im öffentlichen Sektor beschäftigten Arbeiter an diejenigen der Privatwirtschaft erfolge. Die Löhne in der Privatwirtschaft haben wie überall auch früher zum Teil schon über den Löhnen, die in der öffentlichen Verwaltung bezahlt wurden, gelegen. Das sei früher erträglich gewesen, weil die Arbeiter und Angestellten aus einem gewissen Gefühl der Sicherheit heraus als Bedienstete einer staatlichen Verwaltung sich damit abgefunden haben. Das werde aber in dem Zeitpunkt unerträglich, in welchem die Privatbetriebe mehr zahlten und die Löhne der staatlichen Verwaltung unter dem Existenzminimum ständen. Mit einem Nettolohn von 3 Zloty pro Tag könne ein Arbeiter mit seiner Familie nicht auskommen. Er könne mit dieser geringen Summe nicht einmal das kaufen, was ihm an Verpflegung zur Verfügung stehen solle. Er habe unzählige Anträge auf Lohnerhöhung zu beantworten. Bei so niedrigen Löhnen werde die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsfähigkeit angesichts der großen an die Arbeiter gestellten Anforderungen nicht aufrechterhalten werden können. Zudem müsse festgestellt werden, daß Betriebe der öffentlichen Hand in der Lohnfrage keineswegs die notwendige Disziplin hielten. So lasse z.B. der Kommandant eines Flughafens die Arbeiter nach Reichssätzen entlohnen. Eine Angleichung der Löhne, besonders in den untersten Gruppen müsse, wenn auch in vorsichtiger Form, unter allen Umständen erfolgen. Darüber hinaus müsse für eine bessere Versorgung und soziale Betreuung der Arbeiter gesorgt werden. Im übrigen sei nicht zu befürchten, daß das Verhältnis des Lohnniveaus des Generalgouvernements zu demjenigen des Reiches irgendwie geändert werde. Praktisch werde im Generalgouvernement noch nicht einmal die Hälfte des Lohnes gezahlt, der im Reich gezahlt wird.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß alle Fortschritte in der wirtschaftspolitischen Entwicklung des Generalgouvernements nicht hervorgehoben ^{zu werden} /verdienen, solange diese Grundfrage einer einigermaßen ausreichenden Versorgung der Arbeiter nicht geregelt sei. Für eine Wirtschaftsplanung im Generalgouvernement müsse diese Frage unbedingt in den Vordergrund gestellt werden. Man

musse

müsse ein System schaffen und dafür sorgen, daß etwa ^{mit} zwischen dem 1. Januar 1941 eine grundsätzliche Lösung dieses Lohnproblems gefunden werden könne. Als Sofortmaßnahme müsse eine Verteilung von Textilien auch auf Rechnung der öffentlichen Betriebe in Angriff genommen werden.]

Ministerialdirigent Dr. Emmerich gibt zu bedenken, daß dabei natürlich auch die Kostenfrage hinsichtlich der Beschaffung von Schuhwerk und Textilien eine Rolle spiele. Man könnte daran denken, daß in besonderen Fällen wie z.B. bei der Ostbahn, zunächst ein gewisser Zuschuß gegeben werde. Einen noch besseren Eindruck würde es machen, wenn die im öffentlichen Dienst Beschäftigten die Ware zu einem wirklich billigen Preis zugeteilt bekämen. Das würde eine viel geringere Belastung im Gefolge haben, als wenn den Leuten ganz allgemein eine Erhöhung des Lohnes zugestanden würde, sie sich aber im freien Handel dafür doch nichts kaufen könnten.

Der Herr Generalgouverneur hält es für notwendig, zunächst einmal aus den Lagern die Textilien zu einem für die Arbeiter absolut erträglichen Preis herauszugeben. Weiter müsse durch besondere Zuweisung von Lebensmitteln aus dem Reich für eine bessere Ernährung der Arbeiter gesorgt werden. Bis zum Januar nächsten Jahres müsse man dann zu einer Systematisierung der Sonderzuwendungen ganz allgemein schreiten.]

Finanzpräsident Spindler widerspricht ebenfalls einer allgemeinen Lohnerhöhung, wohl aber müsse für die polnischen Beamten der beiden untersten Stufen, die im Monat etwa 100.- oder 120.-Zloty verdienen, etwas geschehen.

Preisbildung.

Oberregierungsrat Schulte-Wissermann weist einleitend daraufhin, daß seine Abteilung erst seit einem halben Jahr arbeite. In dem Zeitpunkt, in dem die Abteilung ihre Arbeit aufgenommen habe, sei die Lage auf dem Preisgebiet geradezu katastrophal gewesen. Selbstverständlich habe es das Ziel

sein

sein müssen, die steigende Aufwärtsbewegung der Preise hintanzuhalten, die weitaus überhöhten Preise herunterzusetzen und auf einer niedrigeren Basis wieder ein vernünftiges Preisgefüge herzustellen.

In den ersten Monaten, in denen ja vornehmlich die Arbeit dem Aufbau der Organisation galt, seien schon gewisse Fortschritte nach dieser Richtung zweifellos erzielt worden. Es gebe Zweifler, die diese Feststellung nicht wahr haben wollten, die an Hand von Einzelbeispielen darauf hinweisen, daß dieses oder jenes noch teurer geworden wäre, daß es immer noch den Schleichhandel gebe und dort ungeheure Preise bezahlt würden. Diese Kritik werde ^{vor allem} ~~besonders~~ in deutschen Kreisen geübt, obwohl sie dort besonders unlogisch sei. Der größere Teil der hier lebenden Deutschen könne doch wohl seinen Bedarf zum größten Teil in den deutschen Geschäften decken, auch wohl im wesentlichen zu normalen Preisen, teilweise sogar zu Preisen, die beträchtlich unter den Reichspreisen liegen. Wenn man eine solche Feststellung gegenüber den Deutschen treffe, so werde ~~ihm~~ oft entgegnet: aber die Polen müssen doch auch in den Genuß einer einigermaßen verbilligten Ware und vor allem regelmäßig in den Besitz der Ware kommen. Es sei doch unmöglich, von einer völlig freien Wirtschaft zu einer gelenkten Wirtschaft überzugehen, ohne daß gewisse Preissteigerungen auch im amtlichen Sektor eintreten; denn die Bewirtschaftung koste Geld. Er würde allen solchen Beschwerden und Kritiken ablehnend gegenüberstehen, wenn er nicht befürchten müste, daß damit nach und nach eine Stimmung hervorgerufen werde, die einfach alles schwarz in schwarz erscheinen ließe und die verschiedensten amtlichen Stellen zu Schlußfolgerungen veranlassen würde, die sich eben aus der falschen Vorstellung aller Verhältnisse ergeben.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft seien im vorigen Winter hinsichtlich der Erzeugnisse Preissteigerungen zu betrachten gewesen, die man beinahe nur noch mit astronomischen Zahlen bezeichnen könne. Wenn gerade auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft die amtlichen Preise im Laufe des Sommers wenig oder gar nicht gesunken, sondern teilweise etwas gestiegen seien, so darf man daraus nicht schließen, daß

alles

alles teurer geworden wäre, sondern es sei, und zwar nicht nur dank der Arbeit der Preisbehörde, sondern selbstverständlich einer allgemeinen Arbeit, bei der die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft ihre besonderen Verdienste habe, in ganz großem Umfang gelungen, die Lage auf der Ebene der legalen Preise so zu verstärken und damit die Gegensätze auf der Ebene der illegalen Preise so zu verkleinern, daß darin eigentlich der größte Fortschritt im Laufe dieser Sommermonate erblickt werden könne. Er glaube nicht, daß das wesentliche Problem, daß er sich im Laufe dieses Sommers gestellt habe und in diesem Herbst zum ersten Mal praktisch gelöst werden sollte, nämlich das der eigentlich doch wohl restlosen Erfassung aller wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, in vollem Umfang gelöst sei. Die Beobachtungen des Wirtschaftslebens gerade auf diesem Sektor ergeben doch, daß in den Herbstmonaten ein starker Schleichhandel mit den verschiedensten Erzeugnissen auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft begonnen oder sich wieder stärker bemerkbar gemacht habe. Daraus könne man unbedingt die Schlußfolgerung ziehen, daß diese Erzeugnisse von der Erfassung nicht betroffen und im Schleichhandel verblieben seien. Man könne sich gewisse Gründe ~~für~~ die nicht völlige Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse angeben. Seiner Meinung nach sei das einmal darauf zurückzuführen, daß beidem sich immer mehr und mehr bemerkbar machenden Auseinanderfallen der Funktionen in der Preisinstanz der landwirtschaftliche Apparat von dem eigentlichen Verwaltungsapparat und seinem Polizeiapparat in der allerstärksten Form habe unterstützt werden müssen, was aber nur bei ganz kompakter Zusammenfassung aller Kräfte möglich gewesen wäre.

Auch auf der Seite der Kontrolle müsse wohl einiges geändert werden. Hier schienen die Kräfte, die der Kontrolle hätten dienstbar gemacht werden können, nicht vollkommen richtig eingesetzt worden zu sein, weil man sich nicht völlig über den Einsatz als solchen klar ~~war~~^{gewesen} und oft widersprechende Weisungen an die Polizei ergangen seien.

Eine besondere Lücke in der Versorgung scheine auch wohl daran zu liegen, daß man die zu betreuenden Städte und
Ortschaften

55

Ortschaften vielfach doch mehr oder minder gleich behandle. Es sei aber selbstverständlich, daß beispielsweise der Arbeiter in Warschau nicht in der Lage sei, sich im Wege des freien Einkaufs zusätzlich^{so} zu versorgen, wie es einem Arbeiter in einem kleinen Ort möglich sei. Man sollte sich bei der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft vor allem Überlegen, ob es nicht möglich sei, eine Stadt wie Warschau, evtl. auch Krakau, in den Wintermonaten bevorzugt zu behandeln. Das gleiche gelte für die Versorgung mit Kohlen. Wenn schon die Menschen zu wenig zu essen haben, so sollte man zum mindesten dafür sorgen, daß sie etwas mehr Kohle für die Feuerung erhielten. Ein Quantum von 10 Kilo je Kopf und Monat sei doch wohl völlig unzureichend. Aus dieser mangelnden Kohlenversorgung einer Stadt wie Warschau könnten sich ganz große Schwierigkeiten ergeben.

Im Laufe des Sommers sei in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Ernährung und Landwirtschaft der Getreidepreis geregelt worden. Der Getreidepreis liege heute schon beträchtlich über den Reichspreisen. Er überschreite allerdings den Vorkriegspreis in Polen ebenso beträchtlich, im Durchschnitt sicherlich um 40%. Infolgedessen haben auch die Preise für die Erzeugnisse, die aus dem Getreide hergestellt würden, vor allem der Brotpreis entsprechend erhöht werden müssen. Der Brotpreis betrage heute 43 Groschen gegenüber einem Vorkriegspreis von 28 bzw. 30 Groschen. Dabei sei ein besonders wichtiger Umstand der, daß zum Zwecke der Einlagerung des Getreides ein erheblicher Betrag für Lagerräume zur Verfügung gestellt werden mußte, ein Betrag, der nur teilweise durch die Hilfe der Abteilung Finanzen gedeckt werden konnte, so daß der Rest vom Verbraucher bezahlt werden mußte. Die Umsätze in Getreide vollzügen sich zum größten Teil zu legalen Preisen. Sollten Überschreitungen im Schleichhandel vorkommen, so handle es sich nach den Feststellungen der Preisbildungsstelle immer nur um relativ kleine Mengen, die vielfach unmittelbar vom Verbraucher beim Erzeuger gekauft würden; volkswirtschaftlich spielten diese Mengen keine große Rolle.

Für die Kartoffel habe man ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft Preise festlegen

legen können. Die Preise seien je nach den Verbraucherzentren und nach dem Zeitpunkt, in welchem die Ware an den Verbraucher abgegeben werden soll, verschieden. Der Preis, der beispielsweise in Krakau und Warschau mit 10.- bis 13.- Zloty je Doppelzentner bezahlt werde, entspreche den Verhältnissen. Bei der Kartoffel seien im Laufe des Herbstes gelegentlich Schwierigkeiten in der Versorgung und in Verbindung damit auch in der Preisbildung eingetreten. Diese Schwierigkeiten seien aber in der letzten Zeit stark zurückgegangen.

Der Butterpreis liege nicht mehr allzuweit entfernt vom Reichspreis. Nichtsdestoweniger sei es bis heute nicht gelungen, den größten Teil des Butterumsatzes ^{nur} zur Grundlage des amtlichen Preises zu erfassen. Der Grund sei darin zu sehen, daß es an den notwendigen Erfassungsstellen für Milch bei den Molkereien fehle. Hier werde eifrig an einer Besserung der Verhältnisse gearbeitet. Allerdings wäre vielleicht gerade die Übergangszeit besser überbrückt worden, wenn es den Kreishauptmännern möglich wäre, sich mehr zu entfalten, als es bislang geschehen sei.

Die Preisfestlegung für Frischeier mit 24 Groschen habe in den letzten Tagen einiges Aufsehen erregt. Er weise aber im übrigen darauf hin, daß es auch im Reich einen Sommer- und einen Winterpreis gebe und daß im Reich der Winterpreis nicht unbeträchtlich über dem Sommerpreis liege. Ferner seien im früheren Polen die Sommer- und Winterpreise viel unterschiedlicher gewesen als im Reich. Endlich habe man im Generalgouvernement erstmalig in einem so gewaltigen Umfange eine amtliche Erfassung gehabt. Wenn man eine Erfassung durchführen wolle, dann müsse man sich damit abfinden, daß die Erfassung Geld koste und daß sich die Unkosten irgendwie in den Preisen ausdrücken. Zudem sei zu bedenken, daß der Preis für das Frischei im Winter eigentlich nicht volkswirtschaftlich von besonderer Wichtigkeit sei, sondern der wichtige Preis für den Winter sei der Preis für den Kalk. Dieser Preis liegt bei 20 Groschen. Der Preis für die Eier habe nur im Gegensatz zur Abteilung Ernährung und Landwirtschaft festgelegt werden können, die einen höheren Preis festgelegt haben wollte.

Besser sieht es beim Geflügel aus. Hier würden die von der Preisbildungsstelle festgesetzten Höchstpreise vollkommen eingehalten, sie seien sogar in den letzten Tagen unterschritten worden.

Bei Obst und Gemüse sei man von dem früher fantastischen Preis abgekommen. Man habe die Preise für Gemüse weit über die jahreszeitliche Tendenz hinaus senken lassen, sodaß gegen die Gemüsepreise im allgemeinen irgendwelche Bedenken überhaupt nicht mehr erhoben werden könnten. An Obst sei das Generalgouvernement leider nicht sehr reich. Die Ernte sei sehr schlecht gewesen, sodaß aus diesem Grunde der Obstpreis einem scharfen Druck ausgesetzt war. Dieser Umstand mache sich bedauerlicherweise besonders stark bei der Marmelade bemerkbar. Der Preis für Konsummarmelade werde leider nicht unter 3,60 Zloty pro Kilo gesenkt werden können. Dieser Preis von 90 Pfennig je Pfund liege erheblich über dem deutschen Preis.

Es sei zweifellos ~~das~~ hier eine Preisschere, die beseitigt werden sollte, weil sie sich höchst ungünstig auf die Wirtschaft und vor allem auf den Sektor der Ernährung und Landwirtschaft auswirkt. Diese Preisschere sei aber in der Vorkriegszeit auch schon vorhanden gewesen. Sie habe sich im Laufe der vergangenen Monate mit einigen Schwankungen und angesichts der sich allmählich anbahnenden Stabilisierung stärker geöffnet, als es in der Vorkriegszeit schon der Fall war. Dieses besonders schwierige Problem müsse gelöst werden. Er halte es nicht für möglich, durch Preisvergleiche ein wirklich zutreffendes Bild zu erhalten. Ein solches Bild würde so viele Fehler enthalten, daß Schlußfolgerungen nicht gezogen werden können. Es sei deshalb sehr zu begrüßen, daß hier eine objektive Stelle eingerichtet wird, die die Preise feststellt und darüber hinaus auch Feststellungen treffen kann, ob die Entwicklung der Preise in Ordnung sei.

Auch er sei der Auffassung, daß z.B. die Preise für Kalk zu hoch seien. Hierüber schwebten Verhandlungen mit der Abteilung Wirtschaft, Die verschiedenen Kalkerzeugungsstätten hätten ganz verschiedene Unkosten, und es sei selbstverständlich unmöglich, für jede Erzeugungsstätte einen verschieden hohen Preis festzusetzen. Die Festsetzung eines einheitlichen Kalkpreises werde nur möglich sein, wenn die Abteilung ein Syndikat oder einen Verband gründe, mit dessen Hilfe dann ein einheitlicher Preis errechnet und zugrunde gelegt werden kann. Diese Maßnahmen seien im Zuge und würden hoffentlich in absehbarer Zeit von Erfolg begleitet sein.

Vielerseits werde die Auffassung vertreten, daß man einfach die Preise auf etwa 15 bis 20 % unter den Reichspreisen festsetzen könne. Aber gegen diese Möglichkeit spreche die Tatsache der Praxis. Eine große Anzahl von Erzeugnissen gebe es im Generalgouvernement überhaupt nicht. Sie müßten aus dem Reich übernommen und mindestens zu Reichspreisen ins Generalgouvernement gebracht werden. Ob dieser Grundsatz bei den Erzeugnissen der Landwirtschaft durchführbar sei, halte er auch für zweifelhaft. Man werde von der jeweiligen Lage der einzelnen Wirtschaftszweige ausgehen müssen. Ein Schematismus erschwere nur die Arbeit der Preisbildungsstelle und führe dazu, daß neue Schwierigkeiten entstünden. Es gebe keinen anderen Weg als den, Wirtschaftszweig für Wirtschaftszweig durchzugehen und die Preise festzusetzen.

Was die gewerbliche Wirtschaft angehe, so seien zunächst einmal die Kosten für die Herstellung von Eisen bei weitem höher als im Reich. Infolgedessen müsse zunächst einmal versucht werden, in irgendeiner Form eine Angleichung an das Reich als vorläufiges Ziel zu erreichen. Zu diesem Zweck seien in diesen Tagen die Vertreter der Eisen erzeugenden Industrie des Generalgouvernements zusammengerufen worden. Die Frage sei mit ihnen durchgesprochen worden, und sie hätten sich damit einverstanden erklärt, zunächst einmal das Preissystem des Reiches anzunehmen und die Ungleichheit in den Kosten durch einen Aufschlag auf den Grundpreis abgelten zu lassen. Dieser liege um 60 RM über dem oberschlesischen Preis. Das solle aber lediglich ein Anfang sein.

Sobald

Sobald sich die Dinge etwas eingespielt hätten, hoffe man, zu einer Preissenkung kommen zu können, die wahrscheinlich sehr beträchtlich sein werde. Damit seien die Voraussetzungen auch für eine Preissenkung bei der Eisen bearbeitenden Industrie gegeben, die ganz zweifellos dazu führen werde, daß die Erzeugnisse, die gerade für die Landwirtschaft von Wichtigkeit sind, nicht unbeträchtlich verbilligt werden können. Weiter stehe eine Regelung des Eisenhandels unmittelbar bevor.

Zum Thema "landwirtschaftliche Maschinen" sei ihm in der letzten Zeit mitgeteilt worden, daß hier insofern eine Verteuerung eingetreten sei, als sich die landwirtschaftlichen Zentralstellen zum mindesten von einzelnen Firmen eine Gebühr von 5 % auszahlen ließen, ein Umstand, der zweifellos nicht zur Verbilligung der Erzeugnisse beitrage.

Auf dem Gebiet der Kohle sei die Lage besonders ungünstig, weil das Generalgouvernement keine eigene Kohleerzeugung habe. Es bleibe nichts anderes übrig, als den Reichspreis zugrunde zu legen und ihm die Fracht- und Nebenkosten zuzuschlagen. Die Kohlepreisregelung werde in diesen Tagen soweit durchgeführt sein, daß der Kohlepreis für jede einzelne Bahnstation des gesamten Generalgouvernements festliege. Man habe versucht, die Baustoffe einer preislichen Regelung zu unterwerfen. Für Zement und Ziegel sei das bereits gelungen. Leider verfüge das Generalgouvernement über keine eigene Zementerzeugung, sondern der Zement müsse aus Oberschlesien bezogen werden, sodaß man hier genötigt sei, den Reichspreis zugrunde zu legen. Der Ziegelpreis liege zur Zeit nicht unbeträchtlich über dem Vorkriegspreis. Das hänge in erster Linie mit der teuren Kohle zusammen, sei aber auch darauf zurückzuführen, daß die Betriebe außerordentlich unrentabel arbeiteten. Man hoffe, daß die Ziegelpreise in absehbarer Zeit gesenkt werden könnten. Vorläufig habe man sich allerdings gegen den Ansturm der gesamten Ziegelindustrie, soweit die Preise für Ziegel in Frage kommen, zu verteidigen.

Beim Holz hätten die Preisbehörden seit Beginn ihrer Tätigkeit eine verhältnismäßig günstige Lage insofern angetroffen, als die Abteilung Forsten auf diesem Gebiet schon Vorarbeit geleistet und durch interne Anweisungen dafür gesorgt habe, daß ein vernünftiger Holzpreis hergestellt würde. Es habe also nur gegolten, auf den so geschaffenen Grundlagen weiterzuarbeiten. Das sei auch in Zusammenarbeit mit der Abteilung Forsten in den letzten Monaten geschehen. Die Regelung für Schnittholz habe sich

sich in der Praxis bewährt. Schwierigkeiten seien in der letzten Zeit infolge der Inangriffnahme des Otto-Programms eingetreten, hätten aber in Zusammenarbeit mit der Abteilung Forsten überwunden werden können.

Die Textilpreise seien, soweit es sich um die Handelsspanne handele, völlig geregelt. Die Textilerzeugung sei volkswirtschaftlich für das ganze Generalgouvernement leider nicht sehr bedeutend, da der größere Teil der Textilien eingeführt werden müsse. Infolgedessen habe man auch angesichts der besonderen Schwierigkeiten, die solche Regelungen immer mit sich bringen, von einer Gesamtregelung abgesehen. Es würden vielmehr die einzelnen Betriebe nachgeprüft und für jeden Betrieb besondere Preise festgesetzt. Man müsse bedenken, daß die vielfach hoch erscheinenden Preise der Textilien auf die Reichspreise aufgebaut und vielfach auch noch durch Zölle erhöht worden seien.

Beim Leder sei in den letzten Monaten eine nicht unbedeutende Preissenkung eingetreten. Die Preise für Schuhe und auch für Lederwaren lägen allerdings zunächst noch beträchtlich über den Reichspreisen. Das habe zum Teil seinen Grund darin, daß die Schuherzeugung des Generalgouvernements den Bedarf nicht voll decken könne und infolgedessen Schuhwerk aus dem Reich und dem Protektorat eingeführt werde, man da aber wieder auf den Reichspreis aufbauen müsse. Dazu treten dann noch die nicht unbedeutenden Zölle. Außerdem sei die hiesige Erzeugung bis auf wenige Ausnahmen nicht sehr rentabel. Das habe sich insbesondere auch bei der Anfertigung der Holzschuhe gezeigt. Man habe zunächst die Herstellung von Holzschuhen allen Fabriken ganz allgemein genehmigt, habe auch das Handwerk daran beteiligt. Man werde aber die fabrikmäßige Herstellung von Holzschuhen den Firmen nehmen müssen, die nicht rentabel arbeiteten; dann würden vielleicht nur eine oder zwei große Fabriken übrig bleiben. Die kleineren Fabriken könnten evtl. durch Zuweisung anderer Arbeit Beschäftigung finden.

Auf dem Gebiet der Transportkosten bestehe eine eigene Regelung für die Ostbahn und die Post. Was die Frachten der Reichsbahn angehe, so wäre immerhin zu prüfen, ob zu den bereits eingetretenen Pachtermäßigungen nicht noch weitere hinzukommen könnten. In dieser Richtung seien mit der Ostbahn bereits Verhandlungen gepflogen worden. Was den sonstigen Transport angehe, so werde er ja im wesentlichen mit Pferdefuhrwerken bewerkstelligt. Hier hätten sich zahlreiche Unsicherheiten in der Kalkulation gezeigt, die erst überwunden werden müßten. Man habe es deshalb für richtig gehalten, in irgendeiner Form auch die Fuhrwerksunter-

Fuhrwerksunternehmen zusammenzuschließen. Das sei im Distrikt Krakau geschehen, und der Zusammenschluß habe sich hier so bewährt, daß man auch in den anderen Distrikten eine entsprechende Regelung einführen sollte.

Bei einer ganzen Reihe von Artikeln sei man im großen Umfange auf die Einfuhr aus dem Reich angewiesen. Hier habe sich häufig gezeigt, daß der Unternehmer im Reich am Generalgouvernement zu verdienen suche. Mitunter seien ganz unglaublich hohe Preise verlangt worden. Der Reichskommissar für die Preisbildung habe eine Verfügung erlassen, nach welcher bei der Lieferung von Erzeugnissen aus dem Reich ins Generalgouvernement die Reichspreise zugrunde zu legen seien. Mehr sei augenblicklich nicht zu erreichen. Man könne ja schließlich den deutschen Firmen nicht zumuten, noch unter Reichspreis zu liefern. Vom Reich werde allerdings erwartet, daß das Generalgouvernement sich auf das Prinzip der Gegenseitigkeit einstelle. Zu diesem Zweck müßte eine Verordnung erlassen werden, in der bestimmt werde, daß das Generalgouvernement das Reich nur noch zu den Preisen des Generalgouvernements beliefern. Dieser Erwartung werde man wohl entsprechen können. Er habe vor einiger Zeit einen Verordnungsentwurf bei der Abteilung Gesetzgebung eingereicht, der im Walauf und den beteiligten Stellen zugegangen sei.

Er habe sich in den letzten 6 Monaten bemüht, einen Überwachungsapparat zu schaffen, der angesichts der beschränkten personellen Kräfte, die nun einmal im Generalgouvernement zur Verfügung ständen, doch leistungsfähig genug sei. Die Bestrebungen nach Herstellung eines solchen Apparats seien gerade von Seiten der Polizei sehr weitgehend unterstützt worden. Es sei möglich gewesen, mit der Polizei über alle Fragen, die der Preisüberwachung galten, eine Einigung herbeizuführen. Dieser einhelligen Zusammenarbeit mit der Polizei sei es wohl zu danken, daß die bisherigen Erfolge auf dem Preisgebiet erzielt worden seien.

Man könne unmöglich die Preisbehörden allein für alles verantwortlich machen. In Wirklichkeit sei es doch so, daß neben der Tätigkeit dieser Behörden noch viele andere Umstände eine Rolle spielten.

Man könne im allgemeinen wohl feststellen, daß eine gewisse Stabilisierung der Preise eingetreten sei. Von einer Aufwärtsentwicklung der Preise könne wohl kaum mehr gesprochen werden. Andererseits habe der anfänglich durchaus konsequent durchgeführte Lohnstop auch schon gewisse Durchlöcherungen erfahren.

Er bitte deshalb die Abteilung Arbeit, bei den für die Zukunft geplanten Maßnahmen doch auch dafür zu sorgen, daß auch in denjenigen Betrieben, die der staatlichen Sphäre ziemlich fern ständen, an dem Lohnstop festgehalten werde.

Entgegen den Ausführungen des Präsidenten Senkowski weist er darauf hin, daß vielfach doch eine Zollermäßigung die Voraussetzung für eine Preisermäßigung sei. Man müsse wohl auch zwischen den Fällen unterscheiden, in denen es sich um eine allgemeine Zollermäßigung handle, und denen, die nur vereinzelt vorkämen. Aus den allgemeinen Zollermäßigungen könne die Preisbehörde ihre Schlußfolgerungen ziehen. Von den Zollermäßigungen, die im Laufe des Jahres einzelnen Unternehmungen gewährt worden seien, habe man bis in die letzte Zeit hinein nichts erfahren. Seit etwa 4 Wochen erst würden der Preisbildungsstelle auch diese Zollermäßigungen bekannt gegeben, sodaß die Möglichkeit gegeben sei, im Wege der Preisprüfung diesen Einzelfällen nachzugehen und festzustellen, ob auch wirklich der hiesige Importeur seine Erzeugnisse billiger verkaufe. Die Frage der Preisbildung hänge mit den Fragen der Bereinigung des Handels eng zusammen. Vor allem müsse dahin gestrebt werden, daß die Übersetzung des Handels, die ja in einzelnen Zweigen außerordentlich stark gewesen sei, unbedingt beseitigt wird. Wichtiger als die Lösung dieses Problems sei die Frage, wie man den immer wieder in großem Umfange auftretenden Ordnungswidrigkeiten im Handel entgegentreten könne. Man müsse immer wieder beobachten, daß Firmen oder irgendwelche Einzelpersonen, die überhaupt nicht im Handelsregister eingetragen seien, vielleicht bisher überhaupt keine geschäftliche Tätigkeit ausgeübt haben, sozusagen aus dem Koffer ihre Waren verkauften und dann wieder verschwänden. Diesen Elementen müsse unter allen Umständen das Handwerk gelegt werden.

Die Preisbehörden seien im großen und ganzen bestrebt gewesen, die Zusammenarbeit mit den übrigen Dienststellen so kameradschaftlich wie nur möglich zu gestalten. Andererseits seien jedoch auch Fälle vorgekommen, die in der Zukunft nicht wieder vorkommen dürften, wenn man zu einer ordnungsmäßigen Zusammenarbeit gelangen wolle. So habe man immer wieder feststellen müssen, daß einzelne Dienststellen ohne jede Fühlungnahme mit der Abteilung Preisbildung Preise festsetzten. Dieses Verfahren könne unmöglich

unmöglich ~~zu~~ bestehen bleiben. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Dienststellen erfordere es unbedingt, daß solche eigenmächtigen Preisfestsetzungen unterbleiben. Jene Abteilungen, die größere Aufträge zu vergeben hätten, müßten dabei bedenken, daß die Preisfestsetzung eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit sei. Wenn auch später die Abteilung Finanzen die Sorge für die Bezahlung habe, so sollten doch die Dienststellen, wenn sie irgendwelche Zweifel an der Berechtigung eines Preises hätten, bei der Preisbildungsstelle anfragen, ob der Preis angemessen sei. Er habe Anweisung gegeben, daß solche Anfragen besonders dann, wenn eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung vorliege, sofort erledigt werden und der Tatbestand nachgeprüft wird. Von dieser Möglichkeit machten die Ostbahn und die Post in zunehmendem Maße Gebrauch.

Die Lösung des Preisproblems sei keine Angelegenheit, die man mit wenigen Verfügungen erledigen könne, sondern dafür bedürfe es einer umfangreichen und systematischen Kleinarbeit, die außerordentlich zeitraubend sei.

In der Aussprache geht Unterstaatssekretär Kundt zunächst auf die Preisbildungsfrage ein und stellt dabei fest, daß trotz der weitgehenden, besonders in der letzten Zeit zu beobachtenden Zusammenarbeit der Preisbildungsstelle mit der Exekutive der Polizei, doch in dieser Organisation noch ein Mangel vorhanden sei. Weiter spiele in dieser Frage der Personalmangel eine große Rolle, der sich insbesondere in den Kreishauptmannschaften sehr fühlbar mache.

Es müsse leider festgestellt werden, daß oft Kreishauptmänner von den Kreislandwirten über gewisse Maßnahmen nicht ins Bild gesetzt werden. Deshalb werde es sich vielleicht empfehlen, jedem Kreishauptmann einen Wirtschaftsreferenten beizugeben, der sich dann mit dem Kreislandwirt ins Benehmen zu setzen hätte.

Auf Grund der Beschlagnahmeverordnung werde auch heute noch viel organisiert. Durch dieses Organisieren, das einer Beschlagnahme sehr ähnlich sehe, werde die Stimmung stark gefährdet. Die im Gebiete des Generalgouvernements lebenden Menschen müßten das Bewußtsein haben, daß sie, wenn sie arbeiteten, wieder zu einem Eigentum kommen könnten. Wenn die Beschlagnahmen nicht aufhörten, dann habe die Arbeit keinen Reiz mehr für sie, denn sie müßten ja befürchten,

befürchten, daß das Eigentum überhaupt aufgehoben werde.

Angesichts des bevorstehenden Urlaubs vor allem der Wehrmachtsangehörigen müsse darauf hingewiesen werden, daß es nach den bisherigen Bestimmungen den Urlaubern gestattet sei, eine gewisse Menge von Lebensmitteln nach dem Reich zu nehmen. Im vorigen Jahre seien denn auch große Mengen vor allem in Rucksäcken nach der Heimat gebracht worden. Die Zollbeamten, die an der Grenze ihren Dienst täten, hätten vielfach eine durchgreifende Kontrolle nicht durchführen können, weil sie von den Wehrmachtsangehörigen beschimpft und bedroht worden seien. Deshalb müßten Vorkehrungen getroffen werden, etwa durch Bereitstellung von Wehrmachtspatrouillen an der Grenze, damit es möglich sei, eine Kontrolle der mitgeführten Mengen von Lebensmitteln vorzunehmen. Eine gleiche Kontrolle müsse gegenüber reichsdeutschen Zivilpersonen durchgeführt werden.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß die Polen nur 10 Kilo Kohle erhielten, weise er darauf hin, daß vielfach Offiziere und Beamte bei polnischen Familien wohnten. Deshalb müsse wohl dafür Sorge getragen werden, daß solchen Polen eine entsprechende erhöhte Kohlenmenge für die Beheizung der Räume zur Verfügung gestellt werde.

Über die Umsiedlungen innerhalb des Generalgouvernements seien zwischen den zuständigen Abteilungen der Regierung und den zuständigen Stellen der Wehrmacht Vereinbarungen getroffen worden. Eine Gefahr sei aber immer das wilde Hineinwerfen von Massen aus den angrenzenden Gauen, vielleicht sogar aus Frankreich. In diesen Umsiedlungen liege vielfach der Grund, weshalb die von Seiten der Kreishauptmänner eingereichten Zahlenangaben hinsichtlich der Stärke der Bevölkerung nicht mehr zutreffend seien.

Landesbauernführer Körner wendet sich dagegen, daß zuweilen über die Festsetzung wichtiger Preise entschieden werde, ohne daß die beteiligte Abteilung gehört worden sei.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich bezeichnet es als äußerst wertvoll, daß ständig ein starker Druck auf die Preise ausgeübt werde. Trotzdem müsse man sich dabei hüten, die Verhältnisse des Reiches auf dem Preisgebiet mit denjenigen des Generalgouvernements zu stark in einen Vergleich zu setzen. Nicht nur hinsichtlich der

Kontrollmittel,

Kontrollmittel, sondern auch hinsichtlich der allgemeinen Versorgung befinde man sich im Generalgouvernement in einer ganz anderen Lage. Man sei eben gezwungen, eine Wirtschaftspolitik ganz grober Mittel zu gebrauchen. Wenn eine Ware zu einem übermäßig hohen Preis verkauft werde, die vielleicht für einen bestimmten Zweck zu teuer sei, so müsse man hier die Volkswirtschaft als Ganzes betrachten. Die Hereinnahme von einfachem Kattun, der im Generalgouvernement zum Vierfachen des Reichspreises verkauft werde, könne immerhin als eine Belastung auf dem Textilgebiet betrachtet werden. Es gebe eben auch noch andere Kreise, die in der Lage seien, solche Textilwaren zu kaufen. Ihm sei neulich das Beispiel eines Fahrrades genannt worden. Das Fahrrad koste im Einkauf 32 RM, der Preis steigere sich einschließlich des Zolles vielleicht auf 60 oder 120 RM. Im freien Handel werde es aber mit 400 Zloty bezahlt. Wenn die Preiskontrolle lediglich beim deutschen Import- oder Großhandelshaus einsetze, und die Preisbildungsstelle bemüht sei, eine Preisspanne von 10, 12 oder 20 % festzusetzen, so sei volkswirtschaftlich gesehen diese Bemühung der Preisstelle relativ uninteressant; denn die Konsequenz sei, daß man dem deutschen Händler Beschränkungen auferlege, während die angeschlossenen Handelsstellen umso mehr verdienten. Man müsse deshalb auch einmal erwägen, ob das preispolitische Gegenseitigkeitsabkommen mit dem Reich ein richtiges Mittel sei. Dieses Gegenseitigkeitsabkommen sei notwendigerweise ein Element der Preisangleichung, und diese Preisangleichung könne man im Generalgouvernement strukturell wieder nicht gebrauchen. Ob man von diesem Abkommen eines Tages wieder loskomme, erscheine ihm sehr fraglich.

Oberregierungsrat Schulte-Wissermann will bei der Beschränkung der Wirtschaft unter preispolitischen Gesichtspunkten nicht unter allen Umständen die Forderung aufstellen, daß die Preise immer herabgesetzt werden. Auf längere Sicht gesehen würden ins Generalgouvernement vorläufig mehr Waren eingeführt als aus ihm ausgeführt, sodaß das Geschäft auf Seiten des Generalgouvernements liege. In Berlin habe man ihm außerordentlich große Schwierigkeiten gemacht, bevor man sich diesem Standpunkt angeschlossen habe. Das sei lediglich dem Zustand zuzuschreiben, daß er darauf hinweisen konnte, daß das Generalgouvernement für alle Zeiten ein Teil des deutschen Machtbereiches sein solle.

Präsident

Präsident Senkowski ist der Auffassung, daß eine Beeinflussung der Einkaufspreise im Reich sich ohne weiteres in vollem Umfange erreichen ließe, wenn die Devisenstellen angewiesen würden, Überpreise im Reich nicht zuzulassen. Eine Zusammenarbeit zwischen Preisstelle und Devisenstelle sei deshalb viel wirksamer als eine Reichsverordnung.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Tagung mit folgenden Worten:

Ich kann von meinem Standpunkt als oberster Chef des verwaltungspolitischen Lebens hier im Generalgouvernement den Herren für die so ernste Aufbauarbeit nur dankbar sein, die jeder geleistet hat. Nach meinem Eindruck hat jeder der Herren auf seinem Gebiet alle notwendigen Maßnahmen ergriffen, um einer katastrophalen Entwicklung von vornherein entgegenzuwirken. Schon der Umstand, daß hier fachlich so hervorragende Ausführungen von wirklich verantwortungsvollen Persönlichkeiten gemacht worden sind, ist ein beglückendes Moment in einer Zeit, in der eine echte Debatte leider so sehr wenig geübt wird. Zu Beginn des zweiten Jahres des Generalgouvernements können wir mit unvergleichlich größeren und sicheren Erwartungen auf den Erfolg unserer Gemeinschaftsarbeit blicken, als das vor einem Jahr auch im kühnsten Ausmaß hätte geschehen können. Es ist logisch, daß die staatliche Seite des Wirtschaftslebens und alle Instrumente der staatlichen Verwaltung dieses Wirtschaftslebens sich im Laufe des Jahres geordnet haben, und die Chance, mit den größten Schwierigkeiten fertig zu werden, jetzt wesentlich größer ist. Nunmehr müssen wir an das Schicksal und die Lebenssituation der Bevölkerung dieses Gebietes denken. Es ist, wie ich eben sagte, nur logisch; denn der Ausbau der Entwicklung dieses Gebietes geht von der staatlichen Seite aus. Das Ergebnis wird die Ermöglichung eines allmählichen Einbaues der Bevölkerungssituation in die staatlicherseits gestärkte Entwicklung sein.

Dieses Ergebnis ist aber auch ein Zeugnis des Nationalsozialismus. Denn wenn überhaupt von Wirtschaftsplanung hier gesprochen werden kann, dann eben nur deshalb, weil dieser Grundsatz, daß der Gemeinnutz, hier im weitesten Sinne auch der Gemeinnutz der gesamten Bevölkerung des Landes, vor den Eigennutz tritt, evident bewiesen wird. Der Staat im Generalgouvernement kann aus wirtschaftlichen Gründen heraus nicht gefährdet werden; und diesen Umstand feststellen zu dürfen, bedeutet an sich schon gegenüber

gegenüber dem liberalistischen Prinzip, wonach die Staatsführung nur ein Appendix der Wirtschaftsordnung gewesen wäre, eine erfreuliche Tatsache.

Wenn wir uns nun auf die wesentlichen Gesichtspunkte beschränken, so steht im Vordergrund die Berücksichtigung der gesamten Bevölkerungssituation mit den von den Dienststellen des Generalgouvernements eingeleiteten Möglichkeiten der Entwicklung. Dazu bedarf es 1. einer Lösung der Arbeiter- und Lohnfrage auf Grund des Referats des Abteilungspräsidenten Dr. Frauendorfer, 2. einer Lösung des Problems der Gesamtlage der bauerlichen Bevölkerung auf Grund des Referats des Landesbauernführers Körner und 3. einer Sicherstellung der Situation der städtischen Bevölkerung auf Grund des Referats des Bankdirigenten Dr. Paersch. Wenn diese Fragen in einer Spezialtagung des Wirtschaftsrats behandelt werden würden, dann würde wohl schon ein entscheidender Schlussstein für die Entwicklung des zweiten Jahres geschaffen sein.

Sehr erfreulich ist die Feststellung, daß sich alle Dienststellen mehr oder weniger zur Zusammenarbeit bereitgefunden haben. Dabei denke ich an das böse Vorbild, das manchmal erscheint, wenn man an die Zuständigkeitskämpfe anderen Orts denkt. Der Führer sagt bei jeder Gelegenheit, er erwarte, daß das Generalgouvernement ein Vorbild für das Gesamtgebiet der Verwaltungsorganisation sein müsse. Abgesehen von der Lage hier im Generalgouvernement müssen wir ja immer auf das Reichsinteresse sehen; denn im Reich stehen wir vor der ungeheuren Aufgabe einer totalen Ordnung des inneren Verwaltungsaufbaues und einer grundsätzlichen Lösung der Frage der politischen Führungseinheit mit ihren Ausstrahlungen auf den gesamten Ordnungsbereich. Mir ist es daher sehr interessant, daß das Statistische Amt, dem ich meine ganze Aufmerksamkeit widme, geschaffen wird, das nun rein objektiv, über den Parteien stehend, das rechtmäßige grundsätzliche Material bieten wird, um weitere Probleme ihrer Lösung zuzuführen.

Ich will auf Einzelfragen nicht mehr eingehen, da sie heute zur genüge erörtert worden sind. Ich erwarte aber, daß das, was heute an Sonderproblemen zur Sprache gebracht worden ist, auch im Zusammenhang mit der Lösung der Frage einer Systematisierung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Generalgouvernement in allen ihren Ausstrahlungen steht. Diese Systematisierung muß kommen, sie befindet sich schon auf den verschiedensten Gebieten in der Vorbereitung. Ich will nicht von den

Formen

- Formen eines Handelsvertrages sprechen, aber irgendwie müssen doch die Beziehungen Reich - Generalgouvernement einer Regelung zugeführt werden, und dafür bietet die Arbeit des Wirtschaftsrats eine wesentlichen Unterstützung.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich nimmt dann noch zur Gründung der Werke des Generalgouvernements Stellung. Durch Verordnung des Generalgouverneurs vom 24. September 1940 sei eindeutig festgestellt worden, daß das Eigentum des früheren polnischen Staates Eigentum des Generalgouvernements geworden sei. In logischer Fortführung dieser Entscheidung müsse man sich überlegen, was mit den Werken, die dem früheren polnischen Staat gehört haben, geschehen solle. Diese Werke befänden sich in treuhänderischer Verwaltung der Treuhandstelle, ebenso wie die privaten Werke. Es ergebe sich aber die Notwendigkeit, sie für die Zukunft einer besonderen Verwaltung zuzuführen und für diese besondere Verwaltung die geeignete Form zu finden. Diese Form sei auf Grund der Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs durch die am 1. Oktober 1940 erfolgte Gründung der "Werke des Generalgouvernements - Aktiengesellschaft" gefunden worden. Die Aktiengesellschaft habe nach der Entscheidung des Generalgouverneurs die jetzigen Werke des Generalgouvernements, die früher polnischer Staatsbesitz gewesen sind und die sich dafür eignen, aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß sie in pfleglicher Behandlung zu einem Rückgrat der Wirtschaft dieses Landes werden. Wenn die Werke Staatsbesitz seien, so sei das Generalgouvernement verpflichtet, sich für diese Werke und ihre Ordnung besonders zu interessieren. Die Möglichkeit, in der Betreuung dieser Werke vom Generalgouvernement aus beispielgebend zu wirken, werde für die Gesamtwirtschaft fruchtbringend sein. Die Eingliederung solle bedachtsam unter Prüfung der einzelnen Objekte erfolgen. Es sei nicht erforderlich, daß schon heute nach einem bestimmten Schema alles, was sich dafür eignen würde, in die Werke eingeführt werde. Man werde auch überlegen müssen, ob nicht einzelne Werke oder Betriebe, die in der Gesellschaft zusammengeschlossen seien, wiederum in einer Gruppe zusammengefaßt werden müßten. So seien z.B. die Elektrointeressen selbstverständlich anderer Natur und müßten nach anderen Grundsätzen betreut werden als die Interessen der Schwerindustrie. In diesem Sinne seien die Vorarbeiten für die Überführung einzelner Werke in vollem Zuge. Nachdem Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer als Vorstand der Werke des Generalgouvernements die Arbeit aufgenommen habe, könne dem Herrn

Generalgouverneur

Generalgouverneur hoffentlich bald gemeldet werden, daß ein möglichst großer Teil dieses vormaligen polnischen Staatsbesitzes nach Erledigung aller Formalitäten in die Verwaltung überführt worden sei.]

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.
Schluß der Sitzung: 19⁴⁰ Uhr.